

Lernen – Verändern – Spaß haben
**Warum Minderjährige Partei(jugend)organisationen
beitreten**

Inaugural-Dissertation
zur Erlangung des Doktorgrades der Philosophie (Dr. phil.)
durch die Philosophische Fakultät der
Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf

vorgelegt von
Martin Langebach
aus Bonn

Erstbetreuer: Prof. Dr. Peter H. Hartmann
Zweitbetreuer: Prof. Dr. Ulrich von Alemann
Düsseldorf, März 2022

Datum der Disputation: 19. Januar 2023

Inhalt

1	Einleitung	6
1.1	Der defizitäre Blickwinkel	8
1.2	Warum sollte man sich mit jungen Mitgliedern in Partei- jugendorganisationen beschäftigen?	9
1.3	Politische Großwetterlage	11
1.4	Übersicht	12
1.5	Danksagung	14
2	Politische Partizipation, Parteien und ihre Jugendorganisationen	17
2.1	Politische Partizipation	17
2.1	Politische Partizipation in Partei(jugend)organisationen versus Parteien- und Politikverdrossenheit	19
2.2	Partei(jugend)organisationen	21
2.3	Partei(jugend)organisationen – »Die Schule der Parteien«?	29
3	Jusos und Junge Union im Porträt	35
3.1	Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialistinnen und Jung- sozialisten in der SPD	35
3.1.1	Die Entwicklung der Jusos in Schlaglichtern	36
3.1.2	Programmatik	48
3.1.3	Stellung und Struktur	53
3.1.4	Mitgliederentwicklung	56
3.2	Junge Union	57
3.2.1	Die Entwicklung der Jungen Union in Schlaglichtern	58
3.2.2	Programmatik	75
3.2.3	Stellung und Struktur	79
3.2.4	Mitgliederentwicklung	82
3.3	Ausblick	83
4	Erklärungsmodelle und Forschungsstand	84
4.1	Soziodemographische Merkmale	84
4.2	Ressourcenansätze	87
4.3	Sozialpsychologische Ansätze	90
4.4	Rational-Choice-basierte Ansätze	97
4.5	Forschung zu jungen Parteimitgliedern und Partei(jugend)or- ganisationen	105
5	Forschungsansatz	109
5.1	Forschungsmethode	110
5.1.1	Interviewleitfaden	111
5.1.2	Transkription und das Transkript	112
5.1.3	Kurzfragebogen	113
5.1.4	Postskriptum	114
5.2	Von der Grundgesamtheit zum Sample	114
5.2.1	Fallauswahlverfahren	115
5.2.2	Zugang zum Forschungsfeld	116
5.2.3	Sample	118

5.3	Besonderheit: Rahmenbedingungen für die Befragung	
	Minderjähriger	120
5.4	Ablauf der Interviews	122
5.5	Die Qualität der Daten	123
5.5.1	Gütekriterien	123
5.5.2	Retrospektive Daten	125
5.6	Auswertungsverfahren	127
5.7	Von der Methodik zur Auswertung	129
6	Ausgangsbedingungen	131
6.1	Die Jugendlichen und ihre Bezüge zu Politik	131
6.1.1	Interesse an Politik	131
6.1.2	Engagement	139
6.1.3	Politikverständnis	142
6.1.4	(Selbst-)Wirkungsamkeit	145
6.2	Eltern und Familie	148
6.2.1	Eltern	149
6.2.2	Der weitere Familienkreis	152
6.3	Der Freundes- und Bekanntenkreis	153
6.3.1	Gleichaltrige (und andere Bekannte) als Gesprächs- partnerinnen und -partner	154
6.3.2	Gleichaltrige Parteimitglieder	158
6.4	Die Ausgangslage am Beginn der Beitrittsroute	160
7	Die Route gen Beitritt	162
7.1	Von Aktivierung bis Rekrutierung	165
7.1.1	Ungerichtete Aktivierung	166
7.1.2	Gerichtete Aktivierung	170
7.1.2.1	Anschubsen	170
7.1.2.2	Einladung	172
7.1.2.3	Rekrutierung	179
7.1.3	Zusammenfassung	182
7.2	Selbststarter	182
7.2.1	Verdichtung des Interesses zu ›Tatendrang‹	183
7.2.2	(Emotionalisierendes) Ereignis	184
7.2.3	Unmittelbares Erleben eines parteipolitischen Engagements	189
7.2.4	Beschäftigung gesucht	191
7.2.5	Zusammenfassung	192
7.3	Parteienpräferenz	193
7.3.1	Der Apfel fällt nicht weit vom Stamm?	193
7.3.2	Unentschlossen	197
7.3.3	Mutterpartei oder Jugendorganisation?	199
7.3.2.1	Junge Union und/oder die CDU/CSU	200
7.3.2.2	Jusos und/oder die SPD	203
7.3.3	Zusammenfassung	211
7.4	Gespräche im sozialen Umfeld	212
7.5	Erstkontakte zu den Parteien und/oder ihren Jugend- organisationen	222
7.5.1	Gespräche	223
7.5.2	›Reinschnuppern‹	226
7.6	Etappen der Beitrittsroute	234

8	Von Anreizen, widersprechenden Gründen und den Schwierigkeiten, sich zu entscheiden	236
8.1	Zentrale Motive	236
8.1.1	Selektive Anreize	238
8.1.1.1	Ergebnisorientierte selektive Anreize	239
8.1.1.2	Prozessorientierte selektive Anreize	248
8.1.1.3	Ideologische Anreize	263
8.1.2	Kollektive Anreize	264
8.1.3	Altruistische Motive	271
8.1.4	Soziale Normen	275
8.1.6	Expressive oder affektive Motive	275
8.1.7	Zusammenfassung	278
8.2	Kosten	280
8.2.1	Materielle Kosten: Der Mitgliedsbeitrag	282
8.2.2	Immaterielle Kosten: Der Zeitaufwand	286
8.2.3	Weitere (immaterielle) Hinderungsgründe	291
8.2.4	Zusammenfassung	298
8.3	Dauer und Situation	299
9	Zusammenfassung und Ausblick	304
	Anhang	315
I	Übersicht ausgewählter Merkmale, einschließlich Zentrale Motive	316
II	Leitfragebogen Parteijugend	321
III	E-Mail-Anfrage Landesverband Jusos (exemplarisch)	324
IV	E-Mail-Anfrage Kreisverband Junge Union (exemplarisch)	325
V	E-Mail-Anhang für das Neumitglied (pdf) für Anfrage über Kreisverband Junge Union – Erste Anfragewelle (exemplarisch)	326
VI	E-Mail-Anhang (pdf) für Anfrage über Landesverband Jusos (exemplarisch)	327
VII	E-Mail-Anschreiben Mitglied direkt (exemplarisch)	328
VIII	Elterninformation als Mail-Anhang (pdf) an den oder die zu interviewende Person, einschließlich Einverständniserklärung (exemplarisch)	329
IX	Einverständnis Jugendliche/r Datenschutz – zu unterzeichnen nach einer mündlichen Datenschutzaufklärung vor Beginn des Interviews (exemplarisch)	331
	Literaturverzeichnis	332

1 Einleitung

Der Bus schlängelt sich über die bergige Landstraße. Eine halbe Stunde schon seit dem letzten Umstieg in einer kleinen Stadt. Schneereste säumen die Straße. Endlich kommt das Ziel in Sichtweite: Eine kleine Gemeinde, etwas mehr als 6.000 Einwohnerinnen und Einwohner. Aussteigen. Treffpunkt ist eine Gaststätte nicht weit entfernt von der Haltestelle. Vorbei an pittoresken Häusern, die so typisch sind für diese Region, dass sie ein entsprechendes Postkartenidyll illustrieren könnten. Von weitem ist der 16-Jährige schon zu sehen. Sein buntes Haar leuchtet weithin sichtbar. Vor wenigen Wochen ist er der SPD beigetreten. Darüber wollen wir sprechen. Doch in der Gaststätte, in der wir zum Kaffee verabredet sind, ist die Stube für Nichtraucher versperrt. Also geht es in den gut gefüllten Schankraum. Beim Eintreten verstummen die Gespräche für einen Moment. Augenpaare richten sich auf uns. Die Szene könnte aus einem Film stammen. Doch ob die Aufmerksamkeit ›dem Fremden‹ gilt oder dem Jugendlichen mit der ausgefallenen Frisur bleibt unklar. Später wird er erzählen, dass er hier in einem »total schwarzen Flecken von Deutschland« lebe. Einen sozialdemokratischen Ortsverein gebe es hier nicht mehr, seitdem der SPD-Landtagskandidat zur Union gewechselt sei. Danach wäre alles zusammengebrochen, »ein bisschen wie ein Kartenhaus«, erzählt er weiter. Und trotzdem sitzen wir uns gegenüber und sprechen über jene Frage, die mich an diesen, wie auch an viele andere Orte in zehn weiteren Bundesländern führte: »Warum treten (minderjährige) Jugendliche in Partei(jugend)organisationen ein?«

Die Frage glänzt durch ihre Einfachheit, beinahe Banalität. Und doch ermöglicht die Forschungsliteratur zur (politischen) Sozialisation, politischen Partizipation oder zu Parteimitgliedern nur Annäherungen. Zu erfahren ist, dass die Auseinandersetzung mit Politik im Sozialisationsprozess erst relativ spät einsetzt – in der Regel im Teenageralter. Akzentuiert wird dabei beispielsweise, wer oder was in welcher Weise Einfluss auf die Entwicklung eines politischen Interesses habe und dass sich hinsichtlich einer möglichen Parteiidentifikation intergenerative Transmissioneffekte zeigen. Die politische Partizipationsforschung nennt darüber hinaus Indikatoren, die mit einer entsprechenden Beteiligung eng in Verbindung stehen: Interesse an Politik, aber auch ein höheres Bildungsniveau und ein gewisser sozioökonomischer Status sowie der Glaube und das Vertrauen darauf, mit dem eigenen Engagement auch etwas bewirken zu können. Hinzu kommt, dass

Gelegenheiten vorhanden sein müssen, um partizipieren zu können beziehungsweise um gefragt zu werden, ob man mitmachen wolle. Und die Forschung zu Parteimitgliedern? Zunächst einmal widmet sie sich in der Regel nur den Parteien, nicht aber den Partei(jugend)organisationen. Anhand jüngerer Studien lässt sich jedoch zumindest nachvollziehen, dass spezifische Anreize und Motive zu Mitgliedschaften führen. Allerdings differenzieren diese Parteimitgliederstudien nur begrenzt entlang der Altersstrukturen der Mitglieder, so dass sich keine konkreten Aussagen über Jugendliche, geschweige denn mögliche minderjährige Mitglieder in Parteien treffen lassen. Bleiben jene Studien, die sich auf ›junge Menschen‹ in Parteien konzentrieren. Doch die dabei in der Forschung zumeist ins Blickfeld gerückte Altersspanne ist immer noch weitreichend und umfasst in der Regel Mitglieder zwischen 18 und 35 Jahren. Die obere Grenze orientiert sich dabei nicht an Postulaten der Jugendforschung, sondern an der oberen Altersgrenze vieler Partei(jugend)organisationen, bei denen eine Mitgliedschaft bis zum vollendeten 35. Lebensjahr möglich ist. Doch was hat das noch mit Jugendlichen zu tun? Oder, anders gefragt, kann tatsächlich davon ausgegangen werden, dass die Umstände und Motive für den Eintritt in eine Partei oder in eine Partei(jugend)organisation eines beispielsweise 34-Jährigen vergleichbar sind mit denen einer 15-Jährigen? Die Entwicklungspsychologie oder beispielsweise auch die Jugendsoziologie unterscheiden nicht ohne Grund zwischen Kindern, Jugendlichen, Nachjugendlichen (Postadoleszenz) und Erwachsenen. Sie verbinden mit diesen Lebensphasen durchaus Altersgrenzen, auch wenn sie teilweise fließend sind, weil Heranwachsende Entwicklungsphasen unterschiedlich durchleben. Und das Jugendalter sei eine solche Lebensphase, die sich dadurch auszeichne, dass Jugendliche eben noch »keine volle gesellschaftliche Verantwortung übernehmen müssen« beziehungsweise dass diese Phase eine »Mischung aus eingeschränkter gesellschaftlicher Verantwortung und großzügiger soziokultureller Freizeit« darstelle, wie Gudrun Quenzel und Klaus Hurrelmann (2022: 22f.) bemerken. Vor diesem Hintergrund ist es wichtig, tatsächlich auch Jugendliche ins Blickfeld zu nehmen, wenn die politische Partizipation dieser Altersgruppe in den Fokus gerückt werden soll. ›Jugend‹-Studien mit großzügigen Altersspannen können hier allenfalls Anhaltspunkte für die eingangs aufgeworfene Frage bieten.

1.1 Der defizitäre Blickwinkel

»Partizipation in Parteien: Ein Auslaufmodell?«, fragte Elmar Wiesendahl im Titel eines 2006 veröffentlichten Beitrags. Eine Frage, die die Parteienforschung schon in den 1990er-Jahren umtrieb (vgl. Alemann 1996) und die von Paul F. Whiteley schließlich doppeldeutig zugespitzt wurde: »Is the party over?« – die Bereitschaft, sich in Parteien zu engagieren, gehe in den demokratischen Ländern merklich zurück, resümierte er schließlich (Whiteley 2011). Für die Diagnosen werden nicht nur die sinkenden Mitgliederzahlen in den Parteien und Partei(jugend)organisationen herangezogen, sondern auch entsprechende Jugendstudien. Ulrich von Alemann, Philipp Erbentraut und Jens Walther halten mit Blick auf die Shell-Jugendstudie 2015 fest, dass im Vergleich zu 2002 das Interesse an Politik sowie die generelle Bereitschaft zu Partizipation zwar etwas zugenommen habe, aber die etablierten Parteien nicht davon profitieren konnten:

»Hier ist die Verdrossenheit unverändert hoch. Zieht man als Faktor die Beteiligung bei Wahlen mit heran, so sinkt neben dem Interesse gleichzeitig die tatsächliche politische Partizipation. Bei Jungwählern liegt die Wahlbeteiligung mitunter mehr als 20 % unter dem Durchschnitt der Gesamtwählerschaft. Generell kann man von einer sehr großen Distanz der Jugendlichen zu traditionellen Politikbereichen sprechen« (Alemann/Erbentraut/Walther 2018: 256).

Lange schon ist es für Jugendliche ›hipper‹ oder ›woke‹, sich eher unverbindlich an Protesten und ähnlichen Partizipationsformen zu beteiligen, als eben Mitglied einer Partei zu werden. Elmar Wiesendahl führt das an anderer Stelle auch darauf zurück, dass Parteien eben schlecht beleumundet seien (vgl. 2012: 143); ihr Ansehen sei, wie Frank Decker postuliert, in Deutschland historisch niedrig (vgl. 2018: 18). Es sei aber kein ›deutsches‹ Problem, sondern, wie James Sloam hervorhebt, entfernten sich junge Europäerinnen und Europäer grundsätzlich von den Parteien (vgl. 2013: 850). Dieser Verfall gesellschaftlicher Anerkennung bedrohe die Parteien in ihrer Existenz, resümiert Thorben Winter (vgl. 2021: 78). Diese Entwicklung sei aber kein Ausdruck ihres Niedergangs, sondern vielmehr eines Veränderungsprozesses (vgl. Alemann/Erbentraut/Walther 2018: 246), einer gelockerten Parteienbindung, wie Nicolai Dose und Anne-Kathrin Fischer argumentieren:

»Der Mitgliederschwund ist lediglich eine Ausprägung des Wandels der Parteienlandschaft. Mit der relativ geringen Zahl

an Neumitgliedern und den teilweise deutlich wahrnehmbaren Austrittswellen bei einigen Parteien geht eine Lockerung der traditionellen Parteibindungen einher« (Dose/Fischer 2013: 899).

Ob eine zunehmende Politikverdrossenheit, gelockerte Parteienbindung oder ähnliches die Ursache ist, interessiert Klaus Farin letztlich nicht. Das Problem sieht er vielmehr auf der Angebotsseite:

»Das offensichtlich geringe Interesse von Jugendlichen an Parteien kann man bedauern, muss man aber nicht. Man kann es auch als kritisches Verbraucher*innenverhalten interpretieren: Wenn ein Produkt nichts taugt, kauft man es nicht. Wenn es gekauft werden soll, muss es eben entsprechend verbessert werden. Und je weniger Menschen dieses Produkt kaufen, desto größer wird der Druck, es zu verbessern. So gesehen kann Nichtwählen durchaus ein konstruktiver politischer Akt sein« (Farin 2020: 130).

Was hätten denn Parteien Jugendlichen zu bieten, fragt er weiter. Hier müsse doch angesetzt werden, wenn die Partizipation in und durch Parteien wieder Aufschwung erhalten solle. Um den Bogen zu von Alemann, Erbentraut und Walther zurück zu spannen: Ein solch innovativer Ansatz würde bedeuten, Veränderungsprozesse produktiv anzunehmen und proaktiv aufzugreifen – eine wichtige Debatte, die aber mit einem defizitären Blick in erster Linie auf Jugendliche schaut, die *nicht* in Parteien oder Parteijugendorganisationen eintreten. Dabei werden jene vergessen, die diesen Schritt wagen. Ihre Vorstellungen, Perspektiven und Motive bleiben im Schatten dieser Diskussionen.

1.2 Warum sollte man sich mit jungen Mitgliedern in Partei(jugend)organisationen beschäftigen?

Die naheliegendste Antwort auf die in der Zwischenüberschrift aufgeworfene Frage ist jene, die Michael Bruter und Sarah Harrison in ihrer Studie »The Future of Our Democracies. Young Party Members in Europe« formulieren: Unter den jungen Parteimitgliedern werden wir jene finden, die zukünftig Europas Nationen führen werden (vgl. Bruter/Harrison 2009: 2). Und tatsächlich zeigen unterschiedliche Studien, dass Politikerinnen und Politiker ihre Karrieren in den Jugendorganisationen begonnen haben (vgl. Hooghe/Stolle/Strouthuysen 2004; Gruber 2009b). Doch es gibt weitere Gründe, sich mit den jungen Menschen in den Partei(jugend)organisa-

tionen zu beschäftigen: Der Eintritt in eine Partei(jugend)organisation ist ein Akt politischer Partizipation und kann der Beginn einer anhaltenden politischen Beteiligung sein – in den Jugendorganisationen und ihren Gremien, später vielleicht auch in den Referenzparteien und/oder in Kommunalparlamenten, Landesparlamenten oder vielleicht sogar im Bundestag. Und vor dem Hintergrund des skizzierten defizitären Blickwinkels auf Parteien, ihre Jugendorganisationen und das Interesse, in ihnen mitzuwirken, muss deshalb die Frage in den Raum gestellt werden: Wenn es so unattraktiv ist, warum entscheiden sich manche Jugendliche dennoch für eine Mitgliedschaft? Hier zeigt sich ein Forschungsdesiderat, insbesondere wenn es um Jugendliche geht, und noch mehr, wenn es um minderjährige Jugendliche geht. Constance A. Flanagan bemängelt in ihrem Buch »Teenage Citizens« (2013) zu Recht, dass Minderjährige für die meisten Politikwissenschaftlerinnen und Politikwissenschaftler häufig unter dem Radar liefen, da sie noch nicht wählen dürften (vgl. Flanagan 2013: 1). Auf der anderen Seite interessieren sich Jugendforscherinnen und Jugendforscher für die genannte Altersgruppe, die Fragen der Partizipation in Parteien oder gar Partei(jugend)organisationen sind für sie aber eher Marginalien. Dieses offensichtliche Manko, die sichtbare Forschungslücke, führte zu dem Ansinnen dieser Arbeit, die Altersgruppe der Minderjährigen in den Mittelpunkt zu rücken und zu ergründen, warum sie sich für eine politische Partizipation in einer Partei(jugend)organisation entscheiden. Um dort auf Dauer mitzumachen, müssen die Jugendlichen aber formal Mitglied der jeweiligen Organisation werden. Die Entscheidung für den Beitritt wird daher als der Dreh- und Angelpunkt für die Frage nach den Motiven begriffen, warum sie sich in Partei(jugend)organisationen engagieren wollen. Der Fokus auf die Jugendorganisationen und nicht auf die eigentlichen Mutterparteien folgte der Überlegung, dass die Erstgenannten die altersgemäße Organisationsform für Heranwachsende sind. Diese Vorannahme wurde aber durch die Auswahl der zu untersuchenden Partei(jugend)organisationen etwas aufgeweicht. Im Mittelpunkt der vorliegenden Studie stehen zwar die Eintrittsmotive in die Junge Union und die Jungsozialistinnen und Jungsozialisten in der SPD, kurz Jusos. Während aber bei der Jungen Union genau jene landen, die dort auch Mitglied werden wollen, finden sich bei den Jusos auch Jugendliche wieder, die eigentlich in die SPD hätten eintreten wollen, aber aufgrund einer Regelung im Organisationsstatut der Partei automatisch bei den Jusos landen. Diese Besonderheit ermöglicht es, auch jene Minderjährigen in den Blick zu nehmen, die sich für den Beitritt in die Mutterpartei entscheiden – wobei zu fragen

sein wird, ob das gegebenenfalls als Entscheidung gegen die Jugendorganisation zu werten ist.

1.3 Politische Großwetterlage

Die Erhebungsphase für diese qualitative Studie liegt, daraus soll und kann kein Geheimnis gemacht werden, länger zurück. Sie fand im Zeitraum August 2008 bis März 2009 statt. 406 Anfragen an Juso- und Junge Union-Gruppen unterschiedlicher Ebenen (Bezirk, Kreis, Ort) in zwölf Bundesländern wurden versandt und mündeten in 83 Kontakten zu jungen Parteimitgliedern in elf Bundesländern, die gerade erst der Jungen Union und den Jusos beigetreten waren. Es gelang, mit 71 von ihnen Interviews zu führen – 64 fanden schließlich Aufnahme in das Sample und bilden den Korpus der vorliegenden Arbeit. Die gewonnenen Einblicke und Erkenntnisse sind, wie der späteren Auswertung zu entnehmen sein wird, relativ zeitlos – auch wenn mitunter auf die damalige aktuelle Politik Bezug genommen wird. Zur Erinnerung: Die Regierung bildete im damaligen 15. Deutschen Bundestag eine Große Koalition unter der (ersten) Kanzlerschaft von Angela Merkel. Die Wahl zum 16. Deutschen Bundestag fand am 27. September 2009 statt – ein halbes Jahr nach dem letzten Interview. 2008 wurde zudem unter anderem in Niedersachsen, Hessen und Bayern ein neuer Landtag gewählt – die schwarz-gelbe Regierung in Niedersachsen wurde dabei bestätigt, in Hessen die CDU unter Roland Koch zu Gunsten der SPD unter Andrea Ypsilanti abgewählt und im Freistaat Bayern verlor die CSU unter Günther Beckstein massiv an Stimmen und damit die absolute Mehrheit. Nach seinem Rücktritt übernahm eine CSU-FDP-Koalition unter Horst Seehofer als Ministerpräsident die Regierung. In Hessen gelang es Ypsilanti derweil nicht, eine neue Regierung zu bilden – die Neuwahlen im Januar 2009 brachten Roland Koch als Ministerpräsident zurück, doch ohne absolute Mehrheit, so dass eine CDU-FDP-Koalition folgte. Auf Bundesebene stand den Jungsozialistinnen und Jungsozialisten in der SPD in diesem Zeitraum Franziska Drohsel vor, der Jungen Union Deutschlands Philipp Mißfelder. Seitdem hat sich die Parteienlandschaft gewandelt. Bei den nachfolgenden Wahlen verloren die Unionsparteien und die SPD an Wählerinnen- und Wählerstimmen. Mangelnden Zuspruch beklagte zwischenzeitlich auch die FDP, die sich nach der Bundestagswahl 2013 sogar für eine Legislaturperiode aus dem Bundestag verabschieden musste. Auch die Parteien Die Linke sowie Bündnis 90/Die Grünen verloren Stimmen. Letzteren gelang mit der Bundestagswahl 2017 eine zunächst leichte

Trendwende. 2014 folgte der Aufstieg eines neuen rechtspopulistischen politischen Akteurs: Die Alternative für Deutschland. Sie konnte erste Wahlgewinne nicht nur stabilisieren, sondern sich im Parteiengefüge auch etablieren. Mit dem Wandel der Parteienlandschaft hat sich auch jene der Partei(jugend)organisationen verändert – darauf wird später noch ausführlicher einzugehen sein.

Gewandelt hat sich aber nicht nur die Parteienlandschaft, sondern auch die Themen, die Jugendliche beschäftigen. Zum Zeitpunkt der Erhebung trieb die Bildungspolitik im Rahmen sogenannter Schülerstreiks die Heranwachsenden auf die Straßen – in einigen Ländern befeuert durch die Verkürzung des Gymnasiums von neun auf acht Jahre (kurz G8 genannt) und der damit verbundenen Straffung der Unterrichtsstoffe. Zehn Jahre später, 2018, nahmen sich dann auch in Deutschland Jugendliche eine schwedische minderjährige Schülerin zum Vorbild: Greta Thunberg. Erneut mit dem Mittel der Schulstreiks gingen sie mit stetem Zuwachs zunächst jeden Freitag mit der Forderung auf die Straße, dass die Politik auf die Herausforderungen des Klimawandels sofort reagieren müsse. Die Frequenz der Proteste der Bewegung Fridays for Future veränderte sich mit dem Ausbruch der Corona-Pandemie im späten Winter 2020, präsent sind sie aber immer noch. Und aktuell, während die Arbeit an dieser Dissertation zu Ende geht, beteiligen sich Schülerinnen und Schüler an vielen Orten an den Protesten gegen den Angriffskrieg Russlands auf den kleinen Nachbarn Ukraine.

1.4 Übersicht

Die Auseinandersetzung mit der erkenntnisleitenden Frage, warum (minderjährige) Jugendliche in Partei(jugend)organisationen eintreten, beginnt grundlegend: Zunächst folgt im zweiten Kapitel eine Darstellung, was unter politischer Partizipation zu verstehen ist und wie es um die viel beschworene Politik- und Parteienverdrossenheit bestellt ist. Daran anknüpfend werden Partei(jugend)organisationen am Beispiel jener sieben im Bundestag in seiner 20. Wahlperiode (seit 2021) vertretenen Parteien vorgestellt – wann sie entstanden, in welcher rechtlichen Beziehung sie zu ihren Referenzparteien stehen und in welcher Altersspanne junge Menschen bei ihnen Mitglied sein können, wird ebenfalls Gegenstand des zweiten Kapitels sein. Dargelegt wird darin außerdem, welche Aufgaben den Partei(jugend)organisationen grundsätzlich zugesprochen werden. Im dritten Kapitel stehen dann die Jusos und die Junge Union im Mittelpunkt, die gegenwärtig ältesten und größten Partei(jugend)or-

ganisationen. Ihre spannungsgeladene Geschichte wird in Schlaglichtern vorgestellt, ihre Programmatik herausgearbeitet, ihre Strukturen umrissen und die Mitgliederentwicklung dargestellt. Verständlich werden damit nicht nur die Besonderheiten der beiden Verbände, sondern auch regionale Eigenheiten und mitunter scharf geführte Debatten, auf die die Jugendlichen in den Interviews zum Teil Bezug genommen haben und die sich entsprechend auch in den Analysen wiederfinden. Das vierte Kapitel widmet sich den Erklärungsmodellen politischer Partizipation im Allgemeinen und in Parteien im Besonderen. In den Mittelpunkt werden dabei Modelle gerückt, die versuchen, die Motivation zum Eintritt in eine Partei theoretisch fundiert zu reflektieren. Ausgewählte Forschungsergebnisse werden in die Darstellungen eingeflochten. Abschließend wird dann der Forschungsstand zu Parteimitgliedern und ihren Beitrittsmotiven überblicksartig resümiert – mit einem Schwerpunkt auf die (internationale) Forschung zu Partei(jugend)organisationen beziehungsweise jungen Mitgliedern in Parteien.

Mit dem fünften Kapitel erfolgt der Einstieg in die Studie, die dieser Dissertation zugrunde liegt. Zunächst wird dort der methodische Ansatz der Studie vorgestellt: Der erkenntnisleitenden Fragestellung, die ein Desiderat ins Blickfeld rückt, wird mittels eines qualitativen Designs nachgespürt – anhand der Methode des problemzentrierten Interviews. Vorgestellt wird des Weiteren, wie der Interviewleitfaden aufgebaut wurde und wie der Zugang zum Forschungsfeld – mit Hürden – gelang. Zur Sprache kommt außerdem, nach welcher Maßgabe die vorliegenden Interviews transkribiert wurden und wie die Fallauswahl erfolgte – dabei werden erste Daten des ausgewerteten Samples vorgestellt. Unerlässlich ist schließlich zu skizzieren, welche Besonderheiten bei der Befragung Minderjähriger zu beachten sind. Denn es gilt bei dieser Altersgruppe besondere datenschutzrechtliche Erfordernisse zu beachten. Dargelegt wird zudem, wie die Interviews idealtypisch abliefen, und erläutert, welchen Gütekriterien sich die Studie verpflichtet sieht. Dazu gilt es auch den Blick auf das Problem retrospektiver Verzerrungen bei der Gewinnung von Interviewdaten zu richten. Beschlossen wird das Kapitel mit der Vorstellung des Auswertungsverfahrens.

Die Darstellung der Forschungsergebnisse beginnt mit dem sechsten Kapitel. Unter der Überschrift »Ausgangsbedingungen« wird entlang ausgewählter Kategorien dargelegt, wie es um das Verhältnis der Jugendlichen zur Politik bestellt ist, bevor sie auf eine ›Beitrittsroute einschwenken‹. Dabei geht es um ihr Interesse

und Verständnis von Politik, um die Frage, ob sie sich schon mal anderweit engagiert hätten und ob sie meinen, etwas bewirken zu können. In den Blick genommen wird aber auch ihr Umfeld: Mit wem reden die Jugendlichen eigentlich über Politik? Und haben sie in ihren Familien und/oder unter ihren Freunden möglicherweise Mitglieder von Parteien oder Partei(jugend)organisationen? Dieser Ausblick lässt schon erkennen, dass in dieser Studie nicht nur die Frage nach den Motiven in den Mittelpunkt gerückt wurde, sondern es unerlässlich erscheint, auch die Vorbedingungen zu klären sowie den Weg zu skizzieren, der schließlich zur Beitrittsentscheidung führt. Entsprechend widmet sich das siebte Kapitel der Beitrittsroute. Nach einer kurzen Diskussion, was darunter zu verstehen sei, erfolgt eine Differenzierung der ›Startsituation‹. An dieser Stelle soll es genügen, sie nach ›Aktivierung‹ und ›Selbststart‹ zu unterscheiden. In den Fokus genommen werden muss dabei auch, ob die Jugendlichen eigentlich eine Parteipräferenz haben, woher diese mögliche Bindung rührt und wem sie eigentlich genau gilt – der Mutterpartei oder der Jugendorganisation? Um im Bild der ›Route‹ zu bleiben, geht es im Folgenden um ›Zwischenstopps‹: Mit wem sprachen die Jugendlichen über ihre Überlegungen, nahmen sie Kontakt zu den Partei(jugend)organisationen auf oder ›schnupperten‹ sie vielleicht sogar hinein? Diese Etappen gilt es zu ergründen, bevor im achten Kapitel die Entscheidung in den Mittelpunkt gerückt wird. Für den Parteieintritt gibt es viele Gründe, wie die Parteimitgliederstudien zeigen. Doch mittels des rekonstruktiven Forschungsansatzes lässt sich ein zentrales Motiv aus jedem Interview destillieren. Strukturiert werden sie entlang des General-Incentives-Model, um Bezüge zu anderen Mitgliederstudien zu ermöglichen. Die Jugendlichen benannten mit Blick auf ihre Beitrittsentscheidungen auch eine Reihe von Gründen, die zunächst gegen eine Mitgliedschaft sprachen. Unterscheiden ließen sich diese in materielle und immaterielle Kosten. Dass sie für die interviewten Minderjährigen letztlich nicht so gravierend waren, lässt sich aus dem einfachen Umstand schließen, dass sich alle Jugendlichen letzten Endes für einen Eintritt entschieden. Schließlich folgt im neunten Kapitel ein Resümee mit einem Blick über den ›Tellerrand‹ der vorliegenden Arbeit hinaus.

1.5 Danksagung

Diese Einleitung gilt es mit einer mit einer Danksagung zu beschließen: Danken möchte ich zunächst all jenen, die über die Jahre kritisch nachfragten, was meine

Dissertation mache und nicht den Glauben aufgaben, dass ich sie abschließen würde. Dieses Vertrauen war ein Antrieb, nach Feierabend und an Wochenenden an diesem Vorhaben weiterzuarbeiten.

Besonders danken möchte ich meinem Betreuer, Prof. Dr. Peter H. Hartmann, der trotz der vielen Verzögerungen mich beharrlich motivierte, die Arbeit an dieser Dissertation abzuschließen. Vor allem aber verdanke ich ihm, mich auf die theoretische Spur gebracht zu haben, die leitend für diese Arbeit wurde. Danken möchte ich auch meinem Zweitgutachter, Prof. Dr. Ulrich von Alemann, dessen Perspektiven auf Parteien mich bereicherten und der mich mit dem viel zu früh verstorbenen Dr. Tim Spier bekannt machte – leider konnte er die Fertigstellung nicht mehr erleben.

Ein weiterer besonderer Dank gilt der Friedrich-Ebert-Stiftung, die dieses Dissertationsprojekt mit einer Graduiertenstipendium gefördert hat. Ohne diese Unterstützung wäre dieses Vorhaben nicht umgesetzt worden. Doch ich profitierte nicht nur von der finanziellen Unterstützung, sondern auch durch die Seminare und die Menschen, die ich darüber kennenlernen durfte.

Ein herzlicher Dank gilt meinen Eltern, die mich stets motivierten zu lernen und meinen schulischen und akademischen Weg zu gehen. „Bildung kann dir niemand nehmen“, war ihr Credo, das mich leitete. Vielen, vielen Dank für diese Möglichkeit. Danken möchte ich meiner Frau, die geduldig die abendlichen Abwesenheiten am Schreibtisch verzieh, meine Lamento anhörte, diese Druckfassung Korrektur las, mir stets den Rücken frei hielt – und mich liebt.

Danken möchte ich Maruta Herding, mit der ich beim ebenfalls viel zu früh verstorbenen Dr. Jan Kruse die Methoden der qualitativen Sozialforschung kennenlernte, um dann gemeinsam in einer Gruppe über Monate hinweg unsere Interviews auszuwerten.

Danke möchte ich Jana Kärger, die neben ihrer fordernden Arbeit unter Zeitdruck und mit all ihrer Gründlichkeit die Abgabefassung Korrektur las. Verbliebene Fehler muss ich mir anlasten.

Abschließend möchte ich noch den vielen Menschen bei den Jusos und der Jungen Union danken, die mich bei der Suche nach Gesprächspartnerinnen und -partnern unterstützten, und vor allem jenen jungen Menschen, die mit mir sprachen. An viele von ihnen kann ich mich heute noch erinnern. Manche waren schüchtern und zurückhaltend, wie sich Jugendliche in der Pubertät eben oft gegenüber

Erwachsenen verhalten. Andere waren offen und eloquent. Manche waren sehr stolz, Mitglied in einer Partei(jugend)organisation geworden zu sein. Manche waren in den wenigen Wochen der Mitgliedschaft sogar schon in das Amt des Beisitzers beziehungsweise der Beisitzerin aufgestiegen. Andere hatten bisher nur an wenigen oder – tatsächlich – an noch keinem Treffen teilgenommen. Manche zeigten Ambitionen, politisch ›groß rauszukommen‹, andere waren zufrieden, wo sie jetzt waren. Viele erzählten, dass sie in ihrem Umfeld, bei Gleichaltrigen, auf Unverständnis stießen, weil sie sich einer Partei(jugend)organisationen angeschlossen hatten oder wurden gar damit aufgezoogen, sich für Politik zu interessieren. Aber alle, ohne Ausnahme, beeindruckten mich. Die Jugendlichen wollten sich engagieren, politisch beteiligen, einmischen, mitmischen. Sie erzählten mit Verve von ihrer Beitrittsgeschichte und ließen mitunter deutlich durchblicken, wie wichtig ihnen dieser Schritt war. Der defizitäre Blick auf das Engagement Heranwachsender in Partei(jugend)organisationen verstellt leider viel zu oft die Perspektive auf die Engagierten, denen hier der Raum geschenkt werden soll, der ihnen gebührt.

2 Politische Partizipation, Parteien und ihre Jugendorganisationen

Wenn junge oder auch nicht mehr ganz so junge Menschen sich entscheiden, in eine Parteijugendorganisation oder Partei einzutreten, gilt das als ein Akt politischer Beteiligung – gelten doch Parteien als die traditionelle Form institutionalisierter politischer Partizipation (vgl. Gaiser/Rijke/Spanning 2010: 429). Doch was genau heißt politische Partizipation? Welche Formen werden unterschieden und ab welchem Alter können sich Jugendliche in Parteien und ihren Jugendorganisationen beteiligen beziehungsweise ihnen beitreten? Um diese Fragen soll es zum Auftakt dieses Kapitels gehen. Dabei wird noch einmal ein Blick auf die bereits in der Einleitung angesprochene und verbreitete Diagnose einer bereits länger anhaltenden Parteienverdrossenheit geworfen, die unterschiedliche Stellung der Parteijugendorganisationen zu ihren Referenzparteien unterschieden und schließlich skizziert, welchen Funktionen den Jugendverbänden beigemessen wird. Denn sie sind mehr, das sei hier bereits vorweggenommen, als »nur« eine Möglichkeit zur politischen Beteiligung.

2.1 Politische Partizipation

Politische Partizipation kann als ein Verhalten definiert werden, »das aus der Sicht des individuellen Bürgers oder kollektiver Akteure instrumentell oder zweckrational auf die Erreichung politischer Ziele gerichtet ist« (Westle 1994: 140). Politische Partizipation gilt als eine Handlung, vorgenommen von Menschen in ihrer Rolle als Bürgerinnen und Bürger (vgl. van Deth 2003: 170f.; Brady 1999: 737). Sie erfolgt freiwillig, bezieht sich auf die »Regierung und Politik im weiteren Sinn (»politisches System«)« (van Deth 2003: 171) und versucht politische Entscheidungen zu beeinflussen (vgl. Hadjar/Becker 2007: 412; Verba et al. 1995: 38; Barnes et al. 1979: 42). Unterschieden werden zwei Formen politischer Partizipation: Die verfasste, auch konventionelle oder institutionalisierte Form politischer Beteiligung, und ein entsprechendes Gegenstück – die unverfasste, nicht-institutionalisierte oder unkonventionelle Partizipation. Der Eintritt und die Mitarbeit in einer Partei gelten dabei als verfasste Partizipationsform: »Als verfaßt gelten solche Handlungen, die in einen institutionell klar definierten Kontext eingebettet sind, so z.B. in ein Wahlgesetz oder in eine Gemeindeordnung« (Kaase 2002: 351). In der Bundesrepublik Deutschland steht die Partizipation in Parteien beziehungsweise die Charakterisie-

rung als verfasste politische Beteiligung in engem Verhältnis mit Artikel 20 Absatz 2 Grundgesetz. Dieser besagt, dass alle Macht vom Volke ausgeht. Ausgeübt wird sie vom Volke jedoch nicht direkt, sondern in Wahlen und Abstimmungen. Dabei obliegt es den Parteien gemäß Artikel 21 Absatz 1 Grundgesetz bei der politischen Willensbildung mitzuwirken. Ihnen kommt damit eine hervorgehobene Rolle zu, wie entsprechend in § 1 Absatz 1 Parteiengesetz hervorgehoben wird: Parteien sind ein »verfassungsrechtlich notwendiger Bestandteil der freiheitlichen demokratischen Grundordnung«. Und als solche sind sie, wie Ulrich von Alemann, Philipp Erben-traut und Jens Walther, definieren, »auf Dauer angelegte, freiwillige Organisationen, die politische Partizipation für Wähler und Mitglieder anbieten« (2018: 4).

Die Definitionen politischer Partizipation wurden erst in den späten 1960er- und frühen 1970er-Jahren um unverfasste Beteiligungsmöglichkeiten ergänzt (obwohl es entsprechende Formen, wie beispielsweise Proteste oder Demonstrationen, schon lange vorher gab). Bei ihnen handelt es sich um spontane oder geplante Aktionsformen, die in relativer Distanz zu parteibezogenen politischen Institutionen (vgl. Kaase 2000: 475) und außerhalb eines institutionalisierten Rahmens entstehen (vgl. Kaase 2002: 351). Auf Kritik – unter anderem aus der Wissenschaft – stößt bei den unterschiedlichen Bezeichnungen als unverfasst, nicht-institutionalisiert oder unkonventionell vor allem letztere Charakterisierung. Sie entspränge dem Geist der frühen 1970er-Jahre, als diese Beteiligungsformen nicht den damals geltenden sozialen Normen entsprachen (vgl. van Deth 2003: 172). Und auch Andreas Hadjar und Rolf Becker betonen, dass die Festlegung, welche Beteiligungsformen »unter den Begriff ›unkonventionell‹ fallen [...] einer zeitlichen Entwicklung unterworfen« sei (2007: 412). Was früher im Zuge der ›partizipatorischen Revolution‹ als unkonventionell gegolten habe, müsse heute nicht mehr unbedingt als solches gelten (vgl. ebd.: 412f.). Im Übrigen wird schon lange darauf hingewiesen, dass sich unkonventionelle und konventionelle Partizipationsformen nicht gegenseitig ausschließen, sondern in einem komplementären Verhältnis zueinander stehen (vgl. Kaase 2002: 353). Deutlich wird das etwa dann, wenn die Jugendorganisationen der Parteien oder die Parteien selbst auf das Repertoire der Protestformen zurückgreifen; wenn sie – wie beispielsweise die Junge Union einst gegen den Besuch des Generalsekretärs der KPdSU, Leonid Breschnew, in Bonn – protestierten oder die Jungsozialisten gegen Rechtsextremismus auf die Straße gehen.

2.1 Politische Partizipation in Partei(jugend)organisationen versus Parteien- und Politikverdrossenheit

»Keine Lust mehr auf Parteien«, betitelte Elmar Wiesendahl 2001 seine Diagnose abnehmender Partizipationsbereitschaft in Parteien. Während die politische Aufbruchsstimmung in der zweiten Hälfte der 1960er-Jahre dazu beitrug, die Mitgliederzahlen der Parteien zu erhöhen, schrieb er schon 1990, begannen sie bereits Ende der 1970er-Jahre wieder abzuschmelzen. Vor dem Hintergrund des »gewandelten Beteiligungsmarktes« der 1980er-Jahre mit seinen vielfältigen Möglichkeiten nicht-institutionalisierter politischer Beteiligung habe sich das »traditionelle Angebotssortiment für Beteiligung« zu einem »Ladenhüter« entwickelt (vgl. Wiesendahl 1990: 13). Differenzierter blickt Ulrich von Alemann auf die Entwicklung der abnehmenden Partizipationsbereitschaft in Parteien, die er als Dreischritt skizziert: Zunächst die Phase der »Hinwendung« der 68er-Generation zu den Parteien, dann die »Abwendung« in den 1980er-Jahren und schließlich die »Loslösung« im drauffolgenden Jahrzehnt. Die Mobilisierung habe sich »von Parteien weg zu neuen sozialen Bewegungen« (Alemann 2006: 11) verlagert, zur »Bewegungsgesellschaft« (Neidhardt/Rucht 1993) beziehungsweise »Protestgesellschaft« (Pross 1992). Und mit Blick auf die jüngere Mitgliederentwicklung (vgl. Niedermayer 2020) muss postuliert werden, dass eine Rückverlagerung nicht stattgefunden hat, dass sich also die Parteien von diesem Mitgliederschwund zahlenmäßig nicht wieder erholt haben.

Der von Wiesendahl skizzierte Abschmelzprozess betraf im Übrigen auch die beiden großen und ältesten Partei(jugend)organisationen – allerdings in unterschiedlicher Weise: Die Mitgliederzahlen der Jusos fielen im Zeitraum von 1990 bis 2003 beispielsweise kontinuierlich, während die der Jungen Union Ende der 1990er-Jahre kurz anstiegen. Die Bilanz der Jungen Liberalen und der Grünen Jugend, der beiden nächstgrößten Partei(jugend)organisationen, waren für diesen Zeitraum hingegen überwiegend positiv (vgl. Niedermayer 2005: 18). In den Folgejahren hielt dieser Abwärtstrend bei der Jungen Union und den Jusos an, wenngleich es zwischendurch immer einmal Jahre gab, in denen sie einen leichten Zugewinn an Mitgliedern beziehungsweise einem leichten Aufwärtstrend verzeichnen konnten.

Ein Blick auf die Entwicklung von sechs Partei(jugend)organisationen zwischen 2013 und 2017, den die *Stuttgarter Nachrichten* präsentierte, zeigt, dass sich auch in den Zehnerjahren die Entwicklungsverläufe unterschieden: Junge Union,

Jusos, Junge Liberale und Grüne Jugend verloren in diesem Zeitraum insgesamt an Mitgliedern, während die linksjugend [solid] und die Junge Alternative eine durchweg positive Bilanz zogen. Allerdings handelte es sich bei den vier Erstgenannten nicht um einen stetigen Abwärtstrend. Vielmehr verzeichneten sie zeitweise auch eine positive Mitgliederentwicklung – nur in unterschiedlichen Jahren. Die Grüne Jugend im Verlauf des zweiten Halbjahres 2016, und die Jusos und Jungen Liberalen im ersten Halbjahr 2017 (Spanhel 2017).

Aktuell ist unter den Partei(jugend)organisationen der im Bundestag in seiner 20. Wahlperiode vertretenen Parteien die Junge Union noch immer der größte Jugendverband. Sie hat laut ihrer Homepage »rund 100.000 Mitglieder«. Die Jusos verfügen nach eigenen Angaben über »rund 75.000 Mitglieder«, gefolgt von der linksjugend [solid] mit 24.300, der Grünen Jugend mit »ca. 16.000« und den Jungen Liberalen mit »über 14.500« Mitgliedern.¹ Die Junge Alternative präsentieren als einzige keine Mitgliederzahlen auf ihrer Website, daher wird hier auf die Angaben des Bundesamts für Verfassungsschutz² zurückgegriffen, die der Jugendorganisation für 2020 circa 1.600 Mitgliedschaften attestieren (vgl. Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat 2021: 96).

Im Zusammenhang mit den Abschmelzungsprozessen machte die Diagnose der Politik- beziehungsweise der Parteienverdrossenheit die Runde. Herangezogen wurde dafür beispielsweise der Befund, dass Parteien bei den im Rahmen der 16. Shell-Jugendstudie befragten 15- bis 25-Jährigen den vorletzten Platz beim Ranking ›Vertrauen in gesellschaftliche Gruppen und Institutionen‹ einnahmen – nur Banken schnitten schlechter ab (vgl. Schneekloth 2010: 140). Niedermayer jedoch kritisiert, dass »das Instrument des Institutionenvertrauens [...] in Bezug auf die Messung von Parteienverdrossenheit einen gravierenden methodischen Nachteil« (Niedermayer 2006: 280) aufweise:

»Die Befragten werden aufgefordert, das Ausmaß ihres Vertrauens in ›die politischen Parteien‹ anzugeben, also ein Pauschalurteil über alle Parteien hinweg zu fällen. Was soll ein glühender Anhänger der PDS, der allen anderen Parteien misstrauisch gegenübersteht, auf diese Frage antworten?« (ebd.).

¹ Einzelnachweise entsprechend der Reihenfolge im Text: junge-union.de/ueber-uns/; jusos.de/mitmachen/; linksjugend-solid.de/verband/selbstverstaendnis/, gruene-jugend.de/wir/geschichte/; julius.de/verband/allgemeines/wer-wir-sind/ (letzte Zugriffe: 30.1.2022).

² Die Junge Alternative wurde im Januar 2019 durch das Bundesamt für Verfassungsschutz als »Beobachtungsobjekt (Verdachtsfall)« im Bereich Rechtsextremismus eingestuft (Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat 2021: 96-99).

Und er betont weiter, dass »die Dimension des ›Vertrauens‹ keine allgemeine, sondern eine affektiv-wertbezogene Orientierung gegenüber einem politischen Objekt« (ebd.) sei. Zuverlässiger sei hingegen das Partei-Skalometer, dass von der Forschungsgruppe Wahlen e. V. im Kontext der monatlichen Politbarometer-Umfrage erhoben wird. Insofern ist es wenig überraschend, dass Niedermayer mit Blick auf die angeblich weit verbreitete Parteienverdrossenheit zu einem anderen Ergebnis kommt:

»Von einer weit verbreiteten und zunehmenden Parteienverdrossenheit der Jugend kann keine Rede sein. Parteienverdrossen ist nur ein verschwindend geringer und sich im Zeitverlauf nicht verändernder Anteil der Jugendlichen« (ebd.: 287f.).

Gleichwohl spricht auch er von einer »Parteienabstinenz der Jugend« (ebd.: 287) und empfiehlt jungen Leuten vor dem Hintergrund, dass »Parteien immer noch im Zentrum des politischen Prozesses stehen [...], ihre durchaus vorhandene Partizipationsbereitschaft wieder stärker an den Parteien auszurichten« (ebd.: 288). Immerhin, der 18. Shell-Jugendstudie zufolge sind etwa vier von fünf der befragten Jugendlichen »mit der Demokratie, so wie sie in Deutschland besteht, ›eher‹ (65%) oder ›sehr‹ (12%) zufrieden – Tendenz steigend« (Schneekloth/Albert 2019: 90).

Doch nicht nur die Parteienverdrossenheit bleibt ein aktuelles Thema, sondern auch die Politikverdrossenheit befindet sich weiterhin auf einem hohen Niveau. Allerdings lassen sich »auch politikverdrossene Jugendliche für Themen oder für ein Engagement gewinnen« (ebd.: 96).

2.2 Partei(jugend)organisationen

Die folgende Betrachtung von Partei(jugend)organisationen wird begrenzt auf jene, deren Mutterparteien im Bundestag in seiner 20. Wahlperiode vertreten sind. Neben den bereits Erwähnten, der Jungen Union, den Jusos, den Jungen Liberalen, der Grünen Jugend, Linksjugend [‘solid] und der Jungen Alternative, kommt somit noch die SSWUngdom (Jugend im SSW) hinzu, die Jugendorganisation des Südschleswigschen Wählerverbandes (SSW). Dieser vertritt die Interessen der dänischen und friesischen Minderheit in Schleswig-Holstein und auch nur dort (Oppelland 2020; Klatt/Kühl 2015). Als Partei einer nationalen Minderheit entfällt gem. § 6 Absatz 3 Satz 2 Bundeswahlgesetz für ihn allerdings die Fünf-Prozent-Hürde. 2021 gelang

dem SSW mit 55.330 Stimmen zum ersten Mal nach 70 Jahren wieder mit einem Abgeordneten der Einzug in den deutschen Bundestag.

Grundsätzlich ist es Jugendlichen möglich, direkt den Mutterparteien beizutreten: Mit Vollendung des 16. Lebensjahres könnten sie beispielsweise der CDU/CSU, der FDP oder der AfD beitreten, dem SSW mit dem vollendeten 15. Lebensjahr und der SPD sowie der Partei Die Linke mit dem vollendeten 14. Lebensjahr. Die Ausnahme sind Bündnis 90/Die Grünen, die kein Mindestbeitrittsalter festlegen. Ihr reicht die Anerkennung ihrer Grundsätze.³ Nach oben existiert bei keiner Partei eine Altersgrenze. Ihr Durchschnittsalter ist im Übrigen hoch – es lag bei der CDU 2019 bei 61 Jahren, bei der CSU und SPD bei 60, in der FDP bei 51, bei Bündnis 90/Die Grünen bei 48 und bei der Partei Die Linke bei 55 Jahren (vgl. Niedermayer 2020: 27-29).⁴ Zum Vergleich: Das Durchschnittsalter der Bevölkerung lag in besagtem Jahr bei 44,5 Jahren (Bundesamt für Bevölkerungsforschung o. J.).

Altersgemäße Ansprechpartner für Jugendliche sind hingegen die Partei(jugend)organisationen, die sich explizit an junge Menschen wenden (sollen). Alle der aktuell im Bundestag vertretenen Parteien verfügen über entsprechende Jugendverbände:

- Die Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialistinnen und Jungsozialisten in der SPD (Jusos) ist die Jugendorganisation der Sozialdemokratischen Partei Deutschland (SPD) (ausf. s. Kap. 3.1)
- Die Junge Union (JU) ist die Jugendorganisation der Unionsparteien, sowohl der Christlich Demokratischen Union (CDU) als auch der Christlich-Sozialen Union (CSU) (ausf. s. Kap. 3.2);
- Die Jungen Liberalen (JuLis) sind die Jugendorganisation der Freien Demokratischen Partei (FDP) – doch nicht seit ihrer Gründung am 1. November 1980. Vielmehr wurden die JuLis erst nach der Loslösung der (vorherigen) Jugendorganisation, den Deutschen Jungdemokraten⁵, von der FDP im November 1982 mit

³ Einzelnachweise entsprechend der Reihenfolge im Text: § 4 (1) Statut der CDU vom 27. 4.1960, zuletzt geändert am 7.12.2018; § 3 (1) 4 Satzung der CSU in der Fassung vom 19. Oktober 2019; § 2 (1) Bundessatzung der FDP, verabschiedet am 10.5.2002, zuletzt geändert am 28.10.2019; § 2 (1) Bundessatzung der AfD vom 29.11.2015 mit Stand vom 1.7.2021; § 3 Satzung des SSW vom 18.9.2010, zuletzt geändert am 15.9.2018; § 2 Organisationsstatut der SPD vom 18.12.1971 mit Stand vom 6.12.2019; § 2 (1) Bundessatzung der Linken vom 16.6.2007, zuletzt geändert am 22.2.2019; § 4 Satzung Bündnis 90/Die Grünen, letzte Änderungen 11.-13.6.2021.

⁴ Vergleichbare Daten zum Durchschnittsalter beim SSW und der AfD lagen nicht vor.

⁵ Die Deutschen Jungdemokraten (DJD) wurden am 26./27.04.1947 in Heidelberg gegründet und waren gemäß ihrer Satzung »nur ein der FDP nahe stehender unabhängiger Jugendverband«

Beschluss des FDP-Bundesvorstandes am 29. November 1982 als solche anerkannt und vom außerordentlichen Bundesparteitag am 29. und 30. Januar 1983 in Freiburg bestätigt (vgl. Dittberner 1987: 119ff.).

- Die Grüne Jugend wurde im Januar 1994 als bundesweites Grün-Alternatives Jugendbündnis (GAJB) gegründet. Am 9. April 2000 folgte die Umbenennung in Grüne Jugend (GJ) und 2001 die Anerkennung als eine Teilorganisation der Partei Bündnis 90/Die Grünen.
- Die Linksjugend [‘solid] wurde am 20. Mai 2007 auf der 9. Bundesdelegiertenkonferenz von [‘solid] – die sozialistische Jugend gegründet und war eine Fusion verschiedener Jugendorganisationen, allen voran [‘solid], dem Jugendverband der Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS). Auf dem Gründungsparteitag der Partei Die Linke am 16. und 17. Juni 2007 wurde die Linksjugend [‘solid] als Jugendorganisation der Partei anerkannt.
- Die SSWUngdom (SSWU; Jugend im SSW) bestand zunächst seit Ende der 1970er-Jahre als lose Arbeitsgruppe innerhalb des Südschleswigschen Wählerverbandes und wurde schließlich offiziell als Landesverband auf der ersten Landesmitgliederversammlung am 30. Oktober 1999 in Husum gegründet.⁶ Räumlich ist sie begrenzt auf das Siedlungsgebiet der dänischen und friesischen Minderheit in Schleswig-Holstein und besteht im Grunde »nur« aus »zwei Gruppen an den beiden dänischen Gymnasien in Flensburg und Schleswig« (Dietsche 2018: 504).
- Die Junge Alternative für Deutschland (JA) wurde am 15. Juni 2012 in Darmstadt zunächst als formal selbstständige Organisation gegründet und auf dem 4. Bundesparteitag der Alternative für Deutschland vom 27. bis 29. November 2015 in Hannover als Jugendverband der Alternative für Deutschland anerkannt (vgl. Knopp 2017: 24-27).

Als *Jugend*-Organisationen der Parteien können sie alle wohl nur gelten, wenn ein erweiterter Jugendbegriff zugrunde gelegt wird. Gemeinhin wird Jugend als Lebensphase zwischen Kindheit und Erwachsenensein verstanden (vgl. Hurrelmann 2007: 13-47), in der es entwicklungspsychologisch bestimmte Aufgaben zu bewältigen gilt (vgl. ebd.; Fend 1991, 2003). Strittig ist hingegen, welche Alters-

(Dittberner 1984: 1368), fungierten tatsächlich aber als Jugendorganisation der FDP. Während die DJD in den 1950er-Jahren noch als parteikonform und konservativ galt, entwickelte sich die Organisation »unter dem Eindruck der Studentenbewegung« (ebd.: 1372) zu einem radikaldemokratischen Jugendverband mit kritischen Positionen zu Kapitalismus und Parlamentarismus. Im November 1982 folgte die Ablösung von der FDP (vgl. Dittberner 1987:119-124; Krabbe 2002: 249; Appel/Kleff 2019).

⁶ Auskunft Mats Rosenbaum, stellv. Landesvorsitzender SSWUngdom, E-Mail 2.2.2022.

kohorte sie umschließt, denn sie beginnt mit der zeitlich individuell einsetzenden Pubertät und endet ebenso individuell mit der Bewältigung der mit ihr verbundenen Entwicklungsaufgaben. Richard Münchmeier problematisiert in diesem Zusammenhang:

»Die Chancen und Risiken der Bewältigung jugendspezifischer Aufgaben und Herausforderungen sind abhängig von personalen und sozialen, aber auch materiellen und sozialräumlichen Ressourcen, die in unserer Gesellschaft unterschiedlich verteilt und zugänglich sind. Vor diesem Hintergrund finden sich neue Ausdifferenzierungen der Lebenslage Jugend, die viele – trotz der Egalisierung und Angleichung verschiedener Gruppen von Jugendlichen durch die Bildungsmobilisierung – von unterschiedlichen ›Jugenden‹ sprechen lassen« (Münchmeier 2008: 17).

Gert Pickel verweist in Bezug auf diese Entstrukturierung auf die US-amerikanische Diskussion um die Studie »Young Radicals« von Kenneth Keniston (1968) und den dort verwendeten Begriff der Postadoleszenz. Diese Jugendphase umfasse die Spanne zwischen dem 18. bis 30. Lebensjahr und würde mittlerweile auch von der deutschen Jugendforschung anerkannt (vgl. Pickel 2002: 25).

Das Mindestbeitrittsalter liegt bei den oben genannten Partei(jugend)organisationen bei 14 Jahren – mit Ausnahme der Grünen Jugend, die, wie oben bereits erwähnt, kein Mindestalter festlegt. Nach oben hin wird die Jugendphase aber weit ausgedehnt, teilweise noch über einen erweiterten Jugendbegriff hinaus: Die obere Altersgrenze liegt bei der Jungen Union, den Jungliberalen, den Jungsozialisten sowie der Linksjugend bei 35 Jahren und bei der Jungen Alternative sogar bei 36 Jahren – also weit jenseits der Postadoleszenz. Die Ausnahme stellen hier die Grüne Jugend sowie die SSWUngdom dar, die die Mitgliedschaft bis zur Vollendung des 27. Lebensjahrs begrenzen. Ausnahmen von der oberen Altersgrenze bestehen mitunter für Funktionsträger, die, wenn sie während der Ausübung ihres Amtes die Altersgrenze passieren, bis zum Ende ihrer Amtszeit in der Partei(jugend)organisation als Mitglied verbleiben dürfen.

Die Verbände unterscheiden sich nicht nur hinsichtlich ihrer Altersspannen, sondern vor allem hinsichtlich ihres inhaltlichen Profils. Obwohl sie sich programmatisch an den Mutterparteien orientieren, sind sie um eine eigene Profilbildung bedacht – ausführlicher wird das für die Jungsozialisten und die Junge Union in Kapitel 3 skizziert. Hier soll zunächst interessieren, in welchem formalen Verhältnis

die Jugendorganisationen zu ihren Referenzparteien stehen. Uwe Volkmann unterscheidet drei Typen:

I.) Das *Integrationsmodell*: In ihm

»gilt das Prinzip einheitlicher Mitgliedschaft zwischen Jugendorganisation und Gesamtpartei mit der Folge, dass die Jugendorganisation personell nur als ein besonders gefasster Ausschnitt der Gesamtpartei erscheint« (Volkmann 2006: 113).

Diesem Modell entspricht das Verhältnis der SSWUngdom (SSWU) zum SSW. Laut § 1 Absatz 2 des Vedtægter for SSWUngdom⁷ ist die Jugendorganisation »eine unabhängige Arbeitsgemeinschaft im SSW. Daher sind alle Mitglieder der SSWU auch Mitglieder des SSW«. Umgekehrt bestimmt § 25 der Satzung des Südschleswigschen Wählerverbandes (SSW)⁸ die Jugend im SSW (SSWU) als »Jugendorganisation des SSW«. Die SSWU hat keinen offiziellen Sitz im Landesvorstand des SSW. Aber der oder die Vorsitzende der SSWU nimmt als Beobachter beziehungsweise Beobachterin mit Rede- und Vorschlagsrecht an den Sitzungen regelmäßig teil.⁹ Des Weiteren galt lange Zeit die Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialistinnen und Jungsozialisten als typisches Beispiel für das Integrationsmodell, ist sie doch gem. § 10 Organisationsstatut der SPD in der Fassung vom 18. Dezember 1971 organisatorisch in die Mutterpartei integriert. Wer mit unter 35 Jahren der SPD beitrifft, ist automatisch auch Mitglied der Jusos. Allerdings öffnete sich die Arbeitsgemeinschaft mit der Änderung der Parteienstatuten am 2. Dezember 1997 und ließ nun auch »Nur-Juso«-Mitgliedschaften zu. Sie entspricht seitdem dem zweiten Typus nach Volkmann, dem Öffnungsmodell.

II.) Das *Öffnungsmodell*: In ihm

»ist das Prinzip einheitlicher Mitgliedschaft aufgelockert, wenn nicht ganz aufgegeben: Auch Nichtmitglieder haben zu den Jugendorganisationen Zutritt; teilweise ist die Mitgliedschaft sogar rechtlich als eigenständige Mitgliedschaft innerhalb der jeweiligen Organisationen ausgestaltet« (Volkmann 2006: 114).

⁷ Vedtægter for SSWUngdom (Satzung der SSW Jugend), beschlossen am 21. Januar 2010, zuletzt geändert am 25. September 2020.

⁸ Satzung des Südschleswigschen Wählerverbandes vom 27. September 1980, zuletzt geändert am 18. September 2010.

⁹ Auskunft Martin Lorenzen, SSW-Landesgeschäftsführer, E-Mail 31.1.2022.

Die Junge Union, die Grüne Jugend, die Linksjugend ['solid] und die Junge Alternative entsprechen diesem Modell. Sie sind rechtlich eigenständige Organisationen, aber mit den Mutterparteien noch organisatorisch verklammert – diese wiederum weisen sie als Untergliederung aus:

- Die Junge Union ist gem. § 1 ihrer Satzung vom 8. November 1969 mit Stand vom 9. Oktober 2017 »die selbständige Vereinigung junger Menschen mit christlichem, demokratischem und sozialem Bewusstsein«. In der Satzung wird nicht explizit der Bezug zu CDU/CSU benannt. § 38 des Statuts der CDU, beschlossen durch den Bundesparteitag am 27. April 1960, zuletzt geändert am 7. Dezember 2018 sowie § 30 Absatz 1 Satzung der CSU in der Fassung vom 19. Oktober 2019 benennen die Junge Union als Untergliederung.
- Laut § 1 Absatz 1 Satzung der Grünen Jugend, erstmals beschlossen am 15. Januar 1994, zuletzt geändert am 9. Oktober 2021, ist sie »als selbständige Vereinigung die politische Jugendorganisation von Bündnis90/Die Grünen«. Die Mutterpartei verweist auf die Grüne Jugend in § 20 Absatz 1 Satzung des Bundesverbandes Bündnis90/Die Grünen, zuletzt geändert im Zeitraum 11. bis 13. Juni 2021. § 4 Absatz 3 regelt im Übrigen, dass bis zur »Vollendung des 28. Lebensjahres [...] jedes Mitglied von Bündnis 90/Die Grünen gleichzeitig Mitglied der Grünen Jugend« ist – ein Widerruf ist indes möglich. § 20 Absatz 3 weist ferner darauf hin, dass Vertreterinnen oder Vertreter im GJ-Bundesverband in Organen von Bündnis 90/Die Grünen Mitglied der Partei sein müssen.
- Laut § 1 Absatz 2 Satzung der Linksjugend ['solid] vom 21. März 2009 ist sie der selbstständige Jugendverband der Partei. Umgekehrt erkennt § 11 Absatz 1 Bundessatzung der Partei Die Linke, beschlossen am 24. und 25. März 2007, zuletzt geändert am 22. und 23. Februar 2019, sie als Jugendorganisation der Partei an. § 11 Absatz 3 der Satzung regelt, dass die Mitgliedschaft in der Linksjugend nicht an eine Mitgliedschaft in der Partei Die Linke gebunden ist. Allerdings sind gem. § 11 Absatz 2 alle Mitglieder der Partei Die Linke »bis zur Altersgrenze des Jugendverbands [...] passive Mitglieder des Jugendverbands, insofern sie dem nicht widersprechen«.
- Laut § 6 Absatz 1 der Bundessatzung der Jungen Alternative für Deutschland (JA), beschlossen am 10. Januar 2015, zuletzt geändert am 17. Februar 2019, ist sie die Jugendorganisation der Partei Alternative für Deutschland. Im zwei-

ten Absatz proklamiert sie aber ihre Selbstständigkeit und betont, nicht an Weisungen gebunden zu sein. Umgekehrt bestätigt § 17a Absatz 1 der Bundessatzung der Alternative für Deutschland vom 29. November 2015, zuletzt geändert am 1. Juli 2021, dass die Junge Alternative für Deutschland »die offizielle Jugendorganisation der Alternative für Deutschland« ist. Sie »verfügt als eigenständiger Verein über Satzungs-, Programm-, Finanz- und Personalautonomie« (§ 17a (3)) – allerdings dürfen ihre Tätigkeiten und Satzung nicht »den Grundsätzen der AfD und ihrer Satzung widersprechen« (§ 17 (4)) und der gesamte Bundesvorstand muss Mitglied in der AfD sein (ebd.). Andersrum haben die »Organe des Bundesverbands der JA [...] das Recht, Anträge an die Organe des Bundesverbands der AfD zu stellen« (§ 17a (5)).

III.) Das *Trennungsmodell*: Die Stellung der Jungen Liberalen folgt Volkmanns drittem Modell:

»Das Prinzip einheitlicher Mitgliedschaft ist hier weitgehend aufgegeben; eine Mitgliedschaft sowohl in der Jugendorganisation als auch in der Gesamtpartei ist ohne weiteres möglich, aber weder zwingend noch von der rechtlichen Ausgestaltung her nahegelegt. Insbesondere fehlt es jedoch an der organisatorischen Eingliederung; stattdessen sind die Jugendorganisation und die jeweilige Mutterpartei rechtlich voneinander getrennt und arbeiten weitgehend unabhängig voneinander« (Volkmann 2006: 115).

Entsprechend benennt die Satzung der FDP die Jungen Liberalen nicht explizit als Jugendorganisation, räumt aber an verschiedenen Stellen dem Bundesvorstand der Jungen Liberalen, sofern die Mitglieder auch in der FDP organisiert sind, Mitbestimmungsrechte in der Referenzpartei ein. Als »Vorfeldorganisation« wird der Bundesverband der Jungen Liberalen in § 2 Absatz 1 Punkt 1f der Geschäftsordnung für die Bundesfachausschüsse, Liberalen Foren und Kommissionen der FDP benannt.

Ein »dunkles Kapitel« (Volkmann 2006: 121) stelle die Finanzierung der Jugendorganisationen dar, da verlässliche Informationen nur begrenzt vorlägen. Sie erfolge ähnlich wie bei den Parteien aus Mitgliederbeiträgen, Spenden und staatlichen Zuschüssen sowie auch Zuschüssen der ihnen nahestehenden Mutterparteien und Einnahmen aus unternehmerischer Tätigkeit (vgl. ebd.). Die staatlichen Mittel stammen auf Bundesebene aus dem Kinder- und Jugendplan des Bundes (KJP). Rechtlicher

Anknüpfungspunkt für die Förderung durch den Bund ist § 83 Absatz 1 des Achten Sozialgesetzbuches (SGB VIII), in dem nach einer Gesetzesänderung 2013 explizit auch die Jugendorganisationen der Parteien erwähnt werden:

»Die fachlich zuständige oberste Bundesbehörde soll die Tätigkeit der Jugendhilfe anregen und fördern, soweit sie von überregionaler Bedeutung ist und ihrer Art nach nicht durch ein Land allein wirksam gefördert werden kann. Hierzu gehören auch die überregionalen Tätigkeiten der Jugendorganisationen der politischen Parteien auf dem Gebiet der Jugendarbeit.«

Jasper Prigge diskutiert in seiner Arbeit »Die Finanzierung der Jugendorganisationen politischer Parteien aus Mitteln des Bundes«, dass die (partei-)politische Arbeit das dominierende Merkmal der Partei(jugend)organisationen sei und sie sich darin von nicht-parteigebundenen oder parteinahen Jugendverbänden unterscheiden. Gleichwohl verweist er auf § 83 Absatz 1 Satz 2 SGB VIII, wie oben dargelegt, in dem es eben heißt: »auf dem Gebiet der Jugendarbeit«. Damit sei der Rahmen abgesteckt, »innerhalb dessen sich die geförderten Aktivitäten bewegen müssen« (Prigge 2019: 38). Die näheren Förderbedingungen legen im Übrigen die Richtlinien über die Gewährung von Zuschüssen für Aufgaben der freien Jugendhilfe an Jugendorganisationen der politischen Parteien (RL JpP) des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend vom 20. Dezember 2018 fest. Bestimmt wird in den Richtlinien aber auch das Förderziel und der Zweck der Zuwendung. Dazu heißt es in Punkt 1 Absatz 2:

»Die Förderung der Jugendorganisationen politischer Parteien hat das Ziel, politische Bildungsarbeit zu unterstützen, um das demokratische Wertebewusstsein und Verhalten junger Menschen zu stärken und somit zur Sicherung der freiheitlich-demokratischen Grundlagen des Gemeinwesens beizutragen« (Richtlinien über die Gewährung von Zuschüssen für Aufgaben der freien Jugendhilfe an Jugendorganisationen der politischen Parteien (RL JpP) vom 20.12.2018).

Und Punkt 1 Absatz 3 akzentuiert noch einmal:

»Ziel der Förderung ist insbesondere, dass junge Menschen zur Beschäftigung mit Politik angeregt werden und sie sich an der Gestaltung des sozialen Zusammenlebens und politischer Prozesse beteiligen« (ebd.).

Festgeschrieben wird damit eine spezifische Aufgabenstellung der Jugendorganisationen. Gleichwohl weist Prigge auf eine Reihe rechtlicher Probleme hin, unter anderem, dass § 7 Absatz 1 Nummer 4 SGB VIII bestimmt, dass die Zielgruppe von Jugendarbeit Menschen seien, die noch nicht 27 Jahre alt sind (siehe auch § 2 (2) RL JpP), die Partei(jugend)organisationen aber zum Teil wesentlich ältere Mitglieder in ihren Reihen haben (vgl. Prigge 2019: 39). Zur Finanzierung auf der Bundesebene käme ferner noch eine finanzielle Unterstützung seitens der Bundesländer hinzu und auch einige Kommunen würden sie mitunter fördern (ebd.: 262, 271-285). Letztlich ist die Finanzierung der Partei(jugend)organisationen Ergebnis einer umfangreichen Mischfinanzierung.

Nicht unerwähnt bleiben darf, dass längst nicht alle Partei(jugend)organisationen Gelder aus öffentlichen Mitteln erhalten. Die Linksjugend [solid] war zunächst beispielsweise aus der Förderung des BMFSFJ ausgeschlossen (vgl. Prigge 2019: 19-23, 140-143). Die Junge Alternative erhält bis dato keine Mittel von Seiten des Ministeriums. Die SSWUngdom wiederum erhält zumindest auf Landesebene eine Förderung (Prigge 2019: 283).

2.3 Partei(jugend)organisationen – »Die Schule der Parteien«?

»Die bayerische Junge Union gibt sich gerne als ›Stachel im Fleische‹ der CSU. Ihr Image als Karrieristenclub kann sie aber nicht ganz abstreifen«, schreibt Kassian Stroh (2008) im ersten Beitrag der sechsteiligen Serie über Partei(jugend)organisationen in der *Süddeutsche Zeitung*.¹⁰ Er greift dabei die weit verbreitete Vorstellung auf, bei Partei(jugend)organisationen handele es sich in erster Linie um »Talent-schmieden und Nachwuchsreserve« (Wiesendahl/Leif 2009:70) beziehungsweise um eine wichtige Zwischenstation im politischen Lebenslauf späterer Spitzenpolitikerinnen und -politiker:

»Die CDU ist dem Klischee zufolge eine Partei, deren Führungspersonal in jungen Jahren einen Ortsverband der Jungen Union gegründet hat, dann Jura studierte und danach die eigene Karriere betrieb« (Dörries 2009).

Hervorgehoben werden in diesem Zusammenhang in der Regel jene prominenten Politikerinnen und Politiker, die in jüngeren Jahren ein wichtiges Amt in den jeweili-

¹⁰ Für die weiteren Folgen der Serie »Die Schule der Parteien« siehe: Widmann 2008; Höll 2008; Fahrenholz 2008; Drobinski 2008; Brössler 2008.

gen Jugendverbänden innehatten: Der frühere Bundeskanzler Gerhard Schröder war von 1978 bis 1980 Bundesvorsitzender der Jungsozialisten, Andrea Nahles von 1995 bis 1999 und Kevin Kühnert von 2017 bis 2021. Der frühere Bundesaußenminister Guido Westerwelle stand von 1983 bis 1988 den Jungen Liberalen auf Bundesebene vor und der aktuelle Bundesminister für Finanzen, Christian Lindner, war Vorstandsmitglied der Jungen Liberalen Nordrhein-Westfalen. Paul Ziemiak, Generalsekretär der CDU von 2018 bis 2022, war von 2014 bis 2019 Bundesvorsitzender der Jungen Union, und der heutige bayerische Ministerpräsident Markus Söder stand der Jugendorganisation im Freistaat von 1995 bis 2003 vor. Der einzige Abgeordnete des SSW im Bundestag in seiner 20. Wahlperiode, Stefan Seidler, war der erste Landesvorsitzende des 1999 gegründeten Jugendverbandes SSWUngdom. Und die 1998 geborene und damit jüngste Abgeordnete im gegenwärtigen 20. Deutschen Bundestag, die grüne Politikerin Emilia Fester, war zuvor unter anderem Landessprecherin der Hamburger Grünen Jugend.

Andreas K. Gruber zeigt in seiner Studie zu Karriereverläufen deutscher Spitzenpolitikerinnen und -politiker sowie Nachwuchspolitikerinnen und -politiker indes, dass die reine Mitgliedschaft in einer Jugendorganisation nicht zwangsläufig einen »positiven Effekt auf den Aufstiegsprozess in der Mutterpartei« habe:

»Ein Beschleunigungseffekt durch die Mitgliedschaft in einem Jugendverband kann erst dann unterstellt werden, wenn der spätere Spitzenpolitiker Führungsaufgaben in der Parteijugend wahrnimmt und so innerhalb der Partei an Profil gewinnt« (Gruber 2009a: 135; siehe dazu auch Borchert/Stolz 2003: 162).

Dies deckte sich mit der Selbstwahrnehmung der Politikerinnen und Politiker: 36 der 74 befragten Spitzenpolitikerinnen und -politiker stimmten der Aussage zu, dass die Mitarbeit in der Jugendorganisation für die weitere politische Karriere hilfreich gewesen sei. 16 Befragte gingen davon aus, dass sie unabdingbar gewesen sei. Die Nachwuchspolitikerinnen und -politiker maßen der Nachwuchsorganisation noch stärkere Bedeutung zu. 26 der 71 Befragten meinten, sie sei hilfreich und 35 gaben an, sie sei unabdingbar gewesen (vgl. Gruber 2009a: 137).

Die Karriereoption hänge aber auch von der Stellung der Jugendorganisation zur Mutterpartei ab, wie Gruber am Beispiel der Jungen Union in Bayern ausführt. Sie gelte dort, mehr als anderswo, als Kaderschmiede. Tatsächlich ist die Jugendorganisation mit der CSU eng verbunden und das Verhältnis beider Organisa-

tionen zueinander wäre, trotz Auseinandersetzung in Sachfragen, von »einem respektvollen Miteinander geprägt« (Gruber 2010: 482). Im Vergleich mit den Jusos oder dem Vorläufer der Jungen Liberalen, den Deutschen Jungdemokraten, lieferte sich die Junge Union in ihrer Geschichte keine entsprechenden harten inhaltlichen Auseinandersetzungen mit ihren Mutterorganisationen:

»Dieser Faktor ist gerade bei parteiinternen Wahlen und Kandidatenaufstellungen nicht zu unterschätzen. Wenn die Jugendorganisation innerparteilich im Abseits steht, fehlt den Vertretern der Parteijugend bei wichtigen Karrierestufen die Rückendeckung der Referenzpartei. Das Verhältnis zur Mutterpartei und damit auch das Ansehen der Jugendorganisation bei parteiinternen Entscheidern sind daher als karriererelevant einzustufen« (Gruber 2010: 483).

Allerdings zeigen die Karriereverläufe wichtiger Wortführer der Jusos in den 1970er-Jahren auch, dass selbst ein konfrontativer Kurs (in jungen Jahren) nicht unbedingt einer späteren Karriere abträglich sein muss. Klaus Uwe Benneter, der 1977 durch die SPD seines Amtes als Juso-Bundesvorsitzender enthoben und aus der SPD ausgeschlossen wurde, konnte 1983 in die Partei zurückkehren. Für sie saß er zwischen 1999 und 2002 im Berliner Abgeordnetenhaus und war von 2002 bis 2009 Mitglied des Deutschen Bundestages. Und Kevin Kühnert, der sich als Juso-Vorsitzender 2017 vehement gegen eine Große Koalition stemmte, wurde im Dezember 2021 Generalsekretär der SPD.

Einen Automatismus für politische Karrieren gibt es dennoch nicht (vgl. Köhler 2009: 274). Vielmehr käme Jugendorganisationen die Funktion als »Startpunkt und Katalysator politischer Laufbahnen« zu, hält Gruber mit Verweis auf Golsch fest (Gruber 2009a: 137; Golsch 1998: 146). Gruber weiter:

»Sie führen junge Bürgerinnen und Bürger an die Parteien heran. Sie ermöglichen ihnen, die Spielregeln der Politik zu erlernen, die von außen betrachtet häufig undurchsichtig erscheinen. Sie helfen den angehenden Spitzenpolitikern, in der Mutterpartei erste Ämter zu erobern und Fortschritte bei der parteiinternen Ochsentour zu erzielen. Das Engagement in der Parteijugend erhöht die eigene politische Sichtbarkeit und bietet Profilierungsmöglichkeiten. Dies wiederum wirkt positiv auf die Übernahme ehrenamtlicher kommunalpolitischer Ämter und den Wechsel in die Berufspolitik ein« (Gruber 2010: 495).

Diese funktionalistische Wahrnehmung von Jugendorganisationen als »Nachwuchsreserve« (Wiesendahl 2001: 8) oder »Rekrutierungspool für Ämter und Mandate«

(Grunden 2006: 127) ist indes einseitig und blendet die heutige (Teil-)Autonomie der Parteijugenden aus.

Tatsächlich hat sich die Rolle zumindest jener vor oder kurz nach der Gründung der Bundesrepublik Deutschland gegründeten Organisationen im Laufe der Jahre verändert. Wolfgang Krabbe arbeitet im Vergleich mit ähnlichen Verbänden in der Weimarer Republik heraus, dass sich die nach dem Krieg neu gegründeten Jugendorganisationen von ihrer Rolle als »Rekrutendepot« und den ihnen zugeordneten Aufgaben »Werbung, politische Schulung und Einführung in die praktische Politik« relativ schnell emanzipierten (Krabbe 2002: 251). Allerdings mit unterschiedlicher Geschwindigkeit – die Junge Union vollzog diesen Schritt noch in den 1950er-Jahren, die Jusos erst in der zweiten Hälfte der 1960er-Jahre (ausführlicher s. Kap. 3). Sie wurden zur »politischen Jugend«, die eine gewisse Unabhängigkeit besitzt und »sich kritisch mit dem Weg der Mutterparteien« (Krabbe 2001: 298) auseinandersetzt. Darüber hinaus käme den Jugendorganisationen die Rolle als »politische Alternative zur Referenzpartei« (Krabbe 2001: 290) zu – wie beispielsweise dem Vorgänger der Jungen Liberalen, den Deutschen Jungdemokraten, oder eben den Jungsozialisten (s. ausführlicher Kap. 3.1.1). Und sie könnten der »Stachel im Fleisch der Mutterpartei« (Rohr 2019) sein, können Ideengeber, Innovationsmotor und Modernisierer sein und damit (bedingt) versuchen, Einfluss auf den Kurs der Mutterparteien zu nehmen.

Einen ausführlichen Katalog, welche idealtypischen Funktionen den Jugendorganisationen mit Perspektive auf die Mutterparteien und das Parteiensystem zukommt, formuliert Heino Kaack bereits 1971:

- »1. Organisatorische Erfassung und Aktivierung jüngerer Parteimitglieder;
2. Innerparteiliche Vertretung jüngerer Parteimitglieder;
3. Sammelbecken politisch interessierter Jugendlicher ohne unbedingte Parteimitgliedschaft;
4. Mitglieder- und Sympathiewerbung, insbesondere bei den jüngeren Wählern;
5. Kontakt und Kooperation mit Jugendverbänden aller Art;
6. Vertretung von spezifischen Interessen der Jugendlichen;
7. Heranbildung politischen Nachwuchses zwecks Regeneration der Führungskräfte;
8. Karrierebasis für Vertreter der jüngeren Generation;
9. Kompensation von Frustrationen jüngerer Mitglieder in Ortsvereinen, die von älteren beherrscht werden;

10. Integration außerparteilicher und innerparteilicher Tendenzen, besonders politischer Stil- und Richtungsänderungen;
11. Initiator politischer Innovation auf der Basis einer hohen Korrelation zwischen programmatischer Experimentierfreudigkeit und geringer, sich aus Führungsfunktion ergebender, Mobilitätsbehinderung« (Kaack 1971: 544).

Dieser umfangreichen Auflistung stellen spätere Arbeiten kürzere Systematisierungen gegenüber. Wolfgang Hackel differenziert die Junge Union beispielsweise hinsichtlich ihrer Wirkungsfelder und unterscheidet außerparlamentarische, innerverbandliche und innerparteiliche Funktionen (vgl. 1978: 81-83; weitere Ausdifferenzierungen des Aufgabenspektrums finden sich u. a. bei Ackermann 1971, Fedke 1996, Grunden 2006, Schiller 2004). Guido Westerwelle hingegen benennt drei Aufgabefelder: Vertretung der Partei und ihrer Ziele bei den Jugendlichen, Vertretung der spezifischen Jugendinteressen in der Partei und in der Gesellschaft und die Aufgabe als Nachwuchsorganisation der Partei (vgl. 1994: 33-40). Und Jens Jungblut und Regina Weber schreiben ihnen aus Perspektive der Referenzparteien sogar nur zwei Funktionen zu:

»Zum einen wird hier der zukünftige Führungsnachwuchs der Partei rekrutiert und in der täglichen Arbeit ausgebildet (*Rekrutierungsfunktion*). Zum anderen sollen die Jugendorganisationen junge Wähler adressieren, deren Interessen in die Parteien hineinragen und so eine Verbindung zwischen jungen Menschen und der Partei herstellen (*Akkumulationsfunktion*)« (2017: 115).

Wie umfangreich die jeweiligen Jugendorganisationen den ihnen hier zugeordneten Funktionen und Aufgaben nachkommen, hänge auch von der Stellung zur Referenzpartei und dem eigenen Selbstverständnis ab: Zu viel Eigenständigkeit kann dazu führen, dass die Organisationen nicht mehr den ihnen zugeordneten Aufgaben nachkommen und es an Kommunikationskanälen zur Referenzpartei mangelt; zu wenig Eigenständigkeit kann hingegen die Entfaltung des Innovationspotenzials ausbremsen (vgl. u. a. Grunden 2006: 125ff.; Stock 2008: 42).

Selten wird in diesem Zusammenhang im Übrigen die Rolle von Jugendorganisationen als Instanz politischer Sozialisation benannt – eine der Ausnahmen sind Marc Hooghe, Dietlind Stolle und Patrick Stouthuysen. Sie heben die Rolle dieser Gruppen als Sozialisationsagenten in zweierlei Hinsicht hervor – für

eine stärkere Unterstützung der Partei sowie in Hinblick auf den organisatorischen Lernprozess:

»Not only do they introduce young members to the ideology of the party, they also function as a kind of learning school, where the members gradually grow acquainted with political and party life. The fundamental insight of socialization research is that age matters in this process: all new members of organizations adapt to, and subsequently help to shape, the group culture within the organization they enter, but the socialization experience is stronger at a younger age« (2004: 196).

Aus gesellschaftlicher Perspektive kann den Partei(jugend)organisationen (wie auch Parteien allgemein) die Funktion zugeschrieben werden, Partizipationsangebote bereitzuhalten, aber eben auch politisch sozialisierend zu wirken. Dabei tragen Partei(jugend)organisationen zur Integration Jugendlicher und junger Erwachsener in das politische System wesentlich bei.

3 Jusos und Junge Union im Porträt

Im Mittelpunkt der Studie zu Eintrittsmotiven in Partei(jugend)organisationen stehen die Jusos und die Junge Union, die im Folgenden ausführlicher porträtiert werden. In eigenen Unterkapiteln wird zunächst die Gründung respektive Entwicklung der beiden Jugendverbände skizziert, die in der Binnenkommunikation sehr präsent ist und immer wieder in unterschiedlicher Tiefe und Form im Verband kommuniziert wird, sei es über Bezugnahmen zur beinahe legendären Linkswende der Jusos oder im Rahmen von Jubiläen, zu denen die Junge Union über die Jahrzehnte mehrere entsprechende Bände vorgelegt hat. Anknüpfend daran werden Eckpunkte der jeweiligen Programmatik vorgestellt. Sie verleihe den Partei(jugend)organisationen ein deutlicheres Profil als es die Mutterparteien innehätten, wie die 16-jährige **W07** im Interview festhält. Im Anschluss werden noch einmal spezifischer die Stellung der Jugendorganisationen und ihre Struktur in den Blick genommen, um abschließend, vor dem Hintergrund nur spärlich vorhandener Daten, die Entwicklung der Mitgliederzahlen zu skizzieren.

3.1 Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialistinnen und Jungsozialisten in der SPD

Mit Blick auf die Zusammensetzung des aktuellen 20. Deutschen Bundestages schlussfolgert Kevin Hagen bei *Spiegel Online*, dass die Jusos mächtig seien wie schon lange nicht mehr: »49 junge Abgeordnete zählt die SPD-Fraktion. Der Parteinachwuchs will die Schlagkraft [...] nun auch nutzen – mit einem neuen Netzwerk im Bundestag« (Hagen 2022).

Die Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialistinnen und Jungsozialisten in der SPD – kurz: Jusos – sind hinter der Jungen Union der zweitgrößte politische Jugendverband in Deutschland. Und wenngleich die Jusos auf eine wechselhafte Geschichte zurückblicken, gelang und gelingt es ihnen unter der Führung charismatischer Bundesvorsitzender oder im Fahrwasser der SPD immer wieder ins Licht der Öffentlichkeit vorzudringen und politische Forderungen zu platzieren – nicht immer zur Freude der Mutterpartei.

3.1.1 Die Entwicklung der Jusos in Schlaglichtern

Die Jugendorganisation der SPD blickt auf eine wechselvolle Entwicklung zurück, von einer parteiloyalen Wahlkampfriege zum sozialistischen Richtungsverband. Ihre Geschichte beginnt dabei direkt nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs, als junge Anhängerinnen und Anhänger der SPD begannen, sich als Jungsozialistinnen und Jungsozialisten lokal in Arbeitsgemeinschaften zu organisieren.

»Wir trafen uns 1945 erst heimlich, später unter offiziellen Namen in Trümmerkellern und halbzerstörten Stuben unserer Heimatorte, wir kochten heißhungrig Erbsbrei und Kohlsuppe am Waldesrand, und wir diskutierten heiß über Deutschlands Zukunft. Viele waren wir nicht, aber unsere Zahl wuchs«, erinnert sich Barbara Bortfeld (1961: 85).

Als Problem stellten sich dabei unter anderem die alliierten Besatzungsmächte dar:

»In München, in Nürnberg, Stuttgart, Hannover, Braunschweig, Köln, Düsseldorf und an allen Enden unserer Besatzungszonen haben sich bereits die Jugendbewegungen verbunden und mit Bedauern sehen wir, dass wir große Schwierigkeiten in der Zulassung haben, und dass zum Teil die Besatzungsmächte sich negativ zu unserer Arbeit einstellen, im Gegensatz zu der Förderung, die die konfessionellen Verbände haben« (Vorstand der Sozialdemokratische Partei Deutschlands 1947: 119),

klagte Willi Fliege, erster Zentralsekretär der Sozialistischen Jugend Deutschlands – Die Falken¹¹, auf dem ersten Parteitag der SPD vom 9. bis 11. Mai 1946 in Hannover.

Mit besonderen Widrigkeiten waren die jungen Genossinnen und Genossen der SPD in der Sowjetischen Besatzungszone¹² (SBZ) konfrontiert. Auch dort waren, wie in den anderen alliierten Besatzungszonen, direkt nach Kriegsende Jugendgruppen um spontan gegründete Büros der SPD entstanden (vgl. Mählert/Stephan 1996: 16). Der Befehl Nr. 2 vom 10. Juni 1945 der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD) legitimierte »die Bildung und Tätigkeit aller antifaschistischen Parteien« (zit. n. Mählert 1995: 30) und damit auch der SPD, die fünf Tage später gegründet wurde. Beim Zentralausschuss der SPD

¹¹ Die Falken sind eine Kinder- und Jugendorganisation, die in Tradition der Sozialistischen Arbeiterjugendbewegung steht und nach 1945 neu gegründet wurde (s. ausf. Gröschel 1986).

¹² Zur sowjetischen Besatzungszone gehörten die heutigen Bundesländer Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Thüringen und Sachsen und Ostberlin im Rahmen des Vier-Mächte-Abkommens (vgl. Kinder/Hilgemann 1997: 526).

konstituierte sich kurz darauf, am 19. Juli 1945, ein Jugendausschuss. Mählert beschreibt die Haltung der SPD in der SBZ in Bezug auf ihre Parteijugendarbeit jedoch als ambivalent. Sie hätte zwar in ihrer Zeitung die Aufforderung Marschall Shukows von der SMAD vom 31. Juli 1945, Jugendausschüsse bei den Kommunalverwaltungen zu gründen, weitergegeben und auch aufgefordert, dort mitzuarbeiten, gleichzeitig aber betont, dass eine eigene Jugendarbeit noch nicht erlaubt sei (vgl. Mählert 1995: 49f). Zu den Aufgaben der von Shukow gestatteten antifaschistischen Jugendausschüsse gehörte, in Zusammenarbeit mit anderen Behörden die vom Nationalsozialismus indoktrinierte Jugend umzuerziehen, soziale Hilfen bereitzustellen sowie die Organisation von Freizeitaktivitäten (vgl. Weber 1990: 667). Zusammengefasst wurden die lokalen und regionalen Ausschüsse in der SBZ im Zentralen Jugendausschuss, der sich am 10. September 1945 konstituierte. Ihm stand Edith Baumann für die SPD und Erich Honecker für die KPD vor.

Die Kommunistische Partei verfolgte das Ziel, eine einheitliche Jugendorganisation zu schaffen. Bereits am 25. Juni des Jahres hatte Walter Ulbricht, wie Honecker der KPD zugehörig, auf die Schaffung einer kommunistischen Jugendorganisation zu Gunsten einer einheitlichen, freien Jugendbewegung verzichtet. Keine überraschende Entscheidung: Bereits in den 1930er-Jahren hatte die KPD dieses Vorgehen beschlossen (vgl. Mähler 1995: 36ff.).

Unterdessen hatten die KPD und die SPD am 19. Juni 1945 ein »Aktionseinheits«-Abkommen geschlossen, dass »eine feste Zusammenarbeit und regelmäßige gemeinsamer Ausschüsse vorsah« (vgl. ebd.: 48f). Doch mit zunehmenden Erfolg der SPD – sie konnte enorme Mitgliederzuwächse verzeichnen (vgl. Malycha 1995: LXI) – wurde ihre Position in Bezug auf das Vereinigungsstreben der KPD verhaltener, woraufhin die KPD diese Bemühungen – mit Unterstützung beziehungsweise Druck des SMAD – noch weiter forcierte (vgl. Mählert 1995: 81; Malycha 1995: LXIV).

Am 22. April 1946 erfolgte schließlich die (Zwangs-)Verschmelzung von SPD und KPD zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED). Allerdings ließen sich Zehntausende der mehr als 680.000 SPD-Mitglieder (Stand: Ende März 1946) nicht für die neue geschaffene Partei registrieren, zu groß war die Antipathie gegenüber der Kommunistischen Partei (vgl. Bouvier/Schulz 1991: 44ff). Und jene, die sich dem Einheitskurs aktiv widersetzten, wurden als »Schumacher-Agenten«, als vermeintliche »Spione« des SPD-Parteivorsitzenden, verfolgt (Faulenbach 1996: 31).

Sie wurden eingeschüchtert, verhaftet oder flüchteten in den Westen. In den westlichen Besatzungszonen wurde die Abgrenzung der Jungsozialistinnen und Jungsozialisten gegenüber den ›Bolschewisten‹ entsprechend zu einem zentralen inhaltlichen Thema (vgl. bspw. Zentralsekretariat der Jungsozialisten 1951, 1952).

In den Westzonen schritten derweil die Gründung und der Aufbau voran. Auf dem Parteitag im Mai 1946 in Hannover wurde beschlossen, die Mitglieder zwischen 18 und 35 Jahren in den Ortsvereinen in spezifischen Jungsozialistischen Arbeitsgemeinschaften zusammenzufassen. Dort sollten sie »zu sozialistischen Aktivisten erzogen werden« (zit. n. Buchstaller 1951: 1). Der vorherigen losen Zusammenfassung politisch interessierter Parteimitglieder auf lokaler Ebene wurde damit ein organisatorischer Rahmen gegeben (vgl. Schonauer 1982: 6) – die Jusos waren gegründet. Tatsächlich war diese innerparteiliche Arbeitsgemeinschaft eine personelle und organisatorische Neugründung und keine Fortführung der Sozialistischen Arbeiter-Jugend (SAJ), die 1922 gegründet und 1933 von den Nationalsozialisten verboten worden war – auch wenn heute eine Kontinuitätslinie postuliert wird (vgl. bspw. Spdnet o. J.; Jusos Delmenhorst o. J.).

Auf der ersten Jugendkonferenz der SPD vom 26. bis 28. Juli 1946 in Nürnberg wurde schließlich der formale Rahmen für die Organisation der jungen Menschen festgelegt – zumindest in den westlichen Besatzungszonen: Die Arbeitsgemeinschaft solle den Namen Jungsozialisten in der SPD tragen, wäre nicht selbstständig, sondern arbeite in der Partei und für eben diese: »Jungsozialistenarbeit ist Parteiarbeit« (Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands 1947: 33). Ihre Aufgabe sei dabei zuvorderst die Schulung der jungen Parteimitglieder. Beschlossen wurde ferner die Einrichtung eines Sekretariats beim Parteivorstand, das die Arbeitsrichtlinien festlegen und die Schulungs- und anderen Materialien zentral sichten und lenken sollte (vgl. ebd.: 32).

»Die Frage ›Junge Sozialdemokraten‹ oder ›Jungsozialisten‹ spielte in der Grundsatzdiskussion so gut wie keine Rolle, sondern hier griff man einfach auf die historischen Organisationsformen und Namen von vor 1933 zurück«, erinnert sich Hans Hermsdorf, der im November 1946 durch einen SPD-Parteiausschuss zum ersten Zentralsekretär der Jungsozialistinnen und Jungsozialisten bestimmt worden war (zit. nach Schonauer 1982: 7). Hermsdorf war zu diesem Zeitpunkt 32 Jahre alt. Von 1928 an war er Mitglied der Sozialistischen Arbeiter-Jugend (SAJ) bis zu deren Verbot, danach war er illegal tätig, woraufhin er 1935 wegen Hochverrats zu zwei Jahren

Gefängnis verurteilt wurde. Nach dem Krieg wurde er für die SPD Bürgermeister in Oberlichtenau, danach in Chemnitz. Im März 1946 setzte sich Hermsdorf jedoch in den Westen ab, da ihm als vehementer Gegner der SPD-KPD-Verschmelzung die Verhaftung drohte (vgl. Zentralsekretariat der Jungsozialisten 1951: 2).

Die erste eigene Reichskonferenz der Jungsozialisten fand vom 22. bis 24. Mai 1947 in Gelsenkirchen statt. Zu dieser Zeit existierten bereits über 480 Juso-Gruppen (vgl. Buchstaller 1951: 1). Die zentrale Arbeitsrichtlinie für die Jungsozialisten wurde auf einer Sitzung des Organisationsausschusses des SPD-Parteivorstandes am 25. April 1949 in Hannover beschlossen, an der Vertreter des zentralen Arbeitsausschusses der Jusos und des Verbandsvorstandes der Falken teilnahmen. In die Juso-Arbeitsgemeinschaft sollten alle Parteimitglieder bis 30 Jahre sowie Menschen, die »dem Ideengut und den Zielen der Partei nahe stehen« (Zentralsekretariat der Jungsozialisten 1951: 6) aufgenommen werden – die Jusos waren damit auch für Nichtmitglieder offen. Wer allerdings Funktionär werden wolle, müsse Parteimitglied sein, hielt die Richtlinie fest. Die hierbei gleichzeitig beschlossene Herabsetzung des bislang geltenden Höchstalters von 35 auf 30 Jahre wurde im Jugendverband indes »undogmatisch« (Schonauer 1982: 10) gehandhabt. Als Aufgabe fiel den Jusos zu, »neben der aktiven Parteiarbeit das Gemeinschaftsleben zu pflegen und insbesondere zu allen die Jugend betreffenden Fragen Stellung zu nehmen« (Zentralsekretariat der Jungsozialisten 1951: 6). Aus Perspektive der Jusos war die Sammlungs- und Aufbauphase 1949 mit dem Wechsel des Vorsitzenden – Hermsdorf wurde von Werner Buchstaller als Zentralsekretär abgelöst – abgeschlossen. Von Bedeutung war in den folgenden Jahren vor allem die Bildung und Schulung der jüngeren Mitglieder, damit diese als Wahlhelferinnen und -helfer sowie Wahlrednerinnen und -redner auftreten und auf ihre künftigen Aufgaben in politischen Ämtern vorbereitet werden konnten (vgl. Bortfeldt 1961: 89ff). Allerdings konzipierten die Jusos auch eigene Kampagnen. Am erfolgreichsten war jene gegen die Rekrutierung der Fremdenlegion, vor allem in der französischen Besatzungszone: »Überall im Bundesgebiet suchen bezahlte Werber der Fremdenlegion ihre Opfer. Geht diesen Menschenräubern nicht ins Garn!«, hieß es auf einem Plakat der Jusos 1953 (vgl. Scholle/Schwarz 2019: 132).

Erst im Juni 1958 beschloss der Zentrale Arbeitsausschuss, das 1949 geschaffene zentrale Gremium der Jusos in »Bundesausschuss« umzubenennen. Im Februar 1959 arbeitete dieser zusammen mit dem SPD-Parteipräsidium neue

Richtlinien für die Jungsozialistenarbeit aus, die am 12. März des Jahres beschlossen wurden. Dabei wurde nicht nur die Altersgrenze wieder auf 35 Jahre angehoben (vgl. Schonauer 1982: 15), sondern vor allem eine neue Struktur und Zusammensetzung der Arbeitsgemeinschaft festgeschrieben. Auf Basis dieser innerverbandlichen Demokratisierung konstituierte sich der Bundesvorstand auf der Sitzung des Bundesausschusses am 25. April 1959 und wählte zum ersten Bundesvorsitzenden Hans Jürgen Wischnewski. Bundessekretär blieb Werner Buchstaller (Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands 1960: 316).

Karlheinz Schonauer kennzeichnet die Rolle und das Selbstverständnis der Jungsozialistinnen und Jungsozialisten bis Mitte der 1960er als ›brav‹. Sie hätten eine »rein passive Haltung« gehabt, »die sich darin erschöpfte, eine Funktion der Gesamtpartei zu sein«. Von ihrer Partearbeit hätten sie ein »völlig unpolitisches Grundverständnis« gehabt. Bestimmt sei diese durch das »von der Partei vorgegebene Ziel, loyale Sozialdemokraten zur Verjüngung des Funktionskörpers zu schulen« (alle Zitate: Schonauer 1982: 18f.). Seine Kritik entspricht der von Gert Börnsen, der diese Phase als parteivorstandskonform skizziert (vgl. Börnsen 1969: 23), und der von Christoph Butterwegge, der die Rolle der Parteijugend funktionalistisch als »unselbstständige Regenerationszelle des sozialdemokratischen Funktionskörpers« (1975: 20ff.) charakterisiert. Letztendlich sei die Rolle der Jungsozialistinnen und Jungsozialisten »als ›Durchlauferhitzer für Parteikarrieren‹ [...] bis 1966 bei der Masse der Jungsozialisten kaum auf Widerspruch« (Heimann 1984: 2162) gestoßen.

Mitte der 1960er-Jahre deutete sich indes in manchen Landesverbänden langsam eine Veränderung an, eine Wende zur eigenständigen programmatischen Auseinandersetzung in Verbindung mit einer Wende nach links. Sie folgte aus dem Eintritt der SPD in eine Koalition mit der CDU/CSU auf Bundesebene ab 1966, der Mitverabschiedung der sogenannten Notstandsgesetze 1968 und vor allem aus der zunehmenden Politisierung im Kontext der entstehenden APO, der Außerparlamentarischen Opposition (vgl. Schonauer 1982: 142-212; Neumann 1975: 67). Der Münchener Bundeskongress vom 5. bis 7. Dezember 1969 markiert dabei einen »historischen Wendepunkt« für die Jusos (Stephan 1980: 26), eine »Linkswende« – personell und programmatisch. Im neu gewählten Bundesvorstand war kein Mitglied mehr vertreten, das diesem Gremium noch 1967 angehört hatte, als linker und rechter Flügel der Arbeitsgemeinschaft noch ausgeglichen waren.

Hans-Jürgen Wischnewski, seinerzeit Bundesgeschäftsführer der SPD und Juso-Bundesvorsitzender von 1959 bis 1961, kritisierte gegenüber dem neu gewählten Juso-Bundesvorsitzenden Karsten Voigt nunmehr, dass dieser Vorstand nicht repräsentativ sei, da nicht alle Jungsozialistinnen und Jungsozialisten diese Wende mit vollzogen hätten (vgl. Schonauer 1982: 231).¹³

Programmatisch strebte die Jugendorganisation an, zukünftig mehr Einfluss in der Partei nehmen zu wollen (vgl. Butterwegge 1975: 71f). Sie wollte sowohl die Stimme der nicht organisierten Jugend sein, als auch die »kritischen Fragestellungen der APO in die erstarrte Parteiorganisation hineinbringen« (zit. n. Schonauer 1982: 134), wie es in einer im Rahmen des Münchener Bundeskongresses veröffentlichten Presseerklärung von 15 Juso-Bezirken hieß. Tatsächlich erlebten die Jusos in jenen Jahren, besonders mit dem Abflauen der studentischen Proteste 1969, einen Zulauf von Seiten der Außerparlamentarischen Opposition (vgl. Seiffert 2009: 107). Auf dem Münchener Bundeskongress kritisierten die Jusos vehement einen Anpassungskurs der SPD an die »bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse und vorherrschenden Bewusstseinslagen«, im Zuge welcher sie ihre »sozialistische Konzeption« und vor allem ihren »Charakter als Klassen-Partei« aufgeben hätte, »um sich auch bürgerlichen Gruppen zu öffnen und von ihnen wählen zu lassen« (zit. n. Bundesvorstand der Jungsozialisten 1978: 2). Dem wollten die Jusos ihr Ziel der gesellschaftlichen »Umgestaltung der Bundesrepublik und Westeuropas und nicht nur Westeuropas im Sinne des demokratischen Sozialismus« entgegensetzen, erklärte der frisch gewählte Juso-Bundesvorsitzende Karsten Voigt und fügte hinzu: »[U]nd wir sind der Meinung, dass diese Partei [SPD; A. d. A.] die Praxis und Theorie auf diesem Weg nicht mehr beschreitet, und deshalb sind wir zur Zeit oppositionell, [...] nicht aber, weil das Ziel die Opposition ist«, (zit. n. Schonauer 1982: 139). Ein Bruch mit der Mutterpartei sei dabei nicht intendiert gewesen; stattdessen galt es, den Kurs der Mutterpartei im eigenen Sinne und zukunftsweisend zu beeinflussen, wie letztendlich auch ein von Thomas von der Vring geprägter Ausspruch auf dem Münchener Bundeskongress andeutet: »[W]ir sind die SPD der achtziger Jahre« (zit. n. Schonauer 1982: 233; vgl. ferner Gorholt et al. 1990).

¹³ Der auf diesem Bundeskongress abgewählte vorherige Juso-Bundesvorsitzende Peter Corterier initiierte nach der Bundestagswahl 1969 mit seinem Abgeordnetenkollegen Günther Metzger »eine Kooperation jüngerer Abgeordneter [...], um ein Gegengewicht zur Organisation der Linken herzustellen« (Gebauer 2005: 118). Bekannt wurde dieser Zirkel als »Metzger-Kreis«, der als einer der Vorläufer des späteren Seeheimer Kreises in der SPD gilt (vgl. Buschfort et al. 1975; Neumann 1975: 66).

Der SPD-Parteivorstand war sich der jungsozialistischen Frontstellung samt ihrer Zielsetzung bewusst und grenzte sich deutlich von deren revolutionären Tendenzen ab: »Die Sozialdemokratische Partei ist eine Partei der Reformen und der Evolution, sie ist keine Partei der Revolution. Wer die gesellschaftliche Ordnung durch Umsturz ändern will, ist in der SPD am falschen Platz« (zit. n. Häse/Müller 1973: 295). Am 26. Februar 1971 verabschiedeten der SPD-Parteivorstand, der Parteirat und die Kontrollkommission eine gemeinsame EntschlieÙung, in der sie betonten, dass Revolutionäre ebenso wie jene, »die innerhalb dieser Partei eigene Organisationen mit abweichenden programmatischen Zielen bilden oder zu bilden versuchen« oder in die Partei wollten, »um ihr Schaden zuzufügen oder sie zu spalten« keinen Platz hätten (zit. n. Bilstein et al. 1972: 40). Allerdings blieben aktive Parteiausschlussverfahren der Ausnahmefall; vielmehr versuchte die Partei die jungen Mitglieder durch Einbindung in die Partei zu integrieren (vgl. Krabbe 2010: 187).

Der Wandel, mit dem die Jusos ihre Mutterpartei und die Gesellschaft verändern wollten, verlief unter dem Stichwort »Doppelstrategie«:

»Durch Juso-Beteiligung an Aktionen von Bürgerinitiativen und regionalen Basisgruppen sollte Druck auf die SPD ausgeübt werden, der von den in der Organisation arbeitenden Jusos genutzt werden sollte, die Partei allmählich zu verändern. Andererseits sollten durch ein Wechselspiel von außerparlamentarischen und parlamentarischen Aktivitäten antikapitalistische Strukturreformen begonnen werden, die eine schrittweise Systemveränderung in Richtung einer sozialistischen Gesellschaft zum Ziel haben sollten« (Heimann 1984: 2163).

Als Idee war die Doppelstrategie in München 1969 geboren worden, in einen Beschluss wurde sie allerdings erst auf einer Bundesausschusssitzung im November 1970 gefasst:

»Die Jungsozialisten arbeiten politisch auf zwei Ebenen, die eng miteinander verbunden sind. Sie versuchen, ihre politischen Vorstellungen auf demokratische Weise in Diskussionen und Abstimmungen in der Partei durchzusetzen und sie übernehmen Parteiämter und öffentliche Ämter, um an der Lösung von gesellschaftlichen Problemen mitzuwirken. Außerparlamentarisch organisieren sie auf örtlicher und betrieblicher Ebene breit angelegte Mobilisierungskampagnen für die Interessen der abhängig Beschäftigten, um die Gesellschaft für demokratische Reformbestrebungen vorzubereiten« (Anlage zum Protokoll

der Bundesausschusssitzung am 21./22.11.1970; zit. n. Schonauer 1982: 239).

Der zu erringende demokratische Sozialismus, von dem auf Bundesebene spätestens seit dem Münchener Bundeskongress die Rede war, sollte mit systemüberwindenden Reformen herbeigeführt werden. Allerdings, kritisiert Butterwegge, seien die Jusos in Reden und Resolutionen auf jenem Kongress nicht in der Lage gewesen, »über vornehmlich ethisch motivierte Detailkritik zu einer marxistisch fundierten Gesellschaftsanalyse und der daraus ableitbaren Strategie für den sozialdemokratischen Jugendverband fortzuschreiten« (1975: 73). Der 1971 in Hannover abgehaltene Strategiekongress sollte dieses Defizit ausgleichen. Mit den dort letztlich beschlossenen 55 »Thesen zur politischen Ökonomie und Strategie« sei »ein Dutzend Jahre nach Godesberg und dem in der Folgezeit damit verbundenen Hinausdrängen marxistischer Kräfte [...] erstmalig wieder ein programmatischer Entwurf innerhalb der SPD formuliert worden, der von marxistischen Ansatzpunkten ausging«, bewertete der Bundesvorstand der Jungsozialisten noch 1978 den Stellenwert des Kongresses in Hannover (Bundesvorstand der Jungsozialisten 1978: XVI). Doch die 55 Thesen widersprachen einander teilweise, da alle drei in der Jugendorganisation präsenten Theorierichtungen daran mitgewirkt hatten (vgl. Stephan 1980: 42f.): Die Linie des Bundesvorstands war seinerzeit geprägt von Reformsozialisten, die auf systemüberwindende Reformen setzten. Ihnen gegenüber stand die sogenannte Stamokap-Gruppe, die in ihrer Theorie von einem staatsmonopolitischen Kapitalismus ausging, den es zu überwinden galt (vgl. Heimann 1975: 194), sowie die Antirevisionisten, die jegliche Form von Reformen ablehnten und sich vor allem an der Bundesvorstandslinie abarbeiteten (vgl. Stephan 1980: 33-42).

Trotz interner Richtungsstreitigkeiten und dem Ärger mit der Mutterpartei gelangen den Jusos politische Geländegewinne: Bei einer Umfrage im Auftrag der Zeitschrift *Der Spiegel* nannten wenige Wochen vor der Bundestagswahl 1972 etwa gleich viele Erstwählerinnen und Erstwähler auf die Frage, wer ihrer »persönlichen Auffassung« am nächsten komme, SPD und Jusos (30/32 Prozent). Allerdings kehrte die Umfrage auch heraus: »Je einem Drittel der Erstwähler sind mithin die Jusos lieber als die SPD oder ist umgekehrt die SPD lieber als die Jusos« (Der Spiegel 1972: 41). Der Jugendorganisation kam damit eine wichtige Rolle als Stimmenbeschaffer für die SPD bei der Wahl zu. Gleichwohl gelang es durch die Politisierung der Kandidatinnen- und Kandidatenaufstellung, die Gruppe der

Parteilinken im Zuge der Bundestagswahl deutlich zu vergrößern (vgl. Stephan 1980: 46). Auch war die Mitgliederbasis in der Arbeitsgemeinschaft 1972 stark angewachsen. 102.000 unter 35-Jährige seien 1972 der SPD beigetreten (vgl. Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands 1975: 269) – mutmaßlich aufgrund der Begeisterung für den SPD-Kanzlerkandidaten Willy Brandt.

Doch bereits Anfang 1973 – nach erfolgter Juso-Unterstützung der Mutterpartei im Wahlkampf – verschärfen sich die theoretischen Auseinandersetzungen bei den Jusos, die über die Jahre zur Fraktionierung der Jugendorganisation führten. Die Jusos rieben sich zunehmend in ihren internen Debatten und in ihrem Richtungsstreit auf und verloren dabei die gesellschaftlichen Realitäten und den Wandel von Politik und Wirtschaft in den 1970er-Jahren zunehmend aus dem Blick. Das Verhältnis zur Mutterpartei eskalierte nach der Wahl von Klaus Uwe Benneter zum neuen Juso-Bundesvorsitzenden auf dem Bundeskongress im März 1977 in Hamburg. Er war Vertreter des Stamokap-Flügels. Zunächst monierte die SPD-Parteiführung die Mitarbeit der Jusos in einer Friedensinitiative, in der auch Mitglieder der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) aktiv waren. Die Arbeitsgemeinschaft verstieß damit gegen einen Beschluss der SPD-Parteiführung von 1970, die allen SPD-Mitgliedern Aktionsgemeinschaften mit Kommunisten untersagte (vgl. Oberpriller 2004a: 245). Die Juso-Bundesführung gab nach. Im Interview mit der linken Hamburger Zeitschrift *Konkret* relativierte Benneter jedoch die Entscheidung: Grundsätzlich lehne er eine Zusammenarbeit mit Kommunisten nicht ab. Die Führung der SPD reagierte auf das Interview mit seiner Amtsenthebung und mit einem Ausschlussverfahren wegen parteischädigenden Verhaltens (vgl. ebd.: 248). Eine konzertierte Reaktion der Juso-Arbeitsgemeinschaft blieb aus, da sich die unterschiedlichen Flügel nicht auf eine Position einigen konnten. Gegen Jusos, die sich mit Benneter solidarisch erklärten, wurden von Seiten der SPD beziehungsweise ihrer Untergliederungen in einigen Fällen disziplinarische Maßnahmen eingeleitet (vgl. Stephan 1980: 83-86). Befriedet wurde der Konflikt mit der Wahl Gerhard Schröders zum neuen Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaft auf dem Bundeskongress in Hofheim 1978. Seine Position zur Mutterorganisation war kritisch, aber loyal (vgl. ebd.: 93).

Der Benneter-Konflikt markierte einen deutlichen Einschnitt im Verhältnis zwischen SPD und ihrer Jugendorganisation. Bei allem Bestreben der Jusos, sich als innerparteilicher Motor zu profilieren, der die SPD auf sozialistischen Kurs bringt, machte die Amtsenthebung deutlich, dass sie in letzter Konsequenz nichts weiter als

eine unselbstständige Organisationsgliederung war. Für Seiffert leitete die Auseinandersetzung um den geschassten Vorsitzenden auch den Bedeutungsverlust der Jugendorganisation in den 1980er-Jahren ein (vgl. Seiffert 2009: 260). Bedingt war dieser unter anderem durch das Aufkommen der Neuen Sozialen Bewegungen. Zwar versuchten die Jusos Anschluss an sie zu finden – Gerhard Schröder besuchte als Vorsitzender 1980 ein Hüttendorf auf einem möglichen Baugrund für ein atomares Endlager nahe Gorleben, auch engagierten sich zwischen 1981 und 1983 viele Jusos einschließlich des Bundesvorstandes im Rahmen der Friedensbewegung gegen den NATO-Doppelbeschluss –, doch eigene wesentliche Akzente konnten sie nicht setzen. Während die 1980er-Jahre den Aufstieg der Partei Die Grünen markierten, die viel eher diese kritischen linken jungen Erwachsenen für sich zu begeistern vermochten (vgl. Fischer 1985; Lösche/Walter 1992: 120 ff.), rieben sich die Jusos weiter in Flügelkämpfen auf (vgl. Oberpriller 2004b: 36). Und sie überalterten zusehends: 1989 waren lediglich 18,6 Prozent der SPD-Mitglieder unter 35 Jahre alt – 15 Jahre zuvor hatte der Anteil noch 30,9 Prozent betragen (vgl. Potthoff/Miller 2002: 302). Im Mittelpunkt der 1980er-Jahre standen – rückblickend – eher Versuche verbandsinterner Reformen, unter anderem die Einführung einer Frauenquote bei den Jusos (vgl. Oberpriller 2004a: 294). Und dann kam 1989:

»Mit dem Fall der Mauer 1989 bildeten sich in ostdeutschen Städten Juso-Gruppen unter dem Namen ›Junge Sozialdemokraten‹. Im September 1990 kam es zur Vereinigung mit den JungsozialistInnen, und der erste gemeinsame Bundeskongress fand im März 1991 in Potsdam statt. Bedeutend für diesen Bundeskongress war nicht nur die Vereinigung, sondern auch die Annahme einer bis heute gültigen Grundsatz-erklärung der Jusos, die die Grundlage für eine klare sozialistische Ausrichtung des Verbands bildet« (spdnet o. J.)

Auf dem genannten Bundeskongress grenzten sich die Jusos mit dieser »Potsdamer Erklärung« auch vom ›realen Sozialismus‹ der DDR und anderer osteuropäischer Länder ab.

Obwohl die SPD bei der geäußerten Parteienpräferenz der Shell-Jugendstudie 1992 weit vor den anderen Parteien lag – 28 Prozent der west- und 17 Prozent der ostdeutschen Jugendlichen zwischen 13 und 29 Jahren präferierten die SPD, 15 beziehungsweise 12 Prozent die CDU/CSU und 14 beziehungsweise 11 Prozent die Partei Die Grünen (vgl. Kühnel 1992: 63) – gelang es nicht, diese jungen Menschen

für eine tatsächliche Mitarbeit in der Partei zu mobilisieren. 146.622 SPD-Mitglieder waren Ende 1992 unter 35 Jahre, das waren 16,55 Prozent aller Mitglieder. Vier Jahre später sank der Anteil auf 13,48 Prozent und zehn Jahre nach der deutschen Einheit waren es gerade noch 8,99 Prozent (vgl. Oberpriller 2004a: 309). Obwohl auch die anderen Parteien und ihre Jugendorganisationen von diesem Schwund betroffen waren, zeigt der Rückgang gleichwohl die abnehmende Bedeutung der Jusos sowohl im Gesamtverband der SPD als auch auf gesellschaftlicher Ebene. Die internen Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen linken Flügeln haben seit Potsdam an Schärfe verloren (vgl. Oberpriller 2004a: 307). Gleichwohl positionier(t)en sich die Jusos nach wie vor als linke Arbeitsgemeinschaft, verstehen sich auf Bundesebene wie auch in den Ländern mehrheitlich als linker, sozialistischer Richtungsverband. Über die Linie wird indes bis heute gestritten. Verstärkt in den Mittelpunkt gerückt hat diese Debatte erneut die im November 2007 gewählte, damals 27-jährige Bundesvorsitzende Franziska Drohsel. Ihren Einstand begleitete umgehend ein politischer Skandal. Drohsel war Mitglied der Roten Hilfe e. V., die vom Bundesamt für Verfassungsschutz beobachtet und in der Rubrik »Linksextremistische Bestrebungen und Verdachtsfälle« im Verfassungsschutzbericht aufgeführt wird (vgl. Bundesministerium des Innern 2008: 164-167). Die CSU-Generalsekretärin Christine Haderthauer forderte deshalb gegenüber der *Süddeutschen Zeitung* den Rücktritt der frisch gewählten Juso-Bundesvorsitzenden (vgl. Krüger 2007), während Drohsel aus den Reihen der SPD der Austritt aus dem Verein nahegelegt wurde: »Diese Organisation wird aus guten Gründen vom Verfassungsschutz beobachtet, und ich glaube, dass die Juso-Bundesvorsitzende durch ihre Mitgliedschaft völlig unnötig in dauernde Erklärungsnot kommt«, riet der innenpolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion Dieter Wiefelspütz (zit. n. Krüger 2007). Drohsel trat aus, ihrer Popularität schadete dieser Start nicht. Während ihrer dreijährigen Amtszeit, in der auch die Interviews der vorliegenden Arbeit geführt wurden, gelang es der »freche[n] Göre der SPD« (bild.de 2010), den Jusos wieder zu mehr Öffentlichkeit zu verhelfen. Häufig wurde sie als linke Juso-Vorsitzende und Vertreterin der Parteilinken zu allgemeinpolitischen als auch innerparteilichen Diskussionen von Seiten der wichtigen bundesdeutschen Medien interviewt. Bei den Jusos wurde während ihrer Amtszeit wieder mehr Wert auf linke Profilbildung gelegt. Bereits auf dem Bundeskongress in Wolfsburg vom 23. bis 25. November 2007 beschloss die Arbeitsgemeinschaft unter dem Schlagwort »Doppelstrategie 2.0« die Fortschreibung des alten Konzepts (vgl.

Jusos in der SPD 2007: 12ff.) – der Antrag dafür wurde von den Berliner Jusos verfasst, deren Landesvorsitzende Drohsel damals war (vgl. Drohsel 2008: 82). 2008 veröffentlichte der Juso-Bundesvorstand das Papier »Für eine Linke der Zukunft. Thesen zu jungsozialistischer Politik«, das die allgemeine Diskussion über die politische Perspektive der Arbeitsgemeinschaft wieder belebte. Zum 40. Jahrestag des Münchener Linkswendekongresses 1969 veranstalteten die Jusos in Berlin den Bundeskongress »Linkswende 09«. Drohsel legte im gleichen Jahr einen Sammelband vor, in dem 17 Autorinnen und Autoren aus verschiedenen politischen linken Spektren formulierten, was für sie »heute links« sei (vgl. Drohsel 2009). Und 2010 folgte der Bundeskongress »Links 2010 – Veränderung durch Bewegung«. Wenige Tage vor ihrem von persönlichen Gründen motivierten Rücktritt auf dem Bundeskongress in Essen vom 18. bis 20. Juni 2010 resümierte die scheidende Vorsitzende die Relevanz der Arbeitsgemeinschaft anno 2010:

»Die Jusos sind ein Verband, der im gesamten Bundesgebiet organisiert und sehr vielfältig ist. Die einen führen große Theoriendebatten, andere kämpfen für eine freie Wiese für alle statt dem Bau eines großen Hotels. Das ist etwas Großartiges, denn es bedeutet eine riesige Kompetenz in ganz unterschiedlichen Bereichen. Der Verband ist wahnsinnig lebendig. Bei uns sind Leute aktiv, die allein von dem Willen angetrieben werden, dass sich Dinge verändern. Es ist toll, das zu sehen« (Drohsel 2010b).

Zu ihrem Nachfolger wurde Sascha Vogt gewählt, der den linken Kurs der Jusos fortzusetzen suchte. Allerdings ist diese Ausrichtung auch heute nicht hegemonial. Mancherorts, in Hamburg, Nordfriesland oder Worms, positionieren sich die Jusos lieber als »Junge Sozialdemokraten«. Sie gelten als pragmatischer Flügel der Arbeitsgemeinschaft. Auf Vogt folgte Johanna Uekermann. Sie setzte sich auf dem Bundeskongress 2013 in Nürnberg gegen den Kandidaten der Pragmatischen Linken durch. Politisch positionierten sich Jusos dort unter anderem gegen eine mögliche Große Koalition mit den Unionsparteien nach der Bundestagswahl – die dennoch kam. Dafür gelang es der Jugendorganisation im weiteren Verlauf, die in Nürnberg beschlossene Forderung einer Mindestausbildungsvergütung im SPD-Wahlprogramm für die Bundestagswahl 2017 zu platzieren, die dann politisch 2019 auch umgesetzt wurde. Unterdessen, am 24. November 2017, wurde Kevin Kühnert zum neuen Juso-Vorsitzenden gewählt. Vehement sprach sich der Jugendverband unter seiner Führung gegen die Fortführung der Großen Koalition aus: »No-Groko«

wurde zum geflügelten Wort. Auch dieses Mal ging die Mutterpartei jenen Weg, den die Jungen ablehnten. Doch die mischten die Mitgliederbefragung zum Koalitionsvertrag gehörig auf:

»Da kommt die Galionsfigur des Widerstands. So nennt die Moderatorin den Juso-Vorsitzenden Kevin Kühnert. [...] Er ist der Kopf der No-Groko-Bewegung und lässt die SPD, dieses 164 Jahre alte Schiff, mächtig schwanken. Schon bevor der Koalitionsvertrag ausverhandelt war, hatte er angekündigt, für seine Sache durch Deutschland zu touren« (Jaeger 2018a: 6).

Der Koalitionsvertrag kam trotz No-Groko-Tour zustande – doch Kühnert avancierte »zum Popstar der Genossen« (Medick/Sauga 2018: 32) und zum Liebling der Medien, die stetig über ihn berichteten, ihn interviewten und stilisierten: »Für viele in der Partei gilt der begabte Redner schon als neuer Hoffnungsträger« (Jaeger 2018b: 3) heißt es, oder: »Bequemer Pulli, unbequemer Geist. Kevin Kühnert, 29, provoziert die Parteiführung: Wird er sie auch stürzen?« (Etzold/Grosse Halbuer 2018: 36). Am Ende seiner Amtszeit 2021 schreibt selbst die konservative Tageszeitung *Die Welt*, dass Kühnert die Jusos in seiner Amtszeit zu einer Größe geführt habe, »die viele Vorgänger blass aussehen lässt. Er hat gesellschaftliche Debatten geprägt und auch die Mutterpartei vor sich hergetrieben« (Breyton 2020: 4). Doch die trägt es ihm nicht nach, sondern wählt ihn auf dem Bundesparteitag am 11. Dezember 2021 zum neuen Generalsekretär der SPD. In die Fußstapfen, die Kühnert beim Jugendverband hinterließ, war zu diesem Zeitpunkt bereits Jessica Rosenthal getreten, die nunmehr an der Spitze des Jusos steht.

3.1.2 Programmatik

Die politische Agenda der Jusos hat sich, wie bereits angedeutet, über die Jahrzehnte verändert, und stets aufs Neue reagiert die Jugendorganisation auf aktuelle Herausforderungen (vgl. Scholle et al. 2014). Im Fokus soll aber zunächst die Agenda der Nullerjahre stehen, da diese relevant war für jene Jugendlichen, die im Rahmen der Erhebung interviewt wurden. Im Anschluss wird es noch einmal kurz um programmatische Veränderungen in den Zehnerjahren gehen. Geprägt wurden die politischen Ansätze und Konzepte der letzten Jahrzehnte von der grundsätzlichen Ausrichtung des Jugendverbands:

»Seit der auf dem Münchner Juso-Bundeskongress 1969 mit der demonstrativen Abwahl des damaligen Bundesvorsitzenden vollzogenen ›Linkswende‹ verstehen sich die Jungsozialistinnen und Jungsozialisten in der SPD sowohl als eigenständige linke Jugendorganisation als auch als sozialistischer Richtungsverband in der SPD. Dieses doppelte Selbstverständnis prägt die Jusos trotz vielfältiger Brüche in den vergangenen Jahrzehnten auch heute noch« (Jusos in der SPD 2008: 2).

Auf Bundeskongressen, auf Konferenzen und mit Thesenpapieren stellen die Jusos die inhaltliche Auslegung ihres ideologischen Verständnisses als sozialistischer Richtungsverband zur Diskussion. Ziel sei der demokratische Sozialismus. Die Frage, wie dieser ausgestaltet sein soll, wird bewusst offengehalten:

»Den demokratischen Sozialismus zu erreichen ist eine dauernde Aufgabe. Ihn exakt zu definieren ist unmöglich. Es ist eine unmögliche Aufgabe und nicht wünschenswert, eine Vision bis ins kleinste Detail aus den heutigen Verhältnissen heraus zu beschreiben. Diese Verhältnisse werden nicht nur von uns heute geformt, sondern formen auch uns und unsere Vorstellungswelten. Für uns ist es aber wichtig klarzustellen, dass das derzeitige System ein System der Ungleichheiten ist und wir deshalb nach anderen Formen des Zusammenlebens suchen« (Jusos 2009: 20f.).

Produzent dieser Ungleichheit sei der Kapitalismus und ihn beziehungsweise das auf ihm basierende System gelte es zu überwinden. Wie dies geschehen solle, formulieren die Jusos in ihren Papieren und Verlautbarungen nicht, auch auf Entwürfe einer möglichen zukünftigen Gesellschaft verzichten sie. Stattdessen unterziehen sie den Kapitalismus einer grundsätzlichen Kritik:

»Der Neoliberalismus ist am Ende. Er weiß es nur (noch) nicht. Seine Verfechterinnen und Verfechter aus Wirtschaft, Politik und Wissenschaft haben den Karren an die Wand gefahren. Sie müssen zunehmend das Versagen neoliberaler Instrumente zugeben« (Jusos in der SPD 2009: 4),

resümiert die Arbeitsgemeinschaft auf ihrem Bundeskongress 2009 in München mit Bezug auf die weltweite Finanzkrise, die im Sommer 2007 durch eine US-amerikanischen Immobilienkrise ausgelöst worden war. Nicht die ›Gier‹ von Spekulanten oder Staatsversagen erachten sie als deren Ursache, sondern grundsätzlich die »Wirkungsweisen des Kapitalismus« (ebd.: 5).

Das Hauptaugenmerk der Jusos liegt gleichwohl auf der Herstellung von größtmöglicher Gerechtigkeit unter den derzeitigen kapitalistischen Bedingungen. Dieses anzustrebende Ideal ist grundlegend für die politischen Forderungen und Zielsetzungen der Jusos, sei es beim Thema Wirtschaft und Soziales und den damit verbundenen arbeitsmarktpolitischen Vorstellungen oder beim Thema Bildung, dem zweiten Arbeitsschwerpunkt der Arbeitsgemeinschaft. Auch darüber hinaus ist die Forderung nach Gerechtigkeit das leitende Ideal ihrer politischen Arbeit. Sie findet Ausdruck in dem erweiterten Anspruch, nicht nur sozialistischer, sondern auch »feministischer und internationalistischer Richtungsverband« (Jusos in der SPD 2005: 11) sein zu wollen.

1984 beschlossen die Jusos im Rahmen eines frauenorientierten Umbaus der Arbeitsgemeinschaft die Einführung einer Frauenquote. Zukünftig seien »alle Gremien der Jungsozialisten zu mindestens 30 Prozent mit Genossinnen zu besetzen« (zit. n. Oberpriller 2004a: 294). Innerhalb der SPD waren sie damit Vorreiter, die Mutterpartei führte die Quote erst 1988 ein. Doch noch auf dem Bundeskongress 2007 wurde kritisiert, dass Frauen »sowohl hinsichtlich der Mitgliedschaften als auch hinsichtlich der Führungspositionen unterrepräsentiert« (Jusos in der SPD 2007: 11) seien. Mit der »Potsdamer Erklärung« 1991 hatten die Jusos die »Feminisierung der Gesellschaft« unterdessen zu einer der aktuellen Aufgaben des sich neu konstituierten gesamtdeutschen Verbands erhoben. Um Gerechtigkeit herzustellen müsse »Frauenpolitik zum integralen Bestandteil jedes Politikfeldes« (ebd.: 6) gemacht werden. Das bedeutet, wie die beiden stellvertretenden Juso-Bundesvorsitzenden Sonja Pellin und Katie Baldschun im *Argument* Themenheft »Feminismus« 2009 hervorheben:

»Wenn wir unsere Vorstellungen von Guter Arbeit und Ausbildung entwickeln, dann sind ein geschlechtergerechter Arbeitsmarkt und diskriminierungsfreie Arbeitsverhältnisse notwendige Bestandteile. Wenn wir über die Zukunft der Sozialsysteme reden, dann wollen wir unter der Perspektive der Gleichstellung vor allem die Abhängigkeit der Frauen von den Männern bei der Frage der Absicherung abschaffen. Wenn wir das Bildungssystem in den Blick nehmen, fordern wir eine frühkindliche, schulische und berufliche Bildung, in der Schluss ist mit Rollenbildern und ihren Fortschreibungen. Kurzum: Feministischer Richtungsverband zu sein heißt, in jedem Politikbereich die Frauenfrage zu stellen« (Pellin/Baldschun 2009: 7).

Auch der Anspruch, internationalistischer Richtungsverband zu sein, gehört für die Jusos zum ureigensten Verständnis als Sozialdemokraten, Sozialdemokratinnen, Sozialistinnen und Sozialisten. Sie sind nicht nur Mitglied der International Union of Socialist Youth (IUSY) sowie der Young European Socialists beziehungsweise der European Community Organisation of Socialist Youth (ECOSY), sondern versuchen auch ihr politisches Handeln entsprechend auszurichten. Die Maxime lautet, »das Wohl der gesamten Welt im Blick [zu haben] und nicht nur das derjenigen, die zufällig innerhalb bestimmter Grenzen leben« (Jusos in der SPD 2009: 143). Bei arbeitspolitischen Fragestellungen sprechen sich die Jusos entsprechend gegen nationalstaatliche Lösungsmodelle aus, die für sie im Verdacht des ›Standortnationalismus‹ (Jusos in der SPD 2008: 243) stehen, und präferieren stattdessen beispielsweise die »konsequente Internationalisierung der Interessensvertretung von ArbeitnehmerInnen« (ebd.). Aus ihrem internationalistischen Verständnis heraus befürworten die Jusos ferner die Vereinigung europäischer Länder im Rahmen der Europäischen Union, ohne auf Kritik an der wirtschaftspolitischen und sozialpolitischen Ausrichtung sowie der Absicherung der gemeinsamen Außengrenzen zu verzichten. Und die Maxime bestimmt auch die antifaschistische und antirassistische Positionierung der Jusos.

Die stete thematische Neuausrichtung des Jugendverbands lässt sich im Zeitverlauf am besten über ihre Themenschwerpunkte nachvollziehen – beispielhaft zeigt dies ein Vergleich zwischen den Jahren 2011 (Jusos o. J./2011) und 2022 (Jusos o. J./2022a):

2011	2022
• Wirtschaft & Soziales	• Wirtschaft
• Bildung	• Sozialstaat
• Gleichstellung	• Ausbildung und Arbeit
• Antifa	• Feminismus
• Integration & Inneres	• Diversität
• Energie & Umwelt	• Antirassismus & Antifaschismus
• Internationales & Europa	• Migration
	• Umwelt
	• Europa und Internationales
	• Wohnen
	• Mobilität
	• Digitalität
	• Legalize it
	• Gesundheit

Die Themen wurden im Vergleich in den letzten Jahren zunächst aufgefächert und stärker ausdifferenziert: Aus ›Wirtschaft & Soziales‹ wurden beispielsweise zwei eigenständige Themenkomplexe. Das Thema ›Antifa‹ wurde erweitert um ›Antirassismus‹. Dafür verschwand das Thema ›Gleichstellung‹ und an seine Stelle rückten sozusagen die Themen ›Feminismus‹ und ›Diversität‹ (im Sinne unterschiedlicher sexueller Orientierungen und geschlechtlicher Identitäten, aber auch für die Inklusion von Menschen mit Behinderung und gegen die Ausgrenzung von Menschen unterschiedlicher Herkunft und Aussehens). Nicht nur diese Neusetzungen spiegeln den Zeitgeist wider, sondern auch die neu hinzugekommenen Themen Wohnen, Mobilität und Digitalität, die in den vergangenen Jahren verstärkt politische Debatten prägten. In der Themensetzung Gesundheit zeigt sich wiederum besonders die sozialistische Ausrichtung der Arbeitsgemeinschaft, wenn sie fordert, dass das ›Zwei-Klassen-Krankenversicherungssystem‹ abgeschafft werden sollte. Das Ziel der Entkriminalisierung von Cannabis kann wohl als Ausdruck ihres Charakters als Jugendverband gelesen werden:

»Du sitzt abends auf dem Balkon und entspannst vom Arbeitstag oder dem Uni-Seminar. Du bist am Wochenende mit Freund*innen am See, ihr chillt und habt Spaß. Ihr feiert nachts und genießt zusammen die Stadt. Und all das soll kriminell sein, wenn ihr dabei kifft?« (Jusos o. J./2022b).

Ort derartiger programmatischer Debatten ist vor allem der Bundeskongress, der einmal jährlich in wechselnden Städten stattfindet. Dort werden auch die Beschlüsse gefasst, die für die Jusos handlungsleitend sein sollen und die gleichzeitig auch als politische Forderungen an die Gesamtpartei formuliert werden. Im Rahmen der Doppelstrategie versuchen die Jusos gleichwohl auch im Verbund mit anderen politischen Organisationen diese Forderungen in die Öffentlichkeit zu tragen oder schließen sich bestehenden Kampagnen an und versuchen diese mitzuprägen. Das Aufkommen von Fridays for Future, die schnell zu einer der klimakritischen Massenbewegung junger Menschen wurde (vgl. Haunss/Sommer 2020), überraschte jedoch den Verband und ließ ihn – selbstkritisch – spüren, dass »wir selbst nicht immer ausreichend auf der Höhe der Zeit« sind. Weiter schreiben sie dazu im »Bundesarbeitsprogramm für die Jahre 2019 bis 2021«:

»Die Klimaschutzbewegung rund um Fridays For Future findet in unseren Reihen viel Sympathie, Rückhalt und auch praktische Unterstützung. Das ist gut so. Gleichzeitig demonstriert diese Bewegung eben auch gegen eine Politik, die wir in den letzten Jahren in Teilen mitgetragen oder zumindest nicht ausreichend deutlich kritisiert haben. Vergleichbare blinde Flecken werden wir uns in Zukunft nicht mehr erlauben können, wenn wir den gesellschaftlichen Diskurs in unserem Sinne mitbestimmen wollen« (Jusos 2020: 7).

Ob ihr die Regierungsübernahme der SPD 2021 im Rahmen der rot-gelb-grünen Ampelkoalition, die sie erneut zur ›Regierungsjugend‹ machte, dabei helfen wird, bleibt abzuwarten.

3.1.3 Stellung und Struktur

Die kleinste Gliederung der Jusos ist die Arbeitsgemeinschaft: »Sie ist in den Stadtteilen bzw. Städten aktiv und leistet dort die Arbeit ›vor Ort‹« (Jusos in der SPD o.J.: 9). Sie wählen die Delegierten der Unterbezirkskonferenz. Mitunter existieren als Zwischenebene in manchen Bundesländern Regional- oder Kreisverbände. Über den Unterbezirken stehen wiederum nur in einigen Ländern die Bezirke, ansonsten die Landesverbände, und darüber schließlich der Bundesverband. Als oberstes Beschlussgremium fungiert der Bundeskongress, kurz BuKo, der einmal jährlich tagt. Die rechtliche Voraussetzung für die Jusos definiert § 10 Absatz 1 Organisationsstatut (OrgStatut) der SPD vom 18. Dezember 1971 und Stand vom 6. Dezember 2019. Demnach können für »besondere Aufgaben [...] auf Beschluss des Parteivorstandes innerhalb der Partei Arbeitsgemeinschaften gebildet werden«. Darauf nehmen die Jusos in ihren eigenen Grundsätzen und Richtlinien Bezug:

»Auf Beschluss des Parteivorstandes wurde die Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialisten und Jungsozialistinnen (Jusos) eingerichtet. Die Arbeitsgemeinschaft der Jusos ist Teil der SPD. Als politische Jugendorganisation der SPD vertritt sie eigenständig die politischen Interessen von Jugendlichen innerhalb und außerhalb der SPD«,

heißt es in Punkt 1 der Grundsätze und Richtlinie für die Tätigkeiten der Arbeitsgemeinschaften der Jungsozialisten und Jungsozialistinnen (Jusos) in der SPD vom 10. Februar 2020. Festgehalten wird damit, dass die Jusos Teil der SPD sind, gleichwohl aber eigenständig politische Interessen vertreten – und zwar die Interessen von Jugendlichen in der SPD und von solchen, die nicht Mitglied der Mutterpartei sind. Diese Unterscheidung bezieht sich auf die in im vorherigen Kapitel kurz skizzierte

Unterscheidung zwischen ›Juso‹ Mitgliedern und ›Nur-Juso‹-Mitgliedern (s. Kap. 2.2): Gemäß Punkt 3 der genannten Grundsätze und Richtlinien gehören der Arbeitsgemeinschaft »die Mitglieder der SPD an, die das 35. Lebensjahr noch nicht vollendet haben«. § 10 Absatz 2 OrgStatut ermöglicht darüber hinaus die besagten ›Nur-Juso‹-Mitgliedschaften:

»In der Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialistinnen und Jungsozialisten können Interessierte, ohne Mitglied der SPD zu werden, als Nur-Juso-Mitglieder die vollen Mitgliedsrechte wahrnehmen«.

Dies wird wiederum in Punkt 9 der Grundsätze und Richtlinien aufgegriffen, wenn betont wird: »Die Mitarbeit von Personen, die nicht Mitglieder der Partei sind, ist in den Arbeitsgemeinschaften ausdrücklich erwünscht«. Allerdings müssen Vertreterinnen und Vertreter der Arbeitsgemeinschaften in Gremien der SPD dort auch Parteimitglied sein. Damit haben die SPD und die Jusos die Schwelle für Mitgliedschaften in den vergangenen Jahren deutlich abgesenkt: Die Möglichkeit der ›Nur-Juso-Mitgliedschaft‹ wurde 1997 eingeführt. Mit Beschluss des SPD-Parteivorstands vom 16. Januar 2006 war die ›Nur-Juso-Mitgliedschaft‹ auf zwei Jahre angelegt und konnte längstens um zwei weitere Jahre verlängert werden. Folglich maß § 10a des OrgStatut (18.12.1971/15.11.2009) dieser Mitgliedschaft nur den Status einer »Juso-Gastmitgliedschaft« bei, bestimmte aber schon damals, dass sie beitragsfrei sei. Das ist sie bis heute geblieben und bietet so einen niedrigschwelligen Zugang zur Jugendorganisation. Die Vollmitgliedschaft, also die Mitgliedschaft bei den Jusos über die SPD, ist hingegen kostenpflichtig. Die Höhe regelt die Finanzordnung. Für den Erhebungszeitraum der vorliegenden Studie belief sich der monatliche Beitrag gemäß §1 Absatz 2 Finanzordnung mit Stand vom 14. November 2009 für Mitglieder ohne Einnahmen oder mit geringfügigem Einkommen auf 2,50 Euro. Für höhere Einkommen greift ein Regelsystem, das die monatlichen Beiträge gemäß dem Einkommen staffelt und das regelmäßig angepasst wird. Allerdings bleibt die Mitgliedschaft für die unteren Einkommensgruppen weiter günstig. Konnten Mitglieder mit einem Einkommen bis 1.000,- Euro 2009 noch zwischen einem Mindestbeitrag von 5,- Euro bis höchstens 8,- Euro monatlich wählen, ist dieser zehn Jahre später nun einheitlich festgeschrieben auf 6,- Euro pro Monat (vgl. § 1 (1) Finanzordnung vom 6.12.2019).

Die Aufgaben der Jusos regeln die besagten Grundsätze und Richtlinie für die Tätigkeiten der Arbeitsgemeinschaften der Jungsozialisten und Jungsozialistinnen (Jusos) in der SPD gemäß § 10 des Organisationsstatuts, beschlossen am 10. Februar 2020. Darin heißt es unter Punkt 2:

»Aufgaben der Jusos sind:

- die politischen Vorstellungen ihrer Mitglieder entsprechend den gültigen Beschlüssen zu vertreten,
- innerhalb der Jugend für den demokratischen Sozialismus zu wirken,
- politische Aufklärung besonders unter den Jungwählern/ Jungwählerinnen zu betreiben,
- politische Schulungs-, Bildungs- und Informationsarbeit durchzuführen,
- durch Kontakte mit anderen Jugendverbänden auf nationaler und internationaler Ebene zur Solidarität zwischen Menschen verschiedener Nationalitäten und Kulturen beizutragen.«

Spätestens seit dem Münchener Bundeskongress von 1969 betrachten sich die Jusos aber auch als Motor der Partei, der diese antreibe und, im Bild bleibend, versuche, den Kurs des Gefährts SPD zu beeinflussen: im Rahmen der »Theoriediskussion beziehungsweise der Re-Ideologisierung der Sozialdemokratie« (Schmidt 2005: 8) in den 1970er-Jahren, bei programmatischen Diskussionen und auch durch öffentliche Kritik am Handeln der Mutterpartei. Die Jusos lehnten beispielsweise vehement den NATO-Doppelbeschluss 1983 ab (vgl. Potthof/Miller 2002: 261), zu dem Helmut Schmidt (SPD) maßgeblich beigetragen hatte. Als die SPD am 26. Mai 1993 dem Antrag der schwarz-gelben Regierung auf Änderung des Artikels 16 Grundgesetz (Grundrecht auf Asyl) zustimmte, demonstrierten die Jusos vor dem Bundestag gemeinsam mit rund 10.000 Menschen dagegen. Auch die Entscheidung der rot-grünen Bundesregierung am 16. Oktober 1998, im Kosovo-Krieg zu intervenieren, traf auf harsche Kritik, ebenso wie die Einstellung des Parteiausschlussverfahrens gegen Thilo Sarrazin am 21. April 2011, die erst durch einen Positionswechsel der Generalsekretärin und ehemaligen Juso-Bundesvorsitzenden (1995-1999) Andrea Nahles möglich wurde. Und zuletzt wurde die Frontstellung der Jusos gegen die Bildung einer Großen Koalition 2013 und vor allem 2017 zum öffentlichen Affront gegen die Mutterpartei – der aber im Nachhinein nicht so gravierend gewesen sein kann, da der damalige Juso-Bundesvorsitzende und Wortführer Kevin Kühnert im Dezember 2021 neuer Generalsekretär der SPD wurde.

Auf ihrer Website heben die Jusos abschließend in ihrem kurzen Abriss der »Geschichte der Jusos« hervor, dass sie sich für eine »inhaltliche Erneuerung der SPD bzw. einen Linksruck« einsetzen (Jusos o. J.). Sie knüpfen damit an den Münchener Linkswendekongress von 1969 an, der bis heute für eine Zäsur steht – mit ihm emanzipierte sich eine »weitestgehend konformistische Parteijugend« zu einem »eigenständigen Jugendverband« (Kühnert 2019: 8).

3.1.4 Mitgliederentwicklung

Die genauen Mitgliederzahlen der Jusos scheinen indes ein Geheimnis zu sein. Es ist kaum möglich, konkrete Zahlen und Entwicklungstrends bei der Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialisten und Jungsozialistinnen in der SPD in Erfahrung zu bringen – nicht nur aktuell, Anfang 2022, sondern schon seit vielen Jahren. Unter dem Vorsitz von Philipp Mißfelder provozierte die Junge Union mit diesem Thema gerne die Jusos. »Franzi, rück die Zahlen raus! Seit 757 Tagen weigern sich die Jusos, ihre Mitgliederzahlen zu veröffentlichen!«, hieß es beispielsweise in einem Pop-Up-Fenster auf der Homepage der Junge Union Deutschlands Mitte Dezember 2009 (Junge Union Deutschlands 2009b). Warum so eine Geheimniskrämerei betrieben wird, muss offenbleiben. Gemutmaßt werden darf aber, dass es wohl mit der schwindenden einstigen Größe des Jugendverbandes und somit mit der Größe der SPD als Ganzem zusammenhängen könnte.

1983 gehörten den Jusos zu Hochzeiten 217.236 Mitglieder an, 1990 noch 166.711 (vgl. Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands 1995: 300) – Tendenz fallend. Oberpriller berichtet, dass es im Jahr 2000 gar nur noch 66.019 gewesen sein sollen (vgl. Oberpriller 2004a: 309). Danach sollten sich die Mitgliederzahlen wieder erholt haben – nach Auskunft der *Süddeutschen Zeitung* zählten die Jusos 2007 78.000 Mitglieder, davon 22.000 ohne SPD-Parteibuch (vgl. Süddeutsche Zeitung 2007). Eine grobe Übersicht für die Zehnerjahre bieten die *Stuttgarter Nachrichten*: Ende 2013 hatten die Jusos demnach 73.744 Mitglieder, Ende 2015 sollen es nur noch 69.572 gewesen sein. Dann habe eine Kehrtwende eingesetzt – 74.773 Mitglieder hätten die Jusos Mitte 2017 gehabt (vgl. Spanhel 2017). Doch die Jusos begegnen dem öffentlichen Interesse am Auf und Ab der Zahlen mit stoischer Ruhe. »Mehr als 70.000 Mitglieder im Alter von 14 bis 35« seien bei ihnen organisiert, schreibt der Jugendverband auf seiner Website in der Rubrik »mitmachen« am 21. Februar 2019 – drei Jahre später werden daraus 75.000 Mitglieder. Konkreter wird es nicht.

3.2 Junge Union

Die Junge Union ist, wie bereits erwähnt, die Jugendorganisation der beiden Parteien CDU und CSU und erfreut sich bei vielen Unionspolitikerinnen und -politikern besonderer Beliebtheit – auch, weil viele einmal in ihr aktiv waren:

»75 Jahre Junge Union – das sind 75 Jahre erfolgreiche Arbeit der jungen Generation in der CDU und in der CSU und 75 Jahre Vertretung der jungen Generation in der Union. Ich verbinde mit diesem Geburtstag dankbare Erinnerungen an den Beginn meiner politischen Arbeit vor über 50 Jahren als JU-Vorsitzender in meiner Heimatstadt Brilon. Die Junge Union bleibt auch mit 75 Jahren der Motor für unsere politischen Diskussionen und für notwendige Veränderungen« (Merz 2022).

Wenige Tage vor seiner Wahl zum neuen CDU-Vorsitzenden gratuliert Friedrich Merz der Jungen Union am 19. Januar 2022 auf Instagram zum Geburtstag. Gemeinsam posiert er dafür mit dem Vorsitzenden der Jugendorganisation, Tilman Kuban, über den Dächern Berlins. Eine Beziehung mit Geschichte – die Junge Union hatte Merz im Rennen um den Vorsitz unterstützt.

Die von Merz gewählten Worte treffen den Tenor, mit dem über den Nachwuchs gesprochen wird. Zum sechzigjährigen Bestehen schrieb die damalige Bundeskanzlerin Angela Merkel, die aufgrund ihres Aufwachsens in der DDR nicht Mitglied der Jungen Union war, in ihrem Grußwort: »Die CDU braucht die Stimme der Jugend – und die Junge Union als Sprachrohr« (Merkel 2007: 7). Entsprechend selbstbewusst zeigt sich die Jugend:

»Die JU ist Impulsgeber für Reformen, sie denkt vor, sie regt Diskussionen und Kontroversen an. Sie ist pragmatisch, nicht ideologisch verbohrt. Sie nimmt als ›Seismograph‹ [...] gesellschaftliche Probleme oder erstarrte Strukturen wahr und fordert daraufhin konsequente Veränderungen ein« (Mißfelder 2007b: 10).

Die seit vielen Jahrzehnten größte politische Jugendorganisation als Seismograph, Motor und Sprachrohr... Verständlich wird die selbstbewusste Einschätzung, wenn man sich die Geschichte der Jugendorganisation vergegenwärtigt und den Stellenwert, den sie für ihre Mutterparteien besitzt.

3.2.1 Die Entwicklung der Jungen Union in Schlaglichtern

Die Junge Union ist wie auch die CDU/CSU (vgl. Bösch 2001: 21-72) eine Neugründung im Nachkriegsdeutschland. Als formales Gründungsdatum fungiert zwar das erste interzonale Treffen vom 17. bis 21. Januar 1947 im hessischen Königstein, damals noch britische Besatzungszone. Der Grundstock zur Gründung der Parteijugendorganisation wurde aber bereits kurz nach der Kapitulation am 8. Mai 1945 in den jeweiligen Besatzungszonen gelegt:

- In der kleinen französischen Besatzungszone¹⁴ war es ab dem 13. Dezember 1946 erlaubt Parteien zu gründen und auch die Junge Union sollte sich dort bald formieren – in drei Landesverbänden: Nordbaden, Südbaden und Württemberg-Hohenzollern. Doch während das Bundesland Baden-Württemberg im April 1952 neu gegründet worden war, erfolgte eine Vereinigung der genannten Jungen Unionen mit der in der US-amerikanischen Zone gegründeten Jungen Union Nordwürttemberg erst im Februar 1970 – allerdings noch vor der CDU Baden-Württembergs, die sich erst 1971 vereinte (Junge Union Landesverband Baden-Württemberg 2010). Regionalistisches Denken und Vorbehalte gegenüber dem neuen Bundesland, das über konfessionelle Grenzen hinweg geschaffen wurde, hatte die Verbindung verzögert.
- Schneller vollzog sich hingegen die Neuformierung der christlich-konservativen Jugend in der US-amerikanischen Zone.¹⁵ Infolge der Direktive von General Dwight D. Eisenhower vom 7. August 1945 wurde die Gründung von Parteien erlaubt (vgl. United States of America 1968: 955). Schnell fanden sich an vielen Orten kleine Kreise junger Menschen, wie beispielsweise in Nordwürttemberg um Dr. Anton Huber, aus dem ein halbes Jahr später der Arbeitskreis Junge Generation in Stuttgart hervorging. Dieser war der Ausgangspunkt für die Gründung der dortigen Jungen Union und der Jungen Union Nordwürttembergs am 29. Juni 1947 (vgl. Junge Union Bezirksverband Nordwürttemberg 1987: 7f.). Mit der

¹⁴ Zur französischen Besatzungszone gehörten das heutige Rheinland-Pfalz, das heutige Saarland sowie Teile des heutigen Baden-Württemberg (Württemberg-Hohenzollern und Baden) und bedingt Berlin im Rahmen des Vier-Mächte-Abkommens (vgl. Kinder/Hilgemann 1997: 526). Grundsätzlich war im Rahmen der Potsdamer Konferenz vom 17. Juli bis 2. August 1945 die Zulassung von Parteien (Lizenzzwang) beschlossen worden, in der Sowjetischen Besatzungszone waren indes bereits erste Parteien zugelassen worden (vgl. Kaack 1971: 155-159).

¹⁵ Zur amerikanischen Besatzungszone gehörten das heutige Hessen, das heutige Bayern, Teile des heutigen Baden-Württemberg (Nordwürttemberg und Nordbaden), das Land Bremen, das allerdings einen Sonderfall bildet (vgl. Blank 1995: 59), und bedingt Berlin im Rahmen des Vier-Mächte-Abkommens (vgl. Kinder/Hilgemann 1997: 526).

Vereinigung zur Jungen Union Baden-Württembergs wurden aus diesem, wie auch aus den drei anderen Landesverbänden jeweils Bezirksverbände.

Im späteren Hessen konstituierte sich zunächst die Junge Union Frankfurt am 8. Dezember 1945. Im Frühjahr 1946 richtete der Landesvorstand der CDU schließlich ein Jugendsekretariat ein und die erste Tagung des Landesjugendausschusses fand am 15. April 1946 in Frankfurt am Main statt. Nur wenige Woche später, zu Pfingsten 1946, wurde die erste Landestagung unter dem Motto »Freiheit in Bindung« durchgeführt (vgl. Wagner 1998: 34).

In Bayern ging vom späteren CSU-Landesgeschäftsführer Franz Liedig im November 1945 der Anstoß zur Gründung eines Jugendausschusses aus. Bereits vier Monate später, am 24. Februar 1946, wurde in München auf Basis eines CSU-Beschlusses vom 8. Januar 1946 offiziell ein Jugendausschuss gegründet (vgl. Junge Union Bayern 1997b: 141). Doch erst ein knappes Jahr später, am 11./12. Januar 1947, konstituierte sich in Regensburg das Parlament der Jungen Union, mit dem sich die Jugendorganisation

»einerseits die Kenntnis parlamentarischen Arbeitens [...] aneignen und demonstrieren wollte, andererseits aber auch der Gesamtpartei in praktischer Arbeit bei der Lösung von Problemen, die der jungen Generation besonders am Herzen lagen, Vorschläge zu unterbreiten versuchte« (Birkel 1972: 236).

Damit konstituierte sich auch der bayerische Landesverband, dessen Satzung kaum zwei Monate später einstimmig verabschiedet wurde. Darin definierte sich die JU noch als abhängige Untergliederung der Union:

»Die Junge Union tritt in der politischen Arbeit der Union nicht als eigene, geschlossene Organisation auf, sondern nimmt an dem politischen Geschehen nur in den Organen der Union teil«,

heißt es in § 2 der Satzung für die Arbeitsgemeinschaft Junge Union in der Fassung vom 2. März 1947. Obwohl als Jugendausschuss der CSU gegründet, war die Junge Union Bayern stets Teil der Jungen Union Deutschlands und bekannte sich damit sowohl zur CSU als auch zur CDU.

In der Enklave Bremen, das umgeben vom britischen Besatzungsgebiet war, kündigte der Landesgeschäftsführer der CDU im Juli 1946 die »Schaffung einer

Gruppe ›Junge Union‹ (zit. n. Heitzer 1988: 17) an. Im selben Monat fand die Gründungsversammlung statt.

- Die Gründungsgeschichte der Jungen Union im Rheinland – Teil der britischen Besatzungszone¹⁶ – liegt, »stärker noch als die Frühgeschichte der Partei [...] im Dunkeln« (Prangenberg 1972: 207). Sie beginnt aber auch hier direkt nach Kriegsende, gefördert durch den Vorsitzenden der CDU Rheinland, Konrad Adenauer, und den Zonensekretär Josef Löns (vgl. Six 1957: 5). Im Mai 1946 erfolgte die Gründung einer Abteilung Landesjugendleitung bei der Parteizentrale in Köln. Im Folgemonat legte der Landesverband bereits einen fertigen Organisationsplan für die bereits in 27 Kreisen existierenden Jugendgruppen vor (vgl. Prangenberg 1972: 207) und regte die Gründung von Aktionsgruppen an, die jeweils von einem Jugendwart geleitet werden sollten. Auf der Kreisjugendwartetagung am 23. Juni 1946 wird Bruno Six zum Sprecher der Aktionsgemeinschaft »Junger Deutscher in der CDU« (Junge Union Nordrhein-Westfalen 2007: 14) gewählt. In Westfalen-Lippe war eine solche Aktionsgemeinschaft in der CDU bereits am 1. April 1946 gegründet worden, und nachdem die Partei in Recklinghausen vier Monate später einen »Tag der jungen Generation« organisiert hatte, erfolgte am 14./15. Dezember 1946 die Gründung des Landesverbands der Jungen Union Westfalen-Lippe. Die Vereinigung mit dem rheinischen Verband wurde erst im Januar 1949 vollzogen.

Auch in dem 1946 neu geschaffenen Land Niedersachsen vollzog sich die Gründung der Jungen Union zunächst in den Grenzen der alten Länder, die dann das Bundesland Niedersachsen ergeben sollten. Im Land Oldenburg wurde 1946 zuerst der Kreisverband Vechta gegründet, im Land Braunschweig galten die Stadt mit ihrem Umland sowie die Region Goslar als Keimzellen der dortigen Jungen Union und im Hannoveraner Land wurde von der dortigen CDU frühzeitig ein Landesleiter der Jungen Union berufen (vgl. Niederbremer/Meyer 1972: 195ff.; Heitzer 1988: 19f.). Obwohl sich 1947 ein Arbeitsausschuss Junge Union Niedersachsen konstituierte, erfolgte die Gründung des Landesverbandes Niedersachsen erst auf dem ersten ordentlichen Niedersachsentag im November 1968 (vgl. Seitzers 1988: 19). Die drei Landesverbände Oldenburg, Braunschweig und Hannover bestehen, anders als in Baden-Württemberg, als solche unter dem Dach der

¹⁶ Zur britischen Besatzungszone gehörten die heutigen Bundesländer Schleswig-Holstein, Hamburg, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen und bedingt Berlin im Rahmen des Vier-Mächte-Abkommens (vgl. Kinder/Hilgemann 1997: 526).

Jungen Union Niedersachsens fort. Sie seien »das unübersehbare Zeichen: Die Junge Union meint es ernst mit dem Erhalt der großartigen Geschichte und regionalen Identität aller [...] niedersächsischen Ursprungsländer« (Lechner 2008: 1).

In Hamburg fanden »erste unverbindliche Gespräche über die Gründung einer politischen Jugendorganisation [...] im Winter 1945/46 statt« (Worch 1972: 183).

Im Sommer 1946 konstituierte sich daraufhin ein Jugendausschuss im Landesverband und Achim von Beust wurde erster Vorsitzender (vgl. Heitzer 1988: 19).

Im nördlichsten Bundesland Schleswig-Holstein wird auf Initiative Ernst Hessenauers am 15. Februar 1946 ein Jugendverband in der CDU gegründet (vgl. Droste 1972: 177). In Ratzeburg gründete sich am 20. August 1946 schließlich die erste Junge Union in Schleswig-Holstein. 15 Kreisverbände folgten, bis sich am 14./15. Dezember 1946 der Landesverband konstituierte (vgl. Heitzer 1988: 17). Zwischenzeitlich, vom 4. bis 7. August 1946, waren aus den acht Landesverbänden der britischen Zone 53 Vertreterinnen und Vertreter zu einer konstituierenden Sitzung in Recklinghausen zusammengekommen, bei der sie den ersten Zonenrat wählten und den Beschluss bezüglich einer einheitlichen Namensgebung fassten: »Grundsätzlich nennt sich die genannte Altersgruppe (18 bis ca. 35 Jahre) von der Ortsgruppe bis zum Zonenverband ›Junge Union‹ in der CDU« (zit. n. Mißfelder 2007a: 18) – damit war der erste Schritt zur Vereinheitlichung in der britischen Besatzungszone vollzogen.

- In Berlin, das unter der Verwaltung aller vier Besatzungsmächte stand, wurde die Junge Union mit der Schaffung des CDU-Landesverbandes im März 1946 gegründet (vgl. Landowsky 1972: 241), wobei die Situation für die Jugendorganisation im sowjetischen Teil der Stadt wie auch im gesamten Besatzgebiet der UDSSR wohl die schwierigste war.
- In der SBZ genehmigte die Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD) am 31. Juli 1945 die Gründung antifaschistischer Jugendausschüsse, verbot aber gleichzeitig alle anderen Jugendorganisationen:

»In Verbindung mit den an die Sowjetische Militärverwaltung gerichteten Anfragen über die Schaffung von Jugendorganisationen hat der Oberste Chef der Sowjetischen Militärverwaltung, Marschall der Sowjetunion, Shukow, die Schaffung von antifaschistischen Jugendkomitees bei den Bürgermeistereien der großen und mittleren Städte gestattet, welche aus den aktivsten antifaschistischen Jungen und Mädels gebildet werden sollen. [...] Alle anderen Jugendorganisationen: gewerkschaftliche und Sportvereine, sozialistische und ähnliche gemein-

schaftliche Organisationen sind außer den oben erwähnten antifaschistischen Jugendkomitees verboten« (zit. n. Mählert 1995: 47).

Trotzdem kam es im Sommer 1945 zu den ersten Organisationsversuchen von jungen Parteimitgliedern unter der Bezeichnung Junge Union oder ›Arbeitsgemeinschaft Jahrgang 1910 und jünger«, wobei diese nur innerhalb der CDU wirken konnten (vgl. Schmeitzner 2003: 92).

Im November 1945 einigten sich die CDU-Jugendgruppen der Besatzungszone auf fünf gemeinsame Arbeitsaufgaben:

- »1. Gewinnung der jungen Generation für die politische Mitarbeit,
2. Einführung junger Parteimitglieder in die politische Verantwortung,
3. Politische Bildung der jungen Parteimitglieder,
4. Praktische soziale Arbeit,
5. Anbahnung freundschaftlicher Beziehungen zu den übrigen Jugendorganisationen und der jungen Generation der anderen Völker« (zit. n. Baus 2003: 35).

Letztendlich war die Haltung der Sowjets gegenüber den jungen Christdemokraten ambivalent, denn im März 1946¹⁷ konnten sich die verschiedenen Gruppen trotz des offiziell geltenden Verbots zum ›Arbeitsausschuss Junge Union für die sowjetische Besatzungszone und Berlin« zusammenschließen (vgl. Mählert/Stephan 1996: 56). Und der SMAD empfing die gesamtdeutsche Leitung der Jungen Union während ihres zweiten Deutschlandtages im sowjetischen Sektor von Berlin 1947. Zur Jahreswende 1946/47 sollen circa 42.000 jüngere Parteimitglieder der CDU vom neu gegründeten Arbeitsausschuss angesprochen worden sein (vgl. Heitzer 1988: 39). Parallel zur eigenen Organisierung gehörten junge Christdemokraten zu den Gründungsmitgliedern der Freien Deutschen Jugend (FDJ), in der sie sich tatsächlich auch engagierten – doch schnell kam es zur Konfrontation und zur Abgrenzung:

»Die scharfe Absage an die von der Besatzungsmacht geförderte Einheitsorganisation ›Freie deutsche Jugend«, die damals noch vorgab, überparteilich zu sein, führte zu ersten Zusammenstößen mit den Kommunisten und dem hinter ihnen stehenden Besatzungsregime«,

¹⁷ Ralf Thomas Baus spricht von März 1946 (Baus 2003: 35), Horst Walter Heitzer mit Verweis auf Fred Sagner hingegen von Sommer 1946 (Heitzer 1988: 38; Sagner 1957: 28).

erinnert sich Fred Sagner (1957: 28), Sprecher der Jungen Union in der sowjetischen Besatzungszone. Dazu gehörte auch die Verhaftung von Mitgliedern der Jugendorganisation – so wurden beispielsweise die FDJ-Mitbegründer Manfred Klein (Leiter JU KV Prenzlauer Berg) und Georg Wrazidlo (CDU) am 13. März 1947 verhaftet und wegen »geheimer faschistischer Tätigkeit« sowie »Waffenbesitzes« verhaftet und verurteilt (Mählert/Stephan 1996: 56f.). Am 26. Januar 1948 veranlasste der SMAD schließlich die Gründung eines neuen Jugendausschusses der CDU und verbot gleichzeitig die Namensführung Junge Union (Sagner 1957: 29f.). Daraufhin wurde vom Zonensprecher der Jungen Union am 1. Februar die Einstellung der Arbeit bekannt. Es bestünde »nur noch die Alternative zwischen politischem Martyrium oder Verfälschung der Idee« (ebd.: 30).

Während sich die Situation in der sowjetischen Besatzungszone zuspitzte, fand auf Initiative der Jungen Union Berlins, Bayerns und der britischen Zone vom 17. bis 21. Januar 1947 im hessischen Königstein das erste (reichsweite) Treffen statt, das rückblickend als erstes Deutschlandtreffen und als konstituierendes Treffen der Jungen Union gilt. 59 junge Männer und Frauen zwischen 18 und 42 Jahren aus allen Besatzungszonen nahmen an diesem Gründungstreffen teil, das heute Bezugspunkt für die eingangs skizzierten Jubiläen ist.

Die Versammlung beschloss die erste gemeinsame, nach dem Tagungsort benannte »Königsteiner Erklärung«. In ihr forderte die Jugendorganisation

»die soziale Tat (wie Hebung des Lebensstandards, Linderung der Not der sozial Schwachen, Lastenausgleich, Siedlungsprogramm, Mitbestimmungsrecht und leistungsgerechten Lohn). Die Junge Union fordert die Rechtssicherheit (damit die Freiheit und Unverletzbarkeit der Person in Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtspflege auch tatsächlich beachtet wird). Darüber hinaus bittet die Junge Union die christliche Jugend der Welt, die deutsche Jugend nicht zu verdammen, sondern ihr zu helfen, das Chaos zu überwinden« (zit. n. Reddemann 1972: 20).

Die Frage der Konfessionszugehörigkeit spielte, anders als bei der konservativen und katholischen Deutschen Zentrumspartei vor dem Nationalsozialismus, keine Rolle mehr für die Jugendorganisation:

»Es hat für die entstehende politische Bewegung niemals auch nur das Geringste ausgemacht, ob wir evangelischen oder katholischen Glau-

bens gewesen sind. Wir wussten, wir sind Christen, wir gehören zusammen, wir wollen das gleiche, und darum sind wir ans Werk gegangen«,

erinnert sich Bruno Six, der erste, in Königstein gewählte Bundesvorsitzende (Six 1957: 60). Gegenüber der CDU forderte er auf deren Parteitag in der Britischen Besatzungszone vom 14. bis 15. August 1947 – dem ersten öffentlichen Auftreten der Jungen Union bei einer ihrer beiden Mutterparteien – mit deutlichen Worten Platz für die politische Verantwortungsübernahme der Jugend:

»Eine Generation, die zweimal Krieg und Frieden verloren hat, hat keinen Anspruch darauf, zum dritten Male ein Reich allein gestalten zu dürfen. Das mag hart sein für sie; es mag bitter hart sein, aber es hat keinen Wert, sich der Wirklichkeit zu verschließen. Die junge Generation erkennt sie nicht an, und wenn sie sich dagegen stemmt, dann wird auf Grund der biologischen Tatsachen die junge Generation über sie zur Tagesordnung hinweggehen. Um Gottes willen, wir brauchen ihren Rat, wir brauchen ihn dringend. Aber was nicht sein darf, ist, dass sie der Jungen Union den Platz versperrt« (zit. n. Schwarz 1957: 14).

Auf dem ersten CDU-Bundesparteitag vom 20. bis 22. Oktober 1950 in Goslar beschlossen die Delegierten die Aufnahme der Jugendorganisation in die Satzung der CDU (vgl. Ziegler 1954: 8). Und in § 1 der auf dem Deutschlandtag der Jungen Union am 29. September 1951 verabschiedeten Satzung der Jugendorganisation heißt es entsprechend umgekehrt:

»Die Junge Union Deutschlands ist die Gemeinschaft der Jungen Union in der Christlich-Demokratischen Union und Christlich-Sozialen Union« (zit. n. Schwarz 1957: 90).

Programmatisch hatte die Junge Union bereits auf dem vorherigen Treffen des Deutschlandrats vom 25. bis 26. März 1950 mit den »Würzburger Beschlüssen« die Weichen gestellt. Die neun Sätze können als frühes Grundsatzprogramm der Jugendorganisation bezeichnet werden (vgl. Heitzer 1988: 48).

Mit der ersten Bundestagswahl am 14. August 1949, bei der die CDU/CSU in einer Koalition mit der Freien Demokratischen Partei (FDP) sowie der Deutschen Partei (DP) die Regierungsverantwortung übernahm, wurde die Junge Union zur Regierungsjugendorganisation. Geprägt wurde sie von der Heimkehrergeneration: Ihr Erleben des Krieges als junge Soldaten, Flakhelfer oder Volkssturmmänner führte

1950 zu einer heftigen Debatte über die Frage der Wiederbewaffnung der Bundesrepublik Deutschland, die Bundeskanzler Konrad Adenauer und die Unionsparteien anstrebten. Als der Kanzler gemeinsam mit dem Vorsitzenden des Außenpolitischen Bundestagsausschusses, Kurt-Georg Kiesinger, auf dem Deutschlandtag der Jungen Union 1951 in Bonn für dieses Ziel warb, konnte er sich dennoch die Unterstützung der Jungen sichern. Im Rahmen einer innerverbandlichen Diskussion bekannte sich die Jugendorganisation zur Wiederbewaffnung (vgl. Reddemann 1972: 34-38; Schmidt 1983: 608). Im Bundestagswahlkampf 1953 wurde die Jugendorganisation zu einer wichtigen Stütze der Unionsparteien (vgl. Schwarz 1957: 20f.), allerdings brachte ihr das auch den Ruf einer ›Klebekolonne‹ ein (vgl. Hackel 1978: 115-118). Zugleich entwickelte sich die Junge Union zum Nachwuchsreservoir für die Unionsparteien: 35 Mitglieder der Jugendorganisation gehörten in der zweiten Legislaturperiode als Abgeordnete der CDU/CSU-Bundestagsfraktion an. Kritisch wurde der JU bereits zu dieser Zeit vorgeworfen, eine ›Karrieristenorganisation‹ zu sein (vgl. Krabbe 2002 103f.; vgl. auch Grotz 1983: 64 sowie Radunski 1970). Dabei zeigte sie sich nicht angepasst. Auf dem Deutschlandtag in Travemünde 1956 forderte sie vehement eine Parteireform, kritisierte Kanzler Adenauer und warnte vor restaurativen Tendenzen in der Bundesrepublik (vgl. Reddemann 1972: 40f.). Unterdessen hatte mit der Wahl von Gerhard Stoltenberg zum Vorsitzenden 1955 eine neue Generation die Führung der Jungen Union übernommen (vgl. Grotz 1983: 61). Doch das war nicht unbedingt gleichbedeutend mit einer Modernisierung. In deutschlandpolitischen Fragestellungen vertrat die Jugendorganisation beispielsweise bis in die späten 1960er-Jahre hinein die klassischen Positionen der CDU der 1950er-Jahre. Teilweise rigider als mancher CDU-Politiker lehnten sie dabei unter anderem vehement jegliche Kontakte zu kommunistischen Organisationen ab und traten gegen eine Anerkennung der DDR ein (vgl. Schönbohm 1978: 586; vgl. auch Krabbe 2010: 192). Insgesamt verstand sich die Jugendorganisation in den ersten beiden Jahrzehnten der jungen Bundesrepublik »als die staatstragende Jugendorganisation der dominierenden Regierungspartei CDU« (Schönbohm 1978: 585) und vermied bis auf wenige Ausnahmen die kritische Auseinandersetzung mit den Mutterparteien. Vielmehr vertrat sie in der Öffentlichkeit ihre Politik und verteidigte sie gegenüber Kritik. Auch wenn sie dabei noch versuchte, mit eigenen Vorschlägen Einfluss zu nehmen, war sie nicht in der Lage, den politischen Zerfallsprozess der Unionsparteien als

maßgebliche Regierungspartei »durch eigene politische Impulse aufzuhalten oder für eine rechtzeitige sachpolitische und personelle Regeneration zu sorgen« (ebd.: 587). Bei der Bundestagswahl am 28. September 1969 konnten sich CDU und CSU zwar mit dem besten Ergebnis behaupten, mussten jedoch Stimmenverluste hinnehmen. Dafür gewann die SPD hinzu und bildete im Anschluss mit der FDP die erste sozialliberale Koalition. Die CDU und CSU hatten nach 20 Jahren die Regierungsverantwortung verloren.

»Die Analyse des Wahlergebnisses bestätigt, dass das Bild unserer Partei zu stark mit der Bundesrepublik der fünfziger und sechziger Jahre verknüpft ist. Wir haben unsere Stimmen von jenen Wählern bezogen, die sich von den traditionellen Motiven für die Wahl der CDU haben bestimmen lassen« (Heck 1970: 32),

kritisiert CDU-Generalsekretär Dr. Bruno Heck auf dem anschließenden Bundesparteitag am 17. November 1969. Vor allem bei den 21- bis 29-Jährigen büßte die Partei Stimmen ein, ihr Stimmenanteil ging von 49,4 Prozent bei der Bundestagswahl 1965 auf nun 43,1 Prozent zurück (vgl. Grotz 1983: 65). Die Selbstkritik traf dabei auch die Junge Union. Sie sei zu loyal gewesen, hätte keine Impulse gegeben und versäumt, die Jugend für die Partei zu gewinnen. Stattdessen habe sie sich, betont Manfred Wörner (CDU), »zu sehr als ein Bündnis junger Leute, mit dem Streben zur Macht« verstanden (zit. n. Der Spiegel 1969: 32). Gleichwohl kritisiert auch die Jugendorganisation auf ihrem Deutschlandtag vom 7. bis 9. November 1969 in Hamm die Mutterpartei, weil sie ihr Wahlergebnis nur in jenen gesellschaftlichen Gruppen gehalten habe, deren Anteil an der Bevölkerung rückläufig sei (vgl. Bilstein et al. 1972: 86f). Die Junge Union forderte, dass sich die Union als Ganzes konzeptionell erneuern müsse (vgl. Grotz 1983: 107). Wenig überraschend stand der Deutschlandtag deshalb ganz im Zeichen der Neuorientierung. Claus-Peter Grotz sieht nicht nur das schlechte Wahlergebnis als Ursache, sondern auch die sich bereits länger abzeichnende innerverbandliche Diskussion über Aufgaben und Selbstverständnis der Jugendorganisation sowie die Irritation darüber, dass sich mit der Außerparlamentarischen Opposition Teile der Jugend unabhängig von Parteijugendorganisationen organisierten (vgl. ebd.: 64f.). Zunächst wurde in Hamm der alte JU-Vorsitzende Egon Klepsch abgewählt, nicht ohne ihm zum Vorwurf zu machen, dass er eine Reform des Verbandes versäumt hätte (vgl. ebd.: 70) und er mit seinen 39 Jahren wohl kaum glaubhaft als Interessenvertreter der Jugend fungieren könne (vgl. Prangenberg

1972: 96). Beschlossen wurde sodann die Herabsetzung des Höchstalters für die Mitgliedschaft in der Jungen Union von 40 auf 35 Jahre. Zum neuen Vorsitzenden wählten die Delegierten Jürgen Echternach und neben ihm noch sechs weitere neue Mitglieder in den insgesamt elfköpfigen Bundesvorstand (vgl. Grotz 1983: 70) – auch hier wurde der Gedanke des Aufbruchs und der Neujustierung also deutlich spürbar. Mit ihnen begab sich der Verband auf neuen Kurs, mit dem Ziel, »in kritischer Eigenständigkeit gegenüber der Partei Beiträge zur Weiterentwicklung der Politik zu leisten sowie Sprecher der jungen Generation gegenüber der Partei zu sein« (Echternach 1972: 111).

Das neue Selbstverständnis zeigte sich kurz darauf auf dem ersten Oppositionsparteitag der CDU am 17. und 18. November 1969 in Mainz, auf dem Echternach den CDU-Generalsekretär Dr. Bruno Heck für dessen Verständnis von Demokratie kritisierte. Der hatte in einer Fernsehdiskussion in Bezug auf die SPD gesagt, dass die Union »die Demokratie als Organisationsform des Staates« bejahe, »aber nicht in gleicher Weise als Gestaltungsprinzip der Gesellschaft« (Heck 1969: 11). Vor der Demokratisierung der Gesellschaft würden sie warnen, so Heck (vgl. ebd.: 14). Echternach kritisiert, dass Heck seine Meinung nicht als persönliche Äußerung formuliert habe und betont, dass dessen formales Demokratieverständnis überholt sei. Demokratie »meint auch inhaltliches, ein gesellschaftliches Ziel«, hält Echternach in der Debatte in Mainz dagegen und wiederholte, was er bereits in Hamm gesagt hatte: Es gelte,

»bei der Weiterentwicklung der Demokratie in den gesellschaftlichen Raum hinein drei Prinzipien zu verwirklichen. Es gilt 1. die Macht wo immer sie auftritt, zu kontrollieren und ihren Missbrauch zu verhindern. Es gilt 2. die Entscheidungsvorgänge in den Herrschaftssystemen für die Betroffenen verständlich und durchsichtig zu machen, und es geht 3. darum, den einzelnen an Dingen, die ihn unmittelbar berühren, mitwirken zu lassen, ihm jedenfalls dazu die Chance zu geben...« (zit. n. Bilstein et al. 1972: 94).

Über zwei Jahre währte die Diskussion über dieses Verständnis von Demokratie mit der Mutterpartei. Doch letztendlich habe sich die Jugendorganisation gegen den Generalsekretär durchsetzen können und ihr Demokratieverständnis Eingang in das 1971 auf dem Düsseldorfer Parteitag verabschiedete Parteiprogramm der CDU gefunden (vgl. Echternach 1988: 149). Bei der programmatischen Profilbildung der sich seit Hamm neu ausrichtenden Junge Union war die Einflussnahme auf die Wil-

lensbildung der Unionsparteien stets der Orientierungspunkt, um sie »politisch-programmatisch zu reformorientierten Volksparteien zu erneuern« (zit. n. Grotz 1983: 74).

Weniger Erfolg hatte die Junge Union zunächst mit zwei anderen programmatischen Beschlüssen: Auf dem Deutschlandtag 1970 in Braunschweig fasste die Jugendorganisation einen Beschluss zur betrieblichen Mitbestimmung, der sich an jenem Modell orientierte, das die von der CDU eingesetzte Biedenkopf-Kommission vorgeschlagen hatte. Doch auf dem Düsseldorfer Parteitag wurde es zu Gunsten eines von Alfred Dregger eingebrachten Modells abgelehnt, das wesentlich arbeitgeberfreundlicher war (vgl. Krabbe 2002: 182). Letztendlich näherte sich die Junge Union aber über diese Mitbestimmungsdiskussion den eher linken Sozialausschüssen der Christlich Demokratischen Arbeitnehmerschaft (CDA) an (vgl. Grotz 1983: 77). Auf Wohlwollen stieß bei CDU/CSU auch nicht der Beschluss des Saarbrücker Europakongresses der Jungen Union 1970. Die Jugendorganisation, die sich bereits 1947 international mit gleichgesinnten Verbänden zu vernetzen begann, fasste dort unter anderem Beschlüsse zur Deutschland- und Ostpolitik. Sie begrüßte nun

»den Versuch, durch den deutsch-polnischen Vertrag zu einer Normalisierung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Polen und zu einer Versöhnung der beiden Völker zu gelangen. Sie stellt fest, dass die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als Westgrenze Polens dafür eine unerlässliche Voraussetzung ist« (zit. n. Dumann 1972: 269f.).

Damit brach in jener Zeit, in der die CDU/CSU die Regierungskoalition mitunter scharf für deren Ostpolitik kritisierte, eine Welle der Kritik über den Jugendverband von Seiten der Unionsparteien herein (vgl. Grotz 1983: 80).

»Als wir uns in Hamm entschlossen hatten, eine eigenständige und kritische Position gegenüber unseren Mutterparteien einzunehmen, musste sich jeder von uns im Klaren sein, dass wir damit in den Reihen unserer Partei und auch innerhalb unserer eigenen Mitglieder keine ungeteilte Zustimmung finden würden. Dafür hatten sich zu viele zu lange an eine andere Junge Union gewöhnt, die allenfalls in Detailfragen gegen die offizielle Parteilinie aufbegehrte, dafür war Bindung zwischen Partei und Junger Union vielerorts zu eng geworden« (zit. n. Dumann 1972: 247),

resümierte Echternach in seinem Rechenschaftsbericht auf dem Bremer Deutschlandtag vom 2. bis 4. Oktober 1971. Von bleibender Bedeutung dieser Delegiertenversammlung ist nicht nur die Absenkung des Mindestbeitrittsalters von 16 auf 14 Jahre (vgl. Wagner 1998: 64)¹⁸, sondern auch der Auftrag an den Bundesvorstand, zum nächsten Deutschlandtag in Zusammenarbeit mit den JU-Landesverbänden ein Grundsatzprogramm zu entwerfen (vgl. Grotz 1983: 83). Tatsächlich lag ein solches dem Deutschlandtag in Fulda vom 29. September bis 1. Oktober 1972 im Entwurf vor und wurde schließlich auf dem außerordentlichen Deutschlandtag im Juni 1973 verabschiedet. Unter der Überschrift »Für eine humane Gesellschaft« präsentiert sich der Jugendverband als »Initiator demokratischer Reformpolitik« und »Alternative zu den dogmatisch festgelegten Bewegungen von links und rechts mit ihren totalitären und antidemokratischen Ansätzen« (Junge Union Deutschlands 1973/1978: 601). Inhaltlich rückt sie, wie der Titel schon nahelegt, den Menschen – im Rahmen ihres christlich geprägten Menschenbildes – in den Mittelpunkt ihrer Politik. Die Wirtschaft stehe »im Dienst der Gesellschaft«, schreibt die Junge Union und postuliert dort weiter: »Wirtschaft ist nicht Selbstzweck. [...] Freiheit und Menschenwürde stehen im Mittelpunkt und haben im Konfliktfall Vorrang vor ökonomischem Nutzen« (ebd.: 611). Die soziale Marktwirtschaft erachtet sie dabei am ehesten als Garanten zur Verwirklichung dieses Anspruchs. Grotz wertet das Grundsatzprogramm als

»ein Dokument einer neuen Generation in der Organisation und zugleich Ausdruck eines gewandelten Selbstverständnisses des Verbandes nach 1969, wobei das Grundsatzprogramm sozusagen der theoretische Nachvollzug bzw. die Vollendung davon war« (Grotz 1983: 94).

Allerdings weist er auch darauf hin, dass es in der innerverbandlichen Diskussion schon kurz nach 1973 keine Rolle mehr spielte (vgl. ebd. 1983: 93). Ebenso folgenlos blieb der Beschluss »Strategie eines dritten Weges zu einer humanen Gesellschaft« (vgl. Grotz 1983: 104), mit dem die Jugendorganisation »jenseits von Kapitalismus und marxistischem Sozialismus [...] eine neue grundlegende Neuordnung von Wirtschaft und Gesellschaft« anstrebte (Junge Union Deutschland 1974/78: 620). Zur Verwirklichung der Ziele stünde ihr vor allem die Einflussnahme auf die Mut-

¹⁸ Wann die Absenkung des Mindestbeitrittsalters bei der Jungen Union von 18 auf 16 Jahre beschlossen wurde, ließ sich anhand der durchgesehenen Literatur nicht feststellen.

terparteien offen, hält die Junge Union fest und entwarf deshalb gezielt Strategien zur Steigerung des Einflusses auf die Unionsparteien (vgl. ebd.: 630). Damit präsentierte sich die Jugendorganisation »weniger als eine Vertretung der Jugend innerhalb der Partei«, betonte Matthias Wissmann rückblickend, der 1973 zum neuen JU-Vorsitzenden gewählt worden war. Sie stellte sich »als eine politische Kraft dar, die bestimmte politische Vorstellungen vertritt und die Mutterpartei in ihrem Sinne zu beeinflussen und zu verändern sucht« (Wissmann 1988: 155). Doch eine »spürbare Wirkung« auf die tatsächliche Arbeit im Gesamtverband der Jungen Union habe der Beschluss nicht gehabt, resümiert Wulf Schönbohm trocken (Schönbohm 1978: 592).

Unterdessen war die CDU/CSU bei der vorgezogenen Bundestagswahl 1972 zum ersten Mal der SPD auch in absoluten Zahlen unterlegen. Den erneuten Verlust von Jungwählerinnen und -wählern lasteten die Unionsparteien einmal mehr der Jungen Union an, die

»unter Jugendlichen weiterhin als rückständig und unausgesprochen unattraktiv [galt]. Ihre dezidierte Politisierung wurde dabei ebenso wenig zur Kenntnis genommen, wie ihr programmatischer Wandel« (Krabbe 2002: 190).

Wulf Schönbohm, Mitglied des JU-Bundesvorstands in der ersten Hälfte der 1970er-Jahre, kommt zu einer anderen Einschätzung. Die Junge Union hätte seit Hamm ihr Ansehen in der Öffentlichkeit vielmehr erheblich steigern können. Als Beleg gelten ihm die enormen Mitgliederzuwächse, für die er jedoch auch die Gründung der Schüler Union (SU) mitverantwortlich macht (vgl. Schönbohm 1978: 595; vgl. Zur SU auch Bülow 1975; Schildt 2003). Diese »als Antwort auf die ›68er-Bewegung« in Schülerschaft und Lehrerkollegien« (Mißfelder 2007a: 113) 1972 gegründete Interessenvertretung für Schülerinnen und Schüler geht auf eine Initiative der Jungen Union zurück und sollte nicht nur eine Veränderung des politischen Klimas in der Schülerschaft bewirken:

»Indirektes Ziel und Neben- und Folgewirkung der langfristigen Klimaveränderung ist ein stärkerer Einfluss der JU in der Schülerschaft, Imageverbesserung der JU und CDU und die Möglichkeit der Erschließung neuer JU-Mitglieder« (zit. n. Grotz 1983: 153).

Tatsächlich stiegen die Mitgliedszahlen der Jungen Union ab Anfang der 1970er-Jahre kontinuierlich an. Waren 1969 noch 117.494 Personen Mitglied der Jungen

Union, waren es 1975 bereits 213.986, 1980 dann 249.783 und am 21. Juli 1983 schließlich 265.207 Mitglieder (vgl. Grotz 1983: 46; Wagner 1998: 88) – das war der höchste Mitgliederstand, den die Junge Union jemals verzeichnete.

Ab Mitte der 1970er-Jahre findet eine »jugendpolitische Wende« (Grotz 1983: 148) in der JU statt, eine Hinwendung zu explizit jugendpolitischen Themen. Dabei gelingt es, eigene programmatische Ideen in Beschlüsse der Unionsparteien zu überführen (vgl. Grotz 1983: 151). Auch in anderer Hinsicht beschriftet die Junge Union neue Wege: Anlässlich des Staatsbesuchs von Leonid Breschnew, Generalsekretär des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (KPdSU), organisierte der Jugendverband am 22. November 1981 unter dem Motto »Für Frieden und Menschenrechte« eine Kundgebung auf dem Bonner Marktplatz.

»Stand unsere Organisation bisher immer verschämt im Abseits, wenn irgendwo groß demonstriert wurde, so spürten wir alle ganz plötzlich, dass da doch noch Kräfte schlummern in der Jungen Union, von denen wir gar nichts ahnten...«,

erinnert sich Klaus Döhl (1997: 94) anlässlich des 50. Jubiläums der Jugendorganisation an die Demonstration in Bonn zurück. 50.000 Protestierende sollen daran teilgenommen haben. Motiviert waren sie nicht ausschließlich davon, Menschenrechtsverletzungen in der Sowjetunion zu kritisieren, sondern auch das antikommunistische Weltbild des Jugendverbands wird ein nicht unerheblicher Mobilisierungsfaktor gewesen sein. Nichtsdestotrotz nimmt die Junge Union in den 1980er-Jahren nach der Rückkehr der Union in die Regierungsverantwortung erneut als »Regierungsjugend« offizielle Kontakte in die DDR auf (vgl. Böhr 1988: 176) – gleichwohl mahnt sie öffentlich weiterhin die Menschenrechtsverletzungen in der DDR an, wie zum Beispiel mit einem Fackelzug unter dem Motto »40 Jahre DDR = 40 Jahre Unrechtsregime zu viel«. Entsprechend freudig begrüßte die Jugendorganisation die dortigen Proteste 1989. Auf dem Deutschlandtag vom 3. bis 5. November 1989 berichtet der scheidende Bundesvorsitzende Christoph Böhr vom Besuch eines Gottesdienstes in der Woche zuvor in Ostberlin. Es ginge den Jugendlichen drüben

»nicht um Wohlstand [...], mehr Konsum, größere Annehmlichkeiten, randvoll gefüllte Supermärkte oder schnellere Autos. Diese Menschen wollen frei sein, das Joch der Unterdrückung abschütteln, eine pluralistische Demokratie, Recht statt Unrecht, Menschenwürde statt Bevormundung. Ihr Programm lässt sich in einem Wort zusammenfas-

sen: Menschenrechte. Und das ist auch unser Programm. Diese jungen Leute können sich auf uns verlassen: Wir stehen auf ihrer Seite, wir sind ihnen im Geist der Menschenrechte verbunden« (zit. n. Wagner 1998: 71).

Der folgende Deutschlandtag fand schließlich vom 14. bis 16. September 1990 in Leipzig statt – zu dieser Zeit noch eine Bezirksstadt der scheidenden DDR. Dort vereinigte sich die Junge Union mit der Christlich Demokratischen Jugend (CDJ), die erst am 9. November 1989 als »möglichst breite Plattform für junge Christdemokraten« gegründet worden war, mit der Jugend des Demokratischen Aufbruchs (JdDA) sowie der Jungen Union der Demokratisch Sozialen Union (DSU) (Bundesvorstand der Jungen Union Deutschlands 1997: 74-76). In den folgenden Jahren breitete sich die Jugendorganisation, ein »Kind der Wende« (Kretschmer 2010: 11), in den neuen Ländern aus. Mit 1.800 Mitgliedern ist der Thüringer Landesverband 2022 nicht nur der mitgliederstärkste, sondern nach eigenen Angaben auch »der größte politische Jugendverband der neuen Bundesländer« (Junge Union Thüringen 2022).

Der Band zum 60. Jubiläum der Jungen Union 2007 berichtet mit Blick auf die Zeit seit 1990 vor allem über die Unterstützung der Unionsparteien bei diversen Wahlen und die Erfahrung, 1998 zum wiederholten Male zur Oppositionsjugend degradiert worden zu sein, um sich dann 2005 in einer großen Koalition wiederzufinden, und über die fortgesetzte kritische Auseinandersetzung mit den Mutterparteien (vgl. Mißfelder 2007a: 198-213, 232-275). Neben vielen anderen politischen Zielsetzungen, die die Junge Union seit der Vereinigung von 1990 vertrat, war die Forderung der politischen Beteiligung der jungen Generation in den Mutterparteien ein Dauerthema der Jugendorganisation seit ihrer Gründung. Dafür war auf dem CDU-Parteitag vom 9. bis 11. April 2000 in Essen beispielsweise auch das »Erneuerungsquintett« (Gemein 2000: 5) angetreten, bestehend aus der damaligen Bundesvorsitzenden der Jungen Union, Hildegard Müller, ihrer Stellvertreterin Tanja Gönner, dem Bundesvorsitzenden der Schüler Union, Philipp Mißfelder, sowie Katharina Reiche und Dirk Notheis. Sie ließen sich zur Wahl in den CDU-Bundesvorstand aufstellen und wurden bis auf Notheis auch gewählt. Mißfelder wurde damit das »jüngste CDU-Bundesvorstandsmitglied aller Zeiten« (Gemein 2000: 6). Der damals 20-Jährige war bereits 1993 Mitglied der Jungen Union als auch der Schüler Union geworden. Dort machte er Karriere: 1996 war er SU-Kreisvorsitzender Bochum, 1997 Landesvorsitzender der Schüler Union in Nordrhein-Westfalen und von 1998 bis 2000 SU-Bundesvorsitzender. 2002 wurde er mit

23 Jahren Bundesvorsitzender der Jungen Union und anschließend immer wieder im Amt bestätigt, bis er 2014 altersbedingt nicht mehr antreten konnte. Auch in der CDU, der Mißfelder seit 1995 angehörte, hatte er Gewicht. Seit 2005 war er Bundestagsabgeordneter und seit 2008 ordentliches Mitglied im Auswärtigen Ausschuss und außenpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Politisch galt er manchem als »Nachwuchshoffnung für die Rechte der CDU« (Denkler 2010). Tatsächlich hatte sich Mißfelder als Konservativer profiliert. 2007 veröffentlichte er gemeinsam mit Stefan Mappus, Hendrik Wüst und Markus Söder das Strategiepapier »Moderner bürgerlicher Konservatismus. Warum die Union wieder mehr an ihre Wurzeln denken muss«. Sie beklagen darin die Vernachlässigung des bürgerlich-konservativen Elements von Seiten der Union unter den Bedingungen der Großen Koalition (vgl. Mappus et al. 2007: 2). Wollte die Union bei der Bundestagswahl 2009 über 40 Prozent erringen, müsse sie »auch ihre Stammwähler mobilisieren«, müsse sie »auch für heimatverbundene Patrioten, überzeugte Christen und wertbewusste Konservative die politische Heimat bleiben. Rechts von der Union darf es keine demokratisch legitimierte Partei geben« (ebd.: 3). Obwohl Mißfelder wegen mancher Äußerung¹⁹ mitunter scharf in der Öffentlichkeit von Seiten der Opposition, manchmal aber auch aus der eigenen Partei kritisiert wurde, prägte er aufgrund seiner Präsenz in Partei und Öffentlichkeit während seiner Amtszeit das Bild der Jugendorganisation nachhaltig. Gegenüber *Welt Online* hielt er im Juni 2011 fest:

»Die Junge Union ist – im Gegensatz zu anderen CDU-Vereinigungen wie etwa den dramatisch an Mitgliedern verlierenden Sozialausschüssen – in einer stabilen Situation. Mit 125.000 Mitgliedern sind wir größer als die Jugendorganisationen aller anderen Parteien zusammen. Wir sind auf dem Land stark, aber auch in großen Städten« (zit. n.: Alexander 2011).

Mißfelder, der im Sommer 2015 überraschend verstarb, wurde am 16. Oktober 2015 auf dem Deutschlandtag in Hamburg posthum zum JU-Ehrenvorsitzenden ernannt (vgl. Kain 2015). Paul Ziemiak war zu diesem Zeitpunkt schon neuer Vorsitzender

¹⁹ In der Debatte um die Reform der Sozialsysteme meinte Mißfelder gegenüber dem *Tagesspiegel am Sonntag* (Eubel/Siebenmorgen 2003), dass die junge Generation einseitig belastet würde, forderte deutliche Veränderungen und verstieg sich zu der Aussage, dass die Sozialsysteme nicht dafür da seien, damit jeder Senior »fit für einen Rentner-Adventure-Urlaub« sei und meinte: »Ich halte nichts davon, wenn 85-Jährige noch künstliche Hüftgelenke auf Kosten der Solidargemeinschaft bekommen« (Eubel 2003). Mit Bezug auf die Debatte um die Erhöhung des Arbeitslosengeld II (»HartzIV«) äußerte Mißfelder am 15.2.2009 bei einem Frühschoppen seiner Partei in Haltern am See: »Die Erhöhung von Hartz IV war ein Anschlag für die Tabak- und Spirituosenindustrie« (Fischer 2009).

der Jugendorganisation. Er hatte sich im Jahr zuvor überraschend gegen Benedict Pöttering durchgesetzt, den Mißfelder eigentlich als neuen Vorsitzenden im Blick hatte. Die *Bild*-Zeitung war seinerzeit schnell mit einer Analyse zur Hand, wo die Unterschiede zwischen Ziemiak und Mißfelder lägen:

»Wer wissen will, was Paul Ziemiak von seinem Vorgänger Philipp Mißfelder unterscheidet, muss ihm nur eine Minute zuhören. Sorgfältig wählt der 29-Jährige seine Sätze, spricht mit dem gemütlich wirkenden Zungenschlag seiner westfälischen Heimat« (Silalahi 2014).

Das *Süddeutsche Zeitung Magazin* überschreibt ein Porträt über Ziemiak hingegen mit dem Titel »Der Anpasser« (Smechowski 2017) – aufgrund seines gradlinigen Aufstiegs: Er trat bereits in sehr jungen Jahren der Jungen Union bei. Da er noch nicht 14 Jahre alt gewesen sei, habe man auf dem Mitgliedsantrag sein Geburtsdatum verändert (vgl. ebd.: 11). Er machte schnell Karriere. In seiner Heimatstadt Iserlohn wurde er Vorsitzender im Kinder- und Jugendparlament, mit 17 Jahren saß er im Kreisvorstand, mit 21 im Landesvorstand, mit 24 Jahren wurde er Vorsitzender des Bezirksverbands Südwestfalen, mit 26 saß er dem Stadtverband vor, und 2012, mit 27 Jahren, wurde Ziemiak Landesvorsitzender der Jungen Union Nordrhein-Westfalen. Und dann 2014 folgt der Vorsitz der Jungen Union Deutschlands. In seiner fünfjährigen Amtszeit wird er 2018 auch Generalsekretär der CDU (bis 2022). Er provoziert nicht, er macht Karriere – anders als sein Nachfolger beim Jugendverband: 2019 wird Tilman Kuban, der »Mann der scharfen Sprüche« (Vates 2019), zum neuen Bundesvorsitzenden gewählt. In der Tageszeitung *Die Welt* gesteht er freimütig: »Angela Merkel war kein Idol von mir« (zit. n. Alexander 2019: 4) – Abgrenzungsbemühungen angesichts des nahenden Endes der langjährigen Kanzlerschaft Merkels. Auch er war in jungen Jahren der Jungen Union beigetreten und zuvor von 2014 bis 2019 Landesvorsitzender der Jungen Union Niedersachsens gewesen. 2021 zog er schließlich erstmals in den Bundestag ein. Er scheute sich nicht, deutliche Worte zu finden – auch wenn das in der Partei provozierte, beispielsweise, wenn er kurz nach seiner Wahl zum Bundesvorsitzenden moniert, dass es in der CDU eine »Gleichschaltung« gebe:

»In den letzten Jahren haben sich viele in der CDU nicht mehr wohlfühlt, weil wir bei unserer Ausrichtung eine Gleichschaltung erlebt haben. Wir brauchen wieder drei Flügel und Persönlichkeiten, die ihre Meinung sagen« (zit. n. Alexander 2019).

Nur einen Tag später relativiert er seine Wortwahl – sein Einstand indes war gelungen. Tilman Kubans Name wurde zum Begriff und er zu einem gefragten Gesprächspartner der Medien.

3.2.2 Programmatik

Die politische Ausrichtung der Jungen Union zeigt sich in Wortbeiträgen, Pressemitteilungen und Beschlüssen ihrer Gremien. Im Zeitraum der Interviewführung mit Jugendlichen, die gerade erst der Jungen Union beigetreten waren, war noch das auf dem Deutschlandtag in Fulda vom 27. bis 29. Oktober 1995 beschlossene und auf dem Deutschlandtag in Magdeburg vom 24. bis 26. Oktober 1997 durch Beschluss geänderte Grundsatzprogramm in Kraft. Damit stellte es den möglichen Gegenstand der Auseinandersetzung im Beitrittsprozess dar und wird zunächst kurz skizziert. Relativ zeitnah nach der Interviewphase verabschiedete die Jugendorganisation auf dem Deutschlandtag in Rostock vom 5. bis 7. Oktober 2012 das neue Grundsatzprogramm »Raum für Ideen schaffen – Überzeugungen klar vertreten!« – seine wesentlichen Neuerungen werden im Anschluss kurz vorgestellt.

Grundlage des politischen Handelns der Jungen Union ist, so ihr Grundsatzprogramm von 1995/1997, ihr christlich geprägtes Menschenbild, eine wesentliche Säule ihres Konservativismus: »Grundlage unserer Bemühungen, politische Mitverantwortung für die Gestaltung der Zukunft zu übernehmen, ist das christliche Verständnis vom Menschen«, heißt es in der Präambel des Grundsatzprogramms. Unter Punkt II.8 wird dies konkretisiert:

»Die Politik der Jungen Union beruht auf der Achtung des Menschen als einmalig, unverwechselbare und eigenverantwortliche Persönlichkeit mit unantastbarer Würde. Ihre wichtigste Wurzel ist das christliche Verständnis von Menschen und seiner Verantwortung vor Gott« (Junge Union Deutschland 1995/97: 5).

Die Unantastbarkeit der gottgegebenen menschlichen Würde führt die Junge Union zu einer grundsätzlichen Lebensschutzposition: »Menschliches Leben und dessen Schutzwürdigkeit beginnt mit der Vereinigung von Samen und Eizelle« (Ebd.: 6 (II.9)). Folglich lehnt die Junge Union Abtreibung, Präimplantationsdiagnostik (PID), Stammzellenforschung, aber auch aktive Sterbehilfe ab (vgl. ebd.). Ferner ist das christliche Selbstverständnis Basis für ökonomisches, ökologisches und soziales

Handeln. Der Mensch sei ebenso wie die Natur Produkt göttlicher Schöpfung, der »in und mit seiner natürlichen Umwelt« (ebd.: 8 (III.14)) lebe und wirke. Sie habe er zu erhalten, mehr noch, »unsere Entscheidungen und unser Handeln« haben sich daran zu messen, »wie wir die natürlichen Lebensgrundlagen künftiger Generationen treuhänderisch bewahren« (ebd.: 8 (III.16)). Dafür wäre es unter anderem notwendig, die Soziale Marktwirtschaft »zu einer Sozialen und Ökologischen Marktwirtschaft« weiterzuentwickeln (ebd.: 9f. (III.19)).

Das Bekenntnis zur (sozialen) Marktwirtschaft impliziert bei der Jungen Union das Bekenntnis zu Privateigentum als »grundlegende Voraussetzung der freien Entfaltung des Individuums« (ebd.: 27 (VII.69)) sowie zu Wettbewerb und offenen Märkten (vgl. ebd.: 27f. (VII.70)). Dazu gehört auch – insofern es sozial verträglich ist – staatliche Aufgaben zu privatisieren (vgl. ebd.: 36 (X.89)). Dem Staat solle lediglich die Rolle zukommen, einen Ordnungsrahmen zu setzen. Ansonsten agiere er subsidiär. Am Beispiel des Umweltschutzes bedeutet dies, dass sich das staatliche Handeln

»nach Möglichkeit darauf beschränkt, Rahmenbedingungen zu setzen und Anreize zu umweltschonendem Verhalten zu schaffen. Gebote und Verbote sollen nur dann eingesetzt werden, wenn andere Wege nicht rechtzeitig oder nur unzureichend zum Erfolg führen« (ebd.: 9 (III.18)).

Eine ähnliche Eingriffsschwelle formuliert die Junge Union in Bezug auf die Wirtschafts-, Sozial- und Bildungspolitik. Die Verpflichtung zur Eigenverantwortlichkeit (vgl. ebd.: 5 (I.7), 11 (IV.24)) folgt bei der Jungen Union aus der Garantie der freien individuellen Lebensgestaltung:

»Wir wollen dem einzelnen Selbstverwirklichung, die Entfaltung seiner Persönlichkeit und die Gestaltung seines Lebens in der Gemeinschaft nach seinen eigenen Vorstellungen, Wünschen und Fähigkeiten ermöglichen« (ebd.: 11 (IV.24)).

Leistung böte die Chance für diese Entfaltung, gleichsam sei sie von grundlegender Bedeutung für ein funktionierendes Gemeinwesen (vgl. ebd.: 11f. (IV.25)). Daher ist es nur folgerichtig, wenn die Junge Union unter anderem die Bildungsziele »Persönlichkeitsbildung als Voraussetzung für verantwortete Selbstentfaltung« und »Leistungsfähigkeit im Beruf« (ebd.: 13 (IV.28)) betont. Gleichwohl beschränkt sie den

formulierten Leistungsanspruch: Er dürfe »nicht zum Maßstab für den Wert des Menschen gemacht werden« und »nicht zur Ausgrenzung und Benachteiligung von Menschen führen, die nicht in der Lage sind, aus eigener Kraft im Leistungswettbewerb zu bestehen« (ebd.: 12 (IV.25)). Da, wo geholfen wird, solle die Hilfe auf »Selbsthilfe und eigenverantwortliche Lebensgestaltung abzielen. Jeder ist im Rahmen seiner Leistungsfähigkeit verpflichtet, dazu beizutragen, daß die Gemeinschaft aller dem einzelnen helfen kann« (ebd.: 7 (II.12)). Diese Solidarität ist für die Junge Union »Ausdruck der sozialen Natur des Menschen«, den sie als Gemeinschaftswesen charakterisiert (ebd. 6f. (II.11)). Entsprechend hat sich die Junge Union besonders dem Ziel verschrieben, kleine Gemeinschaften, für die sie den Begriff »kleine Lebenskreise« prägt, zu fördern, aus denen sich eine soziale Gemeinschaft entwickle. Was Lebenskreise seien, erschließt sich aus der beispielhaften Aufzählung in der Präambel. Es handele sich dabei um Familie, Nachbarschaft, Vereine, kirchliche und soziale Gruppen. Sie seien dem Menschen eine Form von Heimat, nach welcher der Mensch strebe:

»Menschen suchen nach einer überschaubaren und vertrauten Umgebung. Heimat bedeutet Vertrautheit. Heimat zu finden und zu erleben, gehört zu den menschlichen Grundbedürfnissen. Geborgenheit in einer überschaubaren ›kleinen Welt‹ vermittelt die Fähigkeit, sich in der Industriegesellschaft zurechtzufinden. Deshalb wollen wir die kleinen überschaubaren Lebenseinheiten bewahren und fördern« (ebd.: 17 (V.40)).

Und sie gilt es zu stärken, »um Eigenverantwortung und solidarisches Miteinander zu ermöglichen« (ebd.: 2). Kern der ›Lebenskreise‹ sind für die Junge Union Ehe und Familie (vgl. ebd.: 17 (V.41)). Der Ehe, die sie als »lebenslange Gemeinschaft von Frau und Mann« begreifen (ebd.: 17 (V.42)), komme eine besondere Schutzwürdigkeit zu, betont die Jugendorganisation (vgl. ebd.: 17 (V.42)), verabsolutiert sie jedoch nicht: »Um eine Lebensgemeinschaft einzugehen, bedarf es der Institution Ehe nicht« (ebd.: 18).

Die Junge Union tritt für eine pluralistische Gesellschaft und die freie Entfaltung des Einzelnen ein. Positiv aufgeschlossen zeigt sie sich gegenüber der Begegnung und dem Austausch mit anderen Kulturen, der ermöglicht würde durch die »bei uns lebenden Ausländer« (ebd.: 24 (V.62)). Das eröffne

»Chancen zur Belebung und Bereicherung unserer Gesellschaft und unseres kulturellen Lebens. In unserer Gesellschaft müssen Ausländer mit ihrer eigenständigen kulturellen Identität einen Platz finden« (ebd.).

Den Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit für sie möchte die Junge Union erleichtern – gleichwohl betont sie aber, dass die Bundesrepublik kein Einwanderungsland werden solle, »um die Integrationskraft unserer Gesellschaft nicht zu überfordern« (ebd.: 25 (V.64)).

Für die »Fähigkeiten zur Begegnung und Verständigung mit den Angehörigen anderer Völker« erachtet die Jugendorganisation die eigene kulturelle beziehungsweise nationale Identität als »wesentlich« (ebd.: 37 (IX.91)). Sie sei durch »das Bewußtsein der Zugehörigkeit zur deutschen Nation mit ihrer gemeinsamen Sprache, Kultur und Geschichte« (ebd.) geprägt. Nur wer sich seiner geschichtlichen Wurzeln und nationalen Identität bewusst sei, könne »aus der Geschichte lernen, die Gegenwart gestalten, die Zukunft bewältigen und auf andere zugehen« (ebd.). Folglich tritt die Jugendorganisation für »einen weltoffenen aufgeklärten Patriotismus« (ebd.) ein.

Ihr christliches Bekenntnis verschmilzt mit ihrer Vorstellung von kulturellen Identitäten zu einem Bekenntnis zu Europa

»als Werte- und Kulturgemeinschaft, die auf den Fundamenten einer gemeinsamen ideen- und geistesgeschichtlichen Entwicklung ruht und von den Werten des Christentums und dem christlich-abendländischen Werte- und Menschenbild geprägt ist« (ebd.: 14 (IV.33)).

Europa, so die Junge Union, sei die Zukunft Deutschlands (vgl. ebd.: 37 (IX)).

Das neue und aktuelle Grundsatzprogramm der Jungen Union Deutschland aus dem Jahr 2012 ist mit 52 zu vorher 39 Seiten deutlich umfangreicher geraten. Die Präambel greift das christlich-konservativ Selbstverständnis der Jugendorganisation gleich im ersten Absatz auf:

»Die Junge Union Deutschlands ist eine eigenständige und selbstbewusste politische Organisation, deren Wertevorstellungen christlich-sozial, konservativ und liberal geprägt sind. Das christliche Menschenbild ist zeitlos Grundlage unseres Handelns und gibt unserer politischen Arbeit Sinn und Richtung« (Junge Union Deutschlands 2012: 1).

Entsprechend zieht sich dieses Werteverständnis und Menschenbild auch durch dieses Programm, das in weiten Teilen die bisherigen Positionen noch einmal neu formuliert. Allerdings ist hier nicht mehr die Rede von nationaler Identität, sondern vom Dreiklang Heimat, Nation und Europa. Dafür wird hier die Bedeutung der Heimat stärker hervorgehoben: »Die Zugehörigkeit zu unserer Heimat, zu unserer Nation und zu Europa ist Bestandteil unserer Identität« (ebd.: 5). Dabei verschließt sich die Jugendorganisation nicht mehr dem Thema Zuwanderung, sondern hebt stattdessen die Notwendigkeit einer Leitkultur hervor. Aus der Erfahrung als Nation, die aus gemeinsam erfahrener Geschichte herrühre und auf einer Abstammungs-, Sprach- und Kulturgemeinschaft basiere, »leiten wir als deutsche Nation eine Leitkultur ab, die auf der deutschen Sprache, der Anerkennung von Menschen- und Bürgerrechten, dem demokratischen Verfassungsstaat und dem christlichen Menschenbild gründet« (ebd.: 7). Gleichwohl betont die Junge Union die Bedeutung, an den Nationalsozialismus zu erinnern und die Singularität des Holocausts anzuerkennen (vgl. ebd.: 8).

Abschließend sei hervorzuheben, dass sich die Jugendorganisation in ihrer Präambel des aktuellen Grundsatzprogramms mit dem abnehmenden Interesse an institutionellen Formen politischer Beteiligung auseinandersetzt:

»Wir stellen in allen Generationen ein zunehmendes Desinteresse fest, längerfristig und mit Verantwortung ehrenamtlich in Organisationen oder Parteien mitzuarbeiten. Bei Themen, die kurzfristig für Aufregung sorgen, ist die Bereitschaft zur Mitwirkung dagegen deutlich höher. Eine der Aufgaben der Jungen Union Deutschlands ist es, dieser Entwicklung bei jüngeren Menschen entgegenzuwirken und sporadisches in dauerhaftes Engagement zu überführen« (ebd.: 2).

Dafür bedürfe es den Ausbau von Bildungsangeboten, vor allem aber betont die Junge Union, komme hier dem Internet eine besondere Bedeutung zu. Dort möchte sie bei jenen für ihre Ideen werben, »die von bestehenden Organisationsstrukturen abgeschreckt sind« (ebd.).

3.2.3 Stellung & Struktur

Die Stellung der Jungen Union zu den Unionsparteien wird in deren Statuten beziehungsweise Satzungen bestimmt: In § 38 des Statuts der CDU, beschlossen durch den Bundesparteitag am 27. April 1960 mit der letzten Änderung vom 7. Dezember 2018, heißt es unter anderem: »Die Partei hat folgende Vereinigungen: 1. Junge Union Deutschlands (JU)«. Ihre Funktion wird indes nicht ausführlicher festgeschrieben.

Anders bei der CSU: Gemäß § 30 Absatz 1 Satzung der CSU in der Fassung vom 19. Oktober 2019 ist die Junge Union Bayern eine ihrer Arbeitsgemeinschaften. Sie hat gemäß Absatz 3 »als Nachwuchsorganisation der CSU die besondere Aufgabe, die junge Generation an das politische Leben heranzuführen und sie zur Mitarbeit in der Partei zu gewinnen«. Umgekehrt fehlt in der Satzung der Jungen Union Deutschlands als auch des bayerischen Landesverbands ein entsprechender Passus. Vor dem Hintergrund des Kreuther Beschlusses der CSU vom 19. November 1976, mit dem sie die Fraktionsgemeinschaft mit der CDU (für nicht allzu lange) aufkündigte und die bundesweite Ausdehnung anvisierte, kam dem Punkt Selbstständigkeit eine besondere Bedeutung zu. Die Junge Union Bayern widersetzte sich damals nicht nur der Linie des Parteivorsitzenden Franz Josef Strauß, sondern betonte vor allem, dass die Entscheidung »keine Auswirkung auf die Mitgliedschaft der Jungen Union Bayern im JU-Bundesverband« habe (Junge Union Bayern 1976/1997).

Einen eigenen Abnabelungsprozess von den Mutterparteien hat die Junge Union Deutschlands mit ihrem aktuellen, auf dem Deutschlandtag in Rostock vom 5. bis 7. Oktober 2012 beschlossenen Grundsatzprogramm »Raum für Ideen schaffen – Überzeugungen klar vertreten!« vollzogen. Aus ihm sind sämtlichen Referenzen an die Unionsparteien verschwunden, die den Vorläufer, das Grundsatzprogramm in der Beschlussfassung vom 27. bis 29. Oktober 1995 mit Änderungen vom 24. bis 26. Oktober 1997, noch stark geprägt hatten. Dort hieß es beispielsweise gleich unter Punkt I.1:

»Die Junge Union Deutschlands bringt Denkansätze und Vorstellungen der Jugend in die politische Auseinandersetzung ein. Sie ist Sprachrohr der jungen Generation innerhalb der Unionsparteien und zugleich für alle jungen Menschen in der Bundesrepublik Deutschland ein Angebot zur politischen Mitgestaltung und Mitarbeit« (Junge Union Deutschlands 1995/1997).

Und im weiteren Verlauf wurden »Gemeinsame Grundüberzeugungen mit CDU und CSU« dargelegt. Dabei hieß es gleich zu Anfang: »Wir sind die selbständige Jugendorganisation von CDU und CSU. Gemeinsame politische Grundüberzeugungen verbinden uns mit den Unionsparteien«. Doch schon damals haben die Jungen auch auf ihre Eigenständigkeit gepocht und opportunistisches Handeln abgelehnt:

»Wir vertreten unsere Vorstellungen auch dann, wenn sie denen von CDU und CSU kontrovers gegenüberstehen. Wir akzeptieren weder

verfestigte personelle oder starre organisatorische Strukturen noch überholte Auffassungen und Gewohnheiten unserer Mutterparteien. Wir lehnen es ab, unsere Politik vom Vorwand der Einheit und Geschlossenheit bestimmen zu lassen« (ebd.).

Im aktuellen ›Rostocker‹ Grundsatzprogramm ist von all dem, wie gesagt, nichts mehr zu lesen. Hier lässt sich die Verbindung zu den Unionsparteien nur noch über die programmatische Nähe nachvollziehen, wenn die Junge Union Deutschlands beispielsweise am Anfang der Präambel schreibt: »Die Junge Union Deutschlands ist eine eigenständige und selbstbewusste politische Organisation, deren Wertevorstellungen christlich-sozial, konservativ und liberal geprägt sind.« Und an anderer Stelle im Grundsatzprogramm betont sie, dass ihr die Aufgabe zukomme, »die Politik unseres Landes nicht einfach nur hinzunehmen, sondern mitzuprägen«. Ein Anspruch auf Selbstständigkeit kann wohl kaum deutlicher formuliert werden.

Gegliedert ist die Junge Union Deutschlands in 18 Landesverbände²⁰, 37 Bezirksverbände und 403 Kreisverbände (vgl. Heitzer o. J.). Das oberste Gremium ist der Deutschlandtag. Zwischen den Deutschlandtagen kommt dem Deutschlandrat die Aufgabe zu, über grundsätzliche politische Fragen zu entscheiden, heißt es in der Satzung der Jungen Union Deutschlands in der Änderungsfassung vom 7. Oktober 2017.

Mitglied der Jungen Union kann werden, wie § 2 der Satzung festlegt, wer das 14. Lebensjahr vollendet hat. Die Mitgliedschaft endet mit dem vollendeten 35. Lebensjahr. Bei Amtsinhabern, die während ihrer Amtszeit diese Altersgrenze erreichen, erlischt die Mitgliedschaft erst mit dem Ende der Amtsperiode. Wer Mitglied werden möchte, muss sich im Übrigen gemäß § 2 Absatz 2, zu den Grundsätzen und Zielen der Jungen Union bekennen und den Beitritt »schriftlich, in Textform oder auf elektronischem Wege (z.B. per E-Mail oder Onlineformular)« erklären. Die Höhe der Mitgliedsbeiträge legen die Kreisverbände fest. Wer mit 16 Jahren oder später Mitglied der CDU oder CSU wird, ist nicht automatisch Mitglied der Jungen Union, sondern müsste gegebenenfalls diese Mitgliedschaft aktiv eingehen. Die Junge Union wiederum unterhält eine eigene Vorfeldorganisation, die Schüler Union Deutschland, die sie als Arbeitsgemeinschaft der Jungen Union Deutschlands in § 3 Absatz 2 der Satzung deklariert. Die Schüler Union legt keine formale Altersgrenze für eine Mitgliedschaft fest, es gibt weder ein Mindest-, noch

²⁰ 18 Landesverbände bei 16 Bundesländern, da Niedersachsen vor dem Hintergrund seiner Geschichte mit drei Landesverbänden auftritt (Oldenburg, Hannover, Braunschweig).

ein Höchstalter. Grundsätzlich ist eine Dreifachmitgliedschaft möglich – in der Schüler Union, in der Jungen Union und in einer der Unionsparteien.

3.2.4 Mitgliederentwicklung

Offensiv wirbt die Junge Union um neue Mitglieder – manche ihrer Slogans sind dabei Dauerbrenner: »Black is beautiful« soll bereits Anfang der 1970er-Jahre entwickelt worden sein (vgl. Humbert 2007: 13). »Yes, JU can« ist eine Anlehnung an den Werbeslogan von Barack Obama 2008. Und das Statement »50 Prozent Politik, 50 Prozent Party« ist ein niedrigschwelliges Angebot an junge Menschen, die neben Politik noch andere Interessen haben.

Ihren höchsten Mitgliederstand hatte die Junge Union, wie erwähnt, im Juli 1983. 265.207 junge Menschen waren seinerzeit in dem Verband organisiert. Danach sank der Zuspruch auf beispielsweise 170.108 Mitglieder in 1993 (vgl. Panse 1995: 29) und kurz nach der Jahrhundertwende auf rund 127.000 (vgl. Wiesendahl 2006: 55). Zum Zeitpunkt der Erhebungsphase dieser Studie bewegte sich die Jugendorganisation mehr oder weniger immer noch auf diesem Mitgliederniveau: Im November 2009 teilte der Bundesvorsitzende Philipp Mißfelder mit, dass sie »aktuell« 126.960 Mitglieder hätten. Im gleichen Atemzug warf er den Jusos vor, die Entwicklung der Mitgliederzahlen zu verheimlichen:

»Am Jahresende ist es an der Zeit, innezuhalten und zu bilanzieren. Während unsere Mitbewerber wie die Jusos (Jugendorganisation der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands) seit 742 Tagen ihre Mitgliedszahlen verheimlichen, präsentieren wir unsere Mitgliedsentwicklung im Internet und sorgen für Transparenz. Zahlreiche Politologen, Parteienforscher und namhafte Journalisten behaupten, dass Jugendliche nicht mehr bereit sind, sich an Jugendorganisationen zu binden. Wir beweisen das Gegenteil – und zwar kontinuierlich Monat für Monat sowie über das gesamte Jahr hinweg« (zit. n.: Junge Union Deutschlands 2009a).

Doch die kurzzeitige Euphorie über temporäre Zuwächse kann in längerer Perspektive nicht bestätigt werden, da sich die Mitgliederzahlen weiter rückläufig entwickelten. Ende 2013 waren es nur noch 118.429 Mitglieder – und Ende 2016 war der vorläufige Tiefpunkt erreicht: 107.796 Mitglieder. Es folgte ein kurzer Aufwärtstrend. Anfang 2022 hat sich die Junge Union dem vagen Wortgebrauch der Jusos angepasst: Mit »rund 100.000 Mitgliedern« sei die Junge Union »der größte politische Jugendverband in Deutschland und Europa«, schreibt der Bundesverband auf seiner

Website (Junge Union Deutschlands 2022). In der öffentlichen Wahrnehmung ist die Junge Union nach wie vor präsent und stellt, trotz sinkender Mitgliedszahlen, ein wichtiges Nachwuchsreservoir für die Unionsparteien dar, und bietet – ähnlich wie die Jusos – eine kontinuierliche Möglichkeit zur politischen Partizipation von Teenagern und jungen Menschen.

3.3 Ausblick

Sicherlich, die Entwicklung der Jusos und der Jungen Union ist in den letzten Jahrzehnten von einem steten Mitgliederschwund gekennzeichnet. Trotzdem, das sollte nicht verkannt werden, sind es zwei große politische Jugendorganisationen. In ihrer über 70-jährigen Geschichte waren Hunderttausende bei ihnen Mitglied, wurden zu kommunalen Mandatsträgerinnen und -trägern, zogen in Landtage und den Bundestag ein und prägten, wie angedeutet, ihre Mutterparteien. Einige der hier vielen, vielen Namenlosen werden in den Gesprächen mit den Jugendlichen wieder auftauchen – Mütter, Väter, ältere Geschwister oder andere Verwandte, die früher selbst Mitglied waren. Doch, das sei hier schon vorweggenommen, nicht alle Interviewten entstammen derartigen Familien – manche kommen mit den Jusos oder der Jungen Union auch erst im Beitrittsprozess in Berührung. Präsent sind beide Jugendorganisationen in ganz Deutschland – auf Länder-, Bezirks- und Kreisebene. Unterhalb werden die Strukturen lichter und während sie mancherorts stark vertreten sind, sind ihre Aktivitäten anderenorts eingeschlafen. Im Rahmen der Beitrittsroute wird diese Diskrepanz, vor allem der Mangel an lokalen Arbeitsgemeinschaften oder Ortsverbänden zum Thema werden. Wahrgenommen werden die Jugendorganisationen von den Jugendlichen oft zunächst durch die Perspektive auf die Mutterparteiparteien. Aber auch die Bundesvorsitzenden von Jusos und Junger Union sind von Bedeutung. Sie ziehen Sympathien auf sich, aber auch Ablehnung. Auf die unterschiedlichen politischen Positionierungen und die mancherorts heftig ausgetragenen Flügelkämpfe der Jusos blicken im Übrigen manche Interviewte mit, gelinde gesprochen, Irritation.

4 Erklärungsmodelle und Forschungsstand

»Als ich 12 war, hat mich der Mauerfall total fasziniert. Die in meiner Klasse haben für Pferde geschwärmt, ich für Helmut Kohl [...]. Dann bin ich mit 14 in die Junge Union eingetreten«, erinnerte sich die frühere Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend Dr. Kristina Schröder an ihren Beitritt zur Jungen Union (Köhler/Twinterview 2009). Jugendliche Schwärmerei für den »Kanzler der Einheit« als maßgebliches Motiv für den Beitritt? Die Frage nach den Beitrittsmotiven Minderjähriger in Partei(jugend)organisationen fokussiert zwar eine spezifische Altersgruppe, steht aber in Zusammenhang mit der allgemeineren Frage, warum Menschen Mitglied einer Partei werden. Gleichwohl berühren beide Überlegungen jene generelle Frage der Partizipationsforschung, die Lester W. Milbrath 1965 mit dem Untertitel seines Buches »Political Participation« aufwarf: »How and why do people get involved in politics?«.

Im Folgenden wird ein prägnanter Überblick über die Erklärungsmodelle politischer Partizipation (soziodemographische, ressourcenorientierte, sozialpsychologische und Rational-Choice-basierte Ansätze) gegeben und anknüpfend der Forschungsstand zur politischen Partizipation Jugendlicher in Partei(jugend)organisationen dargelegt.

4.1 Soziodemographische Merkmale

Als grundlegend für die Erklärung politischer Partizipation gelten soziodemographische und -ökonomische Merkmale: Alter, Geschlecht, Bildung und Einkommen. Nach Markus Klein (2011) folgt die Bereitschaft zur politischen Beteiligung »altersspezifisch einem umgekehrt u-förmigen Muster [...]: Sie ist demzufolge in jungen Jahren eher gering, steigt dann zur Lebensmitte hin an, um mit weiter steigendem Alter wieder abzufallen« (44). Tatsächlich gilt dies nur bedingt. Unterschieden werden muss hier zwischen der Bereitschaft zur Teilnahme an konventionellen beziehungsweise institutionalisierten oder unkonventionellen respektive nicht-institutionalisierten Beteiligungsformen. Denn gerade an letzteren, insbesondere an Protesten, nehmen mehr junge Menschen teil (vgl. Marsh/Kaase 1979: 103) beziehungsweise zeigen diese eine deutlich positivere Haltung gegenüber solchen Formen (vgl. Westle 1994: 166; Steinbrecher 2009: 59). Gleichzeitig fehlen Parteien als einem klassischen Beispiel institutionalisierter Beteiligungsformen vor allem junge

beziehungsweise jüngere Menschen. Kleins These scheint also vor allem für den Bereich der konventionellen Beteiligungsformen zuzutreffen, müsste aber bei einer ganzheitlichen Betrachtung stärker binnendifferenziert werden. Die Altersgruppe der Menschen bis 34 Jahre machte im Jahr 2009 in der Bevölkerung 25 Prozent aus – doch nur sieben Prozent der Parteimitglieder waren in diesem Alter, während 36 Prozent von ihnen zwischen 65 bis 79 Jahre alt waren – in der Bevölkerung beläuft sich dieser Anteil indes nur auf 22 Prozent (vgl. Klein 2011: 45). Gerade bei den Volksparteien CDU/CSU und SPD zeigt sich seit 1990 eine kontinuierliche Überalterung: Waren 1990 noch 6,6 Prozent der CDU-Mitglieder und 10,2 Prozent der SPD-Mitglieder unter 29 Jahre alt, waren es 2007 noch 5,1 beziehungsweise 5,8 Prozent (vgl. Niedermayer 2009: 16).²¹ 2019 waren 5,6 Prozent der CDU-Mitglieder 30 Jahre alt oder jünger, bei der SPD 7,8 Prozent (vgl. Niedermayer 2020: 27). Die Ursache liege im »unbeschwerten Leben der Jugend«, betonten Alan Marsh und Max Kaase bereits in den späten 1970er-Jahren im Rahmen einer Studie:

»Young people enjoy physical vigor, the freedom from day-to-day responsibilities of career and family, and have the time to participate in the pursuit of the energetic kinds of political activity implied by high protest potential« (Marsh/Kaase 1979: 101).

Markus Klein schließt bedingt an diese Argumentation an, wenn er umgekehrt in Hinblick auf die überproportionale Beteiligung älterer Menschen in Parteien mutmaßt, dass Menschen zur Lebensmitte »mit einer hohen Wahrscheinlichkeit beruflich und sozial etabliert« seien und »damit über die notwendigen Ressourcen für ein politisches Engagement« (Klein 2011: 44) verfügten.

Stark nimmt sich aus dem Kanon der soziodemographischen Erklärungsvariablen der Faktor Geschlecht aus: Während sich bei der Wahlbeteiligung das Partizipationsniveau beider Geschlechter über die Jahre angeglichen habe (vgl. Steinbrecher 2009: 59) und sich beispielsweise in der Gruppe der unter 21-Jährigen bei der Bundestagswahl 2009 nicht mehr unterschied (vgl. Bundeswahlleiter 2010: 8)²², ist der Unterschied beispielsweise bei der Bereitschaft zur Übernahme eines politischen Amtes unausgeglichen: Nur knapp halb so viele

²¹ Der Anteil der Parteimitglieder unter 29 Jahre nahm bei der FDP indes im Vergleich 1996 zu 2008 zu, gleiches gilt für die Partei Die Linke zwischen 1999 und 2008 (vgl. Niedermayer 2009: 16).

²² Der Trend setzte sich über die Jahre fort: Bei der Wahl zum 20. Bundestag am 26. September 2021 fiel die Wahlbeteiligung in der Altersgruppe 18 bis 20 Jahre von Frauen beispielsweise sogar leicht höher aus als bei Männern (Bundeswahlleiter 2022: 11).

Frauen wie Männer könnten sich vorstellen ein politisches Amt zu übernehmen (vgl. Grohe 2016: 75). Das zeigte auch schon der Jugendsurvey 2003 des Deutschen Jugendinstituts (DJI): Bei Parteiarbeit und bei der Übernahme von politischen Ämtern fällt der Anteil junger Frauen rund zehn Prozent niedriger aus (vgl. Gaiser/de Rijke 2006: 242). Die Deutsche Parteimitgliederstudie 2009 stellte darüber hinaus fest, dass nur 30 Prozent der zwischen 1999 und 2009 eingetretenen Mitglieder weiblich waren (vgl. Klein 2011: 56). Der Anteil an Frauen in den Parteien variiert indes und verändert sich im Zeitverlauf. 1999 belief sich der Anteil an Frauen unter den Parteimitgliedern in der SPD auf 29,1 Prozent. Zehn Jahre später auf 31,2 Prozent und 2019 auf 32,8 Prozent. Einen leichten Aufwärtstrend konnte auch die CDU verzeichnen: Waren 1999 noch 25,1 Prozent Mitglieder weiblich, waren es 2009 25,5 Prozent und 2019 26,5 Prozent (vgl. Niedermayer 2020: 23). Höher, aber längst nicht paritätisch ist der Anteil an Parlamentarierinnen im aktuellen 20. Deutschen Bundestag: Der Frauenanteil liegt hier bei 34,9 Prozent (vgl. Kürschners Volkshandbuch 2022: 2). Auch in einem breiteren Vergleich zeigt sich, dass Frauen weniger präsent sind als Männer bei unterschiedlichen Formen des politischen Lebens. Dieser Gender-Gap ist gewöhnlich gering, aber konsistent: »men continue to predominate in traditional forms of activism [...] and new social movements, and in the common forms of protest politics« (Norris 2007: 729). Der Abstand ist größer in weniger entwickelten Gesellschaften und geringer in post-industriellen Nationen. Dort, hebt Pippa Norris hervor, sei er in der jüngsten Altersgruppe am wenigsten ausgeprägt – ein Indikator für einen längerfristigen Generationswandel (vgl. Norris 2007: 729).²³ Ansonsten sind die Geschlechterunterschiede bei institutionalisierten Partizipationsformen, jenseits von Parteiarbeit und politischen Ämtern sowie bei nicht-institutionalisierten Beteiligungsformen, bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen in Deutschland aber in der Regel deutlich geringer ausgeprägt (vgl. Gaiser/de Rijke 2006: 242; Grohe 2016: 74f.).

Als dritter Indikator in den Forschungen zu politischer Partizipation fungiert der Faktor Bildung (vgl. Gaiser/Gille/de Rijke 2006: 227; Gabriel 2004: 323). Grundsätzlich lässt sich dabei feststellen: Je höher der Bildungsabschluss, desto eher beteiligen sich Jugendliche politisch (vgl. Gaiser/de Rijke 2008: 259; Gaiser/de Rijke 2005: 110; Watts 1990: 291). Dieser Effekt zeigt sich allgemein (vgl. Bertelsmann

²³ Eine kurze Übersicht über die unterschiedlichen Erklärungsansätze des ›Gender Gap‹ gibt Norris (2007: 730-733). Inglehart und Norris (2003) zeigen darüber hinaus, wie gesellschaftliche Modernisierungsprozesse diese Kluft verringern.

Stiftung 2004: 35, 96, 101) – auch unter Mitgliedern politischer Parteien. Nur 15 Prozent der zwischen 1999 und 2009 neu in deutsche Parteien eingetretenen Mitglieder haben einen Hauptschulabschluss, 41 Prozent indes können ein Studium vorweisen (vgl. Klein 2011: 56). Gleichwohl betont Persson in einem Überblick zum Verhältnis von Bildung und politischer Partizipation, dass die Literatur zum Thema frustriere, da sie letztlich kein klares Bild davon vermittele, welchen Einfluss Bildung genau habe (vgl. Persson 2013: 699). Denn Richard A. Brady habe bereits 1978 darauf hingewiesen, dass der Zuwachs an Bildung in den westlichen Ländern nicht mit einem ansteigenden Level an Partizipation in Parteien korrespondiere (vgl. Persson 2014: 692). Es muss also weitere Gründe geben – sie sind Gegenstand der folgenden Ausführungen.

4.2 Ressourcenansätze

Neben Bildung sind der Beruf und das Einkommen des Haushaltsvorstandes in dem von Sidney Verba und Norman H. Nie entwickelten Sozioökonomischen Standardmodell (SES) die wichtigsten Variablen, um politische Partizipation zu erklären: »the social status of an individual [...] determines to a large extent how much he participates« (Verba/Nie 1972: 13). Entsprechend weist Sebastian Bödecker in seiner Studie »Soziale Ungleichheit und politische Partizipation in Deutschland« (2012) darauf hin, dass »insbesondere die Mitgliedschaft in einer politischen Organisation [...] in hohem Maße vom Bildungsgrad und Einkommen bestimmt« sei und »dass die soziale Selektivität auf der Ebene der aktiven Mitglieder und der Organisationsleitung noch höher« wäre (Bödecker 2012: 33). Dabei sind Bildung und Einkommen gleich in doppelter Hinsicht aneinandergelockt: Je höher der Bildungsabschluss, desto höher die Wahrscheinlichkeit eines hohen Einkommens – wobei der erreichte Bildungsabschluss wiederum mit der sozialen Herkunft und dem Bildungsgrad der Eltern korreliere (vgl. ebd.: 8f). So gesehen wäre es theoretisch gut möglich, mittels des Sozioökonomischen Standardmodells politische Partizipation zu prognostizieren – doch, so die Kritik vieler Wissenschaftler, das Modell erkläre nicht genau, wie der sozioökonomische Status mit Aktivitäten tatsächlich verbunden sei (vgl. Brady et al. 1995: 271). Um diesem Problem zu begegnen, entwickelten Henry E. Brady, Sidney Verba und Kay Lehman Schlozman aufbauend auf dem SES ein Ressourcenmodell, das auf drei Faktoren abhebt: *Zeit*, um sich engagieren zu können, *Geld* (für Spenden etc.) und »*civic skills*«, die Ulrich von Alemann und Tim Spier als »demokratie-

bezogene Fertigkeiten« (2008: 35) in Form von kommunikativen und organisatorischen Fähigkeiten übersetzen. Diese Faktoren seien grundlegend für Menschen, die sich engagieren wollen (vgl. Brady/Verba/Schlozman 1995: 273). Anhand der »American Citizen Participation Study« von 1990 zeigen die Autoren, dass die Ressource Geld und bedingt auch die »civic skills« mit dem SES verbunden sind: Das verfügbare Geld steht in enger Verbindung zum Einkommen. Die Fertigkeiten werden in der Regel über das Elternhaus sowie die Schule vermittelt und sind entsprechend eng mit dem Faktor Bildung verknüpft. Diese »skills« können später vertieft, aber auch noch erworben werden über die Arbeit (Arbeitsplatz), die Mitarbeit in Freiwilligenorganisationen oder in der Kirche (vgl. Brady/Verba/Schlozman 1995: 273). Einzig die Ressource Zeit lässt sich nicht rückbinden an das SES, ihre Verfügbarkeit hängt vielmehr von den Lebensumständen ab (vgl. ebd.: 274). Diese Ressourcen – Geld, Zeit und »civic skills« – sind einer von drei Faktoren, auf denen ihr *Civic Voluntarism Model*²⁴ basiert:

»We focus on three factors to account for political activity. We suggested earlier that one helpful way to understand the three factors is to invert the usual question and ask instead why people do not become political activists. Three answers come to mind: because they can't; because they don't want to; or because nobody asked. In other words people may be inactive because they lack resources, because they lack psychological engagement with politics, or because they are outside of the recruitment networks that bring people into politics« (ebd.: 269).

Neben den bereits genannten *Ressourcen* gehören zu diesem Erklärungsansatz politischer Partizipation zweitens verschiedene sozialpsychologische Prädispositionen in Bezug auf Politik, das Interesse an Politik, die Vorstellung politisch tatsächlich Einfluss nehmen zu können (zusammengefasst die sogenannte Political Efficacy) sowie über Politik informiert zu sein und Partei für etwas zu ergreifen (vgl. Verba/Schlozman/Brady 2001: 345-348). Der dritte Aspekt des Modells besteht im Zugang zu Netzwerken, über die Menschen für politische Aktivitäten rekrutiert werden (vgl. ebd.: 267). Bedeutung wird ihnen beigemessen, da Menschen häufig erst dann aktiv würden, wenn sie gefragt worden seien mitzumachen (vgl. ebd.: 133) – allerdings hänge dieser Faktor der *Rekrutierung* wiederum mit den Variablen

²⁴ Oskar Niedermayers Modell innerparteilicher politischer Partizipation ähnelt dem CVM. Es basiert auf den Faktor Motive/Anreize (Niedermayer 1987: 49-54), den sozialstrukturellen Faktoren Geschlecht, Alter, soziale Schicht (ebd.: 54-59) und individuellen Bestimmungsfaktoren bzw. Prädispositionen, mit denen er vor allem die Bedeutung des Sozialen Kapitals für das Explanandum abhebt (ebd.: 59-63).

Bildung und Einkommen zusammen: die besser Ausgestatteten würden eher gefragt (vgl. ebd.: 376). Doch hier wenden Paul Whiteley, Patrick Seyd und Antony Billingham mit Blick auf Großbritannien ein, dass es dort beispielsweise mehr ›white collar‹ Arbeitnehmer, also klassische Angestellte gebe, während die Arbeiterklasse geschrumpft sei – dennoch sei die Zahl der Parteimitgliedschaften nicht angestiegen, sondern vielmehr gesunken (vgl. Whiteley/Seyd/Billingham 2006: 76). Und Karina Pedersen et al., die sich mit politischer Partizipation und Parteienmitgliedschaft in Dänemark auseinandergesetzt haben, heben die besondere Bedeutung von Netzwerken hervor:

»[...] providing more education will not per se get more people active in political parties. It is their networks that are of primary importance for the probability of getting active in political parties, not their skills and capabilities gained through education. Isolated individuals are not very likely to participate in political parties no matter how well educated they are« (Pedersen et al. 2004: 734).

Isolierte Menschen ohne Netzwerke sind weniger geneigt sich in politischen Parteien zu engagieren, betonen die Autorinnen und Autoren. Die Bedeutung derartiger Netzwerke kehrt beispielsweise auch die Sozialkapitaltheorie aus dem Kontext der politischen Kulturforschung hervor.²⁵ Pierre Bourdieu unterscheidet drei Kapitalformen: das ökonomische, das kulturelle und eben das soziale Kapital, unter dem er »die Gesamtheit der aktuellen und potentiellen Ressourcen [versteht], die mit dem Besitz eines dauerhaften Netzes von mehr oder weniger institutionalisierten Beziehungen gegenseitigen Kennens oder Anerkennens verbunden sind« (Bourdieu 1983: 190f.). Mit Bezug auf den DJI-Jugendsurvey 2003 akzentuieren auch Wolfgang Gaiser und Johann de Rijke die Bedeutung sozialer Netzwerke als wichtige Faktoren für die soziale und politische Beteiligung von Jugendlichen: Wer viele politisch Aktive seine Freunde nennt, ist häufiger selbst aktiv als jemand, der keine politisch Aktiven kennt (vgl. Gaiser/de Rijke 2006: 260). Und auch hier lässt sich bei Jugendlichen eine Korrelation mit dem Faktor Bildung beziehungsweise mit dem, was Bourdieu Bildungskapital²⁶ nennt, ausmachen:

²⁵ Einen kurzen prägnanten Überblick über die Genese unterschiedlicher Sozialkapitalkonzepte und ihrer Definitionen – neben Bourdieu vor allem bei Coleman (1991: 389-417) und Putnam (1994) – gibt Schäfer 2006: 27-40; vgl. ferner Gabriel/Kunz/Roßteutscher/van Deth 2002: 19-96.

²⁶ Bildungskapital ist bei Bourdieu eine von drei Formen kulturellen Kapitals, das er als inkorporiertes von objektiviertem und institutionalisiertem Kulturkapital unterscheidet (vgl. Bourdieu 1983: 185-190).

»Je höher das Bildungsniveau, desto stärker die Involvierung in Vereine, Verbände und Organisationen und damit in Gelegenheitsstrukturen, die gesellschaftliche Betätigung, Beteiligung an demokratischen Strukturen und sozialen Netzwerken sowie Interaktion, Kommunikation und soziales Lernen ermöglichen« (Gaiser/de Rijke 2006: 227).

Doch heißt das eben nicht, dass höher Gebildete stets auch ein großes Netzwerk haben.

4.3 Sozialpsychologische Ansätze

Die ins *Civic Voluntarism Model* integrierten sozialpsychologischen Dispositionen gelten auch jenseits des Modells als grundlegend in der Partizipationsforschung. Sie finden ihren Ursprung in der politischen Sozialisation, die entweder auf jenen Lernprozess abhebt,

»innerhalb dessen ein Individuum sich jene Persönlichkeitsmerkmale, Kenntnisse, Fähigkeiten und Werte aneignet, welche politisches Bewusstsein und politisches Verhalten strukturieren und lenken, also politisch relevant sind; oder den Lernprozess, innerhalb dessen einem Individuum jene Persönlichkeitsmerkmale vermittelt werden« (Greiffenhagen 2002: 408).²⁷

Die politische Sozialisation ist aber nicht nur Effekt einer absichtsvollen und geplanten (manifeste politische Sozialisation), sondern auch Resultat eines beiläufigen und unbeabsichtigten permanenten Prozesses (latente politische Sozialisation) (vgl. Claußen 1982: 4). Welches Gewicht dabei letztlich der manifesten oder eben der latenten politischen Sozialisation zukommt, ist strittig. Sicherlich tragen alle Sozialisationsinstanzen (zum Beispiel Eltern, Erziehungs- und Bildungseinrichtungen, Peers, Freizeitorganisationen, Massenmedien; vgl. Hurrelmann 2006: 33) dazu bei, wobei die Familie wohl, so Michael Bromba, nach wie vor der »Nukleus« sei, »in dem sich politische Reifungsprozesse der heranwachsenden Generation abspielen, [...] dort entzünden oder auch unterdrückt werden« (2013: 13). Der elterliche Erziehungsstil oder die emotionale Bindung zwischen Eltern und Kind kann dabei im Sin-

²⁷ Greiffenhagens Definition politischer Sozialisation basiert auf dem Vergleich unterschiedlicher politischer und theoretisch-methodischer Positionen und Prämissen, die sie kurz skizziert (vgl. Greiffenhagen 2002). Einen Überblick über Theorien, Modelle und Erkenntnisse der politischen Sozialisationsforschung, die i. d. R. aus allgemeinen Sozialisations- und Lerntheorien abgeleitet werden, geben bspw. Eckstein 2019, Claußen/Geißler 1996, Kulke 1982, Rippl 2008, aus politikwissenschaftlicher Perspektive bspw. Kevenhörster 2008.

ne einer latenten politischen Sozialisation zu Ausprägungen bestimmter Grunddispositionen (Werte, Einstellungen etc.) führen (wie sie bspw. die Autoritarismusforschung nachweist, vgl. Oesterreicher 1993, Hopf/Hopf 1997).

Ein Effekt der politischen Sozialisation ist auch die Entwicklung eines Interesses an Politik, die, so Christine Schmid, ein Teil der politischen Identitätsentwicklung von Jugendlichen sei (vgl. Schmid 2004: 12). In Hinblick auf den sozialisatorischen Einfluss auf Parteimitgliedschaften zeigen Bram Wauters und Hilde van Liefferinge am Beispiel flämischer Parteien, dass es bei der Frage der politischen Sozialisation darauf ankomme, ob es sich um Familien handele, in denen Mitglieder politisch aktiv seien:

»The political family is generally considered to have a socialization influence at three levels, i.e. as an early awakener of political interest, as a transmitter of political values, and as a stimulator of political engagement« (Wauters/van Liefferinge 2015: 131).

In solchen ›politischen Familien‹ würde ein politisches Interesse eben viel früher entstehen. Grundsätzlich aber nehme das Interesse an Politik mit dem Alter stetig zu, so der Tenor der 15. Shell-Jugendstudie (vgl. Schneekloth 2006: 107). Und Menschen, die mehr Interesse an Politik aufbringen, engagieren sich auch eher (vgl. Milbrath/Goel 1977: 46). Doch bei der Entwicklung dieses Interesses zeigte sich im Rahmen der Shell-Jugendstudie eine Korrelation zum Faktor Bildung: 14 Prozent der befragten 12- bis 25-Jährigen Haupt- als auch Realschülerinnen und -schüler gaben im Rahmen der Studie »Jugend 2006« an, an Politik interessiert oder gar stark interessiert zu sein. Bei den Gymnasiastinnen und Gymnasiasten waren es 39 Prozent und unter den Studierenden 68 Prozent (vgl. Schneekloth 2006: 107). Gegenüber der Shell-Jugendstudie aus dem Jahr 2019 hat sich das nur geringfügig verändert:

»Politisches Interesse ist nach wie vor mit der Bildungsposition verbunden [...] Jeder zweite Jugendliche, der das Abitur anstrebt oder erreicht hat, bezeichnet sich als politisch interessiert. Bei Jugendlichen mit angestrebtem oder erreichtem Hauptschulabschluss trifft dies nur auf jeden Vierten zu« (Schneekloth/Albert 2019: 51f.).

Tatsächlich ist es eigentlich Aufgabe jeder Schulform, politisches Grundwissen zu vermitteln und Interesse zu wecken, doch in der Realität sind gerade die Unterschiede zwischen den Schulformen von Bedeutung:

»Gymnasiasten erleben an ihren Schulen bessere Partizipationsbedingungen, einen methodisch anspruchsvolleren Sozialkundeunterricht und haben umfangreichere Freizeitangebote sowie außerunterrichtliche Veranstaltungen in der Schule zur Verfügung. Damit sind sie im Bereich ihrer individuellen politischen Bildung gegenüber gleichaltrigen Sekundarschülern klar bevorteilt«,

heißt es im Resümee einer Studie zum Verhältnis von Jugend, Demokratie und Politischer Bildung in Sachsen-Anhalt (Pfaff et al. 2002: 245). Letztendlich begünstigt der Erwerb höherer schulischer Bildung nicht nur »die Aufgeschlossenheit junger Menschen gegenüber der Politik« (Gaiser/Gille/de Rijke 2006: 217), sondern das Bildungsniveau wirkt sich auch, wie betont, auf die Bereitschaft Jugendlicher aus, Mitglied einer Partei zu werden oder sich in den Neuen Sozialen Bewegungen zu engagieren (vgl. Hopf/Hopf 1997: 191). Daneben ist aber, wie bereits erwähnt, die Vorstellung der politischen (Selbst-)Wirksamkeit (*Political Efficacy*) bedeutsam für die Erklärung politischen Engagements (vgl. Caballero 2009: 70). Sie wird unterschieden in ein internes und ein externes Wirkungsempfinden. Ersteres zielt auf das subjektive politische Kompetenzgefühl ab, oft operationalisiert über Fragen, ob jemand von sich selbst denkt, politisch informiert zu sein (oder nicht), ob er oder sie das politische Geschehen versteht (oder nicht) und meint, über die nötigen Qualifikationen zur Partizipation zu verfügen (oder nicht) (vgl. Gille/Krüger/de Rijke 2000: 207ff; Niemi/Craig/Mattei 1991: 1407f.). Das Empfinden externer Wirksamkeit hebt auf das politische System ab (vgl. Beierlein et al. 2012: 7), etwa ob dieses als veränderbar wahrgenommen wird (politische Responsivität). Angelika Vetter zeigt, dass *Political Efficacy* mit den Variablen Alter, Bildung, Status und Partizipation in wechselseitiger Beziehung steht (vgl. Vetter 2000: 87ff.). Mit Verweis auf Ronald Inglehart (1989) hält sie fest, dass sich das subjektive Kompetenzgefühl im Zeitverlauf verändert hat:

»Während 1969 lediglich 21 Prozent der Befragten glaubten, politische Probleme angemessen verstehen zu können, waren 1988 über die Hälfte der Westdeutschen dieser Meinung« (Vetter 2000: 81).

Erklärbar sei diese Entwicklung in den Industrieländern mit dem »zunehmende[n] Bildungsniveau, der fortschreitenden Industrialisierung, Urbanisierung, Elektronisierung und Mediatisierung« (ebd.). Oscar Gabriel (1995) zeigt darüber hinaus, dass das

Wirkungsempfinden mit dem politischen Vertrauen korreliert, dass er als eine Form diffuser Unterstützung in Bezug auf das politische System und die amtierenden politischen Autoritäten versteht (vgl. Gabriel 1995: 361). Die Shell-Jugendstudie, die unter anderem das Vertrauen junger Menschen in gesellschaftliche Institutionen (Institutionenvertrauen) erforscht, zeigt, dass die befragten 15- bis 25-Jährigen über fünf Untersuchungszeitpunkte (2002, 2006, 2010, 2015, 2019) der Polizei das größte Vertrauen entgegenbringen. Unterdurchschnittlich bleibt unter anderem das Vertrauen, dass Jugendliche den Parteien entgegenbringen, »die bisher offenbar vom gestiegenen politischen Interesse nicht profitieren konnten« (Schneekloth/Albert 2019: 93). André Brodocz, Guido Mehlkop und Hannah Vermaßen (2019) weisen schließlich in ihrer Studie zu »Demokratievorstellungen und Parteienverdrossenheit unter Jugendlichen in Thüringen« erneut darauf hin, dass das fehlende Vertrauen zu Parteien mit den Schulformen korreliert:

»[S]o lässt sich feststellen, dass Berufsschüler*innen den politischen Parteien signifikant stärker misstrauen als Gymnasiast*innen: Unter Ersteren ist der Anteil derer, die den Parteien eher bis völlig misstrauen [...] mit rund drei Viertel (75,4%) deutlich höher als unter Letzteren (67,4%)« (Brodocz/Mehlkop/Vermaßen 2019: 28).

Partizipationsrelevante Motive entstehen bei Menschen im Übrigen im Zuge der bereits erwähnten (politischen) Sozialisation (vgl. Gabriel 2004: 324), die Werte, Normen und politisches Interesse umfassen (vgl. Steinbrecher 2009: 59). Sie bedingen sich gegenseitig: Werte beispielsweise haben Einfluss auf das politische Interesse und die politische Selbstverortung. Inglehart betont darüber hinaus, dass die Bedeutung der Sozialisation in Bezug auf die Ausbildung bestimmter Werthaltungen nicht losgelöst von der sozioökonomischen Situation betrachtet werden dürfe (vgl. Inglehart 2007: 224). Im Nachkriegseuropa beziehungsweise in Westeuropa machte er in Folge wirtschaftlicher Prosperität in Verbindung mit wohlfahrtsstaatlicher Absicherung eine »stille Revolution« (Inglehart 1977) aus, den Wandel von einer materialistischen zu einer postmaterialistischen Wertorientierung – mit Konsequenzen für die politische Beteiligung, wie Jan W. van Deth betont: »Die individuell motivierten Gestaltungswünsche der Postmaterialisten führen zu einer hohen politischen Aktivität« (1997: 305).²⁸

²⁸ Das auf Inglehart basierende Konzept des Wertewandels wurde in Deutschland erstmals im Rahmen der Studie »Jugend und Staat 1980« (vgl. Schmidtchen 1983; vgl. auch Uehlinger 1988: 182-199)

Einen Zusammenhang zwischen der (politischen) Sozialisation und einer Parteienidentifikation postulierte des Weiteren bereits die Studie »American Voter« aus dem Jahr 1960: Bei jungen US-amerikanischen Wählerinnen und Wählern zeige sich, dass die politische Sozialisation durch das Elternhaus einen Einfluss auf ihre Präferenzen haben konnte, und zwar besonders dann, wenn ein Elternteil politisch aktiv für eine Partei gewesen sei (vgl. Campbell et al. 1960: 146ff.). Derartige manifeste Wirkungszusammenhänge zwischen dem Familienmilieu und der politischen Persönlichkeit des Heranwachsenden arbeitete auch Gerhard Schulze (1977) früh heraus. Er betont vor dem Hintergrund seiner Studie zur Beziehung zwischen politischer Aktivierungsbereitschaft und Alltagswirklichkeit, dass es einen ausgeprägten »Zusammenhang zwischen dem manifesten Aktivierungsgehalt der familiären Umwelt und politischer Aktivierungsbereitschaft von Jugendlichen« (Schulze 1977: 60) gebe. Doch während Rainer Geißler (1996) in seiner Forschungsübersicht darauf verweist, dass verschiedene Studien starke Transmissionsprozesse zwischen Eltern und Kindern feststellten (Geißler 1996: 57), relativiert Monika Buhl (2003) diesen Befund mit Verweis auf zwei eigene Untersuchungen. Sie habe bei den Jugendlichen zwischen 15 und 19 Jahren eine deutliche längsschnittliche Korrelation bezüglich der Beeinflussung der Kinder durch die Eltern festgestellt (vgl. Buhl 2003: 110), die Transmissionsprozesse fielen allerdings nur gering bis mittel stark aus (vgl. ebd.: 184). Bromba (2013) wiederum deutet zunächst vor dem Hintergrund verschiedener regionaler deutscher Studien an, dass der Beitritt in eine Partei eben doch auch Folge einer intergenerationalen Transmission sein kann (vgl. Bromba 2013: 123-126). Diese Effekte seien aber von unterschiedlichen Variablen abhängig, unter anderem vom Familienstand, von der Homogenität oder Heterogenität der Parteienidentifikation, von der elterlichen Rollenverteilung und vom Geschlecht. In der Analyse spezifischer Parteienvererbungen habe sich beispielsweise für vollständige Paarhaushalte mit gleicher Parteienpräferenz²⁹ und mit mindestens einem volljährigen Kind gezeigt, dass es höhere Transmissionsraten hinsichtlich der CDU/CSU-Präferenz gebe als hinsichtlich einer SPD-Präferenz. Vermutlich, schlussfolgert Bromba,

eingesetzt. Heute gehören Fragen zur Wertorientierung zum Standardrepertoire quantitativer Jugendstudien, vgl. beispielsweise die Shell-Jugendstudien und die DJI-Jugendsurveys.

²⁹ Die Bedeutung einer konsistenten Einstellung der Eltern im Transmissionsprozess betonen auch Jennings et al. (vgl. 2009: 795).

»bestehen in eher konservativ geprägten Elternhäusern, die Familiensinn und Zusammenhalt betonen, entsprechend engere Bindungen zwischen den Generationen. Unter der Bedingung homogener elterlicher Parteipräferenz scheinen die Söhne eher empfänglich für intergenerationale Tradierungen zu sein, zumindest lagen die Übereinstimmungsraten für CDU/CSU und SPD in den Eltern-Sohn-Dyaden höher als in den Eltern-Tochter-Dyaden. Sofern die Elternteile unterschiedliche Parteipräferenzen aufweisen, setzt sich die Mutter durch« (Bromba 2013: 242).

Auch andere Studien räumen die Existenz einer Transmission ein. Wauters und van Liefferinge verweisen in ihrer Studie zu flämischen Parteien in Belgien beispielsweise darauf, dass zwischen 27 bis 45 Prozent aller Parteimitglieder mindestens ein Elternteil haben, das selbst Mitglied sei – das sei kein ›triviales Phänomen‹ (vgl. Wauters/van Liefferinge 2015: 143). Die Abweichung von der elterlichen politischen Meinung könnte hingegen auf eine fehlende Intensität des politischen Sozialisationsprozesses hindeuten oder darauf, dass andere Sozialisationsinstanzen wie beispielsweise Freunde oder andere gleichaltrige Peers eine bedeutendere Rolle haben (vgl. Dinas 2013). Generell kann die Politisierung durch die eigene Familie jedoch eine große Dynamik mit potenziell langfristigen Auswirkungen entwickeln – dazu noch einmal Wauters und van Liefferinge:

»Family politicization can be interpreted as a general dynamic that has an effect at diverse levels of participation. Children growing up in politicized families are relatively exposed to politics from a young age onwards, which can stimulate their own political awaking and eventually boost their motivation and engagement« (Wauters/van Liefferinge 2015: 143.).

Auch andere Autorinnen und Autoren weisen darauf hin, dass die Übertragung umso erfolgreicher wäre, je stärker die Eltern politisiert seien (vgl. z. B. Dinas 2013: 829; Jennings et al. 2009: 787, 795). Die frühe intensive Berührung mit Politik würde sich dann häufig auch im Lebensverlauf bemerkbar machen, erläutert Dinas (2013):

»An adolescent acquainted with political discussions within the family will probably continue to talk about politics in her new social contexts. A person whose early socialization promoted knowledge of and interest in politics will likely continue to be attentive and interested as she moves through her adult years« (Dinas 2013: 831).

Constance A. Flanagan weist schließlich noch darauf hin, dass die politische Entwicklung ein wechselseitiger Prozess sei: Bei familiären Diskussionen über Politik

und abendlichen Fernsehsendungen würden eben auch die Eltern ihren Kindern im Teenageralter zuhören und daran unter Umständen ihre eigene Position rekonfigurieren (vgl. Flanagan 2013: 230).

Festzuhalten bleibt im Hinblick auf die politische Sozialisation in der Familie, dass diese sich eher zufällig vollziehe, als dass sie bewusst und geplant verlaufe (vgl. Geißler 1996: 53ff.). Von prägendem Einfluss seien gerade die relativ einfachen, präzisen und letztlich deutlich wahrnehmbaren Elemente, während ideologische Muster und Einstellungen aufgrund ihrer Komplexität und teilweisen Unschärfe nur weniger gut gelernt werden könnten. Die Prägekraft ist außerdem vom Familienklima, dem Sozialisanden und der außerfamiliären Umwelt abhängig (vgl. ebd.: 58f.) sowie vom dem jeweiligen Parteiensystem eines Landes, wie Kent M. Jennings mit Verweis auf unterschiedliche internationale Studien festhält (vgl. Jennings 2007: 37). Entsprechend schränkt Helmut Fend bezüglich der ›Parteienvererbung‹ ein, dass sie eine langfristig wirkende Stabilität ausbilde, »auf die mittelfristige Vorgänge (z. B. die wirtschaftliche Lage) und kurzfristige Ereignisse (z.B. ›Skandale‹ um einen Kandidaten) moderierend einwirken« (Fend 1991: 232). Doch im Blick behalten werden muss, dass es solche Übertragungen gibt, auch wenn letztlich unbestimmt bleibt, wie genau diese latente Sozialisation die Präferenzbildung beeinflusst.

Erwähnt sei noch, dass jenseits sozialisatorischer Effekte Unzufriedenheiten und Deprivation als die »einfachsten und sogar trivialsten Bestimmungsfaktoren konventioneller politischer Partizipation« (van Deth 1997: 306) gelten können. Gleichwohl betont Bettina Westle, dass für unkonventionelle Beteiligungsformen der Zusammenhang zwischen Unzufriedenheit mit der Politik und/oder Demokratie mit der tatsächlichen Beteiligung an Protesten nur gering korreliert (vgl. Westle 1994: 167). Auch Karl-Dieter Opp betont vor dem Hintergrund der Demonstrationen in der DDR 1989, dass die Unzufriedenheitsthese alleine die Partizipation an den Protesten nicht erklären könne. Es müssten andere Faktoren hinzutreten, beispielsweise die Wahrnehmung, politisch Einfluss nehmen zu können, oder internalisierte Normen, die Protest für geboten halten, oder »Anreize aus der sozialen Umwelt« wie Erwartungen von Freunden (Opp 1991: 306). Seine weiteren Überlegungen führten dazu, »Protest als rationales Handeln« (Opp 1993: 220) zu verstehen. Dafür konfigurierte er die Theorie rationalen Handelns und differenziert zwischen ›harten‹ und ›weichen‹ Anreizen, wobei bei der Entstehung von Protesten vor allem letztere eine Rolle spielen würden (vgl. Opp 1993: 218). Eine ähnliche Differenzierung der

Theorie rationalen Handelns nehmen Patrick Seyd und Paul Whiteley vor, um zu erklären, warum Menschen sich in Parteien engagieren – dazu nun mehr. Unzufriedenheit oder Deprivation, das sei noch erwähnt, spielen dabei keine herausgehobene Rolle.

4.4 Rational-Choice-basierte Ansätze

Spätestens seit Anthony Downs' ökonomischer Theorie der Demokratie (1957) ist die Rational-Choice-Theorie ein wichtiger Ansatz zur Erklärung politischer Partizipation auf der Mikroebene: Mit einer aus der Ökonomie abgeleiteten Grundannahme geht er davon aus, dass Wählerinnen und Wähler ihre Wahlentscheidung auf Basis einer rationalen Abwägung zwischen dem für sie daraus resultierenden individuellen Nutzen und den damit verbundenen Kosten treffen würden (vgl. Downs 1957: 6f., 27f.). Doch diese Annahme ist mit Problemen konfrontiert: Unter Normalbedingungen liege beispielsweise bei einer Wahl in einer Massendemokratie die Wahrscheinlichkeit, dass die eigene Stimme wahlentscheidend ist, bei 10^{-5} (vgl. Green/Shapiro 1994: 49) – warum sollte ein nutzenmaximierend handelnder Mensch also trotzdem wählen? Hinzu kommt, dass das Ergebnis einer Wahl als Kollektivgut³⁰ zu betrachten ist. Jeder Mensch partizipiert davon, egal ob er oder sie eine Stimme abgegeben hat oder gar für die Gegenseite stimmte (vgl. ausführlicher Arzheimer/Schmitt 2005). Mit diesem ›Trittbrettfahrer‹-Paradox ist auch befasst, wer sich mit der Frage der Mitgliedschaft in politischen Parteien beschäftigt. Denn auch dabei geht es darum, mit der Unterstützung der eigenen Partei eben dieser zu einem Wahlsieg zu verhelfen – doch von diesem würden wieder alle profitieren. Mancur Olsen (1965/1998) weist in seinem Buch »The Logic of Collective Action« darauf hin, dass rationale handelnde Individuen in großen oder ›latenten‹ Gruppen nur dann kollektive Ziele verfolgen, wenn ihnen dabei selektive Anreize geboten würden (vgl. Olsen 1965/1998: 50f.). Peter B. Clark und James Q. Wilson (1961) betonten schon früh, dass dies auch für die Partizipation in Organisationen gelte. Sie unterschieden drei Formen von Anreizen: materielle Anreize (material incentives), gemeinschaftsbezogene Anreize

³⁰ Kollektivgüter weisen zwei Charakteristika auf: gemeinsame Bereitstellung (jointness of supply) und es ist unmöglich, jemand davon auszuschließen (impossibility of exclusion), betonen Whiteley/Seyd (2002: 41) mit Verweis auf Samuelson (1954: 387-389.). Oder, wie es Olsen beschrieb: Ein Gemein-, Kollektiv- oder öffentliches Gut zeichnet sich dadurch aus, dass es praktisch keiner Person in einer Gruppe vorenthalten werden kann (Olsen 1965/1998: 13).

(solidary incentives) und zweckbestimmte Anreize (purposive incentives) (vgl. Clark/Wilson 1961: 134f.).

Seyd und Whiteley (1992) greifen diese (Vor-)Arbeiten auf, halten aber beispielsweise Olsons Modell entgegen, dass es zwar plausibel und aufschlussreich wäre, gleichwohl aber zu eng gefasst sei für eine adäquate Annahme, warum sich Menschen einer politischen Partei anschließen (vgl. Seyd/Whiteley 1992: 59). Entsprechend integrieren sie in ihr allgemeines Anreizmodell politischer Partizipation (*General-Incentives-Model*) auch sozialpsychologische Erklärungsvariablen, die jenseits des standardisierten Kosten-Nutzen-Ansatzes liegen (vgl. Whiteley/Seyd/Richardson/Bissell 1993: 81; ferner Seyd/Whiteley 2002).

Bei der Formulierung ihres Kosten-Nutzen-Ansatzes wird der Bezug auf die bereits genannten Clark und Wilson deutlich, doch differenzieren Seyd und Whiteley ihren Ansatz stärker aus. Sie unterscheiden zunächst zwischen selektiven und kollektiven Anreizen, die sie noch einmal ausdifferenzieren: Zu den selektiven Anreizen gehören die *ergebnisorientierten selektiven Anreize*. Diese heben auf das Erreichen bestimmter Ziele ab, wie beispielsweise ein Amt und/oder eine (politische) Position, die das Mitglied perspektivisch einnehmen möchte. Oder Menschen erhoffen sich davon die Möglichkeit, berufliche oder geschäftliche Kontakte knüpfen zu können (vgl. Seyd/Whiteley 1992: 60). Gleichwohl können Menschen partizipieren, weil die (politische) Teilhabe an sich für sie interessant, stimulierend oder vergnüglich erscheint und sie dadurch beispielsweise gleichgesinnte und interessante Menschen treffen können – hier sprechen Seyd und Whiteley von *prozessorientierten selektiven Anreizen*. Das Resultat ihres Engagements ist dabei unerheblich (vgl. Seyd/Whiteley 1992: 60). Zu den selektiven Anreizen gehören zudem *ideologische Motive*³¹, die Whiteley und Seyd zurückführen auf das Gesetz der kurvenliniaren Abweichung (»law of curvilinear disparity«: vgl. May 1973; Kitschelt 1989: 402ff.; kritisch: Norris 1995). Es besagt, dass die Mitglieder an der Parteibasis wahrscheinlich radikaler sind als die Parteiführung oder die Wähler. Manche Menschen würden daher motiviert in einer Partei mitzumachen, um so mit Gleichgesinnten zu kommunizieren und ihrer Weltanschauung einen Ausdruck zu verleihen. Whiteley und Seyd vergleichen dieses Motiv mit dem aktiver Kirchgänger. Über den regelmäßigen Gang würden sie zugleich Mitglieder der Gemeinde

³¹ Ideologische Anreize wurden erst im Zuge einer Modifikation des General-Incentives-Models aufgenommen, vgl. Seyd/Whiteley 1992 sowie Whiteley et al. 1994: 84f. bzw. die Diskussion des Ansatzes und seiner Herleitungen bei Rohrbach 2013: 36-55.

werden und ihren Glauben ausdrücken können (vgl. Whiteley/Seyd 2002: 52f.; Seyd/Whiteley 2002: 91; Whiteley/Seyd/Billinghurst 2006: 79). Gleichwohl, betonen die Autoren, seien auch *kollektive Anreize* bei Mitgliedschaften von Bedeutung:

»If they [Individuen; Anm. d. A.] reach the conclusion that the party as a whole can make a difference both to their own lives, and to the lives of people with which they identify then they will join the party« (Seyd/Whiteley 1992: 62).

Das setze allerdings eine Vorstellung politischer Wirksamkeit voraus – die Wahrnehmung, dass die eigene Stimme einen Unterschied macht (vgl. Seyd/Whiteley 2002: 90f.). Um dem mit der Herstellung von kollektiven Gütern verbundenen ›Free-Rider-Problem‹ zu begegnen, verweisen die beiden Politikwissenschaftler auf die Idee eines ›unity principle‹ beziehungsweise ›calculating Kantians‹, also der Vorstellung, dass ein öffentliches Gut nur durch die Unterstützung aller Gruppenmitglieder hergestellt werden kann (vgl. Finkel et al. 1989: 886). Demzufolge würde die Problematik des Trittbrettfahrens zur Frage führen, ›Was, wenn das jeder tun würde?‹. Falls die Antwort negativ aus – würde also das kollektive Gut nicht hergestellt –, würden die Menschen partizipieren (vgl. Whiteley et al. 1994: 87). Die kollektiven instrumentellen Anreize können im Übrigen sowohl positiv als auch negativ sein. Individuen wollen gegebenenfalls nicht nur die Umsetzung einer von ihnen begrüßten politischen Agenda unterstützen, sondern unter Umständen auch eine bestimmte, von ihnen als negativ bewertete Politik verändern oder verhindern (vgl. Seyd/Whiteley 1992: 63).

Allgemeines Anreizmodell politischer Partizipation (General Incentives Model)

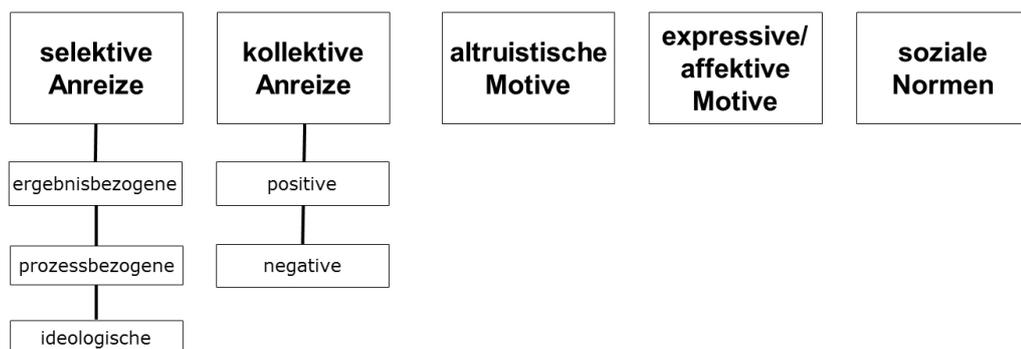


Abbildung 1: Schematische Darstellung des Anreizmodells nach Seyd/Whiteley 1992 sowie Whiteley et al. 1994 (eigene Darstellung)

Dieses Rational-Choice-basierte Anreizmodell wird von Seyd und Whiteley auf der Grundlage sozialpsychologischer Überlegungen ergänzt um altruistische Motive, expressive/affirmative Motive und soziale Normen (ausführlich in: Rohrbach 2013: 48ff.).

Im Kern der *altruistischen Motive* stehen spezifische internalisierte Werte:

»[...] they participate [...] out of a sense of duty or a moral imperative. This is an aspect of the ›civic culture‹, which is a set of norms and beliefs about how the political system should work, and what role the citizens should take within it [...]. It provides an additional motive for joining the party in the general incentives theory. Very often, these moral motives will be expressed in terms of idealistic goals, such as the desire to ›build a better society‹ or because of a general belief in liberal principles. Such general motives may of course have policy implications, but a moral imperative is the driving force behind the decision to participate, not the specific policy goal« (Whiteley et al. 2006: 81).

Die Unterstützung einer Partei kann ferner auf einer emotionalen Bindung zu ihr oder zu einem bestimmten Politiker basieren. Im Kontext dieser *affirmativen/expressiven Motive* verweist Markus Klein (2006) auf das Konstrukt der Parteienidentifikation der empirischen Wahlforschung, der langfristig stabilen affektiven Bindung des Individuums an eine politische Partei (vgl. Klein 2006: 39). Klein betont, dass – im Unterschied zu ideologischen Motiven, bei denen die Unterstützung spezifischer ideologischer Prinzipien im Fokus stehe – im Falle affirmativer/expressiver Motive eben diese emotionale Bindung von größter Bedeutung sei (vgl. auch Whiteley/Seyd/Richardson 1994: 88).

Schließlich integriert das General-Incentives-Model noch *soziale Normen* beziehungsweise normative Motive für Partizipation – in Form sozialer Erwartungen aus dem Umfeld, wie sie beispielsweise in Familien, in denen Angehörige besonders politisch aktiv sind oder es eine Form von Tradition gibt, eine spezifische Partei zu unterstützen (vgl. Seyd/Whiteley 1992: 64f; Whiteley/Seyd/Billinghurst 2006: 81f.).

Den Anreizen und dem daraus zu ziehenden Nutzen stehen Kosten gegenüber, die es in Rational-Choice-Modellen zu bedenken gilt – lautet doch ihre Grundannahme, dass Entscheidungen nutzenmaximierend und kostenvermeidend getroffen werden. Der Eintritt in eine Partei ist aber mit unterschiedlichen Kosten verbunden: »Party membership and activism involves opportunity-costs in the form of money, time and activities foregone« (Heidar/Whiteley 2007). Klein differenziert

diese Kosten in monetäre, die bereits aus der reinen Mitgliedschaft erwachsen, und solche, die in Verbindung mit einem innerparteilichen Engagement stehen: Opportunitätskosten wie die »für die Partei aufgewendete Zeit und Energie« (Klein 2006: 41), und jener Arbeitslast, die sich aus der aktiven Mitarbeit in Gremien und in ehrenamtlichen Diensten ergibt – damit ist »oftmals eher Arbeitsleid denn Arbeitsfreude verbunden« (ebd.: 40). Das Mitglied kann die Kosten allerdings bedingt selbst steuern: Verzichtet es auf aktive Mitarbeit, verbleibt einzig der Mitgliedsbeitrag.

»Da die Mitgliedsbeiträge deutscher Parteimitglieder aber im Regelfall durch diese selbst festgelegt werden, steuerlich abzugsfähig sind, und beitrags säumige Mitglieder in der Praxis zudem nur selten konsequent gemahnt werden, können diese Kosten durchaus überschaubar gestaltet werden« (ebd.: 40).

Hanna Hoffmann weist indes darauf hin, dass die Kalkulation möglicher Kosten außerdem abhängig ist von ihrer individuellen Wahrnehmung:

»Die Entscheidung gegen einen Parteieintritt ist [...] im Wesentlichen abhängig von der Wahrnehmung der Kosten: Verbindet man die Parteimitgliedschaft demnach mit großem Zeitaufwand und eventuellem Arbeitsleid, dann gehört man mit einer relativ hohen Wahrscheinlichkeit nicht zu den Parteimitgliedern« (Hoffmann 2011: 91).

Unbeantwortet bleibt bei Knut Heidar und Paul Whiteley, bei Klein wie auch bei Hoffmann, wie Beitrittskandidatinnen und -kandidaten Kosten für den Zeitaufwand kalkulieren sollen, wenn sie noch dabei sind zu überlegen, ob sie beitreten möchten oder nicht. Sie können in diesem Zusammenhang als »informiert Handelnde« nur auf die Aussagen anderer Parteimitglieder vertrauen, bei denen sie sich über den möglichen Zeitaufwand erkundigen können. Da der aber wiederum auf individuellen Entscheidungen (zum Beispiel wie stark ein Mitglied in die Parteiarbeit integriert sein möchte) basiert, sind entsprechende Auskünfte nur vage beziehungsweise relativ.

Unbeachtet bleibt bei der Entwicklung des General-Incentives-Modells im Übrigen das von Oskar Niedermayer (vgl. 1987, 2002) entwickelte Konzept von Parteibindungsmotiven, mit dem er erklärt, warum sich Menschen in Parteien engagieren. Es soll im Folgenden kurz skizziert werden: Niedermayer bezieht sich dabei zunächst auf Bodo Zeuner (1969), der ohne Bezug auf die angelsächsische Forschung zehn Beitrittsmotive zu Parteien identifizierte:

»Der Wunsch nach einer politischen Karriere; Hoffnung auf bessere berufliche Aufstiegschancen, vor allem im öffentlichen Dienst, oder auf finanzielle Vorteile; der Wille, eine allgemeine, von der Partei verkörperte Idee oder Richtung zu unterstützen; Begeisterung für einen bestimmten politischen Führer; Familientradition; Geselligkeitsbedürfnis; Förderung eines speziellen Interesses; das Bedürfnis, bestimmte Meinungen ›loszuwerden‹ und eine Zuhörerschaft zu finden; der Wunsch nach politischer Information und Bildung; der Wille, das politische Geschehen mitzubestimmen« (Zeumer 1969: 35).

Zeumer betont dabei, dass die Motive nicht nur unter den Mitgliedern, sondern auch vor dem Hintergrund ihrer Parteizugehörigkeit variieren würden (vgl. ebd.).³² Der zweite Bezugspunkt für Niedermayer ist die bereits oben genannte Arbeit von Peter B. Clark und James Q. Wilson (1961) sowie die von Wilson später vorgenommene Erweiterung: Dafür hat er das zunächst auf drei idealtypischen Formen von Anreizen basierende Modell (›material incentives‹, ›specific solidarity incentives‹, ›collective solidarity incentives‹) um einen weiteren Anreiz ergänzt: ›purposive incentives‹ (vgl. Wilson 1973: 30-55). Niedermayer verdichtet diese (Vor-)Arbeiten zu seinem Anreizmodell, das zunächst auf drei Bindungsmotiven basiert:

»In Anlehnung an die Anreiztypologie Wilsons soll die Gesamtheit der der Partizipationsintention zugrundeliegenden Bindungsmotive in Motive materiell-nutzenbezogener (z.B. individuelle berufliche Vorteile), politisch-instrumenteller (z.B. Verfolgung bestimmter politischer Ziele) und traditionell-emotionaler Art (z.B. SPD als politische Heimat) eingeteilt werden« (1987: 50).

Im Laufe der Jahre modifiziert Niedermayer das Modell stark. Er unterscheidet nun zunächst zwischen expressiven und instrumentellen Motiven (s. Abb. 2):

³² Zeumers Variation an Beitrittsmotiven ist damit differenzierter als die Arbeit von Lohmar (1963), der lediglich unterschied in ›Interessenverwirklichung‹, ›Glaubensbekenntnisse‹ und ›allgemeine politische Überzeugungen‹ sowie in das Motiv ›erhoffte‹ oder ›erfolgte‹ Stellenvermittlung durch eine politische Partei (Lohmar 1963: 36).

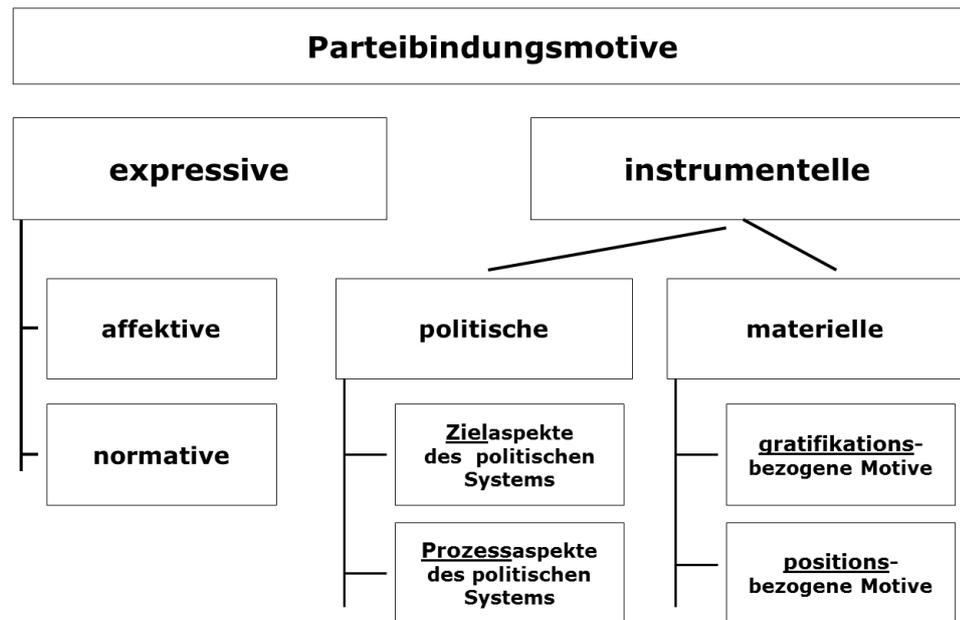


Abbildung 2: Beweggründe eines Engagements in politischen Parteien nach Niedermayer 2002: 301-304 (eigene Darstellung)

Expressive Motive können differenziert werden in affektiv- und normativ-expressive Motive. Affektiv sei dabei eine Bindung, die in Anlehnung an Max Webers affektueller Orientierung sozialen Handelns (Weber 1976: 12) auf eine »Befriedigung affektiv-emotionaler Bedürfnisse« (Niedermayer 2002: 302) abziele. Normativ hingegen, so Niedermayer, seien Bindungsmotive, die »Ausdruck der Erfüllung von für das Individuum relevanten Normen und Werten« (Niedermayer 2002: 302) seien – basierend auf weltanschaulichen und ideologischen Vorstellungen, gruppenspezifischen Werten und Normen wie familiären Parteienbindungen oder Vorstellungen bezüglich einer demokratischen Beteiligungsnorm. Bei instrumentellen Motiven wiederum unterscheidet er in politische und materielle Motive. Erstere könnten unterteilt werden in zielbezogene und prozessbezogene Bindungsmotive. Politisch-zielbezogene Motive würden verfolgt werden, »wenn die Parteibindung als Instrument zur Unterstützung bzw. Durchsetzung von vom Individuum als wichtig erachteten politischen Anliegen, Interessen und Zielsetzungen angesehen wird« (Niedermayer 2002: 303). Politisch-prozessbezogene Motive heben hingegen darauf ab, dass

»die Parteibindung für das Individuum Mittelcharakter in Bezug auf das Bedürfnis nach kognitiver Verarbeitung und Durchdringung des politischen Prozesses besitzt. Hierzu gehört insbesondere das Streben nach Wissen, Information, Einsicht, Verstehen und Teilhabe am politischen Diskurs« (Niedermayer 2002: 303).

Die materiell-instrumentellen Motive hingegen können unterschieden werden nach gratifikationsbezogenen Motiven, bei denen »die Erlangung von monetären Gratifikationen bzw. sonstigen in monetären Größen ausdrückbaren Gütern und Dienstleistungen« (Niedermayer 2002: 303) im Mittelpunkt steht, und positionsbezogenen Motiven. Hierbei stehen

»die über die beruflichen Positionsverbesserungen erreichbaren materiellen Vorteile im Vordergrund. Zu nennen sind insbesondere berufliche Kontakte und die verschiedenen parteipolitischen Patronageformen in Bezug auf Stellenvermittlung und Karriereförderung im ökonomischen wie politischen Bereich« (Niedermayer 2002: 303).

Insgesamt bietet das Modell damit ähnliche Ansatzpunkte wie das General-Incentives-Model, wobei letzteres differenzierter ist und sich in der internationalen empirischen Parteienforschung etabliert hat. Es habe sich, so Ulrich von Alemann und Tim Spier, »mittlerweile zum Standard« entwickelt (2008: 36).³³ Es liegt nicht nur den deutschen Parteimitgliederstudien – der Potsdamer Parteimitgliederstudie 1999 (Heinrich, Biehl 2002) und der Deutsche Parteimitgliederstudie 2009 (Spier et al. 2011) – zugrunde, sondern auch Untersuchungen in anderen Ländern (vgl. etwa Tim Bale et al. 2020 sowie Matthew Lamb 2002 für Großbritannien, Karina Kosiarapetersen 2015 und Hansen 2002 für Dänemark und Lynn Bennie 2004 für Schottland).

Gleichwohl ist das General-Incentives-Model nicht ohne Kritik. Moniert wird beispielsweise, dass die Anreize nicht unbedingt trennscharf voneinander abgrenzbar seien (vgl. Gallagher et al. 2002: 110). Aufgrund dieser fehlenden Trennschärfe kommt es dann auch in der Anwendung des Modells zu Variationen der Anreize und Motive. Ein Beispiel: In der Potsdamer Parteimitgliederstudie 1998 wurden ideologische Anreize als weltanschaulich-ideologische Motive unter die altruistischen Anreize subsumiert (vgl. Heinrich/Lübker/Biehl 2002: 153), während die Deutsche Parteimitgliederstudie 2009 sie nicht unter die selektiven Anreize, sondern in eine Reihe mit den übrigen Anreizen stellt (vgl. Laux 2011: 62f.). Angezweifelt wird des Weiteren, ob das Modell auch bei jungen Menschen verwendet werden könne. William Cross und Lisa Young (2008) stellen ihrer Studie zu jungen kanadischen Parteimitgliedern voran, dass junge Menschen, die einer Partei beitreten, eine markante Grup-

³³ Auch Poletti/Webb/Bale (2019: 156) betonen die besondere Bedeutung des GIM für die Forschung zu Parteimitgliedern.

pe seien und anders betrachtet werden müssten (vgl. 2008: 365). Ähnlich argumentieren Michael Bruter und Sarah Harrison (2009a): Zunächst betonen sie in ihrem Forschungsüberblick in Hinblick auf anreizbasierte Erklärungsmodelle zur Partizipation in Parteien, dass es dazu zwar umfangreiche Literatur gebe, werfen dann aber die Frage auf, ob diese Ergebnisse wohl der spezifischen Lebenssituation junger Parteimitglieder gerecht würden (Bruter/Harrison 2009a: 5). In der Modellierung ihrer Studie gehen sie daher davon aus, dass sich 18- bis 25-jährige Parteimitglieder von älteren hinsichtlich der beitragsentscheidenden Anreize unterscheiden:

»Young party members are first and foremost ›young people‹, who are at the time of one's life when one defines his long-term moral, social, and professional orientations. [...] Thus, the ideological mindset of a young adult is likely to be experienced far more vividly than later, and the stakes associated with his moral positioning entail serious consequences in terms of self-identity definition« (ebd.: 21).

Letztendlich tangiert ihre Kritik jedoch das General-Incentives-Model nicht. Denn mit ähnlichen Begründungen ließen sich auch für andere Alterskohorten Spezifika herausarbeiten, die die Anwendung des General-Incentives-Modells erschweren. Klar ist aber, dass es sich bei der Gruppe junger Menschen und ihrer möglichen Motive, sich politisch zu engagieren und/oder an Politik zu partizipieren, um ein spezifisches Forschungsfeld handelt, das im Folgenden näher beleuchtet werden soll.

4.5 Forschung zu jungen Parteimitgliedern und Partei(jugend)organisationen

Partei(jugend)organisationen sind in Deutschland angesichts ihrer Mitgliederstärke, ihrer Funktion und politischen Stellung ein zu Unrecht vernachlässigtes Forschungsobjekt. Insgesamt gibt es nur wenige Arbeiten, die sich explizit mit ihnen beschäftigen. Sie erforschen die Formen der Nachwuchsrekrutierung (vgl. Stock 2008), ihre Funktion für den Aufstieg in Parteien beziehungsweise politische Karrieren (vgl. Gruber 2009a, 2009b, 2010; Hackel 1978) beziehungsweise diskutieren ihre Rolle (vgl. Jungblut/Weber 2017) oder ihr Einflusspotenzial (vgl. Adam 2017; Grunden 2006) und befassen sich mit ihrem rechtlichen Status (vgl. Volkmann 2006; Westerwelle 1994), ihrer Finanzierung (Prigge 2019) oder ihrer Entwicklung (vgl. Krabbe 2002; Oberpriller 2004a). Die bisherigen deutschen Parteimitgliederstudien (vgl. Heinrich/Lübker/Biehl 2002; Spier et al. 2011) geben keine Auskünfte über die

Motive Jugendlicher, obwohl mit Sicherheit davon auszugehen ist, dass unter den Befragten auch solche sind, die Mitglieder der jeweiligen Jugendorganisationen sind.

International nehmen sich Studien zu jugendlichen Parteimitgliedern und/oder Partei(jugend)organisationen ähnlich rar aus: »Surprisingly, few studies have explored young members of political parties«, betont auch Emily Rainsford (2018: 783). Die vorliegenden Arbeiten nehmen sich dabei ähnlicher Themen wie in Deutschland an: Marc Hooghe, Dietlind Stolle und Patrick Stouthuysen (2004) zeigen beispielsweise für Flandern in Belgien, welchen Stellenwert eine Mitgliedschaft in einer Partei(jugend)organisationen für eine spätere politische Karriere hat. Andere Arbeiten rücken explizit junge Parteimitglieder in den Mittelpunkt des Interesses: Matthew Lamb zeigt beispielsweise für Großbritannien, dass sich das General-Incentives-Model auf Jugendliche anwenden lasse, arbeitet aber gleichwohl heraus, dass das Modell die »disincentives to membership« ignoriere – ohne eine Betrachtung potenziell »abschreckender Faktoren« könne nicht unterschieden werden, warum sich andere gegen eine Mitgliedschaft entschieden (vgl. Lamb 2002: 330). Cross und Young zeigen in ihrer empirischen Studie zu jungen Parteimitgliedern in Kanada, dass diese im Vergleich zu Nicht-Mitgliedern häufiger Nachrichten in Medien konsumieren und Parteien für effektivere politische »Agenturen« halten (vgl. 2008: 356ff.) und betonen, dass junge Erwachsene wesentlich häufiger rekrutiert würden als ältere, die über andere Wege in eine Partei gelangten (vgl. ebd.: 353f.). Eine besondere Rolle komme dabei den Eltern zu. Unter politisch engagierten Jugendlichen entschieden sich demnach deutlich mehr für einen Eintritt in eine Partei, wenn beide Eltern beziehungsweise ein Elternteil in einer Partei aktiv sei:

»Perhaps because of their familial exposure, these individuals are more favourably predisposed towards political parties than are their activist counterparts who choose not to join parties. They perceive party membership to be a reasonably effective way to influence party policy« (ebd.: 365).

Wauters und van Liefferinge (2015) zeigen in ihrer Studie zu vier flämischen Parteien, dass bereits ein politisches Elternhaus einen positiven Einfluss auf die politische Partizipation Jugendlicher in Parteien haben kann. Alan S. Zuckerman, Josip Dasović und Jennifer Fitzgerald (2007) wiederum betonen in ihrer Studie zu Großbritannien und Deutschland, dass in Bezug auf die intergenerationalen

Transmissionen von Einstellungen Frauen als Mütter einen stärkeren Einfluss hätten als Väter – und zwar, weil sie mehr Zeit mit den Kindern respektive Jugendlichen verbringen würden: »Children learn more from their mothers, and so they also learn more about politics from them« (Zuckerman et al. 2007: 145). Emilien Paulis (2019) wiederum untersucht am Beispiel belgischer Parteien die Bedeutung sozialer Netzwerke beziehungsweise interpersonaler Beziehungen für das Engagement junger Menschen in Parteien und betont die Rolle von nahestehenden Peers. Hoi-Yu Ng (2015) schlussfolgert in ihrer qualitativen Studie über den Weg junger Menschen in eine Partei in Hong Kong, dass dieser als ein mehrstufiger Prozess zu verstehen und entsprechend zu untersuchen sei. Und die bereits erwähnte Emily Rainsford (2017) untersucht zunächst, warum sich junge Menschen in verschiedenen Organisationen in Großbritannien engagieren, um dann die Mitglieder von drei britischen Partei(jugend)organisationen in den Mittelpunkt zu rücken (Rainsford 2018). Bruter und Harrison (2009a) porträtieren empirisch fundiert die jungen Parteimitglieder in Europa – mit Daten von 15 Parteien aus sechs Ländern. Im Sample inbegriffen sind auch Mitglieder der SPD, CDU und FDP, was den Blick wieder nach Deutschland und auf die letzte hier zu nennende Studie lenkt: Regina Weber hat in ihrer Dissertation unter dem Titel »Young people in old politics« (2017) die Motivationen, Erfahrungen und Zukunftsperspektiven von jungen Mitgliedern in der SPD untersucht – gemeint sind damit Mitglieder unter 36 Jahren, die damit gemäß Status auch Mitglied der Juso-Arbeitsgemeinschaft sind. In ihrer auf Mixed Methods basierenden Studie befasst sie sich mit dem Weg junger Menschen in die Partei, ihren dortigen Aktivitäten und Vorstellungen über die Zukunft der Partei. Sie arbeitet dabei heraus, dass der Beitritt als ein Prozess zu verstehen sei. Mit Rückgriff auf ressourcenbasierte Erklärungsansätze kann sie zeigen, dass hier die Ressource Wissen von besonderer Bedeutung ist, gefolgt von der (Verfügbarkeit von) Zeit. Geld spiele hingegen eine untergeordnete Rolle. Und unter Verwendung anreizbasierter Erklärungsansätze hebt sie in Anlehnung an Bruter und Harrison hervor, dass moralisch-ideologische Anreize bei der Entscheidung von besonderer Bedeutung seien:

»The most relevant incentives for the young members were moral-ideological; almost all the young members in the survey valued the opportunity to somehow be involved in policy changes for the better. Also the activists in the interviews emphasised this motivational factor. [...] The activists were motivated by the prospect of changing the society for better, but the belief that the SPD was ideologically the

right place to be politically active was also important for them«
(Weber 2017: 200).

Skeptisch lässt einen der in der Studie verwendete Jugendbegriff zurück. Weber grenzt eingangs die Jugendphase vom Erwachsensein ab, betont, dass dies eine Vorstufe und Vorbereitungsphase sei und ihr die Abgrenzung gegenüber Erwachsenen inhärent wäre (vgl. ebd.: 20f.). Doch unter Nutzung der gesamten Altersspanne, wie sie bei den Jusos gebräuchlich ist, weitet sie die Jugendphase letztlich bis zum 35. Lebensjahr aus. Sie ist damit aber keine Ausnahme, sondern eher die Regel. Kritisch muss mit Hinweis auf Jürgen Gerdes und Uwe H. Bittlingmayer gefragt werden, ob es sich dabei tatsächlich noch eine legitime Verwendung des Jugendbegriffs handelt:

»Wenn unter Jugend etwa alle Personen, die innerhalb einer Altersspanne von 12- bis 27-Jährigen liegen, subsumiert werden, dann werden nicht nur besondere, eine Generation prägende Ereignisse über eine sehr große Anzahl von Personen verteilt, sondern auch eine Gruppe künstlich erzeugt, zu der beispielweise ein spät eingeschulter gymnasialer Sechstklässler, ein seit zehn Jahren arbeitender Maurergeselle, eine Langzeitarbeitslose und Hartz-IV-Empfängerin und ein promovierter IT-Experte gehören. Inwieweit diese Personen als eine Gruppe eine einzige generationenspezifische Erfahrung teilen, ist eine ernsthafte Frage« (Gerdes/Bittlingmayer 2016: 47).

In Hinblick auf die Forschung zu ›jungen‹ Menschen in Parteien kommt hinzu, dass die jungen ›jungen‹ Menschen oft fehlen – das Sample von Cross und Young besteht beispielsweise nur aus 18- bis 25-Jährigen. Dabei sollten gerade bei Minderjährigen, die einer Partei beitreten, andere Ergebnisse zu erwarten sein – denn sie befinden sich mitten in der Adoleszenz. Und damit wird nun übergeleitet auf die im Anschluss vorzustellende Studie, die unter anderem an diesem Manko ansetzt und Minderjährige und ihre Entscheidung für den Beitritt in eine Partei(jugend)organisation in den Mittelpunkt rückt.

5 Forschungsansatz

Minderjährige sind als Teilgruppe Jugendlicher Teil einiger Parteimitgliederstudien (vgl. bspw. Weber 2017; Bruter/Harrison 2009). Ohne der Besonderheit ihres Lebensabschnitts Rechnung zu tragen wird immanent davon ausgegangen, dass beispielsweise 14-Jährige eine ähnliche Motivation antreibt wie eine 24-Jährige oder ein 35-Jähriger. Dabei zeigen Forschungen und damit verknüpfte Theorien zur Sozialisation Jugendlicher (vgl. bspw. Hurrelmann 2022), dass sie in der Altersphase der Pubertät besondere Entwicklungsaufgaben zu bewältigen haben – solche, die sogenannte Jugendliche in der Postadoleszenz längst hinter sich gelassen haben. Daher geht diese Studie davon aus, dass Jugendliche beziehungsweise zum Zeitpunkt des Beitritts Minderjährige ab 14 Jahren anders agieren. Die untere Altersgrenze korrespondiert im Übrigen mit dem frühestmöglichen Eintrittsalter in eine Partei(jugend)organisation. Die obere Altersgrenze orientiert sich an der Volljährigkeit, mit der einhergeht, dass Jugendliche dann als voll geschäftsfähig gelten. Entsprechend dieser Annahme und der Fokussierung auf eine spezifische Altersgruppe wird dieser Studie ein exploratives Design zugrunde gelegt, um mit größtmöglicher Offenheit die individuellen Entscheidungsprozesse für den Eintritt in besagte Organisationen erfassen und vor dem Hintergrund theoretisch fundierter Vorannahmen interpretieren zu können.

Im Folgenden werden zunächst kurz die Forschungsmethode und die Instrumentarien vorgestellt und im Anschluss gezeigt, wie die Fallauswahl getroffen wurde, welche Schwierigkeiten beim Feldzugang damit verbunden waren und wie schließlich das bereinigte Sample aussieht. Betont wird, dass für die Befragung Minderjähriger zusätzliche beziehungsweise strengere formale Regeln Beachtung finden müssen. Gezeigt wird im Anschluss nicht nur, dass auch bei qualitativen Forschungsvorhaben Gütekriterien zu beachten sind und welche dieser Kriterien wie in der vorliegenden Studie Anwendung finden, sondern auch die Problematik retrospektiver Daten diskutiert. Am Ende dieses Kapitels wird schließlich das Auswertungsverfahren vorgestellt und ein Ausblick auf die Auswertung in den Folgekapiteln gegeben.

5.1 Forschungsmethode

Die vorliegende Studie ist aufgrund ihres explorativen Charakters qualitativ konzipiert und wird mit der Methode des problemzentrierten Interviews (Witzel 1982, 1985, 1996, 2000) umgesetzt, die mit ihrer Gegenstands- und Situationsorientierung die Analyse individueller und kollektiver Handlungsstrukturen und Verarbeitungsmuster gesellschaftlicher Realität ermöglicht. Die »Problemzentrierung kennzeichnet dabei zunächst den Ausgangspunkt einer vom Forscher wahrgenommenen gesellschaftlichen Problemstellung« (Witzel 1982: 67), die sich in der vorliegenden Untersuchung in der Forschungsperspektive widerspiegelt. Ferner betont Andreas Witzel, dass die Problemzentrierung die Möglichkeit impliziere, »komplexe Vermittlungsprozesse von Handlungs- und Bewertungsmustern aufzudecken und in der Betonung der Sichtweise der Betroffenen deren Relevanzkriterien zu erfassen« (Witzel 1982: 70), beziehungsweise, dass sich durch die »Teilnahme an den Problemen der Befragten [...] Erfahrungen und Vorstellungen, die zu Typisierungen verdichtet oder nachträglichen Plausibilisierungs- und Legitimationszusammenhängen unterworfen wurden, in ihren Konstruktionen aufdecken« lassen (Witzel 1982: 77).

Das problemzentrierte Interview vereint dabei verschiedene methodische Elemente wie die Gruppendiskussion, den Fragebogen, das Interview und ein Postskriptum. Welche Methoden im Rahmen einer Studie zur Anwendung kommen, ist abhängig vom jeweiligen Gegenstand (vgl. Witzel 1985: 232) und davon, welche den besten Erkenntnisgewinn versprechen. Entsprechend fiel für die vorliegende Studie die Entscheidung zugunsten von Einzelinterviews. Immerhin steht im Mittelpunkt das Interesse, die individuellen Beitrittsrouten und Entscheidungsmotive zu verstehen, die, so die Befürchtung, in Gruppendiskussionen eher »verschüttet« worden wären.

Dem beabsichtigten Erkenntnisgewinn folgend, ist mit dem Forschungskonzept des problemzentrierten Interviews für die Fallauswahl das Konzept des theoretical sampling verbunden, das »die Datensammlung und damit die Auswahl von Untersuchungspersonen als Prozeß begreift, der mit dem Prozeß der Entwicklung einer Theorie verknüpft ist« (Witzel 1982: 80). Für die Anwendung der Methode wird neben einem Interviewleitfaden dringend die Verwendung eines Kurzfragebogens empfohlen sowie die Anfertigung eines Postskripts (ebd. 1982: 89-92).

5.1.1 Interviewleitfaden

Der Leitfaden »soll das Hintergrundwissen des Forschers/Interviewers thematisch organisieren, um zu einer kontrollierten und vergleichbaren Herangehensweise an den Forschungsgegenstand zu kommen« (Witzel 1982: 90; vgl. auch Witzel 1996).

Der Einstieg in das Interview erfolgte zunächst mit einer allgemeinen Frage zum Freizeitverhalten, um das »Eis zu brechen« zwischen Interviewer und Jugendlichen. Entsprechend locker ist sie formuliert und wurde so in den Gesprächen intoniert:

»Was machst Du so in Deiner Freizeit?«

Die Frage ist so formuliert, dass sie einen ersten Erzählimpuls gab und die Jugendlichen schon einmal ins Erzählen bringen sollte. Verbunden ist sie mit Nachfragen, die weitergehend Aufschluss erlaubten zum Freizeitverhalten, Aktivitäten und Mitgliedschaften der Jugendlichen sowie dem damit verbundenen zeitlichem Aufwand. Im Anschluss folgte die Frage zum Eintritt in die Partei(jugend)organisation:

»Du bist vor nicht allzu langer Zeit Mitglied der Jungen Union/der Jusos geworden. Erzähle bitte, wie Du dazu gekommen bist. Du kannst Dir Zeit lassen, ausholen und die ganze Vorgeschichte erzählen.«

Es folgten dann Erzählungen der Jugendlichen, die aus ihrer Perspektive den Ablauf darlegten. Im Laufe des Interviews wurde versucht an diese Erzählungen immer wieder anzuknüpfen.

Nach dem Erzählimpuls »Beitritt« folgten eine Reihe offener Leitfragen, die bestimmte Aspekte des Beitrittsprozesses fokussierten und versuchten, weitere Erzählimpulse zu initiieren:

- »Mit wem hast Du Dich über Deine Pläne unterhalten?«
- »Was meinst Du, kannst Du mit Deiner Mitgliedschaft in der Jungen Union/bei den Jusos bewirken?«
- »Wie sieht es denn mit dem politischen Engagement in Deinem Umfeld aus? Ist da jemand aktiv?«
- »Erzähle doch mal, was Dich an Politik interessiert?«
- »Mit wem redest Du über Politik?«
- »Wie informierst Du Dich denn über Politik?«
- »Meinst Du, man sollte sich politisch beteiligen?«
- »Was wünschst Du Dir für Dein Leben?«

Zu den Leitfragen wurden in Stichpunkten, nicht in ausformulierten Fragen, weitere für die Studie wichtigen thematischen Aspekte zusammengefasst, auf die im Laufe des Interviews zur Unterstützung und Ausdifferenzierung des narrativen Flusses zurückgegriffen werden konnte. Im Fokus standen bei den Leitfragen und Nachfragen somit der Beitrittsmoment, die Beitrittsvorgeschichte beziehungsweise Route, Beitrittsüberlegungen, das Umfeld der Interviewten, Gesprächspartner/-innen, politisches Interesse und Verständnis, Freizeitverhalten, weiteres Engagement.

Der Begriff Leitfaden, räumt bereits Witzel ein, sei »eigentlich unzutreffend, weil hier der Gesprächsfaden des Interviewten im Mittelpunkt des Interesses steht, der Leitfaden diesen lediglich als eine Art Hintergrundfolie begleitet« (Witzel 1982: 90). Entsprechend wird nicht der Leitfaden Punkt für Punkt abgehakt, sondern es wird vielmehr versucht im Kontext entsprechender Narrationen mittels Verständnisfragen nachzuhaken. Hinzu kam, dass die Fragen mitunter leicht variiert werden mussten, wenn im Zuge einer ersten zeitnahen Auswertung festgestellt wurde, dass sie nicht den gewünschten Erzählimpuls brachten oder zu vagen Antworten führten (vgl. Reinders 2005: 119).

5.1.2 Transkription und das Transkript

Die Interviews wurden mitgeschnitten (Audio) und anschließend vollständig transkribiert. Der Satzbau des gesprochenen Wortes wurde nicht korrigiert, keine Kommata eingefügt und Punkte, Ausrufe- oder Fragezeichen nur, wenn der oder die Interviewte es entsprechend konnotierte. Aufgenommen wurden auch bejahende oder verneinende Ausdrucksformen (mhm, hmhm), zögernde Laute (äh, ähm), Lachen (lacht) und Pausen. Dabei wurden Mikropausen – ein kurzes Innehalten – mit dem Zeichen (.) eingefügt, längeres Pausieren mit der Sekundenzahl in runden Klammern, beispielsweise für eine Gesprächspause von drei Sekunden wie folgt: (3). Insgesamt wurde aber nicht der gesamte linguistische und paralinguistische Zeichenkatalog beachtet, wie es bereits Witzel (1996: 56) empfiehlt.

Im Anschluss wurden die Transkripte anonymisiert:

- Männliche Sprecher wurden mit einem M, weibliche Sprecherinnen mit einem W sowie jeweils mit einer Personenkennzahl gekennzeichnet: M01, M02 ... W01, W02 ...

- Vollständige Namen von Personen, die von den Jugendlichen im Interview genannt wurden, sind ersetzt worden durch ›Vorname Nachname‹ und einer Personenkennzahl: »Vorname01 Nachname01«. Wenn nur Vornamen genannt wurden entsprechend »Vorname01«. Bei Spitznamen ist identisch verfahren worden: »Spitzname01«. In jenen Fällen, in denen eine mit Namen benannte Person gleichzeitig auch Interviewpartner/-in ist, wurde dahinter die spezifische Personenkennziffer des interviewten Jugendlichen in runden Klammern ergänzt: »Vorname01 Nachname01 (M01)«.
- Anonymisiert wurden ferner die Namen von Dörfern oder Städten – auch hier sorgt eine fortlaufende Nummerierung dafür, gleiche Orte identifizieren zu können: Ort01, Ort02 ... Mit dem gleichen System sind Staaten, Bundesländer, Regionen, Stadtteile, Straßennamen, Plätze, aber auch Firmennamen, die Namen von regionalen und überregionalen Zeitungen, Vereinen, Regionen und Schulen anonymisiert worden: Land01, Bundesland01, Region01, Firma01, Zeitungsname01 et cetera.

Für die Auswertung, insbesondere vor dem Hintergrund der großen Menge an Interviews, erfolgte die Einspeisung der Transskripte in MAXqda, das für die Auswertung zur Anwendung kam.

5.1.3 Kurzfragebogen

Eingangs wurde bereits darauf hingewiesen, dass Witzel mit der Methode des problemzentrierten Interviews auch die Anwendung eines Kurzfragebogens dringend empfiehlt – aus zwei Gründen:

»Zum einen enthält er in unserem Forschungszusammenhang eine Gruppe biographisch geladener, teilweise offener Fragen [...], deren Beantwortung einen günstigen Gesprächseinstieg ermöglichen. [...] Die zweite Funktion des Kurzfragebogens besteht darin, einige zentrale, die soziale Situation der Familie kennzeichnenden Informationen [...] aus dem Interview herauszunehmen« (Witzel 1982: 89f.).

Letzteres bedeutet im Kontext eines Interviews eben auch jene Fragen auszugliedern, die aufgrund ihres geschlossenen Charakters den Erzählfluss unterbrochen oder zumindest gestört hätten. Der Fragebogen wurde den Jugendlichen entsprechend auch

erst nach dem Gespräch ausgehändigt, um den Aufbau der Gesprächssituation nicht zu determinieren oder zu stören.

Der eingesetzte Bogen erfragte Informationen zum Geschlecht sowie zu Alter, Wohnort, Staatsangehörigkeit (Interviewte / Eltern Interviewte), Schulabschluss und zum anvisierten beruflichen Ausbildungsabschluss sowie Schulabschluss und Beruf der Eltern. Diese soziodemographischen Daten wurden in die Auswertung einbezogen.

5.1.4 Postskriptum

Für den internen Gebrauch im Zuge der Auswertung wurde im Anschluss an die Interviewtermine jeweils ein Postskriptum verfasst. Diese Postkommunikationsbeschreibung soll, so die Forderung der Methode, kurze Notizen zur Situation des Interviews beinhalten, wobei auf die kurz davor liegende Zeit mit einzugehen sei. Witzel postuliert mit Verweis auf Aaron V. Cicourel (1974) sowie Barbara Laslett und Rhona Rapoport (1975), dass dies notwendig sei, um

»den Interviewer selbst als Teil der Untersuchungssituation zu begreifen. Seine Ahnungen, Zweifel, Vermutungen, Situationseinschätzungen, Beobachtungen von besonderen Rahmenbedingungen des Interviews und von nonverbalen Elementen beeinflussen den Kontext und Ablauf des Gesprächs als ›particular event‹ (Cicourel), werden aber im Interviewskript nur unvollständig oder gar nicht zum Ausdruck gebracht« (Witzel 1982: 91f.).

Gleiches gilt beispielsweise auch für visuelle Störungen, die eben nicht mit dem akustischen Gesprächsmitschnitt erfasst und somit nicht Teil des Transkripts würden. Entsprechend stellt das Postskriptum für das spätere Auswertungsverfahren Informationen zum besseren Verständnis des Interviews bereit, um bei der Transkription beziehungsweise der Auswertung der Skripte Veränderungen im Redefluss erklären zu können. Im Laufe des Erhebungsverfahrens wurde nach Diskussion in einem Forschungskolloquium aber aus datenschutzrechtlichen Gründen davon Abstand genommen, da mit dem Postskriptum zu viele persönliche Charakterisierungen der Jugendlichen festgehalten würden. Für das Auswertungsverfahren waren die Notizen letztlich nicht notwendig.

5.2 Von der Grundgesamtheit zum Sample

Im Mittelpunkt dieser Studie stehen jene Mitglieder der Jungsozialistinnen und Jungsozialisten in der SPD und der Jungen Union, die zum Zeitpunkt ihres Beitritts noch

minderjährig waren und deren Beitritt nicht länger als vier Monate zurücklag (s. dazu Kap. 5.5.2). Aus dieser Gruppe galt es die Fallauswahl vorzunehmen – unter Schwierigkeiten, wie zu erläutern sein wird. Trotzdem gelang es, ein hinsichtlich vorher definierter Merkmale heterogenes Sample aufzubauen.

5.2.1 Fallauswahlverfahren

Die Auswahl der Interviewteilnehmerinnen und -teilnehmer erfolgte im Rahmen eines qualitativen Samplings beziehungsweise selektiven Samplings.

»Selective Sampling is a practical necessity and is theoretically mandatory; it is shaped by the time the researcher has available to him, by his framework, by his starting and developing interests, and by any restrictions placed upon his observation by his hosts” (Schatzman/Strauss 1973: 38f.).

Die Kriterien für die Auswahl ergeben sich entweder aus Arbeitshypothesen oder, wie in der vorliegenden Studie, aus der Durchsicht des Forschungsstands. Mit diesem Verfahren gelingt es, wesentliche strukturelle Einflussfaktoren a priori in der Studie zu berücksichtigen und damit Träger bestimmter theoretisch relevanter Merkmalskombinationen im qualitativen Sample zu gewinnen (Kelle/Kluge 1999: 46). Außerdem kann damit gezielt versucht werden, die Varianz des Untersuchungsfeldes in der Studie abzubilden (Lamnek 2005: 192).

Beachtung finden beim Sampling die Merkmale Geschlecht, (angestrebter) Bildungsabschluss und Wohnort. Aus dem im vierten Kapitel skizzierten Forschungsstand ergibt sich, dass Jungen nicht nur mehr Interesse an Politik zeigen als Mädchen, sondern auch mehr Bereitschaft, in politischen Parteien mitzuarbeiten. Ferner erweist sich der (angestrebte) Bildungsabschluss als wichtiger Faktor politischer Partizipation: Je höher der formale Bildungsabschluss, desto wahrscheinlicher die politische Beteiligung. Als drittes Merkmal wurde der Wohnort als Faktor in die Studie aufgenommen, um zu vermeiden, dass die Antworten lediglich Ausdruck einer lokalen oder regionalen Situation sind. Entsprechend sollten Interviewpartnerinnen und Interviewpartner im Norden und Süden sowie im Westen und Osten gewonnen werden. Doch die auftretenden Schwierigkeiten im Feldzugang erschwerten die Umsetzung der geplanten Fallauswahl.

Festzuhalten bleibt an dieser Stelle schließlich, dass versucht wurde, unterschiedliche Merkmale gleich stark zu repräsentieren – das erklärt die unten aufgezeigte Varianz der abschließenden Fallauswahl.

5.2.2 Zugang zum Forschungsfeld

Vor dem Hintergrund, dass es sich bei den Gesprächspartnerinnen und -partner um Minderjährige handelte und dass das Interview spätestens vier Monate nach dem Beitritt erfolgt sein sollte (zum Hintergrund s. Kap. 5.5.2), wurde versucht, über den offiziellen Weg der Partei(jugend)organisationen einen Zugang zu den jungen Parteimitgliedern zu finden.

Dafür wurden im Sommer 2008 zunächst 161 Kreisvorsitzende der Jungen Union in Schleswig-Holstein, Hamburg, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Thüringen, Berlin und Brandenburg sowie vier Landesverbände der Jusos sowie der Bundesvorstand per E-Mail angeschrieben. Über die gezielte Adressierung unterschiedlicher Instanzen sollte herausgefunden werden, welche Zugänge am schnellsten und effektivsten funktionieren.

Die E-Mail wurde über eine Adresse an der Heinrich-Heine-Universität versandt. Im Anschreiben, in dem auch der wissenschaftliche Betreuer samt Kontaktdaten benannt wurde, wurde zunächst kurz das Forschungsprojekt vorgestellt und um Mithilfe gebeten: Die Adressierten sollten ein im Anhang der E-Mail befindliches Schreiben an die anvisierte Zielgruppe weiterleiten. Doch in den 84 Rückläufen überwog das Bedauern und der Hinweis, dass es in den entsprechenden Kreisverbänden keine minderjährigen Neumitglieder gebe beziehungsweise die Landesverbände sowie der Bundesverband Schwierigkeiten hätten, diese genau zu identifizieren. Letztendlich kam es zu sechs Kontakten mit der entsprechenden Zielgruppe, aus denen schließlich fünf Interviews resultierten. Aufgrund dessen fiel für die zweite Erhebungswelle im Herbst 2008 die Entscheidung, ergänzend über die Landesvorsitzenden beziehungsweise Landesgeschäftsstellen einen Zugang zu suchen. Sie wurden in Hamburg, Rheinland-Pfalz, Bayern, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt, Brandenburg, Sachsen und Thüringen für die Junge Union und für die Jusos ergänzend noch in Schleswig-Holstein, Nordrhein-Westfalen, Bremen und Niedersachsen angeschrieben. Die Angesprochenen zeigten sich in der Regel kooperativ und gaben Hinweise, in welchen Kreisverbänden entsprechende Neueintritte stattgefunden hätten, so dass unter Verweis auf den

Landesvorsitzenden, die Landesgeschäftsführerin oder eine andere Personen aus der Landesgeschäftsstelle gezielt Kontakt zu den dortigen Vorsitzenden gesucht werden konnte. Allerdings zeigte sich in den neuen Bundesländern erneut jenes Problem, dass zuvor schon Kreisvorsitzende in der ersten Erhebungswelle geäußert hatten – der Mangel an entsprechenden Neumitgliedern. In die Junge Union war in Mecklenburg-Vorpommern in dem angefragten Zeitraum beispielsweise lediglich ein Minderjähriger eingetreten, in die bayerische Schwesterorganisation im gleichen Zeitraum indes über 160 Jugendliche. Folglich war die Möglichkeit, Jugendliche in den alten Bundesländern zu gewinnen, deutlich günstiger als in den neuen – das galt für Junge Union und Jusos gleichermaßen.

Außerdem wurden die Interviewanfragen mit der zweiten Erhebungswelle mit einem finanziellen Anreiz (»Aufwandsentschädigung«) verbunden. Die in Aussicht gestellten zehn Euro für die Teilnahme an der Studie sollten, so die Überlegung, nicht nur intrinsisch motivierte Jugendliche bei ihrer möglichen Abwägung bezüglich der Teilnahme positiv bestärken, sondern auch jene zum Mitmachen motivieren, die aus ihrer persönlichen Sicht vielleicht nicht über »plausible« beziehungsweise »vorzeigbare« Partizipationsgründe verfügen (»Ich mach nur mit, weil das alle machen«).

Im Rahmen dieses zweiten Erhebungsversuchs wurden 238 Gliederungen der Jungen Union (142) und der Jusos (96) angeschrieben, soweit möglich persönlich adressiert an die jeweiligen Vorsitzenden. Daraus resultierten 83 Kontakte zu Neumitgliedern aus Junger Union (39) und Jusos (44), die zu 66 Interviews führten (33 JU/33 Jusos).

Abschließend sei noch zu betonen, dass der formale Zugang über die Partei(jugend)organisationen im Falle Minderjähriger als forschungsethisch wichtig erachtet wird. Die Mutter eines 16-jährigen Jungen fragte in einem persönlichen Gespräch gezielt danach, wie der Kontakt zu ihrem Nachwuchs zustande gekommen sei. Deutlich sprach in ihren Worten die Sorge heraus, dass gegebenenfalls auch Erwachsene mit anderen Absichten (bspw. Cyber-Grooming) auf diesem Weg an ihr Kind herantreten könnten. Die Versicherung, dass der Kontakt über die formalen Strukturen der Organisation erfolgte, bei dem das Erkenntnisinteresse überprüfbar offengelegt wurde, beruhigte sie.

5.2.3 Sample

Das Sample umfasste zunächst 71 Interviews (fünf aus der ersten Erhebungswelle, 66 aus der zweiten), nach Bereinigung verblieben 64 – ausgeschlossen wurde jene, bei denen sich im Verlauf des Gesprächs zeigte, dass der Beitrittstermin länger als vier Monate zurücklag oder der Interviewpartner/die Interviewpartnerin zum Beitrittstermin bereits volljährig war. Die Verteilung nach Organisationen stellt sich schließlich wie folgt dar:

JU	Jusos	Gesamt
31	33	64

Das Geschlechterverhältnis ist nicht ausgeglichen, entspricht aber in etwa dem Geschlechterverhältnis in den Parteien – 73 Prozent der Parteimitglieder 2009 waren männlich, 27 Prozent weiblich (vgl. Klein 2011: 43):

Geschlecht	JU	Jusos	Gesamt
Männlich	21	26	47
Weiblich	10	7	17

Prämisse beim Sampling war, dass die Jugendlichen zum Zeitpunkt des Beitritts minderjährig waren. Entsprechend ist das Gros der Interviewten zwischen 14 und 17 Jahren alt. Nur zwei Jugendliche sind in dem Zeitraum zwischen dem Beitritt und dem Interview volljährig geworden:

Alter	JU		Jusos		Gesamt		
	M	W	M	W	M	W	M/W
14	1	-	2	-	3	-	3
15	6	4	3	2	9	6	15
16	9	2	17	2	26	4	30
17	4	3	4	3	8	6	14
18	1	1	-	-	1	1	2

Das Sample beinhaltet einen Querschnitt an Interviewpartnerinnen und -partnern aus unterschiedlichen Bundesländern, allerdings mit einem deutlichen Schwerpunkt auf den alten Bundesländern. Die geringen Zahlen an Interviewpartnerinnen und -partnern in den neuen Bundesländern sind Ausdruck des dortigen geringen Organisationsgrads:

Bundesland	JU	Jusos	Gesamt
Schleswig-Holstein	2	1	3
Hamburg	-	2	2
Niedersachsen	3	-	3
Berlin	-	2	2
Nordrhein-Westfalen	7	13	20
Rheinland-Pfalz	4	4	8
Bayern	10	8	18
Brandenburg	1	1	2
Sachsen-Anhalt	-	1	1
Sachsen	-	1	1
Thüringen	4	-	4

Die Interviewten kommen sowohl aus dem ländlichen Raum als auch aus städtischen Ballungsräumen:

Einwohnerzahl Wohnort	JU	Jusos	Gesamt
< 5.999	7	2	9
6.000 – 20.999	3	3	6
21.000 – 50.999	12	9	21
61.000 – 100.999	5	5	10
101.000 – 999.999	4	8	12
> 1.000.000	-	6	6

Das Sample weist damit die vorab beabsichtigte Varianz auf und ermöglichte im Auswertungsverfahren entsprechende Erkenntnisgewinne.

In Hinblick auf die Schulbildung zeigt sich, dass Jugendliche an Gymnasien deutlich überrepräsentiert sind. Studien zum politischen Interesse und zur Partizipation(sbereitschaft) Jugendlicher in Parteien, wie im vierten Kapitel dargelegt, ließen dieses Ergebnis bereits vermuten. In der folgenden Übersicht sind die Schultypen notiert, die die Jugendlichen aktuell besuchen. Nur ein Jugendlicher befand sich zum Zeitpunkt des Interviews bereits in einer Ausbildung:

Schultypen	JU	Jusos	Gesamt
Hauptschule	-	1	1
Hauptschule, 10. Klasse	2	-	2
Realschule/Mittlere Reife	2	2	4
Fachoberschule	1		1

Fachgymnasium (vorher Realschule)	3	-	3
Gymnasium/gymnasialer Zweig Gesamtschule	23	29	52
Berufsschule im Zuge Ausbildung	-	1	1

Über das Einkommen der Haushalte, in denen die Interviewten lebten, können keine Aussagen getroffen werden – die Jugendlichen konnten oft noch nicht einmal genau sagen, welchen Beruf die Eltern ausüben. Die Einbeziehung der Eltern in die Erhebung unterblieb.

5.3 Besonderheit: Rahmenbedingungen für die Befragung Minderjähriger

Für die Befragung von Minderjährigen gelten deutlich strengere Vorgaben als bei Erwachsenen, um dem besonderen Schutzbedürfnis dieser Altersgruppe Rechnung zu tragen, wie auch die »Richtlinie für die Befragung von Minderjährigen« des Arbeitskreises Deutscher Markt- und Sozialforschungsinstitute e. V. und anderer betont. Im Kern geht es dabei zunächst um die Einsichtsfähigkeit, »ob der Minderjährige die Konsequenzen der Verwendung seiner Daten übersehen und dem entsprechend Stellung nehmen kann« (2006: o. S.). Zwar wird dies bei Jugendlichen zwischen 14 bis 17 Jahren grundsätzlich unterstellt, da es in der Studie aber auch um politische Meinungen und Einstellungen geht, wurde die Richtlinie strikter ausgelegt und umgesetzt.³⁴ Entsprechend wurde den Jugendlichen mit der Verabredung des Interviewtermins eine »Elterninformation« mit der Bitte um Weitergabe an die Erziehungsberechtigten übermittelt. Darin wird das Forschungsvorhaben kurz vorgestellt, die voraussichtliche Dauer des Gesprächs benannt, die Freiwilligkeit der Teilnahme betont und die Anwendung des Datenschutzes erklärt. Am Ende der Information steht die »Einverständniserklärung zum geplanten Interview«, die die Jugendlichen von einer oder einem Erziehungsberechtigten unterzeichnet zum Gespräch mitbringen mussten – ohne vorliegende Erklärung hätte es nicht stattgefunden. Vor Beginn des eigentlichen Interviews erfolgte die datenschutzrechtliche Aufklärung der zu Interviewenden. Den Jugendlichen wurde die datenschutzrechtliche Belehrung zudem in Form

³⁴ Die überarbeitete Richtlinie des Arbeitskreises Deutscher Markt- und Sozialforschungsinstitute e. V. ist dem mittlerweile auch nachgekommen und weist vor dem Hintergrund von Art. 9 EU-DSGVO einige besondere Themen aus, u. a. politische Meinungen, bei denen besonders die Einsichtsfähigkeit zu prüfen sei (Arbeitskreis Deutscher Markt- und Sozialforschungsinstitute e. V. et al. 2021).

eines Informationsblattes einschließlich der Institutsadresse vor Beginn vom Interviewer unterzeichnet überreicht. Die Interviewten wiederum mussten mit ihrer Unterschrift die Belehrung über die »Regelung zum Vertrauens- und Datenschutz« bestätigen sowie ihr Einverständnis zum Interview einschließlich Mitschnitt, Transkription und Verwendung in Auszügen für das Forschungsvorhaben und die damit verbundene Präsentation mit Unterschrift bekunden.

An den Interviewort stellte die Richtlinie von 2006 noch keine besonderen Anforderungen. Dennoch wurde im Vorfeld entschieden, die Interviews nur an öffentlichen Orten durchzuführen. Den Jugendlichen und Eltern sollte mit dieser Entscheidung Sicherheit vermittelt werden, dass sie beziehungsweise ihr Kind nicht mit ›irgendeinem Erwachsenen‹ allein an ›irgendeinem Ort‹ ist. Grundsätzlich wurde die Möglichkeit eröffnet, dass Erziehungsberechtigte die Minderjährigen begleiten. Sie wurden für die Dauer des Interviews gebeten, separat an einem ausreichend entfernten Tisch Platz zu nehmen, so dass sie das Interview nicht direkt beeinflussen oder Kenntnis über die möglicherweise vertraulichen Informationen erhalten konnten. Vier Jugendliche äußerten den Wunsch, das Gespräch in der elterlichen Wohnung durchzuführen. In diesen Fällen fanden die Interviews im öffentlichen Bereich der Wohnung statt, im Wohn- oder Esszimmer. Die anwesenden Eltern beziehungsweise Elternteile wurden in diesen Fällen gebeten, sich während des Termins in einem Nachbarraum aufzuhalten.

Neben diesen formalen Aspekten hinsichtlich Datenschutz und Kontaktaufnahme gilt es, das junge Alter aber auch bei der Konzeption des Fragebogens zu beachten, wie Julia Heinen und Susanne König (2014) in Hinblick auf standardisierte Verfahren betonen, die aber auch für die qualitative Forschung gelten. Gemeint sind damit kurze Fragen sowie die Vermeidung komplexer Satzstrukturen und Fremdwörter. Bedacht werden muss ferner, dass Jugendliche eine andere Aufmerksamkeitsspanne haben als Erwachsene und Interviews daher nicht zu lang angelegt sein sollten. Außerdem sind es Jugendliche in der Regel nicht gewohnt, über ihr Leben und Entscheidungen ausführlich zu reflektieren beziehungsweise zu erzählen. Entsprechend fallen ihre Wortmeldungen deutlich kürzer aus als bei Erwachsenen, auch wenn sie vorher explizit gebeten werden, ausführlich und auch über in ihren Augen vielleicht randständige Aspekte zu erzählen.

5.4 Ablauf der Interviews

Der erste Kontakt mit den Jugendlichen erfolgte in der Regel über E-Mail. Entweder meldeten sich die jungen Mitglieder selbst, nachdem sie durch entsprechende Personen in den Partei(jugend)organisationen auf die Studie aufmerksam gemacht worden waren. Oder die potenziellen Gesprächspartnerinnen und -partner wurden direkt angeschrieben, nachdem ihre E-Mail-Adresse mit ihrer Zustimmung durch Dritte weitergegeben worden war. Im ersten Anschreiben wurde kurz das Projekt vorgestellt, ein Termin vorgeschlagen und gebeten, einen im öffentlichen Raum gelegenen Treffpunkt vorzuschlagen, an dem das Interview durchgeführt werden sollte. Außerdem wurde eine von den Eltern zu unterzeichnende Einverständniserklärung an die Nachricht gehängt, die unterzeichnet zum Interview mitgebracht werden musste.

In der Regel wurden die Gespräche in Cafés, Kneipen, öffentlichen Bibliotheken oder Vereinsräumlichkeiten geführt, nur in vier Fällen in der elterlichen Wohnung. Als wichtig wurde dabei erachtet, die Gespräche persönlich in einer face-to-face Situation zu führen. Dabei kann am besten eine vertrauensvolle Atmosphäre aufgebaut werden und über das Verhalten des Interviewers gleichwohl auch Ruhe ausgestrahlt werden, so dass die Jugendlichen verstehen, dass sie hier ausführlich ihre Geschichte(n) erzählen können. Organisatorisch stellte dieser Anspruch aber eine besondere Herausforderung dar. Die Gesprächstermine fanden verstreut über das gesamte Bundegebiet statt – zwischen dem nördlichsten und dem südlichsten Termin lagen rund 800 Kilometer Luftlinie und zwischen dem östlichsten und dem westlichsten Termin lagen circa 550 Kilometer. Um die Gespräche bewältigen zu können, wurden sie gebündelt und auf Basis der Fahrpläne der Deutschen Bahn ausführliche Reisepläne entwickelt.

Die Termine wurden mit einer persönlichen Vorstellung und etwas Smalltalk eröffnet, um dann aber zügig dazu überzugehen, das Forschungsvorhaben noch einmal kurz vorzustellen, einen Ausblick auf den Ablauf des Treffens zu geben und eine datenschutzrechtliche Belehrung vorzunehmen. Die anschließenden Interviews dauerten in der Regel dreißig bis fünfzig Minuten. Ausreißer waren zwei Interviews mit gerade einmal fünfzehn Minuten Länge und zwei mit einer Stunde und sechsundzwanzig respektive fünfunddreißig Minuten Länge. Die kurze Dauer ist bei Interviews mit Jugendlichen, insbesondere Minderjährigen, nicht ungewöhnlich.

Der Gesprächseinstieg erfolgte mit der Frage nach dem allgemeinen Freizeitverhalten der Jugendlichen und diente neben dem inhaltlichen Interesse vor allem als ›Eisbrecher‹. Erst danach erfolgte der Erzählimpuls in Bezug auf den Partei-Beitritt mitsamt den daran anknüpfenden Nachfragen. Die Jugendlichen wurden gebeten, ausführlich zu berichten und gerne die gesamte Vorgeschichte zu erzählen. Wichtig ist es dabei dem Gegenüber zu vermitteln, dass dafür genügend Zeit zur Verfügung steht – unterstützend wirkt dabei eine entspannte Körpersprache, ein ruhiger Sprachstil und ein abwartendes Nachfragen.

Zum Abschluss des Gesprächs füllten die Jugendlichen einen Kurzfragebogen zu soziodemographischen Angaben aus, abschließend wurde ihnen die Aufwandsentschädigung übergeben.

5.5 Die Qualität der Daten

Die Frage der Güte beziehungsweise Qualität der Forschungsergebnisse ist in der qualitativen Sozialforschung von großer Bedeutung (vgl. bspw. Strübing et al. 2018; Eisewicht/Grenz 2018). Doch Jan Kruse (2015: 58) betont mit Verweis auf Cornelia Helfferich (2009), dass die Qualitätssicherung nicht erst mit dem Auswertungsprozess beginnt, sondern bereits mit der Datengewinnung. Zentral sind dabei beispielsweise eine systematische und nachvollziehbare Fallauswahl sowie die Gestaltung eines Interviewleitfadens, dessen Fragen tatsächlich auf das abzielen, was erforscht werden soll. Zentral war bereits in diesen Arbeitsphasen die kollegiale Beratung im Promotionskolloquium des Soziologischen Instituts an der Philosophischen Fakultät der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf sowie in Forschungsseminaren von Dr. Jan Kruse, Universität Freiburg, sowie die reflektierende Schärfung des Leitfadens über die ersten Interviews hinweg. Vor allem betrifft die Frage nach der Güte der Daten die Qualität der Datenanalyse und entsprechend soll darauf im Folgenden etwas ausführlicher eingegangen werden. Im Anschluss sei der Blick dann noch einmal grundsätzlich auf die Herausforderungen gerichtet, die mit retrospektiven Daten verbunden sind und wie ihnen im Rahmen der vorliegenden Studie begegnet wurde.

5.5.1 Gütekriterien

In der Literatur zu Gütekriterien in der qualitativen Sozialforschung wird wiederkehrend darauf hingewiesen, dass die Kriterien der quantitativen Forschung (Objektivität, Reliabilität und Validität) nicht einfach so übertragen werden könnten auf die

nicht-standardisierte Forschung (vgl. Misoch 2019: 245f., Kruse 2015: 54, Flick 2014, Steinke 1999). Und doch wird versucht äquivalente Kriterien zu entwickeln, um die Qualität der Forschung und ihrer Ergebnisse zu sichern. Jan Kruse, auf dessen integrativen Ansatz die vorliegende Studie beruht (s. Kap. 5.6), misst der Frage der Gütekriterien eine zentrale Rolle bei und versucht die klassischen Gütekriterien für die qualitative Forschung zu »übersetzen«. Der allgemein geforderten Objektivität, deren Geltung er mit den Prämissen des Konstruktivismus jedoch grundsätzlich anzweifelt (vgl. Kruse 2015: 55), setzt Kruse unter anderem das Kriterium der Intersubjektivität entgegen. Darunter möchte er den übereinstimmenden Nachvollzug mehrerer Forscher/-innen in Bezug auf den Erkenntnisprozess verstanden wissen. Sie wäre nur möglich, betont er, »durch die Explikation und Dokumentation aller Forschungsschritte (Prozessualität)« (ebd.). Kruse betont in diesem Zusammenhang und in Hinblick auf die rekonstruktive Sozialforschung ferner die Bedeutung der Interpretations-Intersubjektivität: Sie resultiere aus der Arbeit in Analysegruppen, in der mehr oder weniger eine Einstimmigkeit hinsichtlich einer Lesart eines Textes erarbeitet werde, so dass die Lesart eines Texts auch durch andere nachvollzogen werden könne (vgl. ebd.). Der damit verbundene Aufwand ist groß (siehe weiter unten), aber ertragreich in Hinblick auf die Interpretation der Transskripte. Die Interpretations-Intersubjektivität kann daher auch als ein Medium für die Sicherstellung der internen Validität (Gültigkeit) angesehen werden. Diese kollegiale Validierung kann ferner dazu beitragen, die Reliabilität (Zuverlässigkeit) zu gewährleisten. Während es dabei in der quantitativen Forschung um die methodische Replizierbarkeit der Forschungsergebnisse geht, müsse es übertragen auf die qualitative Sozialforschung darum gehen sicherzustellen, dass sich

»die rekonstruktiven Analysen [...] konsistent im Datenmaterial wiederfinden, dass also herausgearbeitete Deutungsmuster, Motive etc. nicht einmalig und zufällig sind, sondern sich konsistent durch das Datenmaterial – die Texte – ziehen« (Kruse 2011: 267).

Möglich wäre dies, indem im ersten Schritt des Auswertungsprozesses Konsistenzregeln in den einzelnen Fällen zu identifizieren seien, über die es sich im Team zu verständigen gelte (vgl. Kap. 5.6). In Hinblick auf die Forderung externer Validität (Generalisierbarkeit) stellt sich indes das Problem, dass die qualitative Forschung nicht repräsentativ sein kann in jenem Sinne, der darunter in der quantitativen Forschung verstanden wird. Kruse betont in diesem Zusammenhang, dass es der nicht-

standardisierten Forschung aber eben nicht um Repräsentativität gehe, sondern um Repräsentation. Es gehe um den Einzelfall, um eine gewisse Verallgemeinerung (bspw. die Bildung von Typen), nicht aber um die statistische Repräsentativität quantitativer Forschung (vgl. ebd.: 57). Im Kern spiegeln sich hier die unterschiedlichen Erkenntnisinteressen der Forschungsrichtungen wider. Als ein relevantes Gütekriterium dafür erachtet Kruse die Stichprobe beziehungsweise die Fallauswahl. Er fordert, dass sich eben auch die qualitative Sozialforschung daran messen lassen muss, hier stets auch die Heterogenität des Feldes im Blick zu behalten und versuchen müsse sie abzudecken (ebd.). In der vorliegenden Arbeit wird dies mittels des qualitativen Samplings umgesetzt (s. Kap. 5.2.1). Grundsätzlich gilt es – über die genannten Kriterien hinaus – den Forschungsprozess transparent zu gestalten und sorgfältig zu dokumentieren, so dass eine größtmögliche Nachvollziehbarkeit des Forschungsprozesses gegeben ist.

5.5.2 Retrospektive Daten

Im Mittelpunkt der vorliegenden Studie steht ein zurückliegendes Ereignis (Eintritt in eine Partei(jugend)organisation) sowie dessen Vorgeschichte. Im Kontext der Datenerhebung werden dabei

»erhebliche Anforderungen an den Interviewten [gestellt]. Wir gehen davon aus, daß insbesondere bei biographischen Elementen des Interviews, wo also eine Rekonstruktion von in der Vergangenheit liegenden Handlungs- und Bewertungsmustern geleistet werden muß, selektive Wahrnehmung sowie mangelndes Erinnerungsvermögen eine adäquate Analyse erschweren« (Witzel 1982: 73).

Dabei ist der zeitliche Abstand zwischen dem Ereignis, um das es in der Studie gehen soll, und dem Interview ein nicht zu vernachlässigender Faktor. Denn je länger Ereignisse zurückliegen, desto weniger korrekt werden sie erinnert. Maike Reimer (2005) verweist darauf, dass mit zunehmender Distanz zum Erlebten Erinnerungen

»immer seltener direkt replikativ erinnert werden können und umso häufiger rekonstruiert werden müssen. Dadurch kann es zu Abweichungen von den ursprünglichen Erinnerungen kommen. [...] Weiterhin steigt bei längeren Zeiträumen zwischen Erleben und Erinnern das Risiko, dass neue Inhalt die ursprüngliche Repräsentation im Rahmen des elaborierenden Erinnerns verändern« (Reimer 2005: 45).

Sie unterscheidet daher in Anlehnung an Nadia Auriat (1996) zwei Klassen von Erinnerungsfehlern: Vergessen im Sinne eines unwissentlichen, nicht-intentionalen Auslassens oder Nichtbenennung eines stattgefundenen Ereignisses sowie Fehlerinnern, womit die unwissentliche und nicht-intentionale falsche Darstellung oder Datierung eines Ereignisses gemeint sei (vgl. Reimer 2001: 5).

Witzel empfiehlt daher, eine erhöhte Sensibilität bei Interviews zu entwickeln, die zurückliegende Ereignisse rekapitulieren. Der Interviewer sollte über das Bemühen um Verständnis im Gespräch Interesse und Vertrauen bei den Befragten wecken

»und damit die Bereitschaft, problematische Sachverhalte differenziert zu explizieren. Durch die Teilnahme an den Problemen der Befragten lassen sich Erfahrungen und Verstellungen, die zu Typisierungen verdichtet oder nachträglichen Plausibilisierungs- und Legitimationszusammenhängen unterworfen wurden, in ihren Konstrukten aufdecken« (Witzel 1982: 76f.).

Beachtet wurden bei der Durchführung der Interviews auch die Empfehlungen von François Höpflinger (2002) bezüglich detaillierter Fragestellungen zu biographischen Aspekten und Fakten. Bei den Befragungen sollte stets genügend Zeit für die Rück Erinnerung gelassen werden, das Interviewtempo ist entsprechend zu verlangsamen. Explizit sollte den Interviewten erklärt werden, dass sie im Laufe des Gesprächs auf frühere Erinnerungsfragen zurückkommen, gemachte Aussagen korrigieren oder auch ergänzen könnten. Schließlich sollten »assoziative Querverbindungen (cross-cutting) zwischen Erinnerungsfragen vorgesehen werden, um via assoziativem Verfahren die Qualität der Rück Erinnerung zu vergrößern« (Höpflinger 2002: o. S.). Bei einer Re-Analyse von Studien zur autobiografischen Erinnerungsgüte für retrospektive Perioden von bis zu 18 Jahren stellen David C. Rubin und Amy E. Wenzel (1996) jedoch fest, »dass die Erinnerungsgüte in der Zeit direkt nach dem Erleben kaum, dann aber rapide nachlässt« (Reimer 2005: 46). Und auch Rolf Becker betont hinsichtlich der Reliabilität von Retrospektivdaten das Problem fehlerhafter Erinnerungen und hebt hervor: »Je länger ein anvisiertes Ereignis zeitlich zurückliegt, desto wahrscheinlicher sind unzuverlässige Fragen in Retrospektivbefragungen« (Becker 2001: 36).

Um Fehler bei der Rückschau (Vergessen, falsches Erinnern etc.) gering zu halten, wurden nicht nur die Hinweise aus der Literatur zur Durchführung der

Interviews bei der vorliegenden Studie beachtet, sondern auch der zeitliche Rahmen zwischen Ereignis (Beitritt zu einer Partei(jugend)organisation und Interview auf maximal vier Monate beschränkt. Eine noch engere Anbindung des Interviewtermins an das Ereignis war aus forschungspragmatischen Überlegungen beziehungsweise Gründen nicht möglich: Die kontaktierten Kreis- und Landesverbände sowie Kreisgeschäftsstellen erfuhren in der Regel nicht umgehend von neuen Beitritten, sondern es dauerte Tage beziehungsweise oft auch Wochen, bis die oft händisch ausgefüllten und jeweils vor Ort abgegebenen Beitrittsformulare bei ihnen eintrafen. Entsprechend lag der Zeitpunkt des Beitritts schon etwas zurück, als die Anfrage bei ihnen einging. Dem schloss sich die Anbahnung eines Kontakts mit den Neumitgliedern an, was wiederum Zeit kostete, und schließlich die Verabredung eines Termins, der aber wiederum angepasst wurde an die anderen Interviewtermine sowie an die Pläne der zu Interviewenden. Eine kürzere Frist wäre nur möglich gewesen, wenn eine räumliche Begrenzung vorgenommen worden wäre, beispielsweise auf ein Bundesland, oder wenn eine andere Methode gewählt worden wäre (beispielsweise Telefonbefragung). Es ist aber Anspruch der Studie, die Beitrittsmotive und -wege Minderjähriger im gesamten Bundesgebiet in den Mittelpunkt zu rücken, um so eben auch regional möglicherweise sehr unterschiedliche Motive für den Beitritt in diese beiden bundesweiten Partei(jugend)organisationen erfassen zu können.

5.6 Auswertungsverfahren

Die vorliegenden 64 Interviews wurden entlang des integrativen Basisverfahrens der rekonstruktiv-hermeneutischen Analyse (vgl. Kruse 2015: 361ff.) analysiert. Betont wird bei diesem Vorgehen eine besondere Offenheit und Sensibilität gegenüber ›den Daten‹. Das impliziert, wie Kruse hervorhebt, dass »die Differenzierung von ›relevanten‹ und ›irrelevanten Informationen‹ nur vor dem Hintergrund eines inhaltsanalytisch fokussierten, präsuppositiven Forschungsinteresses Sinn« mache. Und er betont weiter: »Ausgehend von einem offenen, rekonstruktiv-hermeneutischen Analyseansatz haben zunächst einmal alle Daten eine Relevanz« (ebd.: 365). Im Kern gehe es darum, das eigene Relevanzsystem der subjektiv-selektiven Bedeutungsgabe bestmöglich zurückzustellen, um mit größtmöglicher Offenheit dem ›Anderen‹ beziehungsweise dem Datenmaterial gegenüberzutreten, um so Neues kennenzulernen:

»Denn das Forschungsziel sollte ja sein, das eigene Relevanzsystem zu erweitern, einen erfolgreichen Fremdverstehensprozess zu gestalten, um so einen Erkenntnisfortschritt zu erzielen« (ebd.).

So einfach, so gut. Doch der Anspruch der Offenheit kollidiert bereits mit der Rahmensetzung des Interviews, im vorliegenden Fall in der Form problemzentrierter Interviews. Die Formulierung des Interviewleitfadens basiert auf Vorannahmen, die aus der Literatur beziehungsweise aus anderen Forschungsergebnissen emergierten, und so wiederum das Gespräch steuerten und Rahmensetzungen für die Beitrittserzählungen der Jugendlichen vornahmen. Diese Grenzen gilt es sich bewusst zu machen und sie im Auswertungsprozess zu reflektieren und einzubeziehen. Denn im Kern des integrativen Basisverfahrens geht es zunächst einmal darum, entsprechende theoretische Vorannahmen zurückzustellen. Kruse plädiert dabei für einen induktiven Ansatz und die Auswertung in Analysegruppen, zu der bestenfalls auch Personen gehören, denen die Vorannahmen fremd beziehungsweise nicht bekannt sind. Für qualitative Arbeiten stellen diese Analysegruppen ein besonderes Gütemerkmal dar, da es so beispielsweise gelingt, wie Andreas Diekmann bereits betonte, »reine artifizielle Auswertungseinflüsse zu identifizieren« (Diekmann 2001: 453) – auch, wenn sich der Aufwand damit deutlich erhöht. Entsprechend wurde die erste Analyse auf Papier in eine entsprechende Gruppe eingebracht, um rein subjektiven Interpretationen vorzubeugen, die Bandbreite möglicher Interpretationen zu maximieren und sich schließlich gemeinsam auf eine Lesart zu verständigen. Die Auswertungsgruppe bestand aus zwei Mitgliedern – dem Forschenden sowie Maruta Herding von der University of Cambridge, die dort über islamische Jugendkultur in Westeuropa promovierte (vgl. Herding 2011). Wöchentlich wurden bei einem telefonischen Austausch von jeweils rund anderthalb bis zwei Stunden über einen Zeitraum von 18 Monaten die Interviews ausgewertet. Die vorher ausgewählten und jeweils individuell auszuwertenden (längeren) Passagen wurden dabei diskutiert und interpretiert.

Zunächst erfolgte im Rahmen der Auswertung die Deskription sprachlich-kommunikativer Phänomene: Welche Dynamik entwickelte die Interaktion des Interviews? Welche sprachlich-grammatikalischen Besonderheiten weist das Transskript auf? Verwendet der oder die Jugendliche eine bestimmte Semantik, besondere Worte, Sprachfiguren oder Metaphern? Welche wiederkehrenden Erzählfiguren werden verwendet? Der Konsistenzregel folgend werden dabei Bündel von

Motiven und Thematisierungsregeln extrahiert und zusammengefasst (vgl. Kruse 2009: 156f.). Sie bilden die Grundlage für die anschließende Herausarbeitung von Lesarten, die in der Auswertungsgruppe diskutiert werden. Dabei geht es vor allem um die Identifikation eines zentralen Motivs, das im späteren Verlauf der vorliegenden Studie entscheidend ist für die Bestimmung des primären Motivs für die Beitrittsentscheidung (s. Kap. 8.1). Nach der Diskussion in der Arbeitsgruppe erfolgte eine erneute Analyse des Transkripts mit dem Ziel der Bündelung und Strukturierung für die abschließende Interpretation. Damit fand schließlich die Übertragung von Papier in die Qualitative Data Analysis (QDA)-Software statt. Kodifiziert wurden dabei auch jene Textpassagen, die vor allem dem Informationsgewinn dienten. Über das verwendete Programm MAXqda war es so möglich, parallel die zentralen Motive samt entsprechender Textpassagen aufzurufen, die Thematisierungsregeln für die Auswertung im Blick zu behalten und detaillierte Informationen bezüglich zeitlicher Abläufe auf dem Beitrittsweg zu systematisieren. Das abschließende Codesystem bestand auf der ersten Ebene aus acht den Beitrittsprozess strukturierenden Kategorien: Neben dem ›Zentralen Motiv‹, der Bündelung von Textpassagen zum ›Umfeld‹, zur ›Freizeit‹, zur ›BeitrittsVORgeschichte‹ und zur ›Beitrittsentscheidung‹ sowie zur Situation ›Nach [dem] Beitritt‹ gehörten dazu Kategorien zum Verständnis von ›Politik allgemein‹ und zu den individuellen Vorstellungen der Jugendlichen über ihre ›Zukunft‹. Darunter entspannen sich mal mehr, mal weniger verästelte Code-›Bäume‹. Begleitend wurden Interpretationen zu Textstellen, Verdichtungen und Zusammenfassungen in rund 1.450 Memos festgehalten.

5.7 Von der Methodik zur Auswertung

Das nunmehr vorgestellte Design der Studie bildet den methodischen Ausgangspunkt für eine detaillierte Auseinandersetzung mit den Beitrittsmotiven junger Menschen in Partei(jugend)organisationen anhand des konkreten Beispiels der Jungen Union und der Jusos. Damit reiht sich diese Studie ein in ein größeres Forschungskonvolut zu politischer Partizipation.

Im Weiteren folgt nun die Auswertung der in diesem Kapitel skizzierten Studie. Der Beitritt wird dabei in Form einer Beitrittsroute imaginiert: Zunächst rücken die Ausgangsbedingungen ins Blickfeld – das Interesse an Politik, bisheriges Engagement, Politikverständnis, Wirkungserwartung sowie das familiäre Umfeld und die sogenannten Peers. Im Anschluss wird es um die Route selbst gehen. Welche

Startpunkte gibt es beziehungsweise was erinnern die Jugendlichen als Initial für ihre Beitrittsüberlegungen? Und wie sah der Weg aus – welche Wegmarken gab es? Schließlich geht es um die Entscheidung an sich – welche Motive trieben die Jugendlichen an, welche Hinderungsgründe räumten sie dabei aus?

6 Ausgangsbedingungen

Die verschiedenen theoretischen Ansätze zur Erklärung politischer Partizipation betonen die Bedeutung von spezifischen Ressourcen, die hier als *Ausgangsbedingungen* für den Start auf der Beitrittsroute betrachtet werden sollen. Zunächst werden dafür die Jugendlichen ins Blickfeld gerückt, um dann das soziale Umfeld der Heranwachsenden in Augenschein zu nehmen. Dabei wird es unter anderem um die Frage gehen, ob die Eltern selbst Mitglieder einer Partei sind. Zu besagtem Umfeld gehören im Rahmen der Beitrittserzählungen aber auch Verwandte, die die Jugendlichen in den Gesprächen hervorheben, sowie Peers und einige wenige erwachsene Bezugspersonen, mit denen sie sich über Politik austauschen. Am Ende des Kapitels soll abgesteckt sein, welche Ressourcen, Vorstellungen und Netzwerke den Jugendlichen unter Umständen schon zur Verfügung standen, als sie begannen, sich mit der Frage des Beitritts auseinanderzusetzen.

6.1 Die Jugendlichen und ihre Bezüge zu Politik

Die Auflistung sozialdemographischer Daten über die Zusammensetzung des Samples hat bislang wenig Tiefschürfendes über die Jugendlichen und vor allem über ihre persönlichen Interessen und ihr Verhältnis zu Politik verraten, weshalb diese Themen nun hier stärker in den Blick genommen werden sollen. Zu fragen gilt dabei zuerst, wie es um das Interesse an Politik bestellt ist, ob sich die Jugendlichen bisher schon engagiert haben, was sie unter Politik verstehen und schließlich, ob sie meinen, mit ihrer Mitgliedschaft etwas bewirken zu können.

6.1.1 Interesse an Politik

Im Vergleich mit dem allgemeinen politischen Interesse von Jugendlichen, wie es in der Literatur beschrieben wird (s. Kap. 4.3), scheint das der jungen Parteimitglieder der Fallauswahl in der Regel ausgeprägter. Um dennoch eine Unterscheidung zu ermöglichen, ist das Interesse auf Basis der Interviewaussagen entlang einer vierstufigen Skala (»gar nicht«, »eher schwach«, »interessiert«, »sehr interessiert«) differenziert worden. Hinzugezogen wird hier unter anderem das Kriterium ›Zeitaufwand‹ (›Wie viel Zeit verbringst du in der Woche damit, um dich über Politik zu informieren?‹), um die Intensitäten des politischen Interesses besser einschätzen zu

können. Vor diesem Hintergrund lassen sich diese Charakterisierung des politischen Interesses der Jugendlichen im Sample vornehmen:

- **Sehr interessiert:** Es lassen sich insgesamt nur acht Jugendliche im Sample identifizieren, die als politisch sehr interessiert zu betrachten sind. Typisch für diese Gruppe ist **M09**:

ML: »Erzähl doch mal, was Dich an Politik interessiert.«

M09: »Was mich an Politik interessiert (.) mich interessiert Geschichte sehr und mich interessiert der Ursprung des Namens Politik sehr (.) mich interessiert also (.) sehr die Welt der Griechen, die Welt der Römer, in der die Po- die Demokratie erst einmal (.) getestet wurde. Mich interessiert dementsprechend auch an Politik, dass äh (.) man damit das (1) politische Leben organisieren kann (.) mich interessiert daran (.) vor allem (1) darf ich einen Moment nachdenken, weil das ist ja (27) Äh mich interessieren sehr die Entscheidungsprä(.)prozesse, die in der Politik geschehen wie Gesetzesentwürfe (.) und letztendlich die gesamte Aufteilung einer Demokratie (.) wie sie in Deutschland herrscht, dementsprechend interessiere mich dann auch für die Politik hier im Kleinen, also das bedeutet, in unserem Haus, in unserer Schule, in unserem gesamten Kreis (.) und damit interessiere mich eigentlich dafür, wie es den Per- wie es den Leuten geht und wie man (.) insgesamt etwas verändern und verbessern kann.«

Sehr abwägend skizziert der 16-Jährige, was ihn an Politik interessiert. Dazu nimmt er sich Zeit; eine knappe halbe Minute schweigt und überlegt er mitten im Gespräch. Sein Interesse an Politik finde seinen Ursprung in seinem Interesse an Geschichte, führt er zunächst aus, an den Griechen und Römern, mit denen Demokratie und Politik eng verbunden seien. Dann stockt er und überlegt, um dann nachzuschieben, dass ihn Entscheidungsprozesse interessierten und wie die Demokratie funktioniere – im Großen und Kleinen. Schließlich hält er fest, dass er sich damit für die Menschen und ihr Wohlergehen interessiert sowie für die Frage, »wie man [...] etwas verändern und verbessern kann«. Dass er explizit nur die Frage nach dem Wie und nicht nach dem Was aufwirft, erschließt sich aus dem Kontext – ihm geht es um die Menschen in der Demokratie und wie etwas für sie verändert und verbessert werden könnte. An anderer Stelle geht er nach dieser inhaltlichen Bestimmung darauf ein, wie er sich über Politik informiert. Das beginne bereits beim Frühstück, berichtet er, da lese er die Zeitung und amüsiere sich über die Karikaturen. Abends schaue er dann Nachrichten im Fernsehen (*Tages-themen, heute-journal*) und manchmal auch Talkshows. Außerdem lese er regelmäßig die *Wirtschaftswoche*. Verbunden sei das mit einem hohen zeitlichen Auf-

wand, was aber vor dem Hintergrund seines starken Interesses für ihn in Ordnung wäre. Genau könne er nicht beziffern, wie viel Zeit er dafür aufwende – es wäre viel, erzählt er. Eine genauere Vorstellung seines Aufwands hat der 16-jährige **M46**, der auch zur Gruppe der ›sehr Interessierten‹ gehört. Er verbringe täglich rund anderthalb Stunden damit, sich gezielt oder nebenbei über Politik zu informieren:

ML: »Also dann kommst Du so in der Woche auf neun bis zehn Stunden (.) um Dich politisch zu informieren?«

M46: »Ja (.) das auf jede- (.) aber muss man einfach (.) wenn man jetzt zum Beispiel in irgendeine Podiumsdiskussion geht oder so was (.) und dann meinetwegen, also, ich war jetzt auf nich noch keiner, aber man wird ja auch schon öfters angesprochen von, zum Beispiel, den Junge Union Mitgliedern, was ist das jetzt, oder auch von Bürgern zum Beispiel (.) weil (.) is ja teilweise, und die sind eher konservativ in dem Stadtteil in dem ich wohne (1) da is mir- is das schon auch relativ bekannt, dass man in der SPD ist und da wird man auch oft angesprochen, wieso ist das so (.) wieso ist das so, und dann kann man natürlich nicht da stehen und sagen, ja äh (.) da muss man ja auch Antworten parat haben (.) und da irgendwie solche (.) komischen Politikerausreden irgendwie sowas, das hab ich nicht gerne (.) und deswegen versuch ich da schon alles auf Grundlage auch von (.) stichhaltigen Informationen irgendwie meine Meinung da zu bilden.«

Den hohen zeitlichen Aufwand legitimiert der 16-Jährige mit dem Wunsch, in politischen Diskussionen argumentativ gewappnet beziehungsweise sprechfähig zu sein. Entsprechend informiere er sich ausführlich, damit er bei Diskussionen mitreden oder wenn er im Stadtteil angesprochen würde entsprechend Antworten geben könne, ohne sich in »komische Politikerausreden« flüchten zu müssen. Auch wenn seine Begründung stark von seinem Beitritt zu den Jusos vor einiger Zeit geprägt ist, zeigt sich im Gesamtverlauf des Interviews, dass dieses Interesse bereits vorher sehr ausgeprägt war. Im Sample lassen sich neben M09 und M46 sechs weitere Jugendliche (M02, M05, M38, M55, W07, W23) identifizieren, die als politisch sehr interessiert zu betrachten sind. Die genannten Jugendlichen wenden für ihr Interesse deutlich mehr als sechs Stunden in der Woche auf, lesen regelmäßig Zeitung, schauen Nachrichten sowie politische Talkshows im Fernsehen und informieren sich im Internet über Politik. Fünf von ihnen, darunter zwei Mädchen, sind der Jungen Union beigetreten – die verbliebenen drei, alle Jungs, den Jusos.

- **Interessiert:** Das Gros der jungen Mitglieder, 41 der Interviewten, kann als politisch interessiert bezeichnet werden. Sie informieren sich regelmäßig in der Woche über Politik, indem sie entweder eine Zeitung oder ein Magazin lesen, im Internet Nachrichtenportale besuchen oder sich über unterschiedliche Formate im Radio oder Fernsehen informieren. Sie greifen dabei auf einen Mix aus unterschiedlichen Medienformaten zurück:

ML: »Wie informieren Sie³⁵ sich denn?«

M02: »Äh, also, einerseits über das Internet auch (.) und, ähm, über's Fernsehen und über die Zeitung, würde ich sagen.«

ML: »[...] lesen Sie regelmäßig Tageszeitung?«

M02: »Ja, schon lange.«

ML: »Ne lokale oder ne überregionale? [...]«

M02: »Äh, ne lokale, hier aus Ort⁵⁴ und Umgebung, aber da ist auch Weltpolitik und, äh, deutsche Politik, das auch. Und, aber, ich les auch, kauf mir ab und zu auch den Spiegel oder die Welt, oder andere Zeitungen. Und im Internet verfolge ich das sonst auch (.) also, da kann man, da gibt es ja auch Internetauftritte von den Zeitungen, zum größten Teil.«

ML: »Irgendein spezielles Portal?«

M02: »Mh, zum Beispiel heute.de, also, das ist jetzt keine Zeitung, aber zum Beispiel vom ZDF (.) die ist ganz gut gemacht die Seite, da schaue ich eigentlich auch täglich vorbei (.) ja.«

ML: »Und wenn Sie Fernsehen, äh, Fernsehsendungen äh schauen, gibt es da ein bestimmtes Format oder eine bestimmte Sendung, wo Sie sagen, die gucke ich am liebsten oder die gucke ich wirklich regelmäßig?«

M02: »Ja, also ich würd, hier Heute auf dem ZDF zum Beispiel oder auch Anne Will sonntagabends oder Margret Illner auf dem ZDF donnerstags, glaub ich, ist das (1) und sonst (1).«

ML: »Also schon auch politische Talkshows?«

M02: »Ja, genau. Also, klar gucke ich auch andere Sachen, das ist ja auch verständlich, aber (lacht) wenn es um Politik geht, dann eigentlich die Sendungen, ja (.) oder Tagesschau auch.«

Detailliert erzählt der 16-jährige **M02**, wie er sich über Zeitungen, Magazine und vor allem über das Fernsehen informiert. Sein Medienkonsum steht exemplarisch für den Medienkonsum anderer politisch interessierter Jugendlicher im Sample. Sie schauen bevorzugt Nachrichten und Talkshows im Fernsehen, nutzen die Webauftritte öffentlich-rechtlicher Programme (*heute.de*, *tagesschau.de*) und

³⁵ Im Rahmen der ersten Interviews wurden die Jugendlichen gesiezt, um ihnen mit Respekt entgegenzutreten. Es zeigte sich im Zuge mehrerer Gespräche jedoch, dass dieser formale Umgangston den Beziehungsaufbau im Gespräch etwas behinderte und es erschwerte, ein vertrauensvolles Gesprächsklima aufzubauen. Daher wurde im weiteren Verlauf der Erhebung umgestellt auf die Anrede mit »du« – der Interviewer stellte sich dafür explizit mit dem Vornamen vor.

lesen regionale und überregionale Tageszeitungen und Magazine – hier fallen als Namen *Die Welt*, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, *Frankfurter Rundschau*, *Hamburger Abendblatt*, *Wirtschaftswoche* sowie *Der Spiegel*. Auffällig ist in Hinblick auf alle interviewten Jugendlichen, dass Radioprogramme nicht erwähnt werden und niemand die zum Zeitpunkt der Erhebung bereits verbreiteten Blogs liest, die das politische Weltgeschehen oder spezifische Themenstellungen aus subjektiver Perspektive kommentieren. Insgesamt spielt die Nutzung sozialer Medien bei den Heranwachsenden des Samples nur eine untergeordnete Rolle. Nur wenige erzählen, dass sie diese nutzen, um beispielsweise über das seinerzeit unter Schülerinnen und Schülern verbreitete Portal *schülerVZ* mit anderen über spezifische Themen zu diskutieren.

Warum M02 interessiert sei an Politik, erklärt er damit, dass einem Politik einfach entgegenschlage, wenn man in die Zeitung schaue – Politik sei eben wichtig. Eine Wahrnehmung, die andere teilen:

ML: »Ähm, kannst Du mal erzählen, was Dich an Politik interessiert?«

M12: (5) »Schwer zu sagen, was mich an Politik interessiert (6) es ist ja ziemlich wichtig (.) was einfach hier um uns rum passiert (.) und (.) einige Meldungen sind einfach so interessant zu lesen und zu hören, erst von den Kriegen und jetzt betrifft ja auch mich wenn hier Banken(.)krise da ist und wenn die ganzen Daten von irgendwelchen Banken geklaut werden (.) ist ja auch nicht so schön (.) ja (.) ja alles was mit Politik und Wirtschaft zu tun und auch alles was ich kauf und so weiter.«

Zunächst ist der 14-jährige **M12** etwas überfordert mit der Frage, was ihn an Politik interessiere. Er beginnt zögerlich sowie mit längeren Pausen zu antworten. Er hebt schließlich darauf ab, dass es wichtig sei sich für das zu interessieren, was um »uns« herum geschehe. Er differenziert dabei zwischen Meldungen, die vor allem interessant seien (Beispiel Krieg), und Meldungen, die auch ihn ganz direkt betreffen (Bankenkrise, Datendiebstahl). Denn letztlich habe alles etwas mit Politik und Wirtschaft zu tun und daher wäre es wichtig, sich dafür zu interessieren. Ähnlich argumentiert **M10**:

ML: »Erzähl doch mal bitte, was Dich an Politik interessiert.«

M10: (2) »An Politik interessiert mich im Endeffekt, dass (.) auch wenn gesagt wird, dass die Politik kaum noch Ein- (.) äh Geld und wenig Einfluss hat und das meiste in der Wirtschaft bestimmt wird (.)

wo ich dennoch denke (.) dass die Politik uns halt alle betrifft (.) weil ähm (2) Politik bestimmt unser Land (.) die neuen Gesetze betreffen uns alle (1) und das ist im Endeffekt (.) und für mich ist die Politik so der Dreh- und Angelpunkt (.) des Lebens im Endeffekt [...].«

Politik betreffe uns alle, so auch der 17-jährige **M10**, sie sei der »Dreh- und Angelpunkt des Lebens« und daher interessiere sie ihn.

Die Jugendlichen dieser Gruppe der ›Interessierten‹ meinten, dass sie dafür in der Woche zwischen drei bis sechs Stunden aufwenden – um Zeitung oder auf Nachrichtenportalen im Netz zu lesen und/oder um Nachrichten oder eine Talkshow im Fernsehen zu schauen.

Die Gruppe dieser 41 Jugendlichen selbst kann differenziert werden in 22 männliche Neumitglieder der Jusos, 15 männliche Neumitglieder der Jungen Union sowie jeweils zwei weibliche Neumitglieder in den beiden Organisationen.

- **Schwach Interessierte:** Von den interessierten Jugendlichen heben sich deutlich jene 14 Heranwachsenden des Samples ab, die schwach an Politik interessiert sind. Allerdings räumen nur wenige von ihnen selbst ein, dass dieses Interesse nicht sonderlich ausgeprägt sei – eine Ausnahme stellt **M07** dar:

ML: »Was interessiert Dich denn an Politik?«

M07: (1) »Großes Interesse hab ich da eigentlich gar nicht (.) vielleicht hier die Umweltpolitik (.) so was, aber (.) ja ich denk mal (.) eher auch (.) was jetzt auch jetzt dran kommt, CDU oder SPD gewählt wird, ist in Deutschland (.) nicht so der große Unterschied (.) also vielleicht in afrikanischen Ländern oder so, wo die Politik doch ne wichtigere Rolle einnimmt.«

Offen gesteht der 16-jährige **M07** ein, dass er kein »großes Interesse« an Politik habe. Denn, argumentiert er, aus seiner Wahrnehmung würde beispielsweise ein Regierungswechsel in Deutschland wenig Veränderung mit sich bringen. Die Aussage muss nicht als Kritik an der inhaltlichen Annäherung der beiden Volksparteien interpretiert werden. Sie kann auch auf der Hintergrundannahme ausgemachter politischer Stabilität basieren, die durch eine andere Regierung nicht erschüttert würde. Bei ihm jedoch liefert sie die Begründung für sein geringes Interesse an Politik. Bei den meisten schwach an Politik interessierten Jugendlichen wird jedoch erst im Gesamtbild des Interviews deutlich, dass ihr politisches Interesse begrenzt ist. Sie betonen zwar zunächst, dass sie interessiert oder sogar sehr interessiert seien. Doch im weiteren Gesprächsverlauf zeigt sich, dass ihr Interesse

im Vergleich zu den anderen begrenzt ist. **M42** beispielsweise erzählt, dass ihn gerade sehr der »kleine Krieg im Irak« interessiere – jener Bürgerkrieg im Kontext des langsamen Rückzugs der US-amerikanischen Streitkräfte aus dem Irak 2009 bis 2012. Gleich darauf erklärt der 14-Jährige aber, dass er jedoch keine Zeit finde, sich richtig zu informieren und auch nicht genau wüsste, wen er fragen sollte. Grundsätzlich ist das Interesse zwar da, aber es führt nicht zu einer tatsächlichen Beschäftigung mit den Themen. Ähnlich stellt es sich bei **M01** dar:

ML: »Und wie informieren Sie sich dann?«

M01: »Ich mich?«

ML: »Ja, so über Politik oder gesellschaftliche Zusammenhänge?«

M01: »Eigentlich also ich (.) wie informiere ich mich (.) ich red viel mit unserem ersten Vorsitzenden eigentlich wir telefonieren öfter mal nachmittags reden einfach mal, was es denn so Neues gibt. Man hat man muss natürlich in der Politik immer selber Ideen entwickeln (.) man muss durch DEN GEMEINDEVERBAND fahren oder Gemeinde fahren, gucken was kann man tun und das ist das halt was man selber machen muss als Junge Union. Bei der CDU wird einem das natürlich schon in Schoß gelegt das ist da natürlich der Vorteil da muss man nur noch versuchen das umzusetzen. Und in der Jungen Union sind denn natürlich die Felder wo man sich erst mal was suchen muss. Jetzt ist das große Thema hier ne Skaterbahn. Da sind wir jetzt bei.«

ML: »Mhm, spannend. Aber so dass Sie jeden Tag Zeitung lesen...«

M01: »Nee, eigentlich nicht.«

ML: »...oder im Internet so bestimmte Portale haben, die Sie ansurfen?«

M01: »Mhh ich bin manchmal auf der Seite von der Jungen Union Ort52 und von der CDU Ort50 da gucke ich mal durch (.) unseren Bundestagsabgeordneten also so was aber (.) ich weiß es auch nicht [...]«

Der 16-Jährige hatte im Interview zunächst zu erkennen gegeben, dass er sich für Politik interessiere. Mit den Nachfragen wird dann deutlich, dass das Interesse begrenzt zu sein scheint. Medien wie Zeitung oder Fernsehen konsumiere er nicht, um sich über Politik zu informieren. Als Quelle fungieren für ihn einzig die gelegentlichen Telefonate mit dem »ersten Vorsitzenden« – da **M01** in seiner Gemeinde die Junge Union selbst gegründet hat, bezieht sich seine Aussage auf den Vorsitzenden der CDU. Als weitere Quelle nennt er die Homepage der CDU seiner Heimatgemeinde, die knapp 5.000 Einwohnerinnen und Einwohner hat, sowie die Seite des nahegelegenen Stadtverbands der Jungen Union. In den Vordergrund rückt **M01** hingegen, dass es in der Politik wichtiger sei, Themen und Herausforderungen zu entdecken, um sie dann anzupacken.

Die schwach interessierten Jugendlichen informieren sich insgesamt mit einem geringeren Zeitaufwand, den sie nicht genau benennen können, und in geringerem Maße als die Interessierten – in der Regel geschehe das ›nebenbei‹, wenn sie Radio hören oder abends mit den Eltern noch die Nachrichten schauen. In eine Zeitung schauen sie selten und wenn, dann eher in ein regionales Blatt. Diese Gruppe von 14 Jugendlichen besteht mit M07 aus einem Jungen, der zu den Jusos gegangen ist, sowie drei männlichen Mitgliedern der Jungen Union und jeweils fünf weiblichen Mitglieder der Jusos und der Jungen Union.

- **Kein Interesse** an Politik zeigte im Sample lediglich eine Jugendliche – sie macht daraus auch kein Geheimnis:

ML: »Sag mal, interessierst Du Dich eigentlich für Politik?«

W14: »Nee (lacht) (1) net so wirklich.«

Die 15-jährige **W14** verneint die Frage, ob sie Interesse an Politik habe, ohne zu zögern. Das anschließende kurze Auflachen nach der Verneinung wirkt wie eine Kompensation der Aussage, die sie im Ausschluss in ihrer Absolutheit leicht relativiert. Auch in der familiären Kommunikation spiele Politik, erzählt sie an anderer Stelle, eine untergeordnete Rolle – obwohl ihre drei Geschwister alle bei der Jungen Union sind:

ML: (5) »Hast Du denn mit Deinen Geschwistern schon mal über Politik gesprochen?«

W14: »Mmmh (.) nee.«

ML: »Oder ist das bei euch irgendwie am Abendbrottisch oder am Wochenende wenn ihr zusammen esst Thema?«

W14: »Ja manch(.)mal also es kommt darauf an was das für ne Zeit is (.) ob Wahlen sind oder net also (.) eigentlich net so viel.«

Über Politik, so die Wahrnehmung der 15-Jährigen, würde daheim nur gesprochen, wenn Zeit dafür sei, wenn Wahlen anstünden. Allerdings hat sie sich, so muss aus der Leerstelle geschlossen werden, bisher nicht an solchen Gesprächen beteiligt. Allgemein ist ein solcher Fall unter Jugendlichen dieses Alters nicht ungewöhnlich, in ihrem speziellen Fall aber interessant, da sie ohne jegliches Interesse an Politik in eine politische Jugendorganisation, die Junge Union, eingetreten ist. Denn eine »einfache Antwort« auf die Frage, warum Bürgerinnen und Bürger Mitglied einer Partei werden, lautet in der Deutschen Parteimitgliederstu-

die 2009: »Weil sie an Politik interessiert sind. Diesen Schluss können wir aus den Ergebnissen der vorangegangenen Analysen ziehen« (Hoffmann 2011: 93). Das ist, zumindest bei W14, eben nicht der Fall.

Zusammenfassend soll zunächst betont werden, dass sich beim Interesse an Politik signifikante Unterschiede hinsichtlich der Geschlechterverteilung zeigen, wie es die entsprechende Forschungsliteratur seit langem wiederkehrend postuliert (s. Kap. 4.3). Das Sample besteht aus 64 Jugendlichen beziehungsweise 17 Mädchen und 47 Jungen. Von diesen 17 Mädchen ist eines gar nicht und zehn »schwach politisch interessiert« – nur vier Mädchen können als »politisch interessiert« und zwei als »sehr interessiert« betrachtet werden. Bei den Jungs ist die Gewichtung anders verteilt: Vier können als »schwach interessiert« angesehen werden, 37 als »interessiert« und sechs als »sehr interessiert«. Das Alter ist hinsichtlich des Genderaspekts in der Erhebung keine Determinante. Das Sample ist relativ altershomogen, da es ausschließlich aus Jugendlichen besteht, die zum Zeitpunkt der Interviews zwischen 14 bis 17 Jahren alt waren – das Gros von ihnen zwischen 15 und 17 Jahren. Außerdem zeigt sich bei einer näheren Betrachtung nicht, dass die Jüngeren eher weniger und die Älteren eher mehr politisch interessiert seien. Festzuhalten bleibt ferner, dass sich kein deutlicher Parteeffekt zeigt: Von den 64 Jugendlichen gehören 31 der Jungen Union an, 33 der Jusos. Politisch »sehr interessiert« waren fünf Jugendliche der Jungen Union und drei der Jusos. »Interessiert« waren 17 der Jungen Union und 24 der Jusos. »Schwach interessiert« sind acht der Jungen Union sowie sechs der Jusos und »nicht interessiert« ist ein Mitglied der Jungen Union. In Hinblick auf diese Verteilung in der Fallauswahl ließe sich damit vorsichtig andeuten, dass im Vergleich zu den Jusos bei der Jungen Union eher mehr politisch weniger interessierte Jugendliche Mitglied werden. Schließlich, das sei noch betont, ist es letztlich nicht notwendig, überhaupt Interesse an Politik zu haben, um einer Jugendorganisation beizutreten, wie eben das Beispiel **W14** zeigt. Dennoch ist die Frage des Interesses, wie eingangs bereits angedeutet, für die Form des Einschwenkens auf eine Beitrittsroute nicht unerheblich (s. Kap. 7.1, 7.2).

6.1.2 Engagement

Zwei Drittel der 64 interviewten jungen Parteimitglieder haben sich bereits vor ihrem Beitritt zur Jungen Union oder zu den Jusos gesellschaftlich oder politisch engagiert:

Drei waren bei der Jugendfeuerwehr, zwölf waren vorher oder noch zum Zeitpunkt des Interviews Messdiener oder in ähnlicher Funktion in der evangelischen Kirche aktiv, 20 waren mindestens einmal Klassensprecherin oder Klassensprecher, einige noch dazu in weiteren Funktionen an ihrer Schule aktiv. Und einige haben sich auch schon politisch engagiert: 16 Jugendliche haben mindestens schon einmal an einer Demonstration teilgenommen – in erster Linie im Rahmen der Proteste gegen die Verkürzung der Gymnasialzeit von neun auf acht Jahre (G8) und/oder gegen rechtsextreme Aufmärsche. Bis auf wenige Ausnahmen waren das stets Protestveranstaltungen, die in unmittelbarer Nähe zum Wohnort der Jugendlichen stattfanden. Sechs Jugendliche erzählten außerdem, dass sie an Unterschriftenaktionen teilgenommen hätten. Mehrfach engagierten sich insgesamt 18 der hier erwähnten Jugendlichen.

Deutliche Unterschiede zwischen den Mitgliedern der Jungen Union und der Jusos zeigten sich einzig bei der Teilnahme an Demonstrationen. Dies scheint eher ein Terrain von Jugendlichen zu sein, die sich in Richtung Jusos orientieren: Nur zwei Neu-Mitglieder der Jungen Union gaben an, schon einmal an einer Demonstration teilgenommen zu haben. Hingegen waren 14 der interviewten Juso-Mitglieder mindestens einmal auf einer Demonstration gewesen, einige betonten sogar, dass sie häufiger auf solche Veranstaltungen gingen.

Die Motivation für die Teilnahme an Demonstrationen variiert. Gerade im Kontext der Proteste gegen G8 deutet sich an, dass einige bei den Demonstrationen mitgemacht haben, weil ihre Freundinnen oder Freunde hingegangen waren. **M38** hingegen erzählt, er habe in der Vergangenheit ganz bewusst an einer Demonstration gegen Rechtsextremismus teilgenommen. Er wollte ein Zeichen setzen:

ML: »Was versprichst Du Dir davon, wenn Du auf solche Demonstration gehst?«

M38: »Äh Zeichn setzn zu können (.) ich hab mit sovieln Zeitzeugn geredet über die Zeit im Drittn Reich und auch über die Zeit im Drittn Reich hier in Ort12 (.) ich werd darüber nächstes Jahr mei Facharbeit schreibn (.) und (.) also ich hab Geschichte gewählt (.) äh (.) und ich möchte dass so etwas nie wieder passiert (.) und ich möcht drauf aufmerksam machn dass das aber passiert is nich wies der Bisch- Bischof Williamsen heißt der glaub ich jetzt behauptet.«

Das Thema Rechtsextremismus treibt den 16-Jährigen, der Mitglied der Jusos ist, um und an. Er habe sich persönlich viel mit der Vergangenheit beschäftigt und auch Ge-

sprache mit Zeitzeugen des Nationalsozialismus geführt. Daher möchte er ein Zeichen setzen, damit das nie wieder geschehe. Dass die Gefahr bestünde, begründet er mit Verweis auf den britischen Bischof der Priesterbruderschaft St. Pius X., Richard Williamson, der 2008 in einem in Deutschland aufgezeichneten Interview für einen schwedischen Fernsehsender den Holocaust geleugnet hatte.

Das Thema Atompolitik beschäftigt wiederum **M46**, der wenige Wochen vor dem Interview, im November 2008, bei den Protesten gegen Atommülltransporte in das atomare Zwischenlager Gorleben auf die Straße gegangen war:

M46: »In Gorleben (.) das war richtig interessant also hat auch Spaß gemacht (.) da war ich auf jeden Fall dabei weil ich auch n ganz klarer Atomgegner bin und dann (.) war's für mich einfach auch keine Frage da hinzufahren und ich kann nicht sagen irgendwie ich bin gegen Atomkraft (.) kann mich dann aber gemütlich an dem Abend zu Hause vorm Fernseher hinsetzen und da ne (.) hirnlose Sendung gucken (.) also das (.) geht gar nicht meiner Meinung nach (.) und deswegen war's für mich ganz klar dass ich da mitmache.«

Das junge Mitglied der Jusos bezeichnet sich selbst als »Atomgegner«. Und als solcher sei es für ihn selbstverständlich gewesen, nach Gorleben zu fahren und öffentlich seine Meinung zu äußern und damit ein Zeichen zu setzen.

Auch wenn im Sample in Hinblick auf die Teilnahme an Demonstrationen die Mitglieder der Jusos überwiegen, so ist den interviewten Mitgliedern der Jungen Union diese Form politischer Beteiligung nicht fremd. **M53** erzählt beispielsweise, dass er bisher noch an keiner Demonstration habe teilnehmen können, weil sein Vater es ihm nicht erlaubt habe. Gerne wäre der 16-Jährige ansonsten vor dem Hintergrund der Demonstrationen in Deutschland gegen den Gaza-Krieg beziehungsweise gegen die »Operation Gegossenes Blei«, in deren Rahmen Israel vom 27. Dezember 2008 bis 18. Januar 2009 militärisch im Gazastreifen intervenierte, zu einer pro-israelischen Veranstaltung gegangen. Denn, argumentiert er, Israel habe das Recht sich zu verteidigen und Kritik daran erachte er als unangebracht. Und deshalb wäre er gerne demonstrieren gegangen, als Zeichen seiner Solidarität mit Israel.

Bei allem Interesse und der Bereitschaft, an Demonstrationen, Kundgebungen und ähnlichen Protestereignissen teilzuhaben, so fällt das Resümee hinsichtlich der Wirkung solcher Proteste bei den Jugendlichen doch verhalten aus. Es wäre eben möglich, Zeichen zu setzen, aber ob sie tatsächlich »etwas bringen« würden, das sei

schwierig zu sagen, meinen die Heranwachsenden. Die Erfahrungen aus Protesten gegen die Verkürzung der gymnasialen Oberstufe (G8) oder gegen andere schulpolitische Entscheidungen fielen bei ihnen durchweg negativ aus. Sie seien erfolglos gewesen. Vielleicht auch, mutmaßt die 15-jährige **W28**, weil sie »nur Schüler sind [...], weil Schüler nimmt man nicht so ernst«. Obwohl niemand im Sample derartige negative bis resignative Wirkungserwartungen von Protest als Anlass nennt für die Entscheidung, sich lieber auf klassische Weise politisch in Partei(jugend)organisationen zu beteiligen, so darf dennoch angenommen werden, dass sie als Erfahrungswissen bei den Jugendlichen präsent sind.

6.1.3 Politikverständnis

In eine Partei einzutreten bedeutet, sich auf institutionalisierte Weise an Politik zu beteiligen. Die Frage danach, was die Jugendlichen unter Politik verstünden, ist deshalb naheliegend. Dabei soll es nicht nur um eine Wissensstandabfrage gehen, sondern auch darum, ob sich die Interviewten selbst ins Verhältnis zu Politik setzen oder ob sie diese als etwas Abstraktes betrachten, womit sie keine Berührung haben.

Zunächst zeigen sich viele Jugendliche von der Frage, was sie unter Politik verstünden, irritiert. Wenige waren im übertragenen Sinne sogar sprachlos, wie etwa **W28**:

W28: »(3) Ähm (.) Politik ist jetzt also (.) wenn man (1) sich (1) demokratisch (.) mit einem also wenn man jetzt ähm (.) sich mit einem Thema beschäftigt (.) und (.) verschiedene ähm (.) Gesichtspunkte hat also wenn man jetzt verschiedene Meinungen hat (.) ähm (.) die man dann vertritt (2) oh Gott (3) so genau kann ich das jetzt nicht (.) also (.) was ist Politik? (1) Äh (8) ich glaub da kann ich jetzt irgendwie nichts zu sagen was jetzt genau Politik für mich ist.«

Die 15-Jährige setzt an und versucht Politik mit Bezug auf Demokratie zu definieren, bricht dann aber doch ab und stellt schließlich nach kurzer Denkpause fest, dass sie – ad hoc – nicht sagen könne, was Politik für sie bedeute. Auch **M24** scheint von der Frage überfordert – zunächst reagiert er mit Schweigen, setzt dann an, bricht wieder ab, setzt erneut an, um dann wieder in ein längeres Schweigen zu verfallen. Schließlich versucht er, die Frage auf eine prägnante Formel zu bringen:

M24: (16) »Das ist jetzt eine ganz schwer zu (.) zu beantwortende Frage (6) ja, ich glaub, also, in Worte fassen (15) nee das (.) ich find

da keine Worte dazu (.) das (.) ich würd Politik vielleicht (.) so definieren (.) die Interessen aller Menschen vertreten (.) Kompromisse finden (.) wo jeder mit n Stück zufrieden ist (.) das ist vielleicht noch ne Definition (.) was ich da noch so- (.) was ich mir jetzt noch in Worte fassen kann.«

Politik sei die Vertretung der Interessen aller Menschen sowie die Bereitschaft zum Kompromiss, erklärt der 15-Jährige. Aspekte wie Macht oder die Durchsetzung von Interessen einer gesellschaftlichen Gruppe klammert er aus – und nicht nur er: **M26** sieht Politik beispielsweise als eine Form einer Gemeinschaft an, in der alle zusammenarbeiten. Andere hingegen betrachten Politik als eine Form der »Verwaltung des öffentlichen Lebens« (**M09**), der »Koordination aller Vorgänge« (**M51**) oder des »Managements in der Gesellschaft« (**M59**). Ihre Vorstellungen sind dabei stark von dem Modell westlicher liberaler Demokratien geprägt. Gesellschaftliche Großkonflikte sind eingehegt und die bestehenden Herausforderungen und Probleme werden in Arbeitsparlamenten wie dem Bundestag verhandelt und in der Regel mit Kompromissen aufgelöst. Dass Konflikte aber weiterhin bestehen, es stets um Fragen von Macht und Interessen geht, verlieren dabei viele aus dem Auge beziehungsweise sie wissen darum vielleicht noch nicht aufgrund ihres jugendlichen Alters.

Eine der wenigen Ausnahmen stellt der folgende kurze Definitionsversuch dar, der allerdings auch dezisionistisch anmutet:

M37: »Unter Politik verstehe ich (2) ähm (3) verstehe viele Sachen unter der Politik, aber das jetzt auf einen Satz zu beschränken (1) ähm (3) unter Politik verstehe ich (.) dass (.) Leute (1) bestimmen können, wie es in diesem Land einfach aussieht (.) wie (.) was gemacht wird einfach.«

M37 hebt in seiner Definition hervor, dass Menschen bestimmen könnten, wie es in diesem Land aussehe und was gemacht werden solle. Hier schwingt mit, dass es um Interessen und Macht geht. Dass sich die Gestaltenden zumindest in Demokratien an Recht und Gesetz zu halten haben, übersieht er in seinem Definitionsversuch. Im weiteren Verlauf des Interviews hebt er noch hervor, dass die Entscheidungen nicht von »gewöhnlichen Menschen« getroffen würden, sondern von gewählten Mandatsträgerinnen und -trägern. Darüber sind sich im Übrigen alle Jugendlichen einig, dass Politikerinnen und Politiker politische Entscheidungen trafen beziehungsweise Politik machten. Und dafür müsse man in einer Partei sein, wie es **M10** auf den Punkt bringt:

M10: »Ich denke einfach attac hat nicht die Aktionsmöglichkeiten die äh (.) Parteien halt haben (.) bei attac äh (1) kann im Endeffekt ja nur protestieren (1) die ham ja kein Mitstimmrecht im Bundestag (.) im Bundesrat (.) die ham, als eine Art Hobby vielleicht ähm (.) die könn sich da ein bisschen einbringen (.) aber (1) im Endeffekt, können die da nichts mitbestimmen (.) sie können keine Gesetze selber schreiben (1) und somit nur durch Proteste Einfluss nehmen auf die Politik (.) aber (.) aber richtig Politik machen (.) wie man's so immer sagt (.) kann man im Endeffekt nur wenn man in ner Partei ist.«

Außerparlamentarische Akteure wie die globalisierungskritische Nichtregierungsorganisation attac könnten, so der 17-Jährige zunächst, nur durch Proteste versuchen Einfluss zu nehmen auf die Politik, aber eben nicht direkt Entscheidungen treffen – denn die würden in Parlamenten getroffen. »Richtig Politik machen«, das ginge nur in einer Partei, schlussfolgert er.

Entscheidungen werden aber, das wissen viele der jungen Leute, nicht nur auf Bundesebene getroffen, sondern auch »auf viel kleineren Bühnen [...] als jetzt im Bundestag«, wie es **M57** umschreibt. Auch wenn die Metapher zunächst irritiert, so ist sie doch nicht falsch. In Parlamenten finden Politikerinnen und Politiker eine Bühne, auf der sie in öffentlichen Debatten über politische Themen streiten können. Im Übrigen möchte der 16-Jährige darauf hinweisen, dass Politik eben nicht nur im Bundestag, sondern auch in Landes- und Kommunalparlamenten gemacht werde.

Nur sehr wenige formulieren eine Vorstellung politischen Handelns, die darüber hinaus geht und sich nicht nur im Treffen politischer Entscheidungen erschöpft:

M39: (1) »Politik ähm (5) schwierige Frage [...] Politik ist zum Beispiel dass wir ne Demokratie haben also (.) dass man sobald man wählen geht das ist dann politisch aktiv (.) und dass man eigentlich alles was irgendwie mit dem Staat zu tun hat ist für mich Politik also (.) Diskussionen die über irgendwelche Themen sind sind für mich politische Diskussionen (.) Politik fängt bei mir an ähm (.) wenn man sich mit jemanden über (.) streitet über (.) warum hier jetzt ähm die Steuern zu hoch sind.«

Politik ist, so **M39**, dass Deutschland die Demokratie als Regierungsform habe und daher wäre man, sobald man wählen gehe, politisch aktiv. Mehr noch, ergänzt der 15-Jährige, für ihn sei alles, was mit dem Staat zu tun habe, Politik. Auffällig ist hier, aber auch bei den Definitionsversuchen der anderen Jugendlichen, dass sie stets un-

persönlich über Politik sprechen. Obwohl sie zum Zeitpunkt der Befragung bereits einige Wochen selbst Mitglied einer Partei(jugend)organisation sind, manche sogar bereits Beisitzerinnen oder Beisitzer im Vorstand der lokalen Parteigliederung, verwenden sie stets nur unpersönliche Satzkonstruktionen, um zu erklären, was sie unter Politik verstünden – egal ob sie Mitglied der Jungen Union oder der Jusos sind. Sie selbst sehen sich kaum als politisch Handelnde. Das mag vor dem Hintergrund ihrer Politikverständnisse damit zu tun haben, dass sie noch nicht den Eindruck haben, an Entscheidungen oder ähnlichem mitwirken zu können. Es kann mit ihrem Alter zu tun haben und der teilweise fehlenden Möglichkeit an Wahlen teilzunehmen. Es mag aber auch damit zu tun haben, dass sie die Jugendorganisation mitunter nicht als ›politisch‹ wahrnehmen. Die Einlassung des 17-jährigen **M06** im Laufe des Interviews gilt es daher ernst zu nehmen: »... ich weiß ja noch nicht, inwiefern die JU tatsächlich so politisch ist ...«. Anknüpfend daran gilt es daher nun noch danach zu fragen, ob die Jugendlichen meinen, mit ihrer Mitgliedschaft etwas bewirken zu können.

6.1.4 (Selbst-)Wirksamkeit

Sozialpsychologische Erklärungsansätze (s. Kap. 4.3) betonen, dass es nicht nur eines Interesses und Verständnisses von Politik bedürfe, um politisch zu partizipieren, sondern dass es auch der Vorstellung bedarf, tatsächlich politisch Einfluss nehmen zu können (externe Wirksamkeit). Vor diesem Hintergrund wurden die Jugendlichen im weiteren Verlauf der Interviews gefragt, inwiefern sie glauben, mit ihrer Mitgliedschaft etwas bewegen oder bewirken zu können. Ihre Antworten erfolgen dabei in der Regel losgelöst von ihrer ursprünglichen Beitrittserzählung und den damit verbundenen Motiven, Vorstellungen und Anreizen. Doch aufgrund des Interviewzeitpunkts in den ersten vier Monaten nach dem Beitritt erwecken ihre Wortbeiträge den Anschein, dass sich ihre Vorstellung in der Zwischenzeit bereits verändert haben könnte, da sie jüngere Erfahrungen in die Erzählungen einfließen lassen:

W26: »[...] die erste Sitzung (.) dann war ma erstmal ganz aufgeregt weil das auch immer alles so groß war und so viele Menschen und man hat überhaupt nichts verstanden (.) worüber die reden (.) und wollt aber trotzdem irgendwie was bewirken (1) und ähm (.) man sitzt da aber eigentlich erst mal da und hört sich alles an (.) und versucht sich ne eigene Meinung zu bilden (.) ähm über Sachen wo man eigentlich noch gar keine Basis für hat (1) und muss man sich halt versuchen ne Basis (.) an Wissen zu verschaffen.«

Die Erfahrung der ersten Sitzung dominiert die Wahrnehmung von **W26**. Sie erscheint erschlagen – alles sei »so groß«, da wären »so viele Menschen« und sie habe wenig verstanden. Daher vermag sie wenig über eine etwaige Wirkung, die ihre Mitgliedschaft haben könnte, zu sagen. Erst einmal möchte sie, erzählt sie an anderer Stelle, »da reinschnuppern«. Und mit einer unpersönlich Formulierung fügt sie hinzu, dass man sich, »je nachdem wie aktiv man sein will [...] ja auch hoch wählen lassen« könnte. Dann zumindest, so ihre Einschätzung, könnte man etwas bewegen. Doch die distanzierte Formulierung lässt vermuten, dass sie sich derzeit nicht in dieser Rolle sieht.

Die 17-Jährige ist nicht die einzige im Sample, die der Erstkontakt mit der Jugendorganisation verunsichert hat. **M47** und **M55** berichten unabhängig voneinander, dass es sie irritiert habe, dass bei den Jusos alle wesentlich älter seien als gedacht. Letztlich, gesteht **M55**, sei er da wohl mit einer »gewissen Naivität« hingegangen und mutmaßt, dass er »in nächster Zeit bestimmt noch bei einigen Sachen enttäuscht« werde. Er sowie eine Reihe anderer Interviewter sehen sich letztlich außerstande zu sagen, ob sie etwas bewirken könnten. Sie zucken mit den Schultern und weisen darauf hin, dass sie dafür noch zu neu in ihren jeweiligen Organisationen seien (**M06**, **M12**, **M43**, **M48**), ein wenig mehr über Politik lernen (**M52**, **M54**, **W13**) oder erst einmal die Leute kennenlernen müssten (**W07**). Oder sie schätzen die Lage aus persönlichen Gründen noch eher verhalten ein, so wie **M40**:

M40: (2) »Mhm relativ wenig weil ich eigentlich da noch relativ zurückhaltend bin (.) die alle noch älter und reifer sind und mehr Erfahrung haben (.) aber (1) irgendwann werd ich dann halt schon mal meine Ideen haben oder so (.) aber ich seh jetzt halt eher dass ich im Ortsverein oder so was erreichen könnte [...]«

Wenig könne er derzeit bewirken, mutmaßt der 16-Jährige. Er sei noch schüchtern, die anderen »älter und reifer«. Aber perspektivisch glaubt er, sich im Ortsverein einbringen zu können. Andere meinen, dass sie nichts bewirken könnten, bevor sie nicht aufgestiegen seien. Für diesen (möglichen) zukünftigen Aufstieg könnte er, erzählt **M50**, sich aber schon jetzt den Rückhalt der Jusos sichern. Und der 16-jährige **M53** glaubt, dass er bei der Jungen Union nicht viel erreichen könne, außer inspiriert zu werden, später dann in die CDU einzutreten – die Jugendorganisation sei dafür ein »Fundament«. Insgesamt zeigen sich rund ein Drittel der Interviewten skeptisch angesichts der Frage, ob sie mit ihrer Mitgliedschaft unmittelbar etwas bewirken könn-

ten – erst in der Zukunft sei das möglich, wenn sie älter wären, sich besser auskennen und ein Amt bekleiden würden.

Das Gros der Jugendlichen ist sich hingegen sicher, dass sie in einem kleineren Rahmen etwas bewirken können. Die Chance dafür sehen sie aber vor allem bei sich vor Ort, höchstens noch in ihrer jeweiligen Region, nicht aber auf Landes- oder Bundesebene. Sie zeigen sich pragmatisch, bauen keine ›Luftschlösser‹. Sie können ihre Partei unterstützen, indem sie beim Wahlkampf helfen – am Wahlkampf-Stand oder beim Aufhängen von Plakaten. Sie können ihren Teil dazu beitragen, den lokalen Kandidaten zu unterstützen. Sie können auch grundsätzlich nach außen die Positionen ihrer Parteien bekannter machen und versuchen, neue Mitglieder zu werben. Und sie können helfen Veranstaltungen durchzuführen, Webauftritte zu gestalten oder Partys zu organisieren. Viele treibt dabei der Blick auf Gleichaltrige an: Sie möchten gerne versuchen, anderen Jugendlichen Politik näherzubringen, ihr Interesse zu wecken, um sie werben, sie motivieren sich zu beteiligen und ihre Meinungen einzubringen. Sich selbst sehen sie dabei als Vorbild und mitunter auch als Sprachrohr, dass eine Übersetzung leisten möchte von den Vorstellungen der Jugendlichen an ihre Partei(jugend)organisationen. Denn grundsätzlich gehen viele davon aus, vor Ort Gehör zu finden – wenn sie teilhaben, mitreden, ihre Meinung einbringen sowie Themen und Ideen anregen. Das gelänge nicht im Alleingang, betonen einige, sondern nur, wenn man es mit vielen gemeinsam versuche. Und als Jugendorganisation wären sie eben das Bindeglied zu den Parteien: »Wir von der Jungen Union [...] können [...] zu den CSU-Leuten im Gemeinderat gehen und dann können wir auch was bewirken«, meint der 15-jährige **M19**. Nicht nur er, sondern auch die meisten andern hoffen, so die Gesellschaft mitgestalten zu können.

Aus dem Sample ragen nur zwei Jugendliche heraus, die auf die Frage, was sie meinen bewirken zu können, den Blick nach innen werfen, auf ihre Jugendorganisationen:

W12: »Ja ich würd mal sagen ‘n bisschen Frauenpower bring ich da rein ne (lacht). Das ist ja bis jetzt da so bei uns in Ortsteil27 (.) was ich so erlebt hab eher so männlich angehaucht (.) und [...] gibt’s ganz schön ähm (.) ziemlich krasse Ansichten (.) wo ich mir dann auch teilweise dachte, das werd ich mal so n bisschen liberalisieren (lacht) [...] bisschen frischen Wind so reinbringen so von mir [...]«

Frauenpower und frischen Wind werde sie in die lokale Junge Union einbringen, meint die 18-jährige **W12**, und glaubt angesichts ›krasser Ansichten‹ ihre heimische Junge Union etwas liberalisieren zu können. Ähnliche Ambitionen zeigt **M39**:

M39: (4) »Mit meiner Mitgliedschaft kann ich vielleicht versuchen noch mal was beizusteuern dass die Jusos linker werden (ja) (.) was die Jusos MittelRegion04 ja auch im Allgemeinen versuchen zu (sein) (.) und (.) und dann vielleicht durch dass die Jusos linker werden wird automatisch dann die nachfolgende Generation der SPD linker [...]«

Der 15-Jährige, der sich explizit als ›links‹ bezeichnet, hofft über den Einfluss auf die Jusos auch die zukünftige SPD nach links rücken zu können. Gerade angesichts der Größe des Jugendverbands klingt das nach einem sehr ambitionierten Vorhaben. Doch das wissen mitunter auch die Jugendlichen selbst. Sicherlich glaube sie, dass sie etwas verändern könne, erklärt **W28**, betont aber gleichwohl kritisch:

W28: »[...] ob's realistisch ist (lacht) (.) na aber man kann's versuchen und (.) wenn's nicht klappt (.) dann hat man's wenigstens versucht (.) und (1) ich find's wichtig es auf jeden Fall einfach zu versuchen (.) also nicht einfach nur (.) zu meckern [...]«

Für die 15-Jährige ist es den Versuch wert, etwas verändern zu wollen oder, wie es andere formulieren, sich einzubringen, mitzuwirken und Ideen einzubringen. Ihre Wirksamkeitserwartungen mögen angesichts der realen Verhältnisse in den Partei(jugend)organisationen tatsächlich wenig realistisch erscheinen – aber sie sind guter Dinge, den Versuch zu wagen.

6.2 Eltern und Familie

Die Jugendlichen der in dieser Studie repräsentierten Altersgruppe befinden sich in jener Lebensphase, die unter anderem mit dem Abnabelungsprozess vom Elternhaus verbunden ist. Bedeutung kommt nun vermehrt Gleichaltrigen zu, die in Hinblick auf die Sozialisation die primäre Bezugsgruppe der Jugendlichen darstellen. Doch ist das auch der Fall, wenn es um Politik geht? Welche Rolle spielt die Familie, spielt das Elternhaus? Im Folgenden soll zunächst auf die Eltern der Interviewten geschaut werden. Im Zentrum steht dabei unter anderem die Frage, ob diese vielleicht auch selbst Parteimitglieder sind, um dann zu betrachten, welchen Stellenwert sie für die Jugendlichen haben, wenn es um das Sprechen über Politik geht. Außerdem erwähn-

ten die Heranwachsenden in den Gesprächen noch weitere Familienangehörige, um die es dann im weiteren Verlauf gehen wird.

6.2.1 Eltern

Alle im Rahmen der Studie interviewten Jugendlichen lebten zum Zeitpunkt der Erhebung im Elternhaus, das heißt unter einem Dach mit einem Elternteil oder beiden Elternteilen oder, in einem Fall, mit einer anderen nahen, erziehungsberechtigten Verwandten. 22 Elternteile sind Mitglied einer Partei und fünf weitere waren es in der Vergangenheit, wie sich aus den Interviews rekonstruieren lässt. Doch letztere Mitgliedschaften spielen für die Jugendlichen scheinbar nur eine sehr untergeordnete Rolle, in ihren Erzählungen werden sie nur am Rande erwähnt und in der Regel nicht weiter thematisiert.

Die besagten 22 Mitglieder gehören zu 17 Jugendlichen: Bei **M06** und **M12** sind beide Eltern in der CDU, bei **M33** beide in der SPD und bei **M23** seine Mutter und sein Stiefvater in der CSU und sein leiblicher Vater Mitglied der ungarischen Fidesz. Doch längst nicht alle 22 sind aktive Mitglieder:

M06: »Ja gut, Mitglied schon aber eben nicht oh nicht äh (.) so aktiv (.) also dass sie irgendeinen Posten (.) auch wenn wenn's auch nur ein ganz kleiner äh wäre oder unwichtiger [...]«.

Seine Eltern wären ›schon‹ Mitglied, aber sie würden keinen, nicht einmal einen ›kleinen‹ oder ›unwichtigen‹ Posten bekleiden, was für **M06** zu einem aktiven Engagement dazu gehören würde. Im weiteren Verlauf ergänzt der 17-Jährige, dass sie sich auch an keinen Versammlungen oder Aktionen beteiligen würden. Auch **M12** erzählt, dass seine Eltern zwar Mitglieder seien, »aber die machen da nicht viel«, und **M24** sowie **M40** berichten über ihre Väter, dass diese passive Mitglieder wären. Bei den verbliebenen 13 Jugendlichen hingegen ist mindestens ein Elternteil aktiv – mit unterschiedlichem Engagement: **M19** weist darauf hin, dass sein Vater Mitglied im CSU-Kreisvorstand und Schatzmeister sei. **W13** kann zwar nicht genau sagen, welche Funktion ihre Mutter innehatte, aber sie fungiere bei der CSU als Ansprechpartnerin für die Junge Union vor Ort. Sein Vater, berichtet wiederum **M33**, hätte für die SPD in einem Nachbarort als Bürgermeister kandidiert. Und seine Mutter säße für die SPD im Stadtrat – so auch der Vater von **W25**. Eine bestimmte Funktion ihrer Mütter erwähnen hingegen **W24** und **W28** nicht, betonen aber, wie aktiv sie in ihren

jeweiligen Ortsvereinen seien und erinnern sich, von klein auf bei entsprechenden Aktionen dabei gewesen zu sein. Die verbliebenen sieben der 13 Jugendlichen erzählen nichts von etwaigen Posten, Funktionen oder Aufgaben, die das Elternteil, das Mitglied ist, übernommen habe. Sie scheinen ›nur‹ aktive, aber ›einfache‹ Mitglieder zu sein.

Doch letztlich kommen, wie erwähnt, nur 17 Interviewte aus Elternhäusern, wo mindestens ein Elternteil aktiv ist. Im Sample überwiegen damit Jugendliche (47 von 64), die keine entsprechende Mitgliedschaft erwähnen. Statistisch gesehen ist der Anteil der Eltern mit Parteimitgliedschaft im Sample dennoch ausgesprochen hoch. Zum Stichtag 31.12.2010 waren 1.161.266 Menschen Mitglied der CDU, CSU oder SPD (Niedermayer 2020) – bei einer Gesamtbevölkerung von 81.751.602 Menschen in diesem Jahr (Bundesamt für Statistik 2021)³⁶ sind somit gerade einmal 1,42 Prozent Mitglieder der genannten Parteien. Im Sample liegt der Anteil mit 22 elterlichen Mitgliedschaften auf 64 Interviewte in diesem Zeitraum deutlich höher.³⁷ Damit deutet sich an, dass die These der ›Parteienvererbung‹ scheinbar nicht von der Hand zu weisen ist. Bei dieser vorläufigen Feststellung soll es zunächst bleiben – sie wird später noch ausführlich bei der Frage der Präferenzbildungen der Interviewten aufgegriffen (s. Kap. 7.3.1). Grundsätzlich beschrieben die meisten Jugendlichen ihr Elternhaus als politisch interessiert, unabhängig davon, ob die Eltern in einer Partei engagiert waren oder sie kein für die Heranwachsenden wahrnehmbares politisches Engagement zeigten.

Primäre Gesprächspartnerin oder Gesprächspartner in Sachen Politik ist bei 26 der 64 Jugendlichen mindestens ein Elternteil – zehn von ihnen sind Mitglied einer Partei. Damit zeigt sich, dass jene interviewten Jugendliche häufiger mit einem Elternteil über Politik sprechen, wenn es Mitglied einer Partei ist.

22 der 26 Jugendlichen, die in einem Elternteil ihren primären Gesprächspartner in Sachen Politik finden, differenzierten zwischen Mutter und Vater und begründen es damit, dass sie in ihnen den oder die jeweils geeignetere/-n Ansprechpartner/-in finden. Auffällig ist, dass die Auswahl entlang der Geschlechter

³⁶ Die Bevölkerungsstatistik des Bundesamts wurde, da es hier nur um einen groben Vergleich geht, nicht bereinigt entlang der formalen Aufnahmekriterien der drei genannten Parteien. Während die SPD lediglich ein Mindestalter und ein Bekenntnis zu den Grundsätzen zur formalen Bedingung der Mitgliedschaft macht, schränken die Unionsparteien die Mitgliedschaft in ihren Reihen ein auf deutsche Staatsbürgerinnen und -bürger sowie Staatsangehörige aus den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union, insofern sie einen Wohnsitz in Deutschland haben.

³⁷ Genau lässt sich das prozentuale Verhältnis nicht bestimmen, da die genauen familiären Bedingungen nicht bekannt sind, das heißt, ob es tatsächlich noch 128 Elternteile gibt.

verläuft – so benennen vier der fünf Mädchen die Mutter als primäre Gesprächspartnerin und 14 der 17 Jungen den Vater als solchen. Vorsichtig lässt sich aus den Interviews herausdestillieren, dass diese Person auch ansonsten die Hauptbezugsperson unter den Eltern ist. Doch warum ist es bei vier Jugendlichen anders? **M34** und **M42**, die mit ihren Müttern sprechen, erwähnen ihre Väter nur am Rande oder gar nicht – sie spielen für sie offenkundig keine größere Rolle. Ob sie absent sind oder das Vater-Sohn-Verhältnis gestört ist, bleibt offen. **M37**, der auch hauptsächlich mit seiner Mutter spricht, erzählt, dass sein Vater Franzose sei, nur auf französische Politik fokussiert wäre und noch dazu konservativ sei. Damit gebe es für ihn als 15-jähriges Mitglied der Jusos keine Basis, um mit ihm über Politik zu sprechen. Für **W21**, das einzige Mädchen, das bevorzugt mit ihrem Vater über politische Themen spricht, hat es hingegen pragmatische Gründe:

ML: »[...] mit wem von den beiden mehr – mit Deinem Pa oder mit Deiner Mutter?«

W21: »Eigentlich mehr mit meinem (.) Papa (.) ja (.) weil meine Mama die (.) ja (.) mit der rede ich immer halt so (.) mehr über andere Sachen da gibt's denn so (.) auch noch (.) so Wichtiges.«

Die 16-Jährige erachtet ihren Vater in diesem Themenfeld als adäquateren Gesprächspartner, weil sie mit ihrer Mutter über andere, auch wichtige Dinge spreche. Ähnlich stellt es sich bei den anderen Jugendlichen dar. Sie erzählen, dass sie in dem gleichgeschlechtlichen Elternteil eine/-n eher bessere/-n Ansprechpartner/-in in Sachen Politik finden als im gegengeschlechtlichen.

Abschließend sei noch hinzuzufügen, dass 18 weitere Jugendliche im Gespräch erwähnen, dass mindestens ein Elternteil der oder die zweitwichtigste Gesprächspartner/-in in Sachen Politik wäre. Und nur elf Heranwachsende sagen, dass sie mit ihren Eltern gar nicht über politische Themen sprächen. Als Gründe führen sie an, dass sie den Eindruck hätten, dass Politik ihre Eltern nicht interessiere oder dass solche Gespräche schwierig seien und zu Streit führten. Die sozialisationstheoretische Annahme, dass mit der Adoleszenz Gleichaltrige die Eltern als wichtigste Gesprächspartner ablösen, bestätigt sich im Sample unter den jungen Mitgliedern in Partei(jugend)organisationen nicht in Hinblick auf Gespräche über Politik.

6.2.2 Der weitere Familienkreis

Von Bedeutung sind für die Jugendlichen aber nicht nur die Eltern, wenn es um Politik geht – in ihren Erzählungen erwähnen einige auch andere Familienangehörige:

- Neun Jugendliche merken beispielsweise an, dass in ihrer Familie nicht nur ein Elternteil Parteimitglied sei, sondern mindestens noch eine weitere Person. Dabei handelt es sich entweder um die Mitgliedschaft in derselben Partei, wie beispielsweise bei **M33**: Er ist gerade den Jusos respektive der SPD beigetreten, der auch seine Eltern, sein Onkel und sein Opa angehören. Letzterer sei, wie **M33** betont, 30 Jahre lang auch Bürgermeister für die SPD gewesen. Oder es handelt sich um Mitgliedschaften in der jeweils anderen Volkspartei: **M24** ist frisch bei der Jungen Union, sein Vater schon lange Mitglied der CSU – im Gegensatz zu seinem Onkel und Opa, die beide Mitglieder der SPD sind.
- Elf Jugendliche, von denen kein Elternteil Parteimitglied ist, erwähnen stattdessen andere Familienmitglieder, die es wären: Vier weisen auf Geschwister hin, die anderen auf Großeltern, Tanten oder Onkel. Doch in der Regel bleibt es bei der Aufzählung, die selten im Rahmen der Erzählungen vorgebracht wurden, sondern eher auf Nachfrage. Das legt die Vermutung nahe, dass sie für die Jugendlichen keine besondere Rolle spielen. Eine der Ausnahmen ist hier **W21**:

W21: »[...] (.) ja mein Onkel, der ist ähm in (.) in [Bundesland01] ist der (.) ähm ich glaub' Landrat im Moment (.) also der ist schon ziemlich hoch, der war da auch mal Minister (.) und so (.) der ist da (.) der ist da auch bei den (.) also der ist (.) bei der CDU (.) und (.) ja der hat mir auch schon (.) auch schon erzählt (.) und der fand das auch cool [...]«.

Die 16-Jährige ist selbst Mitglied der Jungen Union geworden. Sie erzählt auf die Frage nach weiteren Mitgliedern in ihrem Umfeld von ihrem Onkel im weiter entfernten Norddeutschland – die 16-Jährige wohnt in einem westdeutschen Bundesland. Sie weiß ungefähr, welche Ämter er inne hatte und hat. Und er hat ihr, wie zu vermuten ist, genau darüber auch schon etwas »erzählt«. Entscheidender ist in dieser Passage, dass sie mehr oder weniger darauf hinweist, dass ihr Onkel »auch« bei der CDU sei. Sie nutzt diese Sequenz, um eine gewisse familiäre Linie zu konstruieren. Was hier eher mittels einer beiläufigen Erwähnung geschieht, betonen andere explizit: **M19** betont, dass seine Familie »konservativ« sei – sein Vater, Opa, Onkel sowie seine Tante seien Mitglieder der CSU und er nun der Jun-

gen Union. Der bereits oben erwähnte **M33** hingegen spricht von ›sozialdemokratischen Zügen‹, die sich durch seine Familie zögen. Allerdings wäre es auch hier verfrüht, allein daraus auf eine ›familiär tradierte Parteienpräferenz‹ zu schließen (s. Kap. 7.3).

Regelmäßige Gesprächspartnerinnen oder Gesprächspartner zum Thema Politik sind die erwähnten Geschwister, Onkel, Tanten oder Großeltern, andere, nicht organisierte Verwandte nur in Ausnahmefällen. Und in diesen wenigen Ausnahmefällen spielt, zumindest im Sample, die Parteimitgliedschaft oder die politische Einstellung keine besondere Rolle:

M08: »(.) Ich denk mal am meisten [rede er über Politik; Anm. d. A.] mit meiner großen Schwester (.) halt (.) also wir haben auch, die [...] findet Kuba ganz toll und Che Guevara und [...] die ist jetzt (.) ähm 21 (.) und interessiert sich da aber ernsthaft für und (.) aber fürs (.) man kann jetzt nicht sagen, dass wir (.) ähm (.) diskutieren und uns auf irgendetwas einigen und so (.) wir ham halt beide unsere Standpunkte und wir wissen halt wenn wir neu anfangen äh gehen wir halt mit den gleichen Standpunkten wieder auseinander.«

Für **M08** ist seine Schwester die häufigste Diskussionspartnerin über Politik, auch wenn sie gegensätzliche Positionen vertreten: Er ist der Jungen Union beigetreten und steht der CDU nahe. Seine Schwester finde Kuba und Che Guevara toll. Dass sie nicht auf einen gemeinsamen Nenner kommen, sondern immer wieder von Neuem ihre Standpunkte diskutieren, scheint den 15-Jährigen nicht zu stören. **M07** hingegen erwähnt seinen älteren Bruder, der ihn aktivierte um der Jungen Union beizutreten, nicht als Gesprächspartner.

Festzuhalten bleibt, dass die Parteimitgliedschaft der Eltern bei den Jugendlichen in der Regel präsenter ist, als die anderer Familienmitglieder und dass die Eltern auch im familiären Vergleich die bevorzugten Gesprächspartner sind. Die Ausnahme stellen Verwandte dar, zu denen die Jugendlichen eine besondere Verbindung haben oder konstruieren, um sich im Falle einer Mitgliedschaft beispielsweise als Teil eines familiären Kontinuums zu stilisieren.

6.3 Der Freundes- und Bekanntenkreis

In ihren Erzählungen erwähnen alle Jugendlichen Gleichaltrige – Freundinnen, Freunde, Schulkameradinnen, Schulkameraden. Doch welche Rolle spielen diese Peers,

wenn es um Politik geht? Und: Spielen in diesem Zusammenhang vielleicht noch andere Bekannte eine Rolle?

6.3.1 Gleichaltrige (und andere Bekannte) als Gesprächspartnerinnen und -partner

Sozialisationstheorien folgend sind Gleichaltrige (Peers) in der Lebensphase als Teenager die primäre Bezugsgruppe. Doch stellt sich das, wie schon betont, im Themenfeld Politik etwas anders dar. 20 der interviewten Jugendlichen erwähnen Freundinnen, Freunde, Schulkameradinnen oder -kameraden überhaupt nicht als Gesprächspartnerinnen oder -partner über Politik. Sie benennen dafür zwei Gründe:

- Die Gleichaltrigen im sozialen Nahbereich hätten kein Interesse an Politik beziehungsweise politischen Themen, so dass sie als Gesprächspartnerinnen oder -partner ausschieden. Diesen Begründungszusammenhang formuliert beispielsweise **M37**:

ML: »Mit wem unterhältst Du Dich denn über Politik?«

M37: »Hauptsächlich mit meiner Mutter eigentlich weil (1) in meinem Freundeskreis da interessiert es eigentlich keinen (1) ich hoffe das wird noch kommen, weil (1) man merkt ja wie abhängig wir davon sind [...]«

Seine Mutter sei nicht primäre Gesprächspartnerin aufgrund einer besonderen Nähe oder einer besonderen Eignung, sondern, so erklärt es der 16-Jährige deutlich, weil Politik in seinem Freundeskreis keinen interessiere – gleichwohl hofft er, dass sich das noch ändern werde.

- Die Gleichaltrigen im sozialen Nahbereich hätten zu wenig Wissen über Politik beziehungsweise zu politischen Themen, so dass sie als Gesprächspartnerinnen oder -partner ausschieden:

ML: (2) »Und wie ist das bei Dir im Freundeskreis gibt es da eigentlich überhaupt jemanden mit dem Du über Politik reden kannst?«

M32: (2) »Im Grunde (.) hat da keiner von Ahnung und die wollen auch gar keine Ahnung haben und (.) ja, so muss ich dann halt auf Ältere ausweichen.«

ML: »Aber äußern die nicht ihre Meinung?«

M32: (1) »Ja die sagen natürlich schon ja dass (.) also ne Meinung hat man ja immer zu vielen Sachen aber so wirklicher Hintergrund fehlt dann meistens (.) aber ja die meisten ham halt ne eigene Meinung und das find ich auch richtig.«

Eine Meinung hätten seine Freunde schon, erzählt **M32**, aber es fehle an Hintergrundwissen. Dafür müsse er »auf Ältere« als Gesprächspartner ausweichen. Immanent stellt der 17-Jährige dabei einen Zusammenhang zwischen Alter und Wissen her – Ältere hätten mehr Wissen über Politik. Für **M53** hingegen hängt das nicht nur am Alter, sondern auch an den besuchten Bildungseinrichtungen:

M53: [...] in meinem Bekannten(.)kreis (2) kommt halt aufs Alter an (.) nämlich umso älter sie werden, glaub ich, umso mehr (.) interessieren sich manche für Politik (.) also jetzt nicht alle aber (1) halt da ist es dann (.) halt (1) mehr als jetzt im jugendlichen Bereich (.) ich denke, es kommt aber auch auf n Bildungsstandard an (.) also zum Beispiel die ich aus der Regelschule kenn dass (.) interessiert sich überhaupt niemand für Politik (.) am Gymnasium halt einige (.) also viel mehr (.) auf jeden Fall.

In seinem Freundes- und Bekanntenkreis habe er beobachtet, dass sich von denen, die eine »Regelschule« besuchen, niemand für Politik interessiere; von denen vom Gymnasium hingegen seien es einige. Seine Beobachtung deckt sich mit den entsprechenden Forschungen zum Zusammenhang von Bildung und politischem Interesse – je höher die anvisierten Bildungsabschlüsse, desto häufiger sind Jugendliche politisch interessiert (s. Kap. 4.3).

Fehlende gleichaltrige Gesprächspartnerinnen oder -partner werden indes nur bedingt als Leerstelle wahrgenommen, weil es in der Regel eben andere gebe, mit denen sie ihr Interesse und die Begeisterung für Politik teilen könnten. Mit den gleichaltrigen Freundinnen oder Freunden sprächen sie dann eben über andere Themen, wie beispielsweise **M34** erzählt: Es sei nicht »so schlimm« für ihn, dass er sich nicht mit seinen »Kumpels« darüber unterhalten könne: »[...] ich ähm (.) kann mit denen genügend (.) über genügend andere Sachen reden und ich akzeptier das auch vollkommen, dass die das einfach nicht interessiert [...]«. Gelegenheiten, über sein Interesse zu sprechen, böte ihm stattdessen der (schulische) *Arbeitskreis Politik* oder er diskutiere mit seinen Eltern.

Das Gros der Interviewten äußert indes, dass sie Freundinnen und Freunde hätten, mit denen sie über Politik sprechen könnten. Trotzdem nennen die meisten, wie erwähnt, zunächst die Eltern als primäre Gesprächspartnerinnen oder -partner:

ML: »Mit wem redest Du denn über Politik?«

M19: »Ja vor allem dann mit meinem Vater (.) ab und zu dann halt auch mit meinen Kumpeln und Spitzvorname⁷¹ dann (.) ja (1) mit den anderen kann man sich da nicht so unterhalten (2) ja eigentlich war's das mit meinem Vater.«

Familienmitglieder, wie hier der Vater, werden vorgezogen, weil die Jugendlichen in ihnen einen besseren beziehungsweise stärker interessierten Gesprächspartner finden oder, wie sich auch aus den Interviews schließen lässt, sie zu Hause eingebettet sind in andere Gespräche oder im Rahmen familiärer Routinen stattfinden (gemeinsames Essen, gemeinsames Anschauen der Abendnachrichten).

Nur 17 Jugendliche des Samples sprechen am liebsten ausschließlich mit Gleichaltrigen über politische Themen. Diese Gespräche erfolgen beiläufig oder anlassbezogen und sind in die Alltagskommunikation mit Freunden oder Freundinnen eingebettet:

ML: »(.) Mit wem redest Du denn so über Politik?«

W23: »(3) Am meisten mit Vorname⁴⁸ [weiblich, A.d.A.] (.) halt so bei unseren Teetrinken (1) oder irgendwo so auf'm Schulhof, wenn wir uns über irgendwas aufregen (1) meistens ist es dann die Linkspartei [...].«

W23 beschreibt solche Alltagssituationen: beim Tee oder auf dem Schulhof. Anlässe seien für sie beispielsweise ›Aufreger‹ – für sie als ›Konservative‹ verursacht durch die Partei Die Linke. Aktuelle Themen wären auch für ihn Gesprächsaufhänger, erzählt **M52**, um in der Schule mit Freunden über Politik zu sprechen – aber »nicht alle in meiner Klasse reden gerne über Politik«, betont er, dafür hätte er ein »paar bestimmte Leute«. Andere erzählen, dass sie mit Gleichaltrigen über Themen sprächen, die sie gemeinsam beträfen. Bildungspolitische Themen seien das, erwähnt **M55**. Vor allem die zum Zeitpunkt der Erhebung hochaktuelle Einführung und Umsetzung des G8-Abiturs. Wiederholt klagten Jugendliche auch in den Interviews über die verkürzte gymnasiale Zeit, die zu weniger Freizeit führe und dafür eine höhere schulische Belastung mit sich brächte. Und eine Schülerin eines so genannten Doppeljahrgangs beklagte, dass sie sicherlich nur mit Schwierigkeiten oder Kompromissen später einen Studienplatz ergattern werde, wenn sie nach der 13. Klasse an eine Universität gehen wolle, zeitgleich aber auch der erste G8-Jahrgang abgehe.

Daneben bietet den Jugendlichen mitunter der Fach- oder Projektunterricht die Chance, sich über politische Themen auszutauschen – je nach Schultyp,

Bundesland und Angebot in *Sozialkunde, Sozialwissenschaften, Politische Bildung, Politik Wirtschaft, Politische Weltkunde, Wirtschaft und Recht* oder einer freiwilligen *Politik AG*.

Abschließend sei an dieser Stelle eine Gruppe erwähnt, mit der die Jugendlichen bekannt sind und mit denen zumindest vier Heranwachsende des Samples gezielt das Gespräch über Politik suchen: schulische Lehrkräfte und (Freizeit-)Pädagog/-innen.

ML: »[...] könntest Du sagen, mit wem Du am meisten über Politik redest?«

W07: »Mmh, ich glaub mit meinen Lehrern [...] Ähm wir haben n paar PW-Lehrer, also Politiklehrer und mit denen ich weiß nicht also (.) manchmal so nach dem Unterricht oder so da steht man da und dann fängt man was an und dann (.) kommt das nicht zum Ende und (.) es ist so mit Lehrern red ich eigentlich am meisten über Politik [...]«

Mit den Lehrern von *Politische Weltkunde* (PW) spreche sie am meisten über Politik, nicht nur im Unterricht, sondern auch persönlich nach der Stunde, wenn man so ›da stünde‹, erzählt die 16-jährige **W07**. Ihre Formulierung weckt den Anschein, dass sie gezielt die Nähe sucht, um diese Gespräche führen zu können – denn einfach so steht kaum eine Lehrkraft mit Schüler/-innen nach dem Stundenende zusammen. Doch nicht nur klassische Lehrkräfte sind mitunter gefragte Ansprechpartner/-innen, sondern auch andere Bezugspersonen aus dem Alltag der Jugendlichen. Bei **M60** ist das beispielsweise ein Pädagoge aus dem Jugendzentrum, das er besucht:

ML: »Mit wem redest Du denn eigentlich über Politik?«

M60: (4) «Ja also (.) mit meinem Vater (.) mit meiner Schwester [...] mit meiner Schwester sehr oft eigentlich (.) ansonstn nicht so gern (.) also wenn ich jetzt im Jugendzentrum bin (.) auch mit den (.) also da gab's auch n Jugendpädagogn, der war auch noch am Studiern (.) und der war bei der CDU und dann kam halt n paar Gespräche SPD (.) CDU ne sozusagen (.) so (.) ja ansonstn nich so groß.«

Aufhänger für die Gespräche mit dem ›Jugendpädagogen‹ war dessen Mitgliedschaft in der CDU, während der 16-Jährige zur SPD tendierte und den Jusos letzten Endes auch beitrug. Aus den Formulierungen im Präteritum lässt sich im Übrigen schließen, dass es über einen Schlagabtausch nicht hinausging, der aber mittlerweile der Ver-

gangenheit angehört.

Kontakte beziehungsweise der Austausch mit Gleichaltrigen via soziale Medien spielte für die Jugendlichen, wie bereits erwähnt, nur eine sehr untergeordnete Rolle. Nur zwei berichten, dass sie unter anderem auch über das zum Zeitpunkt der Erhebung bekannte Portal *schülerVZ* mit anderen (mutmaßlich) Gleichaltrigen über Politik diskutierten. Andere soziale Netzwerke oder Messengerkanäle wurden in den Gesprächen nicht erwähnt, mutmaßlich, weil sie zum Zeitpunkt der Erhebung noch nicht so populär waren wie heute.

6.3.2 Gleichaltrige Parteimitglieder

Unter ihren Freundinnen, Freunden und Bekannten gebe es, erzählen 26 Interviewte, Mitglieder von verschiedenen Partei(jugend)organisationen. Manche kennen sogar mehr als eine Person, die so organisiert ist. **M35** berichtet beispielsweise, dass viele seiner Freunde politisch aktiv seien. Die meisten seien wie er bei den Jusos, aber nicht alle. In seiner Klasse wäre zum Beispiel auch ›der Grüenvorsitzende‹, mit dem er sich regelmäßig träfe. Ähnlich tolerant zeigen sich weitere Jugendliche, die von Freundinnen und Freunden in anderen als der eigenen Jugendorganisation erzählen: Beispielsweise kennt **W25** von der Schule ein Mädchen, das bei der Grünen Jugend aktiv sei. Und **M59**, den es zu den Jusos zog, berichtet, dass sein ›bester Kumpel‹ der Jungen Union beigetreten sei.

Insgesamt fällt im Sample indes auf, wie ungleich diesbezügliche Erfahrungen sind. Während eben **M35** von vielen Aktiven in seinem Umfeld berichtet, zeigt sich **M41** im Gespräch eher resigniert:

M41: »Also ich hab das Gefühl dass es kaum (.) politische Beteiligung irgendwo gibt (.) ich wüsste jetzt auch aus der ganz (.) aus meiner ganzen Stufe sind (.) hundertachtzig Leute da is (.) eventuell noch einer so'n bisschen (.) politisch engagiert ist (1) ich denke nicht dass (.) sich heute viele (.) in meinem Al- (.) also dass sich eigentlich fast gar keiner in meinem Alter für Politik interessiert (.) also (.) das ist mein Eindruck ich weiß nicht ob das (.) ob man das jetzt bundesweit sagen kann oder so [...]«.

Der 15-Jährige ist ein Jahr jünger als **M35**. Beide sind Mitglieder der Jusos und beide besuchen ein Gymnasium. **M41** lebt in einer Kleinstadt in Nordrhein-Westfalen; in diesem Wahlbezirk stimmten bei der Landtagswahl 2010 rund 32 Prozent für die SPD. **M35** hingegen kommt aus einer bayerischen Kleinstadt, in der bei der Land-

tagswahl 2008 gut 11 Prozent für die SPD stimmten. Doch während **M35**, wie gesagt, viele Aktive in seinem Umfeld wäht, ist **M41** beinahe resignativ – er habe das Gefühl, kaum jemand engagiere sich. Für die Beweisführung zieht er sein Wissen über seine Stufe heran – da wäre ›fast kein‹ Gleichaltriger politisch interessiert, geschweige denn aktiv. Die Ursache liegt hier vielleicht noch in einem weiteren Punkt als nur Alter, Bildungsniveau et cetera begründet, ließe sich vermuten. Im Hinblick auf die Beitrittsroute (s. Kap. 7) zeigt sich, dass hier auch Gelegenheiten von wichtiger Bedeutung sind. Wenn es bereits Jugendliche gibt, die in einer Partei(jugend)organisation Mitglied sind, ziehen die häufig andere Gleichaltrige nach. Umgekehrt bedeutet das aber eben auch, dass der Mangel an solchen Gelegenheiten zu ausbleibenden Mitgliedschaften führen kann.

Aus den Erzählungen einiger Jugendlicher lässt sich im Übrigen rekonstruieren, dass vor ihnen bereits Freunde eingetreten waren, die sie aktivierten und wiederum dann auch andere ansprachen. Im weiteren Verlauf wird unter dem Stichwort ›Ketteneintritte‹ (s. Kap. 7.1.2.2 sowie 7.4) noch ausführlicher darauf zurückzukommen sein. Dafür gilt es im Hinterkopf zu behalten, dass die hier erwähnten Freunde ›mit Parteibuch‹ in der Regel in derselben Jugendorganisation Mitglied sind wie die Interviewten.

Die meisten Jugendlichen aber – 40 der 64 Interviewten im Sample – erzählen, dass sie erst im Zuge ihrer Beitrittsroute oder nach dem Beitritt so richtig andere jugendliche Mitglieder kennengelernt hätten. Das muss aber nicht bedeuten, dass es in ihrer Klasse, Jahrgangsstufe oder ansonsten in ihrem Umfeld keine gleichaltrigen Mitglieder von den Partei(jugend)organisationen gibt. Denn eine Episode im Interview mit **M59** legt nahe, dass es immer auch darauf ankommt, zu entsprechenden Jugendlichen Anschluss zu haben oder dass es überhaupt Gelegenheiten braucht, um darüber ins Gespräch zu kommen. Der 16-Jährige erinnert sich im Interview, dass er nur zufällig entdeckt hätte, dass ein anderer Auszubildender auch Mitglied der SPD ist: »ich hab mal so ne Äußerung gemacht in der Berufsschule«, erzählt er und dann hätte sein Banknachbar reagiert: »irgendwie kam's dann dazu (.) Parteikärtchen dann geguckt (.) ach hier«.

Abschließend sei noch erwähnt, dass die Frage hinsichtlich des politischen Engagements im gleichaltrigen Umfeld der Jugendlichen gezielt offen formuliert wurde, um die Antwort nicht auf eine spezifische Form politischer Partizipation zu lenken. Dennoch erwähnten die Heranwachsenden vorwiegend

Parteimitgliedschaften oder ähnliches, kaum aber andere Formen der Beteiligung. Eine der wenigen Ausnahmen ist **M45**:

ML: »Wie sieht's eigentlich mit dem politischen Engagement in Deinem Umfeld aus (.) also unter Deiner (.) Familie (.) Freunden (.) Verwandtschaft (.) sind da Leute auch politisch aktiv?«

M45: »Ähm (2) ja n Freund von mir ist bei der Antifa und äh (2) ja das war's dann eigentlich schon (.) mein Bruder ist halt SPD akt- (.) äh Mitglied (.) äh überwiegend inaktiv aber (1) ja das war's dann schon soweit ich weiß.«

Ein Freund sei »bei der Antifa«, erzählt der 16-Jährige, ansonsten rekurriert er nur noch auf die SPD-Mitgliedschaft seines Bruders. Andere erwähnen zumindest auf Nachfrage, dass sie Freunde oder Bekannte hätten, die schon mal auf einer Demonstration gewesen wären beziehungsweise an einem Schülerstreik teilgenommen hätten. Aber das sind Ausnahmen. Minderjährige Mitglieder von Partei(jugend)organisationen scheinen vorwiegend andere Mitglieder zu kennen.

6.4 Die Ausgangslage am Beginn der Beitrittsroute

Die meisten Jugendlichen im Sample sind mehr oder weniger an Politik interessiert und informieren sich entsprechend. Knapp die Hälfte der Jugendlichen spricht über Politik am liebsten mit den Eltern oder einem Elternteil, rund ein Viertel bevorzugen Freundinnen oder Freunde. Das ist nicht nur bedeutsam für die Entwicklung des politischen Interesses. Klaus Levinsen und Carsten Yndigegn betonen auch, dass Menschen, die in politische Diskussionen mit der Familie oder Freunden involviert sind, eher dazu tendieren sich politischen zu beteiligen (vgl. 2015: 73).

Einige der Interviewten habe vor ihrem Beitritt bereits an Protesten teilgenommen, meinen aber, dass sie damit lediglich ein Zeichen setzen könnten. Denn Politik würden Politikerinnen und Politiker machen und die wären Mitglieder entsprechender Parteien. Dass sie selbst, gerade frisch eingetreten, auch etwas bewegen können, daran glauben die meisten von ihnen vorsichtig optimistisch. Bei einigen mag es daran liegen, dass sie in ihrem persönlichen Umfeld bereits Parteimitglieder kennen. Ausführlich wurde dargelegt, wie viele Jugendliche Mitglieder in ihren Familien haben, wie viele von ihnen Freundinnen oder Freunde haben und Gleichaltrige kennen, die Mitglieder sind. Werden diese Zahlen bereinigt, so lässt sich mit etwas Erstaunen feststellen, dass 43 der 64 Interviewten erzählen, mindestens ein Parteimitglied in ihrem Umfeld zu kennen.

Die Ausgangslage vor dem Start auf der Beitrittsroute zeigt, dass Parteien und Parteimitgliedschaften im Umfeld der Aspirantinnen und Aspiranten verbreitet sind, aber nicht die Regel. Denn immerhin kennt ein Viertel der Jugendlichen niemanden, der in einer Partei organisiert ist.

7 Die Routen zum Beitritt

Der Beitritt zu einer Partei(jugend)organisation besteht, wie auch bei Beitritten zu Parteien allgemein, nicht nur aus dem eigentlichen Akt der Entscheidung selbst, sondern findet seinen Ausgang bereits auf dem »Weg in die Politik«, wie Bernhard Hansen es formuliert:

»Not only is it interesting to understand the reasons for individuals' decision to join a party, but also relevant to consider the concrete circumstances or events under which they subscribed« (Hansen 2002: 102).

Es geht also um die Umstände oder die Events, im Rahmen derer sie sich für den Beitritt entscheiden. Samuel J. Eldersveld hebt in diesem Kontext noch einmal grundsätzlicher auf die Bedeutung von Beitrittsrouten ab und betont, dass »oft die Rolle der Familie, mit der man über Politik diskutiert, und Familienmitglieder für die Möglichkeit einer Parteiarbeit zu interessieren, von großer Bedeutung sind« (Eldersveld 1982: 175f.; Übersetzung ML). Aber, so muss hingefügt werden, eben nicht immer. Eldersveld unterscheidet letztlich drei Routen, die zu Aktivitäten in Parteien führen:

- Rekrutierungsrouten: Gemeint ist damit die frühe familiäre Sozialisation, die in jungen Jahren politisches Interesse weckt und dann über einen von der Partei, von Nicht-Partei-Organisationen (bspw. Gewerkschaften, Geschäftsbetrieben, bürgerliche oder ethnischen Vereinigungen) oder von Freunden ausgehenden Rekrutierungsimpuls zu Aktivismus für und in einer Partei führt.
- Selbststarreroute: Ausgangspunkt ist eine begrenzte oder keine familiäre politische Sozialisation, wobei eine spätere Sozialisation möglich sei – etwa in der Schule oder aufgrund von bürgerschaftlichem Engagement in sogenannten community groups (Gruppen, die sich für das Gemeinwohl einsetzen). Grundsätzlich wird hier davon ausgegangen, dass das politische Interesse erst später geweckt werde. Es folge dann aber eine bewusste Entscheidung für den Parteieintritt, dem spezifische Motive (Karriereambitionen, berufliche Vorteile, ideologische Überzeugungen) zugrunde liegen können.
- Zufallsrouten: Hier gibt es weder eine frühzeitige politische Sozialisation, noch erwächst ein wesentliches Interesse an Politik im Erwachsenenalter. Stattdessen

entwickelt sich aus einem bestimmten sozialen Kontext heraus ein Interesse, das zum Engagement in einer Partei führe. Allerdings, so Eldersfeld, geschehe dies mit geringer Eigenmotivation (vgl. ebd.).

Auch Michael Bruter und Sarah Harrison identifizieren in ihrer Studie »The Future of our Democracies. Young Party Members in Europe« (2009) drei Wege zu einer Mitgliedschaft: Der erste Weg führt bei ihnen über familiäre »Role Models« in eine Partei. Sie unterscheiden dabei einen ideologischen (»ideological path«) und einen organisatorischen Weg (»organisational path«) – entweder setze das junge Mitglied den (familiären) Kampf um eine Sache fort oder es wurde schlicht von einem familiären Mitglied zu dieser Beitrittsentscheidung inspiriert. Vor allem aber, heben sie im weiteren Verlauf hervor, würde durch die Familie vermittelt, dass eine solche Mitgliedschaft ein Wert an sich sei – selbst wenn Eltern und Kinder politisch über Kreuz lägen. Der zweite Weg in eine Partei führt Bruter und Harrison zufolge über Freunde, die dort bereits Mitglieder sind. Sie differenzieren hier noch einmal entlang der Frage, ob eine familiäre Vorprägung besteht oder nicht. Der dritte Weg führe schließlich über andere Organisationen wie Gewerkschaften oder Interessengruppen in eine Partei (ebd.: 41-46).

Oskar Niedermayer (1989) hingegen unterscheidet nur zwei Beitrittsmodi (den Begriff »Route« verwendet er nicht): die Selbstrekrutierung und die Außenrekrutierung. Bereits Eldersveld (1964) habe, so Niedermayer, zwischen Personen unterschieden, »die sich aus sich selbst heraus mit Vorbedacht für ein parteibezogenes Engagement entscheiden und solchen, die von anderen rekrutiert« (Niedermayer 1989: 107) würden und verweist darauf, dass diese Dichotomisierung auch in einer Reihe anderer Ansätze vertreten sei (Niedermayer verweist auf einen Überblick bei Roback 1980: 187ff.).

Die verschiedenen Ansätze sind – jeder für sich – interessant, weisen aber nur in begrenztem Maße Überschneidungen auf. Zwar betonen Eldersveld sowie Bruter und Harrison die familiäre Sozialisation und die Bedeutung der Freunde, räumen aber auch einen weiteren, dritten Weg ein – Niedermayer hingegen kennt nur zwei. Eldersveld sowie Bruter und Harrison betonen bereits auf der begrifflichen Ebene (Route) den prozesshaften Charakter, während Niedermayer eine spezifische Handlungsform in den Mittelpunkt rückt – die Rekrutierung. In Hinblick auf die Analyse und Auswertung der vorliegenden Erhebung leiden diese drei Ansätze allerdings

unter Mängeln. Sie fokussieren relativ unspezifisch einen Entwicklungsprozess (Eldersveld; Bruter/Harrison) und sind zu wenig differenziert (Niedermayer), um die möglichen Impulse, die am Anfang eines Beitrittsweges stehen, wirklich identifizieren zu können. Sicherlich, das sei vorweg genommen und wurde im vorherigen Kapitel auch bereits gezeigt, die Jugendlichen sind am Anfang der Beitrittsroute unterschiedlich aufgestellt: Manche haben Familienmitglieder, die in einer Partei Mitglied sind und aktiv sind, andere haben passive oder ehemalige Parteimitglieder in der Familie, manche aber auch keine. Manche haben Freundinnen und Freunde, die in einer Partei sind, andere kennen nicht einmal ein weitestgehend gleichaltriges Mitglied. Viele haben Interesse an Politik, andere nicht. Die Vorbedingungen sind unterschiedlich und entsprechend schwierig ist es, allein aus ihnen eine mehr oder weniger klare ›Route‹ abzuleiten. Denn, um im Bild zu bleiben, diese Route ist keine schnurgerade verlaufende Straße ohne Abzweigungen, sondern sie ist gesäumt von Abfahrten – ansonsten müssten wohl viel mehr Menschen in einer Partei organisiert sein, als das tatsächlich der Fall ist.

In der vorliegenden Erhebung fungieren die Modelle trotzdem als Anhaltspunkte, um in den Interviews den Startpunkt zu identifizieren. Denn, um das vorweg zu nehmen, in jedem Interview benannten die Jugendlichen mehr oder weniger konkret ein Zeitfenster, ein Ereignis, eine konkrete Entwicklung oder Person, die oder das für sie den Ausgangspunkt auf der Route gen Beitritt darstellte. In den beiden ersten Unterkapiteln erfolgt zunächst eine Unterscheidung zwischen Jugendlichen, die aktiviert wurden, und jenen, die von sich aus starteten. Diese Differenzierung vollzieht sich nur augenscheinlich entlang jener Dichotomisierung bei Niedermayer, denn sie differenziert seine Unterscheidung in Selbst- und Außenrekrutierung noch weiter aus. Im Anschluss steht die Frage im Mittelpunkt, ob die Jugendlichen eigentlich eine Präferenz für die Partei haben, der sie beitreten möchten. Wichtig sind für den Weg zum Beitritt schließlich noch die Gesprächspartnerinnen und -partner, mit denen sich die Jugendlichen über ihre Überlegungen austauschten, und die möglichen ersten Kontakte zu den Partei(jugend)organisationen – der Fokus der letzten beiden Unterkapitel. Bei der Lektüre mag es verwundern, dass die Route in derart kleine Abschnitte zergliedert wird. Doch wie bereits Hoi-Yu Ng in ihrer Studie zu Parteimitgliedschaften der Hongkonger Jugend betonte, der Weg zu Mitgliedschaften müsse als ein

mehrstufiger Prozess konzeptionalisiert werden (2015: 1539). Im Fazit werden die folgenden ›Stationen‹ der Route zusammengeführt.

7.1 Von Aktivierung bis Rekrutierung

Nicht nur in den oben genannten Modellen ist die Vorstellung verbreitet, dass der Weg in eine Partei vor allem über die Rekrutierung führt. Der Begriff leitet sich in seiner Verbform vom französischen Wort *recruter* ab und bedeutet, jemand werben beziehungsweise anwerben, aber auch aufstellen, im Sinne von ›eine Mannschaft aufstellen‹. Rekrutierung ist somit ein gezielter Akt, der im Kontext von Parteien und Partei(jugend)organisationen als Prozess des Anwerbens neuer Mitglieder verstanden wird.³⁸ Die Strategien der Werbeversuche sind unterschiedlich (vgl. Stock 2008). Sie eint, dass sie Menschen Motive vermitteln wollen, die zum Eintritt führen sollen. Allerdings handelt es sich dabei nicht um einen linearen Prozess – der oder die Angesprochene übernimmt in der Regel nicht einfach die dargebotenen Motive als Entscheidungsbegründung für den Beitritt. Vielmehr stellen Werbeversuche – so kommt es auch in den Interviews an verschiedenen Stellen zum Ausdruck – Aktivierungen dar. Um weiterhin im Bild der Beitrittsroute zu bleiben: Der oder die Jugendliche wird durch eine Ansprache oder ähnliches aktiviert, auf eine Beitrittsroute einzuschwenken – mehr zunächst nicht.

In den Interviews kann aufgrund unterschiedlicher *Agency*-Konstruktionen zwischen Aktivierten und Selbststärtern (s. Kap. 7.2) unterschieden werden. Unter *Agency* wird im Anschluss an Jan Kruse (2015: 492ff.) und an Gabriele Lucius-Hoene und Arnulf Deppermann (2002) die kognitive Repräsentation der eigenen Handlungs- und Wirkmächtigkeit in der sprachlichen Kommunikation verstanden,

»wie der Erzähler seine Handlungsmöglichkeiten und Handlungsmöglichkeiten in Hinblick auf die Ereignisse seines Lebens linguistisch konstruiert. [...] Dies betrifft den Umgang mit der Frage, ob und in welchen Aspekten und Bereichen seines Lebens er sich als handelnde Person, als Zentrum der Geschehnisse seines Lebens, als Inhaber von Kontrollmöglichkeiten und Entscheidungsspielräumen erlebt, oder ob und hinsichtlich welcher Erfahrungen er sich von heteronomen Mächten dirigiert fühlt« (Lucius-Hoene/Deppermann 2002: 59).

³⁸ Unter dem Stichwort Rekrutierung wird in der Literatur bspw. auch die Rolle von Jugendorganisationen mit ihrer Funktion der Mitgliedergewinnung für die Mutterparteien untersucht (Hooghe/Stolle/Stouthuysen 2004) oder Rekrutierung von Kandidaten für die Aufstellung bei Wahlen etc. (Norris 2006).

Die Analyse der *Agencies* ermöglicht es also, die subjektive Vorstellung von der eigenen Beteiligung am Zustandekommen von Ereignissen differenziert herauszuarbeiten (vgl. Kruse 2015: 494). Möglich ist es damit aber nicht nur, wie gesagt, zwischen aktivierten Jugendlichen und Selbststärtern im Sample zu unterscheiden, sondern auch verschiedene Formen der Aktivierung zu identifizieren. Es kommt eben nicht nur darauf an, gefragt zu werden (vgl. Verba et al. 2001), sondern auch auf die Form der Fragestellung. Entsprechend wird zunächst auf diese unterschiedlichen Formen eingegangen werden sowie auf den speziellen Fall der Rekrutierung.

7.1.1 Ungerichtete Aktivierung

Unter ›ungerichtet‹ wird hier die Aktivierung einer Person in Richtung Parteibeitritt verstanden, ohne dass damit die Ausrichtung auf eine bestimmte Partei(jugend)organisation verbunden ist. Im Sample gibt es **fünf** entsprechende Fallbeispiele: In zwei Fällen erfolgt die Aktivierung über ein Elternteil, in den anderen drei durch eine Lehrkraft.

Die zum Zeitpunkt des Interviews bereits 18-jährige **W12** wird durch ihren getrennt lebenden Vater aktiviert, als sie vorübergehend bei ihm wohnt:

W12: »[...] und dann war meine Mama im Krankenhaus und ich habe keine Zeit mit meinem Vater zusammengewohnt und ähm dann bin ich praktisch so erst mal auf dieses Thema dann auch so wirklich gestoßen mit Parteibeitritt oder wie auch immer. Weil er hat gesagt ja (.) ähm er ist wirklich ziemlich gebildet und alles aber auch bei (.) bei Politik war er jetzt sein ganzes Leben lang nie so wirklich (.) äh (.) wie soll ich sagen (.) ja dabei oder wie auch immer und äh meinte (.) ja ich e- er fände es schön wenn ich doch irgendwie das so n bisschen mit mehr mitnehme als er und ähm dann hab ich halt diesen Gedanken praktisch erst mal so in mir ruhen lassen [...]«

Durch ihren Vater sei sie, erzählt **W12**, zum ersten Mal »auf dieses Thema« gestoßen – das Thema »Parteibeitritt oder wie auch immer«. In dem aus der Erinnerung wiedergegebenen Gespräch sticht zunächst der Stil hervor. Die 18-jährige erinnert es als eine Reflexion des Vaters über ein Versäumnis in seinem Leben. Er formuliert für sich das Defizit, sich nie näher mit Politik befasst zu haben. Um die Tragweite dieses ›Eingeständnisses‹ zu betonen, hebt **W12** hervor, dass ihr Vater gebildet sei – im Grunde wisse er also um die Bedeutung von Politik und habe es nicht aus Ahnungslosigkeit, sondern aus anderen Gründen versäumt. An seine Tochter gibt er den Wunsch weiter, »mehr mitzunehmen als er«. Was in diesem Kontext wohl als ›mehr

Erfahrungen sammeln« interpretiert werden kann – von einem Engagement in einer Partei ist in der wiedergebenden Erzählung nicht direkt die Rede. **W12** reagiert auf die Rede des Vaters, erinnert sie sich, zunächst passiv. Sie hört ihm zu und lässt seine Worte ›in sich ruhen«, wie sie es formuliert. Wie lange dieser ›Reifungsprozess« gedauert hat, ist unklar. Am Ende jedoch wird sie aktiv:

W12: »[...] und dacht mir halt (.) gut jetzt schauen wir mal es es wär ja ganz interessant aber ob ich jetzt gleich ner Partei beitreten soll weil dann ist man so gefangen und äh dann sagen alle du gehörs vielleicht der Partei an und (.) ist dann doch dieser Mitläufereffekt wo man sich denkt na ich weiß ja nicht was denken dann die anderen so (.) dann ähm hab ich mich informiert im Internet nachdem ich mich dann doch mal mit dem Gedanken angefreundet hatte (.) äh und hab mich auch in meinem Umkreis äh informiert und äh ganz viele Leute eben waren da bei der Jungen Union tätig hier in Ortsteil²⁷ (.) hab mir mal angehört was die davon meinen [...]«

Die 18-jährige erzählt, dass sie zunächst noch unschlüssig gewesen sei, ob sie »gleich ner Partei« beitreten solle. Doch dann habe sie sich langsam mit dem »Gedanken angefreundet« und sich im Internet und in ihrem Umfeld, in dem es »ganz viele Leute« der Jungen Union gebe, informiert. Mit ihnen unterhält sie sich, um sich anzuhören, »was die davon meinen« – was sie von W12s Idee halten, überhaupt Mitglied einer Partei zu werden und der Jungen Union beizutreten.

Im Mittelpunkt der Aktivierung von **M05** steht sein ehemaliger Realschullehrer, dem er ein großes Vertrauen entgegenbringt. Bereits Eugénie Dostie-Goulet (2009) wies darauf hin, dass neben den Eltern und den Peers eben auch Lehrerinnen und Lehrern bei der Entwicklung eines politischen Interesses Heranwachsender eine besondere Bedeutung zukommt. Der 17-jährige **M05** erinnert sich, dass er aufgrund der Pensionierung seines Lehrers nur einige wenige Jahre Unterricht bei ihm gehabt habe. Doch in der kurzen Zeit habe dieser Klassenlehrer maßgeblich dazu beigetragen, dass er entgegen einer Hauptschulempfehlung einen guten (Realschul-)Abschluss machte. In der Erzählung des Jugendlichen kommt dem Lehrer auch die zentrale Rolle beim Start der Beitrittsroute zu:

M05: »[...] ein gewisser Grund ist ja hier ähm mein früher Krassen-Klassenlehrer ähm der hat auch gesagt du solltest später was in der Politik machen und der hat mich auch so n bisschen ermutigt ne [...] Und der hat dann auch zu meiner Mutter gesagt ja ähm unterstützen Sie ihren Sohn [...] was der machen will wenn's ums Po- Politik geht

und so weil er sich da sehr gut auskennt und so ne. Der hat wirklich sofort eigentlich die Stärken von manchen Leuten sofort erkannt und so ne. Und da hat auch meine Mutter gesagt der will ganz bestimmt später vielleicht n [unverständlich] oder er wird irgendetwas inna Politik machen ne. Er hatte ja eigentlich Recht. Er hat mich sozusagen ermutigt in die Partei einzutreten und etwas zu machen weil er hat auch immer gesagt man soll machen was man am besten kann und man soll es auch fördern und so [...]«.

Der Klassenlehrer habe die Stärken »von manchen Leuten« erkannt, hebt **M05** hervor. Er möchte damit aber nicht nur sich oder eine besondere Kompetenz der Lehrkraft hervorheben, sondern die Formulierung zeigt, dass ihm der 17-Jährige eine relative Objektivität (»... wirklich sofort eigentlich...«) und Autorität (»... Stärken [...] erkannt...«) zuschreibt. Der Lehrer ist in der Wahrnehmung des Jugendlichen eben nicht jemand, der ihm einen Impuls »einpflanzt«, sondern jemand, der ihn »ermutigt seinen Weg zu gehen«, »seinen Stärken« zu folgen – der ihn empowert, wie es neu-deutsch heißt, und damit aktiviert, sich mit der Frage eines Parteieintritts zu beschäftigen.

Auch der 16-jährige **M54** wird durch eine Lehrkraft aktiviert – durch einen Teamer eines außerschulischen Seminars:

M54: »[...] und jetzt och mit der neuntn Klasse fängt ja das Fach bei uns GRW an (.) also Gemeinschaftskunde Rechtserziehung Wirtschaft und ähm da lernt man ja schon ziemlich viel über Politik und des is ebn en Thema weeiß nich interessiert mich von Natur aus (.) und dann hat ich ma in der Schule war da so'n Prospekt über ähm da gab's so en Seminar über das deutsche Rechtssystem (.) und dann hab ich gedacht naja mach ich ma mit. Ähm und dann hattn se mich dann auch gefragt was ich denn ma machn wollte und da hab ich gesagt also ja ähm ich wollt ja immer ma politisch aktiv werdn so ähm vielleicht ma in der Partei Mitglied werdn oder weiß nicht ähm weil ich mich weil ich meine Meinung kund gebn will (.) und dann hamse gesagt naja das kannste ja eigentlich jetzte schon und da ähm da hamse gesagt naja da gehste einfach ma vielleicht in so'n Büro rein und kannst disch erstma informiern über Parteien und dann hab ich das och gemacht erstma informiert [...]«.

Der 16-Jährige gibt ein Gespräch mit den Teamern des Seminars wieder, in dem es um seine Zukunft gegangen sei. Sie hätten ihn allgemein gefragt, was er einmal machen wolle und er habe geantwortet, dass er politisch aktiv werden und in eine Partei eintreten möchte. Das könne er aber schon jetzt, habe ihn die Seminarleitung daraufhin ermuntert. **M54** gibt die Szene eingebettet in eine Erzählung wieder, dass ein

solcher Parteieintritt ein bereits schon lang gehegter Wunsch von ihm gewesen sei (»ich wollt ja immer ma...«). Die Teamer, lautet die eingebettete Botschaft, hätten ihn also nicht auf die Idee gebracht, sondern ihm letztlich nur klar gemacht, dass er seinen Weg schon jetzt beschreiten könnte. Doch ohne ihren Impuls hätte er zumindest zu diesem Zeitpunkt noch nicht begonnen, sich mit der Frage eines Parteibeitritts überhaupt ernsthaft auseinanderzusetzen. Tatsächlich besucht der 16-Jährige dann auch kurz darauf ein Büro – ein Parteibüro der SPD.

Ausgangspunkt bei **M19** ist ein Gespräch mit seinem Vater während eines Urlaubs, in dem es darum geht, wie er möglicherweise um den Wehrdienst³⁹ herumkommen könnte:

M19: »Puh (.) okay also die ganze Vorgeschichte (1) [...] (.) also das war so (.) wir waren halt in [Ort] im Urlaub und dann hat mein Vater und ich uns einfach drüber unterhalten dass ich nicht zur beschissenen Bundeswehr muss (.) und dann mein Vater hat's gemeint (.) [...] ja er ist früher zur Jungen Union gegangen (.) auch so weil's ihn die Politik interessiert hat (.) und er hätte sonst zur Infanterie müssen und das ist ja eigentlich das Schlimmste (.) und dann hatte er n Spezl bei der Jungen Union (.) der kannte eben dann so n Ausbilder (.) irgendsonen Typen (.) und der hat ihm dazu verholffen dass er zur Luftwaffe gekommen ist (.) und bei der Luftwaffe wars bei ihm ziemlich gechillt [...]«.

Konkrete Tipps, wie sich der 15-Jährige drücken könne, gibt der Vater nicht. Im Mittelpunkt der Gesprächszusammenfassung steht vielmehr, dass es seinem Vater über seine Kontakte in der Jungen Union möglich gewesen sei, eine privilegierte Wehrdienststelle zu erhalten. Er konnte sich zwar nicht »drücken«, aber die Wehrzeit »gechillt« hinter sich bringen – so formuliert es der Sohn. Das Gespräch mit dem Vater aktiviert den Jungen – doch nicht direkt in Richtung Junge Union. Vielmehr beginnt er erst einmal, sich über sie, aber auch, wie er im weiteren Verlauf des Gesprächs betont, über andere Jugendorganisationen zu informieren und seine Präferenzen zu klären.

Aus der Gruppe der ungerichtet Aktivierten sticht schließlich **M12** hervor. Seine Aktivierung erfolgte genau genommen weder zielgerichtet auf eine spezifische Partei(jugend)organisation, noch auf politische Partizipation im Allgemeinen:

³⁹ Die allgemeine Wehrpflicht wurde zum 1. Juli 2011 ausgesetzt, mehr als ein Jahr nach diesem Interview.

M12: »Ja mh mir wurde schon (.) vor (.) noch lange vorher schon gesagt ich muss mich irgendwann mal engagieren da hab ich immer so geguckt was es alles so gibt. Und Politik interessiert mich im Moment am meisten deswegen bin ich in die Junge Union gegangen.«

Der 14-Jährige macht deutlich, dass ihm von jemandem, dem er Autorität zuspricht, gesagt wurde, dass er sich zu engagieren habe. Wer genau diese Person ist, erwähnt er nicht. Die Aufforderung war jedoch, wie es **M12** formuliert, nicht mit einer spezifischen Zielrichtung verbunden. Er schaut sich zunächst Amnesty International und die kirchliche Jugendarbeit vor Ort an, kommt aber zum Schluss: »Das hat mir beides eben nicht so gefallen«. Erst dann rückt die Partei(jugend)organisation für ihn in den Fokus, bedingt durch einen Auslandsaufenthalt, der sein Interesse an Politik weckt. Er orientiert sich dafür vor Ort. Dabei stößt er auf die Junge Union.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass eine ungerichtete Aktivierung die Jugendlichen anspricht, sich mit der Frage (politischer) Partizipation, wie bei **M12**, beziehungsweise mit der Frage eines Eintritts in eine politische Partei auseinanderzusetzen. In allen fünf Erzählungen spielt eine parteipolitische Präferenz bei den Aktivierenden keine Rolle – sie motivieren die Jugendlichen nicht, in eine bestimmte Partei(jugend)organisation einzutreten und im Falle von **M12** nicht einmal, überhaupt in eine solche einzutreten. Die Orientierung zu den Organisationen, denen sie schließlich beitreten, erfolgt aufgrund der individuellen Präferenz der Jugendlichen und/oder vorhandenen Gelegenheiten.

7.1.2 Gerichtete Aktivierung

Im Gegensatz zu den zuvor skizzierten fünf Fällen steht im Blickfeld einer gerichteten Aktivierung eine spezifische Partei(jugend)organisation. Dabei lassen sich hinsichtlich der Intensität der Ansprachen verschiedene Stufen unterscheiden – sie werden im Folgenden als ›Anschubsen‹, als ›Einladung‹ und als ›Rekrutierung‹ bezeichnet und in den jeweiligen Unterkapiteln weiter ausdifferenziert.

7.1.2.1 Anschubsen

Als ›Anschubsen‹ wird eine Form der gerichteten Aktivierung verstanden, bei der den Jugendlichen ein Impuls gegeben wird, sich mit der Frage eines Beitritts in eine bestimmte Partei(jugend)organisation zu beschäftigen. Entlehnt ist der Begriff der Nudge Theorie von Richard Thaler und Cass Sunstein (2008), die damit beschreiben,

wie das Verhalten von Menschen beeinflusst werden kann – ohne Gebote oder Verbote.

Der 15-jährige **M44** habe eine klare Präferenz für die SPD, wie er zunächst ausführlich im Interview erzählt, sie läge ihm quasi »im Blute«. Daher hatte er schon einmal überlegt, erinnert er sich, »eventuell« dort Mitglied zu werden – doch das tat er nicht. Der tatsächliche Impuls folgt erst aus einem Gespräch mit seiner Mutter, die der SPD nahesteht und die mit ihm viel über Politik spricht:

M44: »[...] dann war (.) war ich ja fünfzehn (.) und dann fing das bei mir so an ähm (.) du kannst ja eventuell in diese Partei gehen (.) und da hat sich das angeboten denn es war letztes Jahr im Herbst (.) oder wars Sommer? (.) n Weinfest in meinem Ort (.) und dann bin ich da hingegangen (.) meine Mutter meinte nämlich dass (.) äh die SPD hat ja die Jugendorganisation Jusos und da könnt ich ja mal hingehen (.) und dann hab ich mich den Jusos angeschlossen«.

Die Mutter weiß um die Interessen ihres Sohnes und seine Präferenz für die SPD, das wird in der Erzählung des 15-Jährigen deutlich. Als es ein Fest im Ort gibt, macht sie ihn darauf aufmerksam, dass die SPD eine Jugendorganisation habe und dass diese dort präsent sei – ob mit einem Infostand oder anderweitig bleibt unklar. Im weiteren Verlauf des Interviews kommt **M44** noch einmal auf die Situation zu sprechen und wiederholt mehr oder weniger, dass seine Mutter ihm gesagt habe, wenn er sich für die SPD interessiere, könne er doch mal zum Weinfest gehen. Das macht der 15-Jährige auch und trifft jemanden, mit dem er früher zusammen Tischtennis gespielt hat und der heute Ortsvorsitzender der Jusos ist.

Die Situation des 15-jährigen **M40** ähnelt der von **M44**. Hier ist es allerdings der Vater, der passives Mitglied der SPD ist, der seinen Sohn »anschubst« und ihn ermuntert, sich intensiver mit der SPD auseinanderzusetzen, wie es der 15-Jährige darstellt:

ML: »[...] (3) Du bist doch vor nicht allzu langer Zeit Mitglied der SPD geworden (.) kannst Du mal (.) erzählen wie's dazu gekommen ist?«

M40: »Also generell einfach weil ich mich für Politik interessiert habe (.) und (1) mein Vater eben der (.) hat da jetzt eher Kontakte zur SPD sag ich mal und der hat dann halt gemeint (.) ich sollte dahin gehen zur (.) zur SPD und (.) mir das mal anschauen ob mich das interessiert (.) das hab ich dann gemacht [...]«.

Der Impuls, sich mit der SPD zu beschäftigen, sei von seinem Vater gekommen, erinnert sich **M40**. Er hatte schon vorher Interesse an Politik, aber mehr auch nicht. Und so wäre er auf die Idee gebracht worden, sich die Partei »mal anzuschauen« – eine Formulierung, die sich ähnlich auch bei **M44** findet (»mal hingehen«); und ähnlich wie er wird auch **M40** hingehen und »reinschnuppern« (s. Kap. 7.5.2).

Schließlich ist hier noch der ebenfalls 15-jährige **M39** zu erwähnen. Er ist politisch sehr interessiert und hatte sich, wie er erzählt, schon länger gewünscht, in einer politischen Jugendgruppe mitzumachen. Eine klare politische Präferenz hat er nicht, versteht sich aber als Linker. Er habe daher verschiedene Organisationen ins Auge gefasst – die Sozialistische Deutscher Arbeiterjugend (SDAJ), die Linksjugend [‘solid] oder die Jusos. Sein Vater, zu dem er ein enges Verhältnis hat, weist ihn dann aber darauf hin, dass die Jusos planen würden, vor Ort eine Gruppe zu gründen – »und dann bin ich (.) irgendwann weil mein Vater bei der SPD ist zu den Jusos gegangen«, erzählt er.

Zusammenfassend lässt sich zunächst festhalten, dass es in allen drei Beispielen eine elterliche Bezugsperson ist, die die Jugendlichen aktiviert. Diese Person hat eine klare Parteienpräferenz oder ist sogar selbst Parteimitglied. Die Aktivierung der Jugendlichen erfolgt gerichtet auf die Partei, die sie selbst präferieren oder der sie selbst angehören. Der Stil der Aktivierung entspricht aber eher einer Orientierung in diese Richtung und erfolgt mit mäßigem Nachdruck – entsprechend wird, wie eingangs betont, hier von »Anschubsen« gesprochen. Als Rekrutierung im engeren Sinne kann diese Handlung nicht interpretiert werden. Sie verschafft der Partei beziehungsweise Jugendorganisation zwar einen Vorteil, aber sie wirbt nicht direkt für den Beitritt.⁴⁰

7.1.2.2 Einladung

Die zweite Form einer gerichteten Aktivierung stellt die Einladung dar. Sie kann von einem Parteimitglied ausgesprochen werden, aber unter bestimmten Umständen, wie zu zeigen sein wird, auch von einem Nichtmitglied. Der Stil der Aktivierung kann im Übrigen in drei verschiedene Formen unterschieden werden – eine Einladung *hinzu-*

⁴⁰ Sicherlich ließe sich an dieser Stelle weiter diskutieren, ob es sich bei diesen Fällen nicht letztlich um eine Zuführung zur Rekrutierung handelt. Doch aus dem Zusammenhang der jeweiligen Interviews erschließt sich nicht, dass das jeweilige Elternteil mit den persönlichen Empfehlungen intentional ein derartiges Ziel verbindet. Weiter könnte die Empfehlung auch als ein Versuch des Eingriffs in die Gewichtung von Präferenzen zugunsten einer Organisation interpretiert werden. Doch auch diese Interpretation lässt sich nicht schlüssig an die Interviews rückbinden. Aufschluss könnte hier lediglich ein Interviewsetting geben, dass die jeweiligen Elternteile mit einbezieht.

zukommen, eine Einladung *mitzukommen* und eine Einladung *mitzumachen*. Die Unterscheidung mag kleinteilig erscheinen, drängt sich aber vor dem Hintergrund der Auswertung auf und macht tatsächlich Sinn. Während sich im ersteren Fall der Jugendliche alleine auf dem Weg zu einem Treffen oder ähnlichem machen muss, bestreitet er oder sie im anderen Fall den Weg gemeinsam mit mindestens einer anderen Person. Im dritten Fall hebt die Einladung nicht darauf ab, zu etwas hinzuzukommen, sondern formuliert ein partizipatives Angebot, nämlich selbst aktiv mitzumachen. Diese drei Formen der Einladung werden im Folgenden anhand von Beispielen aus der Erhebung vorgestellt:

- Die Einladung *hinzuzukommen* wird in den Fällen im Sample stets von einer älteren Person ausgesprochen, die selbst Mitglied jener Partei ist, zu der sie den Jugendlichen einlädt. Die Mutter von **W13** ist aktives Mitglied der CSU. Als **W13** zehn Jahre alt war, habe sie immer gesagt, dass sie später auch der Partei beitrete wolle, erinnert sich die nunmehr 15-Jährige. Als ihre Mutter ihr aber dann – **W13** war gerade 14 Jahre alt geworden – eröffnet habe, dass sie nun Mitglied werden könne, lehnt die Tochter zunächst ab. Sie habe zu viel zu tun, bescheidet sie der Mutter. Monate später begegnet sie im elterlichen Haus durch Zufall dem Vorsitzenden der lokalen Jungen Union, der gerade ihre Mutter besucht:

W13: »[...] und dann war der Vorname33 (.) also der Ortsvorsitzende bei bei der Mama (.) und saß dann da unten dann kam ich (.) zufällig runter und dann sagt die Mama (.) ja VornameW13 das ist der Vorname33 (.) so ja cool äh (.) das ja das is (.) der ist von der JU (.) denk ich mir (.) dann (.) dacht ich mir so ja (.) der Vorname33 schaut ganz nett aus (.) weil ich dachte immer das wär so (.) ich weiß nicht ich dachte immer so n (.) Ortsvorsitzender wär so'n (.) verkrampter Schnösel oder ich weiß nicht (lachen) also (.) und der Vorname33 ist mir dann total positiv aufgefallen [...]«.

Die Mutter macht ihre Tochter mit dem Vorsitzenden der lokalen Jungen Union bekannt. Die reagiert überrascht und unsicher (»... so ja cool äh ...«). Dann aber ist sie positiv angetan von seinem Auftreten, da sie eher einen »verkrampten Schnösel« erwartet hätte, wie sie eingesteht. Die persönliche Begegnung baut eine auf Vorurteilen beruhende Vorannahme ab. **W13** gibt ihm ihre E-Mail-Adresse, woraufhin der Vorsitzende sie anschreibt:

W13: »[...] und dann kam der Vorname33 (.) ähm hat mir E-Mails geschrieben (.) ja komm doch mal zum Schwarzen Mittwoch (.) komm doch mal dahin (.) [...]«

Die 15-Jährige spricht im Plural, also von mehreren E-Mails, die ihr der Vorsitzende geschrieben habe. Aber nur einen Inhalt gibt sie wieder, die Einladung zum Stammtisch der Jungen Union vor Ort, dem »Schwarzen Mittwoch«. Seine Worte bekommen in ihrer Erinnerung eine gewisse Nachdrücklichkeit: »komm doch ... dahin«. Sie geht. Das Treffen wird zum Ausgangspunkt ihrer Beitrittsroute – ähnlich bei **W19**. Sie wird über eine Bekannte der Familie, die im Stadtrat sitzt, aktiviert. Zu diesem Zeitpunkt hat sie bereits eine bedingte Präferenz für die Junge Union. Im Interview beschreibt die 17-Jährige, wie sie sich mit der Bekannten über die Junge Union unterhält und dabei erfährt, dass der Vorsitzende und die anderen dort »alle echt ganz in Ordnung wären (lacht leicht) und (.) und viel machen und (.) dass ich ruhig mal mir das angucken soll«. Direkt danach sei sie dann zu einem Treffen gegangen. Beim 15-jährigen **M31** geht die Einladung hingegen auf einen drei Jahre älteren Freund zurück, den er wenige Wochen zuvor auf einer Ferienfreizeit kennengelernt hatte. Und **M41** wurde von einer »sehr engagierten« Frau von der SPD per E-Mail angeschrieben und eingeladen. Wie der Kontakt zu ihr zustande kam, erinnert der 15-Jährige kaum noch. Vermutlich sei das über seinen Vater gelaufen, der Mitglied der Partei sei. Einmal hätte er sie dann gesehen und ihr vermutlich bei der Gelegenheit seine E-Mail-Adresse gegeben.

- Die Einladung *mitzukommen* entspringt im Sample stets aus dem sozialen Nahbereich der Jugendlichen, in der Regel ausgesprochen durch Peers – durch Freunde oder gute Bekannte. Die beiden Freundinnen, die 16-jährige **W02** und die 17-jährige **W03**, sind beispielsweise beide politisch interessiert und zusammen zu einem Treffen gegangen – allerdings unterschiedlich aktiviert:

W02: »Ja (.) ähm (.) das war also ich war schon immer so interessiert eigentlich durch (.) Eltern und Großeltern so (.) aber war halt immer so n bisschen unschlüssig was ich machen will also hab halt auch überlegt Antifa oder so was zu machen (.) und dann hab ich einen (.) also der (.) n Kumpel der ist bei den Jusos und der meinte komm doch einfach mal mit [...]«

Die 16-Jährige erzählt, dass sie grundsätzlich Interesse gehabt hätte, sich zu engagieren, sie nur unschlüssig war, was sie konkret tun möchte. Diese »Leerstelle«

wird überbrückt, als einer ihrer »Kumpel«, der bei den Jusos Mitglied ist, sie auffordert ›doch einfach mitzukommen« – ein niedrigschwelliges und unverbindliches Angebot, wie der Einschub ›einfach mal« verdeutlicht. Sie ist interessiert, möchte aber nicht alleine gehen und aktiviert dann ihre Freundin W03 mitzukommen:

W02: »[...] hier die Vorname51 (W03) ist halt meine beste Freundin und (.) wir ham das halt ich hab sie da hingeschleppt auch [...].«

Sie erzählt mit einer ich-agency, dass sie ihre Freundin dort »hingeschleppt« habe – eine umgangssprachliche Floskel dafür, dass sie sie mitgenommen hat. Aktiviert wurde sie selbst wiederum durch einen »Kumpel«, den sie auf einer bildungspolitischen Demonstration kennengelernt hatten. Beide Mädchen werden ihn dann zu einem Juso-Treffen begleiten.

Auch in den anderen Fällen kommt die Einladung *mitzukommen* aus dem Peernetzwerk der Jugendlichen. **M56** wird von einem Schulkameraden gefragt, **W06** von einer Schulkameradin, **M36** von seinem Freund **M35**, der wiederum von einem Klassenkameraden angesprochen worden war. Im Sample gibt es nur zwei Beispiele, bei denen eine ältere Person die Jugendlichen einlädt mitzukommen. **M49** kommt am Rande des Geburtstags seiner Oma mit dem lokalen Vorsitzenden der SPD ins Gespräch, der ihm über ein bevorstehendes Treffen mit einem Juso aus dem Nachbarort erzählt und ihn schließlich einlädt mitzukommen. Und **M01** kommt am Rande einer Familienfeier mit einem älteren Bekannten ins Gespräch. Sie reden über Politik, die CDU und Junge Union. Dabei wird **M01** eingeladen, den Bekannten auf eine Kreisausschusssitzung zu begleiten. Diese Ansprachen erfolgen vor allem, weil die Jugendlichen ein grundsätzliches Interesse an Politik und politischem Engagement erkennen lassen.

Insgesamt zeigt sich, dass die Hürde, an einem Treffen einer Partei(jugend)organisation teilzunehmen, deutlich niedriger ist, wenn der oder die Jugendliche von einer oder einem Gleichaltrigen begleitet wird, als wenn nur eine Aufforderung im Raum steht zu etwas hinzuzukommen. Begleiten sie jemanden, können sie davon ausgehen, auf dem Treffen jemanden an ihrer Seite zu haben, mit dem das Erlebte geteilt und besprochen werden kann.

- Bei der Einladung *mitzumachen* geht es um mehr als nur einmal ›vorbeizukommen«. Im Mittelpunkt dieser Form der Aktivierung steht die Aufforderung zur

Partizipation. Im Sample wurde eine entsprechende Einladung stets von Peers aus dem sozialen Nahbereich der Angesprochenen ausgesprochen – in der Regel von guten Freunden respektive Freundinnen:

W20: »[...] Ähm da gibt es eigentlich nicht viel zu erzählen. Ähm ne Freundin hatte Geburtstag nein also von ner Freundin Vorname06 der Bruder ist der Vorsitzende von der JU in Ort06 (.) der Vorname07. Die ist dann auch in die JU eingetreten weil ihr Bruder ja auch drin (.) JU ist [...] und jedenfalls gingen wir uns ja (.) dann beim Geburtstag hat die Spitzname08 Geburtstag gemacht (.) sagt die SpitznameVorname06 ich bin jetzt in die JU eingetreten hast Du net auch Lust mitzumachen? Hab ich gesagt tja ja ich weiß net (.) lass mich mal überlegen ja [...]«.

Die 17-jährige **W20** relativiert in dieser Sequenz zunächst die Beitrittsvorgeschichte: Es gäbe nicht viel zu erzählen – um dann doch auszuholen. Sie erinnert, dass sie von ihrer Freundin auf einem Geburtstag angesprochen worden sei. Diese Freundin sei gerade selbst in die Junge Union eingetreten, weil ihr Bruder da auch drin sei, weiß sie zu erzählen. Und besagte Freundin habe sie dann gefragt, ob sie »auch [...] mitmachen« wolle. Die Ansprache klingt auf den ersten Blick wie ein schlichter Rekrutierungsversuch (s. Kap. 7.1.2.5), allerdings liegt die Betonung in der Wiedergabe des Gesprächs auf ›mitmachen‹, auf jener aktivierenden Komponente. Es geht nicht nur um den bloßen Beitritt, sondern darum, dabei zu sein. Die 17-Jährige wird, nach einer Denkpause, ihre Freundin zu einem Treffen begleiten. Etwas heraus sticht im Zusammenhang mit dieser Form der Einladung das Fallbeispiel der 14-jährigen **W14**, die von ihren Geschwistern aktiviert wird:

W14: »Ähm also mei anderen zwei Geschwister die waren schon früher in der Jungen (.) Union und dann haben sie gesagt dass ich auch mitmachen soll und so (.) weil das halt lustig ist (.) und dann (.) ähm (.) ja irgendwann habe ich halt dann gesagt dass ich auch mit beitrete (.) dann (.) ja [...]«.

Die älteren Geschwister fordern sie wiederholt auf, auch mitzumachen – weil es Spaß mache. Was damit gemeint sei, führt **W14** an anderer Stelle aus: Viele Jugendliche aus ihrem Dorf seien dort engagiert, erzählt sie, »lauter Freunde«. Und die Jugendorganisation würde viele verschiedene Events vor Ort organisieren, die »immer (.) schön sein«.

Den Effekt, dass eine Person beitrifft und ihr weitere Personen folgen, gibt es häufiger, berichteten Kreisvorsitzende beider Jugendorganisationen in Gesprächen am Rande der Erhebung. Diese *Ketteneintritte*, wie im Fall von **W02**, **W03**, **W20** oder **W14**, finden sich verdichtet in weiteren Beispielen im Sample – beispielsweise in der Clique **M51**, **M52** und **M53**. Ersterer ist ein Selbststarter (siehe unten) und erzählt seinen Freunden von einem Treffen der Jungen Union, an dem er teilnahm. Er versucht sie neugierig zu machen – und es gelingt ihm. Der 16-jährige **M53** erinnert sich, dass die Erzählungen seines Klassenkameraden ihn »gleich [...] angesprochen« hätten und er »Lust« bekommen habe selbst mitzumachen – ähnliches berichtet der dritte im Bunde, **M52**. Die Besonderheit hier besteht darin, dass der Selbststarter vor dem Eintritt zunächst seine Freunde aktiviert mitzuziehen und nicht, wie bei den zuvor genannten Ketteneintritten, der zuerst Beigetretene die anderen (nach seinem Eintritt) aktiviert und zum Beitritt motiviert. Ähnlich stellt es sich in dem folgenden Beispiel dar, das wiederum mit einer weiteren Besonderheit aufwarten kann: Ein Selbststarter motiviert seine Freunde zur Neu- beziehungsweise Wiedergründung eines Ortsverbands der Jungen Union. Hier ist es gelungen, alle vier an der Gründung Beteiligten zu interviewen, daher soll das Fallbeispiel etwas ausführlicher skizziert werden: Die Initiative geht von **M27** aus. Er informierte sich zunächst über das Internet, wo es Ortsverbände der Jungen Union geben würde und stellte dabei fest, dass der Verband in seinem Heimatort inaktiv war. Der 17-Jährige fragt daraufhin seine Freunde **M24**, **M25** und **M26**, ob sie bei der Gründung der Jungen Union mitmachen wollen:

M24: »Also das war eigentlich (.) ne Schnapsidee (.) also es war beim (.) beim Badminton der Vorname66 (M27) spielt ja auch (.) mit und (.) da kam er auf mich zu und hat mich gefragt (.) hier (.) wollen wir ne Junge Union (.) gründen (.) am Anfang hab ich noch gedacht ja gut das wird sowieso wird sich im Sand verlaufen (.) aber im Prinzip bin ich eigentlich froh dass es soweit gekommen ist (.) dass wir uns jetzt ja (.) neu (.) formiert haben weil das war ja vorher passiv (.) und das war einfach aus der ner Schnapsidee raus entstanden.«

Der 15-jährige **M24** erinnert sich, wie sein Freund **M27** auf ihn zugekommen sei. Er habe ihn gefragt, ob sie einen Ortsverband der Jungen Union gründen wollten. Er markiert damit deutlich, von wem der Vorschlag kam. In seiner Erzählung umschließt das aufgerufene »wir« aber nur ihn und **M27**, von weiteren Freunden ist nicht die Rede. Gerahmt wird diese Darstellung mit der Wiedergabe seines damaligen Gedankens

– er habe es für eine »Schnapsidee« gehalten, wie er zwei Mal betont, für eine Idee, die aus einer situativen Laune heraus entstanden sei und von der er vermutete, sie würde keinen Bestand haben (»im Sand verlaufen«). In seinen Ausführungen wechselt er schließlich vom Rückblick auf eine Reflexion des Status quo: Er sei »im Prinzip« froh, dass es »soweit gekommen« sei, formuliert er zunächst mit passiver agency, um dann mit einer kollektiven agency nachzuschieben, dass sie sich (»wir uns«) neu formiert hätten. Diese kollektive agency behält er im weiteren Verlauf des Interviews bei:

ML: »Äh (.) das heißt hast Du das mit Vorname66 (M27) denn zusammen alles gemacht (.) angeschoben?«

M24: »Ja da ha- ham wir dann noch zwei drei andere (.) ham dann auch gesagt (.) ja mach ich mit (.) und dann ham wir das so quasi auf die Beine gestellt also (.) aber am meisten der Vorname66 (M27) also da (1) hab ich eigentlich nicht so viel (.) gemacht.«

Zunächst stellt sich der 15-Jährige noch als handelnder Teil einer Gruppe dar, räumt dann aber ein, dass **M27** das meiste getan habe. Die abschließende ich-agency macht sichtbar, welchen Anteil er sich daran zuschreibt – er habe »nicht viel gemacht«. Die Basiserzählung des ebenfalls 15-jährigen **M25** entspricht dem seines Freundes **M24**: Auch er wird von **M27** aktiviert beziehungsweise angesprochen. Die Frage sei überraschend gekommen, erinnert sich **M25**, aber **M27** sage öfter mal überraschende Sachen. Zunächst aber wäre er erst einmal skeptisch gewesen:

ML: »Und worüber habt Ihr da gesprochen (.) oder was hast Du ihn dann gefragt?«

M25: »Äh ja ich hab halt erst mal so ge- ähh (.) gefragt ja (.) äh (.) was die da überhaupt so machen prinzipiell weil (.) ich hab mir halt gedacht naja (.) is vielleicht auch n bisschen langweilig aber der hat gemeint nee da (.) geht's net nur um Politik und so und wenn da noch n paar mitmachen (.) von den Freunden macht's bestimmt auch Spaß und so [...]«

Im Gegensatz zu **M24**, der den Vorschlag zunächst für eine »Schnapsidee« hielt, habe **M25** sich erst einmal bei seinem Freund erkundigt, was »die«, also die Junge Union, denn so mache. Er befürchte, es könne langweilig werden. **M27** setzt darauf gegenüber dem 15-Jährigen einen Anreiz: Es ginge nicht nur um Politik. Wenn noch andere Freunde mitmachen würden, dann würde es auch Spaß bereiten. Damit gelingt die Aktivierung von **M25**. Der Vierte im Bund ist der 16-jährige **M26**. In seinem In-

terview wiederholt er die Basiserzählung und erinnert sich, dass er, ähnlich wie **M25**, zunächst nicht sicher gewesen sei, ob das etwas für ihn wäre:

ML: »Also Vorname66 (M27) hat das vorgeschlagen und ähm was hast Du da im ersten Moment gedacht weißt Du das vielleicht noch?«
 M26: »Na ja im ersten Moment was hab ich denn da gedacht? (3) Naja ich- ich fand's eigentlich nicht so interessant im ersten Moment aber dadurch dass mich dann auch der Vorname137 (M24) und der Vorname138 noch angesprochen haben (.) hab ich dann (.) im- im (.) Internet mal nachgeschaut (.) und hab dann zu Vorname66 (M27) gemeint ob das noch (.) das Angebot noch da ist dass ich da eventuell mitmach (.) und so ist's eigentlich dann dazu gekommen.«

Uninteressant habe er den Vorschlag von **M27** zunächst gefunden. Als aber zwei gemeinsame Freunde, die zuvor von **M27** aktiviert worden seien, ihn ansprechen, beginnt er, anders als **M25**, sich zu informieren. Die gewonnenen Erkenntnisse führen dazu, dass er auf den Initiator zugeht und fragt, ob das Angebot mitzumachen, noch bestünde.

Die Erzählungen zeigen zumindest ansatzweise, wie Ketteneintritte funktionieren: Es gibt einen Initiator, in diesem Fall ein Selbststarter, in anderen Fällen jemand, der bereits Mitglied ist. Sie setzen einen Aktivierungsanreiz, der individuell modelliert ist. Die Aktivierung im Sample erfolgte über Peers, denen unter Teenagern nicht nur hinsichtlich der Freizeitgestaltung eine besondere Bedeutung zukommt (vgl. bspw. Harring et al. 2010). Diese Ketteneintritte illustrieren damit die Bedeutung sozialer Netzwerke (vgl. dazu auch Paulis 2019).

Insgesamt kann festgehalten werden, dass die Einladungen nicht nur ein partizipatives Angebot gegenüber den Jugendlichen darstellen, sondern eine vielleicht bestehende, nicht bewusste Distanz gegenüber Partei(jugend)organisationen überbrücken helfen und die Hürde für den Besuch eines Treffens, für ein »Reinschnuppern« (s. Kap. 7.5.2), senken können.

7.1.2.3 Rekrutierung

Vier Jugendliche aus dem Sample wurden mit dem primären Interesse aktiviert, sie als Mitglieder zu gewinnen – nicht als aktive Unterstützer oder zur Verwirklichung ihrer Interessen, sondern schlichtweg nur als Mitglieder. Diese Aktivierungsform entspricht damit am ehesten der allgemeinen Vorstellung einer Rekrutierung. Ge-

worben werden sie in den Fallbeispielen der Erhebung vor allem aus dem Kreis der Familie oder von Bekannten, aber nicht aus dem engeren Freundeskreis.

Der 15-jährige **M07** wird beispielsweise von seinem älteren Bruder geworben:

M07: »Äh (.) Hauptgrund is weil mein Bruder das ist der Vorstandsvorsitzende [...] der war da drin und hat dann immer gesagt ja komm (.) komm rein komm rein. Und dann bin ich einfach da (.) sachte das wär nur für die Statistik (.) bin ich einfach reingegangen (.) hab mich angemeldet [...]«.

Die Formulierung (»... immer gesagt... komm rein komm rein...«) deutet an, dass die Aktivierungsversuche wiederholt erfolgt sind. Sein älterer Bruder versicherte ihm, dass ihm dadurch keine Verpflichtungen erwachsen würden – es ginge rein um die Statistik, argumentiert er gegenüber **M07**. Ähnlich verfährt die Tante von **W26**, bei der die 17-Jährige lebt:

W26: »[...] (2) sie hat mich halt gefragt ähm also (.) ob ich nicht auch Interesse hätte darein- (.) einzutreten und sie bräuchten noch Leute und so [...]«.

Die Aufforderung zum Beitritt erinnert an jene, wie sie gegenüber **M07** formuliert wurde: Es würden »noch Leute« gebraucht. Im Vordergrund steht bei diesen Rekrutierungsversuchen die Partei beziehungsweise Jugendorganisation, nicht die Interessen des etwaigen Nachwuchses, der augenscheinlich nur als »Manövriermasse« benötigt wird.

Die Aktivierung des 14-jährigen **M42** steht hingegen unter anderen Vorzeichen:

M42: »Ja meine Mutter is da (.) ja ähm durch Bekannte Mitglied geworden (.) da hat se gefragt ähm (.) ob ich da (.) vielleicht auch mal Interesse hätte (1) dass ich einfach mal geguckt- ja (.) warum nicht (.) hatte sie mir auch gesagt dass da (.) kö- (.) dass man da Kontakte trifft die dann (.) fürs Leben praktisch unersetzlich sind (.) die (.) kriegt man also nicht das zweite Mal.«

Die Mutter aktiviert den Sohn mit dem Versprechen, dass mit einem Beitritt Vorteile verbunden seien, die für seine Lebensgestaltung sehr wichtig werden könnten. Hintergrund dafür ist, so lässt sich in Hinblick auf das gesamte Gespräch schlussfolgern,

die schulische Karriere des Jungen sowie der familiäre Background der Mutter. **M42** besucht zum Zeitpunkt des Interviews die Hauptschule. Er strebt aber nach eigenen Angaben einen Realschulabschluss an. Seine Mutter (ein Vater taucht im Interview nicht auf) hat als höchsten Bildungsabschluss den Hauptschulabschluss. Mutmaßen lässt sich mit aller Vorsicht, dass sie hofft, dass ihr Sohn über die Partei Kontakte für sein späteres Berufsleben finde. Immerhin stellt sie **M42** in Aussicht, mit dem Beitritt eben solche Kontakte zu bekommen, die ›praktisch für das Leben unersetzlich‹ seien, mehr noch, sie würden eine einmalige Chance darstellen, die man ›kein zweites Mal‹ bekäme, wie der 14-Jährige seine Mutter wiedergibt.

Von einer weitestgehend Unbekannten wird der 17-jährige **M06** geworben. Die Aktivierende ist die Freundin eines Mitschülers, die er auf einer Geburtstagsparty zufällig kennenlernt. Sie ist Mitglied der Jungen Union im Nachbartort, in ›hoher Position‹, wie sich **M06** ausdrückt. Das Mädchen weiß offenkundig um die Ämter des 17-Jährigen, der an seinem Gymnasium Stufen- sowie Schülersprecher ist. Damit tritt ein, was Sidney Verba, Kay Lehmann Schlozman und Henry Brady (1995) in ihrer Studie zu politischer Partizipation schon feststellen: Wer viel macht, wird auch eher gefragt irgendwo mitzumachen.

M06: »[...] der Junge hat mir die dann gewissermaßen vorgestellt, als ich ihm über den Weg lief weil ihn kenn ich eben aus der Schule sie aber nicht. Dann sagte er sie ist äh in der JU aktiv und äh eben ganz ne hohe Position in der JU ähm und dann sagte sie ach ja du bist ja auch der Schülersprecher von dem [Name des Gymnasiums Anm. A.] und hast du nicht mal drüber nachgedacht auch in die JU zu kommen. Da hab ich ihr gesagt ja klar da hat' ich schon mal drüber nachgedacht und ähm dann sagte sie ja okay dann ähm kannst du doch gleich mal so nen Mitgliedsantrag unterschreiben so in der Art. (.) Und dann hat sie auf einen Bierdeckel das geschrieben und ich hab's dann so bisschen äh flapsig (.) auch so bisschen lustig ähm weil ich das so n bisschen ungewöhnlich fand dass da ah auf nem Bierdeckel n Mitgliedsantrag zu unterschreiben.«

In seiner Erzählung stellt sich der 17-Jährige zunächst noch mehr oder weniger als aktiv Handelnder dar. Ihre Frage, ob er schon einmal überlegt habe, der Jungen Union beizutreten, bejaht er souverän (»ja, klar«). In seiner Erinnerung greift das Mädchen das auf und fordert ihn sogleich gezielt auf beizutreten (»... kannst du gleich... unterschreiben...«). In Ermangelung vorhandener Beitrittsformulare nutzt sie dafür einen Bierdeckel und setzt **M06** unter Zugzwang. Er wird, das sei vorweggenommen,

noch in dieser Situation unterschreiben – nicht ohne eine eigene Motivation (s. Kap. 8.1.1.2), aber stark beeinflusst von dieser speziellen Form der Aktivierung.

Insgesamt kann festgehalten werden, dass es bei der rekrutierenden Aktivierung in erster Linie darum geht, die Jugendlichen zu motivieren, das Formular zur Mitgliedschaft in einer Partei(jugend)organisation zu unterzeichnen. Mehr nicht.

7.1.3 Zusammenfassung

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass 39 der 64 interviewten Jugendlichen auf eine der genannten Weisen aktiviert worden sind. Die Ansprache erfolgte in der Regel aus dem persönlichen Umfeld der Jugendlichen (vgl. dazu auch Jakobs 2021: 331) – aus der Familie oder dem Freundeskreis heraus. Bei der einzigen Ausnahme (**M06**) ist die aktivierende Person die Freundin eines Jungen, der wiederum mit **M06** zusammen zur Schule geht. Tatsächlich fremd ist sich niemand in den unterschiedlichen Kontexten. Die Formen der Ansprache variieren nach den damit verbundenen Absichten und lassen sich grundsätzlich in ungerichtete und gerichtete Aktivierungen unterscheiden und letztere noch einmal differenzieren hinsichtlich der Anspracheform beziehungsweise Vehemenz der Aktivierung. Betont werden soll hier noch, dass nur in einer absoluten Minderzahl der Fälle allein ein Rekrutierungsinteresse im Mittelpunkt der Aktivierung stand.

7.2 Selbststarter

Von den aktivierten Jugendlichen heben sich die sogenannten Selbststarter ab, die als solche benannt werden, da sie aus eigener Motivation heraus begonnen haben, sich mit dem Beitritt zu einer Partei(jugend)organisation zu befassen. Sie verbindet ein ausgeprägtes Interesse an Politik. Doch die Gründe, sich schließlich tatsächlich auf den Weg zu begeben, variieren. Rückblickend benennen die meisten einen bestimmten Moment, an dem ihr Interesse auf die Route gen Partei(jugend)eintritt einschwenkte. Zum Teil hängt dieser Moment mit einem bestimmten Erlebnis beziehungsweise Ereignis zusammen oder mit einer bestimmten Situation – doch nicht immer. Da dieser Zeitpunkt in der Regel deutlich vor der Entscheidung zum Beitritt liegt, ist seine retrospektive Rekonstruktion schwieriger als beispielsweise die der Entscheidung. Der besagte »Moment« wird weniger konkret erinnert. Auf Basis der Interviews können 25 Jugendliche identifiziert werden, die eigenständig ihren Weg

zur Mitgliedschaft gefunden haben. Ihre Erinnerungen lassen sich in vier Einstiegswege in den Prozess der Beitrittsentscheidung kategorisieren. Sie werden im Folgenden skizziert.

7.2.1 Verdichtung des Interesses zu ›Tatendrang‹

Als eine Intensivierung ihres Interesses an Politik beschreibt ein Teil der Jugendlichen den Ausgangspunkt der Route gen Beitritt. Immer stärker sei die Begeisterung geworden, die schließlich in den Wunsch mündete, selbst aktiv zu werden:

M32: »[...] damit angefangen hat aber- es hat schon irgendwie in der Grundschule erste Klasse angefangen (.) da hab ich irgendwie schon mit meiner ähm Klassenlehrerin über Kinderrechte geredet (.) ich weiß nicht wieso (.) ich weiß nicht warum keine Ahnung (.) aber ja dieses Interesse hat sich dann halt (.) weiterentwickelt über die Grundschule dann nicht so- halt dann wo ich dann älter wurde (.) hat man dann mal (.) bin ich dann auf Phoenix gelandet (.) und da hab ich mir so regelmäßig so ähm (.) wenn da aus dem Bundestag übertragen wurde (.) mehr so Debatten angeguckt (.) was relativ ungewöhnlich eigentlich ist (lacht kurz auf) [...] und dann hab ich halt angefangen ähm Spiegel zu lesen und Stern verschiedene Zeitschriften [...] Freunde hab ich überhaupt nicht im Grunde die in diesem Gebiet (.) äh (.) selbst (.) äh aktiv sind sondern ich hab mich da ja halt aus meinem politischen Interesse so dahinter geklemmt (.) und überlegt (.) mh guckste jetzt weiter so Sendungen und so oder gehst du jetzt auch richtig aktiv da drin und guckst dann [...]«.

Der 17-Jährige betont zunächst, dass sein Interesse bis zum Beginn der Schulzeit zurückreicht. Er erinnert und betont, dass er sich damals schon über politische Inhalte mit der Klassenlehrerin unterhalten habe. Im weiteren Zeitverlauf habe dieses Interesse, wie er betont, zugenommen und sich derart verdichtet, dass er sich vor einer Entscheidung sah: weiter Konsument von politischen Nachrichten sein oder selbst politisch aktiv zu werden. Damit begann seine Beitrittsroute. Beim 15-jährigen **M51** verlief der Weg ähnlich. Er habe schon mit fünf Jahren immer politische Diskussionen mit seinem Onkel geführt, erzählt er. Seine zunehmende Begeisterung vermischte sich schließlich mit der Vorstellung, selbst vielleicht einmal im Bundestag zu stehen und dort eine Rede zu halten – eine Vorstellung, die ihm behagt, wie er eingesteht. Und auch der zwei Jahre ältere **M27** erinnert sich, dass in ihm mit der Zeit ein ›Tatendrang‹ erwachsen sei, so dass er gedacht habe:

M27: »[...] Ich muss jetzt irgendwie was machen (.) äh (.) dass ich mich da (.) wie soll ich sagen (1) ja (.) austoben kann, sag ich jetzt mal (.) dass ich da irgendwie meine Kraft reinstecken kann«.

Zu dieser Gruppe können auch die 16-jährige **W25** und die ein Jahr jüngere **W28** gerechnet werden. Beide kommen aus SPD-Elternhäusern, aus ›roten Familien‹, wie es **W25** formuliert. Sie sind nicht nur politisch interessiert, sondern erleben zu Hause auch vielfältige politische Debatten. Den elterlichen Avancen gegenüber, sie als Mitglieder zu gewinnen, verwehren sie sich jedoch zunächst. Im Laufe der Zeit entwickeln sie aber selbst den Wunsch, aktiv zu werden. Auch wenn es naheliegend ist, dass sie wohl stark von ihrer Familie beeinflusst oder zumindest inspiriert wurde, so betont **W25** doch letztlich glaubhaft: »Also das kam dann schon von mir aus«.

Insgesamt zeichnet diesen Einstieg in die Beitrittsroute ein sich verdichtendes Interesse aus, das sich schließlich zu einem Tatendrang wandelt, selbst aktiv zu sein, selbst Politik zu machen.

7.2.2 (Emotionalisierendes) Ereignis

Schlüsselerlebnisse stehen bei einem anderen Teil der interviewten Selbststarter am Anfang ihrer Beitrittsroute. Dabei handelt es sich um Erlebnisse, die die Jugendlichen emotional besonders stark angesprochen und zu einer (Re-)Aktion geführt haben. Es sind also Erlebnisse, die sie auf- beziehungsweise anregen, sich mit der Frage eines möglichen Beitritts zu einer Partei auseinanderzusetzen. Diese Erlebnisse machen die Jugendlichen mittelbar und unmittelbar – persönlich in ihrem direkten Umfeld oder vermittelt über Dritte, hier in der Regel über Medienberichterstattungen. In der Wirkung ist diese Unterscheidung jedoch zu vernachlässigen, da sie beide emotional berühren. Differenziert werden können vor dem Hintergrund der Interviews negative und positive Ereignisse, die zu einer Selbstaktivierung führen:

Ein negatives Ereignis ging dem Start des 16-jährigen **M59** voraus. Noch im Interview zeigt er sich erregt über die Kampagne der CDU im hessischen Landtagswahlkampf 2008/2009. In dessen Mittelpunkt stand das Thema Innere Sicherheit, bei dem sich der damals amtierende CDU-Ministerpräsident und Spitzenkandidat Roland Koch mit polarisierenden Worten über Jugendgewalt und kriminelle Ausländer als konservativer ›Hardliner‹ positionierte:

M59: »(6) Ja ich weiß es- (.) es hat mich so geärgert über die CDU hier im Land Hessen (.) was der Herr Koch dann in seinem Wahl-

kampf letztes Jahr dann gemacht hat (.) über diese Jugendlichen abgezogen und (.) die Jugendstrafe herabsetzen und (.) da hab ich gedacht nee (.) das kann net sein (.) und irgendwie is da in mir hoch gekommen (.) joa (.) also ich würd gern halt in die SPD gehen [...]«.

Obwohl dieser Wahlkampf zum Zeitpunkt des Interviews schon mehr als ein Jahr zurücklag, beschäftigte er den 16-Jährigen nachhaltig. Er entwickelt den Wunsch, in die SPD einzutreten, um, wie sich aus dem Kontext schließen lässt, einen Kontrapunkt zu setzen und, wie er an anderer Stelle sagt, etwas zu verändern beziehungsweise eine andere Politik zu machen.

Bei **M10** hingegen wird das direkte Erleben der CDU in der Ausschussarbeit im Landtag zum »Knackpunkt«, wie es der 17-Jährige formuliert:

M10: »[...] ich hab jetzt [...] im Januar n Praktikum äh bei der SPD-Landtagsfraktion absolviert [...] da hab ich denn doch auch die anderen Parteien (.) vorwiegend halt die CDU (.) auch in Ausschüssen (.) äh live und aktiv mitbekommen (1) und in meinen Augen war das was die da (.) verzapft haben (3) keine wirklich anständige Politik mehr sondern man hätte es eher Comedy nennen können [...] es war wirklich (.) es war schon so ne Art Knackpunkt für mich [...]«.

M10 ist SPD-nah, aber kein Mitglied. Über die Vermittlung eines früheren Schulkameraden der Mutter, den sie zufällig beim Fußball treffen, bekommt er einen Praktikumsplatz bei der SPD-Landtagsfraktion vermittelt. In den Ausschüssen habe er die Chance gehabt, auch die anderen Parteien zu erleben. Irritiert zeigt er sich vom Auftreten der CDU. Es wäre keine »anständige Politik«, die die Partei da mache. Und wirft die wohl eher rhetorisch gemeinte Frage auf, ob man »so was« regieren lassen dürfe. Auf die Entrüstung folgt der Impuls, sich mit dem Beitritt zur SPD auseinanderzusetzen, um der CDU etwas entgegenzusetzen.

Aber auch unter umgekehrten politischen Vorzeichen echauffieren sich manche Jugendliche so sehr über den politischen Gegner, dass sie beinahe eine Verpflichtung empfinden, selbst aktiv zu werden. Der 16-jährige **M23** kommt aus einem konservativen Elternhaus in Bayern. Seine Mutter ist Einheimische und Mitglied der CSU, sein Vater Ungar, der nach der Trennung von der Mutter zurück nach Ungarn gegangen war und dort in der nationalkonservativen Partei Fidesz Mitglied ist. Im Interview artikuliert **M23** wiederholt seine grundlegende Abneigung gegen »Sozialdemokraten und Sozialisten«. Der ungarische Familienzweig habe sehr unter der brutalen Niederschlagung des Aufstands von 1956 gelitten. Und heute,

2009, erzählt er, spiele die sozialistische Regierung unter Ferenc Gyurcsány seinem Vater übel mit. Aber auch in Deutschland meint er zu sehen, dass »die Grünen und die SPDler [...] nicht so viel Gutes« machen und echauffiert sich über den lokalen Bürgermeister der Grünen und wie er in den Augen von **M23** Geld verschwende. Der Junge hat vor diesem Hintergrund eine politisch-konservative Präferenz entwickelt und zeigte sich auch schon interessiert daran, vielleicht der Jungen Union beizutreten. Nachdem ihm seine Mutter und sein Stiefvater zu einer CSU-Weihnachtsfeier mitgenommen hatten, habe er aber gedacht, dass es »noch zu früh« sei, um beizutreten. Den Wendepunkt stellt schließlich die bayerische Landtagswahl 2008 dar.

M23: »[...] halbes Jahr lang hab ich nicht mehr dran gedacht und dann plötzlich (.) wieder hier bei den Wahlen (.) wie dann die Wahlen kamen und dann (.) plötzlich äh ja (.) dann hab ich's mir gedacht wie die Wahlen kamen dass ich dann doch beitrete.«

ML: »Warum bei den Wahlen?«

M23: »Ja halt wegen des (.) erstens wegen der schlechten Umfrageergebnisse und einfach das gab mir halt so n Impuls dann (.) vielleicht was zu arbeiten oder so.«

Er nimmt die Umfrageergebnisse zum Anlass, weil er, wie er an anderer Stelle erzählt, das Erstarken der ›Linken‹ befürchte. Der 16-Jährige beginnt nun, sich intensiv mit der Frage des Beitritts zur Jungen Union zu befassen.

Allerdings stellt sich ein solcher Reflex nicht nur bei ihm, sondern auch bei anderen Jugendlichen ein, und dabei geht es nicht nur um die Entrüstung über die ›große Politik‹, sondern auch um Erlebnisse im sozialen Nahraum:

M38: »[...] und dann irgendwann bei meinem Stiefvater, das hat mich so aufgeregt, weil der einfach so ne konservative Haltung hatte und sich als liberal beschriebn hat und einfach absolut intolerant war gegen alles andere (.) mmhh und das hat mir dann den Anstoß gegeben aktiv werd'n zu woll'n.«

Das wiederholte Erleben des sich liberal gerierenden, tatsächlich aber als intolerant wahrgenommenen Stiefvaters wird für den 16-jährigen **M38** zum Schlüsselreiz. Welches konkrete Ereignis genau das ›Fass zum Überlaufen‹ und zum entscheidenden Impuls wurde, erinnert der Jugendliche nicht mehr.

Losgelöst von politischen Konfrontationen steht bei **M55** ein Artikel über den Mitgliederschwund der Partei(jugend)organisation in der Regionalzeitung am

Anfang seiner Beitrittsroute. Er ist politisch sehr interessiert und hatte sich bereits im Unterricht mit Parteien beschäftigt, nur die Frage eines Beitritts stellte sich ihm nicht – bis er den Artikel las:

M55: »[...] und die haben halt beklagt dass es zu wenig Mitglieder gibt und das niemand hingehet (.) da dacht ich mir so naja (.) ich interessier mich für Politik [...] da dacht ich mir ja warum engagierst du dich nicht selber?«

Auch **M09** treibt die mangelnde Bereitschaft sich politisch zu engagieren um. Bei einer Abstimmung seiner Schule erfährt er, dass nur ein einziger in seiner Klasse politisch organisiert ist, wie er es formuliert. Dabei sei doch diese Form der politischen Teilhabe, so **M55** und **M09** unisono, elementar für die Demokratie. Entsprechend reagieren sie ungehalten angesichts derartiger Lethargie.

Zum eigentlichen Auslöser wird beim 16-jährigen **M09** dann aber ein anderes Erlebnis:

M09: »Wir mussten in der zehnten Klasse Reden vorbereiten (.). Ich hatte das in- also pfff aus meiner Sicht natürlich betrachtet das Glück dass ich dabei von diesen fünf Parteien genau in die CDU gelost wurde (.) das bedeutet, ähm, da sich keiner aus meiner Gruppe wirklich bereit erklärte (.) ähm (.) bereit erklärte diese Rede zu halten (.) habe ich mich dann dazu entschlossen. Und als ich mich auf diese Rede vorbereitet habe und an dem Tag, an dem ich mich dann auf der Aula-Bühne befunden habe und vor dreißig Schülern diese politische Rede für die CDU vorgetragen habe wurde mir eigentlich klar dass (.) dass nicht nur simuliert sein sollte sondern dass ich auch das auch wirklich betreiben sollte und (.) habe mich danach auch intensiv darum bemüht wirklich in eine Partei einzutreten.«

Hinter seiner gewählten Ausdrucksweise verschwindet das Erlebnis beinahe, das Ausgangspunkt seiner Beitrittsroute ist: Der Moment, als er auf der Bühne steht und die Rede, wie er es formuliert, für (!sic) die CDU hält. Ihn begeistert also nicht nur, ein Publikum zu haben, sondern eben auch etwas zu vertreten, was er offenkundig für vertretenswert hält. Dieses für ihn besondere Ereignis wird zum emotionalen Schlüsselreiz, der dazu führt, dass er beginnt, sich ernsthaft mit dem Beitritt zur Jungen Union auseinanderzusetzen.

Ein positives Ereignis steht am Anfang der Beitrittsroute von **M57**. Der 16-Jährige erinnert sich, dass er begeistert gewesen sei, als es im Präsidium der Bundes-SPD zum Wechsel kam – als Kurt Beck als Parteivorsitzender im September 2008

zurücktrat und Franz Müntefering im Oktober 2008 zum neuen Vorsitzenden gewählt wurde:

M57: »[...] also ich war jetzt so in den letzten Jahren so (.) oder in den (.) gerade in den Monaten davor nicht ganz so angetan von dem Kurs der SPD in einigen Bereichen jetzt auch mit Kurt Beck und ähm (.) das war nicht ganz so meine Schiene ähm und (.) hatte auch schon früher halt ähm schon gedacht (.) ganz früher äh immer auf äh (.) ja Müntefering dass ich gesagt hab also das ist jemand den dem ich also den ich gerne hören mag und denn (.) da auch irgendwie gut sehr gute Ansichten vertritt und das war denn halt zu dem Zeitpunkt (.) hab ich denn gesagt so jetzt könnt ich theoretisch wieder in die SPD gehen. Das war so vorher (.) ich hatte da schon lange nachgedacht darüber da war es aber so irgendwie ähm dass ich gesagt hab nee das mit Kurt Beck das und überhaupt [...]«

Gedanklich habe sich der 16-Jährige schon vorher mit einem möglichen Beitritt beschäftigt, erinnert er sich. Allerdings mochte er den zeitweiligen Vorsitzenden Kurt Beck nicht, wie er an anderer Stelle ausführlich darlegt: Er habe keinen Kurs, wäre für die Parteiführung ungeeignet und gäbe einen schlechten Kanzler ab. Die Wende kommt für **M57**, als Franz Müntefering das Amt übernimmt – ihm misst er Charisma zu, ihn mag er gerne hören, er vertrete ›sehr gute Ansichten‹. Seine Rückkehr auf den Parteivorsitz wird für **M57** selbst zum Initial.

Emotional berührt wird die 17-jährige **W24** durch die Rede des lokalen Bundestagsabgeordneten anlässlich des einhundertjährigen Jubiläums des SPD-Ortsvereins. Mit der SPD sei sie aufgewachsen, erinnert sie sich. Ihre Mutter wäre ein sehr aktives Mitglied und so sei sie von klein auf immer mit dabei gewesen. Der eigene Beitritt und die eigene Mitgliedschaft standen daher schon länger abstrakt im Raum, erzählt sie. Aber erst jene Rede, in der der Politiker beschrieb, wie er selbst als junger Mensch beim 75-jährigen Jubiläum des Ortsvereins zugegen war und wie ihn das damals bewegt habe, wird für sie zum konkreten Impuls. Die Rede berührt etwas in ihr, so sie sich daraufhin vornimmt, sich nun mit dem Beitritt zu beschäftigen.

Emotionalisierende Ereignisse wie diese, ob positiv oder negativ, können aktivierend wirken beziehungsweise bewirken, dass sich die Jugendlichen daraufhin mit der Frage eines möglichen Beitritts zu beschäftigen beginnen. Dennoch ist Vorsicht geboten, denn die Ereignisse sollten auch nicht überinterpretiert werden. Denn sie scheinen mitunter eher die i-Tüpfelchen zu sein, die ein bereits vage

bestehendes Grundinteresse sich politisch zu beteiligen, den notwendigen Impuls geben, sich schließlich auf die Beitrittsroute zu begeben.

7.2.3 Unmittelbares Erleben eines parteipolitischen Engagements

Das direkte Erleben politischen Engagements kann für Jugendliche anregend sein, wie sich bei drei von ihnen in den Interviews zeigt. Die entsprechenden Situationen und auch Rahmenbedingungen unterscheiden sich und doch spricht aus ihren Erzählungen, dass sie das, was sie hörten, sahen oder direkt erlebten, motivierte, sich mit dem eigenen Beitritt in eine Partei(jugend)organisation zu befassen.

Inspirierend fand **W07** die Arbeit einer CDU-Abgeordneten des Deutschen Bundestags, bei der sie ihr schulisches Pflichtpraktikum absolvierte. Ihr Vater hatte sie auf die Idee gebracht, da er den Ehemann der Abgeordneten kennt. Zwei Wochen lang kann die 16-Jährige die Abgeordnete begleiten:

W07: (lacht) »Also (.) das fing damit an dass ich (.) eigentlich also dass wir n- also dass wir n Praktikum hatten (.) in der Klassenstufe 10 das ist gehört zum MSA dazu (.) Mittlere Schulabschluss (.) den man auch auf dem Gymnasium erwerben muss hier in Ort30 und ähm ich kannte (.) ähm (.) den Mann von einer Bundestagsabgeordneten und hab mich ähm auf diesem Weg dort beworben (.) und wurde auch genommen. Und hab dann also zwei Wochen lang ähm im Bundestag n Praktikum gemacht bei ner Abgeordneten der CDU (.) und hab Parteitage mitverfolgt aber auch ähm Plenumsitzungen Ausschusssitzungen ähm also Plenum also Arbeitsgruppensitzungen und ähm ich war schon immer sehr sag mal politisch bezogen und ähm das war halt einfach das hat mir noch mal bestätigt was was eigentlich mein Wunsch ist.«

Das Praktikum habe bestätigt, was eigentlich ihr Wunsch sei, erzählt die Heranwachsende. Sie sei schon lange politisch interessiert und – so betont sie an anderer Stelle – habe auch schon zuvor überlegt, in eine Partei einzutreten. Doch erst als sie im Rahmen des Praktikums erlebt, wie im Bundestag alltäglich Politik gemacht wird, beginnt sie tatsächlich sich aktiv mit der Idee eines Beitritts auseinanderzusetzen. Es ist aber nicht nur der Eindruck, hier wirklich etwas bewirken zu können, der sie beflügelt. An anderer Stelle berichtet sie begeistert, dass es ihr aufgrund ihres Bundestagsausweises auch gelungen sei, unproblematisch in einen nicht öffentlichen Teil der Fan-Meile während der Fußballeuropameisterschaft 2008 zu gelangen. Politik sei eben nicht nur Arbeit, nimmt sie mit, sondern bringe auch Spaß und Privilegien mit sich.

Bei **M20** hingegen ist es nicht das konkrete Erleben des Arbeitsalltags in der deutschen Bundespolitik, sondern was aus einem politisch aktiven Leben folgt: Gemeinsam mit seiner älteren Schwester besucht er den im selben Bundesland lebenden Onkel. Ihre Eltern, erzählt der 16-Jährige, seien eher ›links‹ beziehungsweise ›rot-grün‹. Der Onkel hingegen ist in der CSU und war Mitglied des bayerischen Landtags und ist heute noch zweiter Bürgermeister seines Heimatorts:

M20: »Ja (.) was uns begeistert hat, das war einfach (.) äh irgendwie (1), dass er wirklich inner Stadt äh sehr bekannt war (ja) (.) und dass de- (.) dass du (.) mit ihm- dass man wirklich alles sehen konnte da in OberRegion04 das war erst mal sehr faszinierend dass der sich in der Umgebung voll ausgekannt hat (1) ja und was uns dann so (.) auch die- (.) irgendwie die Gemeinschaft hat uns dann auch so (.) dazu angespornt dass wir dazu dazu treten (3) ja und halt auch äh (.) eben (.) unsere politische Richtung also weil wir beide eher (.) äh christsozial sind (1) und deswegen halt äh auch (.) unbedingt diese Partei.«

Mit kollektiver agency beschreibt **M20**, wie begeistert seine Schwester und er waren, als sie beim Besuch erlebt hätten, dass ihr Onkel eine öffentliche und bekannte Person sei und wie stark er in der Region und der dortigen Gemeinschaft verankert sei. In den Ausführungen des 16-Jährigen wird deutlich, dass er das vor allem auf die Mitgliedschaft beziehungsweise die politische Karriere seines Onkels zurückführt. Dieses Erlebnis habe sie, erzählt er weiterhin mit einer kollektiven agency, »angespornt dazu zu treten« – ›dazu‹, zur Jungen Union als Jugendorganisation der CSU, um Teil dieser Gemeinschaft zu werden, deren politische Weltanschauung sie teilen.

Die 16-jährige **W21** erlebt schließlich nicht direkt ein politisches Engagement, sondern erfährt von ihm vermittelt über eine Schulfreundin. Sie selbst komme, wie sie erzählt, aus einem eher ›rot-grünen‹ Elternhaus. Früher sei ihr Vater wohl in der CDU gewesen, doch heute wären weder er noch ihre Mutter oder jemand anderes aus der direkten Familie politisch aktiv – außer ein weit entfernt lebender Onkel, der Landrat für die CDU sei. Im Beitrittsprozess scheint der aber keine Rolle gespielt zu haben, denn sie erwähnt ihn im Interview nur flüchtig. Politik ist für die 16-Jährige aber ein wichtiges Thema. Dafür habe sie sich schon immer ›so interessiert‹, erzählt sie, und es auch ›immer schon im Hinterkopf gehabt‹ sich zu engagieren. Der Impuls, sich auf den Weg zu einem Parteibeitritt zu begeben, erfolgt dann aber zufällig und beiläufig:

W21: »Also es war eigentlich so in (.) Mathe ist das passiert (lacht) weil so ähm (1) n (.) also ne ziemlich gute Freundin von mir (.) also wir sitzen zur Zeit nebeneinander (.) und dann hat sie sich mit jemand anderem so darüber unterhalten dass da bald 'n Treffen ist (.) da hab ich mal gefragt (.) ja was macht ihr 'n da? und (.) so (.) und dann hat sie gemeint (.) ja ähm (.) das is halt so die Junge Union und wir (.) reden halt so'n bisschen (.) so Sitzungen (.) gibt's dann und (.) halt auch so'n bisschen (.) dass halt so politisch so 'n bisschen (.) angehaucht (.) also ich mein' wir machen da ja nicht nur Politik (.) und ähm (.) dann hab' ich da (.) da irgendwie (.) das hat mich schon immer so interessiert aber irgendwie kriegt man ja nie so richtig den Anschluss wie man denn auch wirklich da reinfindet [...]«

Im Mathematikunterricht lauscht die 16-Jährige einem Gespräch ihrer Freundin und einer anderen Mitschülerin. Darin geht es um die Junge Union und dass bald ein Treffen anstünde. **W21** mischt sich ein und fragt nach, was sie da machen würden. Und die Freundin erzählt ihr ein wenig über die Aktivitäten der Jugendorganisation. Die Widergabe des Gesprächs klingt bei ihr relativ belanglos. Sie habe erfahren, dass es dort um Politik gehe (aber nicht nur), dass dort geredet würde und dass es Sitzungen gebe. Und doch spricht das die Heranwachsende an, vor allem, wie sie betont, weil sie das »schon immer so interessiert« habe, sie aber bisher keinen Weg gesehen habe, wie sie dazu kommen könnte. Angefixt von der Erzählung fragt **W21** schließlich ihre Freundin, ob sie sie einmal begleiten dürfe. Die Situation erinnert an oben skizzierte Aktivierungen, bei denen Jugendliche von ihren Freunden eingeladen wurden, mitzukommen (s. Kap. 7.1.2.2). Im Fall von **W21** geht die Initiative aber von der 16-Jährigen selbst aus – sie spricht ihre Freundin an und sie fragt, ob sie sie begleiten dürfe.

Die impulsgebenden Situationen unterscheiden sich voneinander – sie eint aber, dass sie von den Jugendlichen als Einschnitt erinnert werden, als Scheidelinie zwischen einem bloßen Interesse an Politik und dem Wunsch, Mitglied einer Partei(jugend)or-ganisation zu werden. Sie erleben etwas in der – im weiteren Sinne – Sphäre des Politischen, das den Wunsch erwachsen lässt, vielleicht selbst Mitglied zu werden.

7.2.4 Beschäftigung gesucht

Der vierte und letzte Einstiegsweg taucht im Sample nur ein einziges Mal auf – die Suche nach einer Beschäftigung:

M46: »[...] (1) war (.) dass ich mit dem Sport aufgehört habe (1) und äh (.) dann (.) fehlte mir einfach irgendwie was auch was ich machen kann in meiner Freizeit (.) wenn (.) dann bin ich halt immer joggen gegangen und da hab ich (.) Taek Wan Doo intensiver gemacht und Handball und alles (.) aber alles war irgendwie nicht so wie Hockey (1) und äh (2) dann hab ich mir gedacht (.) hab ich auch erst den äh Vorsitzenden mal angeschrieben [...]«.

Der 16-Jährige hatte bis zum Umzug der Familie Leistungssport gemacht – vier Mal die Woche Training und am Wochenende Spiele. Doch der Weg zum Verein war nun zu weit und eine neue Möglichkeit vor Ort gab es nicht. Er beginnt nach Alternativen zu suchen und probiert zunächst neue Sportarten aus, um die Lücke auszufüllen, bis er auf den Gedanken kommt, den Vorsitzenden der örtlichen Jusos anzuschreiben. Der Schritt erfolgt vor dem Hintergrund seines bereits schon langen bestehenden Interesses an Politik, erzählt er an anderer Stelle, und seiner Präferenz für die SPD. Die Geschichte erinnert ein wenig an die bereits erwähnte von **M12**, der aufgefordert wurde, sich (in irgendeiner Weise) zu engagieren. Nach Ausflügen zu Amnesty International und zur Evangelischen Kirche landet er schließlich bei der Jungen Union. Ob die Aufforderung eine Reaktion auf jugendlichen Müßiggang war, bleibt im Interview unklar. Die Ähnlichkeit zwischen **M12** und **M46** besteht darin, dass sie beide eine Beschäftigung suchen (müssen). Damit endet sie aber auch schon wieder. Im Gegensatz zu **M12** ist **M46** intrinsisch motiviert, er sucht aus eigenem Interesse heraus eine neue Beschäftigung. Und da ihn eben Politik schon zu Zeiten als Leistungssportler interessierte, erkürt er diese zu seinem neuen Hobby. Auch wenn die Motivation eher ungewöhnlich erscheint, so muss sie nicht die absolute Ausnahme darstellen. Denn grundsätzlich ist vorstellbar, dass auch andere Jugendliche sich mit dem Wunsch nach einer befriedigenden Freizeitaktivität Partei(jugend)organisationen zuwenden.

7.2.5 Zusammenfassung

Selbststarter, darauf wurde bereits eingangs hingewiesen, verbindet, dass sie alle bereits politisch interessiert sind. Und sie eint, dass sie nicht von einem auf den anderen Moment starten. Vielmehr geht aus den Interviews hervor, dass eine Entwicklung ihres politischen Interesses, ein mittel- oder unmittelbares Ereignis oder ein ›Vakuum‹ in der Freizeit einen Einschnitt darstellt – ein Einschnitt, der am konkreten Anfang der Beitrittsroute steht. Doch nicht alle haben zu diesem Zeitpunkt

bereits eine eindeutige parteipolitische Präferenz. Bei manchen bildet sich diese erst im weiteren Verlauf der Beitrittsroute heraus.

7.3 Parteienpräferenz

Wer einer Partei respektive einer Parteijugendorganisation beitrifft, so möchte man vermuten, verfügt über eine ausgeprägte Präferenz für sie. Doch ist dem wirklich so? Und woher kommt diese Präferenz? Wird sie vielleicht von Generation zu Generation ›vererbt‹?

In diesem Unterkapitel soll es zunächst um die Frage der familiären Übertragung politischer Vorstellungen gehen. Dabei wird zu erörtern sein, woher die parteipolitischen Präferenzen stammen, wenn sie nicht vom ›Vati‹ oder von der ›Mutti‹ übernommen wurden. Im Anschluss stehen jene Jugendlichen im Fokus, deren Präferenz beim Start auf der Beitrittsroute tatsächlich noch nicht final geklärt ist. Schließlich wird es noch um die Frage gehen, wem genau die Präferenz eigentlich gilt: Der Mutterpartei? Der Jugendorganisation? Oder beiden?

7.3.1 Der Apfel fällt nicht weit vom Stamm?

Politische Präferenzen werden, wie in einem Teil der wissenschaftlichen Literatur hervorgehoben wird (vgl. bspw. Bromba 2013; Wauters/van Liefferinge 2015), in der frühen politischen Sozialisation in der Familie intergenerational übertragen – in familiären Konstellationen wie der folgenden von **M33**:

M33: »Also (.) mein Opa (.) der war 30 Jahre lang Bürgermeister hier in Ort76 (.) ähm (.) wie gesagt der is auch dementsprechend oft wieder gewählt worden (.) [...] (.) ähm demnach is dann (.) meine Mutter auch auf (.) die SPD gekommen (.) und (.) die sozialdemokratischen Züge durch die ganze Familie durch (.) ähm auch bei meinem Vater der aus Ort78 kommt (.) in Region04 (.) ähm (.) der hat in Ort79 (.) gar nicht weit von hier (.) als Bürgermeister kandidiert (.) ist es dann aber (.) knapp leider nicht geworden (.) ähm (.) und (.) mein Opa hat mir halt immer viel erzählt (.) vom (.) grad vom Krieg damals und wie das war und wie sich dann die (.) eigen- (.) die SPD (.) entwickelt und gegründet worden is (.) ähm meine Mutter ist jetzt im Stadtrat und (.) ich hab halt dann auch immer mehr damit zu tun bekommen [...]«

Der 16-Jährige entwirft in seiner Erzählung eine sozialdemokratische Ahnenreihe und spricht von »sozialdemokratischen Zügen«, die sich durch die Familie zögen. Er erinnert sich, dass ihm sein Opa wiederkehrend aus der Geschichte der SPD erzählt

habe und hebt hervor, dass sein Vater für das Amt eines Bürgermeisters kandidierte und seine Mutter Stadträtin sei. Über seine eigene Präferenz spricht **M33** jedoch mit einer passiven agency: Er habe »immer mehr damit zu tun bekommen«. Der in Forschung häufig benutzte Begriff der Übertragung (>intergenerationale Übertragung<) passt hier offenkundig gut. Auch andere Jugendliche erzählen direkt oder indirekt davon, dass ihre Präferenz über das Elternhaus geprägt worden sei beziehungsweise betonen, dass in der Familie eine bestimmte politische Orientierung besonders verbreitet sei:

M19: »Ja mein Vater ist in der CSU (.) Opa ist auch in der CSU (.) mein Onkel ist in der CSU (1) ja meine Tante auch (.) mein Onkel auch der ist auch in der CSU (.) also ja [...] wir sind konservativ« (lacht).

Der 15-jährige **M19** zählt, gefragt nach dem politischen Engagement in seiner Familie, zunächst die CSU-Mitgliedschaft seines Vaters, seines Opas und seines Onkels auf und ergänzt nach kurzem Innehalten als einzige Frau seine Tante – über die politischen Einstellungen beziehungsweise parteipolitischen Präferenzen anderer Familienmitglieder sagt er nichts. Er selbst rechnet sich zu dem aufgelisteten Familienstrang, über den er schließlich mit kollektiver agency und verallgemeinernd deklariert, dass sie als Familie konservativ seien.

Anderer Jugendliche berichten, dass sie schon früh selbst eine Präferenz für jene Partei(jugend)organisation entwickelt hätten, der sie dann später beitreten:

M57: »Ja also wenn ich jetzt ähm so SPD meine Vergangenheit ähm das ging eigentlich schon sehr früh los dass ich mich überhaupt politisch interessiert habe ähm also schon eigentlich seit Grundschulalter hab ich immer äh wenn ich denn bei meinen Eltern da auf dem Sofa gesessen hab und die die Nachrichten geguckt haben [...] genau ich wollte noch sagen zur SPD das ich halt auch ähm da schon immer gesagt hab wenn ich Leute im Fernsehen gesehen hab und dann halt gesehen der ist SPD der andere ist äh von einer anderen Partei dass ich immer gesagt hab die Leute von der SPD sind mir sympathischer. Das war jetzt jetzt heute nicht mehr der ausschlaggebende Grund um das schon mal klar zu stellen [...]«.

Der 16-jährige **M57** hebt mit klarer ich-agency hervor, dass er sich schon früh politisch interessiert habe und dieses Interesse war mit Sympathien für die SPD verknüpft, die ihm im Fernsehen sympathischer erschien als andere. Warum, erklärt er

nicht. Seine Eltern seien keine Parteimitglieder. Und nur über seinen einen Großvater erzählt er an anderer Stelle im Interview, dass dieser der SPD nahegestanden habe. Doch seine Erwähnung dient nicht dazu, eine bestimmte familiäre Traditionslinie hervorzuheben. **M57** ist vielmehr daran gelegen, die Eigenständigkeit seiner Parteipräferenz ausbildung hervorzuheben. Und, betont er im weiteren Verlauf, heute begründe sie sich nicht mehr auf kindlicher Schwärmerei, sondern auf einer Identifikation mit der Programmatik.

Auch der 16-jährige **M59** bemüht in seiner Erzählung das Narrativ eines frühen politischen Interesses – allerdings sei er zunächst nicht auf eine Partei festgelegt gewesen:

M59: »[...] ich hab mich früher schon für Politik interessiert hab mir mal die verschiedenen Parteiprogramme angeguckt (.) und dann bin auch zum Schluss auch auf die SPD gekommen (.) ich komm auch aus ner Arbeiterfamilie und (.) auch die die Programme (.) die waren auf mich eigentlich schon ziemlich nah (.) also ich konnt mich damit gut identifizieren (.) hab ich gesagt ja (.) das möchte ich (.) ja.«

Am Anfang habe er sich für Politik interessiert und sich mit Parteiprogrammen befasst. In seiner Familie sei niemand Mitglied einer Partei und die Eltern hätten auch unterschiedliche politische Präferenzen – seine Mutter würde die SPD wählen, sein Vater wäre eher für die CDU. Bei seiner Beschäftigung mit den Programmen wäre er, erzählt der 16-Jährige mit klarer ich-agency, auf die SPD gestoßen. Er bildet eine Präferenz für sie heraus und macht deutlich, dass sie nicht nur auf programmatischer Ebene bestünde, sondern es auch aufgrund seiner Herkunft aus einer Arbeiterfamilie (Vater gelernter Handwerker, Mutter gelernte Verkäuferin) ein Band zur Partei gebe. Unausgesprochen schwingt hier mit, dass er die Charakterisierung der SPD als Arbeiterpartei teilt. Bestimmend ist für seine Präferenz also nicht eine mögliche Parteiidentifikation der Eltern, sondern ihre soziale Stellung – ähnlich wie bei der 17-jährigen **W19**, die ihre Präferenz für die Junge Union mit einem Verweis auf ihre Herkunft aus einer Unternehmerfamilie erklärt: Die CDU wäre ihr damit am nächsten, meint sie.

Die Bedeutung der familiären Übertragung politischer Präferenzen relativieren aber vor allem jene Beispiele, in denen Jugendliche eine andere Parteipräferenz ausbilden als ihre Eltern: Der 16-jährige **M20** und seine wenige Jahre ältere Schwester kommen aus einem, wie er es formuliert, eher linken Elternhaus –

die Eltern würden sich Richtung SPD beziehungsweise Bündnis 90/Die Grünen orientieren. Er und seine Schwester hingegen wären »christsozial« – durch »Zeitung lesen und so« hätten sie sich mit der Zeit mehr und mehr mit der CSU identifiziert. Andere, wie der 17-jährige **M06**, berichten, dass ihr Umfeld sie beeinflusst hätte:

M06: »[...] Jusos [...] also ich kenne niemanden der da drin ist. Aber ich kenne viele Leute die in der JU sind. (.) Das liegt möglicherweise auch damit zusammen dass Ort19 jetzt äh eher CDU ist wahrscheinlich ähm und auch seit längerer Zeit n n CDU-äh-Bürgermeister auch hat ähm (.) aber es ist einfach so dass die JU hier sehr präsent ist und ähm ich selber auch ähm muss ich dann dazu sagen ähm eher äh zu zu der CDU tendiere als zu der SPD zum Beispiel (.) ähm und deshalb Jusos hätten mich da gar nicht wären gar nicht in Frage gekommen gewissermaßen so. Aber die die JU eben schon weil weil äh ich von meiner jetzt Überzeu- (.) politischen Überzeugung eher CDU bin.«

Jusos gebe es bei ihm vor Ort nicht, erzählt **M06**, aber er kenne viele, die bei der Jungen Union seien. Auch an anderen Stellen im Gespräch betont er dies und dass die Jugendorganisation vor Ort sehr präsent sei. Er mutmaßt, dass das damit zusammenhänge, dass seine Heimatgemeinde eher eine CDU-Ortschaft sei. Erst nach dieser Einlassung spricht er über seine eigene Präferenz. Er tendiere eher zur CDU als zur SPD, erzählt er und daher sei er auf die Junge Union gekommen. Obwohl er seine Präferenz als relativ beschreibt, hat er sie im Zuge des Beitrittsprozesses nicht noch einmal überprüft – in der Rekrutierungssituation blieb dafür wohl keine Zeit mehr (s. Kap. 7.1.2.3). Die (wiederholte Betonung der) Präsenz von Mitgliedern der Jungen Union in seinem gleichaltrigen Umfeld (Peers) deutet vielmehr darauf hin, dass diese stabilisierend auf seine Präferenz wirkte. Beeinflusst beziehungsweise verstärkt werden kann die politische Präferenz aber auch durch positive Erlebnisse – so wie bei **M02**:

M02: »[...] ich hatte mich halt auch längere Zeit schon für Politik interessiert und dann war es für mich immer noch zweifelhaft so ja Junge Union CDU (.) jedenfalls und dann (.) ähm (.) haben die halt auch öfter erzählt dass das (.) alles echt cool da ist und (.) ja viel Politik natürlich dann aber auch (.) man feiert da auch nett und so weiter (.) also (.) ähm und (.) ich hab mich aber auch immer- (.) dann hab ich mich mal informiert über die einzelnen Jugend- ähm (.) Jugendorganisationen und ähm (.) dann fiel mir (.) also hier gibt's ja auch noch die JuLis die (.) Jungen Liberalen (.) für die hatt' ich mich dann auch interessiert und hab dann auch mal mit Kon- (.) mit denen Kontakt aufgenommen (.) aber die waren hier in Bundesland03 überhaupt nicht rich-

tig orga- äh die sind schon organisiert aber hier gerade in Ort54 zum Beispiel überhaupt nicht (.) ja und dann ähm (.) dann bin ich einfach an diesem Jungwählerabend bin ich (.) mal mitgekommen und hab mir das da angeguckt und dann hat mir das echt gut gefallen da (.) ja und dann (.) bin ich da (.) beigetreten [...]

Der 16-jährige **M02** ist, wie er betont, politisch interessiert, aber unsicher, ob die Junge Union respektive die CDU die richtige Partei für ihn wäre – auch wenn seine Freunde, die bereits dort Mitglied sind, davon schwärmten. Zumindest motivieren ihn die Erzählungen, sich über andere Jugendorganisationen zu erkundigen. Dabei stößt er auf die Jungen Liberalen (JuLis), für die er sich »auch immer« schon interessiert habe, wie er betont. Er sucht aktiv den Kontakt zu ihnen, muss aber ernüchtert feststellen, dass sie vor Ort nicht präsent sind, so dass er seine Freunde schließlich zu einer Veranstaltung der Jungen Union begleitet. Dort gefällt es ihm so gut, dass sich offenkundig seine Zweifel unter dem Eindruck des Besuchs verflüchtigen, denn er tritt danach, wie er im selben Atemzug sagt, der Jungen Union bei. Auch hier spielt also der Freundeskreis eine wichtige Rolle. Unter dem Eindruck des Engagements seiner Freunde beginnt **M02** seine persönlichen politischen Präferenzen zu klären. Für die letztendliche Festlegung auf die Junge Union sind aber nicht die Peers verantwortlich, sondern das unmittelbare Erleben der Jungen Union vor Ort (vgl. Kap. 7.5.2). Die Präferenz für eine bestimmte Partei(jugendorganisation) kann also nicht nur auf frühen innerfamiliären politischen Sozialisationseffekten fußen, sondern kann auch aus einer eigenen Auseinandersetzung mit politischen Positionen und Meinungen resultieren oder durch das gleichaltrige Umfeld oder durch Erlebnisse beeinflusst werden. Unbestimmt muss an dieser Stelle aber bleiben, wie stark die jeweiligen Präferenzen in den verschiedenen »Abschnitten« der Beitrittsroute ausgeprägt sind.

7.3.2 Unentschlossen

Ein nicht unerheblicher Teil der interviewten Jugendlichen artikuliert, dass sie sich auf die Beitrittsroute mit einer eindeutigen Präferenz für jene Organisation begaben, der sie schließlich beigetreten sind. Eindeutig heißt in diesem Zusammenhang, dass sie erzählen, sich schon lange vor dem Beschreiten der Beitrittsroute für eine Partei entschieden zu haben und im Rahmen der Beitrittsentscheidung diese Präferenz nicht noch einmal prüften oder in Frage stellten. Die Präferenzen sind zum Teil das Resultat

tat einer familiären Übertragung, resultieren aber auch, wie im letzten Unterkapitel gezeigt werden konnte, aus der eigenen Auseinandersetzung mit Politik und Parteien.

Nur wenige Jugendliche hatten sich im Gegensatz dazu noch nicht endgültig entschieden, welcher Partei sie beitreten wollten, als sie begannen über einen Parteibeitritt nachzudenken. Die meisten tendierten zwar in Richtung der einen oder anderen hier im Mittelpunkt stehenden Partei(jugend)organisationen, aber sicher waren sie sich nicht. Gewissheit darüber verschafften sie sich erst auf der Beitrittsroute. **M51** und **M55** besuchten dafür beispielsweise Veranstaltungen verschiedener Parteijugendorganisationen, um sich letztlich Klarheit zu verschaffen (s. ausf. Kap. 7.5.2). **M48** nutzte stattdessen den Wahl-O-Mat, ein interaktives Tool der Bundeszentrale für politische Bildung, um sich vor Wahlen über die unterschiedlichen Positionen der Parteien zu informieren (vgl. Marschall 2005, 2011):

ML: (6) »Sprach eigentlich für Dich irgendwas dagegen (.) CDU Mitglied zu werden?«

M48: (1) »Ja also die CDU die ist (4) also so richtig dagegen sprach nichts äh wie gesagt der entscheidende Punkt war halt (.) war wirklich dieser Wahl-O-Mat im Internet (.) ähm (2) ich hab mich ja für beide (.) Parteien interessiert einmal (.) die SPD (2) äh die sich sozial äh engagiert und (.) Gerechtigkeit und so weiter (.) und einmal die CDU (.) die das auch ein bisschen (.) christlich verbindet (.) und ähm (.) ich habe mir beide Partei(.)programme durchgelesen (.) und ähm schließlich dann mit diesem Wahl-O-Maten und (1) dem Parteiprogramm (.) mich für die SPD entschieden.«

Der 16-Jährige erzählt, er habe sich sowohl für die SPD interessiert als auch für die CDU. Bei beiden kann er Punkte benennen, die ihn persönlich ansprechen. Doch erst die Lektüre der Parteiprogramme und vor allem die Nutzung des Wahl-O-Mat führt dazu, dass er sich für die SPD als jene Partei entschied, der er beitreten wolle. **M48** ist nicht der einzige, der seine Präferenzen über das Werkzeug ordnet. **W21** erzählte im Interview, dass sie das Tool in der Schule benutzt hätte und dort festgestellt habe, dass ihre Auswahl in erster Linie mit der CDU übereinstimmen würde, deren Jugendorganisation sie dann später auch beirat. Und **M32** benutzt ihn, um seine bestehende Präferenz für die CDU zu überprüfen und zu bestätigen.

Und – auch das muss hier abschließend sehr deutlich formuliert werden – eine eindeutige parteipolitische Präferenz ist für ein Einschwenken auf eine Beitrittsroute auch nicht zwingend notwendig:

ML: (1) »Das hätte auch ein anderer politischer Jugendverband sein können?«

M01: »Ja also eigentlich war das überhaupt nicht klar (kurzes verhaltenes Lachen) wenn man jetzt wenn ich jetzt gefragt würd warum Junge Union oder warum CDU (.) gibt es eigentlich keine direkte Antwort (.) eigentlich nur weil es dadurch entstanden ist und ich da glücklich bin und weil es mir so Spaß macht mit den Leuten die ich jetzt kennen gelernt habe.«

Der 16-jährige **M01** räumt mit deutlichen Worten ein, dass es auch ein anderer Jugendverband hätte sein können – die Junge Union ist es nur geworden, weil es »dadurch« entstanden sei – dadurch, dass ein Onkel, der in der CDU aktiv ist, ihm von der Partei erzählt hat und ihn schließlich zu einer Sitzung des Kreisausschusses mitgenommen hatte, wie im Verlauf des Interviews klar wird. Wäre der Verwandte in der SPD gewesen, hätte er auch dort landen können, gesteht er an anderer Stelle. **M07** wiederum lässt im Gespräch durchblicken, dass er vor dem Eintritt keine besondere Meinung über die Junge Union gehabt habe. Sein älterer Bruder, Vorstandsvorsitzender der lokalen Jungen Union, habe ihn halt immer wieder angesprochen, ob er nicht Mitglied werden wolle – es ginge nur um die Statistik. Über die Junge Union weiß der 16-Jährige letztlich nur, dass sie von der CDU komme. Aber, spielt er sein fehlendes Wissen herunter, das wäre die »christlich-demokratische Union« und »nicht so NPD oder so« und daher unproblematisch. Und auch der 14-jährige **M42**, der von seiner Mutter rekrutiert wurde, den Jusos beizutreten, weiß wenig über die SPD oder die Jusos und äußert im Verlauf des Gesprächs auch keine Präferenz für die Partei. Gemeinsam haben die drei, dass sie keine Selbststarter sind. Allerdings ist das keine hinreichende Erklärung für eine fehlende Präferenz, denn andere Aktivierte haben eine. Entscheidend sind hier eher die Faktoren ›Interesse an Politik‹ und ›Form der Aktivierung‹ – alle drei, **M01**, **M07** und **M42**, haben ein schwach ausgeprägtes politisches Interesse und alle drei wurden rekrutiert.

7.3.3 Mutterpartei oder Jugendorganisation?

Neben der Frage, woher die Präferenz für eine Partei rührt, bleibt gerade in Hinblick auf die in Rede stehenden Partei(jugend)organisation zu erörtern, wem diese Präferenz gilt – der (Mutter-)Partei im Allgemeinen oder der Jugendorganisation im Speziellen. Diese Frage drängt sich vor allem auf, weil Jusos und Junge Union für sich eine Eigenständigkeit postulieren. Aber wird diese auch von den Minderjährigen

wahrgenommen? Vor dem Hintergrund der unterschiedlichen rechtlichen Stellungen der beiden Organisationen – die Jusos sind organisatorisch in die Mutterpartei SPD integriert, während die Junge Union eine rechtlich eigenständige, aber mit den Mutterparteien CDU/CSU organisatorisch verklammerte Organisation ist – ist es notwendig, die aufgeworfene Frage auch für beide Parteien und ihre jeweiligen Jugendorganisationen getrennt zu erörtern.

Die große Mehrheit der Jugendlichen äußert im Laufe der Interviews eine Präferenz und unterscheidet dabei selbstständig oder auf Nachfrage, ob diese vor allem der Mutter- oder der Jugendorganisation gelte. Entsprechend kann im Folgenden eine Differenzierung zuerst in Bezug auf die CDU/CSU und Junge Union vorgenommen werden, dann in Hinblick auf die SPD und die Jusos. Abschließend werden alle noch einmal ins Verhältnis zueinander gesetzt.

7.3.2.1 Junge Union und/oder die CDU/CSU

Die Junge Union ist die Jugendorganisation der CDU beziehungsweise der CSU in Bayern. Und doch ist sie eine eigenständige Akteurin, die eigene Veranstaltungen organisiert, eigene Diskussionen führt, eigene politische Forderungen formuliert – entsprechend § 1 ihrer Satzung in der Fassung vom 8. November 1969 in der Änderungsfassung vom 18. Oktober 2009: »Die Junge Union Deutschlands ist die selbständige Vereinigung junger Menschen mit christlichem, demokratischem und sozialem Bewusstsein« (s. ausf. Kap. 3.2.3). Doch viele Jugendliche des Samples sehen diese Eigenständigkeit kaum:

ML: (3) »Und was verbindest Du denn mit der Jungen Union?«

W06: (2) »Ja ist (.) ähm die ist ja von der CDU und ich bin halt auch so (.) die vertreten sozusagen fast meine Meinung [...] weil SPD ähm (.) ist nicht so (.) also ähm (.) ich ste- (.) ich find CDU besser weil die halt meine Meinung eher vertreten und ähm (.) die [SPD] wollen ja auch so (.) weit wie ich das mitgekriegt habe (.) dass sie (.) die Frauen arbeiten und ich äh will halt nicht als Frau also ich will meine Kinder aufziehen und mein Mann soll arbeiten gehen (lacht) soweit wie das klappt (.) ähm (.) und ähm (.) deswegen find ich einfach die CDU (.) besser also ich würd da nicht so unbedingt (.) zu der SPD gehen.«

Die 15-jährige **W06** kommt, gefragt, was sie mit der JU verbinde, gleich darauf, dass diese zur CDU gehört und spricht dann nur noch über die Mutterpartei. Mit der CDU identifiziert sie sich (»ich bin halt auch so«) und erklärt, dass die Partei weitestgehend ihre politischen Vorstellungen vertrete. Sie grenzt sich in ihrer Erzählung

gleichwohl von der SPD ab – diese wolle, dass Frauen arbeiten; sie aber möchte ihre Kinder aufziehen und ihr Mann solle arbeiten gehen, betont sie – daher finde sie die CDU besser. Inhaltlich bezieht sie sich damit auf die Diskussion um das Betreuungsgeld, das auf Wunsch der CSU 2009 mit in den Koalitionsvertrag aufgenommen und im Vorfeld in der Öffentlichkeit breit diskutiert wurde. Die CSU wollte damit erreichen, dass Eltern, die ihre Kinder nicht in eine Krippe geben, ein monatliches Betreuungsgeld erhalten. Die zum Zeitpunkt 15-jährige **W06** findet das gut und präferiert daher die CDU/CSU gegenüber der SPD. Wie die Junge Union dazu steht, spielt für sie keine Rolle, da sie unausgesprochen wohl davon ausgeht, dass sie als Jugendorganisation ebenso diese Forderung vertritt. Auch andere Jugendliche, die der Jungen Union beigetreten sind, gehen davon aus, dass sich deren Agenda mit der der Unionsparteien decke. Die CDU, erzählt beispielsweise **M12**, sei für ihn »die richtigste Partei«, da er »eher Kapitalist und nicht Sozialist« sei. Er wähnt sich sicher, dass die Jugendorganisation bei solch einer zentralen und grundsätzlichen wirtschafts- und letztlich auch gesellschaftspolitischen Frage nicht von der Mutterpartei abweiche. Er und **W06** begreifen die Junge Union dabei, ohne es explizit zu erwähnen, als altersgemäße Vorfeldorganisation der Unionsparteien, in der sich Jugendliche zunächst eben aufgrund ihres Alters organisieren – so wie es **M32** für sich auf den Punkt bringt: »also erstmal JU und dann später CDU«. Doch nicht alle denken so. Vielmehr variiert die Wahrnehmung der Stellung der Jungen Union zur CDU/CSU im Sample. Beinahe ebenso viele, die von einer Kongruenz zwischen Jugendorganisation und Mutterpartei(en) ausgehen, relativieren das Verhältnis zwischen den beiden. **M31** lernte in einer Ferienfreizeit einen drei Jahre älteren Betreuer kennen, der ihm von der Jungen Union erzählt und ihn einlädt, sich diese einmal anzuschauen.

M31: »[...] ja und der hat halt darauf angesprochen ja Junge Union und so da hab ich mir gedacht hör ich mir erst mal an was die machen (.) hab ich mir das alles angehört (.) hab mich dann zu Hause noch mal im Internet informiert (.) auch ü (.) deutschlandweit was die machen (.) CDU natürlich auch ist ja (.) abhängig so ein bisschen (.) ja [...]«.

Wieder zu Hause informiert sich der 15-Jährige zunächst – selbstverständlich auch über die CDU, wie er betont. Denn von ihr wäre die Junge Union »so ein bisschen« abhängig, wie er sagt. **M26** hingegen würde auch das relativieren – für ihn ist die Junge Union selbstständig:

M26: »Also meine Eltern waren sehr begeistert dass ich (.) dass ich vorhab' mich politisch zu engagieren (1). Meine Oma (.) die war weniger begeistert weil sie halt bei der SPD is (.) und da fand sie das halt nicht so toll dass ich dann in Anführungszeichen n Schwarzer werd (.) (1) und da hab ich halt zu meiner Oma gesagt dass das (.) also dass wir schon zur CSU gehören aber das wir nicht (.) von denen abhängig sind also dass wir unsere eigenen Ziele verfolgen.«

Die Abgrenzung der Jugendorganisation von der Mutterpartei entspringt einem Disput mit seiner Großmutter, von dem er erzählt, als er nach Reaktionen auf seine Beitrittsüberlegungen gefragt wurde. Seine Oma gehöre zur SPD, berichtet der 16-Jährige, und deswegen sei sie nicht begeistert gewesen, dass er ein ›Schwarzer‹ würde. In dem Gespräch mit seiner Großmutter versucht er den Konflikt zu befrieden, indem er die Rolle der Junge Union relativiert. Sie gehöre zwar zur CSU, aber sie wäre nicht abhängig von ihr, da sie ihre eigenen Ziele verfolgen würde. Er formuliert das mit einer kollektiven agency, die Identifikation ausdrückt und auch nahelegt, dass die Aussagen im Gespräch mit der Großmutter nicht nur der Wahrung des familiären Friedens geschuldet war. Im Interview greift er diese Formulierung im Übrigen einige Minuten später noch einmal auf, wenn er über die Reaktion seiner Freunde auf seine Beitrittsüberlegungen erzählt:

M26: »[...] es waren einige- (1) einige Aussagen da von Freunden die dann eben gemeint haben (.) dass sie das total schwachsinnig finden und (1) ja dass sie das halt auch mit der CSU net so toll finden und dass es- es ging halt eigentlich hauptsächlich dann um die CSU dass das net so (.) nit so ihr Fall war (1) und da ha hat' ich das dann auch erklärt mit mit Junge Union das hat eigentlich so mit der CSU schon was zu tun aber (.) die verfolgen nicht unbedingt die Ziele von der CSU. Wir haben unsere eigenen Ziele (1) und (.) naja so hat' ich das halt (.) dann gegenargumentiert.«

Er wiederholt gegenüber seinen Freunden dieselben Argumente wie gegenüber seiner Großmutter, wobei er die Selbstständigkeit der Jungen Union zunächst etwas relativiert (›die Junge Union verfolge nicht unbedingt die Ziele der CSU‹), um dann doch ihre programmatische Eigenständigkeit hervorzuheben (›wir haben unsere eigenen Ziele‹). Auch **W12** unterstreicht im Gespräch zunächst die Eigenständigkeit der Jugendorganisation und betont im weiteren Verlauf dann aber eine besondere Aufgabe, die ihr zukomme:

W12: »Ähm, es heißt ja besonders, dass die CDU/CSU so sehr konservativ sein sollen und äh (.) die JU verfolgt eben auch das Ziel, das Ganze liberaler zu gestalten und bis vor einigen Monaten war ja auch die CSU/CDU ziemlich veraltet und so weiter. Und die Junge Union will da eben mehr Schwung reinbringen.«

Gefragt danach, was sie programmatisch bei der Jungen Union anspreche, hebt sie mit einer passiven agency und indirekter Rede zunächst auf die politische Grundausrichtung der Unionsparteien ab – es hieße, sie seien sehr konservativ und bis vor kurzem waren sie auch, wie sie dann in direkter Rede wiedergibt, »ziemlich veraltet«. Die Jugendorganisation verfolge aber unter anderem das Ziel, wie sie formuliert, die Politik der Unionsparteien liberaler zu gestalten und »mehr Schwung« reinzubringen. Die Junge Union ist für sie zwar organisatorisch und programmatisch eine eigenständige Organisation, aber sie richte sich trotzdem an den Unionsparteien aus und sei so etwas wie ihr Jungbrunnen.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass es unter den Jugendlichen des Samples unstrittig ist, dass die Junge Union die Jugendorganisation der Unionsparteien ist. Doch längst nicht alle erkennen die Eigenständigkeit an, die die Organisation zumindest aus rechtlicher Sicht besitzt. Das liegt nicht notwendigerweise an einem zu wenig ausgeprägten Profil der Jugendorganisation, sondern eher an der Assoziationskette der Jugendlichen sowie der mitunter nur oberflächlichen Auseinandersetzung mit der Programmatik und nicht zuletzt auch mit den Positionierungen der Jungen Union. Aber: Wer in der Jungen Union ist, will genau dort sein – vielleicht aus unterschiedlichen Gründen, aber alle wähen sich in der richtigen Organisation.

7.3.2.2 Jusos und/oder die SPD

Die Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialistinnen und Jungsozialisten in der SPD, kurz Jusos, ist die Jugendorganisation der SPD. Sie ist ein integraler Bestandteil der SPD. Ihr gehören, laut I.2a der Grundsätze und Richtlinien für die Tätigkeiten der Arbeitsgemeinschaften in der SPD, automatisch alle SPD-Mitglieder »bis zur Vollendung des 35. Lebensjahres an«. Allerdings regelt § 10a Absatz 3 Organisationsstatut auch, dass eine sogenannte »Juso-Gastmitgliedschaft« möglich ist (s. ausf. Kap. 3.1.3). Sie stellt eine niedrigschwellige Möglichkeit dar, in die Jugendorganisation hineinzuschnuppern, ohne die Rechte und Pflichten der Vollmitglieder tragen zu dürfen respektive zu müssen. Diese Form der Mitgliedschaft ist auf maximal vier Jahre be-

grenzt. Sie soll jungen Menschen ermöglichen, »die Arbeit der Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialistinnen und Jungsozialisten kennen zu lernen und sich dort politisch zu beteiligen«, wie es in der Richtlinie des SPD-Parteivorstands zur Gastmitgliedschaft und für Mitglieder mit Teilrechten (Juso-Mitgliedschaft) in der Beschlussfassung des Parteivorstands vom 16. Januar 2006 heißt. Diese Form der Juso-Mitgliedschaft ist im Gegensatz zur Vollmitgliedschaft bei den Jusos im Übrigen beitragsfrei. Entsprechend gibt es also für die Jugendlichen unterschiedliche Optionen, sich bei den Jusos zu engagieren – anders als das bei der Jungen Union der Fall ist. Der Regelfall für die Jugendlichen im Sample ist jedoch der Eintritt in die SPD, mit dem eben automatisch die Mitgliedschaft in der Jugendorganisation verbunden ist:

ML: »Sag mal Du bist in die SPD eingetreten oder?«

M45: »Ja.«

ML: »Warum nicht direkt bei den Jusos?«

M45: »Naja (.) ja nee man ist äh (.) wenn man in die SPD eintritt ja (.) gleichzeitig Mitglied der Jusos (.) also wenn man unter fünfunddreißig is.«

M45 ist sich über den »Beitrittsautomatismus«, nach dem er als Jung-Mitglied in der SPD automatisch bis zu seinem 35. Lebensjahr bei den Jusos landet, durchaus bewusst. Für den 16-Jährigen gehören SPD und Jusos einfach zusammen und die Frage, warum er nicht direkt und damit nur den Jusos beigetreten sei, stellt sich für ihn nicht. Ähnlich formuliert es **W25**. Sie findet, dass es nur geringe Unterschiede zwischen Mutter- und Jugendorganisation gebe: »... wir ham ja viele Parallelen (.) klar gibts n paar Unterschiede aber ich denke Grund (.) im Grundgedanken ist es dasselbe (.) also (.) find ich«. Entsprechend tritt sie der SPD bei, ebenso wie **M49**. Er betont, dass die Partei genau seine Meinung vertrete und er eben auch etwas von ihr mitbekommen wolle. Und **M41** wirft die Frage auf, warum er auch erst den Jusos beitreten solle, um dann einige Jahre später der SPD beizutreten. So naheliegend die Argumente sind, so interessant ist es eben auch, dass gerade einmal ein knappes Drittel der befragten Jungmitglieder sie teilen.

Ein knappes Viertel ist hingegen bewusst nur den Jusos beigetreten (sog. Juso-Gastmitgliedschaften). Auch bei ihnen variieren die Motive:

ML: »Du bist Mitglied bei den Jusos geworden oder?«

M56: »Ja.«

ML: »Warum bist Du denn nicht gleich Mitglied bei der SPD geworden?«

M56: (2) »Mitglied bei der SPD? (1) Mmh weil die Jusos einfach noch mal nah an meinen- (.) an mir selbst dran sind weil ich selbst noch Jugend bin und die auch eher für die Ziele der jungen Menschen eintreten (.) und auch eher Themen behandeln die mich interessieren (.) eben solche Sachen wie auch diese Schulreform und solche Dinge (.) die haben halt noch mehr (.) da habe ich noch mehr Bezug zu und deswegen ham sie auch mehr Interesse für mich.«

Der 16-jährige **M56** fühlt sich den Jusos näher, weil sie ein Jugendverband seien und damit näher an seiner eigenen Lebensrealität als Jugendlicher. Hinzu käme, dass sie politische Themen bearbeiteten, die einen Bezug zu seiner Lebenswelt aufwiesen, »Sachen wie [...] diese Schulreform«. Die SPD scheint ihm dazu keinen Bezug zu haben und sei, wie er an anderer Stelle erzählt, auch nicht in Frage gekommen. Einige andere betonen stärker ideologische Gründe, warum sie sich explizit für den Jugendverband entschieden hätten. **M39** war beispielsweise auf der Suche nach einer linken Organisation. Die Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ) war ihm aber zu nah an der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) und [‘solid], die Jugendorganisation der Partei Die Linke, im ländlichen Raum zu wenig präsent. Es verblieben aus seiner Perspektive nur die Jusos:

M39: »[...] also die Jusos die sind halt überall würd ich sagen (.) ham mehr Mitglieder (.) und sind besser organisiert und- (.) und da die Jusos eigentlich in äh in Ort71 auch ziemlich links sind (.) hab ich mir gedacht dann ist das eigentlich in Ordnung.«

Seine Wahrnehmung, die Jusos seien bei ihm vor Ort links orientiert, hängt mit der in Teilen unterschiedlichen politischen Selbstverortung des Jugendverbands zusammen. Grundsätzlich gelten die Jusos als links – auf Bundesebene und auch in vielen Bundesländern. Doch längst nicht in allen. Einige grenzten sich gegen den linken Kurs der Bundesebenen ab, bezeichnen sich als junge Sozialdemokraten, nicht als Jungsozialisten.

Der Ortsverein bei ihm vor Ort sei links, erklärt **M39** – das bedeute, führt er an anderer Stelle aus, dass sie sich für ein sozialeres Deutschland einsetzen würden, wo der Mensch und nicht die Wirtschaft im Mittelpunkt stünde. Auch **W02** gelangt zu den Jusos, weil sie in ihnen eine linke Jugendorganisation sieht. Sie erzählt, dass sie sich gerne habe engagieren wollen, aber nicht wusste wo. Sie hätte darüber nachgedacht, vielleicht »Antifa oder so was zu machen«, bis sie dann ein Freund mit

zu den Jusos nahm. Dort stellt sie fest, dass diese ihren politischen Präferenzen nahe kämen und beginnt sich mit der Jugendorganisation zu identifizieren und gegenüber der Mutterpartei zu positionieren:

W02: »[...] ich finde, dass äh wir dann auch zeigen können, dass wir nicht mit allem einverstanden sind, was die SPD macht (.) also und dass wir halt irgendwie trotzdem halt zeigen so (.) ja (.) dass wir auch nicht NUR nach deren Pfeife tanzen.«

Die 16-Jährige meint mit kollektiver agency (›ich finde, dass wir‹), dass sich die Jugendorganisation trotz formaler Abhängigkeit ein eigenes Profil schaffen könne, um eine gewisse Eigenständigkeit hervorzuheben – um zu zeigen, dass sie nicht ausschließlich ›nach der Pfeife‹ der SPD tanzen. Dass die Jusos, bei aller Kritik an der Mutterpartei aber eben Teil der SPD seien, stellt sie nicht grundsätzlich in Frage. Der Grundgedanke derartiger Gastmitgliedschaften scheint daher aufzugehen – es ist eine Probe, um schließlich Vollmitglied zu werden. Und so erzählt **M50** beispielsweise, dass er vor seinem Beitritt zur SPD zunächst den Jusos beigetreten war: Das eine, meint der 15-Jährige, könne »ohne das andere nicht existieren«. Er betont: »Jusos und SPD gehören einfach zusammen«. Trotzdem treten nicht alle Jugendlichen, die zunächst nur Mitglied der Jusos waren, später der Mutterpartei bei. Diese Übergangsverluste kennt auch die CDU/CSU. Doch während es bei ihnen grundsätzlich möglich ist, mit 16 Jahren nur den Christdemokraten oder Christsozialen beizutreten, bleibt jugendlichen Sympathisanten der SPD dieser Weg versperrt – so sehr sich jene, die mit den Jusos in Teilen oder als Ganzes fremdeln, es auch wünschen würden, sie gehören zunächst automatisch der Jugendorganisation an, die eine Arbeitsgemeinschaft innerhalb der SPD darstellt. Bei denjenigen, die mit den Jusos fremdeln, aber mit der SPD liebäugeln, speist sich die Ablehnung der Jugendorganisation aus zwei Motiven:

- Ideologische Motive: Für sie sind die Jusos zu links, was manche gleichsetzen mit Realitätsferne. **M58** erzählt beispielsweise, dass die Jusos seiner Ansicht nach ein »relativ linker (1) Part der SPD« wären, er aber nicht so links sei: »Ich gehör eher zu den Mittlern« und meint damit, dass er zur ›Mitte‹ gehöre. Und **M36** kehrt hervor, dass Jusos »ja junge Sozialisten« heiße. Er aber verstehe sich »eher als Sozialdemokrat als als Sozialist«. Vor Ort mache er aber trotzdem bei der Jugendorganisation mit, da sie dem pragmatischen Flügel zuzurechnen wäre. Auch **M47** grenzt sich gegen den linken Flügel in der SPD sowie von den Jusos als Gesamt-

organisation ab und zählt sich, wie die zuvor zitierten, eher zur politischen Mitte. Seine Sympathie für die SPD komme aus der Zeit der letzten rot-grünen Regierung auf Bundesebene (1998-2005): »[...] Fischer und Schröder [...] weil sie auch beide was bewegt haben und Mut hatten (.) und realistisch waren für mich«. Den besagten linken Flügel und die Jusos hält er hingegen für unrealistisch. An der Jugendorganisation störe ihn unter anderem, wie sie auf der Agenda 2010 »rumhacken« und die »irrealen Vorstellungen«, die sie mitunter vertreten würden, wie es aus dem 17-Jährigen heraussprudelt:

M47: »[...] das ist mir manchmal so zu einfach zu doof weil (.) dann wird dann wird immer gesagt dafür brauchen wir mehr Geld dafür brauchen wir mehr Geld und äh (.) Bildungsnotstand und so weiter (.) es gibt aber keine (.) reellen Vorschläge (.) und wenn man wenn man (.) was zu kritisieren hat dann ist das okay (.) dann soll man sich auch darum bemühen dann inhaltlich n Programm auszuarbeiten was dann daran knüpft (.) und das äh tun sie im Prinzip nicht (.) jedenfalls nicht die Jusos (.) oder nur bedingt [...]«.

Der von **M47** erwähnte »Bildungsnotstand« wurde im Rahmen der Bildungstreiks 2008 immer wieder auf Demonstrationen, Kundgebungen und Wortmeldungen proklamiert und ein verbessertes Bildungssystem gefordert – mehr Geld für die Bildung, mehr Lehrkräfte, bessere Ausstattung und in vielen Ländern die Abschaffung von G8. Auch der Juso-Bundesvorstand unterstützte die Streiks. Deren Kritik findet **M47** letztlich nicht verkehrt, aber er fordert ein, dass dann auch ein Vorschlag folgen müsse, wie es anders sein sollte – und das würden die Jusos eben nur bedingt tun.

Eine besondere Reizfigur der selbsterklärten Pragmatiker respektive Jungen Sozialdemokraten war in dieser Zeit die damalige Juso-Bundesvorsitzende Franziska Drohsel. Sie sah die Jusos als einen eigenständigen sozialistischen Richtungsverband in der SPD an, der sich, wie sie auf dem Juso-Bundeskongress im Juni 2009 selbstbewusst betonte, im Zweifel auch gegen die Mutterpartei zu positionieren habe.⁴¹ Nicht nur damit eckte sie bei manchen der jungen Genossinnen und Genossen an, sondern ebenso mit Wortmeldungen zu anderen Themen:

⁴¹ Drohsel traf damit im Übrigen auf wenig Gegenliebe beim damaligen SPD-Vorsitzenden Franz Müntefering, der vielmehr das Ziel verfolgte, zurück an die Regierung zu gelangen und daher die Jusos »vor Oppositionsträumen« warnte (AP 2009).

M55: »[...] ich muss sagen (.) es gibt ja diese (.) Thesen von der Jusos(.)bundesvorsitzenden Franziska Drohsel (1) die fand ich jetzt nicht so ansprechend (.) also ich muss sagen (.) ich finde Franziska Drohsel ne absolute Fehlbesetzung (.) es gab ja zum Beispiel ähm (.) bei (.) Cicero (.) gibts ja so ‘n Onlineforum da gabs so ‘n Interview mit Philipp Mißfelder dem Vorsitzenden (.) Vorsitzenden der Jungen Union (.) und Franziska Drohsel dann gings (.) um den (.) Begriff Vaterland was die beiden damit verbinden (.) und auf jeden Fall meinte Franziska Drohsel dann (.) ja Vaterland da kann sie sich überhaupt nicht damit identifizieren und das ist ein Begriff den sie politisch sogar eher bekämpfen würde (1) und für solche Aussagen hab ich einfach kein Verständnis [...] ich hab halt dort gefragt (.) bei den Jusos als ich das erste Mal da war wie das denn so aussieht (.) wie die (.) zu der stehen (.) als mir dann versichert wurde dass die auch nicht so gut auf die Frau zu sprechen sind (1) hatt ich dann eigentlich nicht so ‘n großes Problem mit diesen Thesen [...]«⁴²

Für **M55** wird das kritisch-ablehnende Verhältnis von Drohsel zum Begriff Vaterland (im Interview spricht sie tatsächlich von der ›Deutschen Nation‹) zum Gradmesser. Er habe für ihre Positionierung kein Verständnis. Als ihm die Jusos vor Ort aber versichern, dass sie seine Abneigung gegen Drohsel teilten, relativiert sich für den 17-Jährigen das Problem und er macht bei ihnen mit.

Doch den Pragmatikern unter den Jusos, die gegebenenfalls auch nur bei der Mutterpartei mitmachen würden, verwehrt das Mitgliederstatut eben diese Möglichkeit.

- Personelle und organisatorische Motive: Jenseits dieser ideologischen Spannungen führen mitunter aber auch alltägliche Probleme dazu, dass Neumitglieder versuchen, sich direkt bei der Mutterpartei einzubringen. **M59** hatte im Rahmen seiner Beitrittsüberlegungen einige Jusos kennengelernt – darunter einige »Verrückte«, erzählt er, vor allem aber seien da »auch zwei drei Leute« gewesen, die wären so arrogant gewesen, »da hab ich gesagt nee (.) dann geh ich lieber erst in die richtige Partei«. Der 16-Jährige ist daher nicht nur bewusst Mitglied der SPD geworden, sondern versucht vor allem Anschluss an den Ortsverein zu finden, um so einen Bogen um die Jusos machen zu können. **M33** wiederum schildert, dass er den Weg zur Mutterpartei aus pragmatischen Gründen einschlagen müssen:

⁴² Im »Streitgespräch« mit Philipp Mißfelder und Franziska Drohsel 2009 fragte *Cicero Online* Chefredakteur Dr. Alexander Görlach nach ihrer Assoziation zum Begriff »Vaterland«, worauf Drohsel nach Mißfelder äußerte: »Ja also (.) deutsche Nation (.) das ist für mich überhaupt nichts, auf das ich mich positiv beziehe (.) würde ich politisch sogar eher bekämpfen« (dokumentiert auf: Junge Union 2008).

ML: »Warum bist Du eigentlich in die SPD eingetreten und nicht direkt bei den Jusos?«

M33: »Weil (.) ähm (1) wie gesagt bei uns gibts jetzt keine (.) ähm (1) keine Juso-Gruppe hier direkt in Ort76 sondern (.) ähm das fängt in Ort62 an (1) das ist ungefähr 30 Kilometer von hier (.) wo's die erste Juso-Gruppe gibt (.) ähm im Süden (.) und (1) ähm (.) ich mein, dass du (.) dass ich ja noch unter 30 bin (.) bin ich ja automatisch bei den Jusos (.) und (.) ja (.) deswegen bin ich in die SPD eingetreten, weil die halt hier vor Ort auch präsent sind (.) zumindest n paar.«

Der 16-Jährige skizziert ein klassisches Problem des ländlichen Raums. Die Jusos verfügen vor allem in Groß- und Mittelstädten über eigene Arbeitsgemeinschaften, in Kleinstädten oder Dörfern sind sie vielerorts wenig bis gar nicht präsent. Hinzu kommt im Fall von **M33**, dass er im Süden Deutschlands in einer Region lebt, in der auch die SPD sehr unterrepräsentiert ist – in Hinblick auf ihre Wahlergebnisse, aber auch organisatorisch. Für den 16-Jährigen stellt sich zudem das Problem, dass die nächst gelegene Juso-Gruppe 30 Kilometer entfernt ist – mit öffentlichen Verkehrsmitteln für ihn nur schwer erreichbar, wie er an anderer Stelle im Gespräch berichtet. Daher engagiert er sich vor Ort in der SPD, weil zumindest die (noch) präsent sei. Ein anderes organisatorisches Problem skizziert **M46**. Der 16-Jährige betont, dass er im Grunde schon gerne direkt bei den Jusos eingetreten wäre und auch da mitgemacht hätte, nur hätten sich diese erst spät und relativ unverbindlich zurückgemeldet:

M46: »[...] dann hab ich irgendwann so nach zwei Wochen (.) nachdem ich die E-Mail mal geschrieben hab da hab ich mal so ne Antwort mal bekommen (.) so ne Zaghafte von wegen dann und dann wär wo mal irgendwie irgendwas (1) wüsste er aber noch nicht so genau (.) und äh (2) dann pfff (.) war mir das n bisschen zu undetailliert [...]«

Nach einer gefühlt langen Zeit habe er von den Jusos eine unverbindliche Nachricht bekommen, erzählt **M46**, dessen Enttäuschung in seinen Worten noch leicht spürbar ist. Der 16-Jährige wendet sich daraufhin an den Bürgermeisterkandidaten und geht direkt zur Mutterpartei. Die von ihm geschilderte Erfahrung haben auch andere interviewte Jugendliche mit Arbeitsgemeinschaften gemacht – mitunter reagierten die vor Ort angeschriebenen Gruppen spät oder gar nicht auf Kontaktaufnahmeversuche.

Darüber hinaus lassen sich im Sample zwei weitere Gründe identifizieren, warum Jugendliche sich gezielt der SPD und nicht der Jugendorganisation zuwandten:

- **Persönliche Zugänge zur Mutterpartei:** Die Jugendlichen kannten durch erwachsene Familienangehörige bereits SPD-Mitglieder, die sie zu Veranstaltungen der Partei begleiteten, während ihnen der Jugendverband fremd blieb. **W28** schilderte beispielsweise, dass sie über ihre sehr aktive Mutter seit Jahren an Veranstaltungen der SPD teilgenommen hätte und darüber alle im Ortsverein kenne. Ähnliches erzählte **W26**, deren Eltern in der Partei aktiv seien – sie habe dadurch die Chance gehabt, »direkt bei den Großen mit reinzurutschen«. Hinzu kommt bei der 17-Jährigen, dass sie keinen Bezug zu den Jusos hat:

ML: »Hattest Du denn schon mal Kontakt zu den Jusos?«

W26: »Eigentlich eher nicht (1) also ich kenn jetzt auch eigentlich kaum n Jugendlichen (.) die in Parteien sind (1) oder eigentlich gar keine (1) und ähm deswegen hab ich mich dann erstmal an die gehalten die ich kannte [...]«.

Sie verneint die Frage, ob sie schon einmal Kontakt zu den Jusos gehabt hätte. Nach kurzem Zögern schließt sich, quasi als Rechtfertigung, der Hinweis an, dass sie keine Jugendlichen kennen würde, die in einer Partei wären. Deswegen, gesteht sie ein, habe sie sich an das gehalten, was sie kenne – und das wäre eben die SPD, mit der sie durch ihre Tante, bei der sie lebt, vertraut ist.

- **Fehlender Bekanntheitsgrad:** Die Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialistinnen und Jungsozialisten war einem Jugendlichen – **M48** – bis zu seinem Eintritt unbekannt. Das scheint nicht ungewöhnlich, auch Jens Jungblut und Regina Weber (2013) schildern, dass Neumitgliedern der SPD die Jusos zum Teil unbekannt sind. Dabei erzählt **M48** im Interview, dass er im Politikunterricht zu den Aktivsten gehöre. Allerdings hat der 16-Jährige, der auch Schulsprecher ist, keine klare Präferenz, sondern könne sowohl der SPD als auch der CDU etwas abgewinnen – Gewissheit bringt ihm erst der Wahl-O-Mat. Doch scheint er sich im Anschluss und vor dem Beitritt nicht tiefgründiger mit der SPD beschäftigt zu haben:

ML: (1) »Sag mal, Du bist ja in die SPD eingetreten (.) warum bist Du nicht direkt bei den Jusos eingetreten?«

M48: (1) »Die Jusos kannte ich bis dahin noch gar nicht (.) da habe ich (.) da hab ich dann auch später erst äh von äh mitbekommen (.)

dass es so ne- (.) solche Organisationen gibt (1) äh (.) vielleicht (.) hätte ich das früher gewusst wäre ich sogar schon früher in die Jusos eingetreten.«

Von den Jusos, präzisiert der 16-Jährige, habe er erst erfahren, als er online beigetreten sei. Hätte er vorher gewusst, dass es so eine Organisation gäbe, wäre er »sogar schon früher in die Jusos eingetreten«, mutmaßt er. Sein Eingeständnis zeigt aber letztlich auch, dass er sich im Vorfeld nicht sehr gründlich informiert hat, denn die Website der SPD verweist unter anderem auf die Jusos – Jungsozialistinnen und Jungsozialisten in der SPD. Nichtsdestotrotz zeigt das Beispiel, dass ein fehlender Bekanntheitsgrad dazu führen kann, dass es nicht zu Beitritten in die Partei(jugend)organisationen kommt.

7.3.3 Zusammenfassung

Die meisten Jugendlichen des Samples begaben sich auf die Beitrittsroute mit einer eindeutigen Präferenz für jene Organisation, der sie dann beitraten. Mit Vorsicht zu genießen ist dabei die Bedeutung intergenerationaler Vererbung der Parteidentifikation: Zwar lassen sich entsprechende Effekte nachweisen, gleichzeitig zeigen gegenläufige Präferenzbildungen aber auch die begrenzte Aussagekraft dieser These. Ein Teil der Heranwachsenden weiß glaubhaft zu versichern, dass sie die jeweilige Präferenz über die vergangenen Monate und Jahre selbstständig herausgebildet haben. Gleichwohl starten einige Jugendliche auch auf der Beitrittsroute ohne eindeutige Präferenz – diese werden sie erst im Laufe des Prozesses entwickeln. Eine besondere Rolle kommt dabei den später noch zu erörternden Erstkontakten mit den Partei(jugend)organisationen zu (s. Kap. 7.5). Da diese Erhebung zwei unterschiedliche Organisationen in den Blick nimmt, die sich in ihrer rechtlichen Stellung gegenüber den Mutterparteien unterscheiden, war auch danach zu fragen, wem eigentlich die Präferenz gilt: der jeweiligen Mutterpartei oder der Jugendorganisation. Hier zeigt sich, dass die Jugendorganisationen zwar in der Regel mit Perspektive auf die Mutterorganisation ausgewählt werden, aber während die Neumitglieder der Jungen Union genau dort sein wollen, wo sie sind, hadert ein nicht unerheblicher Teil der Neumitglieder der SPD mit unterschiedlichen Motiven ihrer automatischen Zuordnung zu den Juso-Arbeitsgemeinschaften.

7.4 Gespräche im sozialen Umfeld

Die Beitrittsroute ist, egal ob die Jugendlichen aktiviert werden oder selbst starten, in der Regel flankiert von Gesprächen – mit gleichaltrigen Freunden, mit den Eltern oder Verwandten. Mit ihnen sprechen sie über ihre Überlegungen, Vorstellungen sowie Befürchtungen – allerdings mit unterschiedlicher Intensität.

Die Ausnahmen stellen hier drei Jugendliche dar, die mit niemandem aus ihrem sozialen Umfeld über ihre Idee, einer Partei(jugend)organisation beizutreten, gesprochen haben. So ein Beitritt sei ›kein Weltereignis‹, argumentiert **M41**, deswegen habe er keine Notwendigkeit gesehen, mit anderen darüber zu reden. Und **M45** erzählt, er habe das alles mit sich ausgemacht – warum, darüber schweigt er sich aus. Im Gegensatz zu **M34**. Er befürchtete, dass seine Überlegungen nicht ernst genommen würden, wenn er mit anderen über seine Pläne spräche:

M34: »Ähm nein überhaupt nicht (.) mit keinem weiter (1) das hab ich so mit mir- (.) mit mir selber ausgemacht (.) weil ich einfach auch irgendwie (.) ja (.) war mal (.) is meine Entscheidung gewesen und (1) und ich hätte jetzt niemanden so direkt gehabt, mit dem ich, wo ich gedacht hab, wenn ich mit den Leuten drüber red, dann sind sie so (.) oder (1) weiß nicht (.) oder wie ernst die mich dann da nehmen und dann hab ich mir einfach (.) gedacht (.) so ich war- (.) ich hab dann einfach- (.) drum hab ich mir auch etwas schon etwas länger Zeit gelassen und immer wieder (.) abgewogen für mich selber [...]«

Er hätte niemanden gehabt, mit dem er über sein Vorhaben habe sprechen können und habe Sorge gehabt, nicht ernst genommen zu werden. Warum der 16-Jährige diesen Eindruck hatte, erschließt sich nur begrenzt im Interview. Zumindest mit seiner Mutter, erzählt er an anderer Stelle, spreche er über Politik. Seine Freunde jedoch wären desinteressiert. Vielleicht ist das die Ursache für seine Sorge.

Gleichaltrige lösen, wie erwähnt, in der Pubertät eigentlich die Eltern als Gesprächspartner ab (s. Kap. 6.2.1). Deswegen werden sie zuerst ins Blickfeld gerückt. Allerdings erzählen viele der Interviewten, dass sie belächelt oder verlacht wurden, als sie im Freundes- und Bekanntenkreis von ihren Überlegungen berichteten:

M32: »Ja zuerst haben sie mich natürlich alle für verrückt abgestempelt (lacht) das ist ja heutzutage so (.) wobei auch wirklich viele Jugendliche Politik einfach nur langweilig finden und deswegen überhaupt nix wirkliches halten (.) und (.) ja (.) aber (.) was die finden muss ich ja nicht finden.«

Die Ursache für den Spott, mutmaßt der 17-jährige **M32**, liege darin, dass sich Jugendliche heute in der Regel nicht mehr für Politik interessieren würden. Das vermutet auch die 15-jährige **W06**:

W06: »Ja also pff (.) ich mein die meisten können sich glaub ich nicht so richtig vorstellen was man da macht und die ins äh (.) interessieren sich glaub ich auch nicht so für Politik und ist halt (.) konnten die also (.) konnten damit nichts anfangen sagen wir mal so (.) glaub ich«
 ML: »Aber ist auch nicht so dass die jetzt Sprüche machen? «
 W06: »Ja doch eine sachte öhr was willsten da? Ähm (.) das ist aber so ne doofe Kuh (.) na ja.«

Die meisten in ihrem Freundeskreis hätten kein Interesse an Politik, erzählt sie auch an anderer Stelle, und könnten daher auch nichts mit ihren Beitrittsüberlegungen anfangen.

Neben dem Unverständnis, mit dem ihnen begegnet würde, berichteten andere Jugendliche, dass sie aufgrund ihrer Parteienpräferenz aufgezogen worden seien – wie beispielsweise der 16-jährige **M48**, der schließlich der SPD beitrug:

M48: »Ja (.) äh ich weiß jetzt nicht, ob die ernst gemeint sind ähm (.) man sagt äh (.) plakti- (.) äh praktisch dann (.) kriegt man so was zu hören wie ähm (1) ja bist ja jetzt der Kommunist (.) in der Klasse (1) ähm (.) aber die meisten (.) aus der Klasse interessieren sich eigentlich nicht für die Politik (.) das ist mehr dann so ein bisschen (.) Gelächter [...]«

Auf seiner Beitrittsroute musste sich **M48** als ›Kommunist der Klasse‹ schmähen beziehungsweise Gelächter über sich ergehen lassen. Aber, entschuldigt er sie, sie würden sich auch nicht für Politik interessieren. Im Unterton schwingt dabei mit, dass sie es eben auch nicht besser wüssten. Auch der 17-jährigen **W20** begegnet eine Freundin mit deutlichem Unverständnis, als sie von den Beitrittsüberlegungen in die Junge Union erfährt. Sie müsse doch in ihrem Alter eine Rebellin sein und zu den Jusos gehen, habe die zu ihr gemeint, erzählt **W20**. Dabei schwingt die Vorstellung mit, dass die Jugendorganisation der Unionsparteien sittsam und langweilig sei. **W20**, aber auch die anderen Betroffenen irritiert und verletzt das. Insgesamt erzählen 20 Jugendliche im Interview, dass sie kaum oder gar nicht mit Gleichaltrigen über ihre Gedanken sprachen. Die meisten von ihnen, weil ihr Umfeld entweder unpolitisch oder desinteressiert sei oder, wie bei **M46**, andere Interessen hätte:

M46: »[...] aber bei denen [aus] meiner Klasse ist einfach so dass die Interessen ganz verschieden sind zum Beispiel (.) also (.) die Jungs beispielsweise ham (1) ver- (.) können ihre Zeit super zig Tage vor Computern verbringen (.) vor sämtlichen Egoshootern und wat weiß ich was das Angebot grade zu bieten hat (.) und mich hält's da keine zehn Minuten vor ich seh das wirklich als Zeitverschwendung an von dem her sind die Interessen einfach ganz verschieden [...]«

Seine Klassenkameraden, berichtet der 16-jährige **M46**, verlören sich ›im Gaming‹, während er das für Zeitverschwendung halte. Und er habe Sorge gehabt, erzählt er an anderer Stelle, dass er sie mit seinem Interesse eher verschrecken würde. Daher habe er in erster Linie mit seinen Eltern über sein Vorhaben gesprochen.

Nichtsdestotrotz spricht eine deutliche Mehrheit mit mindestens einer gleichaltrigen Person im Entscheidungsprozess. Gesprächspartnerinnen und -partner sind dabei beste Freunde oder Freundinnen, Klassenkameradinnen beziehungsweise -kameraden oder andere Bekannte. Sie finden in ihnen in der Regel ein interessiertes Gegenüber, das ihnen zuhört. Einige berichten, dass ihre Gesprächspartnerinnen und -partner dabei durchaus von ihrer eigenen Meinung abstrahieren konnten und sie in ihren Überlegungen bestärkt hätten, auch wenn sie betonten, dass sie persönlich diesen Schritt nicht gehen würden:

M57: »[...] Freunde ham halt auch also da ham sie natürlich einige ham denn gesagt was willst du denn jetzt schon in der SPD oder was willst du da denn jetzt schon du bist noch Schüler brauch man doch noch nicht und. Aber da auf der anderen Seite haben sie denn halt auch gesagt ja das also das ist das richtige für dich also wenn man weiß ich nicht wir hatten wir zwar noch kein Wirtschaft und Politik aber so Geschichte Erdkunde so diese Fächer das sind halt noch so besondere Stärken und ähm da ham die gesagt ja also was du so politisch weißt das ist da kann äh kannst du gut reinpassen und ähm guck dir das doch auf jeden Fall mal an aber entscheide nichts überhastet (.) Ja also das war aber das war aber sehr wichtig dass man jetzt nicht da einfach so mit dieser Entscheidung so ganz allein gestellt war [...]«

Die Freunde des 16-jährigen **M57** hätten ihm gegenüber zunächst ihr Unverständnis ausgedrückt, warum er sich bereits in so jungen Jahren bei der SPD engagieren wolle. Doch angesichts seines Wissens um Politik betonten sie schließlich, dass das Ganze trotzdem etwas für ihn sein könnte. Ähnlich argumentiert ein Freund der 17-jährigen **W27**. Persönlich lehne er die Junge Union zwar ab, aber für sie könne die Jugendorganisation etwas sein, weil sie ihren Ansichten am nächsten käme. Er geht

damit auf Abstand zu seinen eigenen politischen Präferenzen und überlegt stattdessen, was aus seiner Perspektive für sie am besten wäre. Derartige Rückmeldungen sind den Jugendlichen wichtig. Sie erachten sie als Unterstützung, sich eine Meinung bilden zu können und begreifen sie auch als Rückversicherung, sich mit einem Beitritt nicht von ihren Freunden beziehungsweise Freundinnen zu isolieren.

Einige Interviewte berichten ferner, dass die Gespräche dazu führten, beim Gegenüber ein Interesse zu wecken. Und mitunter fragen sie ihre Freunde und Freundinnen gezielt, ob sie vielleicht auch Interesse hätten, sich einer Partei(jugend)organisation anzuschließen – wie im Fall von **M43**:

M43: »[...] und dann hab ich mich zusammen mit meinem Freund (.) [...] (.) zusammengesetzt und dann haben wir- (.) hab ich ihn mal gefragt ob er Lust hätte bei den Jusos ob wir da nicht mal hingehen sollen (.) uns das mal angucken sollen (.) und dann hat sich das so ergeben (.) dann sind wir dahin gegangen und haben uns das angeguckt.«

Der 16-jährige **M43** fragt seinen Freund, ob er nicht »Lust« hätte, mit ihm gemeinsam zu den Jusos zu gehen, um sich das anzuschauen. Aus solchen Gesprächen können Beitrittsgemeinschaften erwachsen, die den Schritt in die Partei(jugend)organisation erleichtern – sie begeben sich nicht allein auf ein ihnen oft unbekanntes Terrain (s. Kap. 7.5.2), sondern eben gemeinsam mit einer Bezugsperson.

Am häufigsten sind jedoch jene gleichaltrigen Gesprächspartnerinnen und -partner, die selbst bereits Mitglied einer Partei(jugend)organisation sind. **M02** erzählt beispielsweise, dass zwei seiner engen Freunde zunächst Mitglieder der Jungen Union geworden seien und ihm öfter erzählt hätten, dass es »alles echt cool« sei. Infolge derartiger Gespräche kann es, wie bereits ausgeführt, zu Ketteneintritten kommen: Sein Klassenkamerad und Freund VN63 habe ihm wiederholt von den Jusos erzählt, erinnert sich beispielsweise auch **M35**. Der 16-Jährige wird dabei von seinem Freund aktiviert und trägt die Idee eines möglichen Beitritts an seinen Freund **M36** weiter, den er wiederum damit aktiviert. Der Grat zwischen einem normalen Gespräch über das Engagement in den Partei(jugend)organisationen und einer Aktivierung ist in solchen Fällen schmal. Eine Differenzierung ist nur möglich, wenn die Qualität der Gespräche beziehungsweise die Gesprächsinhalte in den Mittelpunkt gerückt werden. Diese Analyse würde hier allerdings zu weit führen. Außerdem müsste dafür auch das Forschungsdesign variiert werden, um diese Gespräche stärker in den Mittelpunkt stellen zu können.

Insgesamt haben 43 Jugendliche mit mindestens einer gleichaltrigen Person im Entscheidungsprozess gesprochen, das sind rund zwei Drittel der Befragten. Dem steht gegenüber, dass nur drei Jugendliche nicht mit ihren Eltern über ihre Überlegungen gesprochen, sondern diese erst nach dem Beitritt vor »vollendete Tatsachen« gestellt hätten. Und sechs erwähnten explizit, dass sie zuerst und ausführlich mit einem Freund beziehungsweise einer Freundin gesprochen hätten und erst dann mit den Eltern. Dabei wiederholt sich jedoch nur, was sich schon zuvor zeigte: Die Jugendlichen des Samples reden nicht nur mehr mit den Eltern als mit Gleichaltrigen über Politik, sondern sie suchen auch in der Phase der Orientierung hinsichtlich eines möglichen Beitritts verstärkt das Gespräch mit den Eltern – vor allem eben, weil sie in Gleichaltrigen seltener einen an Politik interessierten Gesprächspartner oder eine interessierte Gesprächspartnerin finden.

Mit den Eltern sprachen, wie erwähnt, beinahe alle Interviewten. Dabei zeichnet sich kein eindeutiges Bild ab, ob ein Elternteil besonders bevorzugt wird. Zwölf sprachen vorwiegend oder ausschließlich mit der Mutter, davon sechs Jungen und sechs Mädchen. Und elf sprachen vorwiegend oder ausschließlich mit dem Vater respektive Stiefvater über die Entscheidung – hier neun Jungen und zwei Mädchen. In der Regel sind das die Elternteile, mit denen sie auch hauptsächlich über Politik sprechen (s. Kap. 6.2.1).

Dabei stehen die Eltern den Überlegungen ihrer Kinder überwiegend positiv gegenüber:

M05: »[...] die haben das sofort gutgeheißen da und die haben dann gesagt wenn du da rein willst dann geht dann rein und das wird dir ganz bestimmt nicht schaden dann kannst du auch was verändern und so.«

Gutgeheißen hätten seine Eltern seine Idee, erinnert sich der 17-jährige **M05**. Sie hätten betont, dass es nicht schaden würde und er bekäme die Möglichkeit etwas zu verändern. Andere Eltern sind zunächst vor allem davon begeistert, dass sich ihr Nachwuchs überhaupt für Politik interessiert und/oder sich für etwas engagieren möchte. Trotzdem schwangen bei den Eltern mitunter auch Sorgen mit, erinnern sich manche Jugendliche. Ein wesentlicher Punkt sei das Zeitmanagement des Nachwuchses gewesen sowie die Befürchtung, dass die Mitgliedschaft eine wesentliche Mehrbelastung neben der Schule und möglichen anderen Hobbys bedeuten könnte. Andere befürchteten, dass die Jugendlichen überstürzt beitreten könnten und mahn-

ten an, sich den Schritt gut zu überlegen (s. auch Kap. 7.5.2). Und wiederum andere hegten Zweifel, ob sich ihr Kind ausreichend mit seiner oder ihrer politischen Präferenz beschäftigt habe:

M31: »Oh ja meine Eltern die (.) die sind natürlich immer etwas (.) [...] (.) sorgenvoller (.) die ham gesagt ja und ob du das zeitlich schaffst nicht dass du- (.) identifizierst du dich wirklich mit- richtig mit der CDU (.) hast du dich da mal richtig (.) reingearbeitet sach ich ja CDU und JU sind ja noch n bisschen was anderes und so aber noch bin ich nicht in der CDU sag ich immer (.) ich muss erstmal in der Jugendorganisation teilnehmen.«

Der 15-jährige **M31** muss seine Überlegungen über den Beitritt zur Jungen Union regelrecht vor seinen Eltern rechtfertigen, um ihren Sorgen, er könnte sich damit nicht ausreichend beschäftigt haben, zu begegnen und diese zu entkräften.

Tatsächlich sind die politischen Präferenzen des Nachwuchses ein wesentlicher Diskussions- beziehungsweise Kritikpunkt. Auf ihm beruht in der Regel auch die ablehnende Haltung eines Elternteils oder der Eltern:

M24: »Ja (.) mein Vater hat das (.) begrüßt hat gesagt dass ich dass er das gut findet (.) dass man sich da n bisschen mit für einsetzt ja gut (holt Luft) (.) meine Mutter verbindet mit der CSU (.) nichts (.) deswegen (.) mei sie hat gesagt ich kann das machen (.) wenn ich das möchte (.) aber (.) so jetzt groß negativ hat sie jetzt auch nix gesagt aber war net besonders (.) äh erfreut darüber.«

Der Vater des 15-jährigen **M24** war früher selbst einmal Mitglied der Jungen Union und ist nun passives Mitglied der CSU. Seine Begeisterung für das Interesse seines Jungen orientiert sich an seiner eigenen politischen Präferenz. Die Mutter scheint sich, so ist der Wiedergabe des Jugendlichen zu entnehmen, gar nicht an der Jungen Union selbst zu stoßen, sondern bezieht sich einzig auf die CSU, mit der sie nichts verbinde. Aber außer, dass sie nicht erfreut gewesen sei über sein Vorhaben, habe sie nichts gesagt, erzählt **M24**. Anders reagiert die Mutter von **W02**, die den Jusos beitreten möchte:

W02: »[...] meine Mutter hätte es ja lieber gesehen dass ich zu den Grünen gegangen wär aber (.) mein Vater war da voll begeistert von.«

Ihre Mutter, so die 16-Jährige, hätte es lieber gesehen, wenn sie zu den Grünen gegangen wäre. Der Einfluss der Mutter ist aber begrenzt, zeigt sich im weiteren Gespräch, denn ihr Vater ist nach ihrer Freundin ihr Hauptgesprächspartner beim Thema Politik. Und der sei, wie die Oma, Mitglied der SPD. Entsprechend ist die Begeisterung des Vaters, die **W02** wiedergibt, nachvollziehbar. Einige andere Jugendliche erzählen noch von weitaus deutlicheren Reaktionen, wie beispielsweise **M08**, der der Jungen Union beigetreten ist:

M08: »[...] meine Eltern waren bisschen wie sagt man schockiert. Weil die sind eben eher etwas links gerichtet (.) und also meine Geschwister alle auch und ich bin da n bisschen aus der Reihe getanz [...]«.

Seine Eltern seien ein wenig ›schockiert‹ gewesen, als er ihnen von seinem Vorhaben erzählt habe, berichtet der 15-Jährige. Seine Familie, versucht er zu erklären, sei eben eher politisch links orientiert, während er, wie er es an anderer Stelle im doppelten Sinn formuliert, eben das ›schwarze Schaf‹ der Familie sei. Mit deutlicher Skepsis reagieren auch die Eltern von **M51** auf dessen Idee, der Jungen Union beizutreten – allerdings nicht aus parteipolitischen Gründen:

M51: »[...] meine Eltern waren nicht wirklich dafür (.) das war mehr äh die haben halt dann gesagt wenn du es jetzt unbedingt machen willst dann mach's halt aber die hatten halt die ham auch n bisschen damit das Problem gehabt dass sie jetzt nicht wollen dass ich mich dann äh also praktisch von ihrer Praxis irgendwie da mit irgendwelchen Äußerungen oder äh irgendwelchen Aktionen oder so was dann den Stand ihrer Praxis oder so dann irgendwie dass die Leute dann sagen jetzt schicken sie den da in die Politik und äh so wie der wurde ja nur von seinen Eltern da- (.) da hat schon was dagegen gesprochen das habe ich auch verstanden aber (1) das hab ich dann also da haben wir auch noch mal drüber gesprochen gehabt [...]«.

Seine Eltern hätten in Hinblick auf ihre Arztpraxis Sorge um ihren Ruf gehabt. Sie befürchten, erzählt der 15-Jährige, dass seine möglichen Äußerungen oder Aktionen negative Konsequenzen haben könnten beziehungsweise die Menschen auf die Idee kommen könnten, dass die Eltern ihren Sohn in die Politik geschickt hätten. Offen bleibt, warum letzteres relevant ist. Vermutet werden kann aber, dass hier die Sorge mitschwang, dass der Eindruck entstehen könnte, sie wollten sich über diesen Weg

Vorteile verschaffen. Er habe den Unmut der Eltern verstanden, räumt **M51** ein und erzählt, nach kurzem Stocken, dass sie darüber noch einmal gesprochen hätten.

Neutral reagiert in der Erhebung nur ein Elternteil: **M10** erinnert sich, dass er mit seinem Stiefvater, mit dem er auch ansonsten über Politik diskutiert, ausgiebig über seine Pläne gesprochen habe, in die SPD einzutreten. Dieser habe ihn dann »weder positiv noch negativ beeinflusst«, sondern ihn sehr »sachneutral« beraten und »natürlich freigestellt was ich dann (.) machen möchte«. **M52** hingegen erzählt, dass seine alleinerziehende Mutter seinen Plänen, in die Junge Union einzutreten, gleichgültig gegenüberstand. Ihr wäre Politik schlichtweg egal, erzählt der 16-Jährige.

Geschwister haben als Gesprächspartnerin oder -partner hinsichtlich der Beitrittsentscheidung eine ähnlich nachgeordnete Rolle wie als Gesprächspartnerinnen oder -partner über Politik im Allgemeinen (s. Kap. 6.2.2). Im Sample haben die Interviewten, wenn dann nur mit älteren Brüdern und Schwestern gesprochen, zu denen sie ein Vertrauensverhältnis haben und/oder denen sie Kompetenzen mit Blick auf das Thema Politik zusprechen. Eine besondere Rolle kommt dabei jenen zu, die selbst Mitglieder bei Partei(jugend)organisationen waren oder sind. In diesen Fällen werden sie mitunter auch gezielt angesprochen – insofern es nicht bereits gemeinsame Gespräche zum Thema gibt. Die beiden älteren Geschwister von **W14** waren beispielsweise schon vor ihr Mitglied der Jungen Union und versuchen sie zu motivieren, dazuzustoßen. Währenddessen nutzt **M07** seinen aktiven Bruder als Informationsquelle, um zu erfahren, was der Beitritt zur Jungen Union koste und was man da zu tun habe. Anders ist es, wenn die Geschwister nicht mehr aktiv sind oder bereits wieder ausgetreten sind. **M06** berichtet beispielsweise von seinem Bruder, der früher bei der Jungen Union war. Der habe ihm, aufgrund der »etwas negativen Erfahrungen, die er damit gemacht« habe, geraten es lieber sein zu lassen.

Nur drei weitere Interviewte hoben noch Gespräche mit ihren Geschwistern besonders hervor: **M51** erzählt, dass sein Bruder ihm »total abgeraten« habe beizutreten. Er meinte, er solle das erst machen, wenn er volljährig wäre. Die »große Schwester« von **W12** fragte sie hingegen, ob sie sich wirklich sicher wäre hinsichtlich ihrer Präferenz für die Junge Union. Die Nachfrage rühre daher, dass ihre Schwester zu den Liberalen neige, erklärt die 18-Jährige gleich darauf. Und **M57** redet vor allem mit seinen beiden älteren Schwestern über seine Pläne;

besonders eine von ihnen habe ihn gut beraten. Sie habe kritisch nachgefragt, ob er eine Mitgliedschaft zeitlich unterbekäme und gleichwohl betont, dass sie sich das gut bei ihm vorstellen könne: »Du redest sehr gerne und diskutierst auch gerne«, gibt der 16-Jährige sie wieder.

Nur in zwei Fällen zogen Interviewte die Meinung ihrer Schwestern den Eltern als Gesprächspartner vor: **W25** kommt, wie sie sagt, aus einer ›roten Familie‹. Doch zieht sie es vor mit ihrer Schwester zu sprechen, die bereits bei den Jusos ist, da die Eltern, die in der SPD sind, zu sehr auf den Beitritt drängten, wie aus dem Gespräch deutlich wird. Und **M20** bevorzugt Gespräche mit seiner drei Jahre älteren Schwester, da sie gemeinsam den Plan gefasst haben, der Jungen Union beizutreten – und weil ihre Eltern eine andere politische Meinung vertreten würden als sie selbst:

M20: »[...] meine Eltern sind äh (.) str- (.) ü- (.) stimmen nicht mit der CSU überein (.) die sind eher weiter links (.) SPD und (.) Grüne (.) ja aber die finden das jetzt auch nicht schlimm (.) und sagen, dass das halt in Ordnung ist und (.) wenn wir unseren Weg machen wollen, dann sollen wir den gehen [...]«.

Ihre Eltern wären eher links orientiert, berichtet **M20**, formulierten aber keine expliziten Vorbehalte seiner Eltern gegenüber den Ambitionen ihrer Kinder – sie müssten ihren Weg selbst finden, gibt der 16-Jährige sie wider.

Großeltern als Gesprächspartnerinnen und -partner werden von elf Jugendlichen erwähnt, doch nur bei **W20** kommt der Oma eine primäre Rolle zu. Zu ihr hat die 17-Jährige eine enge Bindung. Und die Oma habe ihr auch erzählt, dass ihre Tochter beziehungsweise die Mutter von **W20** selbst früher einmal in der Jungen Union gewesen sei. Ihre Oma habe ihr von »ihre[n] Bedenken« damals berichtet, erinnert sich die 17-Jährige, »aber auch ihr Positives gesagt«. Insgesamt hielt die Oma es aber für »ne gute Idee« beizutreten, resümiert **W20**. Auch andere Großeltern unterstützen die Ambitionen ihrer Enkelinnen und Enkel. Der Opa von **M38** ist der SPD verbunden und hat ihm, erzählt der 16-Jährige, oft von der Geschichte der Partei erzählt. Die Oma von **W02** ist schon lange SPD-Mitglied und freut sich über das Vorhaben der Enkelin. Unterstützend, aber auch kritisch ist der Großvater von **M33**. Er war 30 Jahre lang für die SPD Bürgermeister in ihrer Heimatgemeinde. Er fragt, ob sich der 16-Jährige seiner Präferenz für die SPD wirklich sicher sei. Ablehnend zeigt sich die Oma von **M26** – er strebt zur Jungen Union, seine Oma ist aber in der SPD. Umgekehrt ist es bei **M48** – er möchte Mitglied der SPD werden, seine

Großeltern sind aber in der CDU organisiert. Für sie sei er »praktisch das rote Schaf dann in der Familie«, erklärt er, meint aber auch, dass ihn das nicht kummere. Ähnlich stellt es sich bei **M47** dar. Seine Großeltern seien sehr christlich und daher haderten sie mit der SPD. Es wäre nun mal so, erklärt er, »dass diese alten Leute vornehmlich CDU wählen (.) weil da christlich draufsteht«. Dagegen findet **M54** Unterstützung bei seinem Opa, dieser stehe hinter ihm. Demgegenüber hätte seine Oma ihn gewarnt, dass er aufpassen solle, weil er da nicht mehr los käme. Der 16-Jährige erzählt, dass er ihr noch versucht habe zu erklären, dass die SPD keine Sekte sei, aber das wäre letztlich sinnlos, sie vertraue sowieso keiner Partei mehr. Ein ähnliches Misstrauen schlägt **M51** von seinem Opa entgegen. Warum, das wisse er nicht. Der 15-Jährige mutmaßt, dass es daran liegen könnte, dass sein Opa noch sehr durch die DDR geprägt sei, »also, so [...] so jetzt, Schluss damit, mit Politik«. Mit Diktaturerfahrungen versucht im Übrigen auch **M55** die Ablehnung seiner Großmutter zu erklären. Es hänge vielleicht mit Erlebnissen »aus der NS-Zeit [...] oder auch aus der DDR-Zeit« zusammen, genauer kann er es aber nicht erklären, ebenso wenig wie **M51**. Sie bekommen nur diese skeptische Haltung gegenüber Politik als solcher vermittelt – aber interessanterweise nur über ihre Großeltern, nicht über die Eltern, die teilweise auch noch unter dem System der DDR aufgewachsen sind. Dass beide, **M51** und **M55**, aus Ostdeutschland kommen, sei hier nur der Vollständigkeit halber erwähnt. Eine entsprechende Diktaturerfahrung liegt für Familien, die in Westdeutschland sozialisiert wurden, wesentlich weiter zurück und zeigt sich im Sample nicht. Letztendlich kommt den Großeltern als Gesprächspartnerinnen und -partnern bei den meisten der befragten Jugendlichen nur eine geringe Bedeutung zu. Die Jugendlichen freuen sich, wenn sie von ihnen Fürsprache erhalten, doch niemand von ihnen betont, dass sie bei der Entscheidungsfindung eine zentrale Rolle gespielt hätten– auch nicht **W20**.

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass rund zwei Drittel der Interviewten mit mindestens einem Gleichaltrigen über ihr Vorhaben sprachen. Häufig wurden sie von Freundinnen und Freunden unterstützt, nur wenige von diesen begegneten ihnen mit Skepsis und Ablehnung. Letzteres oder ein allgemeines Desinteresse befürchtete hingegen das verbliebene Drittel, woraufhin diese nicht mit Gleichaltrigen sprachen. Dagegen suchten bis auf drei Jugendliche alle Interviewten den Austausch mit einem oder beiden Elternteilen. Hier stießen sie auf Unterstützung. Allerdings mahnten die Eltern auch an, nicht überstürzt zu entscheiden. Nur in seltenen Fällen reagierten

diese Erwachsenen ablehnend. Eltern, die aktuell Mitglied einer Partei sind oder es in der Vergangenheit einmal waren, reagierten hier nur bedingt anders. Sie zeigten kein Desinteresse gegenüber den Ambitionen des Nachwuchses, reagierten aber ansonsten so unterschiedlich wie auch die übrigen Eltern. Im familiären Kreis sprachen einige Jugendliche ferner noch mit Großeltern oder Geschwistern über ihre Überlegungen, doch in der Mehrzahl schenkten die Heranwachsenden deren Meinung wenig Beachtung.

7.5 Erstkontakte zu den Parteien und/oder ihren Jugendorganisationen

Auf dem Weg zum Beitritt sind schließlich persönliche Kontakte zu den Partei(jugend)organisationen von besonderer Bedeutung. Dabei handelt es sich mit Blick auf die Interviews entweder um Gespräche mit Mitgliedern der Organisationen oder um die Teilnahme an ihren Treffen oder Veranstaltungen. Zum Teil verfügen die Interviewten hier bereits über entsprechende Kontakte, weil Väter, Mütter, Geschwister oder Freundinnen und Freunde in den Partei(jugend)organisationen engagiert sind. Zentral ist im Zusammenhang mit dem Beitritt jedoch, dass es um mehr als bloße familiär oder freundschaftlich bedingte lockere Berührungspunkte geht – es geht um vertiefte, in der Regel gezielte Kontaktaufnahmen seitens der Interviewten, bei denen sie Wissen über die Partei(jugend)organisation vermittelt bekommen wollen und Antworten auf ihre Fragen suchen, um Einblicke ins ›Parteileben‹ zu erhalten. Diese Kontakte tragen dazu bei, informierter eine Entscheidung treffen zu können.

Doch nicht alle Interviewten suchten derartige Kontakte; vielmehr verzichteten elf von ihnen aus bewussten oder unbewussten Gründen darauf: **M45** wollte beispielsweise die Sache mit sich selbst ausmachen und sah entsprechend keine Notwendigkeit – dabei wäre der Weg kurz gewesen: Sein älterer Bruder ist Mitglied der SPD, wenngleich überwiegend inaktiv. **W22** beklagt hingegen mangelnde Möglichkeiten. Sie kenne niemanden persönlich, der bei den Jusos oder der SPD aktiv sei, erzählt sie, und habe nie von irgendwelchen Treffen gehört. **M47** hat sich nicht darum bemüht, da ihm der Ortsverein »nicht so wichtig« sei – er interessiere sich für Landes-, Innen- und Außenpolitik, nicht für kommunale Angelegenheiten. Und **M07**, **M42** und **W26** wurden gezielt von Angehörigen rekrutiert, ihr Eigeninteresse an der jeweiligen Partei(jugend)organisation ist dabei

(zunächst) beschränkt. Insgesamt muss in Hinblick auf diese insgesamt elf Jugendlichen festgehalten werden, dass sie, auch wenn sie keinen persönlichen Kontakt suchten, sich doch zumindest über die Presse oder im Internet mit unterschiedlicher Intensität informierten – einige von ihnen nutzten dafür auch die Website der Organisation(en).

Neben diesen elf Interviewten hatten drei weitere Jugendliche im Zuge der Beitrittsroute nur zu Freundinnen und Freunden Kontakt, die gerade erst selbst eingetreten waren und sie nun aktivierten (Ketteneintritt). Diese berichteten von ihren frischen, wenn auch aufgrund der kurzen Mitgliedszeit noch rudimentären Eindrücken – für diese drei Aktivierte reicht das aber aus.

Alle anderen haben auf ihrer Beitrittsroute einen Kontakt gehabt – auch wenn es ihnen mitunter nicht leichtfiel, diese Kontakte anzubahnen: Für **M46** lief der erste Versuch ins Leere. Eine E-Mail an die lokale Arbeitsgemeinschaft blieb unbeantwortet. Daraufhin sprach er den Bürgermeisterkandidaten bei einer öffentlichen Veranstaltung an, befragte ihn zur SPD und den Jusos vor Ort und konnte so einen Kontakt aufbauen. Und **M43** bekommt die gesuchte Handynummer des lokalen Juso-Vorsitzenden über verschlungene Wege – über den Freund der Nachhilfe seines Freundes.

Diese Kontakte werden im Folgenden differenziert nach Gesprächen und Besuchen von Veranstaltungen sowie ihr jeweiliger Stellenwert herausgearbeitet.

7.5.1 Gespräche

Eine der beiden Formen des Erstkontakts ist ein Gespräch mit einem Mitglied einer Partei(jugend)organisation. Dabei handelt es sich nicht um beiläufige Gespräche wie beispielsweise mit der Mutter am Abendbrottisch, die von einer bevorstehenden Parteiveranstaltung erzählt. Gemeint ist hier vielmehr eine Konversation, in deren Mittelpunkt die jugendlichen Aspiranten stehen. Soweit es die erhobenen Daten zuließen, konnten 14 Jugendliche im Sample identifiziert werden, die auf ihrer Beitrittsroute ein oder mehrere Gespräche mit Parteimitgliedern führten. Sie lassen sich vor dem Hintergrund ihres Zustandekommens in drei Formen unterscheiden:

- Zufällige Gespräche: Ein Teil der Kontakte entstand zufällig, wie beispielsweise bei **M49**, der auf dem Geburtstag der Oma den SPD-Ortsvorsitzenden kennenlernt und mit ihm ein Gespräch über die Jusos beginnt. Oder **M06**, der auf einer Party die Freundin eines Mitschülers kennenlernt, die sehr aktiv in der Jungen Union ist

und dort eine »hohe Position« einnimmt. Oder **M58**, der an einem Wahlstand in der Innenstadt vorbeikommt und dort das Gespräch sucht.

- Vermittelte Gespräche: Andere Kontakte kommen auf Vermittlung eines Familienmitglieds zustande: **W27** findet über einen Arbeitskollegen des Vaters zum lokalen Vorsitzenden der Jungen Union.
- Gezielte Gespräche: Einige Jugendliche nehmen gezielt Kontakt zu Mitgliedern jener Partei(jugend)organisationen auf, für die sie sich interessieren. **W07** schreibt nach dem Praktikum die Jusos und die Junge Union an, weil ihres Erachtens beide für sie in Frage kämen – umgehend erhält sie vom Vorsitzenden der Jungen Union eine Einladung zum Gespräch, während sich die Jusos erst Wochen später melden. **M24**, **M26** und **M27** gehen auf den lokalen CSU-Ortsvorsitzenden zu, der sie bestärkt, die Junge Union vor Ort neu zu gründen und einen entsprechenden Kontakt zum Beauftragten für die Jugendorganisation vermittelt. **M53** spricht einen Referendar an seiner Schule an, von dem er weiß, dass er in der Jungen Union organisiert ist. **M54** geht gezielt in ein Parteibüro der SPD in seiner Heimatstadt, um sich zu informieren. Und **M44** hält beim lokalen Weinfest Ausschau nach dem In-fostrand der Jusos, um dann festzustellen, dass der Vorsitzende ein ehemaliger Tischtenniskumpel von ihm ist.

Für die Jugendlichen sind diese Gespräche enorm wichtig. Sie erhalten dadurch zunächst einen Eindruck, welche Menschen sich in den Partei(jugend)organisationen engagieren beziehungsweise ob diese auch an ihnen interessiert wären. Zweitens erfahren sie etwas über die Organisationen aus erster Hand und können gegebenenfalls auch ihre ersten Fragen loswerden:

ML: »[...] was war Dir wichtig in dem Gespräch zu erfahren?«

W07: »Ähm ja mir war wichtig erstmal zu erfahren mh wie die Partei so arbeitet was ähm (.) also (.) die sind zum Beispiel drei ähm Stadtteile also drei Orte zusammengefasst (.) und ähm zu (.) also wer welche Orte das sind ähm was das alles umfasst (.) und mir war einfach in dem Gespräch wichtig zu erfahren (.) ich hab n paar mir n paar (.) mir politische Schwerpunkte gesetzt Dinge die mich unglaublich interessieren (.) und nach denen habe ich einfach gefragt- (.) gefragt wie steht die Partei zu dem Thema wie steht die Partei zu dem Thema (.) um einfach auch zu gucken ob dis was (.) was mein Standpunkt ist ob das wirklich passt.«

Der 16-jährigen **W07** sei es in dem Gespräch mit dem Vorsitzenden der Jungen Union darum gegangen zu verstehen, was sie machen und vor allem mehr über die Positionen der Jugendorganisation zu erfahren, um sie mit ihrer persönlichen Einstellung abzugleichen. Während dieses Treffen, wie erwähnt, aus einer Einladung resultierte, geht **M54** gezielt in ein SPD-Parteibüro hinein, das auf seinem täglichen Schulweg liegt:

ML: »[...] Wie war das Gespräch?«

M54: »Ja das war ich bin erstmal da rein und da hamse erstmal en Gespräch geführt. Ähm ja und dann kam ich dann sozusagn dran und da hab ich gefragt ähm ich würde mich gerne mal für die ähm für die SPD-Jugend engagiern ob das ähm gehn würde und da war se glei ganz begeistert und ähm dann hamse gesagt naja also es war ene Frau und dann hamse glei- und dann hat se gleich ja ähm wir könn uns ja mal ganz gemütlich hinsetzn und dann ham wa uns ebn ne Stunde hingesetzt und ham n bisschen intensiveres Gespräch (.) ähm gesucht ja und war interessant.«

Der erste Eindruck ist für den 16-Jährigen positiv – die Frau, die ihm gegenübertritt, ist ihm zugewandt und nimmt sich Zeit. Sie setzt sich mit ihm »gemütlich« hin. In seiner Erinnerung scheint das Gespräch einen ungezwungenen und freundlichen Charakter gehabt zu haben. Eine Stunde hätten sie intensiv gesprochen. Auf seiner Beitrittsroute war das eine wichtige Station, wie sich aus dem weiteren Verlauf seiner Erzählung ableiten lässt:

ML: »Und worüber hast du noch nachgedacht, als Du aus dem Büro von der Frau raus gegangen bist? Weißt Du das noch? [...]«

M54: »Weeß ich nich ich fand's dann ganz interessant und ich war erstma glücklich ja.«

ML: »Kannste das beschreibn was Du meinst mit glücklich?«

M54: (lacht) »Ähm glücklich ähm weiter kann ich das ich das jetzt nich so beschreibn vor allem fasziniert so weil man eigentlich ma so en bisschn ich dachte da kann ich endlich mal so richtig meine Meinung mit kundgebn und ich bin ja ener der zu seiner Meinung steht (1) ich find das eigentlich och ich find Politik so also das ich ich find das aus meiner Klasse zum Beispiel ähm interessiert sich niemand für Politik oder so und ich find das eigentlich nich so gut also (.) ich find Politik gehört halt zum Lebn (1) und weil ich das so ganz ich hätte niemals gedacht dass das so schnell geht und so (.) und fand ich ebn faszinierend (.) ja.«

Das Gespräch habe ihn glücklich gemacht, erzählt **M54**, weil er seine eigene Meinung sagen und darüber sprechen konnte. Und er sei fasziniert gewesen davon, so

schnell an Politik Anschluss finden zu können, wo doch alle um ihn herum – er verweist auf seine Schulklasse – sich nicht dafür interessierten. Trotzdem wurde **M54** nicht umgehend Mitglied, sondern auf seinem Beitrittsweg folgte zunächst noch ein weiterer Schritt: Er nimmt an einem Treffen teil, um einmal ›reinzuschnuppern‹.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass die Gespräche für die Jugendlichen eine Möglichkeit darstellen, um sich direkt aus erster Hand über die Partei(jugend)organisationen zu informieren. Mitunter handelt es sich dabei, wie im Fall von **M06**, zugleich auch um Aktivierungsgespräche (s. Kap. 7.1.2.3). Insgesamt wecken die Gespräche das Interesse der Jugendlichen und vermitteln bereits einen ersten Eindruck – der, wenn er wie im Beispiel von **M54** sehr positiv ausfällt, sehr wichtig ist im Rahmen der Beitrittsroute.

7.5.2 ›Reinschnuppern‹

An einer Sitzung, an einem Treffen, Stammtisch oder ähnlichem nehmen etwas weniger als die Hälfte der interviewten Jugendlichen auf dem Weg zum Beitritt teil. Der überwiegende Teil von ihnen schnuppert bei Formaten der Jugendorganisationen und nicht der Mutterparteien herein. Veranstaltungen von mehr als einer Jugendorganisation haben nur zwei Jugendliche besucht.

Mit dem Terminus ›reinschnuppern‹ wird hier, in Analogie zur Bedeutungsklä rung des Dudens⁴³, die Teilnahme an einem Treffen oder ähnlichem verstanden mit dem Zweck, sich einen (subjektiven) Eindruck vom Innenleben der anvisierten Partei(jugend)organisation zu verschaffen. Antrieb dafür ist die Überlegung möglicherweise beizutreten. In diesem Sinne muss das Reinschnuppern als Form einer Entscheidungshilfe betrachtet werden. Die Jugendlichen wählten dafür Begriffe wie ›anschauen‹, ›mitgehen‹, ›hingehen‹ oder ›informieren‹.

Der Begriff ›reinschnuppern‹ stößt an seine Grenzen bei drei Jugendlichen, die bereits länger und häufiger bei derartigen Veranstaltungen dabei waren: **M33** kommt aus einer Familie, in der bereits die Eltern und ein Großvater in der SPD aktiv waren, und er selbst ist zum Zeitpunkt des Interviews schon länger für das Webdesign des Ortsvereins zuständig – ohne Mitglied der Partei zu sein. Auch **W24** und **W28** kommen aus einem sozialdemokratisch geprägten Elternhaus mit parteipolitisch sehr engagierten Müttern, die sie in den vergangenen Jahren häufig

⁴³ Auch wenn der Duden die umgangssprachliche Formulierung Schnupperkurs kennt, spricht er hier doch eher von ›reinriechen‹ und bezeichnet damit: »Einblick in etw. gewinnen, eine Vorstellung von etw. bekommen wollen [...]« (Duden 2007: 1378).

begleiteten oder auch unterstützten. Sie alle möchten primär Mitglied der SPD sein, nicht der Jusos. In diesen Fällen kann daher nur bedingt von ›reinschnuppern‹ gesprochen werden, da sie bereits die Strukturen und Personen der Partei vor Ort kennen. Allerdings schenken sie ab jenem Zeitpunkt, in dem sie überlegten beizutreten, den Veranstaltungen eine andere Aufmerksamkeit. Denn jetzt geht es eben um die Entscheidung, ob sie selbst mitmachen wollen oder nicht. Vergleichbare Fälle der Jungen Union finden sich im Sample nicht, da sie aufgrund ihres Organisationscharakters klar von den Unionsparteien getrennt ist.

Im Folgenden soll es nur um jene Jugendlichen gehen, die ›richtig‹ in eine Partei(jugend)organisation reinschnuppern. Zunächst aber soll der Fokus darauf liegen, wie die Jugendlichen zu den Organisationen gelangten:

Die Zugänge erfolgten zumeist über soziale Kontakte zu Menschen, die bereits Mitglied sind. Die überwiegende Zahl der Interviewten, die auf ihrem Weg zum Beitritt reingeschnuppert haben, werden von einem Familienmitglied, Freund, Freundin oder Bekannten eingeladen:

M08: »Also ähm das kam dadurch dass mein Freund äh der MH08 (.) ähm äh also durch seinen Bruder darauf gekommen ist (.) und hat halt mich mal gefragt so willst du da nicht auch mal da äh mitkommen [...]«.

M08 wurde von seinem Freund gefragt, ob er zu einem Treffen mitkommen möchte. Die Einladung scheint unverbindlich formuliert worden zu sein beziehungsweise wird vom 15-Jährigen so aufgefasst, denn er benutzt in seiner wiedergebenden Erzählung wiederholt das Adverb ›mal‹ (›mich mal gefragt‹, ›nicht auch mal mitkommen‹). Auch andere berichten, dass ihnen die Teilnahme an einem Treffen durch unverbindliche Einladungen angetragen wurde: **W02** erzählt beispielsweise, dass ein »Kumpel«, der bei den Jusos sei, einmal »meinte, komm doch einfach mal mit«. **M36** berichtet, dass ihn ein Freund direkt gefragt habe, »ob ich mal mitkommen will, einfach so mal zum Zuschauen und so«. Und **W13** wird vom lokalen Vorsitzenden der Jungen Union eingeladen, den sie zufällig über ihre in der CSU aktive Mutter kennenlernt. Der andere Zugang zu den Partei(jugend)organisationen folgt einem Eigenengagement der Beitrittsinteressierten, die von sich aus gezielt den Kontakt zur Organisation oder zu einem qua Amt hervorgehobenem Mitglied suchen:

M46: »[...] und dann hab ich [...] den Bürgermeisterkandidaten oder so angesprochen, hab gefragt ja wie schaut das denn aus und der hat

sich dann auch gefreut dass ich mich dafür interessiert habe (.) und gesagt (.) ja Mensch kommste mal vorbei [...]«.

Der 16-jährige **M46** hatte zuvor versucht einen Kontakt zu den Jusos vor Ort aufzubauen – erhält aber nur eine inhaltlich unbestimmte Rückmeldung, die ihm den Eindruck vermittelt, dass die Arbeitsgemeinschaft sehr unorganisiert sei. Daraufhin sucht er gezielt den Kontakt zum Bürgermeisterkandidaten, fragt ihn nach der SPD und gelangt schließlich über ihn dann doch zu den Jusos und schnuppert dort im Rahmen einer Veranstaltung rein. Ähnlich geht **M43** vor, der sich die Mobilnummer des lokalen Juso-Vorsitzenden besorgt und darüber gemeinsam mit einem Freund zu einem Treffen gelangt. **M51** hingegen spricht einen Lehrer an der Schule an, von dem er weiß, dass er in der Jungen Union ist. Er befragt ihn nicht nur über die Jugendorganisation, sondern auch, ob er ihn zu einem Treffen mitnehmen könne. Die Treffen fänden außerhalb der Stadt auf einem Dorf statt, wo er nicht ohne Mitfahrgelegenheit hingelangen könne, erzählt der 15-Jährige. Insgesamt erfolgen die selbstorganisierten Zugänge im Sample gezielt und ausschließlich über ältere Mitglieder, die den Jugendlichen oft auch nicht näher persönlich bekannt sind. Die begleitenden Besuche hingegen resultieren aus Einladungen aus dem Umfeld der Jugendlichen und werden sowohl von Gleichaltrigen, als auch von älteren Familienmitgliedern oder Bekannten ausgesprochen.

Besucht haben die Jugendlichen, wie schon angedeutet, vorwiegend Treffen der Jugendorganisationen. Und in der Regel handelte es sich dabei um die regelmäßig abgehaltenen Treffen. Mitunter firmieren diese unter einem eigenen Namen: **W13** nimmt beispielsweise am »Schwarzen Mittwoch« teil. »Schwarz« ist als eine Anspielung auf den politisch konservativen Charakter der Jungen Union zu verstehen, mit dem die Jugendorganisation auch an anderer Stelle arbeitet (beispielsweise mit dem Werbeslogan: »Black is beautiful«). Der »Schwarze Mittwoch« ist entsprechend nur eine etwas »aufgepeppte« Bezeichnung für die regelmäßigen Treffen der Jugendorganisation im Heimatort der 15-Jährigen. Sonderveranstaltungen besuchten hingegen nur einige wenige Jugendliche: Zu einem Jungwählerabend der Jungen Union stieß beispielsweise **M02** hinzu. Dabei handelt es sich um ein niedrighwelliges Angebot, das versucht, Jugendliche über eine bevorstehende Wahl zu informieren und gleichzeitig für Stimmen oder den Eintritt zu werben. **M08** wiederum begleitete beim ersten Mal seinen Freund zu einer Exkursion der Jungen Union und ging anschließend noch mit ihnen zum Essen. Und

W25 sammelte ihre ersten Erfahrungen mit den Jusos, als sie ihre Schwester zum Bundeskongress der Arbeitsgemeinschaft begleiten durfte. Doch die Jugendlichen trieb es, wie schon kurz angedeutet, nicht nur zu den Jugendorganisationen: **M43** ging mit seinem Freund nach einem ersten enttäuschenden Besuch der Juso-Arbeitsgemeinschaft zu einer Kreisversammlung der SPD, um sich von der Mutterpartei einen Eindruck zu verschaffen. Und ohne das explizite Vorhaben »reinzuschnuppern« besuchten einige Jugendliche Veranstaltungen der Mutterparteien: **M33**, **W24** und **W28** haben beispielsweise wiederholt ihre in der SPD aktiven Mütter zu Versammlungen des Ortsvereins oder politischen Veranstaltungen begleitet. **M23** erwähnt im Gespräch, dass er mit seiner Mutter und seinem Stiefvater eine CSU-Weihnachtsfeier besucht habe. **M01** folgte einer Einladung eines wesentlich älteren Bekannten und begleitet ihn einmal zu einer »CDU-Kreisaussitzung« – gemeint ist damit aber wohl eher eine Kreisausschusssitzung. Und **M20** ging mit seiner älteren Schwester zu einer CSU-Veranstaltung mit Günther Beckstein.

Ihre Absichten hinter dem »Reinschnuppern« reflektieren die Jugendlichen in den Interviews indes nur begrenzt. In der Regel heben sie zunächst nur darauf ab, dass sie mit- oder hingegangen seien, um sich das mal anzuschauen. Bei näherer Betrachtung lassen sich dann aber zwei Motive herausarbeiten – eine von außen formulierte Informationsnorm und ein eigenes Informationsinteresse:

- Die Informationsnorm wird, zumindest in der Erhebung, von den Eltern gesetzt: **M03** berichtet beispielsweise, dass er Dispute mit den Eltern hatte und deswegen später als seine Freunde der Jungen Union beiträt. Seine Eltern hätten es zur Bedingung gemacht, dass er nicht eintreten könne, ohne sich vorher gründlich zu informieren. Auch die Eltern von **M31** fragen kritisch nach, ob er sich richtig »reingearbeitet«, also sich richtig mit der Jungen Union und den Fragen des Beitritts befasste hätte. Und bei **M51** intervenieren die Eltern und fordern den 16-Jährigen auf, sich nicht nur mit der Jungen Union zu beschäftigen, sondern sich auch mit anderen Jugendorganisationen auseinanderzusetzen – damit er sich seiner Entscheidung auch sicher sein könne.
- Das Informationsinteresse ist eigenmotiviert und unterschiedlich stark ausgeprägt. Den weitschweifigsten Selbstanspruch formuliert **M36** im Sample. Er informiere sich »grundsätzlich [...] über alles«, erzählt er, bevor er »jetzt irgendeine (.) Entscheidung« treffe. Beim Gros der Jugendlichen ist die Neugierde jedoch begrenzt-

ter und sie informieren sich gezielter: Der 16-jährige **M40** konstatiert beispielsweise, dass er wiederholt bei den Jusos reingeschnuppert habe um zu erfahren, »ob das jetzt (.) interessant ist oder nicht«. Was er genau damit meint, bleibt unklar und ist wohl letztlich eine subjektive Perspektive. In der Regel geht es den Jugendlichen darum, sich einen ersten Eindruck zu verschaffen, zu erfahren, was die Partei(jugend)organisation macht, wer dort bereits aktiv ist und ob die Leute nett sind, und schließlich darum zu erkunden, ob das für sie interessant sein könnte. Im extremen Fall von **M31** kann das Reinschnuppeln auch dazu dienen auszukundschaften, dass dort keine »komischen Machenschaften« laufen und man nicht »übers Ohr gehauen« werde, wie es der Junge befürchtete.

Die Eindrücke, die die Jugendlichen in den Gesprächen über die Besuche wiedergeben, zeigen nicht nur, dass sich ihr Informationsinteresse in den benannten Aspekten erschöpft, sondern illustriert darüber hinaus, welche Erfahrungen sie für wichtig erachten. **M12** und **W03** erinnern sich beispielsweise, dass ihnen vorgestellt worden sei, was die Jugendorganisationen alles machten – das hätte sehr interessant geklungen. **W21** erzählt, dass es bei der Jungen Union »locker« zugegangen sei und sich die Leute, anders als in der Schule, für das interessierten, was in der Welt los sei – ihr seien die Mitglieder offener und klüger vorgekommen. **M57** zeigte sich nach einem Treffen positiv überrascht, dass die Jusos gar nicht so radikal seien, wie er gedacht habe, und ein eher konservatives Auftreten hätten: »gerade der Kreisvorsitzende mit ähm einem Pulli und äh Kragenhemd und so«, hebt der 16-Jährige hervor, der sei anders gekleidet gewesen als er erwartet hätte. **W23** nimmt von einer Weihnachtsfeier der Jungen Union mit, dass die Leute, die sie dort getroffen habe, »ziemlich ähnlich« denken würden und sie sich mit ihnen »ziemlich gut unterhalten« könne über Themen, die sie interessieren. Auch **M55** betont, dass er sehr glücklich gewesen sei, Gleichgesinnte gefunden zu haben – er habe sich »zu Hause« gefühlt bei den Jusos. Und **M46** berichtete über seinen ersten Besuch bei den Jusos, dass er hätte mitdiskutieren können und ihm dabei zugehört sowie seine Meinung wertgeschätzt worden sei – das wäre anders, als er es in der Schule erlebe. Selbst von formalen Verfahren dominierte Sitzungen finden mitunter bei den Jugendlichen Anklang:

M57: »[...] da hat's mir eigentlich gleich äh sehr gut gefallen also es war gar nicht mal so ähm die inhaltlichen Diskussionen die wurden da gar nicht ähm geführt das war so ne Vollversammlung da werden eigentlich eher Leute gewählt aber so so wie das alles abläuft das kann

man halt vorher jetzt gar nicht so dass man ähm denn da irgendwie Anträge auf Änderung der Tagesordnung stellt und dass also so diese ganzen Sitzungssachen wie das genau abläuft ähm hab ich halt in der Form jetzt noch nicht so oft erlebt und äh hab da halt gemerkt dass ich auch so was doch mal interessant finde was jetzt ähm ja eigentlich im Endeffekt war es glaub ich sagen die auch danach alle war ne stinklangweilige äh Sitzung. Aber so wenn man das halt alles gar nicht kennt also mich persönlich hat das da ähm doch begeistert [...]«.

Formale Fragen und Wahlen standen bei der Vollversammlung der Jusos, die **M57** besuchte, im Vordergrund. Im Grunde, hätten die anderen gemeint, sei es eine langweilige Veranstaltung gewesen, erzählt er. Doch der 16-Jährige fand es trotzdem interessant, weil es für ihn neu gewesen sei. Und aus dem Urteil der anderen habe er schlussfolgern können, dass ihm die normalen Treffen gefallen würden, wenn ihn bereits die »langweiligen« Sachen begeisterten. Allerdings berichten manche Jugendliche auch negative Eindrücke vom ersten Besuch. **M19** nahm beispielsweise zuerst an einer Vorstandssitzung teil, die eher langweilig gewesen sei. **M46** fand, dass alles »so total unorganisiert« erschien. Und **W13** erschreckte zunächst der Altersunterschied und das Fehlen anderer Mädchen oder junger Frauen, erinnert sie sich:

W13: »[...] da war kein einziges Mädels dabei (.) da komm ich so als als 14-jähriges Mädchen da an nur so 20-jährige Jungs und älter (.) ich so oh wo bin ich denn hier gelandet (.) ich dachte am Anfang war ich echt so n bisschen Gott was mach ich hier [...]«.

Der Schock wick, als sie unter den Mitgliedern ihren ehemaligen Tutoren entdeckte, der jetzt im Vorstand der Jungen Union ist. Mit ihm sprach sie zuerst, erzählt sie, »dann bin ich mit allen ins Gespräch gekommen und das war einfach total nett«. Eine ähnlich positive Bilanz ziehen auch die meisten anderen, die zunächst schlechte Erfahrungen machten – die positiven Eindrücke überwogen letzten Endes. Die Ausnahme stellt hier **M37** dar: Der 16-Jährige habe bei den Jusos »mal zugeschaut«, wie er formuliert – wo genau, bleibt unklar. Der »Geschäftsführer oder so was« habe ihm dann versprochen, dass er demnächst eine Einladung erhalte – als nach vier Monaten immer noch nichts gekommen sei, habe er sich lieber direkt den »Großen«, dem SPD-Ortsverein, zugewandt.

Die Frequenz besuchter Treffen variiert bei den Jugendlichen des Samples. Einmal reinschnuppern, erzählt beispielsweise **M40**, habe für ihn als

Entscheidungshilfe nicht ausgereicht, »weil (.) nach einer Stunde kann man das ja noch nicht entscheiden ob das jetzt (.) interessant ist oder nicht«. Er habe im Laufe von drei Monaten acht Treffen der Jusos besucht, bevor er sich entschieden habe, berichtet er weiter. Er ist nicht der Einzige, der sich in Ruhe einen Eindruck verschaffen wollte. Die Zahl der Treffen, an denen die Jugendlichen vor ihrem Beitritt teilnahmen, variiert deutlich: Zehn Jugendliche besuchten derartige Treffen nur ein einziges Mal – ihnen genügte diese Momentaufnahme. Die deutliche Mehrheit aber nahm zwei Mal oder häufiger an entsprechenden Veranstaltungen teil – oft könnten sie jedoch nicht mehr genau sagen, wie viele Treffen es waren. Die Anzahl hängt letztlich davon ab, wie eindrücklich oder hilfreich die Besuche bei der Entscheidungsfindung waren. In keinem der Interviews war die Rede davon, dass sie bei der Jugendorganisation zu einer Entscheidung gedrängt worden seien.

Treffen verschiedener Partei(jugend)organisationen besuchten nur zwei Jugendliche des Samples: **M51** schaut sich, auch auf Wunsch der Eltern, neben der von ihm präferierten Jungen Union noch eine weitere Partei(jugend)organisation an. Er nutzte dafür eine sich bietende Gelegenheit aus seinem Umfeld. Er begleitete einen Freund, der bei den Jungen Liberalen ist, zum Landeskongress der FDP-Jugendorganisation:

M51: »[...] den JuLis hat man wirklich [...] aggressiv Dinge auch gegenüber den anderen Parteien gesagt [...] die anderen Parteien dann auch ähm wirklich disqualifizierend dumm gemacht also [...] das hat mir überhaupt nicht gefallen [...] so CDU Bauernpartei und solche Sachen flogen da dauernd und haben die Leute dumm gemacht und das hat mir überhaupt nicht gefallen. Das war eben bei der JU nicht so die haben gesagt guck dich da um guck dir das ganz genau an was jetzt für dich wichtig ist und das hat auch der Bundestagsabgeordnete hat da auch hat mich auch sehr überrascht sich direkt Zeit mit mir genommen also hat da auch mit mir gesprochen und äh ja der hat äh dann also die haben mich nicht gedrängt [...]«.

Der 15-Jährige ist vom politischen Auftreten der Nachwuchspolitiker auf dem Landeskongress erschüttert. Sie hätten die CDU unter Niveau angegriffen und abqualifiziert, das habe ihn abgeschreckt. Bei der Jungen Union habe sich ein anderer politischer Stil gezeigt. Die Menschen dort hätten sich Zeit für ihn genommen, selbst ein anwesender CDU-Bundestagsabgeordneter. Und niemand haben ihn gedrängt beizutreten, betont er. Wie die Eindrücke von Ort zu Ort

variieren können, zeigen die von **M55** gesammelten Erfahrungen. Er besuchte ein Treffen der von ihm etwas mehr präferierten Jusos und der Jungen Union:

M55: »[...] also ich war erst (.) bei der Jungen Union [...] es war ne absolute Katastrophe (.) da war ähm der Stadtvorsitzende der (.) CDU in Ort124 (.) und der fing dann erst mal an mit naja (.) ähm Kommunalwahlprogramm müssen wir uns eigentlich nicht auf Jugendliche konzentrieren die interessieren sich ja eh nicht für Politik (3) mh (.) also mir war von Anfang an klar dass ich da nicht noch mal hingehen würde das hab ich denen dann auch gesagt [...]«.

Hier nun schrecken das Auftreten und die Aussagen des CDU-Stadtvorsitzenden den 17-Jährigen ab. Doch sie waren letztlich nur das i-Tüpfelchen, wie im Verlauf des Interviews deutlich wird, denn der Besuch begann für ihn bereits mit einem Affront:

M55: »[...] also ich bei der Jungen Union war eine der ersten Fragen (.) was machen deine Eltern beruflich? (.) Hab ich gesagt ja meine Mutter ist alleinerziehend und arbeitslos und dann (2) haben se geguckt (1) so (.) daher war da auch schon so ne gewisse Distanz also (.) die waren alle schön gekleidet Hemd und Kragen hoch und (2) haben sich natürlich auch im teuersten Cafe von Ort124 getroffen (3) es war überhaupt nicht meine Welt [...]«.

Seine Erzählungen zeigen eine habituelle Distanz zwischen ihm und den lokalen Mitgliedern der Jungen Union. Sie fragen ihn zuerst nach dem Beruf der Eltern, um, wie er andeutet, seinen sozio-ökonomischen Status abschätzen zu können. Denn: Sie »gucken«, als er ihnen erzählt, dass seine Mutter alleinerziehend und arbeitslos sei. Aber auch umgekehrt betont er die Diskrepanz zwischen ihrem und seinem Lebensstil, den er an ihrem Kleidungsstil und dem gewählten teuren Café als Veranstaltungsort festmacht. Als er in der Woche darauf zu einem Treffen der Jusos geht, habe es ihm dort super gefallen. Er sei mit den Leuten gleich ins Gespräch gekommen und hatte den Eindruck, sie seien wie er – obwohl er dort »mit Abstand der Jüngste« gewesen sei.

Unmöglich war es im Sample nur einem Jugendlichen, vor dem Beitritt in die von ihm bevorzugte Jugendorganisation reinzuspüren – zumindest erwähnte es nur einer von ihnen explizit. **M33** hätte im Vorfeld gerne eine Veranstaltung der Jusos besucht, doch bei ihnen gebe es »keine Juso-Gruppe« in der Nähe, erzählt der 16-Jährige, der im ländlichen Raum lebt. Die nächste Gruppe wäre rund dreißig Kilometer entfernt. Er wendet sich deshalb der Mutterpartei zu. Das Problem

fehlender Strukturen skizzierten im Übrigen auch andere Jugendliche im Sample. **M02** berichtet beispielsweise, dass er grundsätzlich auch an den Jungen Liberalen interessiert gewesen sei, die gebe es aber nicht in seiner Region – er wendet sich auch deshalb der Jungen Union zu. Erneut zeigt sich das Problem ausgedünnter Strukturen. Dort, wo keine Ortsgruppen oder Ortsvereine existieren, fehlen zufällige Berührungspunkte und Gelegenheiten um reinzuspüren.

Zusammenfassend kann zunächst festgehalten, dass 28 der 64 Interviewten vor dem Beitritt mindestens einmal bei mindestens einer Partei(jugend)organisation reinschnupperten – 16 bei den Jusos, 13 bei der Jungen Union und einer bei den Jungen Liberalen. Den dabei gewonnenen Eindrücken kommt neben den Gesprächen (s. Kap. 7.5.2) ein besonderer Stellenwert auf der Beitrittsroute zu. Die Jugendlichen informieren sich so nicht nur aus erster Hand, sondern – und was für sie entscheidender zu sein scheint – sie erhalten einen Eindruck davon, wer in den Organisationen aktiv ist und ob die Aktiven offen für Neue sind. Für die Jugendlichen geht es dabei auch um die Frage, ob sie sich dort wohl fühlen können und ob sie von den anderen angenommen werden. Dass dabei grundsätzlich der erste Eindruck entscheidend ist, zeigen die Beispiele enttäuschter Jugendlicher, die sich nach einem Besuch abwenden.

7.6 Etappen der Beitrittsroute

Nachdem im sechsten Kapitel die Ausgangsbedingungen der Jugendlichen beleuchtet wurden – ob und welches Interesse sie an Politik haben, ob sie sich bereits engagiert haben oder parallel noch irgendwo anders engagieren und wie ihr soziales Umfeld aussieht – sind in diesem Kapitel einzelne Etappen der Beitrittsroute ins Blickfeld gerückt worden. Zunächst der Startpunkt, um im Bild zu bleiben. Unterschieden wurde zwischen der Aktivierung und Selbststärkern, die jeweils differenziert betrachtet wurden. Im Anschluss folgte eine Auseinandersetzung mit der Frage, ob die Jugendlichen eine Präferenz für eine bestimmte Organisation haben und woher diese rührt. Dabei spielte die Frage der intergenerativen Vererbung einer Parteienidentifikation eine wichtige Rolle, wobei im Ergebnis die Bedeutung einer familiären Weitergabe von Präferenzen zu relativieren ist. Nicht unerheblich ist in Hinblick auf die beiden unterschiedlichen Partei(jugend)organisationen auch die Frage, wem eigentlich genau die Präferenz gilt – der Mutterpartei oder der Jugendorganisation. Schließlich wurde die für viele Jugendliche wichtige Etappe des Erstkontakts mit Vertre-

rinnen und Vertretern der Organisationen in Blickfeld gerückt. Hier zeigte sich, dass Gespräche oder insbesondere das Reinschnuppern dazu beitragen, uneindeutige Präferenzen zu klären oder manche noch schwach ausgeprägte Präferenz zu stärken. Damit sind wesentliche Wegmarken der Beitrittsroute benannt worden – die Jugendlichen befinden sich nun auf der ›Zielgeraden‹. Ausstehend sind jetzt ›nur noch‹ die Motive, die der Beitrittsentscheidung zugrunde liegen sowie die Frage nach möglichen Hinderungsfaktoren. Sie sind Gegenstand des achten und letzten Auswertungs-kapitels.

8 Von Anreizen, widersprechenden Gründen und den Schwierigkeiten, sich zu entscheiden

Der Beitrittsweg ist, im übertragenen Sinne, lang und mit verschiedenen Wegmarken versehen. Im sechsten Kapitel wurden zunächst sozialpsychologische Einflussfaktoren wie das Interesse an Politik in den Fokus gerückt und dabei nach der Bedeutung der Eltern, weiterer Familienangehöriger und Freundinnen und Freunde für diesen Entwicklungsprozess gefragt. Das siebte Kapitel blickte dann auf die Wege »in die Politik« und stellt die Frage in den Mittelpunkt, ob die jungen Menschen des Samples den Weg von alleine beschritten oder aktiviert wurden. Dabei rückte auch die Parteipräferenz der Jugendlichen und die Gesprächspartnerinnen und -partner, mit denen sie über die Beitrittspläne sprachen ins Blickfeld, ebenso wie die Frage, ob und gegebenenfalls in welcher Form es Kontakte zu den Partei(jugend)organisationen gab.

In diesem letzten Kapitel stehen nun die Entscheidungsprozesse im Mittelpunkt: Die Frage der Motive, aber auch die nach den Kosten, die als mögliche Hemmfaktoren wirken. Dafür wird zunächst auf die zentralen Motive der Jugendlichen eingegangen, die entlang des sogenannten General-Incentives-Models (GIM) systematisiert werden. Diese als Anreize zu interpretierenden Motive werden den Kosten gegenüber gestellt – den monetären Kosten, dem Zeitaufwand sowie eine Reihe weiterer Hinderungsgründe, die einem Beitritt der Jugendlichen womöglich im Weg stehen könnten. Schließlich wird, insofern die Jugendlichen das in den Interviews noch erinnern konnten, ein Blick auf die Dauer der Beitrittsentscheidung sowie die konkrete Beitrittssituation geworfen.

8.1 Zentrale Motive

Die Entscheidungsmotive für den Beitritt, die von den Jugendlichen vorgebracht werden, sind ebenso vielfältig wie die Motive Erwachsener – Niedermayer betont in Hinblick auf die Überlegungen letzterer, dass es in der Regel nicht ein einzelnes Motiv sei, das zum Beitritt führe, sondern »eine spezifische individuelle Kombination verschiedener Motive und Motivklassen« (2002: 306; vgl. auch Weber 2017: 163). Und doch lässt sich mittels des rekonstruktiven Forschungsansatzes (Kruse 2015) herausarbeiten, dass es stets ein zentrales Motiv gibt bei den Jugendlichen im Samp-

le, das für sie entscheidungsleitend war. Das zentrale Motiv wird hier in Anlehnung an Kruse als

»ein konsistentes Bündel verschiedener sprachlicher Wahlen bzw. Selektionen verstanden, die sich durchgängig im gesamten Interview zeigen. Unter dem Begriff ›Motiv‹ darf jedoch nicht ausschließlich ›Motiv‹ im psychologischen Sinne als Handlungsmotiv und ›um zu‹-Vorstellung verstanden werden. Unter ›Motiv‹ werden vielmehr wiederholt auftauchende sprachliche Bilder oder Argumentationsstrukturen, Figuren, Modelle, thematische Äußerungen, Positionierungen, etc. aufgefasst, die im Zusammenhang mit den subjektiven Deutungen und Repräsentationen der befragten Person stehen. Dies entspricht eher der Verwendung des Begriffs ›Motiv‹ im semantischen oder fotografischen Sinne als Bildmotiv bzw. im gestalttheoretischen Sinne als wiederkehrende symbolische Figur« (Kruse 2009: 156).

Methodisch handelt es sich dabei, vereinfacht gesprochen, um eine »thematische Schwerpunktsetzung« (Mastiaux 2013: 290) in einem Interview. Gleichwohl muss diese Schwerpunktsetzung in einen komparativen Analyseprozess eingebettet sein, denn die »spezifische Motivik des Falls [...] wird und kann sich [...] nur vor dem Hintergrund anderer Fälle vollziehen« (Kruse 2015: 553). Entsprechend wurden die 64 Interviews nicht nur einzeln für sich analysiert, sondern auch in Beziehung zueinander gesetzt und verglichen, um zu verbindenden Motiven zu kommen. Im Anschluss wird für die Strukturierung dieser zentralen Motive der Beitrittsentscheidung auf das General-Incentives-Model von Patrick Seyd und Paul Whiteley (1992) zurückgegriffen. Allerdings hat das GIM in den vergangenen Jahrzehnten verschiedene Ausdifferenzierungen erfahren (vgl. Seyd/Whiteley 1992; Whiteley/Seyd/Richardson 1994; Heinrich/Lübker/Biehl 2002; Gallagher et al. 2002; Spier et al. 2011). Die damit verbundenen, mitunter abweichenden Operationalisierungen werden beachtet, der grundsätzliche Rahmen des Modells beibehalten. Es gründet, wie in Kapitel 4.4 ausgeführt, auf einem Rational-Choice basierten Anreizmodell und formuliert drei zentrale Anreize für den Parteibeitritt, die zum Teil noch einmal ausdifferenziert werden. Die selektiven Anreize werden aufgegliedert in *selektive ergebnisbezogene Anreize*, in *selektive prozessbezogene Anreize* sowie *ideologische Anreize*. Die kollektiven Anreize sind zu unterscheiden in *positive kollektive Anreize* und *negative kollektive Anreize*. Vervollständigt wird das Modell vor dem Hintergrund sozialpsychologischer Forschungen zum Thema durch *altruistische Motive*, *expressive/affektive Motive* sowie *soziale Normen*. Entlang dieser Anreize, Motive und Normen werden die

zentralen Motive der Interviews strukturiert und differenziert. Etwaige Häufungen werden dabei mit der für eine qualitative Arbeit nötigen Vorsicht thematisiert. Allerdings wird darauf verzichtet, jedes Mal explizit das zentrale Motiv eines jeden Jugendlichen zu benennen. Das treibende Motiv wird auch ohne besondere Betonung deutlich – eine Gesamtübersicht der zentralen Motive, die in der Regel auf In-vivo-Codes zurückgehen, findet sich im Anhang.

8.1.1 Selektive Anreize

Selektive Anreize bringen einen Mehrwert für die einzelne Person mit sich:

»First, there are selective incentives, or private returns from political action, such as the desire to participate in politics for its own sake or the desire to build a political career«,

schreiben Whiteley, Seyd und Jeremy Richardson in ihrer Studie zur Conservative Party Membership in Großbritannien (Whiteley/Seyd/Richardson 1994: 12) und betonen im weiteren Verlauf: »These selective incentives are private goods in the sense that anyone who does not contribute will not receive them« (ebd.: 83). Unterschieden werden sie in ergebnisorientierte selektive Anreize und prozessorientierte selektive Anreize sowie ideologische Anreize.⁴⁴ Bei ersteren wird mit der Mitgliedschaft die Hoffnung auf persönliche Vorteile verknüpft – im Beruf oder in Form eines Parteiamts oder Mandats, wie Annika Laux vor dem Hintergrund der Deutschen Parteimitgliederstudie 2009 schreibt (vgl. Laux 2011: 62f.). Im Kontext der prozessorientierten Anreize erhofft sich das Mitglied eine Befriedigung, die im Laufe der Zeit aus der Mitarbeit resultiert – es »begreift die Mitgliedschaft also [...] als Teil der persönlichen Selbstentfaltung« (ebd.: 64). Die Vorstellung, dass eine Mitgliedschaft solche möglichen Vorteile überhaupt mit sich bringen könnte, resultiert aus Wissensbeständen einer mitunter schon länger andauernden Auseinandersetzung mit Politik, aus Gesprächen mit gleichaltrigen oder erwachsenen Mitgliedern, aus konkreten Erfahrungen beim »Reinschnuppern« oder Besuchen von Veranstaltungen, oder aber die Möglichkeit solcher Vorteile wurden schlichtweg antizipiert. Nutzen-

⁴⁴ Hier unterscheidet sich beispielsweise die Deutsche Parteimitgliederstudie (Laux 2011: 63f.) von der Studie zur Conservative Party Membership von Whiteley, Seyd und Richardson (vgl. 1994: 84f.). Während die deutsche Studie die ideologischen Anreize als eigene Anreizkategorie führt, werden sie von Whiteley et al. unter die selektiven Anreize subsumiert. Dieser Hinweis soll indes genügen, um die verschiedenen Aneignungsprozesse des General-Incentives-Modells anzudeuten. Für eine ausführliche Diskussion des Evolutionsprozesses des Modells in anderen Studien fehlt hier der Raum.

stiftend kann schließlich ein ideologischer Anreiz sein, wenn es dabei vor allem um die »Durchsetzung radikalerer politischer Überzeugungen« geht (vgl. Rohrbach 2013: 49, die sich auf Whiteley et al. 1994 bezieht).

8.1.1.1 Ergebnisorientierte selektive Anreize

Es sind unterschiedliche Motive, die die Jugendlichen im Sinne ergebnisorientierter selektiver Anreize antreiben. Sie eint aber der erhoffte oder gar in Aussicht stehende Nutzen. Unterschieden werden kann hier zwischen *konkreten* und *abstrakten* Vorteilen, die mit dem Beitritt in Verbindung gebracht werden. *Konkret* meint in diesem Zusammenhang ein konkreter Vorteil, der in greifbare Nähe rückt, sobald die »Hürde« des Beitritts genommen ist. Im Sample finden sich dazu **drei** Beispiele: Der 16-jährige **M35** ist schon länger bei den Jusos aktiv, ohne Mitglied zu sein. Er nimmt regelmäßig an ihren Sitzungen teil und ist bei Aktionen dabei – wie lange er das schon macht, bleibt unklar. Ein möglicher formaler Beitritt wird für ihn erst virulent mit der Frage der Übernahme eines Amts:

ML: »So und dann bist Du (.) schon ziemlich lang zu den Jusos gegangen und irgendwann bist Du dann Mitglied geworden?«

M35: »Ja [...] also das war nicht so (.) ähm relevant, ob ich jetzt Mitglied war oder nicht bei den Jusos [...] dann kam halt am dreißigsten zehnten waren halt (.) die neuen Vorstandswahlen (.) und ich wollt (.) also sie haben mich gefragt, ob ich nen Vorstandsposten übernehmen wollte (.) vor allem auch weil ich halt mich im Internet und Medien halt so gut ausgekannt habe und dann die Jusos besser (.) hätte vermarkten können (.) dann hab ich halt gesagt (.) ja (.) ich will (.) bin dann stellvertretender Vorsitzender (.) geworden von den Jusos Ort72 (.) und (.) dazu muss man allerdings nach (.) den Jusoverfassungen keine Ahnung ähm (.) muss man ähm (.) der SPD beigetreten sein (.) glaube ich (.) so war das (1) bin ich halt dann irgendwann im Oktober noch der SPD beigetreten (.) und damit automatisch, weil ich unter 35 bin, den Jusos.«

Bis zu dem Zeitpunkt, als ihm ein Posten im (lokalen) Juso-Vorstand in Aussicht gestellt wird, stellt sich für den 16-Jährigen nicht die Frage, ob er beitreten sollte oder nicht. Immerhin konnte er bisher auch an allen Aktionen teilnehmen, ohne vollständig Mitglied gewesen zu sein. Für das Amt ist nun aber eine ordentliche Mitgliedschaft in der SPD notwendig. Der daraus resultierende Nutzen ist für **M35** konkret und greifbar: »weil ich im Vorstand n Posten bei den Jusos einnehmen (.) wollte«, betont er im weiteren Verlauf. Ein ähnlich konkreter Nutzen ist bei **M49** der

zentrale Anreiz der Beitrittsentscheidung. Der 16-Jährige lernte auf dem Geburtstag seiner Oma den Vorsitzenden des SPD-Ortsvereins kennen. Sie führen ein anregendes Gespräch. Schließlich lädt der Vorsitzende ihn ein, zu einem Gespräch mit einem anderen Jugendlichen mitzukommen. Der hätte für den Rat einer Nachbargemeinde kandidiert, erzählt **M49**, aber einen sehr schlechten Listenplatz erhalten und wäre nun frustriert – »und dann hat (.) halt unser Ortsvereinsvorsitzender dem angeboten, jetzt Juso-Vorsitzender zu werden vom Stadtverband (1) und hat uns dann halt auch angeboten da mitzuwirken«. Uns, das sind seine Freundin, die der Junge zu dem Treffen mitnimmt, und er selbst. Über den Termin selbst berichtet er wenig. Und doch ist es der Dreh- und Angelpunkt der Beitrittsvorgeschichte, denn der Vorsitzende bietet **M49** dabei die Funktion des stellvertretenden Stadtverbandsvorsitzenden an. Der 16-Jährige, der bisher keine besonders ausgeprägte Präferenz für die SPD hatte und sich zuvor auch nicht grundsätzlich Gedanken über ein mögliches Engagement in einer Partei(jugend)organisation gemacht hat, tritt daraufhin ein – und erhält das Amt. Dass der Schritt für sein Umfeld überraschend kam, zeigt die Reaktion der Eltern, die er erst nach dem Beitritt informierte – sie hielten es zunächst für einen Witz.

Sehr konkret ist auch das zentrale Motiv der 16-jährigen **W25**: »Ich will zum BUKO« – zum Juso-Bundeskongress. Einerseits resultierte dieser Wunsch aus einem bereits länger gehegten Interesse, bei den Jusos mitmachen zu wollen. Ihre Familie, erzählt sie, sei »eigentlich ziemlich rot«. Ihre Eltern seien in der SPD, ihr Vater säße sogar im Stadtrat, und ihre ältere Schwester wäre ebenfalls bei den Jusos aktiv. Allerdings, so berichtet **W25**, habe sie bisher immer von einem Beitritt Abstand genommen. Das sei »son bisschen Revolution gegen meine Eltern« gewesen, gesteht sie, »die halt in der Partei sind und (.) immer wollten dass ich das auch mach und ich hab am Anfang gesagt (.) nee ich will das net machen (.) weil ihr's halt macht«. Mit der Zeit habe sich bei ihr dann aber doch der Wunsch eingestellt, bei den Jusos mitzumachen – sie wollte sich einbringen, erzählt sie. Doch das Motiv ist nicht leitend. Der eigentliche Treiber ist vielmehr der Wunsch am nahenden Bundeskongress teilzunehmen. Von ihrer Schwester hatte sie schon von der Veranstaltung gehört, von der Mischung aus Vorträgen, Diskussionen, Gesprächen mit bekannten Politikerinnen oder Politikern und dem Gemeinschaftsgefühl. Doch die Mitgliedschaft ist eine Grundbedingung, um daran teilhaben zu können. Und so entscheidet sie sich schließlich einzutreten. Und mit Fürsprache ihrer Schwester

gelangt sie schließlich auch zum ersehnten Ziel und kann am Bundeskongress teilnehmen. Denn eigentlich, erzählt die 16-Jährige noch, würden Leute, die gerade erst eingetreten sind, nicht zum Bundeskongress mitgenommen werden.

Verbreiteter als diese konkreten selektiven ergebnisorientierten Anreize sind im Sample die *abstrakten* selektiven ergebnis-orientierten Anreize. Hier liegt der mit dem Beitritt zusammenhängende Nutzen, den sich die Jugendlichen versprechen, nicht nur in weiterer Ferne, sondern vor allem ist unklar, ob sich der Nutzen tatsächlich materialisieren wird. Es handelt sich also um einen möglichen, aber nicht zwangsläufig eintretenden Nutzen. Dennoch ist er in Form unterschiedlicher zentrale Motive entscheidend für den Eintritt. Im Folgenden werden die verschiedenen zentralen Motive dieses Anreizes gebündelt vorgestellt.

M42 ist der einzige im Sample, der sich von dem Beitritt in die SPD berufliche Vorteile erhofft. Sein zentrales Motiv ›Kontakte bekommen‹ fußt auf der Aktivierungserzählung beziehungsweise Rekrutierung der Mutter (s. Kap. 7.1.2.3). Sie stellt ihrem Sohn in Aussicht, über die Mitgliedschaft Kontakte knüpfen zu können, die »unersetzlich« seien für das Leben – für was genau, das lässt **M42** in seiner Wiedergabe offen, nimmt aber im weiteren Verlauf des Interviews selbst eine Konkretisierung vor, wofür solche Kontakte hilfreich sein könnten:

M42: »Ja zum Beispiel ähm (1) ja jobmäßig (.) kommt ja nicht vom Himmel geflogen so n Job und (.) wenn das doch n bisschen Probleme gibt könnte man ja (lacht auf) (.) so n bisschen (.) Nachhilfe (.) nachhelfen mit solchen Kontakten.«

Mit unpersönlicher agency stellt er heraus, dass die durch eine Mitgliedschaft entstehenden Kontakte hilfreich sein könnten für die Suche nach einem »Job« – die flögen ja nicht vom Himmel, sagt der 14-Jährige. Dass das für ihn in diesem Alter bereits eine Relevanz hat, ergibt sich aus dem Schulabschluss, den er anstrebt. Er ist einer von drei Hauptschülern im Sample. Der Schulabgang ist somit nahe – die Hauptschule endete regulär nach der neunten Klasse, wobei die Möglichkeit eines zehnten Jahres und eines Realschulabschlusses an vielen Schulen zum Zeitpunkt der Erhebung schon möglich war. Und mit dem nahenden Schulabschluss ist für ihn die Frage der Chancen am Arbeitsmarkt durchaus von Bedeutung und handlungsleitend. Während dieser (selektive ergebnisorientierte) Anreiz möglicher beruflicher Vorteile auch im Rahmen der Deutschen Parteimitgliederstudie verbreitet ist (vgl. Laux 2011: 63), stellt er unter den Jugendlichen des Samples hingegen eine klare Ausnahme dar. Das

liegt vermutlich daran, dass sich für die überwiegende Mehrzahl der interviewten Minderjährigen, die das Abitur oder einen ähnlich hohen Schulabschluss anstreben, diese konkrete Frage der Berufswahl in der Regel noch nicht stellt.

Verbreiteter ist in der Erhebung jenes Motivbündel, dass unter dem Stichwort ›in der **Politik Karriere** machen‹ zusammengefasst werden kann. Auch wenn das im Hinblick auf das Alter der Interviewten zunächst irritieren mag, so ist aus der Forschung zu Partei(jugend)organisationen und zu Karriereverläufen von Politikerinnen und Politikern bekannt, dass diese Nachwuchsorganisationen durchaus über eine gewisse Relevanz für den politischen Aufstieg verfügen (s. Kap. 2.3). Eine Vielzahl erfolgreicher Politikerinnen und Politiker begannen ihre Karriere als Minderjährige in einer der Jugendorganisationen. Erinnert sei hier nur stellvertretend für viele andere an Kristina Schröder, die zum Zeitpunkt der Eintritte dieser Jugendlichen mit 32 Jahren Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend wurde – mit 14 Jahren war sie in die Junge Union eingetreten und drei Jahre später in die CDU. Im selben Alter trat Johanna Uekermann den Jusos bei – 2013, mit 26 Jahren, wird sie deren Bundesvorsitzende. Doch ein Eintritt in jungen Jahren garantiert längst kein konkretes späteres parteipolitisches Amt. Entsprechend zeigt sich bei genauerer Betrachtung der Erzählungen, dass die im Sample formulierten und in verschiedenen zentralen Motiven verdichteten Karriereambitionen als abstrakte ergebnisorientierte selektive Anreize zu interpretieren sind. Die gebündelten zentralen Motive variieren dabei – auch wenn es den Jugendlichen allgemein gesprochen um eine politische Karriere geht, so streben die einen nach einem Status (Amt, Mandat), die anderen nach politischem Einfluss, der ihres Erachtens aber eben nur über eine politische Karriere erreicht werden kann.

M01 sieht seinen Beitritt in die Junge Union nicht nur als Möglichkeit, etwas Neues und Interessantes zu machen, sondern erhofft sich, damit ›etwas werden‹ zu können:

M01: »Also momentan ist Politik eigentlich ganz weit oben (.) weil das ja eigentlich das Neueste, Frischeste, Interessanteste ist momentan (.) Feuerwehr bin ich ja jetzt auch schon lange dabei (.) kenne ich auch schon alles (.) Politik kann ich, kenn ich (.) kann ich noch nicht alles und dadurch ist es halt recht interessant (.) Fußball ist auch ein großes Geschäft eigentlich, wo man viel werden kann (.) und ich hab Talent das weiß ich auch (.) sagen auch viele andere (.) und (.) da kann man halt versuchen noch was zu machen (.) aber so ist es in der Politik auch.«

Der 16-Jährige sucht die Abwechslung – er spielt Fußball und ist schon länger in der Jugendfeuerwehr. Doch das kenne er jetzt »auch schon alles«, erzählt er. Sein Engagement in der Jungen Union ist für ihn hingegen das »Neuste, Frischeste, Interessanteste« – vor allem, weil man dort etwas werden kann, wie im Fußball. Und, wie er im weiteren Verlauf schließlich sagt, möchte er »wo ich weiß, dass man was werden kann, will ich es auch versuchen«. Er erhofft sich einen Sitz im Gemeinderat, vielleicht Kreistag, Landtag, Bundestag – er hält alle Optionen für möglich. Das mögliche Einkommen ist dabei ein Anreiz, aber auch, dass er viele bekannte Menschen kennenlernen und vor allem, dass er selbst vielleicht »ein bisschen berühmt« werden könnte. Und falls das nichts werden sollte, habe er schon eine »Exit-Strategie« parat: »Und ich hab mir auch gesagt, versuchen kann ich es ja, wenn es nicht klappt, dann tret ich wieder aus«.

M01 ist einer von mehreren im Sample, deren Eintritte in die Partei(jugend)organisation für sie den ersten Schritt markieren, um in der Politik Karriere machen zu können. Doch es ist, wie bereits erwähnt, eine abstrakte Wunschvorstellung. Entsprechend vage formulieren die Jugendlichen diese (zentralen) Motive. Sie möchten, wie es die 16-jährige **W07** formuliert, »in die Politik [...] gehen« oder, wie **M48** sagt, »so was auch (.) beruflich machen«. Dass das nicht unmöglich sei, betont **M60**, er möchte »was Großes erreichen«. Schließlich sei er schon Klassensprecher und Kapitän in einem Footballteam gewesen – »also immer so (.) das Alphetier«, wie der 16-Jährige erzählt. Sein Streben resultiert aber nicht nur aus beruflichen oder politischen Motiven:

ML: »Sag mal was (.) äh verbindest Du denn mit Deinem Schritt auch (.) bestimmte Ziele?«

M60: »Ja auf jedn Fall (.) mein Ziel also (.) in in Landtag zu komm (.) das wär jetzt (.) weil viele (.) also ich wills auch (.) ich mach's für mich, weil ich weiß, dass (.) also das schaffn kann (.) auch mein (.) ich weiß, mein Vater wär dann auch stolz (.) mein Vater is (.) mag so was (.) das wär auf jedn Fall mein Ziel (.) Landtag sowas.«

Abgeordneter im Landtag, das wäre sein Ziel. Er verfolge es für sich, um des Amtes willen, wie aus dem weiteren Kontext deutlich wird. Gleichwohl, betont er, würde das auch seinen Vater stolz machen, von dem er im Interview wiederholt erzählt – schließlich hätten sie den Beitrittsweg gemeinsam beschritten und wären schließlich auch gemeinsam eingetreten.

Einige andere Jugendliche verbinden mit dem Eintritt stattdessen den (selektiven ergebnisorientierten) Anreiz, in der Partei(jugend)organisation die Möglichkeit zu bekommen, eigene Interessen oder Vorstellungen umsetzen zu können – wie **M27**:

ML: (2) »Und wie bist Du ganz am Anfang auf die Idee gekommen, dass Du das machen willst?«

M27: »Ich wollt einfach irgendwas ähm (.) meine Interessen halt (.) politischen Interessen (.) irgendwie durchsetzen (.) und hier in Ort85 halt auch was verändern (.) und (.) ja (1) jugendlicher machen (.) den Ort quasi (.) jugendfreundlicher.«

Der 17-Jährige möchte seine Interessen durchsetzen, wie er betont. Er möchte vor Ort etwas verändern, seine Heimatgemeinde jugendfreundlicher gestalten. Dafür bräuchte er aber politische Macht, die er hofft über die Parteijugendorganisation zu bekommen. Denn damit, so sein Kalkül, habe man »mehr Einfluss [...] als wenn man (.) als einzelner Bürger so auf so'n Rathaus geht und irgendwas beantragt«. Allerdings musste er im Vorfeld feststellen, dass der Ortsverband der Jungen Union bei ihm in der Gemeinde inaktiv war. Und so schickte er sich an, ihn »neu ins Leben« zu rufen. Er entwickelt dafür einen Plan, wie das geschehen kann, sucht entsprechende Kontakte zur lokalen CSU sowie Mitstreiter unter seinen Freunden und schafft schließlich die Neugründung (s. Kap. 7.1.2.4). Detailreich beschreibt er im Gespräch diese Pläne, doch was sie erreichen wollen, bleibt schlagwortartig – konkreter als »jugendfreundlicher« wird es nicht.

Um politische Ziele zu erreichen, um etwas bewegen und verändern zu können, wird **M05** aktiv. Im Laufe des Gesprächs konkretisiert der 17-Jährige immerhin seine Vorstellungen, führt minutenlang aus, wie wichtig Kommunalpolitik sei, dass es darum gehe, für die »normalen Bürger« etwas zu bewegen und wie die Energiepolitik ökologisch umgestaltet werden könne – das würde auch Arbeitsplätze schaffen. Von dem Eintritt verspricht er sich diese Möglichkeit beziehungsweise erhofft er sich die entsprechende politische Macht, um seine Vorstellungen umsetzen zu können. Ähnliche Vorstellungen treiben auch **M34** an:

ML: »Sag mal verbindest Du denn mit Deiner Mitgliedschaft auch bestimmte Ziele?«

M34: (2) »[...] ich möchte irgendwie schon (.) weiterkommen und irgendwann vielleicht auch mal (.) was weiß ich (.) irgendwo (.) n Mandat bekommen [...]«.

ML: »Warum würdest Du denn gern ein Mandat haben?«

M34: »Weil man da dann denk ich einfach, da kann man dann halt mal (.) was machen und wenn man mal ein Mandat hat dann kriegt man vielleicht auch mal noch ein zweites (.) vielleicht auch in nem höheren Amt dann (.) (räusper) oder (.) oder es wird verlängert und man kann dann halt einfach (.) man kann dann Einfluss nehmen (.) man kann was verändern (1) aktiv (.) zumindestens kann man sich beteiligen (.) sich einbringen (.) und schauen dass da so die Welt ein kleines Stück besser wird.«

Hinter seinem zentralen Motiv ›in die Politik zu gehen‹ steht die Vorstellung, bei den Jusos beziehungsweise in der SPD »weiterzukommen«, ein Mandat zu erhalten, und danach ein weiteres, höheres Amt und so weiter. Hintergrund seiner Ambitionen ist die Vorstellung, so die Chance zu bekommen Einfluss gewinnen und etwas verändern zu können – um »die Welt ein kleines Stück besser« zu machen. In seinem hierarchischen Politikverständnis ist das aber eben an die Bedingung geknüpft, politische Macht zu erlangen. Ähnlich formuliert es **M46**, auch er möchte aufsteigen, um seine Vorstellungen umsetzen zu können:

M46: »[...] zu den Grünen hätt' ich nicht gewollt das hätt' ich auch angedacht weil man einfach (1) da nicht die Möglichkeit hat richtig hoch zu kommen und mitbestimmen und das ist auch (1) hört sich vielleicht n bisschen machtgeil an aber ist wirklich auch eins meiner Ziele weil ich denke (.) man kann (1) seine Meinung nicht wirklich durchbringen (.) [...] wenn man (.) irgendwo unten sonst wo was ist (.) und um seine Meinung wirklich auch durch zu is ja is ja klar als ob äh die Zeitung auf irgendnen kleinen Genossen aus sonst wo hört (.) oder ob die auf Frank Walter Steinmeier hört (.) is ja (.) keine Frage und deswegen (.) war es auch eins meiner Ziele da wirklich auch hochzukommen in der Partei.«

Bereits bei der Klärung seiner Präferenzen, welcher Jugendorganisation er beitreten wolle, spielt sein zentrales Motiv ›nach oben zu kommen, um Gehör zu finden‹ eine Rolle. Bei der SPD sieht er bessere Chancen für sich als bei den Grünen und damit ist die Frage der Präferenz geklärt. Nach oben schaffen möchte es der 16-Jährige, wie er mit einem Beispiel zu erklären versucht, weil die Zeitung nicht auf »irgendnen kleinen Genossen aus sonst wo hört«, sondern auf jene, die an der Spitze der Partei stünden. Entsprechend wünscht er sich eine politische Karriere, um dann ›seine Meinung wirklich durchbringen zu können‹. Worin diese besteht, verdeutlicht er nicht im Gespräch.

Für **M51** geht es mit dem Beitritt um den Wunsch, ein »Podium zu bekommen«. Denn in der Politik aktiv zu werden und vor allem um etwas verändern zu können, brauche er ein solches, wie er mit einer starken ich-agency betont. Mit dieser Einsicht sei er Mitglied geworden bei der Jungen Union, für die er keine ausgeprägte Präferenz hatte. Zwar finde er sie grundsätzlich gut und sein Vater sei Mitglied der CDU, aber er habe sich auch andere Jugendorganisationen angeschaut. Allerdings überzeugen ihn weder die Jusos noch die Jungen Liberalen (JuLis). Am liebsten wäre er parteilos geblieben, gesteht er im Laufe des Gesprächs. Aus seiner Familie schlägt ihm eine tradierte, noch aus DDR-Zeiten stammende Anti-Parteien-Haltung entgegen. Doch ihm ist klar, wenn er »in Deutschland [...] in der Politik aktiv werden« möchte, dann brauche er ein »Podium«.

Für einige andere Jugendliche ist der Eintritt in die Parteijugendorganisation schließlich mit dem selektiven ergebnisorientierten Anreiz verbunden, sich dort ein Fundament zu schaffen für die spätere Karriere in der Mutterpartei. **M53** glaubt beispielsweise, dass er bei der Jungen Union nicht viel bewirken könne. Aber man würde dort inspiriert in die CDU einzutreten, wo man »dann was bewirken kann«. Trotzdem erachtet er den Beitritt zur Jungen Union als wichtig:

M53: »Weil man jetzt als Jugendlicher denke ich (1) ist es jetzt nicht die richtige Anlaufstelle wenn man sofort zur großen Partei geht (1) weil man da kaum Gleichgesinnte findet also (.) die in dem Alter sind in dem gleichen (1) das geistig gleiche (.) das geistige Alter haben oder so (.) da hat man dann nicht so die Anlaufstelle finde ich (1) und weiß nicht ob man von abgeschreckt wird aber (.) ich halts halt nicht für sinnvoll (.) halt (.) weil man halt keine (.) Gleichaltrigen dann hat.«

Der 16-Jährige ist pragmatisch. In der Mutterpartei finde man keine Gleichaltrigen und damit keine »Anlaufstelle«, sprich Ansprechpartnerinnen oder -partner, die sich auf ihn als Jugendlichen einstellen. Daher fürchtet er, dass ihn der Einstieg in der Mutterpartei sogar abschrecken und – das bleibt unausgesprochen – so seine Pläne zunichtemachen könnte. Also entscheidet er sich für die Jugendorganisation, die, so der 16-Jährige im weiteren Verlauf, »so das Fundament« bilden kann. Ähnlich sehen es weitere Jugendliche im Sample. Für **M43** ist die Jugendorganisation beispielsweise ein »Sprungbrett«:

M43: »[...] ich möchte mich politisch engagieren ich sag das ganz ehrlich (.) nur (.) ich ich möchte auch irgendwo was machen (.) auf Landespolitikebene oder auf Bundespolitik (.) und dann muss man gucken wie kommt man dahin (.) dass man was machen kann dass man seine Interessen nachgehen kann und (.) vielleicht auch später beruflich (.) dann sucht man nach Wegen und Mitteln das zu machen (.) und dann denk ich sind die Jusos ein ganz gutes Sprungbrett auch (.) dafür um da reinzukommen (1) und auch Leute kennzulernen [...]«

Der 16-Jährige war bisher Klassensprecher, Schulsprecher und hatte sich im Jugendrat seiner Kommune engagiert. Nun möchte er Zutritt »in höhere Gremien« bekommen, wie er es an anderer Stelle formuliert. Dafür müsse er schauen, wie er dorthin gelangen könnte. Die Jusos wären dabei nicht nur ein guter Ausgangspunkt, sondern »ein gutes Sprungbrett« – »um reinzukommen und auch Leute kennzulernen«.

Ähnlich sieht es **M32**, der über die Junge Union später in die CDU und damit in die »richtige Politik« einsteigen möchte. In der Jugendpartei hofft er, heranzuwachsen und zu reifen:

M32: »[...] im Moment bin ich noch relativ ähm (.) weit unten (.) aber bald bin ich dann im (.) Stadtbeirat das hört sich jetzt noch nicht so prickelnd an aber es ist schon mal ein kleiner Einstieg in die in das Wirkliche (.) und ja da hab ich vor mich wirklich nach oben zu arbeiten [...]«

Die Junge Union als »kleiner Einstieg in [...] das Wirkliche« – gemeint ist hier die CDU und, wie im weiteren Verlauf deutlich wird, die Bundespolitik.

Die Vorstellung, die Jugendorganisation als Karrierevorteil für den Einstieg in die Mutterpartei beziehungsweise in die Welt der Berufspolitik zu nutzen, ist nicht beschränkt auf die Junge Union – auch bei den Jusos finden sich entsprechende Beispiele: **M50** engagiert sich bei den Jusos, geht aber davon aus, dass Jugendorganisationen generell nicht richtig ernst genommen würden. Wiederholt merkt er an, dass er später »in die Politik« wolle, dabei klingt es so, als sei die Mitgliedschaft bei den Jusos eben noch keine »richtige Politik«. Erst am Ende, gefragt nach seinen Wünschen für die Zukunft, bringt er es schließlich noch einmal konkret auf den Punkt:

M50: »Mmmhh [...] studieren auf jeden Fall (.) ähm Wirtschaftsrecht (.) und äh dann (.) in der Politik (.) ähm zu gucken während auch schon des Studiums (.) es gibt ja die Möglichkeit des Kreistages dass man sich dort auch schon auf Kommunalebene engagiert (.) und dann ähm würd ich gerne (.) Bundespolitik betreiben (.) und natürlich das

Ziel sollte es dann dann sein [...] möglichst (.) nach oben zu kommen weil man oben am meisten bewegen kann (.) und auch äh entscheidende Gesetze wirklich ähm verabschieden kann durchbringen kann (.) die den Bürgern (.) den Menschen (.) äh helfen.«

Der 15-Jährige möchte nach ›oben‹ kommen – politisch aufsteigen. ›Oben‹ meint die Bundespolitik, weil »man« dort »am meisten bewegen« könne. Inhaltlich bleibt unbestimmt, was er »bewegen« möchte. Deutlich wird nur, dass er bei der Verabschiedung ›entscheidender‹ – nicht einfach nur ›irgendwelcher‹ – Gesetze mitwirken möchte. Im Kern zielt sein Karrierewunsch damit auf die Erringung eines hohen politischen Amtes, hoffend, damit politische Macht zu erlangen. Bei den Jusos könnte er für seine Ambitionen erste Erfahrungen sammeln, wie er an anderer Stelle erzählt, und man könne sich dort die ›Rückendeckung der Jusos‹, also die Gunst der Jugendorganisation sichern als einem der wichtigen politischen Netzwerke innerhalb von Parteien in Deutschland. Ein Gedanke, der, wie weiter oben gezeigt, auch bei **M43** anklingt und der hier einen starken Anreiz darstellt.

Die zentralen Motive von 17 Jugendlichen des Samples sind letztendlich unter die ergebnisorientierten selektiven Anreize zu subsumieren. Dabei geht es, wie gezeigt, um nur wenige konkrete Anreize, sondern vielmehr um abstrakte, sich nur möglicherweise in der Zukunft realisierende Vorstellungen. Insgesamt ist bei diesen Anreizen das Verhältnis der Jugendorganisationen zueinander relativ ausgewogen: zehn Jugendliche streben zu den Jusos, sieben zur Jungen Union. Auffällig ist hingegen, dass hier überproportional viele Jungen zu verorten sind. Sie sind zwar auch wesentlich häufiger im Sample vertreten als Mädchen – das gerundete Verhältnis ist 3:1 – doch auch vor diesem Hintergrund ist der Unterschied von 15 Jungen zu zwei Mädchen augenfällig.

8.1.1.2 Prozessorientierte selektive Anreize

Bei den prozessorientierten selektiven Anreizen versprechen sich die Jugendlichen, wie bereits erwähnt, einen Nutzen, der aus der Mitarbeit bei den Partei(jugend)organisationen folgt. In (quantitativ orientierten) Parteimitgliederstudien wurde dieser Anreiz beispielsweise mit Items wie »To work with like-minded people« oder »To be politically active« (Seyd/Whiteley 1992: 74) oder durch Aussagen wie »Aus Spaß an der politischen Arbeit«, »Um mich besser über Politik zu informieren« oder »Um mit netten Leuten zusammenzukommen« (Laux 2011: 63) erhoben.

Im Sample lassen sich die zentralen Motive von 34 Jugendlichen dieser Anreizstruktur zuordnen. Im Vergleich mit den anderen Anreizen des General-Incentive-Models kommen diese damit am häufigsten vor.

Die zentralen Motive lassen sich unter diesem Anreiz in fünf unterschiedliche Motivbündel strukturieren: »Über Politik lernen«, »Ausprobieren«, »Gleichgesinnte treffen«, »Spaß haben« und »Mitmachen«. Sie werden im Folgenden vorgestellt.

- »Über Politik lernen«: Diesem übergeordneten Motiv lassen sich die zentralen Motive von fünf Jugendlichen zuordnen. Die 16-jährige **W02** ist über ihr Elternhaus und einen Teil ihres Freundeskreises mit Politik und politischem Engagement vertraut – ihr Vater und ihre Oma sind Mitglied der SPD, mit Freundinnen und Freunden spricht sie über Bildungspolitik und sie selbst hat sich bereits engagiert und mindestens einmal am sogenannten Bildungstreik (vgl. Langebach 2021) teilgenommen. Sie wünscht sich, mehr über Politik zu erfahren und zu lernen, wie sie funktioniert – sie wünscht sich, sich »einfach damit zu beschäftigen«. Daher entscheidet sie sich, in der Schule das Fach »Politische Weltkunde« (PW) zu belegen. Mehr oder weniger parallel überlegt sie, ob sie sich politisch engagieren sollte – »hab halt [...] überlegt Antifa oder so was zu machen«. Sie wird dann aber von einem Freund, mit dem sie sich »immer mal« über Politik unterhält, angesprochen und zu einem Treffen der Jusos mitgenommen:

W02: »[...] ja dann (.) war ich einfach mal bei so ner Sitzung bei (.) und ich hab jetzt auch nächstes Jahr ähm PW gewählt (.) und ich dachte (.) das wär blöd, wenn ich da jetzt da ganz ohne Ahnung hingehe (.) und ich dachte (.) ähm so (.) bei den Jusos würde ich mich einfach (.) ähm damit beschäftigen und n bißchen Wissen mir aneignen so (.) ja (.) so Grundwissen einfach.«

Der kurzen Einlassung zum Besuch einer Juso-Sitzung in ihrer Beitrittserzählung folgt eine (verhältnismäßig) längere Erzählung über die Wahl des Fachs Politische Weltkunde (PW) im kommenden (Schul-)Jahr und den Wunsch, darauf vorbereitet zu sein (»das wär blöd, wenn ich da jetzt, da ganz ohne Ahnung hingehe«). Bei den Jusos würde sie sich, gibt sie ihren daran anknüpfenden Gedanken wieder, »einfach [...] damit beschäftigen« und sich so quasi en passant Wissen über Politik aneignen. Allerdings wäre es verkürzt, ihre Beitrittsentscheidung nur unter dieser instrumentellen Perspektive zu betrachten. Selbstverständlich spielen bei ihr, wie bei den anderen auch, weitere Motive in die Entscheidung hinein. Doch der

Wunsch nach Wissensmehrung ist ihr zentrales Motiv der Entscheidung – wie auch bei den folgenden Jugendlichen: Bei **W19** ist die Reihenfolge indes umgekehrt: Sie beginnt sich im Leistungskurs Sozialkunde in der 12. Klasse für Politik zu interessieren. Der 17-Jährigen wird bewusst, dass sie im Grunde sehr wenig über Politik weiß:

W19: »[...] und fands immer n bisschen schade dass man eigentlich so (.) relativ wenig politische Sachen vermittelt bekommt (.) und also (.) ich weiß also bin halt gerade halt so (.) am Kennenlernen (.) (lacht leicht) (.) weil ich find so im Alltag kriegen Jugendliche nicht viel mit von Politik (.) und wo wir's dann in der Schule hatten (.) fand ich's eigentlich traurig dass man so wenig drüber weiß (.) auch über einfache (.) Vorgänge zum Beispiel wie (.) Gesetzesentwürfe entstehen oder so was (.) deswegen (.) fand ich eigentlich jetzt schon interessant (lacht leicht) (.) wollte (.) mir mal angucken.«

Neben dem in ihren Augen mangelhaften schulischen Politik-Unterricht hat sie den Eindruck, dass es ›Jugendlichen‹ an Gelegenheitsstrukturen mangle, um mehr über Politik zu erfahren. Im Unterricht hätten sie zwar, wie sie an anderer Stelle erzählt, über die sinkende Wahlbeteiligung gesprochen, aber niemand würde auf sie, die Jugendlichen, gezielter zugehen, um ihnen Politik nahezubringen. Als sie von einem Freund gerichtet aktiviert wird, sieht sie in der Jungen Union die Chance, wie sie es an anderer Stelle formuliert, »einfach n bisschen (.) was mitzukriegen und irgendwie (.) damit was zu tun haben einfach«. Sie hofft, so auf ›einfache‹ Weise etwas über Politik zu lernen, ohne sich »intensiv« vor den Fernseher zu setzen oder »dauernd« Zeitung lesen zu müssen, wie sie noch betont. Im Gegensatz zu einigen Freunden, die auch Mitglieder der Jungen Union seien, gehe sie nach dem Eintritt zu den Treffen – sie möchte »was mitkriegen sonst hat's ja eigentlich keinen Sinn da beizutreten(.)treten (2) nur für den Spruch ich bin politisch engagiert (lacht) (.) ist ja nichts Wert«.

Ihre nahende Volljährigkeit habe sie umgetrieben, erzählt hingegen die zum Zeitpunkt des Interviews bereits 18-jährige **W12**. Das ist nicht ungewöhnlich. Die Psychologin Katharina Eckstein weist darauf hin, dass die Auseinandersetzung mit gesellschaftlichen Rechten und Pflichten oft erst mit dem mit dem Erreichen des Wahlalters beginne (2019: 407). Bald dürfe sie wählen, erzählt **W12** weiter, doch sie habe mit Politik in ihrem Leben bislang keine Berührung gehabt. Ihr Vater legt ihr in einem Gespräch daher nahe, das doch vielleicht zu ändern.

Schnell sei sie dann auf den Gedanken gekommen, vielleicht einer Partei beizutreten:

W12: »[...] Und ich hab auch irgendwie gern meine Finger überall mit drinnen so bisschen immer. Also ich bin immer überall (.) so dabei und äh sprech da auch gerne mit (lacht) weiß ich nicht ob das immer für die anderen Leute positiv ist, aber ja«

Ihr Weg führt sie zur Jungen Union, da in ihrem Umfeld viele dort Mitglied seien:

W12: »Da denk ich mir (.) also beim ersten Stammtisch dacht ich mir, oh, mein Gott, ich weiß ja gar nichts. (lacht) Und die reden da alle voll-, und ich bin voll (.) ahnungslos, deswegen, also da hab ich jetzt schon den Antrieb mich irgendwie zu informieren, auf dem Laufenden zu sein. Das ist ganz positiv.«

Etwas entsetzt stellt sie fest, dass sie eigentlich gar nichts wisse – gleichwohl sieht sie das positiv. Das zwingt sie, sich mit Politik zu beschäftigen, wie sie an anderer Stelle sagt: »dacht ich mir, [...] wenn du da jetzt so beitriffst, dann musst du immer auf dem Laufenden sein«. Und so würde ihr Interesse geweckt und sie könnte viel dazulernen.

Der 16-jährigen **W21** wird im Matheunterricht, als eine Freundin ihr über ein bevorstehendes Treffen der lokalen Jungen Union erzählt, bewusst, dass ihr Politik »im alltäglichen Leben [...] überhaupt nicht« begegne. Deswegen wolle sie sich »n bisschen einbringen in das Ganze«, um »n bisschen mehr« zu erfahren. Das »Ganze« ist die Politik, wie aus dem weiteren Verlauf deutlich wird. Der Beitritt zum Jugendverband ist der Weg dorthin. Anders als **W19** geht es ihr weniger um Inhalte, sondern, wie sie es formuliert, um das »politische Leben«, das sie interessiere. Es bestünde aus Sitzungen und Empfängen, erzählt sie. Diese »neue Welt« entdeckt sie, als sie ihre Freundin zu einem Treffen der Jungen Union begleitet und sie den Wunsch entwickelt, diese besser kennenzulernen. Ihre Präferenz überprüft sie dafür mittels der Wahlentscheidungshilfe, dem Wahl-O-Mat.

Stärker inhaltlich interessiert ist hingegen **M40**. Er möchte mehr über Politik lernen, nicht aus dem Gefühl eines defizitären Wissens heraus, sondern aufgrund seiner Begeisterung für Geschichte:

M40: »[...] Naja also von der Geschichte sag ich mal ist jetzt kein großer Schritt mehr zu Politik (1) und (1) naja wenn man sich jetzt äh

diese ganzen Systeme vom Altertum bis äh später halt immer anschaut (1) dann (.) interessiert das ja einen auch mit also über die Geschichte (.) und dann kommt man eben dazu (.) sich auch für die heutige Politik zu interessieren [...]«.

Es sei kein »großer Schritt« vom Interesse an Geschichte zum Interesse an Politik, erklärt der 16-Jährige – das eine hänge mit dem anderen zusammen. Als er von einem Lehrer gefragt wird, ob er nicht vor dem Hintergrund dieses Interesses Lust hätte, beim Arbeitskreis Politik an seiner Schule mitzumachen, steigt er dort ein. Sein Vater empfiehlt ihm aber auch, doch einfach mal zur SPD zu gehen. Zu der hätte er Kontakt, gibt **M40** ihn wieder. Und er habe »[...] dann halt gemeint (.) ich sollte dahin gehen [...] und mir das mal anschauen ob mich das interessiert«. Der Teenager hofft, dort entsprechend mehr über Politik zu erfahren. Und tatsächlich, beim »Reinschnuppern« im Ortsverein stellt er fest, dass dort (politische) Themen viel intensiver beleuchtet würden als in der Zeitung oder in den Nachrichten – und es »hat mir auch Spaß gemacht«, hebt er hervor.

Auch **M39** hofft, bei den Jusos gezielt etwas über Politik lernen zu können. Bisher habe er Bücher dazu gelesen oder im Internet recherchiert, wo er auch in Foren mitdiskutierte:

M39: »Zum Beispiel im es gibt da dieses SchülerVZ (.) da gibt's da vereinzelt Gruppen (.) und dann geh ich zum Beispiel in Gruppen von der Jungen Union rein (.) oder auch in Gruppen von (.) auch in Nazi Gruppen rein oder auch in Gruppen von Antifa also um mich eigentlich (.) über jede Bandbreite zu informieren wie die denken und dann meinen eigenen Weg eigentlich zu finden.«

Ihm ginge es darum, wie der 15-Jährige erzählt, unterschiedliche politische Positionen kennenzulernen und sich, vor allem in der Auseinandersetzung, eine Meinung zu bilden und diese »zu perfektionieren«, wie er es an anderer Stelle nennt. Am besten gelänge das, wenn man einen Diskussionspartner hätte. Sein Vater versucht ihn vor diesem Hintergrund zu aktivieren und nimmt ihn mit zu einer SPD-Sitzung. **M39** merkt aber, dass er solche Diskussionspartner, wie er sie sich vorstellt, nur in einer Jugendgruppe finden könne, »weil die ungefähr den gleichen Wissensstand haben«. Er informiert sich daraufhin im Internet und stößt auf die Jusos, denen er schließlich auf einem Stadtfest begegnet, wo sie einen Informationsstand haben. Sie laden ihn zu einem Treffen ein und dort stellt der 15-Jäh-

rige fest, dass die »Leute eigentlich relativ gute Voraussetzungen« böten, wie er umgangssprachlich formuliert, und Spaß habe es auch gemacht.

- »Ausprobieren«: Das Motiv des »Ausprobierens« im Kontext prozessorientierter selektiver Anreize teilen vier Jugendliche. Eine »spaßige Idee« sei das gewesen, meint **M06**. Der 17-Jährige war auf einer Party angesprochen worden und besiegelte seinen Beitritt mit seiner Unterschrift auf einem Bierdeckel – weil er es »einfach mal ausprobieren« wollte:

M06: »[...] Ich wusste nicht, ob das dann wirklich funktioniert (.) und hatte auch erst, hab aber erst so gesagt, ähm, ja so, aber nur wenn's nichts kostet, so ungefähr (.) also ähm (.) einfach mal ausprobieren so, war da eher die Idee (.) so ganz ernst genommen hab ich das dann auch nicht, als ich da unterschrieben habe. Aber, wie gesagt, ich hatte die Idee vorher schon und ich kenn auch noch einen anderen, der da sehr aktiv ist und der äh hat mir danach dann eben noch mal so bisschen gesagt, was, was denn da eigentlich wichtig und, ähm, wann man sich öfter mal treffen sollte (.) Und deshalb ist aus diesem eigentlich eher äh, aus dieser spaßigen Idee, an dieser Party dann (.) jetzt so ne (.) was richtiges-.«

Auch wenn ihn die Situation überrascht habe, erzählt er, so habe er doch schon einmal vorher überlegt, der Jungen Union beizutreten. Die könnte für ihn interessant sein, mutmaßte er, weil er als Stufen- und vor allem als Schülersprecher auch schon etwas mit Politik zu tun habe. Hinzu käme, dass nicht nur ein Freund in der Jungen Union aktiv sei, sondern auch viele aus seiner Jahrgangsstufe dabei wären. Dennoch führt erst die Überrumpelung auf der Party dazu, dass er sich entscheidet beizutreten – aus diesen früheren vagen Überlegungen erwächst nun situativ das Motiv des »Ausprobierens«. Zu diesem Motiv gehört aber auch das Bewusstsein, das Experiment wieder zu beenden, wenn es einem nicht gefällt – so empfindet es auch **M06**: »[...] und wenn ich dann wirklich entdecke, dass ich das ganz schrecklich finde, äh, dann kann ich doch austreten«, unterstreicht der 17-Jährige. **M56** kennt Mitglieder der Jusos, viele seiner Freunde sind dort aktiv. Einer von ihnen schlägt dem 16-Jährigen vor, doch mal mitzukommen. Von alleine wäre er nicht auf diese Idee gekommen, gesteht er. Aber er wolle das jetzt einfach mal ausprobieren, »[...] das ist ja alles auf freiwilliger Basis und dann kann man einfach mal gucken (.) was man machen möchte und ob man's machen möchte und ob's einem gefällt und«, schiebt er hinterher, »und dann kann man auch wieder austreten (.) es zwingt einen ja niemand dazu«. Ähnlich pragmatisch geht **M41** an

den Beitritt heran. »Jetzt mach mers mal«, ist sein zentrales Motiv. Er interessiert sich für Politik, hat eine Präferenz für die SPD und hatte auch schon einmal überlegt mitzumachen, sich aber aus Zeitgründen dagegen entschieden. Als er dann zu einem Juso-Treffen eingeladen wird, geht er hin und findet es interessant. Und da er das »immer schon mal gerne machen« wollte, tritt er bei und probiert es nun aus – einen hohen Stellenwert hatte die Entscheidung für ihn aber nicht: »Das ist ja jetzt auch kein Weltereignis«, betont er. »Rantasten« möchte sich dagegen **M52**. Sein Interesse an Politik sei im Sozialkundeunterricht erwacht, erzählt der 16-Jährige, da hätten sie sich viel mit Parteien beschäftigt – »[...] und da hab ich mir überlegt (.) ja das wär vielleicht was für mich und (.) du könntest ja mal (.) gucken«. Aktiviert wird er von seinem Freund **M51**, der bereits schon an Treffen der Jungen Union teilgenommen hat und ihn nun gemeinsam mit einem weiteren Freund (**M53**) versucht zum Beitritt zu bewegen. Schließlich entscheidet sich **M52** dazu, auch der Jungen Union beizutreten – Ambitionen verbindet er damit zunächst nicht, er möchte jetzt erst einmal schauen, wie das ist.

- »*Gleichgesinnte treffen*«: Das dritte, unter die prozessorientierten selektiven Anreize zu subsumierende Motivbündel ist der Wunsch, Gleichgesinnte kennenzulernen, um mit ihnen über eigene Vorstellungen und Ansichten sprechen zu können. **W22** interessiert sich sehr für das, was in der Welt geschieht, kann aber darüber bisher nur mit ihren Eltern und ein wenig mit ihrer besten Freundin reden:

W22: »Ja also ich war ähm eigentlich schon immer (.) ich bin n ziemlich nachdenklicher Mensch, muss ich erstmal sagen. Und ich mach mir äh ziemlich viel Gedanken über alles äh auch was so in der Welt abläuft und da war ich schon immer eigentlich mehr interessiert als die anderen. Ich hab mir immer die [...] Nachrichten angeguckt und äh Zeitung gelesen und hab mir ähm auch viel philosophische Gedanken gemacht, was man verändern könnte oder was besser werden könnte, vor allen Dingen in so Bereichen wie äh Krieg und Frieden (.) und Gleichberechtigung und ähm ja irgendwann hab ich mir gedacht (.) dass ich da irgendwie auch mehr aktiv werden kann und dann n bisschen mehr mit so Leuten vor allen Dingen zusammen bin, weil das war eigentlich mein Ziel äh, dass ich dann mal so Leute treffe, die äh auch interessiert daran sind, weil das trifft man so nicht in der Schule (.) also ziemlich wenige.«

Die 15-Jährige beschreibt sich als »nachdenklicher Mensch«. Sie interessiert, was in der Welt passiert, und Themen wie Krieg, Frieden und Gleichberechtigung würden sie umtreiben. Sie habe dann »irgendwann« darüber nachgedacht, »ir-

gendwie [...] mehr aktiv« zu werden – vor allem, um dann mit anderen zusammenzukommen. Angestoßen worden sei der Gedanke durch ein Buch über »aktive Politik«, auf dass sie im Unterricht aufmerksam wurde. Eine Freundin der Mutter, die von ihrem erwachten Interesse erfährt, bestärkt sie. **W22** findet in dem Buch die Adresse der Partei(jugend)organisationen und informiert sich. Im Verlauf des Gesprächs kristallisiert sich aber immer mehr heraus, dass es ihr bei ihrer Suche primär darum geht, Gleichgesinnte zu treffen, mit denen sie sich austauschen kann. In ihrem Umfeld, betont sie, kenne sie so viele politisch desinteressierte Leute, mit denen man einfach nicht über die Themen sprechen könne – »weil (.) die [...] interessiert das nicht«. Und erst recht kenne sie niemanden, der selbst politisch aktiv sei.

Auch **M44** erzählt, dass er über Politik nur mit seinen Eltern, vor allem mit seiner Mutter, und seinem besten Freund reden könne. Und manchmal, gesteht der 16-Jährige, rede er auch mit einer Freundin, die in der Jungen Union sei, über das Thema. Ihm hingegen läge die SPD »in gewisser Weise [...] im Blut«. Diese Freundin und sein bester Freund seien aber eben »so die einzigen (.) Bezugspersonen in meinem Alter, mit denen ich darüber reden kann«, resümiert er. Der weitere Freundeskreis sei an Politik nicht interessiert. Mit dem Beitritt, so hofft er, würde er mehr Gleichgesinnte finden, mit denen er sprechen, diskutieren und sich austauschen könne. Diese Erwartung erfüllt sich beim »Reinschnuppern« – er wird bei den Jusos freundlich aufgenommen. Die »Stimmung war [...] liberal«, erinnert er sich und er habe »Aufwind« bekommen, weil er gemerkt habe, »dass die (.) tatsächlich die äh ähnliche Ideen hatten und Interesse hatten wie ich (.) und da hab ich mich richtig gut gefühlt also (.) ich hab mich wohlgeföhlt«. Der 16-jährige **M09** wiederum erzählt, dass er unvorbereitet und unvoreingenommen zum Treffen der Jungen Union bei sich im Ort gegangen sei. Eigentlich wollte er vorrangig in die CDU eintreten, aber da er zu diesem Zeitpunkt noch 15 Jahre gewesen sei, sei das nicht möglich gewesen. Die Stimmung auf dem Treffen habe ihn begeistert:

ML: »[...] Was war das, was Du da [an jenem Abend bei der Jungen Union] so faszinierend fandst?«

M09: »Ach so, an diesem Abend (ja) (.) zum einen diese gemütliche und auch familiäre Stimmung die an dem Abend herrschte, trotz der Tatsache, dass ich (.) dass so viele Leute dort anwesend waren (.) und vor allem wegen der Freundlichkeit [...] diese Freundlichkeit und Of-

fenheit dieser Jugendlichen, die damals schon JU Mitglied waren [...]«.

Und an anderer Stelle hebt er noch hervor, dass die Jugendlichen, die er dort getroffen hatte, zwar alle zwei oder drei Jahre älter gewesen, aber ähnlich eingestellt gewesen seien wie er:

M09: »[...] entsprechend waren diese Jugendlichen zwei, drei Jahre älter (.) aber waren mir sehr gleich gesinnt, dem entsprechend, dass sie ähnliche politische Überzeugungen hatten und sich für ähnliche Sachverhalte wie ich interessierten, denn zu der Zeit (.) gab [...] es ja in dieser Schule nicht so viele Jugendliche [...] die sich (.) in ihrer Freizeit über Politik unterhalten und politische Entscheidungen (.) und dem entsprechend hat [...] es mir sehr gefallen, dass diese (.) ä Jugendlichen sich auch in ihrer Freizeit politisch engagiert haben.«

Diese Begeisterung führt dazu, dass er noch am selben Abend vor Ort beitrifft. Obwohl es im Sample nur drei Jugendliche gibt, die sich explizit vor dem Hintergrund, Gleichgesinnte zu treffen, für eine Mitgliedschaft entschieden, so spielt das Motiv auch bei anderen Jugendlichen eine, wenn auch nicht zentrale Rolle – denn viele haben ein eher politisch desinteressiertes Umfeld (s. Kap. 6.2.3) und wünschten sich Gleichaltrige, mit denen sie zumindest über Politik sprechen und diskutieren können.

- *»Spaß haben«*: Das vierte Motiv prozessorientierter selektiver Anreize ist Spaß. Obwohl viele Jugendliche seine Bedeutung beim Engagement hervorkehren, so kommt ihm bei drei Heranwachsenden des Samples die Rolle als zentrales Motiv zu. **M19** beginnt sich zunächst für die Junge Union zu interessieren, als er von seinem Vater erfährt, dass dessen Mitgliedschaft ihm damals zu einem ruhigen Posten beim Wehrdienst verholfen habe (s. Kap. 7.1.1). Er orientiert sich, welche Partei(jugend)organisationen in Frage kämen und entscheidet sich, auch aufgrund einer familiär geprägten politischen Präferenz, mit seinem besten Freund, seinem *»Spezl«*, mal zur Jungen Union zu gehen. Er geht zu einer Sitzung und hilft auch bei einem Glühweinstand mit. Es mache mit den Leuten viel Spaß, resümiert er. Sie seien nett, freundlich und er fühle sich dort wohl. Entsprechend betont er, dass er dafür gerne den damit verbundenen Zeitaufwand in Kauf nehme:

M19: »[...] weil dieser Zeitaufwand bringt eben Spaß mit sich (.) also (1) ich stehe da gerne fünf Stunden am Glühweinstand weil ich dann

mit jemanden lachen kann (.) weil ich da mit jemanden ja (.) Spaß haben kann einfach (.) also das ist echt (.) das ist echt ne Gaudi.«

Das Erlebte führt zur Entscheidung, der Jungen Union schließlich beizutreten. Dass es bei der Jungen Union »net nur um Politik und so« gehe, beruhigt **M25**. Der 15-Jährige wird von seinem Freund **M27** aktiviert, der vor Ort gerne die Junge Union wiederbeleben möchte und versucht, dafür seine Freunde zu gewinnen. **M25** ist der Idee nicht abgeneigt, vor allem, da noch zwei andere gute Freunde mit dabei sind – und, bekräftigt er, »egal (.) was ich mit denen mach (.) es macht eigentlich immer Spaß«. **M12** wiederum ist auf der Suche nach einer Sache, die ihm Spaß macht: Er habe so viel Schule, so dass ihm kaum Zeit bliebe »für irgendwelche Sachen, die mir Spaß machen«. Er schnupperte zunächst bei Amnesty International und bei der kirchlichen Jugendarbeit rein – beides sagte ihm nicht zu. Er stellte fest, dass ihn zurzeit Politik am meisten interessiere und es ihm viel Spaß mache darüber zu diskutieren, etwas, was in seinem politisch desinteressierten Freundeskreis jedoch kaum möglich wäre. Er entscheidet sich, bei der Jungen Union reinzuschnuppern – die wäre ja die Jugendorganisation der CDU und diese wiederum die »richtige Partei, also die Richtigste im Moment«. Er stößt schließlich zu einem Treffen in einem örtlichen Café hinzu. Sie hätten dort etwas gegessen, getrunken und über Politik gesprochen. Es war eine »sehr angenehme Atmosphäre«, erzählt er. Erfahren habe er dabei, dass sie nicht nur über Politik diskutierten: »[...] die machen auch so (.) Spaßveranstaltungen das ist natürlich dann auch immer Spaß und nicht nur die Politik. Aber Politik macht eben auch Spaß ab und zu zu diskutieren über was«. Es mag Zufall beziehungsweise der geringen Fallzahl des Samples geschuldet sein, dass der Anreiz Spaß ausschließlich bei Jugendlichen anzutreffen war, die der Jungen Union beitraten. Erinnerung sei aber in diesem Zusammenhang an einen verbreiteten Werbespruch der Parteijugendorganisation »50 Prozent Politik. 50 Prozent Spaß«, mit dem die Junge Union eben auch Heranwachsende anspricht, die nicht nur »Politik-Nerds« sind.

- »Mitmachen«: Das häufigste zentrale Motiv im Kontext prozessorientierter selektiver Anreize ist der Wunsch »mitzumachen«. Einige Jugendliche heben dabei eher auf die Präposition »mit« ab – ihnen geht es stärker darum, gemeinsam mit anderen etwas zu machen. Sie sprechen im Interview beispielsweise verstärkt mit kollektiver agency (**M26**, **W03**) oder betonen, etwas »mit mehreren« (**M31**), »mit Freunden« (**M02**, **M03**), »lauter Freunden« (**W14**), in der »Gemeinschaft« (**W20**)

oder ›lokalen Gemeinschaft‹ (**M20**, **W24**) zu machen. Anderen Jugendlichen wiederum geht es bei dem Motiv des Mitmachens eher um das Engagement im Verbund mit anderen (**W13**), darum, mitzuwirken (**M55**) oder sich einzubringen (**M54**). Im Folgenden werden die unter dem Motiv ›mitmachen‹ gebündelten zentralen Motive skizziert; zunächst jene, die die soziale Komponente akzentuieren, dann jene, die eher die Handlung in den Mittelpunkt rücken.

Die 15-jährige **W14** lebt im ländlichen Raum und hat mehrere ältere Geschwister, die alle in der Jungen Union aktiv sind. Aber nicht nur die, sondern auch alle, mit denen sie im Dorf etwas zu tun hat, wie sie erzählt. Dabei wirkt es beinahe so, als wäre sie die letzte Verbliebene, die noch nicht dabei ist. Gemeinsam würden die (anderen) oft »Aktionen« machen, die »lustig« und »immer schön seien«, erzählt sie und berichtet vom gemeinsamen Packen von Weihnachtspäckchen und dem Oktoberfest, das vor Ort immer von der Jungen Union organisiert würde – da möchte sie dabei sein und selbst auch mitmachen. Auch anderen geht es darum, mit Bekannten und Freunden etwas gemeinsam zu machen – **M03** tritt daher gemeinsam mit seinen Freunden in die Junge Union ein:

M03: »[...] wir sind so fünf Freunde, die sind dann auch dann nach und nach eingetreten und ähm wir sind halt oft, äh, wir machen ziemlich oft was zusammen und ist auch einfach [...] dass wir uns da echt engagieren und so [...]«.

Der zum Zeitpunkt des Interviews mittlerweile Volljährige erzählt über den Beitritt nur mit einer kollektiven Agency: ›wir fünf‹, ›wir machen oft etwas zusammen‹, ›wir engagieren uns‹ – gemeinsam wollen sie in der Jungen Union »mitmachen«. Ähnlich begründet **W23** ihre zentrale Motivation – sie folgt ihrer besten Freundin in die Junge Union, damit sie dort ›gemeinsam mitmachen können‹. Und auch **W03** rückt den Aspekt des Mitmachens in den Vordergrund: Sie stresse es, wenn Leute sich nur über Politik aufregen. Gemeinsam mit ihrer Freundin schnuppert sie bei den Jusos rein und tritt bei, um »aktiv teilnehmen« zu können. Beinahe durchgängig erzählt sie die Beitrittsgeschichte dabei mit einer kollektiven agency, die im Laufe des Gesprächs variiert: Mal steht ein »wir« für ihre Freundin und sie, mal für die Jusos, zu denen sie sich zählt. **M31** wiederum, der von einem etwas älteren, neu gewonnenen Freund aktiviert wird, folgt einer Einladung, um bei der Jungen Union reinzuschnuppern – was er erlebt, gefällt ihm, besonders die Aktionen, an denen er teilhaben kann. In seiner Erzählung darüber wechselt er,

ähnlich wie **W13**, die agency: »[...] diese kommunalpolitischen Aktionen, die sie machen, also die WIR machen [...], das fand ich schon sehr interessant«. Und er betont, dass ihm bei den Aktionen »dieses Wir-Gefühl, das man da hat (.) mit mehreren Leuten« gefalle – mit manchen Freunden an seiner Schule habe er das nicht. Aus dieser Erfahrung erwächst sein zentrales Motiv. Um »richtig mitmachen« zu können, entscheidet sich letztendlich auch **M36** für den Beitritt zu den Jusos. Er ist politisch interessiert und berichtet, ohne eine klare Präferenz zu äußern, dass er früher schon einmal einer Partei beitreten wollte – es aber nicht tat. Zwei Klassenkameraden aktivieren ihn schließlich und laden ihn zu einem Treffen der Jusos ein. Dabei mag der 17-Jährige, wie er an anderer Stelle hervorhebt, die Jusos aufgrund ihres linken Kurses nicht. Doch über den einen der beiden Freunde ist er vor längerer Zeit auch schon zu einem Jugendprotestbündnis gegen die Erweiterung eines Flughafens gekommen, entsprechend zeigt er sich offen. Zu seiner Überraschung gefällt es ihm bei den Jusos vor Ort, weil sie eher »pragmatisch« und darüber hinaus nette Leute seien. Regelmäßig begleitet er nun seine beiden Freunde, bis sich »irgendwann« der Wunsch eingestellt habe, richtig mitmachen zu können. Sicherlich, räumt er ein, hätte er auch weiterhin zu den Treffen mitgehen können, aber er wolle sich schließlich richtig engagieren – als Nichtmitglied wäre das wohl eher schwierig geworden.

M26 hingegen folgt nicht Freunden, sondern gründet mit ihnen die lokale Junge Union neu. Im Gegensatz zu anderen in seiner Clique steht bei ihm dabei das gemeinschaftliche Motiv im Vordergrund:

M26: »[...] einfach [...] (.) dieses Feeling dass dabei war dass (.) dass alle so mitgemacht ham und (.) das ja (.) hört sich jetzt vielleicht auch n bißchen blöd an aber (.) es war einfach n cooles Gefühl wo sich dann alle eingesetzt haben (.) wo wir dann gesacht haben ja (.) gehen wir zum Bürgermeister und besprechen das mit dem (.) das war einfach (.) ja (.) war halt so ne Sache die (.) die dann im Endeffekt ausschlaggebend war wo ich dann auch gesagt hab ja (.) gute Aktion die wir da planen und das ist nicht nur für uns sinnvoll (1) ja«

Und auf dieses Gemeinschaftsgefühl und das Zusammensein mit seinen Freunden setzt er – es ist entscheidend für ihn. Um gemeinschaftliches Handeln geht es auch **M20**, der mit seiner Schwester in die Junge Union eintritt. Gemeinsam haben sie die Gemeinschaft erlebt, in der ihr Onkel, der seit vielen Jahren in der CSU mit Ämtern und Mandaten aktiv ist, sich bewegt (s. Kap. 7.2.3). Das habe seine

Schwester und ihn, erzählt der 16-Jährige mit kollektiver agency, »angespornt, dass wir dazu treten« – dazu, um Teil dieser Gemeinschaft zu werden; dazu, um genau dort mitzumachen. Darum geht es auch bei **W24**, **M33** und **W28**. Sie kommen aus Familien, in denen mindestens eine Bezugsperson sehr aktiv ist in einer Partei und über die sie in den vergangenen Jahren bereits in die Gemeinschaft der Partei vor Ort reingewachsen sind, wie sie es beschreiben: Die Mutter der 17-jährigen **W24** sitzt für die SPD im Gemeinderat, wie schon der Opa. Nur der Vater sei nicht aktiv, dafür aber dessen bester Freund, der Bürgermeister der SPD vor Ort sei. Insgesamt beeindruckt **W24** aber, was sie leisten:

ML: »Warum war Dir das wichtig dem Ortsverein beizutreten?«

W24: »Weil mich schon (.) weil wie gesagt ich bin schon als kleines Kind [...] bin ich mit dem [Ortsverein] in Verbindung gekommen (1) und (.) seitdem (1) ist es eigentlich so (2) gehört das dazu (.) und (.) es war dann (.) der beste Freund von meinem Papa wurde dann Bürgermeister und das hat das halt alles so bestärkt [...] was die für die Gemeinde getan [...] haben und tun und was sie auch so an Festen alles so organisieren und was die einfach auf die Beine stellen (.) das hat mich unheimlich beeindruckt und (.) ich wollt immer halt da auch mal aktiv mitarbeiten und net immer nur so (.) rumrennen und Tisch dekorieren [...] und [...] diese Art [...] Orts(.)politik von unserer SPD hier hat mich halt so beeindruckt.«

Und sie möchte da mitmachen und nicht mehr nur dekorieren Ihr Bezugspunkt ist dabei der Ortsverein: »[...] mei- (.) der größte Punkt warum ich eigentlich in die SPD eingetreten bin ist halt unser Ortsverein ist so (.) aktiv ist«. Dort, in seinem Ortsverein, ist **M33** schon länger aktiv, bevor es zur Beitrittsentscheidung kommt. Er kümmert sich um deren Website, erzählt der 16-Jährige, der auch aus einer SPD-Familie kommt. Sein Opa war 30 Jahre Bürgermeister, die Oma Mitglied, seine Mutter ist im Stadtrat und sein Vater scheiterte jüngst bei der Bürgermeisterwahl. Als er gefragt wird, ob er nicht auch beitreten möchte, treibt ihn die Motivation an, dann richtig »mitgestalten«, »mitarbeiten«, »mithelfen« zu können, wie er es an verschiedenen Stellen bezeichnet. Wie die beiden genannten ist auch die 14-jährige **W28** seit vielen Jahren dabei – eigentlich sei sie schon »seit 14 Jahren in der SPD«. Ihre Mutter wäre sehr aktiv in der Partei, war Stadtratskandidatin und vieles mehr:

W28: »[...] Ich wurde schon als ich Kind war ähm im Kinderwagen (.) war ich beim Plakatieren dabei und ich war auf allen Veranstaltun-

gen immer dabei und (.) also ich wurde eigentlich da so mitgenommen.«

Nun möchte sie von ihrer passiven Rolle, mitgenommen zu werden, in eine aktive wechseln und selbst vor Ort mitmachen. Die Rolle der Gemeinschaft betont schließlich auch **W20**. Allerdings gehören ihre Familienangehörigen nicht einer Partei an, sondern der Kolpingfamilie – einer katholischen Gemeinschaft. In sie ist die 16-Jährige aber nicht nur über die Familie, sondern auch über eigene Freizeitaktivitäten stark einbezogen. Über eine Freundin lernt sie dann die Junge Union kennen, die sie vor allem aufgrund ihrer Freizeitangebots interessant findet. Der Schritt zur Mitgliedschaft bedeute für sie, erzählt sie, »ein Teil ner Gemeinschaft zu sein«, aber eben auch mitmachen zu können, um etwas zu verändern. Eine stärkere, oben bereits angedeutete Akzentuierung des Machens findet sich schließlich zunächst bei **W27**. Die 17-Jährige kommt im Zuge ihrer Beitrittsüberlegungen in Kontakt mit einer Vertreterin der Jungen Union vor Ort und stellt zunächst fest, dass sich ihre Vorstellungen mit denen der Parteijugendorganisation überschneiden. Doch etwas anderes überzeugt sie schließlich vom Beitritt:

W27: »Dass ich etwas bewegen kann weil (.) in meiner Situation (.) alleine kann man nicht viel ausrichten (.) und die meisten Leute hören einem nie (.) eh nie zu weil man recht jung ist (.) ähm ich hab‘ auch ziemlich oft den Spruch gehört (.) ach du bist ja erst 16 (.) hast doch eh keine Ahnung von der Welt (ja) (.) und da dachte ich mir jetzt ist die beste Möglichkeit da beizutreten«

Sie möchte mit anderen etwas machen, etwas bewegen, weil es ihr alleine nicht gelingt – es geht ihr dabei nicht primär um eine Gemeinschaft, sondern darum, gemeinsam mit anderen etwas bewirken zu können. Ähnlich stellt es sich bei **W13** dar. Sie erzählt, dass sie sich grundsätzlich gerne engagiere. Dadurch sei sie »überhaupt auf die JU gekommen [...] dass ich da auch hingehen könnte weil (.) [...] mir macht das total viel Spaß mich zu engagieren«. Im weiteren Verlauf des Interviews kommt sie erneut darauf zu sprechen. Mit einer ich-agency erzählt sie zunächst, dass sie sich gut fühle, wenn sie »irgendwas« mache, um dann mit kollektiver agency zu konkretisieren: »[...] wenn wir Aktionen machen«. Dieses Wechselspiel setzt sich fort. Die 15-Jährige erzählt mit ich-agency, dass sie hoffe, vielleicht neue Mitglieder werben zu können, um dann mit kollektiver agency zu erklären, warum sie das vor hat: Sie würden derzeit versuchen, den Jugendver-

band bekannter zu machen, so dass mehr junge Leute dazukommen würden – und daran wolle sie mitwirken. Ähnlich gestaltet es sich bei **M55**, den der »Grundgedanke, was bewegen zu wollen«, antreibt. Er möchte etwas verändern, wie er zunächst sagt, um dann hervorzuheben, dass es ihm darum gehe, mitzuhelfen und mitzuwirken. **M54** geht es, wie er es formuliert, darum, seine »Meinung kund zu geben«. Der 16-Jährige ist politisch interessiert und hatte zunächst wenig konkret überlegt, dass dafür vielleicht eine Partei ein geeigneter Ort wäre. Als er im Kontext eines außerschulischen Seminars darauf hingewiesen wird, dass er durchaus auch schon in seinem Alter Mitglied werden könnte, beginnt er sich zu informieren. Schließlich sucht er ein SPD-Büro auf, das auf seinem Schulweg liegt. Die Frau, die ihn in Empfang genommen habe, sei »gleich ganz begeistert« gewesen von seinem Interesse, erinnert er sich. Eine Stunde hätten sie intensiv gesprochen. Danach sei er erst einmal »glücklich« und »fasziniert« gewesen, erzählt er und fügt auf Nachfrage hinzu:

M54: »[...] ich dachte, da kann ich endlich mal so richtig meine Meinung mit kundgeben und ich bin ja einer der zu seiner Meinung steht [...]«

Aus dem Kontext des Textes erschließt sich, dass es eine Chiffre ist – ähnlich wie beim gleichaltrigen **M57**, der ebenso der SPD beitrifft. Der möchte, wie er es formuliert, sich beteiligen, indem er sein »Denken« miteinfließen lässt. Beiden geht es dabei nicht darum, eigene Ziele durchzusetzen oder einfach nur lautstark ihre Meinung kundzutun, sondern sich, wie es an verschiedenen Stellen aus dem Material heraustritt, sich aktiv zu beteiligen und sich aktiv einzubringen – eben mitzumachen.

Insgesamt fällt bei diesen prozessorientierten selektiven Anreizen auf, dass hier überproportional viele Mädchen zu verorten sind. Zwar sind es in absoluten Zahlen mehr Jungen (21) als Mädchen (13), allerdings sind Jungen, wie erwähnt, rund drei Mal häufiger im Sample repräsentiert als Mädchen (47/17). Mit Blick auf die Ausdifferenzierung dieses Anreizes zeigt sich, dass Mädchen vor allem bei den Motiven »über Politik lernen« und »Mitmachen« überproportional mit ihren zentralen Motiven vertreten sind – bei ersterem Motiv sind es zwei Jungs und vier Mädchen, beim zweiten zehn Jungen und acht Mädchen. Mit Blick auf die Verteilung auf die

Jugendorganisationen zeigt sich, dass sich unter diesem Anreiz mehr Jugendliche der Jungen Union versammeln als von den Jusos. Das Verhältnis beträgt hier 19 zu 15, im Sample allerdings 31 zu 33.

8.1.1.3 Ideologische Anreize

Die Aufnahme ideologischer Anreize stellt eine Erweiterung des ursprünglichen General-Incentives-Models dar. Dass ihre Aufnahme dennoch sinnvoll erscheint, zeigt das Ergebnis der Deutschen Parteimitgliederstudie 2009. Zwar gehörten ideologische Anreize in Hinblick auf die Gesamtmitgliedschaft zu den weniger wichtigen Motiven, bei der Betrachtung der Einzelparteien ist das aber anders – bei der SPD, gefolgt von der CDU, komme dem Anreiz die größte Rolle als Beitrittsmotiv bei (vgl. Laux 2011: 68). Da diese Studie die Jugendorganisationen beider Parteien fokussiert, könnten hier ähnliche Ergebnisse erwartet werden. Die Deutsche Parteimitgliederstudie sieht ideologische Anreize als gegeben, »wenn mit dem Parteibeitritt Einfluss auf Kurs- und Richtungsbestimmungen der Partei genommen werden soll, wozu auch die Stärkung eines bestimmten Parteiflügels zählt« (Laux 2011: 64). Auf den ersten Blick scheint diese Ausdeutung stark der Definition kollektiver Anreize zu ähneln, die, wie oben zitiert, auf die »Durchsetzung politischer Inhalte und Maßnahmen« (Laux 2011: 63) abzielen. Doch geht es eben bei ihnen primär um bestimmte politische Inhalte, Ziele oder allgemein um den Einfluss der Partei, während die ideologischen Anreize auf die grundsätzliche politische Ausrichtung der Partei als Ganzes oder eines Flügels mit der Absicht radikalere politische Überzeugungen durchzusetzen. In Hinblick auf das vorliegende Sample spielten ideologische Anreize jedoch keine Rolle. Grundsätzlich liegt das an dem rudimentären Wissen, dass die interviewten Minderjährigen über die Parteien haben und das immer wieder in den Interviews hervortritt. Ausnahmen stellen hier einige Jugendliche dar, die der SPD oder den Jusos beitreten. Sie vermitteln in den Interviews zumindest ein grobes Wissen über die grundsätzliche politische Ausrichtung der Partei sowie die Existenz eines linken (nicht rechten) Flügels und der entsprechenden Verortung einiger Politikerinnen und Politiker – einige Jugendlichen positionieren sich in ihren Ausführungen dabei auch (vgl. Kap. 8.2.3) und M39 formuliert sogar die Wirkungserwartung, vielleicht die Jusos linker machen zu können (s. Kap. 6.1.4). Doch bei niemandem sind ideologische Anreize derart ausgeprägt, als dass sie als zentrales Motiv für den Beitritt zur Partei(jugend)organisation gelten könnten.

8.1.2 Kollektive Anreize

Kollektive Anreize⁴⁵ können laut Paul Whiteley, Patrick Seyd und Jeremy Richardson einer positiven oder negativen Begründung entspringen. Demnach wollen Personen nicht nur mitmachen, um ein bestimmtes Ziel einer Partei zu unterstützen, sondern auch, um den Zielen anderer entgegenzutreten (vgl. 1994: 87). Die Deutsche Parteimitgliederstudie nimmt eine solche Unterscheidung nicht vor, sondern versteht kollektive Anreize als »Durchsetzung politischer Inhalte und Maßnahmen« (Laux 2011: 63). Sie seien »im Spiel, wenn es dem Bürger darum geht, sich mit seiner Mitgliedschaft für bestimmte politische Inhalte und Ziele einzusetzen bzw. allgemein den Einfluss der Partei zu stärken« (Laux 2011: 64). Sie entsprechen damit den positiven kollektiven Anreizen bei Whiteley et al. Im Folgenden wird aber an der Differenzierung der britischen Wissenschaftler festgehalten und positive und negative kollektive Anreize unterschieden, da sie »aus dem Material« deutlich hervortreten. Zunächst aber erfolgt eine Hinwendung zu den positiv konnotierten Anreizen. In der Deutschen Parteimitgliederstudie 2009 werden sie mit drei Items operationalisiert: »Um mich für die Ziele der Partei einzusetzen«, »Um den Einfluss der Partei zu stärken« sowie parteispezifisch »Um mich für (christliche Werte in der Politik / eine sozial gerechte Gesellschaft / eine liberale Wirtschaftspolitik / sozialistische Ideale in der Politik / eine ökologisch orientierte Politik) einzusetzen« (Laux 2011: 63). In den genannten Formen werden sie von den Jugendlichen zwar als Motive im Rahmen ihrer Beitrittsüberlegungen genannt, aber nur in sehr wenigen Fällen kommt ihnen die Rolle als zentrales Motiv zu. Eine dieser Ausnahmen ist die 17-jährige **W26**:

ML: »[...] Du bist Mitglied der SPD [...] geworden (.) Kannst Du mal erzählen, wie es dazu gekommen ist [...]?«

W26: »Öhm (.) ja (.) also meine Tante is aktiv in der SPD (.) und (.) die hat dann immer davon schon erzählt (.) das war ganz spannend (2) also das hat sich auf jeden Fall sehr (.) ähm umfangreich angehört (.) und (2) dann durch häusliche Umstände bin ich dann zu meiner Tante und mein Onkel gezogen (2) und dann hab ich da halt noch mehr mitbekommen und dann war meine Tante auch immer soo (.) auf SPD-Sitzung und hat dann [...] auch so'n bisschen erzählt (.) und dann brauchten die irgendwann noch mehr Leute (.) um eine Einheit zu bilden (.) und dann bin ich mit eingetreten [...]«

⁴⁵ Hinsichtlich der grundsätzlichen Problematik der kollektiven Anreize in Bezug auf die Möglichkeit des sog. free-riding vgl. Whiteley/Seyd/Richardson 1994: 87.

In ihrer Auftakterzählung erinnert sich die 17-Jährige, dass ihre Tante ihr »immer schon« von ihrem Engagement in der SPD erzählt habe. Durch ihren Einzug in den Haushalt besagter Tante und Onkel habe sie davon dann »noch mehr mitbekommen«. Und die Tante spricht sie nun »gezielt öfter« an, ob sie nicht auch eintreten wolle, wie sie im weiteren Verlauf erzählt. Sie findet den Gedanken grundsätzlich interessant, vor allem, weil Wahlen bevorstünden und sie »überhaupt keine Ahnung von Politik« habe, wie sie an anderer Stelle gesteht. Doch handlungsleitend wird die oben von ihr wiedergegebene Aktivierungsphrase (s. Kap. 7.1.2.3) der Tante (»die brauchen mehr Leute«), die sie mit jener strukturellen agency übernimmt (»die«), sich zu eigenen macht und an einer Stelle zudem in abgewandelter Form verwendet: Eingetreten sei sie, bekräftigt sie, weil sie »brauchten halt noch mehr Wähler«. Hinter der Formulierung verbirgt sich letztendlich die Vorstellung, mit dem eigenen Schritt die Partei als Ganzes zu unterstützen – konkretere Unterstützungsleistungen formuliert sie nicht. Die 17-Jährige ist im Übrigen nicht die einzige im Sample, die eintritt, weil die Partei mehr Mitglieder benötigt:

ML: »Du bist ja jüngst Mitglied der Jungen Union geworden. Kannst Du mal erzählen, wie Du dazu gekommen bist?«

M07: »Äh Hauptgrund is weil mein Bruder das ist der Vorstandsvorsitzende [...] der war da drin und hat dann immer gesagt ja, komm komm rein komm rein. Und dann bin ich einfach da sachte das wär nur für die Statistik bin ich einfach reingegangen hab mich angemeldet [...]«.

Der 16-jährige **M07** wird von seinem Bruder aktiviert, der ihn in die Junge Union holen möchte – für die Statistik. Wiederholt habe er ihn »bearbeitet«, erinnert sich der jüngere Bruder, über mehrere Wochen. Irgendwann habe er sich gedacht, es spräche im Grunde nichts dagegen. Die Junge Union komme »von der CDU (.) ist christlich-demokratische Union« und die wäre unter Angela Merkel »im Moment [...] ganz okay«, hebt er hervor und betont weiter: »[...] ist ja nicht so NPD oder so«. Und die für ihn drängendste Frage, ob aus dem Beitritt für ihn Verpflichtungen erwachsen würden, verneinte sein Bruder: »Der hat halt nur gesagt, ist nur für die Statistik, kostenlos und sonst musst du nichts machen«. Mit seiner bloßen Mitgliedschaft könne er aber die lokale Junge Union unterstützen und stärken. Und so übernimmt der 16-Jährige die Aktivierungsphrase des Bruders als zentrales Motiv: nur für die Statistik. Dabei gehe es darum, die Ortsgruppe des Bruders zu einem mitgliederstarken Ver-

band auszubauen, dem so mehr politisches Gewicht zukommen würde – und dafür sind halt mehr Mitglieder nötig, egal ob aktive oder passive.

Weitreichender sind die Vorstellungen des 16-jährigen **M38** darüber, wie er seine Partei, die SPD, unterstützen möchte – eine Partei, die er fortwährend im Gespräch stilisiert. Für ihn ist sie die, »die mehr kluge Köpfe hat« als andere Parteien, »die Partei mit den besten Ideen« und »wenn's eine Partei anpackt, dann die SPD«. Sie möchte er unterstützen, »wenn ich's kann«. Auf die Frage hin, was er genau bewirken beziehungsweise wie er die Partei konkret unterstützen möchte, entwirft er ein gestuftes Modell:

ML: »Sag mal (.) was meinst Du, was DU (.) mit Deiner Mitgliedschaft bewirken kannst?«

M38: (1) »Zuerst ist man mal a-, äh kleiner Teil des Ganzen (.) aber je mehr man sich einbringt desto mehr Nutzen kann man der Partei bringen (.) im Moment (.) denk ich, bring ich ihr noch (1) wenig Nutz (.) aber ich möcht das intensivieren.«

ML: »Was meinst Du mit Nutzen?«

M38: »Naja sie hat mein Mitgliedsbeitrag aber das is nicht wirklich viel, also (.) ich bin ja noch jung (.) ähm aber Nutz wäre zum Beispiel wenn ich a Amt für sie übernehmn könnte (.) äh zum Beispiel (.) äh im Vorstand der Jusos hier zu sein oder so (.) das würde ja nutz n (.) ne aktive (.) gute (.) funktionierende Ortsgruppe zum Beispiel zu habn.«

ML: »In welcher Hinsicht kann das nutzen?«

M38: »Ähm einfach um mehr von den gutn Ideen zu überzeugen (.) ähm mehr als Wähler zu überzeugen also (.) ich red jetzt schon mit ganz ganz vieln Leutn, um die zu überzeugen dass se meiner Meinung nach richtig wähln.«

Der 16-Jährige erzählt mit unpersönlicher agency, dass »man« am Anfang nur ein kleiner Teil des Ganzen wäre. Aber je mehr »man« sich einbringe, desto mehr könne »man« für die Partei von Nutzen sein. In seiner Antwort auf die Nachfrage, was er mit Nutzen meine, wechselt er zu einer ich-agency. Er wäre zunächst mit seinem Mitgliedsbeitrag von Nutzen und könne noch mehr von Nutzen sein, wenn er beispielsweise ein Amt übernehme. Der Nutzen bestünde beispielsweise darin, eine »aktive, gute, funktionierende Ortsgruppe« zu haben, um mehr Wählerinnen und Wähler gewinnen zu können – immerhin würde er jetzt schon »mit ganz ganz vieln Leutn« reden, »um die zu überzeugen«. Diese Erzählungen bilden die Basis seines zentralen Motivs: »unterstützen«: Er will nicht über die Partei seine Vorstellungen verwirklichen oder etwas verändern, was ihm wichtig ist, sondern er will die Partei, deren

Ideen, Personal und Konzepte er für sehr gut hält, unterstützen – durch seinen Mitgliedsbeitrag, sein Engagement und gegebenenfalls auch mit der Übernahme eines Amtes. Letztlich aber, betont er an unterschiedlichen Stellen, müsse die Partei entscheiden, ob und wo sie ihm »einen kleinen Postn« zuzudenken würde beziehungsweise wofür sie ihn »einsetzn wolln«.

Das Ziel, bildungspolitische Vorstellungen einzubringen beziehungsweise einen entsprechenden Kurs der Partei zu stärken, formulierten im Sample drei Jugendliche: Die 15-jährige **W06** beginnt sich für Politik zu interessieren, als in ihrem Bundesland das Gymnasium von neun (G9) auf acht Jahre (G8) verkürzt und die Ganztagschule eingeführt wird. Besonders aber treibt sie die Verkürzung um, da sie zum letzten G9-Jahrgang gehört:

W06: »[...] also ich bin der letzte Jahrgang der noch dreizehn ja ähm (.) nach 13 Jahren Abi macht (.) aber halt die unter mir sind die machen mit zwölf Ab- äh Abi (.) äh also mit zwölf Jahren (.) und ähm die haben sich halt immer noch nicht überlegt (.) wie sie's machen wollen (.) weil wir sind dann zwei Jahrgänge die gleichzeitig auf den Markt kommen und irgendwie im Endeffekt immer noch nichts überlegt wie sie's machen wollen (.) und (.) vielleicht (.) also i- (.) ich wollte vielleicht mal irgendwie gucken ob man da mal vielleicht was machen kann.«

Die 15-Jährige sieht sich im Nachteil, da sie als letzter G9-Jahrgang gleichzeitig mit dem ersten G8-Jahrgang Abitur machen und »auf den Markt kommen wird«. Damit ist die Konkurrenz um Ausbildungs- und Studienplätze möglicherweise doppelt so hoch. Sie irritiert, hebt sie auch an anderer Stelle noch einmal hervor, dass sich die Politik noch nicht überlegt hat, wie damit umzugehen sei. Außerdem lehne sie das Modell der Ganztagschule ab, wie sie an anderer Stelle ausführt. Sie möchte später, wenn sie selbst Kinder hat, diese nicht in eine solche Schule schicken müssen. Gerne würde sie daher schauen, formuliert sie vorsichtig und mit unpersönlicher agency, »ob man da mal vielleicht was machen kann«. Eine Möglichkeit dafür sieht sie in der Jungen Union, auf die sie über eine Schulkameradin kommt. Die gehöre ja zur CDU und die vertrete »fast meine Meinung«, erzählt sie. Allerdings ist sie hinsichtlich ihrer Zielformulierung beziehungsweise Wirkungserwartung vorsichtig. Sie hofft, über den Weg der Parteijugendorganisation »irgendwie« etwas in Sachen Bildungspolitik machen zu können – wie genau, das ist ihr noch unklar. **M58** teilt den Wunsch, über den Kurs der Jugendorganisation den der Mutterpartei in Sachen Bil-

dungspolitik zu unterstützen, aber auch beeinflussen zu können – hier allerdings mit den Jusos den Kurs der SPD. Der 14-Jährige lebt in einem westdeutschen Bundesland, das 2002 mit zu den ersten gehörte, die das ›Turbo-Abitur‹, die G8-Reform, umsetzten. Vermutlich spielt sie daher bei ihm keine größere Rolle. Ihn treiben vielmehr andere Aspekte der Bildungspolitik um. Er findet die SPD-Forderung nach Abschaffung der Studiengebühren gut und wünscht sich zudem eine Abschaffung des Büchergelds an den Schulen:

M58: »Nee (.) äh doch also (.) beim Wahlkampf (.) da warn immer so Stände [...] der SPD [...] also (.) hab ich mal so nachgefragt [...] was sie vorhaben also (1) ich hab- (.) da fand ich's auch sehr gut dass die [...] SPD die Studiengebühren (.) also keine Studiengebühren mehr möchte (.) das find ich auch sehr gut so (.) weil ich kann nicht verstehen dass man jetzt Geld fürs Studieren zahlen muss (.) oder für die Schule (.) allgemein also für diese Bücher (.) also es gibt Länder die sind viel ärmer und da ist es halt nicht so und gerade in so nem reichen Staat wie Deutschland (.) kann man vielleicht (.) bei anderen Sachen sparen (.) und die [...] Gebühren für die Bücher diese vierzig Euro im Jahr (.) weglassen (.) ich find das unnötig (.) äh besonders bei schwachen Familien ist es sehr schlimm [...] es gibt ja diese Hilfestellung dass die das Geld äh (2) als Vorschuss bekommen und dann zurückzahlen müssen aber ich find das auch (1) nicht in Ordnung also (.) man sollte das schon (.) abschaffen glaub ich (.) Lernen ist was sehr wichtiges (.) und es sollten keine Leute jetzt irgendwie (1) gerade deswegen nicht studieren weil sie sich nicht (.) sich das nicht leisten können aus welchen Gründen auch immer (2) und äh (2) die Studenten sind ja wichtig für die Gesellschaft (.) die werden ja (.) wichtige Aufgaben übernehmen (.) so was sollte man halt auch fördern damit so was- (.) mit solchen Gebühren fördert man das grade nicht.«

Für den 14-Jährigen spielt, wie offenkundig wird, Bildungsgerechtigkeit eine zentrale Rolle. Er findet Bildung grundsätzlich wichtig für die Gesellschaft – er macht es fest am Beispiel der Studierenden, die nach dem Abschluss wichtige Aufgaben übernehmen würden. Von diesen Chancen dürften junge Menschen aber nicht abgehalten werden durch die Erhebung von Gebühren – diese erachte er, insbesondere vor dem Hintergrund des in Deutschland herrschenden Wohlstands, für »unnötig«. Seine Vorstellungen, erzählt er an anderer Stelle, bringe er bereits in einem Ausschuss ein, in den er als Mitglied des Schülerrats seines Gymnasiums gekommen sei. Dort würden sie über Bildungspolitik und die Schulreform sprechen. Und nicht nur das: »[...] also die (.) Bildungsministerin (.) die kommt auch ab und zu (.) in diesen Plenum (.) und wir können auch darüber sprechen und (.) unsere Ideen auch einbrin-

gen«. Auch wenn die Ministerin nicht aus seiner Partei komme, so sammle er doch Erfahrungen, wie er sich einbringen könne. Er möchte mitwirken, aber mehr noch, wie er sagt, dazu beitragen, dass die SPD wieder eine klare Linie bekommt – in Sachen Bildungspolitik könne er dazu etwas beisteuern.

Diesen positiv begründeten kollektiven Anreizen stehen jene gegenüber, die aus der Ablehnung einer anderen Partei oder eines spezifischen politischen Kurses resultieren. **M23** wendet sich der Jungen Union zu, weil »ich meinem Land etwas Gutes tun will« – tatsächlich für das Land, er spricht nicht von Menschen oder der Bevölkerung. Dieses »Gute« steht für ihn im Gegensatz zum aktuellen Negativzustand; das Land wurde und wird, wie er es zum Zeitpunkt des Interviews formuliert, »runtergewirtschaftet« und »gegen die Wand gefahren«. Schuld seien die Sozialisten beziehungsweise Sozialdemokraten – er verwendet beides synonym. Die Perspektive des 16-Jährigen wird dabei von seinem ungarischen Vater und dahinterstehenden familiären Erzählungen geprägt und ist vor allem auf Ungarn bezogen: Sein Vater, Mitglied der konservativen Fidesz-Partei, habe ihm von der Miswirtschaft der »Sozialisten«⁴⁶ in Ungarn erzählt, von der er auch selbst betroffen sei – »sie« machen seinen Vater »wirklich kaputt«, bekräftigt er. Dabei verknüpft der Jugendliche das Schicksal seines Vaters mit dem der Familie beim Aufstand 1956, bei dem sie vom Tode bedroht gewesen sei. Und letztlich sei er selbst auch Leidtragender der »Sozialisten«. Das ungarische Internat, das er in Deutschland besuchte, sei geschlossen worden – »wegen der sozialdemokratischen Regierung, die kein Geld mehr dazu gegeben hat« und »weil sie gesagt hat, Ungarn braucht keine Schule im Ausland«. Daher sei er »der größte Gegner des Sozialismus und sozialdemokratisch und alles«. Er hatte schon früher überlegt, der Jungen Union beizutreten, dann aber den Gedanken zunächst wieder verworfen. Doch dann führen die schlechten Umfrageergebnisse der CSU im bayerischen Landtagswahlkampf 2008 zu einer Neubewertung seiner früheren Beitrittsüberlegungen. Er befürchtet ein Erstarken der Linken und postuliert, dass »die Grünen und die SPDler [...] nicht so viel Gutes« machen würden. Daher möchte er mithelfen, ihren politischen Einfluss klein zu halten – für sein Land.

⁴⁶ M23 unterscheidet nur bedingt zwischen Kommunisten (in Ungarn an der Regierung bis 1990), Sozialdemokraten und Sozialisten. Zumindest letztere Unterscheidung könnte für den 16-Jährigen tatsächlich etwas schwierig sein, denn der von ihm abgelehnte ungarische Ministerpräsident ist Mitglied der MSZP, der sozialistischen Partei Ungarns, die aber auch Mitglied der Sozialdemokratischen Partei Europas ist.

Mit umgekehrten politischen Vorzeichen taucht dieser Vorsatz als zentrales Motiv noch bei drei weiteren Jugendlichen auf – aus Ablehnung der Unionsparteien wenden sie sich der SPD zu. Der 16-jährige **M45** entscheidet sich im Zuge des beginnenden Bundestagswahlkampfes 2009 für den Beitritt zu den Jusos. Er kommt aus einer SPD-nahen beziehungsweise linken Familie, wie er erzählt. Motiviert ist sein Beitritt aber vor allem von dem Ziel, bei der Wahl eine CDU/CSU-FDP-Regierung verhindern zu wollen:

M45: »Naja wenn ich (.) wenn ich immer höre äh dass es im (.) September bei der Bundestagswahl wahrscheinlich auf Schwarz-Gelb hinausläuft dacht ich mir (.) da müsst ich mir (.) da müsst ich gegensteuern«.

Weitschweifig begründet er seine Ablehnung der Unionsparteien – über die FDP schweigt er. Seine politischen Antipathien macht er an der politischen Agenda der Union fest, vor allem an deren Bildungspolitik und speziell an der von der CDU/CSU unterstützten Verkürzung der Schulzeit bis zum Abitur (G8). Sein zentrales Motiv, »gegen Schwarz-Gelb gegensteuern« verbindet sich gleichwohl mit dem Wunsch, mit seinem Eintritt bei den Jusos die SPD im Wahlkampf unterstützen zu können.

Die Ablehnung der in seinem Bundesland ebenfalls umgesetzten G8-Schulreform ist auch für den 16-jährigen **M37** Grundlage seiner Motivation. Er assoziiert mit der Verkürzung eine Einschränkung seiner Freizeit, da nun in weniger Zeit derselbe Unterrichtsstoff durchgenommen werden müsse. Das wiederum führe aber zum Verlust an Qualität (»der Schulstoff« würde »nur so durchgerattert« werden) – ein für ihn schwerwiegendes Problem, da er Bildung aus einer gesellschaftlichen Perspektive als elementar für die Gestaltung der Zukunft erachtet. Verantwortlich sei dafür, wiederholt er mehrfach, die CSU. Es habe ihn genervt, was die »hier in Bayern veranstaltet«. Und da »hab ich mir einfach gedacht (.) äh so kann's nicht weitergehen«. Er wird Mitglied der SPD und möchte, »auch wenn's nur ein [...] kleiner Teil is [...] was dazu beitragen, dass sich was ändert«.

Das zentrale Motiv »das Land voranzubringen« des 17-jährigen **M10** erwächst ebenfalls aus der vehementen Ablehnung der CDU – ähnlich wie **M23** spricht er wiederholt vom Land, nicht von den Menschen. Ausgangspunkt seines Motives ist sein Praktikum bei einer SPD-Abgeordneten im Landtag. Er habe das sehr interessant gefunden, berichtet er, lässt sich aber dann vor allem über seine negativen

Erlebnisse mit der CDU im Plenum und in Ausschüssen aus. Die machten »keine wirklich anständige Politik«, moniert er, das könne man »eher Comedy nennen«. Die Partei sei »salopp gesagt leicht inkompetent« und, das sei gefährlich, verschlefe den Fortschritt. Hinzu käme, dass ihre Politiker »halbschlüssig« argumentieren« würden und keinen »vernünftigen [...] grammatikalisch korrekten Satz« bilden könnten. Seine weitschweifigen Ausführungen münden schließlich in der rhetorischen Frage: »Darf man so was regieren lassen?«. Und so wendet sich der 17-Jährige der SPD zu, die die »besten Antworten« auf die »Probleme des Landes« habe, wie er meint. Gegensteuern gegen die Politik der CDU in seinem Bundesland möchte auch **M59**. Initial war der hessische Landtagswahlkampf 2008. Er ärgerte sich damals sehr über die hessische CDU und den Ministerpräsidenten Koch – wie der über Jugendliche »abgezogen« habe, »da hab ich gedacht nee (.) das kann net sein«. In der SPD hofft er Gegenakzente setzen zu können. Letztlich, das zeigt sich an diesen Beispielen, führen die negativen Anreize den Zielen anderer entgegenzutreten, zu positiven kollektiven Anreizen: die eigene Partei zu unterstützen.

Bei den kollektiven Anreizen schlägt das Pendel in Hinblick auf das Geschlechterverhältnis bei den zentralen Motiven deutlich in Richtung der Jungen aus – acht Jungen stehen zwei Mädchen gegenüber. Bei einem Geschlechterverhältnis von annähernd drei zu eins kann es vor dem Hintergrund des Samples als ausgewogen angesehen werden. Wird differenziert in positive und negative Begründungen des Anreizes beziehungsweise der zentralen Motive, so fällt auf, dass sich aus einer positiven begründeten Motivation drei Jungs und zwei Mädchen für ihre jeweilige Partei entschieden, aber mit einer negativen Begründung ausschließlich Jungs. Weniger ausgewogen ist hier im Übrigen das Verhältnis der Organisationen: Sieben Jugendlichen gehören zur den Jusos, drei zur Jungen Union.

8.1.3 Altruistische Motive

In der Deutschen Parteimitgliederstudie 2009 werden aus den ursprünglichen »altruistischen Motiven« nun mehr »Anreize«. Sie werden dort wie folgt definiert: »Erfolgt der Parteibeitritt aus einer Bürgerverantwortung heraus, handelt es sich um altruistische Anreize« (Laux 2011: 64). Es geht also darum, »einen Beitrag zum Funktionieren der Demokratie« zu leisten oder der Verantwortung als Bürgerin oder Bürger nachzukommen (ebd.: 63). Damit zielt dieses Motiv des General-Incentives-Models auf die Herstellung beziehungsweise Erhaltung eines kollektiven Gutes ab

und berührt damit das Trittbrettfahrerproblem, dem Seyd und Whiteley die Idee eines kalkulierenden Kantianismus entgegenstellen:

»When faced with the possibility of free-riding on the efforts of others, group member ask themselves the question ›What if everyone did that?‹; and since the answer is that the collective good would not be provided if everyone tried to free-ride, they choose to participate« (Seyd/Whiteley 1992: 63).

Und so beteiligen sie sich aus einem Pflichtgefühl oder einem moralischen Imperativ heraus, wie Whiteley und Seyd gemeinsam mit Richardson an anderer Stelle schreiben: »This is an aspect of the ›civic culture‹, a set of norms and beliefs about the political system and the role of the citizen in it« (1994: 87).

Die Mehrzahl der Jugendlichen entwirft in den Interviews tatsächlich eine solche Beteiligungsnorm. Sie meinen, man müsse nicht, aber man sollte sich beteiligen. Ihnen ist wichtig, dass sich die Menschen informieren, ihre Meinung öffentlich formulieren oder zumindest zur Wahl gehen. Der 16-jährige **M56** bringt das für sich folgendermaßen auf den Punkt: »Letzten Endes kann das (.) System Demokratie nur funktionieren (.) wenn sich genügend Menschen beteiligen«. Ohne Partizipation, so die Kurzformel, gebe es keine Demokratie und daher ist die Beteiligung notwendig. Und auch der 15-jährige **M19** meint, dass eine Demokratie davon lebe, »dass eigentlich sich alle da beteiligen«. Der 14-jährige **M58** hingegen schränkt ein, dass sich nicht jede oder jeder beteiligen müsse – doch die Menschen, die sich für Politik interessierten und vor allem »Leute (.) die dann am Ende darüber [über die Politik; A.d.A.] meckern [...] sollten halt vielleicht auch ihre Ideen reinbringen«. Seinen Standpunkt teilen viele Jugendliche in den Interviews. Sie blicken kopfschüttelnd auf jene, die »kritisieren«, die »meckern« (**M36, M50, M58, W25**), das »Maul aufreißen« (**M20**), »klagen, dass alles schlecht wäre« (**W19**) oder, wie es **M46** formuliert, »einerseits die ganze Zeit rumheulen wie Scheiße alles ist (.) und andererseits dann zu Hause sitzen«. Die Jugendlichen nervt, dass sich Gleichaltrige und Erwachsene zwar über Politik echauffierten, aber sich nicht einmischten: »[...] auf der Couch sitzen (.) [...] die ganze Zeit Däumchen drehen und sagen interessiert mich nicht (.) wird schon irgendwie funktionieren«, regt sich die 17-jährige **W27** auf. Auch die zwei Jahre jüngere **W23** ärgert das:

W23: »[...] das kann ich auf den Tod nicht ab, wenn (.) irgendwer sagt (.) ja, ist zwar schlecht, aber ich mach nix anders (.) ich will's nicht verändern (.) ich kann mich aber beschweren (1) und ich meine, um sich zu beschweren zu können, muss man selber was besser machen.«

Sie und die anderen Jugendlichen möchten im Grunde die ›Meckerer‹ in die Pflicht nehmen und wünschen sich, dass, wenn nicht alle, sich dann doch zumindest die Unzufriedenen politisch beteiligen würden, um eine Politik gewährleisten zu können, die viele unterschiedliche Positionen vereine.

Für einige ist die Vorstellung einer solchen ›begrenzten Bürgerverantwortung‹ auch handlungsrelevant: Die 17-jährige **W03** erzählt, dass es sie ›stresse‹, wenn sich Leute nur über Politik aufregen, aber nichts tun würden:

W03: »Ja naja eigentlich (.) war ich nie so (.) also so richtig doll politisch engagiert, also ich war halt immer (.) ähm (.) mich hat das schon so n bisschen interessiert und so und (.) man regt sich ja auch gerne immer darüber auf was so falsch gemacht wird (.) und mich stresst es halt wenn sich Leute nur darüber aufregen und deswegen dacht ich dann okay (.) dann mach ich jetzt auch mal was [...]«

Etwas politisch interessiert sei sie gewesen, beschreibt sich die 17-Jährige rückblickend, aber nicht besonders politisch engagiert. Und indirekt, mit unpersönlicher Agency, lässt sie durchblicken, dass sie sich auch gerne über politische Fehler aufgeregt habe. Gleichwohl ärgert es sie, wenn den Unmutsbekundungen der Unzufriedenen nichts folge. Vor diesem Hintergrund entschied sie für sich, sich politisch zu beteiligen. Zunächst machte sie beim sogenannten Bildungsstreik (vgl. Langebach 2021) mit und später führte sie ihr Weg zu den Jusos. Ein ähnliches Initial schildert der 16-jährige **M09**. Er war politisch bereits interessiert, als bei einer Probewahl in der zehnten Klasse heraus kam, dass nur ein Mitschüler politisch organisiert war:

M09: »[...] und ich dann auch bemerkte, dass in der gesamten Klasse [...] nur einer politisch organisiert war (.) hab ich mir überlegt dass wenn man von einem politischen Inhalt [...] überzeugt ist beziehungsweise generell mit einer Partei sympathisiert man sich auch politisch engagieren sollte um (.) zum einen das Allgemeinwohl zu fördern und [...] mit seinen eigenen Überzeugungen etwas zu verändern statt immer nur etwas zu kritisieren, was ja in einer Zeit der Politikverdrossenheit eigentlich sehr weit verbreitet ist.«

Seine Überlegungen stehen indes nur am Anfang seines Beitrittsweges (vgl. Kap. 7.2.2), sie ist bei ihm und bei **W03** ein Auslöser, aber nicht das zentrale Motiv für

den Beitritt. Anders als bei **M47** und **M24**: Die Themen Verantwortung und Moral ziehen sich als Topoi durch das gesamte Interview mit dem Selbststarter **M47**. Der 17-Jährige findet, dass niemand mehr Verantwortung übernehmen wolle, niemand sich mehr einbringe, mitmache oder engagiere. Nicht nur in der Politik, beklagt er, sondern auch in der Kirche. Und das sage er, obwohl er »Agnostiker« wäre. Vor allem aber Sorge er sich um den Zustand der Demokratie. Er habe Angst, dass sie untergehen könnte, weil niemand sich mehr engagiert. Und er betont:

M47: »[...] die Demokratie lebt davon dass sich Leute politisch engagieren (.) und dass (.) Verantwortung für die Gesellschaft auch bedeutet (.), dass man sich in der Politik engagiert oder wenigstens insofern engagiert (.) dass man sich informiert mit welchen Inhalten der Parteien man am meisten übereinstimmt und dann auch nach den Inhalten wählt (.) und nicht nach dummen Parolen«.

Daher tritt er der SPD bei, die er präferiert, und möchte versuchen auf diese Weise einen – seinen – Beitrag zu leisten. **M24** hingegen möchte ein Zeichen setzen. Er wird von einem Freund aktiviert – er fragt ihn, ob er mitmachen möchte bei der (Neu-)Gründung der örtlichen Jungen Union. **M24** hält das zunächst für eine Schnapsidee, bis sie tatsächlich jemanden von der CSU treffen. Im Gespräch erzählt er, dass von den unteren Jahrgängen wenige in der Partei seien – damit berührt er ein Thema, das den 15-Jährigen umtreibt: **M24** ist über seine Familie Mitglied im lokalen Wanderverein, wo er sich sehr engagiert. Allerdings, erzählt er, sehe man dort deutlich »eine Überalterung«:

M24: »[...] ich muss sagen ich war bis vor zwei Jahren das jüngste Mitglied (.) und da kommt dann zwischen meinem Alter und dreißig fünfzig nichts (.) und das ist a große Lücke und da ham wir gesagt wir wollen wenigsten danach n Grundstock aufbauen (.) und ham da jetzt also was gegründet (.) eine Art ja Jugendgruppe (.) wo also auch die die ja Zweit- Drittklässler oder generell die Familien mit rü- jüngeren Kindern so bis zehn Jahre angesprochen werden (.) da eben mitzumachen.«

Bis vor zwei Jahren sei er mit Abstand der Jüngste in der Wandergruppe gewesen. Deshalb, fährt er mit kollektiver Agency fort, hätten sie eine Jugendgruppe aufgebaut, die er nun mit seinem Vater leitet. Diese Passage ähnelt sehr dem Gespräch, das **M24** mit dem CSU-Vertreter führt – auch hier begegnen dem 15-Jährigen Überalterung und das Fehlen der jungen Leute. Und, wie er nachschiebt, ein Desinteresse an Politik:

M24: »[...] weil viele Jugendliche sagen ja auch [...] die Politiker interessiert's nicht (.) was mir wichtig ist (.) und da einfach dann auch mal äh der Jugend zu zeigen dass es auch anders da geht also das man da auch mitsprechen kann [...]«.

In dem gesamten Interview verschwindet die Beitrittsgeschichte des 15-Jährigen weitestgehend hinter dem Vorhaben, die Junge Union vor Ort wieder zu gründen – er spricht vor allem mit einer kollektiven agency, mit der ersten Person Plural. Die zitierte Passage ist eine der wenigen Passagen, wo **M24** sichtbar wird – und er formuliert, was ihm wichtig ist: »der Jugend zu zeigen, dass politische Beteiligung möglich ist«.

Festzuhalten ist, dass zwar viele Jugendliche im Sample eine Beteiligungsnorm formulieren, die für manche auch eine Initialzündung war, um sich politisch zu beteiligen, aber nur bei zwei Jungen (**M24**, **M47**) bildet sie letztlich die Basis ihres zentralen Motivs.

8.1.4 Soziale Normen

Neben den altruistischen Motiven liegen auch soziale Normen außerhalb eines engen Verständnisses des Rational-Choice-Modells, wie Whiteley, Seyd und Richardson zurecht bemerken, (vgl. 1994: 88). Trotzdem haben sie sich in entsprechenden Erklärungsmodellen etabliert (s. Kap. 4.4), im deutschsprachigen Raum beispielsweise in der bereits erwähnten Potsdamer Parteimitgliederstudie sowie in der ebenfalls wiederholt genannten Deutschen Parteimitgliederstudie, die diese operationalisiert als die »Erfüllung bestimmter Erwartungen des Umfelds« beziehungsweise »wegen des Einflusses von Familie und Freunden« (Laux 2011: 63). Dass diese Erwartungshaltungen und Einflüsse bestehen, ist in einer Vielzahl von Interviews ersichtlich – insbesondere in jenen Fällen, in denen Jugendliche aus ihrem Umfeld gerichtet aktiviert wurden (s. Kap. 7.1.2). Dennoch ist weder die Erfüllung einer Erwartungshaltung noch der beschriebene Einfluss in den Beitrittsgeschichten im Sample von solch hervorgehobener Bedeutung, als dass ihnen die Rolle als zentrales Motiv zukäme.

8.1.6 Expressive oder affektive Motive

Die expressiven oder affektiven Motive des General-Incentives-Modells wurden laut Whiteley, Seyd und Richardson (1994: 88) den Forschungen zu Parteiidentifikation

und expressivem Wahlverhalten entlehnt. Kern der Motive sei die Bekundung von Unterstützung für einen Kandidaten, ein Programm und so weiter. Entsprechend gehen sie davon aus, dass auch in Bezug auf den Eintritt in eine Partei entsprechende Motive leitend sein können. Allerdings können sie nicht unter das Rational-Choice-Modell subsumiert werden:

»Such motives for joining are grounded in a sense of loyalty and affection for the party which is unrelated to cognitive calculations of the costs and benefits or membership« (ebd.)

In der bereits oft zitierten Deutschen Parteimitgliederstudie wird für ›Motiv‹ synonym der Begriff ›Anreiz‹⁴⁷ verwandt und die expressiven oder affektiven Anreize als »Bekundung von Unterstützung für [die] Partei und ihre Politiker« gefasst und mit zwei Items abgefragt: »Wegen beeindruckender Persönlichkeiten an der Parteispitze« sowie »Um meine Sympathie für die Partei zu zeigen« (Laux 2011: 63). Im Ergebnis der quantitativen Studie stellen sie ein wichtiges Beitrittsmotiv dar (ebd.: 66).

Das Motiv, die eigene Sympathie gegenüber einer Partei zu bekunden, benennt kein Jugendlicher im Gespräch, auch nicht unter Verwendung anderer Begrifflichkeiten oder Formulierungen. Ein derartiges Bekunden spielt für sie auch keine Rolle gegenüber möglichen Dritten. Ihr gleichaltriges Umfeld beschreiben sie in der Regel als politisch desinteressiert (s. Kap. 6.2.3) oder reagiert mitunter mit Spott (s. Kap. 8.2) auf etwaige Mitgliedschaften oder ein Engagement in einer Partei(jugend)organisation. Und das erwachsene Umfeld (Eltern, Verwandte und Bekannte) spielt vor dem Hintergrund der altersbedingten Persönlichkeitsentwicklung (Pubertät) zwar als Gesprächspartner über Politik eine Rolle (s. Kap. 6.2.1., 6.2.2), aber nicht, um ihnen gegenüber in besonderer Weise eine etwaige Sympathie für eine Partei oder eine Kandidatin beziehungsweise einen Kandidaten zu bekunden. Eine Ausnahme stellt hier **M08** dar: Über einen Freund kommt der 16-Jährige auf die Junge Union und stellt im Rahmen der Beitrittsroute fest, dass es zwischen der Programmatik der Jungen Union, vor allem aber mit deren Mutterpartei, der CDU, Parallelen zu seinen Ansichten gibt. Er hebt im Interview insbesondere die Westbindung (an die USA und NATO) hervor, die er selbst auch als sehr wichtig erachtet und die immer wieder ein Diskussionspunkt mit seinen

⁴⁷ Annika Laux schickt den Ausführungen zu Beitrittsmotiven und -anreizen in der Deutschen Parteimitgliederstudie den Hinweis voran: »Der Begriff des positiven Anreizes wird anstelle von ›Nutzen‹ verwendet, um zu verdeutlichen, dass es nicht alleine um Nutzen im ökonomischen Sinne geht, also um materiellen Nutzen, sondern allgemeiner um Motivkomplexe, die hinter einem Beitritt stehen« (2011: 62).

Eltern sei. Die seien, wie er sagt, »schon immer ziemlich USA-feindlich« eingestellt gewesen, was er nicht verstehe und nicht akzeptieren könne. Der Wunsch, Stellung zu beziehen – gegenüber seinen Eltern, aber auch in der Schule, wo er entweder von politikverdrossenen oder linken Gleichaltrigen umgeben ist – wird schließlich zu seinem zentralen Entscheidungsmotiv, um nach drei Monaten formal in die Jugendorganisation einzutreten. Sein Wunsch der expressiven Bekundung seiner Unterstützung wird aber, wie gezeigt, flankiert vom Motiv der Distinktion gegenüber seinen Eltern und ist damit auch affektiv aufgeladen – jedoch in einem anderen Sinne, als sich das Whiteley et al. gedacht haben.

Ansonsten spielt die expressive Bekundung noch bei jenen Jugendlichen eine Rolle, in deren Familie Angehörige in einer Partei besonders aktiv sind. Der Mitteilung über den Beitritt kommt dabei die Funktion eines Signals zu um anzuzeigen, nun selbst zu diesem Kreis zu gehören. Doch nahm diese Form der expressiven Bekundung in keinem Fall im Sample die Bedeutung des zentralen Entscheidungsmotivs an. Im Übrigen gehen auch nicht alle Jugendlichen »expressiv« mit ihrer Entscheidung um. Die in der CSU aktive Mutter von **W13**, die wiederholt versuchte ihre Tochter zum Beitritt zu aktivieren, erfährt beispielsweise nur zufällig von der Entscheidung: »[...] ich saß dann da und hab den Zettel ausgefüllt«, erinnert sich die 15-Jährige:

W13: »[...] dann kam die Mama (.) hat das gesehen (.) dann so warum füllst du jetzt den Zettel aus ich dachte du willst da gar nicht mehr rein? Sag ich doch ich geh da jetzt hin (.) und dann hat sie mich so angeguckt (.) sie war ganz überrascht«.

Auch die Bekundung von Unterstützung für einen Kandidaten, vor allem von Spitzenpolitikerinnen und -politikern der SPD oder Union, spielt in den Interviews eine untergeordnete Rolle. Sicherlich zeigen sich einige beeindruckt von Politikerinnen und Politikern wie Angela Merkel, Günther Beckstein, Frank Walter Steinmeier, Hannelore Kraft oder Franz Müntefering, die vor und im Zeitraum des Beitritts bundespolitisch von Bedeutung waren, doch ist die Begeisterung begrenzt. Und nur ein Interviewter erzählt explizit, dass es ihm (auch) wichtig sei, den Bürgermeisterkandidaten seiner Partei vor Ort zu unterstützen. Der derzeitige Amtsinhaber, erzählt **M49** wortreich, mache »ziemlich viel Quatsch« und daher unterstütze er im Wahlkampf gemeinsam mit den Jusos den Gegenkandidaten der SPD – ein wichtiges affektives Motiv für den 16-Jährigen, aber kein zentrales (Beitritts-)Motiv.

8.1.7 Zusammenfassung

Ausgangspunkt dieses Kapitels ist die Fokussierung auf die zentralen Motive der Beitrittsentscheidung der Jugendlichen und ihre Strukturierung entlang des General-Incentives-Models. Dabei zeigt sich, dass längst nicht alle Anreize und Motive in Form zentraler Motive für die Beitrittsentscheidung von Bedeutung sind: Keines der zentralen Motive aus dem Sample lässt sich unter die **ideologischen Anreize** subsumieren. Ebenfalls lassen sich keine zentralen Motive den **sozialen Normen** zuordnen. Zwar bestehen im direkten Umfeld der Interviewten durchaus Erwartungshaltungen und Einflüsse seitens Familienmitgliedern, die parteilich organisiert sind, wie unterschiedliche Jugendliche berichteten, doch führen diese höchstens zur Aktivierung der Minderjährigen, zur Frage, ob sie vielleicht auch Mitglied werden möchten. Und die **expressiven/affektiven Motive** spielen nur eine sehr untergeordnete Rolle als zentrales Motiv – auch wenn sich mancher Jugendlicher verbunden fühlt mit bestimmten Politikern. Und hinsichtlich **altruistischer Motive** lässt sich festhalten, dass viele Jugendliche in der Erhebung zwar eine Beteiligungsnorm formuliert haben, diese aber nur bei zwei Jungen die Basis ihrer zentralen Motive bilden. Entscheidend sind hingegen vor allem selektive und kollektive Anreize:

	SELEKTIVE			Kollektive Anreize	Soziale Normen	Altruistische Motive	Expressive/affektive Motive
	Ergebnisbezogene Anreize	Prozessbezogene Anreize	Ideologische Anreize				
Sample: 64							
JU: 31							
Jusos: 33							
m: 47							
w: 17							
JU: 21m/10w							
Jusos: 26m/7w							
Gesamt	17	34	-	10	-	2	1
Junge Union	7	19	-	3	-	1	1
Juso	10	15	-	7	-	1	-
Männlich	15	21	-	8	-	2	1
Weiblich	2	13	-	2	-	-	-
JU/m	6	11	-	2	-	1	1
JU/w	1	8	-	1	-	-	-
Jusos/m	9	11	-	6	-	1	-
Jusos/w	1	4	-	1	-	-	-

Den **kollektiven Anreizen**, die gegeben sind, wenn sich Menschen für spezifische politische Inhalte und Ziele einsetzen oder den Einfluss der Partei allgemein stärken

möchten, konnten die zentralen Motive von zehn Jugendlichen zugeordnet werden. Für die vorliegende Erhebung wurden die Anreize unterschieden in positiv oder negativ begründete Motive. Im Ergebnis sind dann zwei Aspekte auffällig: Zunächst sticht das Verhältnis von acht Jungen zu zwei Mädchen ins Auge. Doch bei genauerer Betrachtung der niedrigen Fallzahl und dem Geschlechterverhältnis im gesamten Sample, das bei rund drei zu eins liegt, relativiert sich der Befund. Wird aber die Unterscheidung zwischen einer positiven und negativen Begründung herangezogen, zeigt sich, dass die zentralen Motive der beiden Mädchen positiv konnotiert waren, während vier Jungen handelten, um etwas anderes zu verhindern beziehungsweise eine explizite Gegenposition zu beziehen. Die Haltung der Jungen korrespondiert mit einem generellen Befund in der Erhebung. Jungs echauffierten sich in verschiedenen Fällen über den politischen ›Gegner‹, spezifische politische Inhalte oder über einen von ihnen abgelehnten politischen Flügel, bei den Mädchen bildeten solche Äußerungen hingegen die Ausnahme. Das kann damit zu tun haben, dass die Mädchen im Sample häufiger ein geringeres politisches Interesse aufweisen als die Jungen. Bleibt noch das Verhältnis unter den Jugendorganisationen bei den kollektiven Anreizen hervorzuheben: Bei sieben Jugendlichen von den Jusos bildeten sie das zentrale Motiv, bei der Jungen Union waren kollektive Anreize lediglich für drei Jugendliche das ausschlaggebende zentrale Motiv. Dieser Befund korrespondiert damit, dass sich im Sample Beitrittskandidaten der Jusos wesentlich häufiger gezielt mit den Inhalten und Positionen der von ihnen präferierten Partei auseinandersetzen als die Jugendlichen, die zur Jungen Union streben.

Jenen 17 Jugendlichen des Samples, deren zentrale Motive unter die **ergebnisorientierten selektiven Anreize** subsumiert werden können, geht es weniger um ein unmittelbar zu erreichendes Ziel als vielmehr um abstrakte, sich nur möglicherweise in der Zukunft realisierende Vorstellungen, die sich gut unter dem Stichwort ›in die Politik gehen‹ zusammenfassen lassen. Während hier das Verhältnis der Jugendorganisationen von zehn Jugendlichen bei den Jusos zu sieben bei der Jungen Union relativ ausgewogen ist, ist der Unterschied zwischen den Geschlechtern offenkundig: 15 Jungen stehen hier zwei Mädchen gegenüber. Sie entscheiden sich weniger häufig für einen Beitritt, um ›in die Politik zu gehen‹, als die Jungen im Sample.

Überproportional viele Mädchen sind mit ihren zentralen Motiven unter den **prozessorientierten selektiven Anreizen** vertreten – in absoluten Zahlen zwar mehr

Jungen (21) als Mädchen (13), in Hinblick auf das Geschlechterverhältnis im Sample (47m/17w) sind sie hier aber deutlich stärker repräsentiert. Dieser Eindruck verstärkt sich noch einmal, wenn man der Differenzierung des Anreizes folgt: Geht es um das Motiv ›über Politik lernen‹, finden sich hier zwei Jungs und vier Mädchen; geht es um das Motiv ›mitmachen‹ sind es gar zehn Jungen zu acht Mädchen. Daraus ließe sich mit der gebotenen Vorsicht einer qualitativen Studie ableiten, dass sich Mädchen zum einen verstärkt Parteiorganisationen zuwenden, um ›am Objekt‹ etwas über Politik lernen zu können, und zum anderen aus sozialen Motiven, um mit anderen Jugendlichen etwas gemeinsam zu machen. Abschließend sei hier noch auf das Verhältnis der Jugendorganisationen zu diesem Anreiz abgehoben: Hier zeigt sich ein leichter Vorsprung der in der Erhebung leicht unterrepräsentierten Jungen Union – 19 Aspirantinnen und Aspiranten der Jungen Union stehen hier 15 der Jusos gegenüber (bei einem Verhältnis von 31 zu 33 in der Erhebung). Erneut könnte das – mit der gebotenen Vorsicht – ein Hinweis dafür sein, dass hier die Werbestrategie und das Image der Jungen Union förderlich ist, die eben nicht nur darauf setzt, eine politische Jugendorganisation zu sein, sondern gleichfalls auch die gemeinschaftliche Freizeitgestaltung betont – so, wie es ihr Slogan verheißt: »50 Prozent Politik – 50 Prozent Spaß«.

8.2 Kosten

Teil des Entscheidungsprozesses im Kontext des General-Incentives-Models ist die Abwägung zwischen dem Nutzen und den damit verbundenen Kosten. Während in dem Modell die Frage des Nutzens weitreichend und differenziert betrachtet wird, findet die Auseinandersetzung mit den Kosten eher stiefmütterlich statt. Seyd und Whiteley streifen sie ihrer Studie zur Parteimitgliedschaft in der Labour Party (vgl. 1992: 56 ff.) sowie in der mit Richardson zur Conservative Party (vgl. 1994: 72ff.) nur am Rande: »What matters in a rational-choice model is the individual's perceptions of those costs and benefits« (Whiteley/Seyd/Richardson 1994: 85). Konkreter wird es kaum. Weiterhelfen kann hier die Deutsche Parteimitgliederstudie, in der die im Rahmen einer Beitrittsüberlegung zu kalkulierenden ›Kosten‹ definiert werden:

»Kosten entstehen einerseits durch die Zahlung des Mitgliederbeitrags, darüber hinaus werden hier jedoch auch der Zeitaufwand und mögliches Arbeitsleid miteinbezogen. Arbeitsleid könnte innerhalb der aktiven Mitarbeit durch Anfeindung, Neid oder Missgunst anderer Parteimitglieder entstehen« (Hoffmann 2011: 90).

Einen weiteren Anhaltspunkt, was unter ›Kosten‹ gefasst werden kann, liefert die Potsdamer Parteimitgliederstudie, die mit den folgenden Items versucht die ›Kosten‹ zu erheben: »Neben einem anstrengenden Alltag noch auf Parteiveranstaltungen zu gehen, kann sehr ermüdend sein«, »Das Engagement in der Partei lässt häufig zu wenig Zeit für Freunde und Familie«, »Für die Partei zu arbeiten, kann sehr langweilig sein« (Heinrich/Lübker/Biehl 2002: 149). Die Kosten eines Beitritts bestünden demnach aus den dann zu zahlenden Mitgliedsbeiträgen, dem mit einer aktiven Mitgliedschaft verbundenen Zeitaufwand sowie einem ›Arbeitsleid‹ – also aus materiellen und immateriellen Kosten.

Vor dem Hintergrund der vorliegenden Erhebung kann hier schon vorweggenommen werden, dass die Jugendlichen noch keine konkrete Vorstellung von dem haben, was sie dann tatsächlich in den Partei(jugend)organisationen erwarten wird. Sie können das noch nicht absehen, da sie ihr Wissen über die Jugendorganisationen vor allem aus dem Internet haben, aus Gesprächen mit Mitgliedern oder dem ›Reinschnuppern‹. Entsprechend können sie nur auf dieser Wissensbasis überlegen, was sie der Beitritt ›kosten‹ könnte. Beibehalten wird für die folgenden Ausführungen die Unterscheidung in materielle und immaterielle Kosten. Als materielle Kosten werden entsprechend der obigen Definition die Mitgliedsbeiträge verstanden. Als immaterielle Kosten solche, die die Jugendlichen mit dem Beitritt als solche interpretieren. Neben dem Zeitaufwand sind das andere Kosten als sie in den Potsdamer Parteimitgliederstudie oder der Deutschen Parteimitgliederstudie genannt werden.

Bei der Erhebung der Daten kamen allerdings zunächst nur wenige Heranwachsende auf etwaige Kosten zu sprechen, wenn sie ihre Beitritts(vor)geschichten erzählten. Das kann bereits als ein Indiz gewertet werden, dass insgesamt den Kosten kein hoher Stellenwert beigemessen wird. Um dennoch diesen Aspekt ins Blickfeld zu rücken, wurde sodann eine offene Frage gewählt, die im Laufe der Erhebung leicht variierte: ›Sprach für Dich irgendetwas gegen den Eintritt in die ...?‹ beziehungsweise im weiteren Verlauf mit der Frage: ›Hast Du im Vorfeld überlegt, was so eine Mitgliedschaft mit sich bringt?‹. Die Offenheit sollte ermöglichen zu eruieren, ob tatsächlich auch für die Jugendlichen Geld und Zeit die primär wahrgenommenen Kosten im Kontext der Beitrittsentscheidung sind oder ob möglicherweise noch andere Faktoren eine Rolle spielen. Auf die Frage folgte in der

Regel ein kurzer Erzählfluss. Fünf Jugendliche äußerten dabei kurz und knapp, dass es keine widerstrebenden Gründe geben habe: »eigentlich nichts« (M01, M05), »nix« (M24, W25), »ganz ehrlich (.) nicht wirklich« (M24). M12 weiß dazu nichts zu sagen und M27 sowie W24 meinten, dass ihnen grundsätzlich unklar gewesen sei, was mit dem Beitritt auf sie zukomme oder welche Aufgaben daraus erwachsen würden und sie sich daher diese Frage gar nicht gestellt hätten. Dennoch wurden in diesen Fällen, wie auch in allen anderen, explizit noch einmal nachgefragt, wie es mit den Aspekten Geld und Zeit aussähe. Das ermöglicht abzuschätzen, inwiefern die Jugendlichen, wie in den folgenden beiden Unterkapiteln gezeigt werden wird, diese Faktoren tatsächlich als Kosten wahrnehmen. Die offene Fragestellung machte im Übrigen noch andere Kosten beziehungsweise Hemmfaktoren sichtbar, die bei den Beitrittserwägungen eine Rolle spielten – darauf wird im Anschluss eingegangen.

8.2.1 Materielle Kosten: Der Mitgliedsbeitrag

Der Frage der Mitgliedsbeiträge kommt bei den befragten Jugendlichen insgesamt eine untergeordnete Rolle zu. Bei der relativ offenen Frage nach den möglichen Kosten oder Verpflichtungen, die mit dem Beitritt einhergehen, thematisieren den Mitgliedsbeitrag zunächst nur wenige. Ein Beispiel ist M45:

ML: »Hast Du dabei auch darüber nachgedacht was (.) gegebenenfalls an Verpflichtungen auf Dich zukommt (.) mit so ner Mitgliedschaft?«

M45: »Ja natürlich also die (.) Mitgliedsbeiträge zahlen und äh (.) ja dann äh (.) is halt noch die (.) äh wenn (.) die Frage ob man halt (.) äh (.) in der Partei aktiv werden will [...]«

ML: »Und wie viel Mitgliedsbeitrag zahlst Du?«

M45: »Äh als Einkommensloser zahl ich zwei Euro fünfzig für äh (.) im Monat (.) weil das ähm (.) ja das ist fast n bisschen viel aber (.) gut.«

ML: »Wie viel Taschengeld bekommst Du denn?«

M45: »Ähm zwanzig Euro im Monat [...]«

ML: »Musst Du die auch selbst zahlen (.) von Deinem Taschengeld oder zahlen das Deine Eltern?«

M45: »Ähm das zahl ich aus meinem Taschengeld.«

Der 16-jährige M45 kommt direkt auf den Mitgliedsbeitrag zu sprechen. Er kann, auf Nachfrage, auch sofort sagen, was er monatlich für die Mitgliedschaft bei der SPD bezahlt: 2,50 Euro als »Einkommensloser«. Er schiebt, im Redefluss leicht stockend, kritisch nach, dass das »fast ein bisschen viel« sei – bei einem Taschengeld von 20,00 Euro im Monat kein unbegründeter Eindruck, der mit einem Blick auf die Bei-

tragstabelle der Partei noch bestärkt wird: Die regelmäßig angepasste Liste lege in diesem Zeitraum einen Beitrag für Mitglieder ohne oder mit geringfügigem Einkommen in Höhe von besagten 2,50 Euro fest. Die nächste Stufe ist der Beitrag für Mitglieder mit einem Monatsnettoeinkommen bis 1.000,- Euro und beträgt gem. § 1 Absatz 1 Finanzordnung mit Stand vom 14. November 2009 monatlich zwischen 5,00 bis 8,00 Euro. Im prozentualen Verhältnis zahlt **M45** wohl einen der höchsten Beiträge bei der Partei – dennoch entscheidet er sich für den Beitritt.

Einen tatsächlichen Hinderungsgrund für den Beitritt stellte der Mitgliedsbeitrag bei **W26** und **W22** dar:

ML: »Was sprach den für dich dagegen Mitglied zu werden?«

W26: [lacht] »Zum einen die Kosten (2) aber eigentlich sonst nix.«

Die 17-Jährige beschränkt sich auf die kurze Antwort – dagegen hätten in ihrem Fall nur die Kosten gesprochen. Da sie aber von ihrer Tante, bei der sie lebt, aktiviert wird, übernimmt diese die Kosten für die Mitgliedschaft – und beseitigt damit den Hinderungsgrund.

Ebenso offensiv wie **W26** betont die 15-jährige **W22** die Bedeutung der monetären Kosten:

ML: »Was sprach denn für Dich dagegen, da Mitglied zu werden? [...]«

W22: »Ja, also für mich war eigentlich erst mal die Voraussetzung dass ich jetzt nichts zahlen muss da irgendwie verpflichtet bin irgendwas zu zahlen und ähm (.) sonst (.) sprach da eigentlich nichts dagegen.«

Voraussetzung für sie sei gewesen, dass sie nichts zahlen müsse. Damit steht ihr, wenn sie keinen Sponsoren findet wie **W26**, nur der Beitritt zu den Jusos offen. Die SPD bietet eine kostenfreie Mitgliedschaft ausschließlich in der Jugendorganisation an, die allerdings auf vier Jahre beschränkt ist (siehe Kap. 4.3). Für die 15-Jährige ist das ausreichend. Ihre Präferenz gilt primär den Jusos und überhaupt, erwähnt sie, wolle sie sich erst einmal mit der Partei vertraut machen.

M48 hingegen problematisiert grundsätzlich, dass für die Mitgliedschaft von Jugendlichen in »politischen Organisationen« ein Mitgliedsbeitrag erhoben wird: »[...] zwar bezahlt man auch äh (.) im Verein Beiträge (.) aber äh (.) ich finde bei politischen Organisationen (.)«, erzählt er und bricht dann ab. Und doch lässt sich

aus dem Fragment folgern, dass er an politische Organisationen andere Bewertungsmaßstäbe heranzuziehen scheint als an Vereine, bei denen er, so deutet es sich zumindest an, Mitgliedsbeiträge eher für gerechtfertigt hält.

Es ist kein Zufall, dass die dargestellten Beispiele alle von Jugendlichen kommen, die der SPD beziehungsweise den Jusos beitraten. Insgesamt nimmt die Frage des Mitgliedsbeitrags bei ihnen mehr Raum ein als bei den Aspirantinnen und Aspiranten der Jungen Union: Während von den 33 Interviewten der Jusos bis auf eine Ausnahme alle sagen können, ob sie einen Beitrag zahlen oder nicht und wenn, in welcher Höhe, wissen acht der 31 Befragten der Jungen Union überhaupt nicht, wie das in ihrer Organisation mit dem Beitrag aussieht. Und drei weitere betonen, dass es sicherlich einen geben wird, aber sie nicht wüssten, in welche Höhe – wie der 16-jährige **M09**:

ML: »Und zahlst Du einen Mitgliedsbeitrag bei der Jungen Union?«

M09: »Ähm (3) ich glaube nicht (.) ich weiß es aber auch nicht genau ähm wenn überhaupt hab ich das ja in diesem (.) in dem November als ich mich angemeldet habe (.) besprochen. Ich glaube, ich zahle keinen Mitglied- für die Junge Union [...]«.

Erst nach einer kurzen Pause von drei Sekunden geht **M09** auf die Frage ein, um dann seine Unsicherheit zu formulieren. Er weiß nicht genau, ob er einen Beitrag zahle – glaube es aber nicht.

Elf Jugendliche, die der Jungen Union beitraten, sind sich hingegen sicher, dass sie nichts zahlten – drei von ihnen betonen aber, dass das nur für das erste Jahr gelte. Letztlich zahlen nur neun von ihnen tatsächlich einen Mitgliedsbeitrag – der belaufe sich, je nach Angabe, auf einen Euro im Monat oder zehn, zwölf beziehungsweise 15,00 Euro im Jahr, wie sie erzählen. Zum Vergleich: Bei den 33 neuen Mitgliedern der Jusos sind nur vier beitragsfrei. Und während bei ihnen, wie erwähnt, der Beitrag über das Organisationsstatut der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands geregelt wird, legen bei der Jungen Union die Kreisverbände die Höhe der Beiträge selbst fest.

Insgesamt spielen diese Kosten für die Jugendlichen aber kaum eine Rolle, wie sich nicht nur indirekt aus ihrem Antwortverhalten schließen lässt, sondern mitunter von ihnen auch explizit verbalisiert wird: »Ums Geld hab ich mir keine großen Gedanken gemacht«, erzählt **M37**, »der Beitrag ist nicht allzu groß, dass ich mir da irgendwie Sorgen machen könnte«. Auch **M40** betont, dass der

Mitgliedsbeitrag für ihn »unerheblich« sei – die »zwei Euro fünfzig im Monat oder so (.) also das (.) ist wirklich das kann man verkraften«. Und die 15-jährige **W24** erzählt, dass sie sich »nicht wirklich« überlegt habe, was mit einem Beitritt möglicherweise an Verpflichtungen auf sie zukomme: »weil (.) Mitgliedsbeitrag (1) was bezahl ich'n? Zweifünfzig oder so im Monat (1) das ist weniger wie fürs Tanzen«. Und außerdem, fügt sie hinzu, übernehme ihr Vater noch den Beitrag. Allerdings, räumt sie etwas ironisch ein, würde sie das »auch grad so« von ihrem Taschengeld zahlen können. Während bei ihr unklar bleibt, wie hoch das Taschengeld ist, haben die anderen beitragszahlenden Jugendlichen weitestgehend ihre monatlichen Einkünfte offengelegt. Der 16-jährige **M01** bekommt als einziger 10,00 Euro im Monat, der gleichaltrige **M46** 15,00 Euro. Allerdings tragen bei ihm, wie bei einigen anderen, die Eltern den Beitrag – auch, wenn sie selbst nicht Mitglied der Mutterpartei sind oder mit dieser sympathisieren. Vier andere Jugendliche erhalten monatlich 20,00 Euro Taschengeld, die anderen, bis auf wenige Ausnahmen, liegen zwischen 30,00 und 50,00 Euro. Allerdings sagt die Höhe des Taschengelds nichts über die tatsächlich verfügbaren Mittel aus. Gerade die Jugendlichen mit geringem Taschengeld bekommen viele Sachen von den Eltern bezahlt, erzählen sie, während diejenigen, die mehr Taschengeld bekommen, mitunter auch Dinge des täglichen Bedarfs von ihrem Taschengeld bezahlen müssen. Hinzu kommt, dass eine nicht unerhebliche Zahl an Jugendlichen erzählte, dass sie außerdem Babysitten, Nachhilfe geben oder Zeitungen austragen würden. Sie verdienen dabei zwischen 40,00 und 80,00 Euro im Monat. Entsprechend erwähnt auch **M36** mit ironischem Unterton und einem Lachen, dass er die »zwei Euro fünfzig (.) im (.) Monat [...] irgendwie grad noch aufbringen« könnte – mit Taschengeld und Nebenjob stehen ihm 80,00 Euro im Monat zur Verfügung.

Aus dem Sample stechen **M05** und **M59** heraus. **M05** besucht eine Fachoberschule am Wohnort seiner Schwester und erhält dafür ein Schüler-Bafög in Höhe von 400,00 Euro monatlich – die 1,50 Euro monatlich für die Junge Union seien da durchaus verkraftbar. Und **M59** ist der einzige Auszubildende und bekommt monatlich 635,00 Euro Brutto – die 2,50 Euro Beitrag für die SPD fielen da nicht ins Gewicht, erzählt er. Bis auf die wenigen oben geschilderten Ausnahmen geht es bei der Kosten-Nutzen-Rechnung bezüglich des Beitrags also nicht um die monetären Kosten. Sie werden, um mit den Worten von Seyd und Whiteley zu sprechen, als relativ trivial wahrgenommen (1992: 78).

8.2.2 Immaterielle Kosten: Der Zeitaufwand

Während der Mitgliedsbeitrag für die Jugendlichen relativ einfach zu erfragen oder nachzuschlagen wäre, ist der Zeitaufwand für sie schwerer einzuschätzen. Anders als bei den monetären Kosten handelt es sich bei ihm um eine flexible Größe. Treten sie bei und werden nicht aktiv, müssen sie keine Zeit aufwenden. Werden sie aber aktiv, stehen regelmäßige Treffen an und mitunter, besonders in Zeiten von Wahlkämpfen, auch Aktionen. Dieser Zeitaufwand intensiviert sich mit der Übernahme von Ämtern.

Grundsätzlich aber lässt sich der mögliche Zeitaufwand nur begrenzt von den Jugendlichen antizipieren. Sie können zwar, wenn sie auf dem Beitrittsweg mit Mitgliedern über ihre Beitrittsüberlegungen sprechen, gezielt danach fragen. Sie können beim ›Reinschnuppern‹ eine grobe Vorstellung davon gewinnen, mit welchem Aufwand eine Mitgliedschaft möglicherweise verbunden sein kann. Oder sie können es in ihrem Umfeld – wenn sie beispielsweise Familienangehörige, Freundinnen oder Freunde haben, die selbst Mitglieder sind – direkt erleben. Aber längst nicht jeder, der Mitglied in einer Partei(jugend)organisation ist, beteiligt sich auch aktiv, sodass auch hier Verzerrungen möglich sind. Insgesamt spielt das Thema Zeit bei den Interviewten eine größere Rolle als der Mitgliedsbeitrag. Doch bevor der Blick darauf gerichtet wird, muss zuvor eingeschränkt werden, dass nicht von allen Jugendlichen dazu Angaben gemacht wurden. Vier Jugendlichen gelang es in Hinblick auf diese Frage beispielsweise nicht mehr, sich zurückzuerinnern in die Zeit vor dem Eintritt. Sie gehen im Interview nur auf ihre aktuelle Situation ein: **M05** erzählt, dass er einmal im Monat zum Stammtisch der Jungen Union geht – ob er vorher schon wusste, dass sich der zeitliche Aufwand darauf beschränken würde, erwähnt er nicht. Ähnlich ist es bei **M08**, der kurz nach dem Beitritt Beisitzer in der Jungen Union vor Ort wurde, bei **M27**, der aktiv Sitzungen und Veranstaltungen mit plant, oder bei **W27**, die im Kommunalwahlkampf hilft. Hinzu kommen 14 Jugendliche, bei denen der mögliche Zeitaufwand bei ihren Beitrittsüberlegungen keine Rolle gespielt zu haben scheint. Sie erwähnen ihn nicht, auch nicht, als sie dezidiert nach möglichen Hinderungsgründen für ihren Beitritt gefragt werden. Diese insgesamt 18 Jugendlichen bleiben daher im Folgenden unerwähnt. Die verbliebene Mehrzahl (46 Jugendliche) räumt dem Thema eine unterschiedliche Wertigkeit im Kontext der persönlichen Beitrittsentscheidung ein:

- Für 29 der insgesamt 46 Verbliebenen hat der mögliche zeitliche Aufwand einen *geringen Stellenwert*, wie sie mehr oder weniger explizit betonen. Sie hätten aus-

reichend freie Zeit oder wollten sich die Zeit nehmen, die ein solches Engagement mit sich bringe. Denn es gehöre dazu Zeit aufzuwenden, wenn man Mitglied würde und/oder sich engagieren wolle:

M36: »[...] ähm [...] der Mitgliedsbeitrag der ist (.) wenn man jetzt kein festes Einkommen hat (.) ähm bei der SPD zweifünfzig (.) im (.) Monat und das (.) kann ich irgendwie grad noch aufbringen (lacht) (.) und ähm (1) und so an Zeitaufwendungen ich mein (1) das ist halt für mich n Hobby und [...] das macht mir Spaß und deswegen hab ich da jetzt keine Probleme mit auch maln bissel mehr Zeit dafür aufzuwenden [...]«.

Andere Jugendliche argumentieren: »[...] ich denke dass ist jedenfalls besser (.) angelegte Zeit als wenn man auf ne Party geht oder so [...]«, hebt beispielsweise **M53** hervor und **M54** betont, dass es »ja en bissl sinnlos [sei] wenn ich mich da einbring will und ich bring mich dann nie ein«. Die Jugendlichen wissen also um den Aufwand, entscheiden sich aber dafür, weil sie wissen, dass er dazu gehört: »Letzten Endes wars ja auch das was ich machen wollte also (.) ich wollte Zeit damit verbringen«, sagt **M55**.

- Einen *mittleren Stellenwert* bekommt der zeitliche Aufwand bei vier Jugendlichen im Sample. Aus ihren Einlassungen zum Thema lässt sich folgern, dass sie abgewogen haben, ob sie diesen Aufwand bereit sind in Kauf zu nehmen beziehungsweise in welchem Umfang sie bereit sind, dies zu tun. **W13** beispielsweise hat, wie sie betont, eine politisch »sehr aktive« Mutter. Sie wisse daher, dass sich »politisch zu engagieren eigentlich kein Fingerschlecken« sei. Gleichwohl wolle sie mitmachen, müsse aber für sich schauen, wie und in welchem Umfang das möglich sei. Man müsse, so **W12**, die wiederum Sorge hat vor wöchentlichen Treffen und ständigen Aktionen, »da einfach äh so die richtige Mischung einfach finden«. **M12** und **M37** versuchten im Vorfeld zunächst genauer abzuklären, was ihnen zeitlich möglicherweise abverlangt wird. Sie suchten daher das Gespräch mit den Vorsitzenden der Jungen Union (**M12**) und der Jusos (**M37**). Dabei ging es ihnen darum, einen Eindruck davon zu bekommen, wie sich die schulische Beanspruchung und das neue Hobby in Einklang bringen lassen:

M37: »[...] Zeitaufwand (.) ich hab mit unserem Juso-Vorsitzenden gesprochen und der hat gesagt das ist jetzt (1) auch (1) also dass es kein Problem ist, dass wenn ich im Abiturstress oder so was bin (1)

dass ich da (.) ähm längere Zeit nicht groß präsent bin (.) und (.) joa also hab ich mir auch gedacht, das ist kein Problem.«

Der Juso-Vorsitzende kann dem 16-Jährigen die Sorge nehmen – wenn die Schule drängender würde, könnte er bei der Jugendorganisation kürzertreten, gibt **M37** ihn wieder. Auch **M12** spricht ›seinen‹ Vorsitzenden auf das Thema Zeit an. Der habe ihm eröffnet, dass man sich immer entscheiden könne, ob man an einer Aktion teilnehmen möchte oder nicht. Außerdem habe er erzählt, dass man auch in der Jungen Union sein und »gar nix« mache könne. Das beruhigt den 14-Jährigen, der aber noch betont, dass er ja auch wieder austreten könne, wenn es ihm nicht gefalle.

- Einen *hohen Stellenwert* nimmt die Auseinandersetzung mit dem zeitlichen Aufwand schließlich bei 13 Jugendlichen des Samples ein. Sie erkundigen sich sehr genau nach dem zeitlichen Aufwand, erzählen ausführlicher von ihren Überlegungen und Befürchtungen: **M06** und **W23** gestehen beispielsweise ein, sich ungerne zu verpflichten. Der 17-Jährige erzählt, dass er in der Vergangenheit schon schlechte Erfahrungen gesammelt habe, daher sei er mittlerweile vorsichtig, wenn es um Verpflichtungen mit zeitlichem Aufwand gehe. Und die 15-Jährige wiederum berichtet, dass sie »eigentlich eher nicht so ‘n Typ« sei, der sich gerne zeitlich für etwas verpflichte. **M34** wiederum erinnert sich, dass er im Vorfeld überlegt habe, ob er »überhaupt die Zeit« dazu hätte. Dabei ging es nicht so sehr um den Aufwand für die Treffen und die Aktionen selbst, sondern um den Aufwand zu ihnen zu gelangen. Der 16-Jährige lebt in einer Region, in der es vor Ort keinen Ortsverein gibt. Entsprechend muss er eine weitere Strecke mit dem öffentlichen Nahverkehr bewältigen, um zu den Treffen des nächstgelegenen Ortsvereins zu gelangen. Ein Problem, das auch **W21** umtreibt. Auch sie muss zu Treffen der Jungen Union eine weitere Strecke fahren:

W21: »[...] also ich (.) ich hab' kein Problem damit meine Zeit so (.) ich opfer sie ja eigentlich gar nicht das macht ja auch Spaß (.) aber (.) es ist schon halt ‘n Problem mit (.) weil ich meine Eltern ja immer einbeziehen muss weil es halt nicht mit den Busverbindungen klappt (.) und [...] das ist schon manchmal ärgerlich, wenn man dann immer wieder fahren muss (.) so aber (.) ich (.) meine Zeit (.) gebe ich gerne dafür her eigentlich.«

Für **M39** schließlich war dieser Aufwand ein wesentlicher Hinderungsgrund, sich nicht einer anderen Jugendorganisation anzuschließen. In einer benachbarten Stadt gebe es Jugendgruppen, die »eher« seiner politischen Richtung entsprächen, erzählt er. Doch um zu deren Treffen zu gelangen, wäre ein »ziemlich großer Zeitaufwand« notwendig gewesen, daher entschied er sich letztlich, vor Ort den Jusos beizutreten. Vor allem aber wägen die Jugendlichen den zeitlichen Aufwand einer Mitgliedschaft vor dem Hintergrund ihrer zeitlichen Beanspruchung durch die Schule und auch anderer Freizeitaktivitäten ab. **W19** erzählt, dass sie »echt erst (.) Angst hatte dass man ähm (.) viel machen muss also dass das dann (.) vielleicht zu viel Zeit in Anspruch nimmt«. Sorge hat sie, weil sie bereits jetzt sehr viel zu tun habe. Sie habe häufig Nachmittagsunterricht und müsse viel für die Schule tun. Außerdem wäre sie in der Schule noch Kurssprecherin und Unterstufensprecherin und sei mit in die Leitung des Komitees zur Vorbereitung der Abiturfeierlichkeiten eingebunden – in die Vorbereitung des Abi-Balls, der Abi-Party sowie der Abi-Zeitung. Und sie spiele in ihrer Freizeit noch Tennis. Ähnlich viele Aktivitäten führen weitere Jugendliche ins Feld: **M10** hat lange Jahre Tischtennis im Verein gespielt, auf hohem Niveau und mit drei bis vier Mal Training in der Woche – jetzt, in der 12. Klasse, habe er das wegen des nahenden Abiturs »zurückschrauben« müssen. **M20** spielt Schlagzeug – in einem Orchester der Musikschule, in einer Band und im Jugendorchester seiner Heimatgemeinde. Außerdem spielt er Fußball, was er aber wegen des bevorstehenden Abiturs gerade zurückgestellt habe. **M31** ist ebenfalls aktiver Fußballer und engagierter Schiedsrichter. Außerdem spielt er noch Tennis und ist im Christlichen Verein Junger Menschen (CVJM) aktiv. **M33** ist Jugendleiter bei der Evangelischen Jugend, verbringt seine Freizeit aber vor allem damit, Webdesign für andere zu machen. Auch **M48** erstellt Websites für »Vereine und Privatpersonen« und spielt nicht nur Fußball, sondern ist auch Trainer einer F-Jugendmannschaft. Und in der Schule ist er noch dazu als Schulsprecher aktiv – es falle schon schwer, das alles »unter einen Hut zu bekommen«, erzählt er. Auch **M57** ist Schülersprecher, sitzt im Landesschülerparlament, engagiert sich in einem Schülerverein und spielt Handball. **M58** muss viel für die Schule tun und spielt Fußball – zwei Mal die Woche Training und am Wochenende Spiele. Und **W20** ist in einem Musikverein aktiv und spielt Klarinette und Trompete. Außerdem spielt sie im Kreisjugendorchester, singt in einem Ju-

gendchor und macht Leichtathletik im Verein – entsprechend zurückhaltend ist sie bei weiteren Verpflichtungen:

W20: »Ähm [...] ich wollt jetzt net noch zusätzliches machen um wo ich wieder viel Zeit investieren muss. Also das war eigentlich so was wie wenn ich dann wieder (.) hab ich auch gemeint SpitznameVon-Vorname06 was ich jetzt nit machen will ich will einfach wenn ich jetzt ähm wenn es jetzt Dienstagsabends ist (.) dass ich Dienstag abends wo ich ausnahmsweise mal frei hab jetzt auch noch zwei Stunden auf irgend ne Versammlung gehen muss um mich über Gott und die Welt zu unterhalten das jede Woche da hab ich gesagt (.) was machste da da hat sie gemeint: nee nee das musst Du nicht machen.«

Die 17-Jährige sorgt sich, mit der Mitgliedschaft vielleicht noch ihren letzten freien Abend in der Woche aufgeben zu müssen – eine Angst, die ihr jene Freundin, die sie aktiviert hat, nimmt. Die Frequenz der Treffen wäre weitaus geringer, versichert diese. Auch die anderen Jugendlichen, die sich über die mögliche zeitliche Belastung Gedanken machen, kommen schließlich zu dem Ergebnis, dass es sich noch immer mit ihrem bisherigen Leben vereinbaren lasse. Es gebe eben auch keine Pflicht mitzumachen, betonen einige. Und nicht nur **M23** hebt hervor, dass man, würde der Aufwand zu groß, austreten oder schlicht inaktives Mitglied werden könnte: »[...] ich ich wusste halt damit kann ich nicht viel falsch machen weil im Notfall kann ich ja auch austreten und (.) oder einfach Mitglied sein und dann nicht aktiv«.

Angemerkt sei aber noch, dass einige der Jugendlichen sich bereits in den wenigen Wochen nach dem Beitritt mehr engagieren, als sie sich im Vorhinein vorgestellt haben – eingangs in diesem Unterkapitel wurde bereits auf **M05**, **M08**, **M27** und **W27** hingewiesen. Sie wie auch viele andere erhielten schnell einen Sitz im Vorstand, übernahmen kleine Aufgaben oder merkten einfach, dass es ihnen die neue Aufgabe Spaß macht. Zeit als mögliches Hemmnis spielte dann keine so bedeutsame Rolle mehr wie vor dem Beitritt, wie das Beispiel von **M07** zeigt. Er sei als »einfaches Mitglied« eingetreten – aktiviert von seinem Bruder, »für die Statistik«. Der 16-Jährige wollte passiv bleiben. Doch kaum in der Jungen Union, sei er aktiver geworden: »[...] und dann kam das mit ner Zeit da dass ich auch aktiv wurde weil dann ja kommste da mit kommst da mit und jetzt bin ich Beisitzer und jetzt muss ich hin«. Der Spaß an der Mitarbeit in der Jungen Union hat sich mit dem Engagement entwi-

ckelt. Allerdings gesteht er auch ein, dass er, hätte er vorher gewusst, wie viel Zeit er schließlich doch aufwenden würde, wohl nicht beigetreten wäre.

8.2.3 Weitere (immaterielle) Hinderungsgründe

Neben den monetären Kosten und dem zeitlichem Aufwand formulieren die Jugendlichen weitere Hinderungsgründe, die in ihren Überlegungen und Abwägungsprozessen eine Rolle gespielt haben – auch wenn sie in der durchgesehenen Literatur keine oder nur untergeordnete Rolle spielen. Dabei ließen sich diese Hinderungsgründe durchaus in das auf Rational Choice basierende General-Incentives-Model implementieren, denn auch bei den weiteren, von den Jugendlichen benannten Gründen geht es um Nachteile, die sie mit dem Beitritt assoziieren, beziehungsweise von denen sie befürchten, dass sie eintreten könnten. Sie können daher durch als ›immaterielle Kosten‹ interpretiert werden:

- Der hohe *Altersdurchschnitt* beziehungsweise, wie es Regina Weber formuliert, die »loneliness of young people in an ageing party« (2017: 101), stellt in den Jugendverbänden mitunter ein Problem dar. Viele Jugendliche nehmen den Altersunterschied wahr, selbst wenn er nur wenige Jahre betrifft (siehe bspw. **M09** in Kap. 8.1.1.2). In der Regel nehmen sie ihn als gegeben hin – nur zwei problematisieren ihn. **M47** sei bewusst, dass die Jusos Jugendlichen und Erwachsenen bis zum 35. Lebensjahr vorbehalten seien, erzählt der 17-Jährige. Aber damit wäre er mit einer ganz anderen »Altersklasse« konfrontiert, mit der er sich nicht unbedingt »normal [...] auf einer Wellenlänge« unterhalte könne. Dass ältere Mitglieder auch andere Gesprächsthemen haben, stellt beim ›Reinschnuppern‹ auch die 16-jährige **W02** fest. Es sei bei dem Treffen »viel über [...] Studieren und so« geredet worden, erinnert sie sich – etwas, was mit ihrer Lebenswelt als Schülerin (noch) nichts zu tun hat. Im Kern befürchten beide, dass sie aufgrund der Altersbarriere eventuell keinen richtigen Anschluss finden oder vielleicht nicht ernst genommen werden könnten. Das kann als eine spezifische Form des oben bereits zitierten ›Arbeitsleids‹ interpretiert werden. Allerdings finden die beiden Heranwachsenden auch Strategien, um damit umzugehen. Die 16-Jährige tritt gemeinsam mit ihrer Freundin ein und **M47** motiviert Freunde, die mit ihm oder nach ihm eintreten. Damit sind sie zwischen älteren Mitgliedern nicht mehr alleine.
- *Negative Reaktionen aus ihrem sozialen Umfeld* begleiten, wie gezeigt, einige Jugendlichen auf der Beitrittsroute (s. Kap. 7.4), vier von ihnen bereitet das große

Sorgen. Sie hätten Angst, wenn sie einer Partei(jugend)organisation beitreten, »in eine Schublade« (M03) gesteckt oder »für einen Streber« (M33) gehalten zu werden – denn ein solcher Schritt würde »oft als uncool abgestempelt« und man würde dann »in diese Schublade geschoben (.) äh Streber blablabla gehst in ne Partei und so weiter und so fort«, skizziert M44 das Problem. Doch im Grunde sei es ihm »schnuppe«, so M33, »was n paar am Gymi von mir denken«. Und M03 erzählt, dass er »immer der Mensch« sei, der seine Meinung sagt und auch respektiert würde. Nur M44 hält sich nach seinem Beitritt bedeckt. Vor allem, weil sie an der Schule einige Neonazis hätten, eine »richtige Schlägertruppe« – vor ihrer Reaktion, sollten sie von seinem Beitritt zu den Jusos mitbekommen, fürchtet er sich. Diese »Kosten« erwachsen aber nicht aus der Mitarbeit in der Parteijugendorganisation (»Arbeitsleid«), sondern können allein schon durch die Mitgliedschaft entstehen.

- *Negative Folgen für ihre schulische oder berufliche Laufbahn* befürchten drei Jugendliche. Einer von ihnen ist der 17-jährige M10, der nur zwei Hinderungsgründe benennt, über die er im Vorfeld nachgedacht habe. Neben seinem engen Zeitplan sei das vor allem die Frage gewesen, ob seine Parteimitgliedschaft, sollte sie bekannt werden, vielleicht negative schulische Folgen für ihn nach sich ziehen könnte:

M10: »[...] ich mir nur vielleicht n bisschen Gedanken gemacht hab dass es rauskommt dass in Bezug auf meine Lehrer (.) aber (.) natürlich nicht weiß ich aber äh (.) SoWi-LK (.) und da weiß ich natürlich nicht genau wie mein Lehrer eingestellt ist (1) und deswegen hab ich mir da vielleicht n paar Gedanken gemacht dass es dann vielleicht nen kritischeren Blick auf mich geben könnte [...]«.

Er wisse nicht, erzählt der 17-Jährige, wie sein Lehrer im Leistungskurs Sozialwissenschaften (SoWi) eingestellt sei und ob er, wenn er von seiner Mitgliedschaft bei den Jusos erführe, ihn vielleicht kritischer bewerten könnte. Die Sorge ist Ausdruck eines beschädigten Vertrauensverhältnisses gegenüber seiner Schule, das M10 auch an anderer Stelle im Gespräch skizziert – ähnlich wie M38. Der 16-Jährige beschreibt seine Schule als »erkonservativ«, die vor allem Mitglieder der Jungen Union produziere. Er aber ist Mitglied der SPD geworden:

ML: »Was sprach denn (.) dagegen für Dich Mitglied der SPD zu werden?«

M38: »Ähm alles was sich jetzt bewahrheitet hat, ähm (.) ja schlechte Noten (lacht auf) (.) nachdem es rausgekommen is ähm eventuell schlechtere Chancen in Bayern Studienplatz und Job zu kriegen (.) auch wenn man das natürlich öffentlich nicht sagen darf. Öffentlich darf man ja da wegen ner [...] Parteizugehörigkeit nicht schlechter behandelt werden es ist aber einfach so.«

Er habe befürchtet, so der 16-Jährige, was jetzt eingetreten sei. Er bekäme, nachdem sein Beitritt zu den Jusos ›rausgekommen‹ sei, schlechtere Noten. Auch wenn das im Grunde nicht geschehen dürfe, so wäre es doch in seiner ›erkonservativen‹ Schule möglich. Er habe sich das »von Leuten bestätigen lassen«, dass er nunmehr schlechter benotet würde. Und nun habe er Sorge, vielleicht auch schlechtere Chancen auf einen Studienplatz und einen Job in seinem konservativ geprägten Bundesland zu haben. Um die weitere Zukunft sorgt sich auch **W20**. Die 17-Jährige denkt im Vorfeld über ein Argument einer Freundin nach, die sich deshalb gegen einen Eintritt bei der Jungen Union entschieden habe:

W20: »[...] was auch noch ein negativer Punkt war (.) was auch ne andere Freundin gesagt hat warum die nicht in die JU eintritt ist ähm so ähm, mit Stipendien (.) sie wollten sich halt bewerben und die sind sehr SPD-lastig und wenn sie jetzt gesagt hätte sie wäre in der sie tritt jetzt in die JU ein würde würde das schlecht aussehen wenn sie sich bei jemanden wo sie weiß dass die definitiv SPD sind dann bewirbt oder so was. Das war auch so ein negativer Punkt aber ich hab so gedacht, dass- das soll jetzt wirklich nicht das Ausschlaggebende sein dass ich dann jetzt bei dieser einen Organisation mich net um ein Stipendium bewerben kann und so.«

Die besagte Freundin wolle sich, vermutlich im Zusammenhang mit einem Studium, auf ein Stipendium bei einer Stiftung bewerben, die zur SPD gehöre – gemeint ist wohl die parteinahe Friedrich-Ebert-Stiftung. Eine Mitgliedschaft in der Jungen Union wäre da kontraproduktiv, so ihr Argument. **W20** beschließt für sich, dass das nicht »ausschlaggebend« sein dürfe und tritt ein – dass es auch parteinahe Stiftungen der Unionsparteien gibt, scheint in den Überlegungen der beiden Mädchen zunächst keine Rolle zu spielen.

- Um den *Verlust ihrer Unabhängigkeit* sorgen sich einige andere Jugendliche. Den 15-jährigen **M51** treibt um, dass er mit dem Eintritt auch die Positionen seiner Partei(jugend)organisation vertreten müsse – auch solche, die er nicht teilt:

ML: »Sag mal, was sprach denn eigentlich für Dich dagegen Mitglied der Jungen Union zu werden?«

M51: »Ja, ähm, die Bindung war erst mal schon ne Sache dass man dann ja auch weil also das Problem hat dass man dann auch manchmal Dinge unterstützen muss oder sollte die man dann auch manchmal nicht so richtig vertreten kann [...]«.

Mit einer allgemeinen, unpersönlichen agency stellt er seine Sorge als ein allgemeines Problem dar – eines, dass alle teilten, die Mitglied einer Partei(jugend)organisation seien. Erst im weiteren Verlauf skizziert er mit zwei Beispielen seine Bredouille: Zuerst erwähnt er, dass er die Aufstellung zur Wiederwahl von Dieter Althaus für die CDU in Thüringen falsch finde. Er sei schließlich in einen Skiunfall verwickelt gewesen, bei dem eine Frau ums Leben gekommen ist. Und dann problematisiert er noch die Behauptung des damaligen Vorsitzenden der Jungen Union, Philipp Mißfelder, der meinte, dass die Erhöhung der Hartz-IV-Sätze nur der Tabak- und Alkoholindustrie nütze. Der 15-Jährige betont, dass er »solche Dinge [...] überhaupt nicht vertreten« könne – gemeint ist nicht nur eine inhaltliche Position, sondern letztlich auch eine moralische Komponente, weil ihm das Verhalten dieser beiden Politiker missfällt. Diese Überlegungen gipfeln schließlich in einem Innehalten beim Beitritt über das Internet:

M51: »[...] als ich alles eingetragen hatte und jetzt ähm stand da ja ja ich will Mitglied werden musste man da drauf klicken, da hab ich bestimmt noch mal zehn Minuten [...] hab immer gesagt soll ich das jetzt wirklich machen soll ich das jetzt wirklich machen weil ich war noch so weil ich mir eben gedacht hab (.) also mein erster Gedanke als ich dann das alles ausgefüllt hatte [...] jetzt könnt's sein, dass du deine politische Redefreiheit verlierst.«

Es ist eben nicht nur die Sorge, etwas unterstützen zu müssen, was er nicht unterstützen kann, sondern, wie er es zugespitzt formuliert, die Angst, seine »politische Redefreiheit« zu verlieren – die Freiheit sagen zu können, was er sagen möchte. Ein Freund von ihm sei deshalb nicht eingetreten. Der hätte »eben auch davor Angst dann meinungsmäßig da eingeschränkt zu sein«. Die Ursache seiner Angst ist indes nicht allein in der Vorstellung einer allgemein verpflichtenden Parteilinie und -treue begründet, sondern wäre, wie er reflektiert, vor allem familiär bedingt. Seine Familie sei »noch durch die DDR geprägt«, erzählt er an anderer Stelle, wolle nicht viel von Politik wissen und habe ihm auch abgeraten, in eine Partei einzutreten (s. Kap. 7.4). Die von **M51** beschriebene Angst, die eigene Unabhängigkeit beziehungsweise eigene politische Meinung zu verlieren, kennt auch **W12**.

Die 18-Jährige erinnert sich, dass sie unsicher gewesen sei, ob sie »gleich ner Partei beitreten soll, weil dann ist man so gefangen«. Diese Sorge, festgelegt zu sein und nicht mehr die eigene Haltung vertreten zu dürfen, sei herausfordernder, meint **M20**, als »wenn man einfach (.) politisch neutral in der Welt (.) äh rumreist« – da müsse man für nichts einstehen. Die drei werden dennoch der Jungen Union beitreten, ebenso wie die 16-jährige **W21**, die überhaupt nicht verstehe, »dass die Merkel sich so für Israel ausspricht«. Aber die Junge Union habe »ja nicht so viel damit zu tun (.) denke ich mal«, schiebt sie hinterher – entsprechend sei das kein Hindernis für sie.

- Im Sample überwiegen aber die jungen Mitglieder der Jusos, die mit ihrem Beitritt hadern, weil sie *Teile der politischen Programmatik nicht unterstützen können* oder sie mit bestimmten Personen oder Flügeln der Partei fremdeln. Insgesamt 14 Jugendliche formulieren ihren Dissens: Einige, wie **M43**, treibt die Bildungspolitik der SPD um – er möchte kein Zurück zum G9-Abitur, da das G8-Abitur bei ihm im Land seit 2005 eingeführt und relativ etabliert sei. **M44** wünscht sich eine andere Familienpolitik – Patchworkfamilien sieht er nicht richtig repräsentiert. **M45** findet die Idee des Gesundheitsfonds schwierig und hält sie für wenig sinnvoll. **M39** und **M46** kritisieren die Agenda 2010 – das sei »einfach viel zu wenig Geld um zu leben«, kritisiert der erstgenannte. **M58** meint hingegen, das Arbeitslosengeld sei zu hoch. Und **M47** sagt, die Wirtschaftspolitik der SPD müsse liberaler werden, Lobbyismus sowie Sonderbesteuerungen fallen und dem Bürger mehr Freiheit sowie Eigenverantwortung gegeben werden. **M59** schließlich wünscht sich eine aktivere Verteidigungspolitik von der SPD. Vehement kritisiert er den Vorschlag des linken Flügels, die zum Zeitpunkt des Interviews noch bestehende Wehrpflicht abzuschaffen zu Gunsten einer Freiwilligenarmee.

Den linken Flügel und den explizit linken Kurs von Teilen der SPD erachteten acht der benannten 14 jungen Mitglieder von den Jusos als abschreckend. **M59** kritisiert im Gespräch beispielsweise nicht nur den verteidigungspolitischen Vorstoß zur Abschaffung der Wehrpflicht, sondern betont auf Nachfrage, dass mit der Spekulation über eine mögliche Koalition mit der Partei Die Linke in Hessen für ihn eine Grenze überschritten worden sei:

M59: »[...] die (.) Spekulationen mit der Linkspartei (3) mit der der hessischen SPD (.) da hab ich auch gesagt mmh das muss jetzt net sein

(.) ich mein ich bin zwar rot (.) aber auch net so rot wie die (lacht)
[...]

Der 16jährige bezieht sich damit auf den Vorstoß der (damaligen) hessischen SPD-Spitzenkandidatin Andrea Ypsilanti, die nach der Landtagswahl 2008 die Regierungsbildung unter Beteiligung der Linken anstrebte – entgegen ihres Wahlversprechens, in dem sie jegliche Zusammenarbeit ausschloss. Ihr wurde daraufhin Wortbruch vorgeworfen. Der Vorgang wurde bundesweit zu einem Politikum. Doch Ypsilanti scheiterte und trat als Landes- und Fraktionsvorsitzende zurück (vgl. Zastrow 2009). Auch für **M36** stellen die Vorgänge in Hessen ein Problem dar:

ML: »Was sprach denn für Dich dagegen Mitglied der SPD zu werden?«

M36: (1) »[...] für mich sprach eben hauptsächlich dagegen (1) ich hab [...] über die Medien immer ziemlich viel (.) von der Andrea Ypsilanti mitgekriegt halt und (1) über diese (2) ähm (.) ja eben man hat eben ziemlich viel äh(.) von der äh (.) starken Parteilinken mitgekriegt und ähm (.) eben immer dieses äh (.) eben oder (.) hauptsächlich bei der äh (.) Andrea Ypsilanti zum Beispiel, das mit der Linkspartei und so (.) und das hat mich (.) immer so ‘n bisschen abgeschreckt weil ich irgendwie (.) mit der Linkspartei (.) ziemlich wenig anfangen kann (.) und ähm (2) ja (.) das hat mich (.) das hat mich immer so’n bisschen abgeschreckt [...]

Über die Medien habe er von der Causa Ypsilanti und der starken Parteilinken in der SPD erfahren. Abgeschreckt habe ihn aber die angedachte Koalition mit der Linken – mit der könne er »ziemlich wenig anfangen«. Ähnlich ergeht es **W24**, die ebenfalls den Vorstoß einer Koalition mit der Linken ablehnt, »[...] weil die Linken ja im Prinzip auch schon so ‘n kleines bisschen versuchen die SPD zu spalten«. Wie sie auf diese Idee kommt, bleibt im Zusammenhang des Interviews unklar. Inhaltlich gibt die 17-Jährige, die aus einer aktiven SPD-Familie kommt damit, die seinerzeit in der Partei letztlich weit verbreitete Erzählung wieder. Sie ist letztlich zurückzuführen auf die Gründung der Wahlalternative Soziale Gerechtigkeit (WASG) von abtrünnigen SPD-Mitgliedern und Gewerkschaftern 2004 – ihr prominentestes Mitglied war der frühere SPD-Kanzlerkandidat Oskar Lafontaine. 2007 fusionierte die Partei mit der PDS zur Partei Die Linke (vgl. Spier et al. 2007).

Neben Andrea Ypsilanti lehnen einige Jugendliche explizit auch den (damaligen) SPD-Vorsitzenden Kurt Beck ab:

M35: »[...] auf Bundesebene könnte man sagen dass mir manche Leute nicht so gefallen weil sie zu links von der SPD (.) sind also (.) Ypsilanti und so kann ich überhaupt nicht (.) mag ich überhaupt nicht [...] und auf Bundesebene (.) gibt's (.) Kurt Beck oder so zum Beispiel mag ich auch (.) nicht (.) die sind mir alle, die machen mir zu viel mit den (.) Linken [...]«

Beck ist für den 16-Jährigen das Gegenstück zu Ypsilanti auf Bundesebene – beide, so **M35**, hätten eine zu große Nähe zu den Linken. Dem Kurs von Kurt Beck »in Richtung [...] Linkspartei« widerspricht auch der 15-jährige **M50** »vehement«, wie er sagt. Becks Kurs sei letztlich für die sinkenden Umfragewerte der SPD verantwortlich. Die Jugendlichen machen aber auch ein entsprechendes »Links«-Problem in ihrem Jugendverband aus: **M57** erzählt, dass er im Vorfeld ein »Vorurteil gegenüber Jusos« gehabt habe – das sei »so n Haufen von Leuten«, beschreibt er seine Vorstellung, die »nicht inhaltlich diskutieren äh sondern nur äh ja zu Demonstrationen aufrufen« würden. Und **M10** erzählt, dass er Vorurteile gegenüber den Jusos gehabt hätte, »allein wegen dem Namen ähm (.) der Jungen Sozialisten«. Er hadere mit dem linken Flügel im Jugendverband und würde sich, wenn dann eher dem rechten zuordnen.

M10: »[...] ich denke äh (1) richtig links (.) das ist meistens meistens zu kurzfristig gedacht von den eigenen Gedanken her (1) ähm (4) ja äh (1) halt Sozialismus ist halt auch so seine Sache weil (.) richtiger Sozialismus wurde in der Weltgeschichte nie wirklich praktiziert sondern ist zum Kommunismus übergegangen (.) den ich nicht wirklich gut heißen kann«,

formuliert der 17-Jährige seine Ablehnung. Der linke Flügel würde bei den Jusos vor allem durch den Bundesverband und die (damalige) Bundesvorsitzende Franziska Drohsel repräsentiert. Die sei »sehr links«, weiß **M36**. Auch **M55** hält sie grundsätzlich für eine »absolute Fehlbesetzung«, freut sich aber, von den Jusos vor Ort zu hören, dass auch sie Drohsel ablehnen würden (s. Kap. 7.3.2.2).

Einzig **M39** stört sich am »Mitte ähm Drall« der SPD, wie er es nennt – unter Gerhard Schröder hätte sie einen »ziemlichen Mitteschub bekommen«. Früher sei die SPD noch eine Arbeiterpartei gewesen und hätte die »Stimmen der Arbeiter«

vereint, argumentiert der 15-Jährige. Doch sie habe sich jetzt zu einer »bürgerlichen Partei« entwickelt, der aber die Stimmen verloren gingen, weil unklar sei »wie sie letztlich ihre Stellung bezieht«. Er ist daher explizit nur den Jusos beigetreten und möchte sich zunächst ein eigenes Bild machen:

M39: »Ich hab ja auch eigentlich nur vor jetzt mal n Probejahr zu machen dass ich mir die S- (.) die Jusos mal anschau (.) so n Jahr lang und dann entscheide ich erst ob ich dann noch mal weitere Jahre dann (.) da drin einbringen möchte oder ob ich das eher nicht machen möchte.«

Andere entscheiden sich trotz der widerstrebenden Argumente dann doch für den Beitritt, weil sie beim »Reinschnuppern« bemerken, dass die Basis politisch pluraler ist als erwartet oder sie für sich entscheiden, dass man »nicht alle [...] Vorschläge der SPD oder der Jusos jetzt auch so nehmen« müsse, wie die 16-jährige **W25** betont: »Ich find man ist da relativ frei«.

8.2.4 Zusammenfassung

In der durchgesehenen Literatur und vorherigen Parteimitgliederstudien werden in der Regel der Mitgliedsbeitrag, der Zeitaufwand und das »Arbeitsleid« genannt, die als Kosten den Anreizen beziehungsweise dem unmittelbaren Nutzen einer Mitgliedschaft gegenüberstehen.

Bei den Jugendlichen stellen die monetären Kosten kein Hinderungsgrund da, da der Mitgliedsbeitrag im Verhältnis zum zur Verfügung stehenden (Taschen-)Geld als minimal erachtet oder als »notwendiges Übel« einer Mitgliedschaft wahrgenommen wird. Mehr von Bedeutung sind immaterielle Kosten, vor allem der mögliche Zeitaufwand, der aus dem Engagement in einer Parteijugendorganisation folgen könnte. Nur ein Teil der Jugendlichen räumt diesen potenziellen Hinderungsgrund im Vorfeld aus, indem sie Gespräche mit Mitgliedern suchen oder »reinschnuppern«, um sich selbst einen Eindruck vom möglichen zeitlichen Aufwand zu verschaffen. Ein anderer Teil weiß um diese Form der Kosten und ist bereit, sie zu tragen, da das eben Teil eines Engagements sei.

Darüber hinaus konnten in den Gesprächen weitere Hinderungsgründe beziehungsweise immaterielle Kosten identifiziert werden, die Jugendliche mit dem möglichen Beitritt assoziieren: Vor dem Hintergrund des hohen Altersdurchschnitts auch in den Parteijugendorganisationen befürchten einige Jugendliche sich dort nicht

entsprechend einbringen und Anschluss finden zu können. Sie fürchten negative Reaktionen aus ihrem sozialen Umfeld, sollte ihr Beitritt publik werden, und sorgen sich, dass sie aufgrund ihrer politischen Präferenz in der Schule mit schlechten Noten abgestraft werden könnten oder sich ihre berufliche Zukunft verbauen – beides gewichtige Kostenfaktoren, da es dabei um Fragen der Zukunftsgestaltung geht. Schließlich ist noch die Angst vor dem Verlust der eigenen Unabhängigkeit zu erwähnen beziehungsweise die Sorge, sich im Sinne einer strikten Parteilinie auch Positionen der Partei(jugend)organisationen unterwerfen zu müssen, die sie persönlich nicht vertreten – eine Sorge, die **M51** zugespitzt als Verlust der Redefreiheit benennt. Auch wenn das vor dem Hintergrund der Binnenpluralität politischer Parteien überdramatisiert erscheint, darf nicht vergessen werden, dass hier Minderjährige abwägen, ob sie beitreten möchten oder nicht. Sie verfügen aufgrund des Alters und der damit verbundenen geringeren Erfahrung oder aufgrund fehlender Kontakte in Parteien und zu anderen Mitgliedern über ein entsprechend geringeres Wissen.

8.3 Dauer und Situation

Die bisherigen Ausführungen skizzierten sozioökonomische Rahmenbedingungen, sozialpsychologische Perspektiven und das Umfeld der interviewten Jugendlichen (s. Kap. 6). Sie zeigten, wie die Beitrittsroute begann und welche Stationen sie hatte (s. Kap. 7) und legten dar, welche Anreize (s. Kap. 8.1) bei den interviewten Jugendlichen dafür sorgten, dass die Kosten des Beitritts (s. Kap. 8.2) geringer bewertet wurden als der Nutzen. Dieser Weg zieht sich aber, wie gezeigt, mitunter über einen längeren Zeitraum hin: Bei 31 Jugendlichen lässt sich vor dem Hintergrund der Gespräche konstatieren, dass die Entscheidung nicht ad hoc fiel, sondern Abschluss eines längeren Prozesses war – unklar bleibt aber, wie lange dieser dauerte. Ihnen gegenüber stehen 33 Jugendliche, die sich mehr oder weniger erinnern, über welchen Zeitraum sich die Entscheidungsfindung hinzog: 13 Jugendliche erzählen, dass es von den ersten Überlegungen bis zum Beitritt länger als drei Monate gedauert habe – einige von ihnen mutmaßen sogar, dass es ein dreiviertel oder gar ein ganzes Jahr gedauert habe, bis sie sich entschieden. Zehn Jugendliche meinen, dass es zwischen einem und drei Monaten gedauert habe und zehn weitere schließlich, dass es weniger als vier Wochen gewesen seien.

Eine Unterscheidung vor dem Hintergrund der Parteizugehörigkeit hat nur begrenzten Erkenntnisgewinn: Sieben jener zehn Heranwachsenden, die sich binnen eines Monats entschieden, traten den Jusos bei – drei der Jungen Union. Ausgeglichen war das Verhältnis bei jenen zehn Jugendlichen, die zwischen einem bis drei Monaten Zeit für den Schritt benötigten. Und bei jenen, die länger überlegten, traten acht schließlich der Jungen Union, die verbliebenen fünf entsprechend den Jusos. Vorsichtig ließe sich mit Blick auf das Sample festhalten, dass sich die interviewten Jungmitglieder der Jusos etwas schneller entschieden. Interessant hingegen ist der Befund insgesamt. Die Entscheidungen werden, zumindest bei den Jugendlichen im Sample, nicht überstürzt und kurzfristig getroffen, sondern ihnen geht ein Orientierungs- und Entscheidungsfindungsprozess voraus: Die Zeit bis zur finalen Entscheidung nutzten die Jugendlichen, um sich zu informieren, um andere nach ihren Meinungen zu fragen oder mit ihnen einfach nur über ihre Überlegungen zu sprechen und mitunter, um bei Veranstaltungen ›reinzuschnuppern‹ (vgl. Kap. 7.5.2). Allerdings bedeutet das nicht, dass sie sich Tag und Nacht mit der Frage des Beitritts beschäftigten. Zwischenzeitlich habe er, erzählt beispielsweise **M23**, die Sache ›total aus den Augen‹ verloren, bis sich die Überlegungen zu einer Entscheidung verdichteten: Ein »halbes Jahr lang hab ich nicht mehr dran gedacht und dann plötzlich [...] wie dann die Wahlen kamen [...] dann hab ich mir gedacht [...] dass ich dann doch beitrete«. Er hebt hier auf die bayerische Landtagswahl 2008 ab, die dazu führt, dass er sich nun gezielter mit der Frage eines möglichen Beitritts beschäftigt:

M23: »[...] also das war wie so n Geistesblitz also (.) und ich dachte mir (.) so jetzt werd ich Mitglied (.) und so und dann (.) hab ich auch den Mitgliedsbogen am Morgen abgeholt und dann gleich am Nachmittag schon wieder zurückgegeben also (.) das heißt (.) meinen Anmeldebogen.«

Es sei dann eine plötzliche Eingebung, ein »Geistesblitz«, gewesen, dass er »jetzt« eintreten wolle, um, wie er es mit seinem zentralen Motiv formuliert, etwas ›Gutes für sein Land zu tun‹. Durchzuckt hatte ihn dieser ›Geistesblitz‹ kurz nach der besagten Wahl, bei der die CSU ein Debakel erlebte. Sie verlor im Vergleich zu 2003 16,8 Prozent bei den Erststimmen (Der Landeswahlleiter des Freistaates Bayern 2008). Vermutlich – ganz genau lässt sich das aus dem Material nicht ableiten – führte genau das bei **M23** aber zu einer kurzfristigen Neubewertung bisheriger Überlegungen

und eben zum Eintritt. Denn den Gedanken beizutreten hegte der 16-Jährige, wie gesagt, schon länger.

Der 16-Jährige lenkt damit die Perspektive auf die Beitrittsituation. Jedoch wird sie nur von wenigen Jugendlichen erinnert, so dass die Datenlage im Sample bescheiden ist. Letztlich wohl vor allem, weil, wie es **W20** formuliert, der Moment der Unterzeichnung des Mitgliedsantrags »nichts Spektakuläres« gewesen sei. Erinnern können sich an die konkrete Situation nur jene, die damit ein besonderes Erlebnis verbinden – wie eben **M23** oder auch **M51**, der vor dem Abschicken des Aufnahmeantrags noch einmal innehält und überlegt, ob er jetzt einen Fehler mache und seine »Redefreiheit« verliere (s. Kap. 8.2.3). Erinnern konnten sich zum Zeitpunkt der Interviews auch noch neun weitere Jugendliche: Für sieben steht die Entscheidungssituation im direkten Zusammenhang mit dem Besuch eines Treffens – einem Jugendwählerabend (**M02**, **M03**), einem regulären Treffen (**M05**, **M09**, **M12**, **M19**) oder einem Brunch (**W21**). Es waren für sie jeweils besondere Veranstaltungen, die für den Beitritt den letzten Impuls gaben. Entsprechend traten sie noch während der Veranstaltung oder direkt im Anschluss bei.

Für die 15-jährige **W13** wiederum ist bereits die persönliche Einladung des lokalen Vorsitzenden der Jungen Union zum »Schwarzen Mittwoch« ein Ereignis:

W13: »[...] und dann dacht ich so mh (.) okay (.) äh der will mich dabei haben (.) und dann kam ich eben von (.) von nem Unterstufenfest mit den Kleinen nach Hause und dacht (.) und dann hab ich mir die Anmeldung genommen hab die einfach spontan mal ausgefüllt [...]«.

Die Einladung bleibt der 15-Jährigen in Erinnerung, wertet sie sie doch als Ausdruck des persönlichen Interesses an ihr. Sie wird zum Impuls, der dazu führt, dass sie im Anschluss an ein Unterstufenfest mit den fünften Klassen, bei denen sie Tutorin ist, direkt den Antrag ausfüllt. Das Bindeglied ist ihr zentrales Motiv – »ich engagiere mich gerne«. Bei der Jungen Union, dessen Vorsitzende sie »dabei haben will«, findet **W13** ein neues Betätigungsfeld.

Die schnellste Entscheidung trifft im Sample **M06**. Auch er habe schon früher überlegt, vielleicht einmal der Jungen Union beizutreten, erzählt er im Verlauf des Interviews. Diese Überlegungen stellen quasi ein »Hintergrundrauschen« in der eigentlichen Entscheidungssituation dar – er ist der Jungen Union also grundsätzlich zugewandt. Hinzu kommt, dass er viele Gleichaltrige kennt, die dort Mitglied sind. Über die Freundin eines Mitschülers, die eine »hohe Position [...] in der JU«

einnehme, erfolgt im Rahmen einer Party schließlich die Rekrutierung (s. Kap. 7.1.2.3). Die Situation hat der 17-Jährige noch genau vor Augen:

M06: »[...] dann sagte sie [...] hast du nicht mal drüber nachgedacht auch in die JU zu kommen. Da hab ich ihr gesagt (.) ja klar da hat' ich schon mal drüber nachgedacht und ähm dann sagte sie (.) ja okay dann ähm kannst du doch gleich mal so nen Mitgliedsantrag unterschreiben, so in der Art. Und dann hat sie auf einen Bierdeckel das geschrieben und ich hab's dann so bisschen äh flapsig auch so bisschen lustig ähm weil ich das so n bisschen ungewöhnlich fand dass da ah auf nem Bierdeckel n Mitgliedsantrag zu unterschreiben (.) hab das dann einfach mal gemacht.«

Die Entscheidung für den Beitritt steht in engem Zusammenhang mit dem Setting. Der 17-Jährige findet die Form, wie sie ihm den Beitritt ermöglichen möchte, ein »bisschen flapsig«, »bisschen lustig« und ein »bisschen ungewöhnlich«. Dieser lockere Stil ist anders als jener, den er aus seinem alten Sportverein kennt. Dort habe der Trainer »quasi gefordert, sich ganz für diesen Verein aufzugeben« – nach einer Verletzung verließ **M06** den Verein, doch das Erlebnis blieb ihm im Gedächtnis: Er vermutete, dass auch andere Leute von Vereinen, Verbänden oder eben Partei(jugend)organisationen diese Selbstaufgabe und Hingabe fordern würden. Doch bei der Party erlebt er eine ungezwungene Situation – und revidiert seine Haltung.

Abschließend sei noch erwähnt, dass es auffällig ist, dass alle, die sich noch an die Entscheidungssituation erinnern können, Mitglieder der Jungen Union wurden. Mit aller gebotenen Vorsicht hinsichtlich der fehlenden Repräsentativität der vorliegenden qualitativen Daten kann vermutet werden, dass die Anwärterinnen und Anwärter der Jungen Union dem »Reinschnuppern«, also dem direkten Erleben der Jugendorganisation vor Ort, eine größere Bedeutung beimessen als die der Jusos. Dabei nahmen in absoluten Zahlen weniger der späteren Mitglieder der Jungen Union im Vorfeld an Treffen teil als Aspirantinnen und Aspiranten der Jusos – elf der 31 Neumitglieder der Jungen Union schnupperten vorher rein, während es bei denen den Jusos 18 von 33 waren.

Zusammenfassend soll schließlich festgehalten werden: Die Beitrittsentscheidungen fallen in keinem Fall im Sample ohne vorherige Auseinandersetzung mit dem Für und Wider eines möglichen Beitritts. Wenigstens einige Tage bis zu mehr als einem Jahr trugen die Jugendlichen den Gedanken mit sich herum, bis es bei ihnen zur Entscheidung kam. In der Regel blieb die

Entscheidungssituation nicht in Erinnerung. Die Ausnahme bildeten jene Beispiele, die in engem Zusammenhang mit einem besonderen Erlebnis standen.

9 Zusammenfassung und Ausblick

Ausgangspunkt dieser Arbeit war das Interesse an der Frage, warum Minderjährige in eine Partei(jugend)organisation eintreten. In den Blick genommen wurden dafür die beiden großen Partei(jugend)organisationen, die Junge Union und die Jusos. Sie unterscheiden sich hinsichtlich ihrer Stellung zu ihren Referenzparteien und damit auch im Grad der Selbstständigkeit. Hinzu kommt, dass aufgrund ihrer Größe davon auszugehen war, dass unter den regelmäßigen Neuzugängen auch ausreichend viele Interviewpartnerinnen und -partner gewonnen werden konnten. Denn eine wichtige Prämisse für die vorliegende Studie war, dass der Beitritt weniger als vier Monate zurückliegen sollte, um das Problem der retrospektiven Verzerrung möglichst klein zu halten. Trotz dieser Prämisse gelang es zwischen August 2008 bis März 2009 quer durch Deutschland 71 Interviews mit Jugendlichen zu führen, die zum Zeitpunkt des Gesprächs zwischen 14 und 18 Jahren alt waren. Nach Bereinigungen verblieben 64 transkribierte Interviews für die Auswertung im Sample. Sie ermöglichen facettenreiche Einblicke in die unterschiedlichen Beitritts(vor)geschichten, womit zunächst deutlich wurde, wie unerlässlich qualitative Forschung in diesem Themenfeld und in dieser Altersgruppe ist, die in der Regel höchstens am Rande von der Parteien- und Mitgliederforschung gestreift wird. Und in Hinblick auf die erkenntnisleitende Fragestellung – »Warum treten (minderjährige) Jugendliche in Partei(jugend)organisationen ein?« – wurde schnell offenbar, dass die Fokussierung allein auf die Beitrittsentscheidung zu kurz greift und wichtige Prozesse, die der jeweiligen Entscheidung vorausgehen, außer Acht lassen würde. Eine Antwort auf die Frage lässt sich daher nur finden, wenn die unterschiedliche Ausgangslage, die Beitrittsroute und die letztendliche Entscheidung betrachtet werden:

- Die sozioökonomischen Ausgangsbedingungen entsprachen zunächst dem im vierten Kapitel resümierten Forschungsstand: Als Interviewpartnerinnen und -partner konnten deutlich mehr Jungen als Mädchen gewonnen werden. Dieser Gender-Gap zeigt sich auch in quantitativ orientierten Jugendstudien: Jungen sind eher bereit, in Parteien mitzuarbeiten oder politische Ämter zu übernehmen. Die deutliche Mehrzahl der Interviewten besuchte ein Gymnasium und im Verhältnis nur ein geringer Teil eine Haupt- oder Berufsschule. Hier zeigt ebenfalls ein Blick in die besagte Jugendforschung, dass sich dieses Verhältnis auch insgesamt bei den Parteien so widerspiegelt. Aussagen zum Haushaltseinkommen des Eltern-

hauses oder ähnlichem sind nicht möglich – die Jugendlichen wussten oft nicht einmal genau, was die Eltern beruflich machen, und die Eltern selbst waren nicht in die Untersuchung eingebunden.

- Für die erste Überraschung sorgte die Analyse des politischen Interesses der interviewten Jugendlichen. Hielt Hanna Hoffmann für die Deutsche Parteimitgliederstudie 2009 noch fest, dass Bürgerinnen und Bürger Mitglied einer Partei würden, weil sie an Politik interessiert seien (vgl. 2011: 93), zeigt die vorliegende Erhebung, dass Jugendliche auch dann Mitglied einer Partei(jugend)organisation werden, wenn ihr Interesse an Politik eher schwach ausgeprägt oder gar nicht vorhanden ist. Aus der subjektiven Perspektive der jungen Neumitglieder offerieren Partei(jugend)organisationen auf der Angebotsseite mehr als nur Möglichkeiten politischer Mitwirkung. Zu nennen ist hier zunächst die Chance, Spaß haben zu können mit anderen – im Rahmen politischer Aktionen, aber eben auch bei nicht primär politisch aufgeladenen Formaten (Partys etc.). Hinzu kommt, dass die Jugendorganisationen implizit auch Vergemeinschaftungsangebote unterbreiten, die von Jugendlichen nachgefragt werden. Denn hinter der Hinwendung zu den Jugendorganisationen steckte vielfach der Wunsch, dort Gleichgesinnte zu treffen, sich mit ihnen auszutauschen und im Zuge dessen Teil dieser Gruppen zu werden. Gleichwohl ist auf der Nachfrageseite der befragten Jugendlichen das politische Interesse ein wichtiges Motiv, sich Partei(jugend)organisationen zuzuwenden. Viele Jugendliche erzählen von ihrem entsprechenden Interesse, treffen aber in ihrem gleichaltrigen Umfeld häufig auf Desinteresse und Ablehnung und hoffen in den Organisationen nun ebenso Interessierte zu finden.
- Insgesamt deutet ihr – wenn auch unterschiedlich stark ausgeprägtes – Interesse an Politik und Verständnis von Demokratie an, dass sie Vertrauen in die Demokratie haben (*External Political Efficacy*). Allerdings verbinden sie mit ihrem Beitritt in eine Partei(jugend)organisationen keine große Wirkungserwartung oder besser gesagt nur eine begrenzte Wirkungserwartung (*Internal Political Efficacy*). Die meisten von ihnen meinen, zunächst nur etwas im kleinen Rahmen bewirken zu können. Das führen sie unter anderem darauf zurück, dass sie gerade erst beigetreten wären und dass sie noch zu jung seien. Zugleich zeigt sich immanent in ihren Ausführungen, dass sie sich der komplexen Entscheidungsfindungsprozesse in den gegliederten Jugendorganisationen (Ort, Kreis, Bezirk, Land, Bund) durchaus bewusst sind, wenn sie davon sprechen, zunächst erst einmal im ›Kleinen‹ zu

versuchen, etwas zu bewegen oder sich zu beteiligen, dann aber auch hoffen, zunehmend in machtvollere Positionen aufzusteigen, um den Kurs der Partei mitbestimmen zu können. Dabei deutet sich auch an, warum diese Jugendlichen sich dieser verfassten Form politischer Partizipation zuwenden, anstatt an unverfassten Formen zu partizipieren: Sie wissen, dass sie über Parteien Politik mitgestalten und damit mehr erreichen können, als beispielsweise mit Protesten nur die Politik zum Handeln aufzufordern. Auf diesen Unterschied wiesen schon Whiteley und Kollegen hin: Parteimitglieder unterscheiden sich von Mitgliedern von Protestgruppen aufgrund ihres direkten Zugangs zur oder Einflusses auf die Politik (vgl. Whiteley et al. 1993: 83).

- Knapp die Hälfte der Jugendlichen spricht am liebsten mit den Eltern oder einem Elternteil über Politik, und nur rund ein Viertel der Befragten bevorzugt Freundinnen oder Freunde. Auch dieses Ergebnis erstaunt, lösen doch eigentlich Gleichaltrige in der Adoleszenz die Eltern als direkte Bezugspersonen ab. Politisch, vor allem aber gesellschaftlich engagiert haben sich vor ihrem Beitritt zur Jungen Union oder zur SPD beziehungsweise zu den Jusos bereits zwei Drittel der 64 Interviewten. Sie waren in der Jugendfeuerwehr, als Messdiener oder in ähnlicher Funktion in der evangelischen Kirche aktiv, Klassensprecherin und Klassensprecher oder in anderen Funktionen an ihren Schulen beteiligt. Und einige partizipierten bereits an Protestveranstaltungen.
- Der Blick auf das parteipolitische Engagement der Eltern zeigte, dass bei 17 von 64 Jugendlichen mindestens ein Elternteil Mitglied einer Partei ist. Bei 20 Jugendlichen ist darüber hinaus noch mindestens ein weiteres Familienmitglied (Geschwister, Großvater, Großmutter, Tante, Onkel) Mitglied einer Partei. Und 26 Jugendliche haben in ihrem Freundes- und Bekanntenkreis mindestens ein Mitglied. Werden die Überschneidungen bereinigt, bleibt festzuhalten, dass mindestens 43 der 64 Interviewten mindestens ein Parteimitglied in ihrem Umfeld haben. Angesichts eines Anteils von rund 1,4 Prozent Parteimitgliedern an der Gesamtbevölkerung in Deutschland innerhalb des Erhebungszeitraums ist das eine erstaunliche Dichte, die dazu beiträgt, dass die Jugendlichen mit Parteien konkrete Menschen aus ihrem Umfeld assoziieren und ihnen damit die entsprechenden Organisationen und damit verbundenen Partizipationsmöglichkeiten nicht grundsätzlich fremd sind.

- Welche Wege zu einer Parteimitgliedschaft führen, ist – wie im siebten Kapitel gezeigt – in der durchgesehenen Literatur strittig, ebenso, wie sie zu differenzieren sind. Die 64 verschiedenen Beitrittsrouten in der vorliegenden Erhebung legen indes nahe, dass grundsätzlich zwischen einer *Aktivierung* und *Selbststartern* zu unterscheiden ist:
- Die Aktivierung lässt sich aufgrund der Ansprache und den damit verbundenen Absichten zunächst in ungerichtete und gerichtete Formen von Aktivierung differenzieren: Für fünf Jugendliche stand am Anfang ihres Wegs eine *ungerichtete Aktivierung* in Richtung eines Engagements oder Parteibeitritts, ohne dass damit eine bestimmte Partei(jugend)organisation verbunden gewesen wäre. Bei 34 Jugendlichen erfolgte eine *gerichtete Aktivierung*. Hier zeigt sich in Hinblick auf die Formen der aktivierenden Ansprache, dass zwischen einem *Anschubsen*, einer *Einladung* oder einer richtiggehenden *Rekrutierung* zu unterscheiden ist. In den insgesamt 39 Fällen erfolgte die Aktivierung in der Regel aus dem persönlichen Umfeld der Jugendlichen, aus der Familie oder dem Freundeskreis. Die zuvor skizzierte Dichte an Parteimitgliedern im Umfeld der Interviewten ist hier von besonderer Bedeutung. Die Aktivierungen zeigen, dass es für das Einschwenken auf eine Beitrittsroute nicht von zentraler Bedeutung ist viele Menschen zu kennen (vgl. Persson 2014: 727), sondern Menschen zu kennen, die in einer Partei beziehungsweise Partei(jugend)organisation Mitglied sind. Die Beziehung der Jugendlichen zu den Menschen, die sie aktivieren, zeigt im Übrigen, dass es sich dabei vor allem um starke soziale Verbindungen handelt, wie es auch Persson festgehalten hat (vgl. ebd.).
 - Bei den 25 *Selbststartern*, die sich allesamt als politisch interessiert oder auch sehr interessiert beschreiben, lassen sich vier Gründe identifizieren, die dazu führten, dass sie sich mit der Frage eines Beitritts auseinandersetzten: Die Verdichtung des politischen Interesses zu ›Tatendrang‹, zum Wunsch, selbst aktiv zu werden; ein spezifisches (emotionalisierendes) Ereignis; das unmittelbare Erleben eines parteipolitischen Engagements einer nahestehenden Person; oder schlicht die Suche nach einer Beschäftigung, einem Hobby.
- Viele der Selbststarter und Aktvierten haben am Anfang der Beitrittsroute bereits eine parteipolitische Präferenz. Angesichts der vielen familiären Parteimitglieder liegt die Vermutung nahe, dass sich die Identifikation mit einer Partei innerfamiliär ›übertragen‹ hat. Tatsächlich gibt es diese Fälle, bei denen Jugendliche eine

entsprechende familiäre Linie aufrufen und sich selbst in einer Kontinuität verorten. Die Bedeutung dieser Fälle wird indes relativiert durch jene Heranwachsenden, die sich mit einer anderen Partei identifizieren als jener, die in der Familie bislang tonangebend war. Sie haben ihre parteipolitische Präferenz vielmehr über einen (in Hinblick auf ihr Alter) relativ langen Zeitraum aufgebaut. Bei manch anderen Jugendlichen hingegen bildet sich diese Präferenz überraschenderweise erst im weiteren Verlauf der Beitrittsroute heraus: Das bedeutet, der Wunsch sich politisch in einer Partei zu engagieren ging der Vorstellung voraus, in welcher Partei der Wunsch dann realisiert werden sollte. Sie nutzten in diesem Klärungsprozess den Wahl-O-Mat, führten Gespräche in der Familie und auch mit Freunden oder suchten einen Kontakt zu Vertreterinnen oder Vertretern der Parteien und vor allem deren Jugendorganisationen. Darüber hinaus waren manche Jugendliche trotz eindeutiger parteipolitischer Präferenz unsicher, ob eine Partei beziehungsweise Partei(jugend)organisation für sie geeignet sei beziehungsweise ihren Vorstellungen und möglichen Erwartungshaltungen entspreche. Sie »schnupperten« bei ihnen hinein, indem sie an Stammtischen, Jungwählerabenden, regulären Treffen oder Exkursionen teilnahmen.

- Hinsichtlich der parteipolitischen Präferenzen deuteten sich zwei Ebenen an: Die Präferenz galt in der Regel zunächst den Mutterparteien. Und vor diesem Hintergrund wurden die Partei(jugend)organisationen ausgewählt. Auf dieser zweiten Ebene wird die unterschiedliche rechtliche Stellung von Junger Union und Jusos von Bedeutung. Während die Neumitglieder der Jungen Union genau dort sein wollten, wo sie sind, haderte ein nicht unerheblicher Teil der Neumitglieder der SPD mit ihrer automatischen Zuordnung zu den Jusos. Hier nahmen die Jugendlichen zwischen der Arbeitsgemeinschaft und der Mutterpartei programmatische Unterschiede wahr, vor allem monierten sie den linken Kurs der Jugendorganisation. Dieses »Fremdeln« kulminierte im Verständnis der Heranwachsenden als Sozialdemokratinnen oder -demokraten im Sinne der SPD und in der Ablehnung der Selbstbezeichnung als Jungsozialistinnen oder Jugendsozialisten bei den Jusos. Dass sie dennoch vor Ort in den Arbeitsgemeinschaften mitmachten, lag in der Regel daran, dass sie dort zum Teil auf junge Menschen trafen, die dem »Linkswende«-Kurs ebenfalls ablehnend gegenüberstehen und sich dem »pragmatischen« Flügel der Jusos zuordnen.

- Wie im Übergang zum achten Kapitel dargestellt, kulminierte die Beitrittsroute schließlich in der Beitrittsentscheidung. Spontan beziehungsweise situativ entschied sich nur einer der 64 Jugendlichen. Die anderen waren länger mit ihren Beitrittsüberlegungen beschäftigt. Soweit sie sich erinnern konnten, pendelte dies zwischen wenigen Wochen bis mehreren Monaten. Die Entscheidung zum Beitritt, das wird dabei deutlich, fiel nicht überstürzt, sondern überlegt.
- Die Jugendlichen nannten für ihre Entscheidung in der Regel eine Vielzahl an Motiven. Der analytische Verdichtungsprozess im Zuge der Auswertung machte es aber möglich, jeweils ein zentrales Motiv zu identifizieren, das leitend war für den Eintritt in eine Partei(jugend)organisation. Im Anschluss wurden diese 64 zentralen Motive entlang des General-Incentives-Modells strukturiert, um so zu abstrakteren Aussagen zu gelangen. Dabei zeigte sich, dass *ideologische Anreize* oder *soziale Normen* als zentrale (Beitritts-)Motive für die Heranwachsenden nicht ins Gewicht fielen und *expressive/affektive* oder *altruistische Motive* nur eine sehr untergeordnete Rolle spielten. Wichtiger waren kollektive Anreize – sich für spezifische politische Ziele einzusetzen, mit der Mitarbeit in der Jugendorganisation die jeweilige Referenzpartei zu unterstützen oder dadurch den politischen Gegner zu schwächen. Eine größere Bedeutung kommt innerhalb der *selektiven Anreize* den *ergebnisorientierten* selektiven Anreizen zu: Rund ein Viertel der zentralen Motive ließen sich darunter subsumieren. Dabei ging es aber weniger um ein unmittelbar zu erzielenden Nutzen als vielmehr um den abstrakten, sich nur möglicherweise in der Zukunft realisierenden Wunsch ›in die Politik zu gehen‹. Herauszuheben sind innerhalb der selektiven Anreize aber vor allem die *prozessorientierten* selektiven Anreize, denen sich mit Abstand die meisten, nämlich mehr als die Hälfte aller identifizierten zentrale Motive zuordnen ließen. Den Jugendlichen ging es primär darum, ›etwas über Politik zu lernen‹, ein solches Engagement einfach mal ›auszuprobieren‹, ›Gleichgesinnte‹ zu treffen, ›Spaß‹ zu haben und vor allem ›mitzumachen‹. Diese Ergebnisse korrespondieren im Übrigen nur bedingt mit denen der beiden großen deutschen Parteimitgliederstudien – der Potsdamer Parteimitgliederstudie vom 1998 und der Deutschen Parteimitgliederstudie von 2011 – sowie jenen Studien, die explizit Jugendliche in Parteien fokussieren (vgl. Bruter/Harrison 2009; Weber 2017, 2020). Denn minderjährige Jugendliche unterscheiden sich aufgrund ihrer Lebensphase von ›Nachjugendlichen‹ (der Postadoleszenz) und Erwachsenen, was sich eben bedingt auch auf ihre

Beitrittsmotive auswirkt. Ihre Lebensrealität unterscheidet sich beispielsweise von der eines 24-jährigen alleinstehenden Krankenpflegers, der in einer Wohngemeinschaft lebt, einer 43-jährigen Ingenieurin mit Familie, Eigenheim und unbefristetem Arbeitsvertrag oder einem 58-jähriger Frühpensionär. Sie ist geprägt von der Schulpflicht und in der Regel einer nur wenig konkreten Lebensplanung, während Ältere in der Regel bereits ›mitten im Leben‹ stehen.

- Ein Gender-Effekt zeigte sich insbesondere bei der Strukturierung der zentralen Motive entlang des General-Incentives-Models: Während sich die 47 Jungen über die genannten relevanten Anreize und Motive verteilten, fanden sich 13 der 17 Mädchen unter den prozessorientierten selektiven Anreizen wieder. In Hinblick auf ihre zentralen Motive ließe sich mit der gebotenen Vorsicht gegenüber einer qualitativen Studie daraus ableiten, dass sich Mädchen verstärkt Partei(jugend)organisationen zuwenden, um dabei etwas Politik lernen zu können und um mit anderen Jugendlichen etwas gemeinsam zu machen.
- Obwohl sich die Interviewten alle für den Beitritt in eine der beiden Partei(jugend)organisationen entschieden haben, können sie trotzdem Kosten benennen, die ihren Überlegungen entgegenstanden. Sie lassen sich in materielle Kosten (in Form von Mitgliedsbeiträgen) sowie in immaterielle Kosten unterscheiden. Zu letzteren gehört der mit dem Engagement verbundene Zeitaufwand, aber noch weitere Hemmfaktoren wie der mitunter hohe Altersdurchschnitt, die negativen Reaktionen aus dem Umfeld oder die Sorge vor negativen Folgen für die schulische oder berufliche Laufbahn, die Angst vor einem Autonomieverlust und das Hadern mit bestimmten programmatischen Forderungen oder, im Falle der Jusos, mit ihrer politischen Ausrichtung. Bei den 64 interviewten Jugendlichen gingen diese Kostenkalkulationen trotz mancher ›Bauchschmerzen‹ zugunsten eines Beitritts aus. Gleichwohl verweisen diese Ergebnisse darauf, die Frage der Kosten in künftigen Studien nicht zu vernachlässigen.

Schließlich drängt sich noch eine weitere Frage auf: Warum wenden sich manche der Jugendlichen der Jungen Union zu, während sich andere für die Jusos entscheiden? Diese Entscheidung hängt von mehreren Faktoren ab: ihren parteipolitischen Präferenzen, den Gelegenheiten, mit den Partei(jugend)organisationen in Kontakt zu kommen und letztlich von der Performance der jeweiligen Gliederungen vor Ort (Präsenz, Zugewandtheit). Mit aller Vorsicht lässt sich in den Interviews ablesen,

dass es der Jungen Union mit ihrer Mischung aus ›Party & Politik‹ besser gelingt, niedrighschwellige Angebote zu schaffen, um mit Jugendlichen in Kontakt zu treten und sie in ihrer Lebenswelt abzuholen.

Es sollte deutlich geworden sein, dass es keine einfache Antwort auf die eingangs aufgeworfene Frage gibt, warum sich Minderjährige in Partei(jugend)organisationen engagieren. Allerdings lassen sich einige Bedingungen formulieren, die eine solche Hinwendung zu Partei(jugend)organisationen begünstigen:

- ❖ ein (bedingtes) politisches Interesse;
- ❖ Interesse oder Spaß an Engagement;
- ❖ Offenheit gegenüber einem politischen Engagement in Parteien, einer Parteimitgliedschaft oder insgesamt gegenüber Parteien im Allgemeinen oder Partei(jugend)organisationen im Besonderen;
- ❖ Wissen um die Möglichkeit, sich auch in jungen Jahren bereits in Parteien oder Partei(jugend)organisationen engagieren zu können beziehungsweise dort Mitglied zu werden;
- ❖ Parteimitglieder im sozialen Nahbereich (Familie, Peers);
- ❖ Gelegenheiten, bei denen man gefragt werden kann, in Partei(jugend)organisationen mitzumachen oder sich allgemein dort zu beteiligen;
- ❖ Angebote der Partei(jugend)organisationen, die Gelegenheiten schaffen, um auf ihre Repräsentantinnen, Repräsentanten oder Mitglieder zugehen zu können;
- ❖ Wertschätzung des Interesses seitens der Partei(jugend)organisationen und ihrer Referenzparteien, wenn Jugendliche auf sie zugehen.

Grundsätzlich ist es wünschenswert, dass die politische Partizipation in Partei(jugend)organisationen stärker gefördert würde, da die Organisationen nicht nur demokratische Werte vermitteln, sondern auch dazu beitragen können, dass sich Jugendliche vertieft mit politischen Inhalten auseinandersetzen und lernen sich einzubringen. Die Jugendorganisationen sind dabei aber kein ›Simulationsspiel‹, sondern bieten echte Beteiligungsmöglichkeiten, in deren Rahmen politische Beschlüsse nicht nur diskutiert, sondern auch beschlossen und politisch umgesetzt werden können – schließlich erhält ein Teil der Partei(jugend)organisationen eben auch, wie im zweiten Kapitel geschildert, staatliche Zuwendungen der Jugendhilfe

nach § 83 Absatz 1 Satz 2 SGB VIII, um damit eigene Projekte und politische Bildungsarbeit umzusetzen.

Die politische Partizipation im Allgemeinen und in Parteien im Besonderen ist für eine Demokratie essentiell. Um die aktive Beteiligung in Parteien und Partei(jugend)organisationen anzuregen, lassen sich aus den oben aufgezählten Bedingungen schließlich drei Prämissen formulieren:

1. In der schulischen und außerschulischen politischen (Jugend-)Bildung muss der Vermittlung politischer Partizipationsmöglichkeiten mehr Raum eingeräumt werden. Und sie darf nicht nur in der Vermittlung eines abstrakten Wissens bestehen, sondern sollte eingebettet sein in die Erfahrungswelt Heranwachsender, so dass lebensweltliche Bezüge zwischen ihnen und den Parteien und ihren Jugendorganisationen hergestellt werden könnten. Mit dem schulischen Credo der Unparteilichkeit ist das durchaus vereinbar, da so allgemein das demokratische Bewusstsein und eine aktive Beteiligung an der Demokratie gefördert würde.
2. Parteien, vor allem Parteijugendorganisationen sind gefordert, im Alltag sichtbarer zu werden und Gelegenheiten zu schaffen, um mit Heranwachsenden in Kontakt zu kommen und ihnen auf diese Weise die Möglichkeiten politischer Partizipation, gemeinschaftlicher Aktivitäten, politischen Austausches und auch dem damit verbundenen Spaß aufzuzeigen. Dafür müssen auf der ›Angebotsseite‹ der Jugendorganisationen nicht nur Maßnahmen ergriffen werden hinsichtlich der Vermittlungsformen von Politik oder der Wahrnehmung jugendlicher Lebenswelten (vgl. Godewerth 2007: 239f.), sondern gerade niedrigschwellige Angebote können helfen mögliche Berührungspunkte abzumildern.
3. Gesellschaftlich wäre schließlich geboten, sich mit der verbreiteten Ablehnung oder Geringschätzung von Parteien und ihren Jugendorganisationen auseinanderzusetzen, wie sie von den interviewten Jugendlichen oft geschildert wurde. Die Jugendorganisationen dabei ein ums andere Mal vor allem als ›Schule der Parteien‹, ›Nachwuchsreservoir‹ oder ›Karrieristenvereine‹ zu desavouieren, lässt vergessen, dass ihnen eben auch die Aufgaben zukommt, Heranwachsende politisch zu sozialisieren und so zu fördern, dass sie aktiv und gestaltend an der Demokratie teilhaben können.

Abschließend ist mit Blick zurück auf die Forschungsfrage der vorliegenden Arbeit noch ein drängendes Forschungsdesiderat zu formulieren: Die Altersgruppe der

interviewten Jugendlichen war zum Zeitpunkt der Befragung nicht nur noch mitten im politischen Sozialisationsprozess, sondern probierte sich im Rahmen ihrer Identitätsentwicklung gleichwohl in verschiedenen Rollen aus. Entscheidungen werden in der Adoleszenz jedoch mitunter wieder schnell revidiert oder gar in ihr Gegenteil verkehrt.⁴⁸ Wie also entwickeln sich die Jugendlichen, die Mitglied einer Partei(jugend)organisation geworden sind? Wächst ihr Interesse an und das Verständnis von Politik? Wie werden sie durch die Jugendorganisationen geprägt beziehungsweise sozialisiert? Verändern sich ihre Motive, die sie zunächst in die Jugendorganisation brachten? Oder lässt das Interesse nach, sodass sie – wie manche über ältere Geschwister im Gespräch erzählten – zunächst passive Mitglieder werden, um dann irgendwann wieder auszutreten? Auch hier gilt es zu erfragen, warum die Motivation nachließ. Diese Fragen sind ein Forschungsdesiderat und ließen sich in einer explorativen und qualitativ angelegten Längsschnittstudie oder über eine Nachbefragung ergründen. Der damit verbundene Erkenntnisgewinn würde Aufschluss darüber geben, wie es mit Jugendlichen weitergeht, nachdem sie beigetreten sind, Perspektiven geben auf den ›Aderlass‹, also den Verlust von Mitgliedern im Zeitverlauf, und Einblicke in die politische Sozialisation ermöglichen. Die vorliegende Studie kann aufgrund ihres Designs dazu abschließend nur schlaglichtartige Einblicke ermöglichen: **M42**, der von seiner Mutter rekrutiert wurde, war in den Monaten zwischen Eintritt und Interview noch auf keinem Treffen der Jusos – es wirkte auch nicht so, als ob er daran großes Interesse hätte. Im Gegensatz zu **W22**. Sie, die über das Internet beigetreten war, würde sehr gerne auf ein Treffen gehen, aber bisher habe sich dafür in ihrer Nähe noch keine Chance geboten. Die anderen Jugendlichen hingegen erzählten, dass sie regelmäßig an Treffen teilnehmen würden – manche weniger oft, manche häufiger. Selbst **M07**, der mit dem Versprechen, ›es sei nur für die Statistik‹ von seinem Bruder aktiviert worden war, ist nach seinem Beitritt aktiv geworden und erzählte im Interview, dass er selbst mittlerweile eine Reihe von Freunden in die Junge Union geholt hätte. Andere berichteten von Aktionen, an denen sie teilhatten: **W14** packte mir ihrer Jungen Union Weihnachtspäckchen, **M35** freute sich auf eine bevorstehende Berlinfahrt, an die er über die Jusos gelangte, und **M44** auf eine Klausurtagung der Jusos. Einige berichteten stolz, dass sie ihre Meinung schon bei

⁴⁸ Bereits im Zuge der vorliegenden Studie wurden entsprechende Fälle bekannt, unter anderem erzählte ein junger Mann, der dem Autor als Ansprechpartner der Jungen Union in einem kleineren Ort genannt wurde, dass er den Autoren nicht mehr bei der Gewinnung von Interviewpartnerinnen und -partnern unterstützen könne, da er die Jugendorganisation gerade, am Anfang seines Studiums, verlassen habe und sich nun der Linksjugend zuwende.

Diskussionen mit eingebracht hätten. Und **M27** gelang es im Verbund mit seinen Freunden **M24**, **M25** und **M26** der Gemeinde eine »Querungshilfe« für den Schulweg abzurufen. Eine Reihe weiterer Jugendlicher rückten in den Parteienjugenden vor Ort in die Vorstände auf – als Beisitzerin, Vorstandsmitglied oder gar stellvertretender Vorsitzender. **M02** wurde Pressesprecher seiner lokalen Jungen Union und **M46** stürzte sich als ehemaliger Leistungssportler mit demselben Elan auf sein neues Betätigungsfeld: Binnen kürzester Zeit war er nicht nur aktiv bei den Jusos im Stadtbereich, sondern auch im Unterbezirk, auf Landesebene und verkündete im Gespräch, dass er in der Woche darauf mit der Sozialdemokratischen Partei Europas (SPE) nach Brüssel fahren werde. Was aus ihnen über die Jahre wurde, wäre mit einer Nachbefragung oder Längsschnittstudie zu verfolgen gewesen – ein Desiderat, das spannende und erkenntnisreiche Einblicke auf die Entwicklung von Jugendlichen und Mitgliedschaften in Partei(jugend)organisationen verspricht und idealerweise im Rahmen künftiger Erhebungen zu diesem Themenkomplex stärker Beachtung finden sollte.

ANHANG

I Übersicht ausgewählter Merkmale, einschließlich zentrale Motive:

		Alter	(vorheriges/weiteres) Engagement	Interesse Politik	Partei Mitgliedschaft Eltern	Partei Mitgliedschaft Familie	Partei Mitgliedschaft Freund/e/innen	Politik Gesprächspartner Eltern/Ranking	Eintritt in die Route	Route: Reaktion Familie	Route: Reaktion Freund/e/innen	>reingeschnuppert<	Zentrales Motiv	Ergebnisbezogene selektive Anreize	Prozessbezogene selektive Anreize	Ideologische Anreize	kollektive Anreize	Soziale Normen	Altruistische Motive	Expressive/affektive Motive	Dauer (bis Eintritt)
M01	JU	16	F	eher schwach					Gerichtete Aktivierung	Eltern positiv	langweilig	CDU	versuchen was zu werden	X							> 3 Mo
M02	JU	16		sehr interessiert		Opa		V (1) M (2)	Gerichtete Aktivierung	Eltern positiv	unterstützend	JU	mit Freunden		X						1-3 Mo
M03	JU	18	S	interessiert					Selbst-starter	Mutter negativ	unterstützend	JU	mitmachen		X						> 3 Mo
M05	JU	17		sehr interessiert					Ungerichtete Aktivierung	Eltern positiv	kein Gespräch	JU	bewegen und verändern	X							/
M06	JU	17		interessiert	M+V/CDU				Gerichtete Aktivierung	Mutter positiv Vater negativ	unentschieden		einfach mal ausprobieren		X						< 1 Mo
M07	JU	16		eher schwach		Bruder (JU)			Gerichtete Aktivierung	Bruder positiv Mutter positiv Vater nicht einbezogen	kein Gespräch		nur für die Statistik			X					< 1 Mo
M08	JU	15	K/a	interessiert					Gerichtete Aktivierung	Eltern negativ	unterstützend	JU	Stellung beziehen						X		1-3 Mo
M09	JU	16	S	sehr interessiert				V (1) M (2)	Selbst-starter	Eltern positiv	kein Gespräch	JU	ähnliche politische Überzeugungen		X						/
M10	Juso	17	K/P	interessiert				SV	Selbst-starter	kein Gespräch Eltern	kein Gespräch		das Land voranbringen			X					> 3 Mo
M12	JU	14		interessiert	M+V/CDU	Onkel (CDU)		V (1) M (2)	Ungerichtete Aktivierung	Vater positiv	kein Gespräch	JU	Spaß haben		X						/
M19	JU	15	S	interessiert	V/CSU	Opa (CSU) Tante (CSU) Onkel (CSU)		V	Gerichtete Aktivierung	Vater positiv Mutter desinteressiert	desinteressiert	JU	Spaß		X						/
M20	JU	16	S/K	interessiert		Schwester (JU) Onkel (CSU)			Selbst-starter	Eltern kritisch	kein Gespräch	CSU	zusammen mit meiner Schwester		X						/
M23	JU	16	S	interessiert	M+SV/CSU V/Fidesz				Selbst-starter	Eltern positiv	unterstützend	CSU	Gutes für mein Land tun			X					> 3 Mo

		Alter	(vorheriges/weiteres) Engagement	Interesse Politik	Parteiliederschaft Eltern	Parteiliederschaft Familie	Parteiliederschaft Freund/e/innen	Politik Gesprächspartner Eltern/Ranking	Eintritt in die Route	Route: Reaktion Familie	Route: Reaktion Freund/e/innen	»reingeschnuppert«	Zentrales Motiv	Ergebnisbezogene selektive Anreize	Prozessbezogene selektive Anreize	Ideologische Anreize	kollektive Anreize	Soziale Normen	Altruistische Motive	Expressive/affektive Motive	Dauer (bis Eintritt)
M41	Juso	15		interessiert	V/SPD			V	Gerichtete Aktivierung	kein Gespräch Eltern	kein Gespräch	Jusos	jetzt mach mer's mal		X						> 3 Mo
M42	Juso	14	P/F/K	eher schwach	M/SPD			M	Gerichtete Aktivierung	Mutter	nicht wirklich, hätten nur verblüfft geschaut		Kontakte bekommen	X							/
M43	Juso	16	K/S/a	interessiert			X		Selbst-starter	Eltern unterstützend	unterstützend bis desinteressiert	Jusos SPD	Sprungbrett	X							/
M44	Juso	16	K/S/U	interessiert					Gerichtete Aktivierung	Mutter positiv Vater negativ	kein Gespräch	Jusos	Gleichgesinnte finden		X						1-3 Mo
M45	Juso	16	P	interessiert		Bruder (SPD)			Selbst-starter	kein Gespräch Eltern	kein Gespräch		gegen schwarz-gelb gegensteuern			X					/
M46	Juso	16	P/U/a	sehr interessiert				M+V	Selbst-starter	Eltern kritisch unterstützend	desinteressiert	Jusos	hochkommen um Gehör zu finden	X							/
M47	Juso	17	S	interessiert					Selbst-starter	Eltern neutral Opa negativ	Freunde (über die sagt er aber nichts)		einen Beitrag leisten						X		/
M48	Juso	16	K/S	interessiert				V (1) M (2)	Ungerichtete Aktivierung	Eltern unterstützend Großeltern/Opa negativ	unterstützend bis ablehnend		so was auch beruflich machen	X							/
M49	Juso	16	P	interessiert				V	Gerichtete Aktivierung	kein Gespräch Eltern	unterstützend		Vorstandsposten angeboten	X							< 1 Mo
M50	Juso	15	P	interessiert					Gerichtete Aktivierung	kein Gespräch Eltern	kein Gespräch		in die Politik gehen	X							/
M51	JU	15		interessiert	V/CDU		X	M+V	Selbst-starter	Eltern negativ Bruder negativ Opa negativ	ambivalent	JU JuLi	ein Podium zu bekommen	X							/
M52	JU	16	U	eher schwach					Gerichtete Aktivierung	Mutter negativ	unterstützend		rantasten		X						> 3 Mo
M53	JU	16		interessiert				V	Gerichtete Aktivierung	Vater unterstützend Mutter unterstützend	unterstützend bis ablehnend		Fundament für Eintritt in die CDU	X							/
M54	Juso	16		interessiert					Ungerichtete Aktivierung	Eltern kritisch Oma ablehnend Opa unterstützend	ablehnend		Meinung mit kundgeben		X						/
M55	Juso	17	S	sehr interessiert					Selbst-starter	Mutter unterstützend Oma kritisch	unterstützend	JU Jusos	mitwirken		X						< 1 Mo

		Alter	(vorheriges/weiteres) Engagement	Interesse Politik	Parteiliederschaft Eltern	Parteiliederschaft Familie	Parteiliederschaft Freund/e/innen	Politik Gesprächspartner Eltern/Ranking	Eintritt in die Route	Route: Reaktion Familie	Route: Reaktion Freund/e/innen	»eingeschnuppert«	Zentrales Motiv	Ergebnisbezogene selektive Anreize	Prozessbezogene selektive Anreize	Ideologische Anreize	kollektive Anreize	Soziale Normen	Altruistische Motive	Expressive/affektive Motive	Dauer (bis Eintritt)
M56	Juso	16		interessiert			X	V	Gerichtete Aktivierung	Vater unterstützend	unterstützend	Jusos	warum nicht		X						/
M57	Juso	16		interessiert					Selbst- starter	Schwester unterstützend Eltern kritisch unterstützend	skeptisch bis unterstützend	Jusos	Denken miteinfließen lassen		X						1-3 Mo
M58	Juso	14	S	interessiert				V	Selbst- starter	Etern positiv	unterstützend bis ablehnend		Bildungspolitik unterstützen und beeinflussen				X				/
M59	Juso	16		interessiert			X	M+V	Selbst- starter	Mutter sehr positiv Vater positiv Verwandte negativ			Gegenakzente setzen				X				> 3 Mo
M60	Juso	16	K/P	interessiert	V/SPD			V	Gerichtete Aktivierung	Vater unterstützend Mutter unterstützend	unterstützend bis ablehnend		was Großes erreichen	X							/
W02	Juso	16	P	eher schwach	V/SPD	Großmutter (SPD)	X		Gerichtete Aktivierung	Vater unterstützend Mutter ambivalent	unterstützend	Jusos	sich einfach mal damit beschäftigen		X						1-3 Mo
W03	Juso	17	P	eher schwach			X		Gerichtete Aktivierung	Eltern skeptisch	unterstützend bis skeptisch	Jusos	aktiv teilnehmen		X						< 1 Mo
W06	JU	15	K	eher schwach			X	M (1) V (2)	Gerichtete Aktivierung	Mutter unterstützend Stiefvater ablehnend	desinteressiert bis ablehnend andere eher apolitisch		was machen (.) wegen der Schulpolitik				X				> 3 Mo
W07	JU	16		sehr interessiert					Selbst- starter	Eltern unterstützend	neutral		in die Politik gehen	X							1-3 Mo
oW1 2	JU	18		interessiert			X		Ungerichtete Aktivierung	Vater, positiv	unterstützend		irgendwie gern meine Finger überall mit drinnen		X						/
W13	JU	15		eher schwach	M/CSU			M	Gerichtete Aktivierung	Mutter, positiv	neutral bis ablehnend	JU	macht mir Spaß mich zu engagieren		X						/
W14	JU	15	K	gar nicht		Geschwister (JU)			Gerichtete Aktivierung	kein Gespräch Eltern	kein Gespräch		dabei sein		X						/
W19	JU	17	S	eher schwach					Gerichtete Aktivierung	Vater unterstützend Mutter kritisch	unterstützend		was über Politik mitkriegen		X						/
W20	JU	17	S/a	eher schwach			X		Gerichtete Aktivierung	Mutter unterstützend Oma unterstützend	unterstützend bis ablehnend		Teil einer Gemeinschaft sein		X						/

		Alter	(vorheriges/weiteres) Engagement	Interesse Politik	Parteiliederschaft Eltern	Parteiliederschaft Familie	Parteiliederschaft Freund/e/innen	Politik Gesprächspartner Eltern/Ranking	Eintritt in die Route	Route: Reaktion Familie	Route: Reaktion Freund/e/innen	»reingeschnuppert«	Zentrales Motiv	Ergebnisbezogene selektive Anreize	Prozessbezogene selektive Anreize	Ideologische Anreize	kollektive Anreize	Soziale Normen	Altruistische Motive	Expressive/affektive Motive	Dauer (bis Eintritt)
W21	JU	16	S	eher schwach		Onkel (CDU)	X	V (1) M (2)	Selbst- starter	Eltern kritisch unterstützend	unterstützend	JU	Politik kennenlernen		X						< 1 Mo
W22	Juso	15		eher schwach					Selbst- starter	Eltern unterstützend	unterstützend		Gleichgesinnte Gesprächspartner treffen		X						/
W23	JU	15	F	sehr interessiert			X		Gerichtete Aktivierung	Vater unterstützend Mutter unterstützend	unterstützend	JU	gemeinsam mitmachen können		X						/
W24	Juso	17	K/S	eher schwach	M/SPD	Opa (SPD)		M	Selbst- starter	Mutter unterstützend Vater unterstützend	neutral bis ablehnend	SPD	da mitmachen		X						> 3 Mo
W25	Juso	16	P	interessiert	V/SPD	Schwester (SPD)			Selbst- starter	Vater unterstützend Mutter unterstützend	interessiert, aber ablehnend		ich will zum BUKO	X							> 3 Mo
W26	Juso	17		eher schwach				Tante	Gerichtete Aktivierung	Tante/Onkel unterstützend Großeltern ablehnend			sie brauchen Leute			X					/
W27	JU	17	P	interessiert					Gerichtete Aktivierung	[Vater]	unterstützend		gemeinsam mit anderen etwas bewirken		X						/
W28	Juso	15	P	interessiert	M/SPD			M	Selbst- starter	Mutter unterstützend	desinteressiert	SPD	aktive Rolle einnehmen		X						< 1 Mo

Legende:

F Feuerwehr
K Kirche (Ministrant/in o.ä.)
S Schule (Klassensprecher/in, Stufensprecher/in, Schulsprecher/in)
P Protestteilnahme (Demonstration, Kundgebung etc.)
U Teilnahme Unterschriftenaktion
a in anderer Organisation aktiv

V Vater
M Mutter
Mo Monat

II Leitfragebogen Parteijugend

»Warum treten (minderjährige) Jugendliche in Partei(jugend)organisationen ein?«

Leitfrage I: Was machst Du so in Deiner Freizeit?		
Inhaltliche Aspekte	Konkrete Nachfragen	Aufrechterhaltungsfragen
<ul style="list-style-type: none"> politische Einbettung parallel weitere Engagements 	Machst Du Sport? Spielst Du ein Musikinstrument? Gehst Du in die Kirche? Hilfst Du da? Bist Du in der Feuerwehr aktiv? Machst Du im Schützenverein mit? Bist Du in Deiner Familie mit eingespannt? Beteiligst Du Dich an Internetdiskussionen?	Im Verein? Spielst Du in einer Band? Konfirmationsunterricht? Machst Du das aus Spaß? Lernst Du dort was für das Leben?
<p>Leitfrage II: Du bist vor nicht allzu langer Zeit Mitglied der Jusos/Jungen Union geworden. Erzähle bitte, wie Du dazu gekommen bist. Du kannst Dir Zeit lassen und gerne auch weit ausholen und die ganze Vorgeschichte erzählen.</p>		
Inhaltliche Aspekte	Konkrete Nachfragen	Aufrechterhaltungsfragen
<ul style="list-style-type: none"> Ablauf Rekonstruktion der Entscheidungssituation Gelegenheitsstrukturen Anstoß Anreize Nutzen 	Woher kam die Idee, der Jusos/JU beizutreten? (Ausschlag) Was passierte nach dem ersten Gedanken, da vielleicht mitzumachen? Wie lange ist die Entscheidung gereift? Hast Du Dich über andere Organisationen / Formen politischer Beteiligung informiert? Was sprach dagegen, den Jusos/der JU beizutreten? Kannst Du erklären, warum Du Dich schließlich entschlossen hast, den Jusos/der JU beizutreten? Was bedeutet für Dich der Schritt Mitglied zu werden? Verbindest Du mit Deiner Mitgliedschaft bestimmte Ziele?	Und vorher? Was passierte dann? Und weiter? Und sonst? Gab es weitere Gründe?
<p>Leitfrage III: Mit wem hast Du Dich über Deine Pläne unterhalten?</p>		
Inhaltliche Aspekte	Konkrete Nachfragen	Aufrechterhaltungsfragen
<ul style="list-style-type: none"> Beschränkungen / Kosten Meinung Eltern Meinung Freunde offener Umgang mit Beitrittsplan Antizipierte soziale Sanktionen reale 	Was haben Deine Eltern dazu gesagt? Vater / Mutter / Geschwister? Was haben Deine Freunde dazu gesagt? Haben noch andere von Deinen Überlegungen erfahren? Hast Du Dir vor dem Beitritt überlegt, was so eine	Und? Alle?

Sanktionsdrohungen	Mitgliedschaft mit sich bringt? Mitgliedsbeitrag – Taschengeld Zeitaufwand Parteimitglieder werden oft direkt für die Politik der Partei verantwortlich gemacht. Hast Du vor dem Beitritt darüber nachgedacht?	
Leitfrage IV: Was meinst Du, kannst Du mit Deiner Mitgliedschaft in der Jungen Union bewirken?		
Inhaltliche Aspekte	Konkrete Nachfragen	Aufrechterhaltungsfragen
<ul style="list-style-type: none"> • subjektive Wahrnehmung Einfluss • weiteres Engagement 	Hast Du mal ein Beispiel dafür? Nein? Warum bist Du dann Mitglied geworden? Hast Du vorher schon einmal etwas anderes ausprobiert? Hast Du Dich vorher schon für irgendetwas engagiert? (allgemein halten!!) Wie wichtig ist es Dir, Mitglied der Jungen Union zu sein?	An Unterschriftenaktion teilgenommen? Brief an Politiker geschrieben? Bei Demo mitgegangen? Klassensprecher/in? Schulsprecher/in? etc.?
Leitfrage V: Wie sieht es denn mit dem politischen Engagement in Deinem Umfeld aus?		
Inhaltliche Aspekte	Konkrete Nachfragen	Aufrechterhaltungsfragen
<ul style="list-style-type: none"> • politisches Umfeld (recruitment) • Eltern politisch aktiv • Verwandte politisch aktiv • Freunde politisch aktiv • andere Personen 	Ist jemand aus Deiner Familie politisch aktiv? ► Wer? Wo? (Organisation etc.) Ist jemand von Deinen <u>Freund(inn)en</u> politisch aktiv? L Was macht er / sie? nicht aktiv? L Wo? (Organisation etc.) L Seit wann? Kennst Du andere Leute, die politisch aktiv sind? (LehrerIn etc.) L Wer? L Wo?	Machen die sonst noch etwas?
Leitfrage VI: Erzähle doch mal, was Dich an Politik interessiert.		
Inhaltliche Aspekte	Konkrete Nachfragen	Aufrechterhaltungsfragen
<ul style="list-style-type: none"> • Stellenwert Politik • Interesse / Verständnis Politik • Stellenwert Politik (persönlich) • vorher mal engagiert 	Wie hat sich Dein Interesse für Politik in den letzten Jahren verändert? Was verstehst Du unter »Politik«? Was denkst Du denn über die aktuelle Politik?	Sonst noch etwas? Verbindest Du noch etwas mit Politik?
Leitfrage VII: Mit wem redest Du über Politik?		
Inhaltliche Aspekte	Konkrete Nachfragen	Aufrechterhaltungsfragen
<ul style="list-style-type: none"> • Gesprächspartnerinnen und -partner 	Mit Deinen Eltern? L Mutter?	Oft? Über was redet ihr da?

<ul style="list-style-type: none"> • Politik • Personen • Häufigkeit 	<p>└ Vater? Mit Deinen Geschwistern └ Bruder (älter / jünger?) └ Schwester (älter / jünger?) Mit Freunden? ...mit wem genau? Mit wem redest Du <u>am meisten</u> über Politik? Hat sich das in den letzten Jahren verändert?</p>	<p>Und seid ihr immer einer Meinung? Wer käme denn dann in einer Rangfolge?</p>
Leitfrage VIII: Wie informierst Du Dich denn über Politik?		
Inhaltliche Aspekte	Konkrete Nachfragen	Aufrechterhaltungsfragen
<ul style="list-style-type: none"> • Kosten Engagement • Zeitaufwand Politik • Informiertheit • Wochenplan 	<p>... über das, was Deine Partei betrifft? Woher beziehst Du dann Dein Wissen? Wie viel Zeit wendest Du dafür auf? Wie sieht Dein Wochenplan aus mit Schule, Hobbies & ggf. Verpflichtungen, die Du hast? Und wie hat sich das seit Deinem Eintritt verändert? Zeitaufwand für Jusos/JU wöchentlich? Wusstest Du vor dem Eintritt um den Zeitaufwand?</p>	<p>Was liest Du? Was steht da so alles drin? Was erzählt der so? Wann hast Du dann freie Zeit? → Zeit nur für Dich?</p>
Leitfrage IX: Meinst Du, man sollte sich politisch beteiligen?		
Inhaltliche Aspekte	Konkrete Nachfragen	Aufrechterhaltungsfragen
<ul style="list-style-type: none"> • Partizipationsnorm 	<p>└ Ja ► Grundsätzlich oder in bestimmter Art & Weise? (Partei vs. Protest)? └ Nein ► Warum nicht?</p>	<p>... das heißt?</p>
Leitfrage X: Was wünschst Du Dir für Dein Leben?		
Inhaltliche Aspekte	Konkrete Nachfragen	Aufrechterhaltungsfragen
<ul style="list-style-type: none"> • Abschlussfrage 	<p>Welche Bedeutung hat dabei Politik?</p>	<p>Ich <u>danke</u> Dir herzlich für das Gespräch!! Es endet jetzt. Ich möchte Dich, bevor Du gehst, noch kurz bitten, diesen kurzen Fragebogen auszufüllen. Er enthält kurze Fragen zu Deiner Person, so genannte sozialstatistische Fragen</p>

III E-Mail-Anfrage Landesverband Jusos (exemplarisch)

Betreff: Anfrage

Von: Martin Langebach <langebac@uni-duesseldorf.de>

Sehr geehrte/r Frau/Herr,

ich möchte mich an Sie wenden mit der Bitte um Unterstützung meines Forschungsprojektes zur politischen Partizipation Jugendlicher.

Worum geht es? Seit Jahren wird in der soziologischen Jugendforschung betont, dass die politische Beteiligung in den Jugendverbänden der Volksparteien rapide abnehme und unter Jugendlichen nicht mehr modern sei. Dennoch gibt es nach wie vor jene Heranwachsenden, die sich bewusst dieser für die Demokratie so wichtigen Form politischer Beteiligung zuwenden.

Im Rahmen meiner Promotion an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf wende ich mich der Frage zu, warum sich Jugendliche zwischen 14 und 17 Jahren für ein Engagement in einer Parteiorganisation entschieden haben. Ziel der Untersuchung soll sein, die Entscheidungskriterien für den Beitritt zu identifizieren und theoretisch zu reflektieren. Ermöglicht wird mir dieses Vorhaben durch ein Stipendium der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Das Forschungsprojekt zum politischen Engagement Jugendlicher wird mit einer qualitativen Studie umgesetzt, in deren Rahmen ich Interviews mit Mitgliedern von Jugendorganisationen führe, die diesen binnen der letzten vier Monate beigetreten sind.

Vor diesem Hintergrund möchte ich mich an Sie wenden. Ist es Ihnen möglich, im Mitgliederverzeichnis (Mavis) der Jusos jene Mitglieder zwischen 14 und 17 Jahren herauszufiltern, die nach dem 15. September JAHRESZAHL beigetreten sind? Ich bin mir bewusst, dass deren Zahl klein ist. Hintergrund für diese Frist ist, dass zum Zeitpunkt des Interviews die Neumitglieder nicht länger als vier Monate Mitglied sein sollen. Da ich aber im Dezember bereits in XX und XX unterwegs sein werde, könnte ich nicht vor Januar nach XXX kommen.

Da ich mir der datenschutzrechtlichen Problematik bewusst bin und weiß, dass Sie mir keine Daten direkt herausgeben dürfen, möchte ich Sie bitten, wenn möglich, mir die Ortsvereine (oder nächsthöhere Instanz) zu nennen, bei denen die neuen Neumitglieder eingetreten sind. Ich würde mich dann persönlich bei der/m dortigen/m Vorsitzenden melden und diese/n bitten, direkt bei den Neuen für die Studie zu werben. Eine allgemein adressierte Weiterleitung meiner Anfrage an die Neumitglieder, das zeigt leider die Erfahrung der letzten Wochen, fruchtet nicht. Meines Erachtens ist die Hemmschwelle zu groß, sich aus eigener Initiative heraus zu melden. Wenn der oder die Jugendliche aber von der/m örtlichen/m Vorsitzenden angesprochen wird, ist der Erfolg in der Regel größer.

Es würde mich freuen, wenn Sie mein Vorhaben unterstützen könnten. Gerne stehe ich Ihnen für Rückfragen zur Verfügung, entweder per E-Mail oder bitte über meine Mobilnummer, da ich derzeit viel auf Reisen bin.

Mit freundlichen Grüßen

Martin Langebach

IV E-Mail-Anfrage Kreisverband Junge Union (exemplarisch)

Betreff: Anfrage

Von: Martin Langebach <langebac@uni-duesseldorf.de>

Sehr geehrte/r Frau/Herr XXX,

ich wende mich an Sie mit einer Bitte um Unterstützung eines Forschungsprojektes zur politischen Partizipation Jugendlicher.

Seit Jahren wird in der soziologischen Jugendforschung betont, dass die politische Beteiligung in den Jugendverbänden der Volksparteien rapide abnehme und unter Jugendlichen nicht mehr modern sei. Dennoch gibt es nach wie vor jene Heranwachsenden, die sich bewusst dieser für die Demokratie so wichtigen Form politischer Beteiligung zuwenden.

Im Rahmen meiner Promotion an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf wende ich mich der Frage zu, warum sich Jugendliche zwischen 14 und 17 Jahren für ein Engagement in einer Parteiorganisation entschieden haben. Ziel der Untersuchung soll sein, die Entscheidungskriterien zu identifizieren und theoretisch zu reflektieren.

In der sozial- sowie politikwissenschaftlichen Forschung sind derartige Studien nicht alltäglich, aber auch nicht ganz ungewöhnlich. Wilhelm Bürklin, Viola Neu und Hans-Joachim Veen führten Mitte der 1990er-Jahre eine große Befragung der CDU-Mitglieder durch und Malte Lübker, Roberto Heinrich und Heiko Biehl schlossen 2002 ihre Forschung an der bekannten »Potsdamer Parteimitgliederstudie« ab. Allerdings wurden in beiden Studien die jungen Mitglieder der Parteiorganisationen, die vielleicht zukünftigen Repräsentantinnen und Repräsentanten der Parteien, nicht berücksichtigt.

Das Forschungsprojekt zum politischen Engagement Jugendlicher wird mit einer qualitativen Studie umgesetzt, in deren Rahmen ich Interviews mit Mitgliedern von Jugendorganisationen führe, die diesen binnen der letzten drei Monate beigetreten sind.

Vor diesem Hintergrund wende ich mich nun an Sie in Ihrer Funktion als Kreisvorsitzender des Kreisverbandes XXX und möchte um Ihre Unterstützung für mein Forschungsvorhaben werben. Es wäre mir eine große Hilfe, wenn Sie, sofern Ihnen das möglich ist, jenen in den letzten vier Monaten beigetretenen Mitgliedern der Jungen Union sowie den hoffentlich noch zahlreichen neu Beitretenden in diesem Jahr meine Anfrage (siehe Anhang) mit der Bitte um Mitwirkung zukommen lassen könnten. Wichtig ist nur, dass sie jünger als 18 Jahre sind.

Ich hoffe Ihr Interesse geweckt zu haben und stehe Ihnen gerne für weitere Rückfragen via E-Mail oder telefonisch zur Verfügung. Da ich im Rahmen der Studie viel auf Reisen bin, um die Interviews zu führen, möchte ich Sie bei telefonischer Kontaktaufnahme um einen kurzen Anruf auf meinem Mobiltelefon bitten, ich rufe Sie dann umgehend zurück, so dass Ihnen keine Kosten entstehen.

Mit freundlichen Grüßen

Martin Langebach

**V E-Mail-Anhang für das Neumitglied (pdf) für Anfrage über
Kreisverband Junge Union – Erste Anfragewelle
(exemplarisch)**

Martin Langebach, M.A.
Soziologie III / Prof. Hartmann
Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf
Sozialwissenschaftliches Institut
Universitätsstraße 1
Gebäude 23.31.04.31
40225 Düsseldorf
Mobil: 0163 - 7325220
E-Mail: langebac@uni-duesseldorf.de

Guten Tag,

ich möchte Dein Interesse an einem Forschungsprojekt wecken und Dich einladen daran teilzunehmen.

Um was geht es? Ich bin Soziologe und arbeite als Doktorand an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf an einem Forschungsprojekt zur politischen Beteiligung Jugendlicher in den politischen Jugendverbänden der Volksparteien. Untersucht werden die Bedeutung dieser Jugendverbände und die Motive, warum sich junge Menschen in ihnen engagieren. Dafür führe ich Interviews mit Jugendlichen, die in den letzten vier Monaten der Jungen Union beigetreten sind.

In der sozial- sowie politikwissenschaftlichen Forschung sind derartige Studien nicht alltäglich, aber auch nicht ganz ungewöhnlich. Wilhelm Bürklin, Viola Neu und Hans-Joachim Veen führten Mitte der 1990er-Jahre eine große Befragung der CDU-Mitglieder durch und Malte Lübker, Roberto Heinrich und Heiko Biehl schlossen 2002 ihre Forschung an der bekannten »Potsdamer Parteimitgliederstudie« ab. Allerdings wurden in beiden Studien die jungen Mitglieder der Parteijugendverbände, die vielleicht zukünftigen Repräsentantinnen und Repräsentanten der Parteien, nicht berücksichtigt.

Wenn Du Interesse hast an der Befragung teilzunehmen, nimm bitte Kontakt zu mir auf. Wir würden dann einen Termin miteinander vereinbaren, an dem wir uns treffen, um ein Interview zu führen. Den Ort für das Treffen kannst Du gerne festlegen, er sollte nur so gelegen sein, dass wir in Ruhe und ohne Unterbrechung miteinander reden können. Zeitlich wird dieses Interview ungefähr eine Stunde in Anspruch nehmen. Hinsichtlich Deiner persönlichen Daten musst Du Dich dabei nicht sorgen. Das Interview wird komplett anonymisiert, das heißt, es werden weder Dein Name noch Deine Adresse festgehalten.

Ich würde mich freuen, von Dir zu hören.

Mit freundlichen Grüßen
Martin Langebach

VI E-Mail-Anhang (pdf) für Anfrage über Landesverband Jusos (exemplarisch)



Universität Düsseldorf, Soziologie III, Prof. Dr. P. H. Hartmann / Martin Langebach, M.A.
Sozialwissenschaftliches Institut, Universitätsstraße 1, 40225 Düsseldorf

Mitmachen!

Hallo!

Du bist vor kurzem der SPD und/oder den Jusos beigetreten? Deshalb wende ich mich an Dich! Ich möchte Dein Interesse für eine Studie wecken und Dich einladen daran teilzunehmen.

Um was geht es? Ich arbeite an der Uni Düsseldorf an einem Forschungsprojekt zur politischen Beteiligung Jugendlicher in den Jugendorganisationen der Parteien. Dafür führe ich quer durchs Bundesgebiet Interviews mit Jugendlichen, die, wie Du, binnen der letzten vier Monate der SPD und/oder den Jusos beigetreten sind.

Hättest Du Lust daran mitzuwirken?

Was erwartet Dich? Wenn Du Interesse hast mitzumachen, würden wir einen Termin verabreden und uns bei Dir in der Nähe auf einen Kaffee oder ähnliches treffen – den Ort für das Treffen kannst Du gerne vorschlagen. Im Gespräch würde ich Dir ein paar Fragen zu Dir und Deinem Eintritt in die Jusos stellen. Das dauert ungefähr 45 Minuten, länger nicht. Als kleine Aufwandsentschädigung für die geopfert Zeit erhältst Du 10,- Euro.

Wenn Du Lust hast bei der Studie mitzumachen, nach dem 15. Oktober Mitglied der Jusos geworden bist und zum Zeitpunkt des Beitritts zwischen 14 und 17 Jahren alt gewesen bist, dann melde Dich bitte bei mir. Schreibe mir eine E-Mail an langebac@uni-duesseldorf.de oder eine SMS an 0163-7325220. Gerne beantworte ich Dir im Vorfeld Fragen zur Studie oder zum Ablauf des Treffens.

Ich würde mich freuen, von Dir zu hören!
Bis hoffentlich bald,

Martin Langebach

VII E-Mail-Anschreiben Mitglied direkt (exemplarisch)

Betreff: Hallo Neumitglied!

Von: Martin Langebach <langebac@uni-duesseldorf.de>

Hallo XXX,

VORNAME NACHNAME von der ORGANISATION ORT gab mir Deine E-Mail-Adresse.

Ich möchte Dich gerne für ein Interview gewinnen!

Um was geht es? Ich führe eine Studie unter den neuen Mitgliedern der Parteijugendorganisationen durch und frage danach, wie sie zu diesen gekommen sind.

Du bist, wie VORNAME NACHNAME mir verriet, jüngst der ORGANISATION ORT beigetreten, deswegen schreibe ich Dir.

Derartige Studien sind sehr selten und ihr Erfolg hängt davon, dass sich viele Menschen aus unterschiedlichsten Regionen Deutschlands daran beteiligen... Deswegen würde ich auch sehr gerne Dich für diese Studie gewinnen!

Hättest Du Lust, Dich mit mir auf ein Gespräch zu treffen?

Was erwartest Du? Ich würde mit Dir ein Interview führen, das allerdings eher ein Gespräch ist und maximal 45 Minuten dauern würde. Für die »geopferte« Zeit erhältst Du eine Aufwandsentschädigung von 10,- Euro. Gerne kannst Du den Ort bestimmen, an dem wir uns treffen. Das kann ein Café oder ähnliches bei Dir in der Nähe sein. Einen Termin können wir gemeinsam finden... Vielleicht gibt es bei euch in der ORGANISATION auch gleiche mehrere Neumitglieder, die Lust haben bei der Studie mitzumachen, so dass wir einen gemeinsamen Tag finden können, an dem ich zu euch nach ORT komme. Was denkst Du?

Ich würde mich sehr freuen, von Dir zu hören. Schreibe mir doch eine Mail oder eine SMS an 0163-7325220. Ich melde mich dann umgehend zurück.

Viele Grüße
Martin Langebach

PS.: Gerne beantworte ich Dir im Vorfeld auch Deine Fragen zur Studie. Deine persönlichen Angaben werden im Übrigen anonymisiert.

PS. II: Die E-Mail geht in Kopie an VORNAME NACHNAME, damit Du siehst, dass das hier eine seriöse Anfrage ist und er weiß, dass ich keinen Unsinn mache.

Martin Langebach, M.A.
Soziologie III / Prof. Hartmann
Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf
Sozialwissenschaftliches Institut
Universitätsstraße 1
Gebäude 23.31.04.31
40225 Düsseldorf
Mobil: 0163 - 7325220
E-Mail: langebac@uni-duesseldorf.de

VIII Elterninformation als Mail-Anhang (pdf) an den oder die zu interviewende Person, einschließlich Einverständniserklärung (exemplarisch)



Universität Düsseldorf, Soziologie III, Prof. Dr. P. H. Hartmann
Sozialwissenschaftliches Institut, Universitätsstraße 1, 40225 Düsseldorf

Martin Langebach, M.A.
E-Mail: langebac@uni-duesseldorf.de
Telefon: 0163-7325220

DATUM

ELTERNINFORMATION

Sehr geehrte Eltern,

Ihre Tochter hat sich bereit erklärt, an einem Interview im Rahmen einer Studie zum politischen Engagement von Jugendlichen zwischen 14 bis 17 Jahren teilzunehmen, die ich im Rahmen meiner Dissertation am sozialwissenschaftlichen Institut der Heinrich-Heine-Universität zu Düsseldorf durchführe.

In diesem Interview soll, in lockerer Gesprächsform, mit Ihrer Tochter über deren politisches Engagement gesprochen werden. Dieses Interview wird ca. 45 Minuten dauern. Zum Zwecke der Auswertung ist es notwendig das Gespräch aufzuzeichnen. Selbstverständlich basiert die Teilnahme Ihrer Tochter am Interview auf Freiwilligkeit.

Die Durchführung der Studie geschieht auf der Grundlage der Bestimmungen des Datenschutzgesetzes. Es verlangt, dass wir Sie über mein Vorgehen informieren und als Eltern eines minderjährigen Jugendlichen Ihre Einwilligung einholen.

Alle personenbezogenen Daten (z.B. Namen, Adresse, Tel.-Nr. usw.) werden im Anschluss an das Interview von mir anonymisiert, so dass Ihre Tochter dem Inhalt des Interviews nicht mehr zuzuordnen ist. Die Aufnahme wird nach Abschluss des Projektes vernichtet. Die Anonymität Ihrer Tochter wird voll gewahrt.

Der Name Ihrer Tochter sowie Ihr Name und Ihre Kontaktdaten werden, soweit ich diese erfahren habe, bis zum Abschluss des Projektes separat abgelegt, so dass Dritten nicht möglich ist, eine Verbindung zwischen dem Interview und Ihrer Tochter herzustellen. Nach Beendigung des Projektes werden diese Daten gelöscht.

Die von Ihnen unterschriebene Einwilligungserklärung wird ebenso gesondert aufbewahrt. Damit kann sie von Seiten Dritter nicht mit dem Interview in Verbindung gebracht werden. Die Erklärung dient einzig und allein dazu, bei einer Überprüfung durch den Datenschutzbeauftragten nachweisen zu können, dass Sie als Erziehungsberechtigte mit dem Interview einverstanden sind.

Bitte teilen Sie mir auf beiliegender Erklärung Ihre Zustimmung oder gegebenenfalls auch Ihre Ablehnung zum geplanten Interview mit. Bitte geben Sie diese Ihrer Tochter zu dem mit mir vereinbarten Termin mit.

Für Ihre Unterstützung bedanke ich mich bereits im Voraus sehr herzlich bei Ihnen.

Mit freundlichen Grüßen

Martin Langebach

EINVERSTÄNDNISERKLÄRUNG
zum geplanten Interview

Die Elterninformation vom _____ habe(n) ich (wir) erhalten.

Ich (wir) bin (sind) mit dem von Ihnen geplanten Interview

einverstanden

(bitte Zutreffendes ankreuzen)

nicht einverstanden

Ort, Datum

(Unterschrift)

IX Einverständnis Jugendliche/r Datenschutz – zu unterzeichnen nach einer mündlichen Datenschutzaufklärung vor Beginn des Interviews (exemplarisch)

Regelung zum Vertrauens- und Datenschutz

Einverständniserklärung

Studie Politische Partizipation Jugendlicher zwischen 14 bis 17 Jahren

Ich erkläre mich damit einverstanden, dass das mit mir am _____ von Herrn Martin Langebach geführte Gespräch auf Tonband aufgenommen und verschriftet werden darf in Hinblick auf die Durchführung des wissenschaftlichen Projektes »Politische Partizipation Jugendlicher zwischen 14 bis 17 Jahren«.

Ich erkläre mich damit einverstanden, dass das verschriftete Interview unter Beschränkung auf kleine Ausschnitte auch für Publikationszwecke verwendet werden darf. Mir wurde zugesichert, dass dabei alle persönlichen Daten, die Rückschlüsse auf meine Person zulassen, gelöscht oder anonymisiert werden.

Ich erkläre mich auch damit einverstanden, dass das verschriftete Interview unter Beschränkung auf kleine Ausschnitte ebenfalls zu Unterrichtszwecken am sozialwissenschaftlichen Institut der Heinrich-Heine-Universität verwendet werden darf. Auch hier wurde mir zugesichert, dass dabei alle persönlichen Daten, die Rückschlüsse auf meine Person zulassen, gelöscht oder anonymisiert werden.

Ich erkläre mich damit einverstanden, dass mein Name und meine Telefonnummer für den Zeitraum der Auswertung der Studie nach den Regeln des Datenschutzes vertraulich und sicher verwahrt werden (für den Fall der Klärung von Rückfragen im Laufe des Projektzeitraumes) und erst nach Vollendung des Projektes gelöscht werden.

Ein Widerruf meiner Einverständniserklärung ist jederzeit möglich.

Ort, Datum, Unterschrift

Literatur

- Ackermann, Paul (1971): Die Jugendorganisationen der politischen Parteien. In: Lehbruch, Gerhard (Hrsg.): *Demokratisches System und politische Praxis der Bundesrepublik*. München: Piper, S. 298–315.
- Adam, Laura (2017): Von Jungpolitikern, Sprachrohren und Parteisolddaten – Die Einflusspotentiale der parteipolitischen Jugendorganisationen Junge Union und Jungsozialisten auf ihre Mutterparteien. Masterarbeit, unveröffentlicht. Philosophische Fakultät der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn.
- Alemann, Ulrich von (1996): Die Parteien in den Wechsel-Jahren? Zum Wandel des deutschen Parteiensystems. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* (B6), S. 3–8.
- Alemann, Ulrich von (2006): Einführung in die Thematik. In: Ders. (Hrsg.): *Jugend und Politik. Möglichkeiten und Grenzen politischer Beteiligung der Jugend*. 1. Aufl. Baden-Baden: Nomos, S. 9–13.
- Alemann, Ulrich von; Spier, Tim (2008): Parteimitglieder nach dem »Ende der Mitgliederpartei«. Ein Überblick über Forschungsergebnisse für Westeuropa seit 1990. In: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft* 37 (1), S. 29–44.
- Alemann, Ulrich von; Erbenbraut, Philipp; Walther, Jens (2018): *Das Parteiensystem der Bundesrepublik Deutschland*. 5. akt. u. überarb. Aufl. Wiesbaden: Springer VS.
- Alexander, Robin (2011): Philipp Missfelder. »Vielleicht sollten wir es mit einem Clown versuchen«. 5.6.2011. Online: welt.de/article13413480/ (letzter Zugriff: 8.2.2022).
- Alexander, Robin (2019): »Angela Merkel war kein Idol von mir«. In: *Die Welt*, 23.3.2019, S. 4.
- AP (2009): Müntefering warnt Jusos vor Oppositionsträumen. 20.6.2009. Online: welt.de/article3964168/ (letzter Zugriff: 18.2.2022).
- Apel, Linde (2010): Die Opposition der Opposition: Politische Mobilisierung an Oberschulen jenseits der Protestgeneration. In: Livi, Massimiliano; Schmidt, Daniel; Sturm, Michael (Hrsg.): *Die 1970er Jahre als schwarzes Jahrzehnt. Politisierung und Mobilisierung zwischen christlicher Demokratie und extremer Rechter*. Frankfurt/Main, New York: Campus, S. 57–72.
- Appel, Roland; Kleff, Michael (Hrsg.) (2019): *Grundrechte verwirklichen. Freiheit erkämpfen. 100 Jahre Jungdemokrat*innen. Ein Lesebuch über linksliberale und radikaldemokratische Politik von Weimar bis ins 21. Jahrhundert 1919–2019*. Baden-Baden: Academia.
- Arbeitskreis Deutscher Markt- und Sozialforschungsinstitute e. V.; Arbeitsgemeinschaft Sozialwissenschaftlicher Institute e. V.; Berufsverband Deutscher Markt- und Sozialforscher e.V.; Deutsche Gesellschaft für Online-Forschung e. V. Erstfassung Juni 1996, überarbeitet Juli 2006.
- Arbeitskreis Deutscher Markt- und Sozialforschungsinstitute e. V.; Arbeitsgemeinschaft Sozialwissenschaftlicher Institute e. V.; Berufsverband Deutscher Markt- und Sozialforscher e. V.; Deutsche Gesellschaft für Online-Forschung e. V. (2021): *Richtlinie für die Befragung von Minderjährigen*. Erstfassung Juni 1996, überarbeitet Januar 2021.
- Arzheimer, Kai; Schmitt, Annette (2005): Der ökonomische Ansatz. In: Falter, Jürgen W.; Schoen, Harald (Hrsg.): *Handbuch Wahlforschung*. Wiesbaden: VS Verlag, S. 242–303.
- Auriat, Nadia (1996): *Les Défaillances de la mémoire humaine: aspects cognitifs des enquêtes rétrospectives*. Paris: Presses universitaires de France Paris.

- Bale, Tim; Webb, Paul; Poletti, Monica (2020): *Footsoldiers: Political Party Membership in the 21st Century*. Abingdon: Routledge.
- Barnes, Samuel H.; Kaase, Max; Allerbeck, Klaus R.; Farah, Barbara G.; Heunks, Felix; Inglehart, Ronald; Jennings, M. Kent; Klingemann, Hans D.; Marsh, Alan; Rosenmayr, Leopold (Hrsg.) (1979): *Political Action. Mass Participation in Five Western Democracies*. Beverly Hills u. a.: Sage.
- Baus, Ralf Thomas (2003): Die Junge Union in der sowjetisch besetzten Zone 1945–1948. Anfänge – Organisation – Verbot. In: Kaff, Brigitte (Hrsg.): *Junge Union 1945–1950. Jugendpolitik in der sowjetisch besetzten Zone*. Freiburg im Breisgau: Herder, S. 26–88.
- Becker, Rolf (2001): Reliabilität von retrospektiven Berufsverlaufdaten. Reliabilität von retrospektiven Berufsverlaufdaten. Ein Vergleich zwischen der Privatwirtschaft und dem öffentlichen Dienst anhand von Paneldaten. In: *ZUMA-Nachrichten* 25 (49), S. 29–56. Online: https://www.gesis.org/Publikationen/Zeitschriften/ZUMA_Nachrichten/documents/pdfs/49/zn49_06-becker.pdf (letzter Zugriff: 10.11.2011).
- Beierlein, Constanze; Kemper, Christoph J.; Kovaleva, Anastassiya; Rammstedt, Beatrice (2012): Ein Messinstrument zur Erfassung politischer Kompetenz- und Einflussüberzeugungen. Political Efficacy Kurzsкала (PEKS). GESIS-Working Papers 2012|18. Mannheim: GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften.
- Bennie, Lynn G. (2004): *Understanding Political Participation. Green Party Membership in Scotland*. Burlington: Ashgate Publishing.
- Bertelsmann Stiftung (Hrsg.) (2004): *Politische Partizipation in Deutschland. Ergebnisse einer repräsentativen Umfrage*. Gütersloh: Verlag Bertelsmann Stiftung.
- Bild.de (2010): Jusos-Chefin Franziska Drohsel (29). Freche Göre der SPD wirft hin. 12.5.2010. Online: bild.de/politik/2010/freche-goere-der-spd-wirft-hin-12517260.bild.html (letzter Zugriff: 7.2.2022).
- Bilstein, Helmut; Hohlbein, Hartmut; Klose, Hans-Ulrich (Hrsg.) (1972): *Jungsozialisten, Junge Union, Jungdemokraten. Die Nachwuchsorganisationen der Parteien in der Bundesrepublik*. 2. erw. Aufl. Opladen: Leske.
- Birkel, Rudi (1972): Landesverband Bayern. In: Manfred Dumann (Hrsg.): *25 Jahre Junge Union Deutschlands. Werdegang, Grundlagen, Aufgaben*. Bonn: Verlag »Die Entscheidung«, S. 235–240.
- Blank, Bettina (1995): *Die westdeutschen Länder und die Entstehung der Bundesrepublik: Zur Auseinandersetzung um die Frankfurter Dokumente vom Juli 1948*. München: Walter de Gruyter.
- Bödeker, Sebastian (2012): *Soziale Ungleichheit und politische Partizipation in Deutschland. Grenzen politischer Gleichheit in der Bürgergesellschaft*. OBSArbeitspapier Nr. 1. Frankfurt a.M.: Otto-Brenner-Stiftung, online: [otto-brenner-shop.de/uploads/tx_mplightshop/2012_02_07_Boedeker_AP_01.pdf](https://www.otto-brenner-shop.de/uploads/tx_mplightshop/2012_02_07_Boedeker_AP_01.pdf) (letzter Zugriff: 8.2.2022).
- Böhr, Christoph (1988): Orientierung im Wandel. Zum Wechsel politischer Erwartungen in den 80er Jahren. In: Ders. (Hrsg.): *Jugend bewegt Politik [d. Junge Union Deutschlands 1947-1987]*. Krefeld: Sinus-Verlag, S. 165–191.
- Borchert, Jens; Stolz, Klaus (2003): Die Bekämpfung der Unsicherheit. Politikerkarrieren und Karrierepolitik in der Bundesrepublik Deutschland. In: *Politische Vierteljahresschrift* 44, S. 148–173.
- Börnsen, Gert (1969): *Innerparteiliche Opposition. Jungsozialisten und SPD*. Hamburg: Runge.

- Bortfeldt, Barbara (1961): Fünfzehn Jahre Jungsozialisten. In: Ring Politischer Jugend (Hrsg.): 10 Jahre RPJ. Bonn: Jugendforum, S. 85–104.
- Bösch, Frank (2001): Die Adenauer-CDU. Gründung, Aufstieg und Krise einer Erfolgspartei 1945–1969. Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt.
- Bourdieu, Pierre (1983): Ökonomisches Kapital – Kulturelles Kapital – Soziales Kapital. In: Kreckel, Reinhard (Hrsg.): Soziale Ungleichheiten. Göttingen: Schwartz, S. 183–198.
- Bouvier, Beatrix W; Schulz, Horst-Peter (1991): »... die SPD aber aufgehört hat zu existieren«. Sozialdemokraten unter sowjetischer Besatzung. Bonn: Dietz.
- Brady, Henry E. (1999): Political Participation. In: Robinson, John P.; Shaver, Phillip R.; Wrightsman, Lawrence S. (Hrsg.): Measures of Political Attitudes. San Diego: Academic Press, S. 737–801.
- Brady, Henry E.; Verba, Sidney; Scholzman, Kay Lehman (1995): Beyond SES: A Resource Model of Political Participation. In: *American Political Science Review* 89 (2), S. 271–294.
- Breyton, Ricarda (2020): Künftige Juso-Chefin grenzt sich von den Grünen ab. In: *Die Welt*, 30.11.2020, S. 4.
- Brodacz, André; Mehlkop, Guido; Vermaßen, Hannah (2019): Demokratievorstellungen und Parteienverdrossenheit unter Jugendlichen in Thüringen. Eine Studie im Auftrag des Landesjugendring Thüringen e.V. Universität Erfurt. Online: uni-erfurt.de/politische-theorie/demokratie_jugend_2019_Bericht.pdf (letzter Zugriff: 13.2.2022).
- Bromba, Michael (2013): Die soziale Vererbung von politischen Orientierungen – Familiäre Binnendynamik und intergenerationale Transmissionen der Parteibindung. Inauguraldissertation. Freie Universität Berlin.
- Brössler, Daniel (2008): Durchs Gebüsch für eine bessere Welt. Die Grüne Jugend gibt sich radikaler und aktionsorientierter als die Gesamtpartei, manchmal zum Ärger der Realos. Reihe: Die Schule der Parteien. In: *Süddeutsche Zeitung* 64 (205), 3.9.2008, S. 6.
- Bruter, Michael; Harrison, Sarah (2009): The Future of Our Democracies. Young Party Members in Europe. Basingstoke: Palgrave Macmillan.
- Buchstaller, Werner (1951): Seit dem Parteitagsbeschluss von Hannover. In: Zentralsekretariat der Jungsozialisten (Hrsg.): Berichte 1950. Jungsozialisten der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Bonn: Selbstverlag, S. 1–5.
- Buhl, Monika (2003): Jugend, Familie, Politik. Familiäre Bedingungen und politische Orientierungen im Jugendalter. Opladen: Leske + Budrich.
- Bülow, Christoph von (Hrsg.) (1975): Die Schüler-Union. Tendenzwende an den Schulen? Bonn: Neue Verlagsgesellschaft.
- Bundesamt für Bevölkerungsforschung (o. J.): Durchschnittsalter der Bevölkerung in Deutschland (1871-2019). Online: bib.bund.de/B19-Durchschnittsalter-Bevoelkerung-ab-1871.html (letzter Zugriff: 8.2.2022).
- Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (o. J.): Durchschnittsalter der Bevölkerung (1871-2019). Online: bib.bund.de/Permalink.html?id=10208850 (letzter Zugriff: 13.2.2022).
- Bundesministerium des Innern (2008): Verfassungsschutzbericht 2007. Berlin.
- Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (Hrsg.) (2021): Verfassungsschutzbericht 2020. Berlin. Online: bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/publikationen/themen/sicherheit/vsb-2020-gesamt.pdf?__blob=publicationFile&v=5 (letzter Zugriff: 30.1.2022).
- Bundesvorstand der Jungen Union (2007): Reform des Arbeitsmarktes: Wichtige Weichenstellungen für größere Chancen auf Beschäftigung. Beschluss des

- Bundesvorstandes der Jungen Union am 2. September 2007 in Berlin. Online: junge-union.de/media/resolutions/170487_Beschluss_BuVo_Arbeitsmarktpolitik_07-09-02.pdf (letzter Zugriff: 8.2.2022).
- Bundesvorstand der Jungen Union Deutschlands (Hrsg.) (1997): 50 Jahre Junge Union Deutschlands. Selbstverlag, Bonn.
- Bundesvorstand der Jungsozialisten (1978): Bundeskongreßbeschlüsse. Jungsozialisten in der SPD 1969-1976. Hannover: SOAK-Druck- und Verlags-GmbH.
- Bundeswahlleiter, Der (2010): Wahl zum 17. Deutschen Bundestag am 27. September 2009. Ergebnisse einer repräsentativen Wahlstatistik. Online: bundeswahlleiter.de/dam/jcr/3da43200-728f-492e-bca0-22f20cf95545/btw09_rws_statement.pdf (letzter Zugriff: 14.2.2022).
- Bundeswahlleiter, Der (2018): Wahl zum 19. Deutschen Bundestag am 24. September 2017. Heft 4. Wahlbeteiligung und Stimmenabgabe der Frauen und Männer nach Altersgruppen. Online: bundeswahlleiter.de/dam/jcr/e0d2b01f-32ff-40f0-ba9f-50b5f761bb22/btw17_heft4.pdf. (letzter Zugriff: 17.12.2018)
- Bundeswahlleiter, Der (2022): Wahl zum 20. Deutschen Bundestag am 26. September 2021. Heft 4 Wahlbeteiligung und Stimmabgabe nach Geschlecht und Altersgruppen. Online: bundeswahlleiter.de/dam/jcr/8ad0ca1f-a037-48f8-b9f4-b599dd380f02/btw21_heft4.pdf (letzter Zugriff: 14.2.2022).
- Buschfort, Hermann; Ruhnau, Heinz; Vogel, Hans-Joachim (Hrsg.) (1975): Godesberg und die Gegenwart: ein Beitrag zur innerparteilichen Diskussion über Inhalte und Methoden sozialdemokratischer Politik. Bonn: Verlag Neue Gesellschaft.
- Butterwegge, Christoph (1975): Jungsozialisten und SPD. Die Widerspiegelung sozioökonomischer Entwicklungstendenzen im Verhältnis des sozialdemokratischen Jugendverbandes zu seiner »Mutterpartei«. Hamburg: Runge.
- Caballero, Claudio (2009): Integration und politische Unterstützung. Eine empirische Untersuchung unter Ausländern. Wiesbaden: VS Verlag.
- Campbell, Angus; Converse, Philip E.; Miller, Werner E.; Stokes, Donald E. (1960): *The American Voter*. Chicago: University of Chicago Press.
- Cicourel, Aaron V. (1974): Interviewing and Memory. In: Cherry, Colin (Hrsg.): *Pragmatic Aspects of Human Communication*. Dordrecht, Boston: D. Reidel Publishing Company, S. 51–82.
- Clark, Peter B.; Wilson, James Q. (1961): Incentive Systems. A Theory of Organizations. In: *Administrative Science Quarterly* 6 (2), S. 129–166.
- Claußen, Bernhard (1982): Was ist und wie erforscht man politische Sozialisation? In: Ders.; Wasmund, Klaus (Hrsg.): *Handbuch der politischen Sozialisation*. Braunschweig: Agentur für wissenschaftliche Literatur, S. 1–22.
- Claußen, Bernhard; Geißler, Rainer (Hrsg.) (1996): *Die Politisierung des Menschen. Instanzen der politischen Sozialisation. Ein Handbuch*. Opladen: Leske + Budrich.
- Coleman, James S. (1991): *Grundlagen der Sozialtheorie Band 1. Handlungen und Handlungssysteme*. München: Oldenbourg.
- Cross, William; Young, Lisa (2008): Factors Influencing the Decision of the Young Politically Engaged to Join a Political Party. In: *Party Politics* 14 (3), S. 345–369.
- Decker, Frank (2018): *Parteiendemokratie im Wandel*. Baden-Baden: Nomos.
- Denkler, Thorsten (2010): JU-Chef Philipp Mißfelder: Der Austeiler. 16.10.2010. Online: sz.de/1.1012472 (letzter Zugriff: 15.6.2011).

- Der Landeswahlleiter des Freistaates Bayern (2008): Wahl zum 16. Bayerischen Landtag am 28. September 2008. Endgültige Ergebnisse. München: Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung. Online: landtagswahl2008.bayern.de/ta2990.html (letzter Zugriff: 17.3.2022).
- Der Spiegel (1969): CDU/CSU: Tiefes C. In: *Der Spiegel* 23 (42), S. 29–34.
- Der Spiegel (1972): Jeder Dritte den Jusos näher als der SPD. Wähler-Analyse (4): Politische Ansichten der Erstwähler. In: *Der Spiegel* 26 (43), S. 41.
- Diekmann, Andreas (2001): Empirische Sozialforschung: Grundlagen, Methoden, Anwendungen. Reinbek: Rowohlt.
- Dietsche, Hans-Jörg (2018): Südschleswigscher Wählerverband (SSW). In: Decker, Frank, Neu, Viola (Hrsg.): Handbuch der deutschen Parteien. 3., erw. und akt. Aufl. Wiesbaden: Springer VS, S. 496–505.
- Dinas, Elias (2013): Why Does the Apple Fall Far from the Tree? How Early Political Socialization Prompts Parent-Child Dissimilarity. In: *British Journal of Political Science* 44 (4), S. 827–852.
- Dittberner, Jürgen (1984): Die Freie Demokratische Partei. In: Stöss, Richard (Hrsg.): Parteien-Handbuch. Band 2: FDP bis WAV. Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 1311–1381.
- Dittberner, Jürgen (1987): FDP – Partei der zweiten Wahl. Ein Beitrag zur Geschichte der liberalen Partei und ihrer Funktionen im Parteiensystem der Bundesrepublik. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Döhl, Klaus (1997): Größte Veranstaltung in der JU-Geschichte: 50000 demonstrieren für Frieden und Menschenrechte. In: Bundesvorstand der Jungen Union Deutschlands (Hrsg.): 50 Jahre Junge Union Deutschlands. Bonn, S. 94–96.
- Dörries, Bernd (2009): Ein Wolf, der zur Beichte geht. In: *Süddeutsche Zeitung*, 28.3.2009. Online: sz.de/1.406773 (letzter Zugriff: 3.2.2022)
- Dose, Nicolai; Fischer, Anne-Kathrin (2013): Mitgliederschwund und Überalterung der Parteien: Prognose der Mitgliederzahlen bis 2040. In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 44 (4), S. 892–900.
- Dostie-Goulet, Eugénie (2009). Social Networks and the Development of Political Interest. In: *Journal of Youth Studies* 12 (4), S. 405–421.
- Downs, Anthony (1957): *An Economic Theory of Democracy*. New York: Harper.
- Downs, Anthony (1968): *Ökonomische Theorie der Demokratie*. Tübingen: Mohr.
- Drobinski, Matthias (2008): Schwarz sein als Erfolgserlebnis. Die Junge Union hat einst CDU und CSU liberalisiert – heute sehnt sie, konservativ geprägt von Helmut Kohl, das Ende der großen Koalition herbei. In: *Süddeutsche Zeitung* 64, 18.8.2008 (191), S. 6.
- Drohse, Franziska (2008): Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialistinnen und Jungsozialisten (Jusos). In: Sozialdemokratische Partei Deutschlands, Landesverband Berlin (Hrsg.): Jahresbericht 2006–2008. Herausgegeben zum Landesparteitag am 21. Juni 2008. Berlin: Druckhaus Dresden GmbH, S. 79–92.
- Drohse, Franziska (2010): Brief an den Juso-Verband (Rücktrittserklärung). Online: jusos.de/nachrichten/2010/05/12/brief-von-franziska-drohse (letzter Zugriff: 4.5.2011).
- Drohse, Franziska (Hrsg.) (2009): Was ist heute links? Thesen für eine Politik der Zukunft. Frankfurt: Campus.
- Drohse, Franziska; Doering, Kai (2010): »Wir stehen gut da«. Die scheidende Juso-Vorsitzende im Interview. Online: vorwaerts.de/artikel/ae-wir-stehen-gut-da-ae (letzter Zugriff: 6.5.2011).

- Droste, Wulf Heinrich (1972): Landesverband Schleswig-Holstein. In: Manfred Dumann (Hrsg.): 25 Jahre Junge Union Deutschlands. Werdegang, Grundlagen, Aufgaben. Bonn: Verlag »Die Entscheidung«, S. 177–181.
- Duden (2007): Deutsches Universalwörterbuch. 6. überarb. u. erw. Aufl. Mannheim et al.: Dudenverlag.
- Dumann, Manfred (Hrsg.) (1972): 25 Jahre Junge Union Deutschlands. Werdegang, Grundlagen, Aufgaben. Bonn: Verlag »Die Entscheidung«.
- Echternach, Jürgen (1972): Unser Ziel – Kritische Eigenständigkeit. Gespräch mit Jürgen Echternach. In: Dumann, Manfred (Hrsg.): 25 Jahre Junge Union Deutschlands. Werdegang, Grundlagen, Aufgaben. Bonn: Verlag »Die Entscheidung«, S. 111–115.
- Echternach, Jürgen (1988): Auf eigenem Reformkurs. Die Junge Union von 1969 bis 1973. In: Böhr, Christoph (Hrsg.): Jugend bewegt Politik. Die Junge Union Deutschlands 1947 bis 1987. Krefeld: Sinus Verlag, S. 145–152.
- Eckstein, Katharina (2019): Politische Entwicklung im Jugend- und jungen Erwachsenenalter. In: Kracke B., Noack P. (Hrsg.): Handbuch Entwicklungs- und Erziehungspsychologie. Berlin, Heidelberg: Springer VS, S. 405–423.
- Eisewicht, Paul; Grenz, Tilo (2018): Die (Un)Möglichkeit allgemeiner Gütekriterien in der Qualitativen Forschung – Replik auf den Diskussionsanstoß zu »Gütekriterien qualitativer Forschung« von Jörg Strübing, Stefan Hirschauer, Ruth Ayaß, Uwe Krähnke und Thomas Scheffer. In: *Zeitschrift für Soziologie* 47 (5), S. 364–373.
- Eldersveld, Samuel J. (1964): Political Parties. A behavioral analysis. Chicago: Rand McNally & Co.
- Eldersveld, Samuel James (1982): Political parties in American society. New York: Basic Books.
- Etzold, Marc; Grosse Halbuer, Andreas (2019): Wie Kevin Kühnert die Regierung enteignen will. In: *Focus* 20, 11.5.2019, S. 36–38.
- Eubel, Cordula (2003): »Schwachsinnig und verwerflich«. 4.8.2003. Online: tagesspiegel.de/436476.html (letzter Zugriff: 7.2.2022).
- Eubel, Cordula/Siebenmorgen, Peter (2003): »Keine Hüftgelenke für die ganz Alten«. 3.8.2010. Online: tagesspiegel.de/436080.html (letzter Zugriff: 22.6.2011).
- Eutebach, Erhard (1972): Die Rolle der Jungsozialisten innerhalb der SPD. Betzdorf: Selbstverlag.
- Fahrenholz, Peter (2008): Auf der Suche nach dem sozialen Herzblut. Die Jungen Liberalen wollen die FDP programmatisch öffnen und kämpfen zugleich gegen ihr eigenes Yuppie-Image. In: *Süddeutsche Zeitung* 64, 6.8.2008 (182), S. 6.
- Falter, Jürgen W.; Schoen, Harald; Caballero, Claudio (2000): Dreißig Jahre danach: Zur Validierung des Konzepts »Parteiidentifikation« in der Bundesrepublik. In: Klein, Markus; Jagodzinski, Wolfgang; Mochmann, Ekkehard; Ohr, Dieter (Hrsg.): 50 Jahre Empirische Wahlforschung in Deutschland. Wiesbaden: Leske + Budrich, S. 235–271.
- Farin, Klaus (2020): Jugend – Politik – Partizipation. In: Haarmann, Moritz Peter; Kenner, Steve; Lange, Dirk (Hrsg.): Demokratie, Demokratisierung und das Demokratische: Aufgaben und Zugänge der politischen Bildung. Wiesbaden: Springer VS, S. 129–137.
- Faulenbach, Bernd (1996): Zu Leben und Wirken Kurt Schumachers. In: Dowe, Dieter (Hrsg.): Kurt Schumacher und der »Neubau« der deutschen Sozialdemokratie nach 1945. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung, S. 24–34.

- Fedke, Christoph (1996): Jugend als politische Herausforderung. Strategie- und Akzeptanzprobleme der Parteien bei Jugendlichen. Idstein: Schulz-Kirchner.
- Fend, Helmut (1991): Identitätsentwicklung in der Adoleszenz. Lebensentwürfe, Selbstfindung und Weltaneignung in beruflichen, familiären und politisch-weltanschaulichen Bereichen. Bern, Stuttgart, Toronto: Hans Huber.
- Fend, Helmut (1991): Identitätsentwicklung in der Adoleszenz. Lebensentwürfe, Selbstfindung und Weltaneignung in beruflichen, familiären und politisch-weltanschaulichen Bereichen. Bern, Stuttgart, Toronto: Verlag Hans Huber.
- Fend, Helmut (2003): Entwicklungspsychologie des Jugendalters. Ein Lehrbuch für pädagogische und psychologische Berufe. 3. durchgesehene Aufl. Opladen: Leske + Budrich.
- Finkel, Steven E.; Muller, Edward N.; Opp, Karl-Dieter (1989): Personal Influence, Collective Rationality and Mass Political Action. In: *American Political Science Review* 83 (3), S. 885–903.
- Fischer, Arthur (1985): Zukunft + Politik. In: Jugendwerk der Deutschen Shell (Hrsg.): Jugendliche und Erwachsene '85: Generationen im Vergleich. Band 1: Biografien, Orientierungsmuster, Perspektiven. Opladen: Leske + Budrich, S. 105–132.
- Fischer, Sebastian (2009): Eklat beim Frühschoppen. JU-Chef Mißfelder teilt gegen Arbeitslose aus. 22.2.2009. Online: spiegel.de/a-608940.html (letzter Zugriff: 8.2.2022).
- Fischer, Sebastian (2009): Eklat beim Frühschoppen. JU-Chef Mißfelder teilt gegen Arbeitslose aus. 20.2.2009. Online: spiegel.de/0,1518,608940,00.html (7.2.2022).
- Flanagan, Constance A. (2013): Teenage Citizens: The Political Theories of the Young. Harvard: Harvard University Press.
- Flick, Uwe (2014): Gütekriterien qualitativer Sozialforschung. In: Baur, Nina; Blasius, Jörg (Hrsg.): Handbuch Methoden der empirischen Sozialforschung. Wiesbaden: Springer, S. 411-423.
- Flick, Uwe (2020): Gütekriterien qualitativer Forschung. In: Mey, Günter; Mruck, Katha (Hrsg.): Handbuch Qualitative Forschung in der Psychologie. Band 2: Designs und Verfahren. Heidelberg: Springer, S. 247-263
- Gabriel, Oscar W. (1995): Political Efficacy and Trust. In: van Deth, Jan W.; Scarbrough, Elinor (Hrsg.): The Impact of Values. Oxford, New York: Oxford University Press, S. 357–389.
- Gabriel, Oscar W. (2004): Politische Partizipation. In: van Deth, Jan W. (Hrsg.): Deutschland in Europa. Wiesbaden: VS Verlag, S. 317–338.
- Gabriel, Oscar W.; Kunz, Volker; Roßteutscher, Sigrid; van Deth, Jan W. (Hrsg.) (2002): Sozialkapital und Demokratie: Zivilgesellschaftliche Ressourcen im Vergleich. Wien: WUV-Universitätsverlag.
- Gaiser, Wolfgang; Rijke, Johann de (2005): Politische Partizipation junger Menschen in Deutschland und Europa. In: Österreichisches Institut für Jugendforschung (Hrsg.): »Die Jugend ist die Zukunft Europas – aber bitte noch nicht jetzt!«. Möglichkeiten der Integration und Partizipation von Jugendlichen in Europa. Beiträge zum 1. Internationalen Symposium des Österreichischen Instituts für Jugendforschung am 3.12.2004 in Wien. Wien: Österreichisches Institut für Jugendforschung, S. 101–124.
- Gaiser, Wolfgang; de Rijke, Johann (2006): Gesellschaftliche und politische Beteiligung. In: Gille, Martina; Sardei-Biermann, Sabine; Gaiser, Wolfgang; de Rijke, Johann (Hrsg.): Jugendliche und junge Erwachsene in Deutschland. Lebensverhältnisse, Werte und gesellschaftliche Beteiligung 12- bis 29-Jähriger. Wiesbaden: VS Verlag, S. 213–275.

- Gaiser, Wolfgang; de Rijke, Johann (2008): Partizipation im Wandel? Veränderungen seit Beginn der 1990er Jahre. In: Gille, Martina (Hrsg.): Jugend in Ost und West seit der Wiedervereinigung. Ergebnisse aus dem replikativen Längsschnitt des DJI-Jugendsurvey. Wiesbaden: VS Verlag.
- Gaiser, Wolfgang; De Rijke, Johann; Spannring, Reingard (2010): Youth and Political Participation – Empirical Results for Germany within a European Context. In: *Young*, 18 (4), S. 427–450.
- Gaiser, Wolfgang; Gille, Martina; de Rijke, Johann (2006): Politische Beteiligung von Jugendlichen und jungen Erwachsenen. In: Hoecker, Beate (Hrsg.): Politische Partizipation zwischen Konvention und Protest. Eine studienorientierte Einführung. Opladen: Budrich, S. 211–234.
- Gallagher, Michael; Liston, Vanessa; Marsh, Michael; Weeks, Liam (2002): Explaining Activism Levels among Fine Gael Members. A Test of the General Incentives Model. In: *Irish Political Studies* 17 (1), S. 97–113.
- Gebauer, Annetkatrin (2005): Der Richtungsstreit in der SPD. Seeheimer Kreis und Neue Linke im innerparteilichen Machtkampf. Wiesbaden: VS Verlag.
- Geißler, Rainer (1996): Politische Sozialisation in der Familie. In: Claußen, Bernhard; Geißler, Rainer (Hrsg.): Die Politisierung des Menschen. Instanzen der politischen Sozialisation. Ein Handbuch. Opladen: Leske + Budrich, S. 51–70.
- Gemein, Franz-Josef (2000): Like a Rolling Stone. Die Jungen räumen ab. In: *Die Entscheidung* (48) 5, S. 4–6.
- Gerdes, Jürgen; Bittlingmayer, Uwe H. (2016): Jugend und Politik. Soziologische Aspekte. In: Gürlevik, Aydin; Hurrelmann, Klaus; Palentien, Christian (Hrsg.): Jugend und Politik: Politische Bildung und Beteiligung von Jugendlichen. Wiesbaden: Springer VS, S. 34–67.
- Gille, Martina (2018): Jugend und Politik – ein schwieriges Verhältnis. In: *dji Impuls*. 119 München: Deutsches Jugendinstitut e. V., S. 16–19.
- Gille, Martina; Krüger, Winfried; de Rijke, Johann (2000): Politische Orientierungen. In: Gille, Martina; Krüger, Winfried (Hrsg.): Unzufriedene Demokraten. Politische Orientierungen der 16- bis 29-Jährigen im vereinigten Deutschland. Opladen: Leske + Budrich, S. 205–265.
- Golsch, Lutz (1998): Die politische Klasse im Parlament. Politische Professionalisierung von Hinterbänklern im Deutschen Bundestag. Baden-Baden: Nomos.
- Gorholt, Martin; Voigt, Karsten D.; Winkler, Ruth (1990): »Wir sind die SPD der 80er Jahre«. Zwanzig Jahre Linkswende der Jusos. Marburg: SP-Verlag Norbert Schüren.
- Götzer, Wolfgang (1977): Der Anspruch der Jungen Union: Von der Variante zur Alternative. In: Kaltenbrunner, Gerd-Klaus (Hrsg.): Das Elend der Christdemokraten. Ortsbestimmung der politischen Mitte Europas. Herder: München, S. 160–171.
- Grasser, Ulrich (1973): Die CDU und die Junge Union. In: Dittberner, Jürgen; Ebbighausen, Rolf; Stammer, Otto (Hrsg.): Parteiensystem in der Legitimationskrise: Studien und Materialien zur Soziologie der Parteien in der Bundesrepublik Deutschland. Opladen: Westdeutscher Verlag. S. 327–348.
- Grau, Andreas (2005): Gegen den Strom. Die Reaktion der CDU/CSU-Opposition auf die Ost- und Deutschlandpolitik der sozial-liberalen Koalition 1969–1973. Düsseldorf: Droste.
- Green, Donald P.; Shapiro, Ian (1994): Pathologies of Rational Choice Theory. A Critique of Applications in Political Science. New Haven: Yale University Press.

- Greiffenhagen, Sylvia (2002): Politische Sozialisation. In: Greiffenhagen, Martin; Greiffenhagen, Sylvia; Neller, Katja (Hrsg.): Handwörterbuch zur politischen Kultur der Bundesrepublik Deutschland. 2., völlig überarb. und aktualisierte Aufl. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, S. 407–418.
- Grohe, Hannah (2016): Junge Frauen und Politik – Erkenntnisse zur Geschlechter(un)gleichheit in politischer Partizipation. In: Gaiser, Wolfgang; Hanke, Stefanie; Ott, Kerstin (Hrsg.): Jung – politisch – aktiv?! Politische Einstellungen und politisches Engagement junger Menschen. Ergebnisse einer FES-Jugendstudie 2015. Bonn: Dietz, S. 72–92.
- Gröschel, Roland (1986): Zwischen Tradition und Neubeginn. Sozialistische Jugend im Nachkriegsdeutschland. Entstehung, Aufbau und historische Wurzeln der Sozialistischen Jugend Deutschlands – Die Falken. Hamburg: Ergebnisse Verlag.
- Grotz, Claus-Peter (1983): Die Junge Union. Struktur, Funktion, Entwicklung der Jugendorganisation von CDU und CSU seit 1969. Kehl am Rhein: Engel.
- Gruber, Andreas K. (2009a): Der Weg nach ganz oben. Karriereverläufe deutscher Spitzenpolitiker. Wiesbaden: VS Verlag.
- Gruber, Andreas K. (2009b): Die Karriere-Katalysatoren. Zur Karrierefunktion der Parteijugendorganisationen. In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 40 (1), S. 109–122.
- Gruber, Andreas K. (2010): Auf dem Weg zur politischen Führung: Die Junge Union als Kadenschmiede der CSU. In: Hopp, Gerhard; Sebaldt, Martin; Zeitler, Benjamin (Hrsg.): Die CSU. Strukturwandel, Modernisierung und Herausforderungen einer Volkspartei. Wiesbaden: VS Verlag, S. 479–497.
- Grunden, Timo (2006): Einflusspotentiale der parteipolitischen Jugendorganisationen. Jungsozialisten und Junge Union im Vergleich. In: Alemann, Ulrich von (Hrsg.): Jugend und Politik. Möglichkeiten und Grenzen politischer Beteiligung der Jugend. Baden-Baden: Nomos, S. 125–139.
- Hackel, Wolfgang (1978): Die Auswahl des politischen Nachwuchses in der Bundesrepublik Deutschland. Die Junge Union als Sprungbrett für politische Karrieren in der CDU. Stuttgart: Verlag Bonn Aktuell.
- Hadjar, Andreas; Becker, Rolf (2007): Unkonventionelle politische Partizipation im Zeitverlauf. Hat die Bildungsexpansion zu einer politischen Mobilisierung beigetragen? In: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 59 (3), S. 410–439.
- Hagen, Kevin (2022): Neues Netzwerk im Bundestag: SPD-Nachwuchs formuliert Machtanspruch. 6.2.2022. Online: [spiegel.de/a-23816b33-2491-4fe4-b224-cc5a0831f42d](https://www.spiegel.de/a-23816b33-2491-4fe4-b224-cc5a0831f42d) (letzter Zugriff: 9.2.2022).
- Hansen, Bernhard (2002): Party Activism in Denmark. A Micro-Level Approach to a Cross-Sectional Analysis of the Correlates of Party Activism. University of Aarhus. Department of Political Science. Århus: Forlaget Politica.
- Harring, Marius; Böhm-Kasper, Oliver; Rohlf, Carsten; Palentien, Christian (Hrsg.) (2010): Freundschaften, Cliques und Jugendkulturen. Peers als Bildungs- und Sozialisationsinstanzen. Wiesbaden: VS Verlag.
- Häse, Volker; Müller, Peter (1973): Die Jungsozialisten in der SPD. In: Dittberner, Jürgen; Ebbighausen Rolf; Stammer, Otto (Hrsg.): Parteiensystem in der Legitimationskrise: Studien und Materialien zur Soziologie der Parteien in der Bundesrepublik Deutschland. Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 277–306.
- Haunss, Sebastian; Sommer, Moritz (Hrsg.) (2020): Fridays for Future – Die Jugend gegen den Klimawandel. Konturen der weltweiten Protestbewegung. Bielefeld: transcript.

- Heck, Bruno (1969): Demokraten oder Demokratisierte? Eine notwendige Auseinandersetzung. In: *Die Politische Meinung* (128), S. 11–18.
- Heck, Bruno (1970): Die Wahlen und ihr Ergebnis. In: Nemitz, Manfred (Hrsg.): *Machtwechsel in Bonn*. Gütersloh: Bertelsmann Sachbuchverlag, S. 29–40.
- Heidar, Knut; Whiteley, Paul (2007): *Partisanship in Europe: Members, Activists and Identifiers*. Application for Workshop at the ECPR Joint Sessions in Helsinki 2007. Online: ecpr.eu/filestore/workshopoutline/16b46767-9c43-45b6-bc17-21747d95d00e.pdf (letzter Zugriff: 6.2.2022).
- Heimann, Horst (1975): *Theoriediskussion in der SPD: Ergebnisse und Perspektiven*. Frankfurt/Main: Europäische Verlagsanstalt.
- Heimann, Siegfried (1984): Sozialdemokratische Partei Deutschlands. In: Richard Stöss (Hrsg.): *Parteien-Handbuch*. Band 2: FDP bis WAV. Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 2025–2216.
- Heinen, Julia; König, Susanne (2014): Befragungen von Kindern und Jugendlichen. In: Baur, Nina; Blasius, Jörg (Hrsg.): *Handbuch Methoden der empirischen Sozialforschung*. Wiesbaden: VS-Verlag, S. 775–780.
- Heinrich, Roberto; Lübker, Malte; Biehl, Heiko (2002): *Parteimitglieder im Vergleich: Partizipation und Repräsentation*. Kurzfassung des Abschlussberichts zum gleichnamigen DFG-Projekt. Universität Potsdam, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät. Potsdam.
- Heitzer, Horst Walter (1988): Gründung und Entwicklung der Jungen Union bis zu den »Würzburger Beschlüssen« 1950. In: Christoph Böhr (Hrsg.): *Jugend bewegt Politik*. [d. Junge Union Deutschlands 1947 - 1987]. Krefeld: Sinus, S. 15–54.
- Heitzer, Horst Walter (o. J.): *Junge Union Deutschlands (JU)*. Aktualisiert von Christine Bach. Online: kas.de/junge-union-deutschlands-ju- (letzter Zugriff: 8.2.2022).
- Helfferrich, Cornelia (2009): *Qualität qualitativer Daten. Manual zur Durchführung qualitativer Einzelinterviews*. 3. überarb. Aufl. Wiesbaden: VS-Verlag.
- Herding, Maruta (2011): *Inventing the Muslim Cool. Islamic Youth Culture in Western Europe*. Dissertation for the degree of Doctor of Philosophy in Sociology. University of Cambridge.
- Hoffmann, Hanna (2011): Warum werden Bürger Mitglied einer Partei? In: Spier, Tim; Klein, Markus; von Alemann, Ulrich; Hoffmann, Hanna; Laux, Annika; Nonnenmacher, Alexandra; Rohrbach, Katharina (Hrsg.): *Parteimitglieder in Deutschland*. 1. Auflage. Wiesbaden: VS Verlag, S. 79–95.
- Höll, Susanne (2008): Der lange Marsch in die Alltagsstauglichkeit. Die Jungsozialisten sind zwar nach wie vor links, geben sich aber deutlich pragmatischer als in früheren, rebellischeren Zeiten. In: *Süddeutsche Zeitung* 64 (176), 30.7.2008, S. 6.
- Hooghe, Marc; Stolle, Dietlind (2005): Youth Organisations within Political Parties: Political Recruitment and the Transformation of Party Systems. In: Forbrig, Joerg (Hrsg.): *Revisiting Youth Political Participation. Challenges for Research and Democratic Practice in Europe*. Strasbourg: Council of Europe, S. 43–51.
- Hooghe, Marc; Stolle, Dietlind; Stouthuysen, Patrick (2004): Head Start in Politics. The Recruitment Function of Youth Organizations of Political Parties in Belgium (Flanders). In: *Party Politics* 10 (2), S. 193–212.
- Hopf, Christel; Hopf, Wulf (1997): *Familie, Persönlichkeit, Politik. Eine Einführung in die politische Sozialisation*. Weinheim: Juventa.
- Höpflinger, François (2002): *Retrospektive Fragen – Probleme und mögliche Strategien*. Online: hoepflinger.com/fhtop/fhmethod1D.html (letzter Zugriff: 15.07.2012).

- Humbert, Alexander (2007): Junge Union: 60 bewegte Jahre. In: *Die Entscheidung* 55 (3/4), S. 6–13.
- Hurrelmann, Klaus (2006): Einführung in die Sozialisationstheorie. 9. unveränderte Aufl. der 8. vollständig überarb. Aufl. Weinheim, München: Beltz.
- Hurrelmann, Klaus (2007): Lebensphase Jugend. Eine Einführung in die sozialwissenschaftliche Jugendforschung. 9., akt. Aufl. Weinheim, München: Juventa.
- Hurrelmann, Klaus; Quenzel, Gudrun (2016): Lebensphase Jugend. Eine Einführung in die sozialwissenschaftliche Jugendforschung. 13. überarb. Aufl. Weinheim, Basel: Beltz Juventa.
- Inglehart, Ronald (1977): *The Silent Revolution: Changing Values and Political Styles among Western Publics*. Princeton: Princeton University Press.
- Inglehart, Ronald (1989): *Kultureller Umbruch. Wertwandel in der westlichen Welt*. Frankfurt/Main, New York: Campus.
- Inglehart, Ronald (2007): Postmaterialist Values and the Shift from Survival to Self-Expression Values. In: Dalton, Russell J.; Klingemann, Hans-Dieter; Goodin, Robert E. (Hrsg.): *The Oxford Handbook of Political Behavior*. Oxford: Oxford University Press, S. 223–239.
- Inglehart, Ronald; Norris, Pippa (2003): *Rising tide. Gender equality and cultural change around the world*. Reprint. Cambridge: Cambridge University Press.
- Jaeger, Mona (2018a): Die stoische Ruhe der Jungen. In: *Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung*, 11.2.2018, S. 6.
- Jaeger, Mona (2018b): Showtime. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 20.2.2018, S. 3.
- Jakobs, Simon (2021): *Die Neumitgliederwerbung von SPD und CDU im Vergleich: Strategielose Mitgliederpartei oder überfordertes Ehrenamt?* Opladen u. a.: Verlag Barbara Budrich.
- Jennings, Kent M. (2007): Political Socialization. In: Dalton, Russell J.; Klingemann, Hans-Dieter; Goodin, Robert E. (Hrsg.): *The Oxford Handbook of Political Behavior*. Oxford: Oxford University Press, S. 29–44.
- Jennings, Kent M.; Stoker, Laura; Bowers, Jake (2009): Politics across Generations: Family Transmission Reexamined. In: *The Journal of Politics* 71 (03), S. 782–799.
- Jungblut, Jens; Weber, Regina (2017): Karriereschmieden und Jugendorganisationen? Die Rolle von Parteijugendorganisationen am Beispiel der Jusos in der SPD In: *Zeitschrift für Politik* 64 (2), S. 115–142.
- Junge Union (1969/2009): *Satzung der Jungen Union Deutschlands*. Fassung vom 8.11.1969, zuletzt geändert auf dem Deutschlandtag in Münster am 18.10.2009.
- Junge Union (2008): *CICERO-Online-Streitgespräch: Philipp Mißfelder contra Franziska Drohsel*. Online: junge-union.de/aktuelles/archiv/cicero-online-streitgesprach/ (letzter Zugriff: 1.8.2019).
- Junge Union Bayern (1976/1997): *Presseinformation vom 25. November 1976*. Dokumentiert in: Junge Union Bayern (Hrsg.) (1997): *50 Jahre Junge Union Bayern: Zukunft einer Volkspartei*. München, S. 207.
- Junge Union Bayern (Hrsg.) (1997a): *50 Jahre Junge Union Bayern. Zukunft einer Volkspartei*. Grünwald: Atwerb Verlag.
- Junge Union Bayern (1997b): *Chronik der Jungen Union Bayern (JU)*. In: Junge Union Bayern (Hrsg.): *50 Jahre Junge Union Bayern: Zukunft einer Volkspartei*. Grünwald: Atwerb Verlag, S. 141–183.
- Junge Union Bezirksverband Nordwürttemberg (1987): *Chronisches. Chronik über 40 Jahre Junge Union Nordwürttemberg*. Stuttgart: SDV.

- Junge Union Deutschland (1973/1978): Grundsatzprogramm der Jungen Union Deutschlands in der Beschlussfassung vom 1.-3. Juni 1973. Dokumentiert in: Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.) (1978): Christliche Demokratie in Deutschland. Analysen und Dokumente zur Geschichte und Programmatik der Christlich Demokratischen Union Deutschlands und der Jungen Union Deutschlands. Melle: Verlag Ernst Knoth, S. 601–620.
- Junge Union Deutschlands (1974/1978): Beschluss »Strategie eines dritten Weges zu einer humanen Gesellschaft«. Dokumentiert in: Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.) (1978): Christliche Demokratie in Deutschland. Analysen und Dokumente zur Geschichte und Programmatik der Christlich Demokratischen Union Deutschlands und der Jungen Union Deutschlands. Melle: Verlag Ernst Knoth, S. 620–639.
- Junge Union Deutschlands (1995/1997): Grundsatzprogramm der Jungen Union Deutschlands. Beschluß des Deutschlandtages, Fulda, 27.-29.10.1995. Geändert durch Beschluß des Deutschlandtages in Magdeburg, 24.-26.10.1997. Online: ju-ueberlingen.de/JU-Grundsatzprogramm.pdf (letzter Zugriff: 7.2.2022)
- Junge Union Deutschlands (1997): Grundsatzprogramm der Jungen Union Deutschlands. Beschluss des Deutschlandtages Fulda, 27.-29.10.1995, geändert durch Beschluss des Deutschlandtages in Magdeburg, 24.-26.10.1997. Berlin. Online: junge-union.de/content/junge-union/files/Grundsatzprogramm.pdf (letzter Zugriff: 20.6.2010).
- Junge Union Deutschlands (2009a): JU-Chef Mißfelder: Mitgliederzuwachs gegen jeden Trend! *Medien-Informationen*, 11.9.2009.
- Junge Union Deutschlands (2009b): Franzi, rück die Zahlen raus. 16.12.2009. Online: junge-union.de (letzter Zugriff: 18.12.2009).
- Junge Union Deutschlands (2010): Familienland Deutschland. Beschluss des Deutschlandtages der Jungen Union vom 16. Oktober 2010 in Potsdam. Online: junge-union.de/media/resolutions/721321_DLT_Beschluss_Familienland_Deutschland.pdf (letzter Zugriff: 18.6.2011).
- Junge Union Deutschlands (2012): Raum für Ideen schaffen – Überzeugungen klar vertreten! Grundsatzprogramm der Jungen Union Deutschlands. Beschlossen auf dem Deutschlandtag der Jungen Union vom 5. bis 7. Oktober 2012 in Rostock. Online: data.junge-union.de/pdf/2013/06/09/2-51b41127a152e.pdf (letzter Zugriff: 7.2.2022).
- Junge Union Deutschlands (2017): Satzung. Beschlossen auf dem Deutschlandtag in Hamm am 8.11.1969. In der Fassung der letzten Änderung vom 7.10.2017. Online: junge-union.de/satzung/ (letzter Zugriff: 7.2.2022).
- Junge Union Deutschlands (2022): Unsere Struktur. Online: junge-union.de/ueberuns/struktur/ (letzter Zugriff: 10.2.2022).
- Junge Union Landesverband Baden-Württemberg (2010): Chronik 40 Jahre: Junge Union Baden-Württemberg. Stuttgart: Selbstverlag.
- Junge Union Niedersachsen (1988): 20 Jahre Junge Union Landesverband Niedersachsen 1968-1988. Festschrift zum Festakt und zur Niedersachsenratssitzung am 21./22. Oktober 1988 im Rathaus Osnabrück. Hannover: Selbstverlang.
- Junge Union Nordrhein-Westfalen (Hrsg.) (2007): 60 Jahre Junge Union in Nordrhein-Westfalen. Düsseldorf: Selbstverlag.
- Junge Union Thüringen (2011): Wir über uns. Online: ju-thueringen.de/index.php?ka=2&ska=14 (letzter Zugriff: 15.6.2011).

- Junge Union Thüringen (2022): Wir über uns. Online: ju-thueringen.de/ueber-uns/ (letzter Zugriff: 7.2.2022).
- JungsozialistInnen in der SPD (1991): Grundsatzerklärung der Jusos (»Potsdamer Erklärung«). Beschluss des Bundeskongress 8.-11.03.1991. In: *Juso AG-Rundschreiben*, April 1991, S. 4–6.
- Jusos (2009): Für eine Linke der Zukunft. Thesen zu jungsozialistischer Politik. In: Drohsel, Franziska (Hrsg.): Was ist heute links. Thesen für eine Politik der Zukunft. Frankfurt/M, New York. Campus, S. 19–92.
- Jusos (2020): Ums Ganze! Beschlussbuch. Juso-Bundeskongress 2019. 22.-24. November, Schwerin. Online: jusos.de/wp-content/uploads/2021/06/Beschlussbuch-Buko-2019-Schwerin.pdf (letzter Zugriff: 9.2.2022).
- Jusos (o. J.): Geschichte der Jusos. Online: jusos.de/grundlagenhandbuch/geschichte-der-jusos/ (letzter Zugriff: 9.2.2022).
- Jusos (o. J./2011): Themen. Online: jusos.de/themen (letzter Zugriff: 15.5.2011).
- Jusos (o. J./2022a): Themen. Online: jusos.de/themen (letzter Zugriff: 8.2.2022).
- Jusos (o. J./2022b): Cannabis entkriminalisieren! Online: jusos.de/themen/legalize-it/ (letzter Zugriff: 8.2.2022).
- Jusos Delmenhorst (o. J.): Die Geschichte der Jusos. Online: jusos-delmenhorst.de/die-geschichte-der-jusos/ (letzter Zugriff: 7.2.2022).
- Jusos in der SPD (1998): Links und Lebendig. Beschlüsse Bundeskongress, Essen, 27.-29. März 1998.
- Jusos in der SPD (1999): Standort: links! Beschlüsse Bundeskongress, Leipzig, 7.-9. Mai 1999.
- Jusos in der SPD (2000): Neue Zeiten denken. Beschlüsse Bundeskongress, Berlin, 2.-4. Juni 2000.
- Jusos in der SPD (2001): Recht auf Zukunftschancen. Beschlüsse Bundeskongress, Köln, 15.-17. Juni 2001.
- Jusos in der SPD (2002): Mehr als eine Wahl: Mehr Leben. Beschlüsse Bundeskongress, Potsdam, 12.-14. April 2002.
- Jusos in der SPD (2003): Die Agenda unserer Generation: Frieden. Leben. Solidarität. Beschlüsse Bundeskongress, Bremen, 9.-11. Mai 2003.
- Jusos in der SPD (2004): Gerecht weiter denken. Beschlüsse Bundeskongress, München, 18.-20. Juni 2004.
- Jusos in der SPD (2005): Wir sind gekommen, um zu bleiben. Alternativlosigkeit bekämpfen! Beschlüsse Bundeskongress, Leipzig, 10.-12. Juni 2005.
- Jusos in der SPD (2006): Angepasst sind andere! Beschlüsse Bundeskongress, Saarbrücken, 19.-21. Mai 2006.
- Jusos in der SPD (2007): Für gute Arbeit und Ausbildung. Unsere Richtung: Links. Beschlüsse Bundeskongress, Wolfsburg, 23.-25. November 2007.
- Jusos in der SPD (2008): Der Kampf hat begonnen. Die Alternative: Soziale Gerechtigkeit! Beschlüsse Bundeskongress, Weimar, 10.-12. Oktober 2008.
- Jusos (2009): Gemeinsam Mehr. Beschlüsse Bundeskongress, München, 19.-21. Juni 2009.
- Jusos in der SPD (2010): Links. Konkret. Gerecht. Beschlüsse Bundeskongress, Essen, 18.-20. Juni 2010.
- Jusos in der SPD (o. J.): Handbuch. Grundlagen zur Juso-Arbeit. Eigenverlag.
- Kaack, Heino (1971): Geschichte und Struktur des deutschen Parteiensystems. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Kaase, Max (2000): Politische Beteiligung/Politische Partizipation. In: Andersen, Uwe; Woyke, Wichard (Hrsg.): Handwörterbuch des politischen Systems der

- Bundesrepublik Deutschland. 4., überarb. Aufl. Opladen: Leske + Budrich, S. 473–478.
- Kaase, Max (2002): Politische Beteiligung. In: Greiffenhagen, Martin; Greiffenhagen Sylvia; Neller, Katja (Hrsg.): Handwörterbuch zur politischen Kultur der Bundesrepublik Deutschland. 2., völlig überarb. und akt. Aufl. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, S. 350–355.
- Kain, Florian (2015): Junge Union wählt Mißfelder (†35) zum Ehrenvorsitzenden. 16.10.2015. Online: bild.de/junge-union-gedenkt-ihrem-frueheren-vorsitzenden-43035226.bild.html (letzter Zugriff: 8.2.2022).
- Kelle, Udo; Kluge, Susann (1999): Vom Einzelfall zum Typus. Fallvergleich und Fallkontrastierung in der qualitativen Sozialforschung. Opladen: Leske + Budrich
- Keniston, Kenneth (1968): *Young Radicals. Notes on Committed Youth*. New York: Harcourt, Brace & World.
- Kern, Thomas (2008): *Soziale Bewegungen. Ursachen, Wirkungen, Mechanismen*. 1. Aufl. Wiesbaden: VS Verlag.
- Kevenhörster, Paul (2008): *Entscheidungen und Strukturen der Politik. Politikwissenschaft Band 1*. Wiesbaden: VS Verlag.
- Kinder, Hermann; Hilgemann, Werner (1997): *dtv-Atlas Weltgeschichte. Band 2: Von der französischen Revolution bis zur Gegenwart*. 31. Aufl. München: DTV.
- Kitschelt, Herbert (1989): The Internal Politics of Parties: The Law of Curvilinear Disparity Revisited. In: *Political Studies* 37 (3), S. 400–421.
- Kitschelt, Herbert (1999): Politische Gelegenheitsstrukturen in Theorien sozialer Bewegungen heute. In: Klein, Ansgar; Legrand, Hans-Josef; Leif, Thomas (Hrsg.): *Neue soziale Bewegungen. Impulse, Bilanzen und Perspektiven*. Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 144–163.
- Klatt, Martin; Kühl, Jørgen (2015): *SSW – Die politische Geschichte der dänischen Minderheit 1945-2015*. Flensburg: Studiefafdelingen ved Dansk Centralbibliotek for Sydslesvig.
- Klein, Markus (2006): Partizipation in politischen Parteien. Eine empirische Analyse des Mobilisierungspotentials politischer Parteien sowie der Struktur innerparteilicher Partizipation in Deutschland. In: *Politische Vierteljahresschrift* 47 (1), S. 35–61.
- Klein, Markus; Becker, Philipp; Czezinski, Lisa; Lüdecke, Yvonne; Schmidt, Bastian; Springer, Frederik (2019): Die Sozialstruktur der deutschen Parteimitgliedschaften. Empirische Befunde der Deutschen Parteimitgliederstudien 1998, 2009 und 2017. In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, 50, S. 81–98.
- Klein, Markus (2011): Wie sind die Parteien gesellschaftlich verwurzelt? In: Spier, Tim; Klein, Markus; von Alemann, Ulrich; Hoffmann, Hanna; Laux, Annika; Nonnenmacher, Alexandra; Rohrbach, Katharina (Hrsg.): *Parteimitglieder in Deutschland*. Wiesbaden: VS Verlag, S. 39–59.
- Knopp, Vincent (2017): *Die Junge Alternative für Deutschland (JA) in Nordrhein-Westfalen – Rekonstruktion einer parteipolitischen Profilbildung*. Dissertation an der Philosophischen Fakultät der Universität Siegen. Online: dspace.ub.uni-siegen.de/bitstream/ubsi/1317/1/Dissertation_Vincent_Knopp.pdf (letzter Zugriff: 29.1.2022).
- Köhler, Kristina (2009): »Die Volksparteien werden gezwungen sein, sich neu zu erfinden«. Interview mit Kristina Köhler, MdB (CDU). In: Leif, Thomas (Hrsg.): *Angepasst und ausgebrannt. Die Parteien in der Nachwuchsfrage: Warum Deutschland der Stillstand droht*. München: C. Bertelsmann, S. 268–277.

- Köhler, Kristina; Twinterview (2009): Kristina Köhler über Politikersein und Sicherheit. Online: twinterview.de/2009/04/08/18/03/kristina-khler-ber-politikersein-und-sicherheit (letzter Zugriff: 14.2.2022).
- Koopmans, Ruud (2007): Social Movements. In: Dalton, Russell J.; Klingemann, Hans-Dieter; Goodin, Robert E. (Hrsg.): *The Oxford Handbook of Political Behavior*. Oxford: Oxford University Press, S. 693–707.
- Kornelius, Bernhard; Roth, Dieter (2004): *Politische Partizipation in Deutschland. Ergebnisse einer repräsentativen Umfrage*. Gütersloh: Verlag Bertelsmann-Stiftung.
- Kosiara-Pedersen, Karina (2015): Party Membership in Denmark: Fluctuating Membership Figures and Organizational Stability. In: van Haute, Emilie; Gauja, Anika (Hrsg.): *Party Members and Activists*. London, New York: Routledge, S. 66–83.
- Krabbe, Wolfgang R. (2001): »Rekrutendepot« oder politische Alternative? Funktion und Selbstverständnis der Partei-Jugendverbände. In: *Geschichte und Gesellschaft* 27, S. 274–307.
- Krabbe, Wolfgang R. (2002): *Parteijugend in Deutschland. Junge Union, Jungsozialisten und Jungdemokraten 1945 - 1980*. 1. Aufl. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Krabbe, Wolfgang R. (2010): *Kritische Anhänger – unbequeme Störer. Studien zur Politisierung deutscher Jugendlicher im 20. Jahrhundert*. Berlin: Berliner Wissenschafts-Verlag.
- Kretschmer, Michael (2010): Die Junge Union ist ein Kind der Wende. In: *Die Schwarzen Seiten. Magazin der Jungen Union Sachsen & Niederschlesien* 3, S. 11–13.
- Krimmer, Holger (2019): *Datenreport Zivilgesellschaft*. Wiesbaden: Springer VS.
- Krüger, Paul-Anton (2007): Scharfe Kritik an Juso-Vorsitzender: »Juso-Chefin unterstützt Terroristen«. In: *Süddeutsche Zeitung*, 30.11.2007. Online: sueddeutsche.de/1.355907 (letzter Zugriff: 7.2.2022).
- Kruse, Jan (2009): *Reader »Einführung in die Qualitative Interviewforschung«*. Freiburg: Institut für Soziologie an der Universität Freiburg.
- Kruse, Jan (2011): *Reader. »Einführung in die qualitative Interviewforschung«*. Überarb., korr. u. ergänzte Version. Freiburg.
- Kruse, Jan (2015): *Qualitative Sozialforschung. Ein integrativer Ansatz*. 2. überarb. u. ergänzte Aufl. Weinheim, Basel: Beltz Juventa.
- Kühnel, Wolfgang (1992): Orientierungen im politischen Handlungsraum. In: *Jugendwerk der Deutschen Shell* (Hrsg.): *Jugend '92. Lebenslagen, Orientierungen und Entwicklungsperspektiven im vereinigten Deutschland*. Band 2: *Im Spiegel der Wissenschaften*. Opladen: Leske + Budrich, S. 59–89.
- Kühnert, Kevin (2019): Geleitwort. In: Scholle, Thilo/Schwarz, Jan: *»Wessen ist die Welt«*. Geschichte der Jusos. 2. vollst. überarb. Aufl. Bonn: Dietz, S. 8–12.
- Kulke, Christine (1982): Politische Sozialisation. In: Hurrelmann, Klaus; Ulich, Dieter (Hrsg.): *Handbuch der Sozialisationsforschung*. 2. Aufl. Weinheim, Basel: Beltz, S. 745–774.
- Kürschners Volkshandbuch (Hrsg.): *Deutscher Bundestag. 20. Wahlperiode. Januar 2022*. Bad Honnef: Kürschner Politikkontakte.
- Lamb, Matthew (2002): *Young Conservatives, Young Socialists and the Great Youth Abstention: Youth Participation and Non-Participation in Political Parties*. Dissertation. University of Birmingham. Online: etheses.bham.ac.uk/id/eprint/518/ (letzter Zugriff: 6.2.2022)

- Lamnek, Siegfried (2005): *Qualitative Sozialforschung*. 4., vollst. Überarb. Aufl. Weinheim, Basel: Beltz Verlag
- Landowsky, Klaus (1972): Landesverband Berlin. In: Dumann, Manfred (Hrsg.): *25 Jahre Junge Union Deutschlands*. Werdegang, Grundlagen, Aufgaben. Bonn: Verlag »Die Entscheidung«, S. 241–246.
- Langebach, Martin (2021): 12. November 2008: Ein bundesweiter Schulstreik. In: Ders. (Hrsg.): *Protest. Deutschland 1949 – 2020*. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, S. 352–353.
- Laslett, Barbara; Rapoport, Rhona (1975): Collaborative Interviewing and Interactiv Research. In: *Journal of Marriage and the Family* 37 (4), S. 968–977.
- Laux, Annika (2011): Was motiviert Parteimitglieder zum Beitritt? In: Spier, Tim; Klein, Markus; Alemann, Ulrich von; Hoffmann, Hanna; Laux, Annika; Nonnenmacher, Alexandra; Rohrbach, Katharina (Hrsg.): *Parteimitglieder in Deutschland*. Wiesbaden: VS Verlag, S. 61–78.
- Lechner, Sebastian (2008): Alles Gute, JU Niedersachsen. In: *Junge Union Niedersachsen* (Hrsg.): *40 Jahre Junge Union Niedersachsen*. Hannover: Selbstverlag, S. 1.
- Levinsen, Klaus; Yndigegn, Carsten (2015). Political Discussions with Family and Friends: Exploring the Impact of Political Distance. In: *The Sociological Review* 63 (2), S. 72–91.
- Livi, Massimiliano; Schmidt, Daniel; Sturm, Michael (Hrsg.): *Die 1970er Jahre als schwarzes Jahrzehnt. Politisierung und Mobilisierung zwischen christlicher Demokratie und extremer Rechter*. Frankfurt/Main, New York: Campus, S. 57–72.
- Lohmar, Ulrich (1963): *Innerparteiliche Demokratie. Eine Untersuchung der Verfassungswirklichkeit politischer Parteien in der Bundesrepublik Deutschland*. Stuttgart: Ferdinand Enke Verlag.
- Lösche, Peter; Walter, Franz (1992): *Die SPD. Klassenpartei – Volkspartei – Quotenpartei. Zur Entwicklung der Sozialdemokratie von Weimar bis zur deutschen Vereinigung*. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.
- Lucius-Hoene, Gabriele; Deppermann, Arnulf (2002): *Rekonstruktion narrativer Identität. Ein Arbeitsbuch zur Analyse narrativer Interviews*. Opladen: Leske + Budrich.
- Lüdecke, Yvonne; Klein, Markus; Springer, Frederik; Bernhold, Philipp; Czezinski, Lisa; Schmidt, Bastian (2022) The change of motives to become and to be a party member. An empirical analysis of the German Party Membership Studies 1998, 2009 and 2017. In: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 74, S. 473–498.
- Mählert, Ulrich (1995): *Die Freie Deutsche Jugend 1945–1949. Von den »Antifaschistischen Jugendausschüssen« zur SED-Massenorganisation; die Erfassung der Jugend in der Sowjetischen Besatzungszone*. Paderborn: Schöningh.
- Mählert, Ulrich; Stephan, Gerd-Rüdiger (1996): *Blaue Hemden – rote Fahnen. Die Geschichte der Freien Deutschen Jugend*. Opladen: Leske + Budrich.
- Malycha, Andreas (1995): *Auf dem Weg zur SED. Die Sozialdemokratie und die Bildung einer Einheitspartei in den Ländern der SBZ. Eine Quellenedition*. Bonn: Dietz.
- Mappus, Stefan; Söder, Markus; Mißfelder, Philipp; Wüst, Hendrik (2007): *Moderner bürgerlicher Konservatismus. Warum die Union wieder mehr an ihre Wurzeln denken muss*. Online: stefan-

- mappus.de/uploads/media/Moderner_buergerlicher_Konservatismus.pdf (letzter Zugriff: 22.10.2010).
- Marschall, Stefan (2005): Idee und Wirkung des Wahl-O-Mat. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 55 (51-52), S. 41–46.
- Marschall, Stefan (2011): Nutzer und Nutzen – Der Wahl-O-Mat zur Bundestagswahl 2009. In: Schweitzer, Eva Johanna; Albrecht, Steffen (Hrsg.): *Das Internet im Wahlkampf. Analysen zur Bundestagswahl 2009*. Wiesbaden: VS Verlag, S. 136-153.
- Marsh, Alan; Kaase, Max (1979): Background of Political Action. In: Barnes, Samuel H.; Kaase, Max; Allerbeck, Klaus R.; Farah, Barbara G.; Heunks, Felix; Inglehart, Ronald; Jennings, M. Kent; Klingemann, Hans D.; Marsh, Allan; Rosenmayr, Leopold (Hrsg.): *Political Action. Mass Participation in Five Western Democracies*. Beverly Hills u. a.: Sage, S. 97–136.
- Mastiaux, Björn (2013): Die Mitglieder atheistischer Organisationen in Deutschland und den USA. Partizipation in einer freigeistig-säkularistischen Bewegung. Dissertation. Düsseldorf: Heinrich-Heine-Universität.
- May, John D. (1973): Opinion Structure of Political Parties: The Special Law of Curvilinear Disparity. In: *Political Studies* 21 (2), S. 135–151.
- Medick, Veit; Sauga Michael (2018): »Das fasst einen an«. In: *Der Spiegel* 72 (9), S. 32–33.
- Merkel, Angela 2007: Grußworte. In: Missfelder, Philipp (Hrsg.) (2007a): *60 Jahre Junge Union Deutschlands*. Monschau: Weiss-Verlag, S. 6–7.
- Merz, Friedrich (2022): 75 Jahre Junge Union. 19.1.2022. Online: [instagram.com/p/CY6a294ocXu/](https://www.instagram.com/p/CY6a294ocXu/) (letzter Zugriff: 2.2.2022).
- Milbrath, Lester W. (1965): *Political Participation: How and Why Do People Get Involved in Politics?* Chicago: Rand McNally & Company.
- Milbrath, Lester W.; Goel, M. Lal (1977): *Political Participation: How and Why Do People Get Involved in Politics?* 2. Aufl. Chicago: Rand McNally & Co.
- Misoch, Sabina (2019): *Qualitative Interviews*. 2., erw. und akt. Aufl. Berlin, München, Boston: De Gruyter Oldenbourg
- Missfelder, Philipp (Hrsg.) (2007a): *60 Jahre Junge Union Deutschlands*. Monschau: Weiss-Verlag.
- Missfelder, Philipp (2007b): Seit 60 Jahren Stimme der jungen Generation. In: Ders. (Hrsg.): *60 Jahre Junge Union Deutschlands*. Monschau: Weiss-Verlag, S. 10-11.
- Münchmeier, Richard (2008): Jugend – politisch desinteressiert, aber sozial engagiert. In: Bingel, Gabriele; Nordmann, Anja; Münchmeier, Richard (Hrsg.): *Die Gesellschaft und ihre Jugend. Strukturbedingungen jugendlicher Lebenslagen*. Opladen: Verlag Barbara Budrich, S. 13–26.
- Neidhardt, Friedhelm; Rucht, Dieter (1993): Auf dem Weg in die »Bewegungsgesellschaft«. Über die Stabilisierbarkeit sozialer Bewegungen. In: *Soziale Welt* 44 (3), S. 305–326.
- Neumann, Franz (1975): Links von den Parteien. Theorie und Praxis politischer Jugendorganisationen. In: *Frankfurter Hefte* 30 (4), S. 66–75.
- Ng, Hoi-Yu (2015): Pathways into Political Party Membership: Case Studies of Hong Kong Youth. In: *The Qualitative Report* 20 (9), 1527–1545.
- Niederbremer, Günter; Meyer, Willibald (1972): Landesverband Niedersachsen. In: Dumann, Manfred (Hrsg.): *25 Jahre Junge Union Deutschlands*. Werdegang, Grundlagen, Aufgaben. Bonn: Verlag »Die Entscheidung«, S. 195–201.
- Niedermayer, Oskar (1987): Innerparteiliche Partizipation der neuen Mitglieder. In: Ders.; Reif, Karlheinz; Schmitt, Hermann (Hrsg.): *Neumitglieder in der SPD*.

- Ergebnisse einer empirischen Untersuchung im Bezirk Pfalz. Neustadt: Neue Pfälzer Post, S. 45–74.
- Niedermayer, Oskar (1989): Innerparteiliche Partizipation. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Niedermayer, Oskar (2002): Beweggründe des Engagements in politischen Parteien. In: Gabriel, Oscar W. (Hrsg.): Parteiendemokratie in Deutschland. 2., akt. und erw. Aufl. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, S. 297–311.
- Niedermayer, Oskar (2005): Jugend und Parteien im vereinten Deutschland - Wider die These von der allgemeinen Parteienverdrossenheit. In: Eith, Ulrich; Rosenzweig, Beate (Hrsg.): Jugend und Politik. Bestandsaufnahme, Bewertungen und Konsequenzen. Schwalbach/Ts.: Wochenschau-Verlag, S. 15–33.
- Niedermayer, Oskar (2006): Jugend und Parteien. In: Roller, Edeltraud; Brettschneider, Frank; van Deth, Jan W. (Hrsg.): Jugend und Politik: »Voll normal!«. Der Beitrag der politischen Soziologie zur Jugendforschung. Wiesbaden: VS Verlag, S. 269–289.
- Niedermayer, Oskar (2009): Parteimitglieder in Deutschland: Version 1/2009. Freie Universität Berlin. Berlin (Arbeitshefte aus dem Otto-Stammer-Zentrum, Nr. 15, 15). Online verfügbar unter polsoz.fu-berlin.de/polwiss/forschung/systeme/empsoz/schriften/Arbeitshefte/Oskar_Niedermayer_-_Parteimitglieder_in_Deutschland_-_Version_1-2009.pdf#Parteimitglieder%20in%20Deutschland:%20Version%201/2009 (letzter Zugriff: 11.8.2011).
- Niedermayer, Oskar (2020): Parteimitglieder in Deutschland: Version 2020. Arbeitshefte aus dem Otto-Stammer-Zentrum, Nr. 31. Berlin: Freie Universität Berlin. Online: polsoz.fu-berlin.de/polwiss/forschung/systeme/empsoz/team/ehemalige/Publikationen/schriften/Arbeitshefte/index.html (letzter Zugriff: 20.1.2022).
- Niemi, Richard G.; Craig, Stephen C.; Mattei, Franco (1991): Measuring Internal Political Efficacy in the 1988 National Election Study. In: *The American Political Science Review* 85 (4), S. 1407–1413.
- Norris, Pippa (1995): May's Law of Curvilinear Disparity Revisited: Leaders, Officers, Members and Voters in British Political Parties. In: *Party Politics* 1 (1), S. 29–47.
- Norris, Pippa (2006): Recruitment. In: Katz, Richard S. (Hrsg.): *Handbook of Party Politics*. London: Sage, S. 89–108.
- Norris, Pippa (2007): New Feminist Challenges to the Study of Political Engagement. In: Dalton, Russell J.; Klingemann, Hans-Dieter; Goodin, Robert E. (Hrsg.): *The Oxford Handbook of Political Behavior*. Oxford: Oxford University Press, S. 724–743.
- O'svath, György (1972): Die Geschichte der internationalen Beziehungen der Jungen Union Deutschlands 1947–1972. In: Dumann, Manfred (Hrsg.): *25 Jahre Junge Union Deutschlands. Werdegang, Grundlagen, Aufgaben*. Bonn: Verlag »Die Entscheidung«, S. 135–165.
- Oberpriller, Martin (2004a): Jungsozialisten. Parteijugend zwischen Anpassung und Opposition. Bonn: Dietz.
- Oberpriller, Martin (2004b): JungsozialistInnen zwischen Anpassung und Opposition. In: *Argumente* 3, S. 26–37.
- Oesterreich, Detlef (1993): Autoritäre Persönlichkeit und Gesellschaftsordnung. Zum Stellenwert psychischer Faktoren für politische Einstellungen. Eine empirische Untersuchung von Jugendlichen in Ost und West. Weinheim, München: Juventa.

- Olson, Mancur (1965/1998) *The Logic of Collective Action. Public Goods and the Theory of Groups*. Deutsch: *Die Logik des kollektiven Handelns. Kollektivgüter und die Theorie der Gruppen*. 4. durchges. Aufl. Tübingen: Mohr Siebeck.
- Opp, Karl-Dieter (1985): Konventionelle und unkonventionelle politische Partizipation. In: *Zeitschrift für Soziologie der Erziehung und Sozialisation* 14 (4), S. 282–296.
- Opp, Karl-Dieter (1991): DDR '89. Zu den Ursachen einer spontanen Revolution. In: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 43 (2), S. 302–321.
- Opp, Karl-Dieter (1993): Politischer Protest als rationales Handeln. In: Ramb, Bernd-Thomas; Tietzel, Manfred (Hrsg.): *Ökonomische Verhaltenstheorie*. München: Vahlen, S. 207–246.
- Opp, Karl-Dieter (1999): Contending Conceptions of the Theory of Rational Action. In: *Journal of Theoretical Politics* 11 (2), S. 171–202.
- Oppelland, Torsten (2020): Südschleswigscher Wählerverband SSW. 28.9.2020. Online: bpb.de/42196/suedschleswigscher-waehlerverband/ (letzter Zugriff: 13.2.2022).
- Panse, Michael (1995): »Die Statistik zwingt uns zum Handeln« Negative Mitglieder-Entwicklung der Jungen Union. In: *Die Entscheidung* (5), S. 28–29.
- Paulis, Emilien (2019): What's going around? A social network explanation of youth party membership. In: *Intergenerational Justice Review* 5(1), S. 9–24.
- Pedersen, Karina; Bille, Lars; Buch, Roger; Elkit, Jørgen; Hansen, Bernhard; Nielsen, Hans Jørgen (2004): Sleeping or Active Partners? Danish Party Members at the Turn of the Millennium. In: *Party Politics* 10 (4): 367–383.
- Pellin, Sonja; Baldschun, Katie (2009): Feministischer Richtungsverband. In: *Argumente* (3), S. 6–8.
- Persson, Mikael (2014): Social Network Position Mediates the Effect of Education on Active Political Party Membership. *Party Politics* 20 (5), S. 724–739.
- Persson, Mikael (2015): Education and Political Participation. In: *British Journal of Political Science* 45 (3), S. 689–703.
- Pfaff, Nicolle; Schmidt, Ralf; Krappidel, Adrienne (2002): Politische Lernprozesse in der Schule im Spiegel verschiedener Forschungsmethoden. In: Krüger, Heinz-Hermann; Reinhardt, Sibylle; Kötters-König, Catrin; Pfaff, Nicolle; Schmidt, Ralf; Krappidel, Adrienne; Tillmann, Frank (Hrsg.): *Jugend und Demokratie – Politische Bildung auf dem Prüfstand. Eine quantitative und qualitative Studie aus Sachsen-Anhalt*. Opladen: Leske + Budrich, S. 242–280.
- Pickel, Gert (2002): *Jugend und Politikverdrossenheit. Zwei politische Kulturen im Deutschland nach der Vereinigung?* Opladen: Leske + Budrich.
- Poletti, Monica; Webb, Paul; Bale, Tim (2019): Why Do Only Some People Who Support Parties Actually Join Them? Evidence from Britain. In: *West European Politics* 42 (1), 156–172.
- Potthoff, Heinrich; Miller, Susanne (2002): *Kleine Geschichte der SPD. 1848–2002*. 8., akt. und erw. Aufl. Bonn: Dietz.
- Prangenberg, Heinz Jürgen (1972): Auf der Suche nach dem Geist von Hamm. In: Dumann, Manfred (Hrsg.): *25 Jahre Junge Union Deutschlands. Werdegang, Grundlagen, Aufgaben*. Bonn: Verlag »Die Entscheidung«, S. 95–110.
- Prigge, Jasper (2019): *Die Finanzierung der Jugendorganisationen politischer Parteien aus Mitteln des Bundes*. Düsseldorf: Felix Halle Verlag.
- Pross, Harry (1992): *Protestgesellschaft. Von der Wirksamkeit des Widerspruchs*. München: Artemis & Winkler.

- Quenzel, Gudrun; Hurrelmann, Klaus (2022): *Lebensphase Jugend. Eine Einführung in die sozialwissenschaftliche Jugendforschung*. 14. überarb. Aufl. Weinheim, Basel: Juventa.
- Radunski, Peter (1970): Zum Generationswechsel in Parteien: Die Junge Union als Sprungbrett für politische Karrieren in der CDU. In: Institut für Internationale Solidarität der Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.): *Reale Utopien: Glanz und Elend der Parteien*. Unter Mitarbeit von Erich Röper. Mainz: v. Hase & Koehler, S. 139–167.
- Rainsford, Emily (2017) Exploring Youth Political Activism in the United Kingdom: What Makes Young People Politically Active in Different Organisations? *The British Journal of Politics and International Relations* 19 (4), S. 790–806.
- Rainsford, Emily (2018): UK Political Parties' Youth Factions: A Glance at the Future of Political Parties. In: *Parliamentary Affairs* 71 (4), S. 783–803.
- Reddemann, Gerhard (1972): Von der Diskussion zur Aktion. In: Dumann, Manfred (Hrsg.): *25 Jahre Junge Union Deutschlands. Werdegang, Grundlagen, Aufgaben*. Bonn: Verlag »Die Entscheidung«, S. 11–46.
- Reimer, Maike (2001): Die Zuverlässigkeit des autobiographischen Gedächtnisses und die Validität retrospektiv erhobener Lebensverlaufsdaten. Kognitive und erhebungspragmatische Aspekte. Berlin: Max-Planck-Institut für Bildungsforschung.
- Reimer, Maike (2005): *Autobiografisches Gedächtnis und retrospektive Datenerhebung. Die Rekonstruktion und Validität von Lebensläufen*. Berlin: Max-Planck-Institut für Bildungsforschung
- Reinders, Heinz (2005): *Qualitative Interviews mit Jugendlichen führen. Ein Leitfaden*. München und Wien: R. Oldenbourg.
- Rieke, Dieter (Hrsg.) (1994): *Sozialdemokraten als Opfer im Kampf gegen die rote Diktatur*. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Rippl, Susanne (2008): Politische Sozialisation. In: Hurrelmann, Klaus; Grundmann, Matthias; Walper, Sabine (Hrsg.): *Handbuch Sozialisationsforschung*. Weinheim; Basel: Beltz, S. 443–458.
- Roback, Thomas H. (1980): Motivation for Activism Among Republican National Convention Delegates. Continuity and Change 1972-1976. In: *Journal of Politics* 42 (1), S. 180–201.
- Rohr, Larissa (2019): *Stachel im Fleisch der Mutterpartei. Strategien der Parteienwachstumsorganisation Grüne Jugend zur Einflussnahme auf die Mutterpartei Bündnis 90/Die Grünen*. Essen: Institut für Politikwissenschaften der Universität Duisburg-Essen.
- Rohrbach, Katharina (2013): *Partizipation in politischen Parteien. Eine empirische Analyse des Parteibeitritts, der Aktivität und des Parteiaustritts*. Frankfurt: Peter Lang.
- Rubin, David C.; Wenzel, Amy E. (1996): One Hundred Years of Forgetting: A Quantitative Description of Retention. In: *Psychological Review* 103 (4), S. 743–760.
- Rucht, Dieter (2003): Bürgerschaftliches Engagement in sozialen Bewegungen und politischen Kampagnen. In: Enquete-Kommission »Zukunft des Bürgerschaftliches Engagements« Deutscher Bundestag (Hrsg.): *Bürgerschaftliches Engagement in Parteien und Bewegungen*. Opladen: Leske + Budrich, S. 17–155.
- Sagner, Fred (1957): Neun Jahre im Exil. In: Schwarz, Heinz (Hrsg.): *Junge Union Deutschlands. Handbuch 1957*. Hamburg: Sator Werbe-Verlag, S. 27–30.

- Samuelson, Paul (1954): The Pure Theory of Public Expenditure. In: *The Review of Economics and Statistics* 36 (4), S. 387–389.
- Schatzman, Leonard; Strauss, Anselm M.; Schatzman-Strauss (1973): Field research. Strategies for a natural sociology. Englewood Cliffs, NJ: Prentice-Hall.
- Schildt, Axel (2003): Nachwuchs für die Rebellion – die Schülerbewegung der späten 60er Jahre. In: Reulecke, Jürgen (Hrsg.): *Generationalität und Lebensgeschichte im 20. Jahrhundert*. Unter Mitarbeit von Elisabeth Müller-Luckner. München: Oldenbourg, S. 229–251.
- Schiller, Theo (2004): Parteien und ihre Jugendorganisationen. In: Eilfort, Michael (Hrsg.): *Parteien in Baden-Württemberg*. Stuttgart: Kohlhammer, S. 146–156.
- Schmeitzner, Mike (2003): Enttäuschte Hoffnungen auf einen demokratischen Neuanfang. Die »Junge Union« Sachsen 1945–1949. In: Kaff, Brigitte (Hrsg.): *Junge Union 1945–1950. Jugendpolitik in der sowjetisch besetzten Zone*. Freiburg im Breisgau: Herder, S. 89–148.
- Schmid, Christine (2004): Politisches Interesse von Jugendlichen. Eine Längsschnittuntersuchung zum Einfluss von Eltern, Gleichaltrigen, Massenmedien und Schulunterricht. Wiesbaden: Deutscher Universitäts-Verlag.
- Schmidt, Helmut (2005): Geleitwort. In: Gebauer, Annetrin (Hrsg.): *Der Richtungsstreit in der SPD. Seeheimer Kreis und Neue Linke im innerparteilichen Machtkampf*. Wiesbaden: VS Verlag, S. 7–8.
- Schmidt, Ute (1983): Christlich Demokratische Union Deutschlands. In: Stöss, Richard (Hrsg.): *Parteienhandbuch*. Band 1: AUD bis CDU. Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 490–660.
- Schmidtchen, Gerhard (1983): Jugend und Staat. In Zusammenarbeit mit Gerhard Uehlinger. In: Matz, Ulrich; Schmidtchen, Gerhard (Hrsg.): *Gewalt und Legitimität*. Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 104–437.
- Schneekloth, Ulrich (2006): Politik und Gesellschaft: Einstellungen, Engagement, Bewältigungsprobleme. In: Shell Deutschland Holding (Hrsg.): *Jugend 2006. Eine pragmatische Generation unter Druck*. Frankfurt/Main: Fischer-Taschenbuch, S. 103–144.
- Schneekloth, Ulrich (2010): Jugend und Politik: Aktuelle Entwicklungstrends und Perspektiven. In: Shell Deutschland Holding (Hrsg.): *Jugend 2010. Eine pragmatische Generation behauptet sich*. Frankfurt/Main: Fischer-Taschenbuch, S. 129–164.
- Schneekloth, Ulrich; Albert, Mathias (2019): Jugend und Politik. Demokratieverständnis und politisches Interesse im Spannungsfeld von Vielfalt, Toleranz und Populismus. In: Shell Deutschland Holding (Hrsg.): *Jugend 2019. Eine Generation meldet sich zu Wort*. Weinheim, Basel: Beltz, S. 47–101.
- Scholle, Thilo; Schwarz, Jan (2019): »Wessen Welt ist die Welt?« Geschichte der Jusos. 2. vollst. überarb. Aufl. Bonn: Dietz.
- Scholle, Thilo; Schwarz, Jan; Ciftci, Ridvan (Hrsg.) (2014): *Zwischen Reformismus und Radikalismus. Jungsozialistische Programmatik in Dokumenten und Beschlüssen*. Bonn: Dietz.
- Schonauer, Karlheinz (1982): *Die ungeliebten Kinder der Mutter SPD. Die Geschichte der Jusos von der braven Parteijugend zur innerparteilichen Opposition*. Bonn: Schonauer.
- Schönbohm, Wulf (1978): Zur politischen und programmatischen Entwicklung der Jungen Union Deutschlands. In: Konrad Adenauer Stiftung (Hrsg.): *Christliche Demokratie in Deutschland. Handbücher der Politischen Akademie Eichholz*, Bd. 7. Melle: Verlag Ernst Knoth, S. 579–596.
- Schönbohm, Wulf (1979): *CDU. Porträt einer Partei*. München, Wien: Olzog.

- Schulze, Gerhard (1977): Politisches Lernen in der Alltagserfahrung. Eine empirische Analyse. München: Juventa.
- Schwarz, Heinz (1957): Zehn Jahre Junge Union Deutschlands. In: Schwarz, Heinz (Hrsg.): Junge Union Deutschlands. Handbuch 1957. Sator Werbe-Verlag, Hamburg 1957, S. 7–22.
- Seiffert, Jeanette (2009): »Marsch durch die Institutionen?« Die »68er« in der SPD. Bonn: Bouvier.
- Seiters, Rudolf (1970): Die Rolle der Jungen Union. In: Gölter, Georg; Pieroth, Elmar (Hrsg.): Die Union in der Opposition. Düsseldorf, Wien: Econ, S. 153–161.
- Seiters, Rudolf (1988): Jahre des Umbruchs. In: Junge Union Niedersachsen (Hrsg.): 20 Jahre Junge Union Landesverband Niedersachsen 1968–1988. Festschrift zum Festakt und zur Niedersachsenratssitzung am 21./22. Oktober 1988 im Rathaus zu Osnabrück. Hannover: Selbstverlag, S. 19–23.
- Seyd, Patrick; Whiteley, Paul (1992): Labour's Grass Roots. The Politics of Party Membership. Repr. Oxford: Clarendon.
- Seyd, Patrick; Whiteley, Paul (2002): New Labour's Grassroots. The Transformation of the Labour Party Membership. Houndmills, Basingstoke, Hampshire, New York: Palgrave Macmillan.
- Shell Deutschland Holding (Hrsg.): Jugend 2010. Eine pragmatische Generation behauptet sich. Unter Mitarbeit von Klaus Hurrelmann Gudrun Quenzel & TNS Infratest. Frankfurt/Main: Fischer-Taschenbuch.
- Silalahi, Pablo (2014): Paul Ziemniak ist neuer Chef der Jungen Union. Sehen wir hier einen neuen kleinen Kohl? 21.9.2014. Online: bild.de/-37748056.bild.html (letzter Zugriff: 1.11.2019).
- Six, Bruno (1957): Referat Königstein 1957. In: Schwarz, Heinz (Hrsg.): Junge Union Deutschlands. Handbuch 1957. Hamburg: Sator Werbe-Verlag, S. 60–64.
- Sloam, James (2013): ›Voice and Equality‹: Young People's Politics in the European Union. In: *West European Politics* 36 (4), S 836–858.
- Smechowski, Emilia (2017): Der Anpasser. In: *Süddeutsche Zeitung Magazin* Heft 26, 30.6.2017, S. 8–15.
- Spanhel, Hanna (2017): Viele Neueintritte seit 2016. Wieder mehr Jüngere in Parteien aktiv. 11.9.2017. Online: stuttgarter-nachrichten.de/inhalt.viele-neueintritte-seit-2016-wieder-mehr-juengere-in-parteien.d7b12fc0-fe82-4cab-9a7d-af4f9cc72021.html (letzter Zugriff: 10.2.2022).
- Spanhel, Hanna (2017): Wieder mehr Jüngere in Parteien aktiv. In: Stuttgart Nachrichten. 11.9.2017. Online: stuttgarter-nachrichten.de/inhalt.viele-neueintritte-seit-2016-wieder-mehr-juengere-in-parteien.d7b12fc0-fe82-4cab-9a7d-af4f9cc72021.html (letzter Zugriff: 30.1.2022).
- spdnet (o. J.): Kurze Einführung in die Geschichte der Jusos in der SPD. Online: spdnet.sozi.info/sachsen/der/jusos/dl/100-Jahre-Jusos.pdf (letzter Zugriff: 20.4.2011).
- Spier, Tim (2008): Evaluation der Potsdamer Parteimitgliederstudie. Arbeitspapier. Düsseldorf: Heinrich-Heine-Universität.
- Spier, Tim; Butzlaff, Felix; Micus, Matthias; Walter, Franz (Hrsg.) (2007): Die Linkspartei. Zeitgemäße Idee oder Bündnis ohne Zukunft. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften.
- Spier, Tim; Klein, Markus; von Alemann, Ulrich; Hoffmann, Hanna; Laux, Annika; Nonnenmacher, Alexandra; Rohrbach, Katharina (Hrsg.) (2011): Parteimitglieder in Deutschland. 1. Auflage. Wiesbaden: VS Verlag.

- Steinbrecher, Markus (2009): Politische Partizipation in Deutschland. Baden-Baden: Nomos.
- Steinke, Ines (1999) Kriterien qualitativer Forschung. Ansätze zur Bewertung qualitativ-empirischer Sozialforschung. Weinheim, München: Juventa.
- Stephan, Dieter (1980) Jungsozialisten: Stabilisierung nach langer Krise? 1969 – 1979. Bonn: Verlag Neue Gesellschaft.
- Stock, Alexander (2008): Neumitglieder im Visier. Das Rekrutierungsmanagement der politischen Nachwuchsorganisationen am Beispiel der NRW-Landesverbände. Marburg: Tectum.
- Stroh, Kassian (2008): Hilfreiches Netzwerk. Die bayrische Junge Union gibt sich gerne als »Stachel im Fleische« der CSU, kann ihr Image als Karrieristenclub aber nicht ganz abstreifen. In: *Süddeutsche Zeitung* 64 (170), 23.7.2008, S. 5.
- Strübing, Jörg; Hirschauer, Stefan; Ayaß, Ruth; Krähnke, Uwe; Scheffer, Thomas (2018): Gütekriterien qualitativer Sozialforschung. Ein Diskussionsanstoß. In: *Zeitschrift für Soziologie* 47 (2), S. 83–100.
- Suckut, Siegfried (1990): Christlich-Demokratische Union Deutschlands, CDU (D). In: Broszat, Martin; Weber, Hermann; Braas, Gerhard (Hrsg.): SBZ-Handbuch. Staatliche Verwaltungen, Parteien, gesellschaftliche Organisationen und ihre Führungskräfte in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1945–1949. München: Oldenbourg, S. 515–543.
- Süddeutsche Zeitung (2007): Wahl der Juso-Spitze: »Mit sozialistischen Grüßen«. 24.11.2007. Online: [sueddeutsche.de/politik/621/425379/text](https://www.sueddeutsche.de/politik/621/425379/text) (letzter Zugriff: 14.2.2022).
- Thaler, Richard; Sunstein, Cass (2008): Nudge. Improving Decisions About Health, Wealth, and Happiness. New Haven: Yale University Press.
- Uehlinger, Hans-Martin (1988): Politische Partizipation in der Bundesrepublik. Strukturen und Erklärungsmodelle. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- United States of America (1968): Foreign Relations of the United States: Diplomatic Papers, 1945. Volume III, European Advisory Commission; Austria; Germany. Washington, D. C.: Government Printing Office.
- van Deth, Jan W. (1997): Formen konventioneller politischer Partizipation. Ein neues Leben alter Dinosaurier? In: Gabriel, Oscar W. (Hrsg.): Politische Orientierungen und Verhaltensweisen im vereinigten Deutschland. Opladen: Leske + Budrich, S. 291–319.
- van Deth, Jan W. (2003): Vergleichende politische Partizipationsforschung. In: Berg-Schlosser, Dirk; Müller-Rommel, Ferdinand (Hrsg.): Vergleichende Politikwissenschaft. Ein einführendes Studienhandbuch. 4., überarb. und erw. Aufl., Nachdr. Wiesbaden: VS Verlag, S. 167–187.
- Van Haute, Emilie; Gauja, Anika (2015): Party Members and Activists. London: Routledge.
- Vates, Daniela (2019): Neuer JU-Chef Tilman Kuban – der Mann der scharfen Sprüche. 16.3.2019. Online: [faz.de/Nachrichten/Politik/Deutschland-Welt/Neuer-JU-Chef-Tilman-Kuban-der-Mann-der-schaerferen-Sprueche](https://www.haz.de/Nachrichten/Politik/Deutschland-Welt/Neuer-JU-Chef-Tilman-Kuban-der-Mann-der-schaerferen-Sprueche) (letzter Zugriff: 8.2.2022).
- Verba, Sidney; Nie, Norman H. (1972): Participation in America. Political Democracy and Social Equality. New York et al.: Harper & Row.
- Verba, Sidney; Schlozman, Kay Lehman; Brady, Henry (1995): Voice and Equality. Cambridge: Harvard University Press.
- Verba, Sidney; Schlozman, Kay Lehman; Brady, Henry E. (2001): Voice and Equality. Civic Voluntarism in American Politics. 3. Aufl. Cambridge, London.

- Vetter, Angelika (2000): Frischer Wind in einer alten Beziehung? Political Efficacy und die Bundestagswahlen 1998. In: Falter, Jürgen W.; Gabriel, Oscar W.; Rattinger, Hans (Hrsg.): Wirklich ein Volk? Die politischen Orientierungen von Ost- und Westdeutschen im Vergleich. Opladen: Leske + Budrich, S. 79–109.
- Volkman, Uwe (2006): Die Jugendorganisationen der Parteien. Struktur, rechtliche Stellung, Finanzierung. In: Alemann, Ulrich von (Hrsg.): Jugend und Politik. Möglichkeiten und Grenzen politischer Beteiligung der Jugend. Baden-Baden: Nomos, S. 111–124.
- von Gehlen, Andreas (2005): Europäische Parteiendemokratie? Institutionelle Voraussetzungen und Funktionsbedingungen der europäischen Parteien zur Minderung des Legitimationsdefizits der EU. Inauguraldissertation zur Erlangung des Grades eines Doktors der Politikwissenschaft bei dem Fachbereich Politik- und Sozialwissenschaften der Freien Universität Berlin. Berlin. Online verfügbar unter gehlen.net/diss/Europaeische_Parteiendemokratie.pdf. (letzter Zugriff: 1.10.2008).
- Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (o. J. (1947)): Jahrbuch der Sozialdemokratischen Partei Deutschland 1946. Göttingen: Göttinger Druckerei- und Verlagsgesellschaft m. b. H.
- Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (1960): Jahrbuch der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands 1958/59. Hannover, Bonn: Neuer Vorwärts Verlag Nau & Co.
- Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (1995): Jahrbuch der Sozialdemokratischen Partei Deutschland 93/94. Bonn: Vorwärts-Verlag.
- Wagner, Jochen (1998): Die Junge Union. Geschichte, Struktur und Perspektiven. Saarbrücken: Union-Stiftung.
- Watts, Meredith W. (1990): Orientations toward Conventional and Unconventional Participation among West German Youth. In: *Comparative Political Studies* 23 (3), S. 283–313.
- Wauters, Bram; van Liefferinge, Hilde (2015): Does Family Politicization Affect Party Membership Activity? A Study of Four Flemish Parties. In: *Politics, Culture & Socialization* 6 (2), S. 127–147.
- Weber, Max (1976): Wirtschaft und Gesellschaft. Herausgegeben von Johannes Winckelmann. Tübingen: Mohr Siebeck.
- Weber, Hermann (1990): Freie Deutsche Jugend (FDJ). In: Broszat, Martin; Weber Hermann; Braas, Gerhard (Hrsg.): SBZ-Handbuch. Staatliche Verwaltungen, Parteien, gesellschaftliche Organisationen und ihre Führungskräfte in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1945–1949. München: Oldenbourg, S. 665–690.
- Weber, Regina, (2017): Young people in old politics. Motivation, experiences and future perspectives of young members in the professionalised party organization. Dissertation. Fakultät für Gesellschaftswissenschaften, Universität Duisburg-Essen.
- Weber, Regina (2020): Why Do Young People Join Parties? The Influence of Individual Resources on Motivation. In: *Party Politics* 26 (4), S. 496–509.
- Westerwelle, Guido (1994): Das Parteienrecht und die politischen Jugendorganisationen. Baden-Baden: Nomos.
- Westle, Bettina (1994): Politische Partizipation. In: Gabriel, Oscar W.; Brettschneider, Frank (Hrsg.): Die EU-Staaten im Vergleich. Strukturen, Prozesse, Politikinhalt. 2. überarb. und erw. Aufl. Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 137–173.

- Whiteley, Paul F. (2011): The Decline of Party Activism and Membership across the Democratic World. In: *Party Politics* 17 (1), S. 21–44.
- Whiteley, Paul F.; Seyd, Patrick (2002): High-Intensity Participation. The Dynamics of Party Activism in Britain. Ann Arbor, Michigan: The University of Michigan Press.
- Whiteley, Paul F.; Seyd, Patrick; Richardson, Jeremy; Bissel, Paul (1994): Explaining party activism: the case of the British Conservative party. In: *British Journal of Political Science* 24 (1), S. 79–94.
- Whiteley, Paul; Seyd, Patrick; Billingham, Antony (2006): Third Force Politics. Liberal Democrats at the Grassroots. Oxford, New York: Oxford University Press.
- Whiteley, Paul; Seyd, Patrick; Richardson, Jeremy (1994): True Blues. The Politics of Conservative Party Membership. Oxford: Clarendon Press.
- Widmann, Marc (2008): Berufspolitiker – nein danke! Die Linksjugend hält nichts von Positionspapieren und Parlamentsarbeit, sie will die Welt mit Protestkampagnen auf der Straße verändern. In: *Süddeutsche Zeitung* 64 (199), 27.8.2008, S. 6.
- Wiesendahl, Elmar (1971): Demokratische Parteien und Demokratie in den Parteien. Am Beispiel eines Landesverbands der JU. In: *werkhefte. zeitschrift für probleme der gesellschaft und des katholizismus* 25 Sonderheft, Oktober 1971, S. 322–328.
- Wiesendahl, Elmar (1990): Der Marsch aus den Institutionen. Zur Organisationsschwäche politischer Parteien in den achtziger Jahren. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* (B21), S. 3–14.
- Wiesendahl, Elmar (2001): Keine Lust mehr auf Parteien. Zur Abwendung Jugendlicher von den Parteien. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* (B10), S. 7–19.
- Wiesendahl, Elmar (2006) Partizipation in Parteien: Ein Auslaufmodell? In: Beate Hoecker (Hrsg.): Politische Partizipation zwischen Konvention und Protest. Opladen: Budrich, S. 74–99.
- Wiesendahl, Elmar (2012): Partizipation und Engagementbereitschaft in Parteien. In: Mörschel Tobias; Krell, Christian (Hrsg.): Demokratie in Deutschland. Zustand – Herausforderungen – Perspektiven. Wiesbaden: VS Verlag, S. 121–157.
- Wiesendahl, Elmar; Leif, Thomas (2009): »Die Rekrutierung erfolgt nicht nach dem Muster Leistung oder Eignung«. Interview mit Elmar Wiesendahl, Professor für Politikwissenschaften, Parteien und Elitenforschung. In: Leif, Thomas (Hrsg.) (2009): Angepasst und ausgebrannt. Die Parteien in der Nachwuchsfalle: warum Deutschland der Stillstand droht. München: C. Bertelsmann.
- Wilson, James Q. (1973): Political Organizations. New York: Basic Books.
- Winter, Thorben (2021): Politische Partizipation in Parteien. In: Bätge, Frank; Effing, Klaus; Möltgen-Sicking, Katrin; Winter, Thorben (Hrsg.): Politische Partizipation. Wiesbaden: Springer VS, S. 69–82.
- Wissmann, Matthias (1988): Jahre der Erneuerung. Die Junge Union von 1973 bis 1983. In: Böhr, Christoph (Hrsg.): Jugend bewegt Politik [d. Junge Union Deutschlands 1947-1987]. Krefeld: Sinus-Verlag, S. 153–164.
- Witzel, Andreas (1982): Verfahren der qualitativen Sozialforschung. Überblick und Alternativen. Frankfurt: Campus.
- Witzel, Andreas (1985): Das problemzentrierte Interview. In: Jüttemann, Gerd (Hrsg.): Qualitative Forschung in der Psychologie. Grundfragen, Verfahrensweisen, Anwendungsfelder. Weinheim: Beltz, S. 227–256.
- Witzel, Andreas (1996): Auswertung problemzentrierter Interviews. Grundlagen und Erfahrungen. In: Strobl, Rainer (Hrsg.): Wahre Geschichten? Zu Theorie und Praxis qualitativer Interviews; Beiträge zum Workshop Paraphrasieren, Kodieren,

- Interpretieren ... im Kriminologischen Forschungsinstitut Niedersachsen am 29. und 30. Juni 1995 in Hannover. Baden-Baden: Nomos, S. 49–76.
- Witzel, Andreas (2000): Das problemzentrierte Interview. In: *Forum Qualitative Sozialforschung / Forum: Qualitative Social Research* [Online Journal]. Online: qualitative-research.net/fqs-texte/1-00/1-00witzel-d.htm (letzter Zugriff: 1.10.2010).
- Worch, Dieter (1972): Landesverband Hamburg. In: Dumann, Manfred (Hrsg.): 25 Jahre Junge Union Deutschlands. Werdegang, Grundlagen, Aufgaben. Bonn: Verlag »Die Entscheidung«, S. 183–190.
- Zastrow, Volker (2009): Die Vier. Eine Intrige. Berlin: Rowohlt.
- Zentralsekretariat der Jungsozialisten (Hrsg.) (1951): Jugend hinter Stacheldraht. Junge Deutsche in den Händen der sowjetischen Machthaber. Bonn.
- Zentralsekretariat der Jungsozialisten (Hrsg.) (1952): Jugend gibt acht! Kommunistische Agenten greifen nach der deutschen Jugend. Bonn.
- Zeuner, Bodo (1969): Innerparteiliche Demokratie. Berlin: Colloquium Verlag.
- Ziegler, Helmut (Hrsg.) (1954): Junge Union Deutschlands. Hamburg: Sator-Werbe-Verlag.
- Zuckerman, Alan S.; Dasović, Josip; Fitzgerald, Jennifer (2007): *Partisan Families: The Social Logic of Bounded Partisanship in Germany and Britain*. New York: Cambridge University Press.